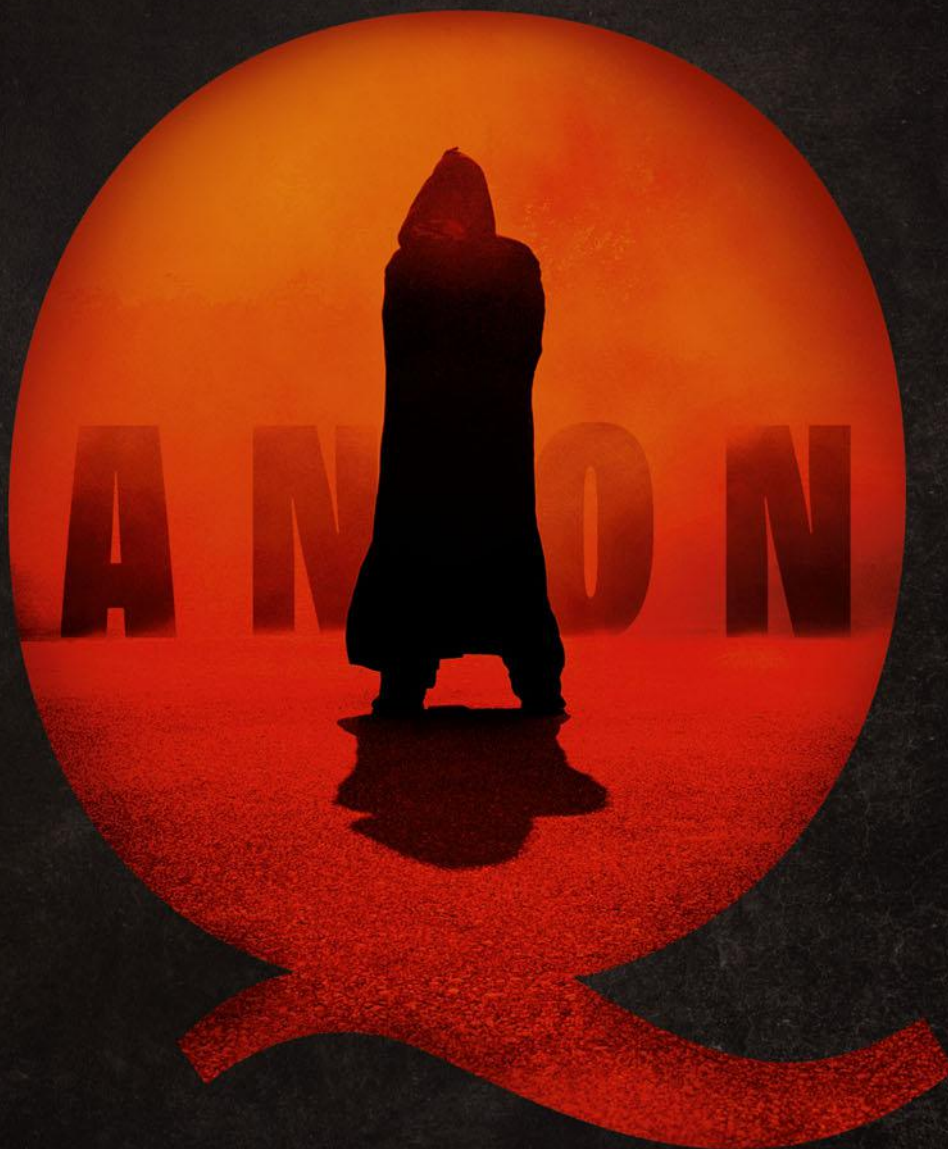


DER QANON-KULT

Wie aus einer wirren Lüge die gefährlichste Bewegung unserer Zeit wurde



BEILAGE
Die besten Öko-Investments

TESLA-FABRIK
Elon Musk zeigt, was alles geht

AKTE LEWANDOWSKI
Die heiklen Geschäfte des Bayern-Stars



Elektrisiert schon beim Starten

Der erste Golf mit eTSI-Mild-Hybrid-Technologie

Es fühlt sich immer gut an, eine Ikone zu fahren. Jetzt gibt es den Golf aber sogar mit optionaler eTSI-Mild-Hybrid-Technologie. Damit ist er noch effizienter und komfortabler. Mit eTSI genießen Sie das typische Golf Gefühl ab sofort einfach noch ein bisschen intensiver, denn: **Hier spielt das Leben.**

¹ Ein Angebot der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorner Str. 57, 38112 Braunschweig. Gültig für P als Neuwagen, Kraftstoffverbrauch in l/100 km: innerorts 5,4/außerorts 4,0/kombiniert 4,5; CO₂-zahlung 0,00€, Sollzinssatz (gebunden) p. a. 0,84%, effektiver Jahreszins 0,84%, Laufzeit 48 Monatsrückzahlungen, Kfz-Kaufpreisminderungsrecht für Verbraucher. Nur bei teilnehmenden Volkswagen Partnern.

Den Golf schon ab

179,-

Euro¹ mtl. leasen



Privatkunden und bis zum 30.09.2020. Bonität vorausgesetzt. Leasingbeispiel für einen Golf 1.0 TSI 66 kW (90 PS) 5-Gang
Emission in g/km: kombiniert 104; Effizienzklasse: A, Nettodarlehensbetrag (Anschaffungspreis) 17.458,13 €, Sonder-
rate, jährliche Fahrleistung 10.000 km, Gesamtbetrag 8.592,00 €, 48 mtl. Leasingraten à 179,00 €. Es besteht ein Wider-

MULTILAYER
TECHNOLOGY®

Macht den Unterschied:
Bis zu 1000 Mbit/s¹
für Dein Zuhause

Dauerhaft
günstig ab

39⁹⁹ €²
im Monat

GigaCable Max

Wechsel ins Vodafone
Kabel-Glasfasernetz.
Highspeed-Internet jetzt
dauerhaft günstig –
ohne Wenn und Aber.

Ready?

 **vodafone**

¹ Maximal-Geschwindigkeit im Download. In vielen Städten und Regionen unserer Kabel-Ausbaugebiete und mit modernisiertem Hausnetz verfügbar. ² Mindestlaufzeit 24 Monate. Verlängerung um je 12 Monate, wenn nicht 12 Wochen vor Laufzeitende gekündigt wird. Sicherheitspaket in den ersten 2 Monaten für Neukunden gratis, ab dem 3. Monat 3,99 €/Monat; kündbar mit 4-Wochen-Frist. Festnetz-Flat ins deutsche Festnetz. Sonderrufnummern ausgenommen. Call-by-Call und Preselection nicht verfügbar. Du erhältst das schnellste, aktuell bei Dir verfügbare Vodafone Internet & Phone-Produkt über Kabel mit bis zu 500 oder 1000 Mbit/s (bei bestehenden Kunden auch bis zu 400 Mbit/s). Ausgenommen sind Business-Tarife. Alle Preise inkl. MwSt. Die dargestellten Preise enthalten noch die MwSt. von 19%. Vom 01.07. bis 31.12.2020 findest Du auf Deiner Rechnung eine entsprechende Senkung der MwSt. auf 16% für Leistungen, die der regulären MwSt. unterliegen. Gilt für alle Telekommunikationstarife mit Mindestlaufzeit und Mietentgelte für Geräte.

Anbieter in NRW: Vodafone NRW GmbH, in Hessen: Vodafone Hessen GmbH & Co. KG, in Baden-Württemberg: Vodafone BW GmbH, alle Aachener Straße 746–750, 50933 Köln, in den übrigen Bundesländern: Vodafone Kabel Deutschland GmbH, Betastraße 6–8, 85774 Unterföhring

Hausmitteilung

Betr.: Titel, Lewandowski, Fleisch, SPIEGEL GESCHICHTE, GELD



Simon Simard / DER SPIEGEL

QAnon-Kritiker, Schmidt

Es begann 2017 mit einem anonymen Eintrag in einem Forum im Internet, inzwischen hat sich die Verschwörungstheorie von QAnon weltweit verbreitet. Die Anhänger der Bewegung, auch in Deutschland, glauben unter anderem, dass die Pandemie eine Erfindung ist und eine weltweit agierende Elite Kinder entführt, um aus deren Blut eine Droge zu gewinnen. Der vermeintliche Retter: Donald Trump. Ein Team um Christoph Scheuermann und SPIEGEL-Mitarbeiter Daniel Schmidt hat die rasante Verbreitung des Kults recherchiert. »Die Bewegung ist deshalb so gefährlich, weil sie Rechtsradikale, Esoteriker und gemäßigte Kritiker der Corona-Politik anzieht und bis tief ins bürgerliche Lager vordringt«, sagt Scheuermann. In den USA bekennen sich inzwischen zwei Dutzend Kandidaten der Republikaner zu QAnon. Die Chancen stehen gut, dass im November einige von ihnen in den Kongress einziehen. **Seiten 10, 15**

Die Wahl zum Weltfußballer brachte in den vergangenen Jahren selten Überraschungen. Fast immer gewannen Cristiano Ronaldo oder Lionel Messi, einmal konnte sich der Kroatie Luka Modrić durchsetzen. Sie alle können herausragend kicken. Doch die Spieler eint noch etwas: Sie haben Steuern in Millionenhöhe hinterzogen. In diesem Jahr ist nun der Pole Robert Lewandowski Favorit bei der Weltfußballerwahl. Während der Stürmerstar von Bayern München in den vergangenen Monaten auf dem Fußballplatz glänzte, wertete das Investigativteam des SPIEGEL Hunderte Seiten Kontounterlagen, Verträge und Mails aus, die viele Fragen aufwerfen, auch Steuerfragen. Es geht unter anderem um ein dubioses Millionendarlehen. »Die Vorwürfe gegen Lewandowski sind massiv. Der Spieler weist sie zwar zurück, aber seine Antworten auf unsere Fragen sind voller Ungereimtheiten«, sagt Reporter Rafael Buschmann. **Seite 92**

Die Afrikanische Schweinepest ist bei Wildschweinen in Deutschland angekommen, trotzdem hätten die deutschen Schweinehalter eigentlich nichts zu befürchten. Halten sie die Hygienevorschriften ein, kann das Virus nicht auf ihre Hausschweine überspringen. Doch der Einfuhrstopp asiatischer Länder zeigt die Abhängigkeit der Branche von Exporten. Sichtbar wird ein gnadenloses System, in dem Tieren unendliches Leid zugefügt wird, Bauern ausgepresst werden, Schlachtarbeiter zu Billiglöhnen schufteten müssen – nur damit die Welt mit Billigfleisch beglückt wird. »Dass Deutschland so viel Schweinefleisch exportiert, sollte unsere Politiker nicht mit Stolz erfüllen«, sagt Redakteurin Michaela Schießl. Sie lebt auf dem Land und bewundert die Neugierde und Intelligenz der Schweine, die auf dem benachbarten Biohof gehalten werden: »Was den Tieren in der industriellen Schweinehaltung angetan wird, ist schlicht Unrecht.« **Seite 64**

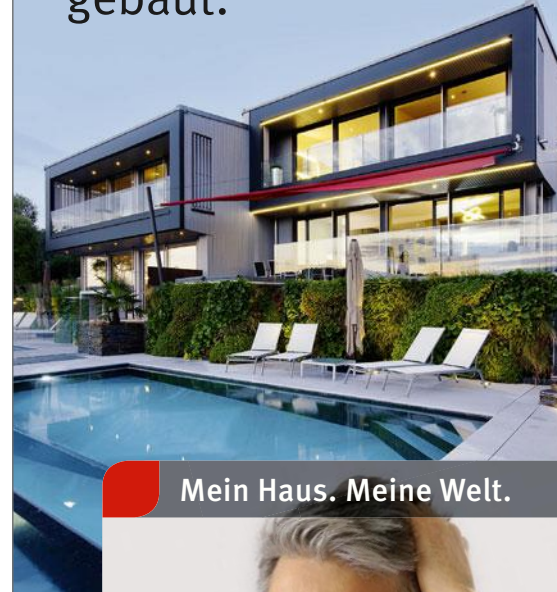


Schießl



Die neue Ausgabe von SPIEGEL GESCHICHTE umreißt den Verlauf früherer Wirtschaftskrisen, von den ersten Bankenpleiten im Mittelalter bis zum Zusammenbruch der New Economy. Das Heft erscheint am Dienstag. Beim Aufbau des eigenen Vermögens hilft SPIEGEL GELD, das dieser Ausgabe in Deutschland beiliegt. Das Titelstück erklärt, wie sich Geld nachhaltig anlegen lässt.

Mit meinem Architekten geplant. Mit WeberHaus gebaut.



Mein Haus. Meine Welt.



Form und Funktion, Idee und Umsetzung, Wohnen und Leben zu einer ästhetischen Einheit verschmelzen. Das ist unsere Vorstellung von frei geplanten Architektenhäusern. Und Ihre? weberhaus.de



FREUDE AM BAUEN.

WeberHaus
Die Zukunft leben

Inhalt

74. Jahrgang | Heft 39 | 19. September 2020

Titel

Verschörungstheorien QAnon – das ist ein kruder Mix aus rechter Hetze, Elitenhass und Irrsinn. Wie konnte die Bewegung so populär werden, und wer steckt dahinter? ... **10**

Wie umgehen mit Verschwörungsgläubigen und Fanatikern? Eine Anleitung für Angehörige ... **15**

Deutschland

Leitartikel Der Klimaschutz muss endlich radikal werden **8**

Coronakrise trifft besonders selbstständige Frauen / Warnschilder vor Shisha-Bars / Deutsche Retter für bedrohte Kulturgüter / Der gesunde Menschenverstand / So gesehen: Waldheim ... **20**

Migration Im Streit um Flüchtlinge aus Griechenland fühlt sich Berlin von den EU-Partnern alleingelassen ... **26**

Gesundheit Nach fast hundert Tagen im Einsatz fällt die Bilanz der Corona-App mau aus ... **30**

FDP Im SPIEGEL-Streitgespräch diskutieren Wolfgang Kubicki und Konstantin Kuhle über Asylpolitik, Corona-Leugner und Kanzlerkandidaten ... **34**

Parlamente Eine CDU-Politikerin sitzt im Bundestag und im Landtag von Brandenburg, daran gibt es Kritik – auch aus den eigenen Reihen ... **39**

NRW Innenminister Herbert Reul über die rechtsextremen Chats seiner Polizisten ... **41**

Extremismus Ein Polizist soll für ein Sicherheitsunternehmen im Irak gearbeitet haben, das die NS-Zeit verherrlichte ... **42**



Wahnsinn mit Methode

Der antisemitische Verschwörungsglaube QAnon erobert die Welt, auch in Deutschland findet er Anhänger unter Impfgegnern, Esoterikern und Nazis. Verrückt? Ja. Und brandgefährlich, weil seine Propagandisten die Demokratie vergiften. Einblick in eine unheimliche Bewegung. **Seite 10**



Europas Elend

Nach dem Feuer von Moria wird wieder über Flüchtlinge gestritten. Aber eine europäische Lösung ist nicht in Sicht – und der Druck auf Angela Merkel wird größer, mehr Schutzbedürftige aus Griechenland aufzunehmen. **Seite 26**

Atom Müll Erstmals werden mögliche Regionen für ein Endlager von radioaktivem Abfall benannt ... **44**

Jüdisches Erbe In Hamburg soll die von den Nazis zerstörte Synagoge wieder aufgebaut werden ... **46**

Strafjustiz Eine Pfarrersfrau beherrschte mit brutalen Methoden eine Sekte – ermordete sie auch ein Kind? ... **50**

Reporter

Familienalbum / Gibt es bald keine Münzsammler mehr? **52**

Eine Meldung und ihre Geschichte Der Untergang der Rennjachtlegende »Rubin« **53**

Geschichte Flucht und Vertreibung im Zweiten Weltkrieg prägen Familien bis heute – eine Spurensuche ... **54**

Mein Fall Craig Coley saß 13 991 Tage zu Unrecht im Gefängnis ... **61**

Wirtschaft

A380 vor dem Aus bei der Luft-hansa / Deutsche zahlen im weltweiten Vergleich fast am meisten für Strom ... **62**

Landwirtschaft Die Exportabhängigkeit der Fleischindustrie behindert einen Neuanfang ... **64**

Überwachen im Fleischbetrieb Müller Kameras die Mitarbeiter? ... **67**

Finanzmärkte Shortseller attackieren den Grenke-Konzern – der will sich jetzt wehren ... **68**

Standorte Tesla-Chef Elon Musk zeigt den Deutschen, wie man Tempo macht ... **70**

Skandale EY warnte die Behörden früh vor Unregelmäßigkeiten bei Wirecard ... **73**

Unternehmer Johannes Reck kämpft sein Start-up GetYourGuide durch die Krise **74**

Ausland

Israel-Golfstaaten-Deal / Belarus' Protestikone **78**

Brexit Nervenkrieg zwischen Brüssel und London **80**

USA SPIEGEL-Gespräch mit dem Harvard-Philosophen Michael Sandel über die Mitschuld der Demokraten am Aufstieg Donald Trumps ... **83**

Spanien Das Coronavirus ist zurück, mit verheerenden Folgen für Politik, Wirtschaft und Psyche des Landes **86**

Kalifornien An der US-Westküste brennen die Wälder – wie lebt es sich im Angesicht des Klimawandels? **88**

Sport

Die erfolgreichsten Nationen bei den größten Tennisturnieren / Warum werden die Olympischen Spiele immer teurer? **91**

Affären Ein Streit mit seinem Ex-Berater offenbart fragwürdiges Geschäftsgebaren von Bayern-Stürmer Robert Lewandowski **92**

Vereine Wie eng kooperierte Borussia Dortmund im »Dritten Reich« mit den Nazis? **97**

Wissen

Training gegen Reisekrankheit / Warum Indigene in der Rassismusdebatte zu kurz kommen / Analyse: Mediziner auf Corona-Abwegen **98**

Biologie Der Forscher Merlin Sheldrake erklärt im SPIEGEL-Gespräch, wie unser Leben von Pilzen bestimmt wird **100**



David McNew / GETTY IMAGES

Klimakatastrophe live

Brände, Hitze, Rauch, Stromausfälle – an der US-amerikanischen Westküste wird sichtbar, welche Folgen die Erderwärmung bereits jetzt hat. Plus: ein persönlicher Text des Schriftstellers T. C. Boyle, der in Santa Barbara lebt. **Seiten 88, 114**

Was für eine Schweinerei

Umwelt und Tiere leiden, damit deutsches Billigfleisch in alle Welt exportiert werden kann. Nun stören Importverbote aufgrund der Afrikanischen Schweinepest dieses kranke System. **Seite 64**



DGP

Stürmer und Steuern

Robert Lewandowski gilt als skandalfreier Vorzeigeprofi. Ein Gerichtsstreit zeigt nun eine andere Seite: Haben der Bayern-Star und seine Ehefrau unzulässigerweise mehrere Millionen Euro aus seiner Firma entnommen? **Seite 92**

Karrieren Ein Professor veröffentlicht pseudowissenschaftlichen Unsinn wie am Fließband – und kommt so auf 2500 Publikationen ... **103**

Protokoll Kann Sars-CoV-2 bei jungen Menschen Diabetes auslösen? **104**

Geschichte Ein Fund aus Mainz eröffnet Einblicke in die Sammelleidenschaft von Karl dem Großen **106**

Kultur

»Streulicht« von Deniz Ohde steht auf der Shortlist des Deutschen Buchpreises / Eine Doku über Paris Hilton **108**

Rockstars Jon Bon Jovi im SPIEGEL-Gespräch über das Älterwerden und die Spaltung Amerikas **110**

Waldbrände US-Schriftsteller T. C. Boyle erzählt von seinem Alltag in den Katastrophengebieten Kaliforniens **114**

Pionierinnen Julia Wissert ist die erste schwarze Intendantin an einer deutschen Bühne – und tritt mit großen Zielen an **116**

Skandale Wer sind die zwei Autoren, die nicht mit der Kabarettistin Lisa Eckhart auftreten wollten? **118**

Zeitgeist Die Philosophin Eva von Redecker erklärt die neuen Protestbewegungen **120**

Filmkritik »Blackbird« zeigt das Sterben auch von seiner heiteren Seite **122**

Bestseller **113**

SPIEGEL-TV-Programm **119**

Impressum, Leserservice ... **124**

Nachrufe **125**

Personalien **126**

Briefe **128**

Hohlspiegel / Rückspiegel ... **130**

Die Erde brennt

Leitartikel Von der Leyens verschärfte Gangart bei der Rettung des Klimas ist richtig. Leider fehlt ein konkreter Plan, wie sich das umsetzen lässt.

Wer die Dramatik der Klimakrise sehen will, musste dieser Tage seinen Blick nur gen Himmel richten. Der Rauch der Waldbrände in Kalifornien zog in der Erdatmosphäre bis nach Deutschland. Das ist der Grund, warum die Sonnenuntergänge bei uns gerade besonders kräftig strahlen. Obwohl Kalifornien 9000 Kilometer entfernt ist.

Das abendliche Schauspiel erinnert daran, dass die steigenden Temperaturen den Wasserkreislauf der Erde verändern und Wälder häufiger brennen. Und es zeigt, dass der Ausstoß von CO₂ ein globales Problem ist. Eine Prüfung für die gesamte Menschheit.

Deshalb ist es richtig, dass EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nun die Einsparziele für Kohlendioxidemissionen bis zum Jahr 2030 von 40 auf mindestens 55 Prozent erhöhen will. Und dass sie in ihrer Rede zur Lage der EU erklärt hat, Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent machen zu wollen.

Es ist der ultimative Weckruf für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Denn Klimaneutralität geht weit über das bisherige, auch schon ambitionierte Ziel hinaus, bis 2050 auf mindestens 80 Prozent der CO₂-Emissionen zu verzichten. Da waren noch Ausnahmen möglich, und alle wollten zu den restlichen 20 Prozent gehören, Stahlkonzerne wie Fluglinien.

Jetzt ist klar, dass sich Klimaschutz nicht mehr vertagen lässt.

Vor allem in Deutschland verschärft die Ansage von der Leyen den Druck, mehr zu tun als jene 55 Prozent CO₂-Einsparung bis 2030, zu der sich die Bundesregierung in ihrem Klimapaketchen vom vergangenen Herbst verpflichtet hat. Deutschland als größter Emittent von CO₂ in Europa muss selbstverständlich den bedeutsamsten Teil dieser Mehranstrengung tragen.

Diese Zwangsläufigkeit versuchen Bundeskanzlerin und Kabinett bislang geschickt zu verschleiern. Sie schalten zunächst mal Klimaökonominnen ein, die ihnen die neuen Einsparverpflichtungen berechnen sollen. Möglichst gründlich natürlich, damit die Ergebnisse lange auf sich warten lassen. Dabei ist längst offensichtlich, was der European Green Deal von Kommissionschefin von der Leyen bedeutet: Alles, was dem Klimaschutz dient, muss ab sofort beherzt umgesetzt werden. Das betrifft den Kohleausstieg, der statt 2038 schon im Jahre 2030 vollzogen sein muss.

Und das betrifft den Ausbau von Wind- und Solarkraft, der weit über das hinausgehen muss, was in dem entsprechenden Gesetzentwurf steht, den die Regierung gerade unter sich abstimmt. Der Preis für die Tonne CO₂, der ab Januar für Heizöl, Gas und Kraftstoffe fällig wird, kann nicht bei homöopathischen 25 Euro pro Tonne bleiben.

All dies wird die deutsche Industrie belasten. Insofern ist die neue Agenda aus Brüssel auch ein Test, ob es Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) mit seinem jüngsten Aufschlag zur Klimarettung ernst meint. Er kann nicht zeitgleich eine Charta für Klimaneutralität und Kaufprämien für Autos mit Verbrenner fordern. Er darf nicht weiter neue Grenzwerte für Autoabgase blockieren. Sie müssen runter von 95 auf 70 Gramm CO₂ pro Kilometer. Für die deutschen Autobauer käme das einem Schock gleich – es wäre das endgültige Aus für den Verbrennungsmotor.

Das alles kostet natürlich Geld, keine Milliarden, sondern Billionen. Aber es sind Investitionen in die Zukunft und damit in unseren Wohlstand. Und der Zeitpunkt für den Einstieg in ein klimaneutrales Zeitalter ist günstig.

Das hat vor allem mit der Coronakrise zu tun. Sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene werden gewaltige Konjunkturpakete geschnürt, in Deutschland allein mehr als 50 Milliarden Euro, die für die Transformation der Wirtschaft

bereitstehen. Und weite Teile der Unternehmerschaft warten sehnsüchtig auf eine klare Marschroute: mit festen Grenzwerten, ambitioniertem Emissionshandel und Fördergeldern. Denn Stahlkoher müssen jetzt neue Hochöfen bestellen, Autobauer entscheiden, ob sie die nächste Dieselmotoreneneration entwickeln sollen oder nicht. Dafür brauchen sie Gewissheit, welche Klimaauflagen sie in 10, 20 oder 40 Jahren zu erfüllen haben. So lange dauern Investitionszyklen.

Die Technik gibt es, aber sie ist teurer. Noch. Konsumenten brauchen deshalb ehrliche Ansagen, damit sie die Kosten für klimafreundliche Produkte abschätzen können. Und die Unternehmen müssen wettbewerbsfähig bleiben. So muss es etwa für grünen Stahl einen wirksamen Schutz gegen Produkte aus China oder den USA geben, die auf alte Weise hergestellt sind. Denn sonst würden Dumpingpreise europäische Innovationen wieder zerstören. Gerald Traufetter



Andreas Franke / PICTURE ALLIANCE



WIR ZIEL

Unter Partnerschaftlichkeit verstehen wir,
**gemeinsam an einem großen Ziel zu
arbeiten.**

Kennen Sie Michael Collins? Die wenigstens tun das. Er hat als Pilot der Apollo-11-Kapsel Buzz Aldrin und Neil Armstrong 1969 zur ersten Mondlandung geflogen – und wieder zurück. Für uns ist Collins eine Inspiration. Denn als Spitzeninstitut der rund 850 Genossenschaftsbanken in Deutschland glauben wir an Partnerschaften, bei denen jeder sich in den Dienst einer großen Sache stellt, damit das gemeinsame Ziel erreicht wird. Mehr über Partnerschaftlichkeit erfahren Sie unter: dzbank.de/haltung



Verachtung für die angebliche Elite Noch vor dem ersten Eintrag des anonymen Nutzers »Q« in einem Internetforum verbreiteten rechte US-Fanatiker die Propagandalüge, Hillary Clinton und Verbündete betrieben in einer Washingtoner Pizzeria einen Kinderschänderring. »Pizzagate« wurde zum Nährboden für QAnon – und machte Politiker, Künstlerinnen wie Lady Gaga und jüdische Unternehmer zur Zielscheibe des Hasses.

Unter Gläubigen

Verschwörungstheorien Es geht um Kinderblut, das Virus als Waffe und eine Elite, die angeblich die Welt versklavt: Die rechte Ideologie QAnon schwappt von Amerika nach Deutschland. Ihre Anhängerschaft reicht bis ins bürgerliche Lager. Einblick in eine brandgefährliche Bewegung.

Der Weg in die Parallelwelt führt über Landstraßen im Süden Baden-Württembergs, die sich über Hügel schlängeln. Am Rand eines Dorfs steht ein Haus mit strahlend weißer Fassade, gefegtem Parkplatz und akkurat gestutztem Rasen. Die Verschwörung hat sich längst in die schwäbische Idylle hineingefressen. Ein freundlicher Mann öffnet die Tür, muskulös, bullig, er macht viel Kraftsport.

Es war nicht einfach, ihn zu treffen. Der Mann hegt eine tiefe Abneigung gegenüber Journalisten und anderen Angehörigen einer vermeintlichen Elite, die seiner Meinung nach ein weltweites Komplott zur Unterdrückung der Menschheit decken. Am Telefon hatte er mit schwäbischem Akzent gesagt, er hoffe, der Reporterin die Augen zu öffnen. »Vielleicht kann ich dich ja aufwecken.« Seinen Namen möchte er nicht gedruckt sehen, er soll Martin Schmidt heißen.

Er sagt: »Das Ziel der Elite ist es, mächtig zu bleiben, reich zu bleiben und die Welt zu versklaven.«

Schmidt ist 27, arbeitet als Elektriker und wohnt seit dem Ausbruch der Pandemie wieder bei seinen Eltern. Er führt ins Wohnzimmer, heller Fliesenboden, Raufasertapete, und sagt, er beschäftige sich schon länger mit den universellen Fragen. Der Tod von John F. Kennedy, die Anschläge vom 11. September, die Corona-Pandemie: All dies hält er für gefälscht und verdreht, als Teil einer riesigen Inszenierung.

Sein Vater neben ihm nickt, auch er glaubt, dass das Volk von Politik und Medien systematisch getäuscht werde. Schmidt sagt: »Diese Elite, das sind verschiedene Männer und Frauen, die an der Wall Street arbeiten, denen die Banken gehören, diese ganzen Leute.« Auch Unternehmer wie George Soros, Bill Gates, Mark Zuckerberg gehörten dazu sowie die Rockefellers und Rothschilds.

Er holt sein Smartphone hervor. »Ich zeig euch mal, wie die Reichen und Schönen feiern.« Auf dem Display erscheint ein Foto der Performancekünstlerin Marina Abramović mit der Sängerin Lady Gaga bei einer Wohltätigkeitsveranstaltung. Sie stehen neben einem nackten Frauenkörper, der mit rötlicher Flüssigkeit übergossen wurde. Für Schmidt ist das Foto ein

Beleg dafür, wie moralisch verkommen die Spitze der Gesellschaft sei und dass die sogenannte Elite selbst vor Menschenopfern nicht zurückschrecke – auch wenn es sich in diesem Fall um eine Kunstaktion handle. Die Lage sei dramatisch, sagt er. »Ich bin erwacht.«

Martin Schmidt ist Teil einer wachsenden Zahl von QAnon-Sympathisanten, einer von Zehntausenden in Deutschland. Anhänger dieser rechten Verschwörungsideologie sind davon überzeugt, dass eine einflussreiche Gruppe satanistischer Kinder-

schänder Jungen und Mädchen entführt und gefangen hält, um aus ihrem Blut eine Droge zu gewinnen. Sie glauben, dass das Coronavirus – womöglich mithilfe von Barack Obama – in einem chinesischen Labor entwickelt wurde, um Donald Trump zu schaden und seine Wiederwahl zu verhindern; auch das ist so absurd wie falsch. Und sie halten Donald Trump für einen Helden, der gegen den »deep state« kämpft und die Welt vor einer bestialischen Clique beschützen will.

»Er versucht, die Menschheit zu retten«, sagt Martin Schmidt. »Er wird den Eliten die Macht entziehen.«

Man könnte QAnon als durchgeknallte Paranoia abtun wie den Irrglauben, dass die Mondlandung gefakt war oder dass die Anschläge vom 11. September von der US-Regierung geplant wurden. Was die Bewegung aber so besonders macht und vor allem besonders gefährlich, sind ihre Ideen.

Es sind verstörend bekannte Motive, die die Anhänger von QAnon verbreiten: der Glaube an eine angebliche Verschwörung reicher Eliten, darunter viele jüdische Unternehmer, gegen den Rest der Welt; eine vermeintliche Clique korrupter linker Politiker, die Demokratien unterwandern; Journalisten, die Propaganda verbreiten und sich damit zu Komplizen der Mächtigen machen. Es sind jahrhundertalte Fiktionen vom rechten, antisemitischen Rand, die mit den Mitteln des 21. Jahrhunderts ins Netz und damit in die Weltöffentlichkeit gepusht werden. Eine Mischung aus Dreyfus-Affäre und Dan Brown.

»Es ist nicht übertrieben, QAnon als potenzielle Gefahr für die nationale Sicherheit einzuschätzen«, sagt die Extremismusforscherin Julia Ebner vom Londoner Institute for Strategic Dialogue, einem Thinktank. Ebner befasst sich seit Jahren mit Radikalisierung im Netz und sieht mit Sorge, wie die deutsche Q-Bewegung unabhängiger wird und inzwischen selbst versucht, neue Anhänger zu rekrutieren.

QAnon ist auf dem Weg, zum gefährlichsten Kult der Welt zu werden – die erste Ideologie, die aus dem digitalen Raum stammt und sich von einer Nische im Netz bis ins wirkliche, reale Leben vorgearbeitet hat, mithilfe von Trump-Fans und rechten Giftmischern. Die Bewegung wirkt demokratiezersetzend, weil ihre Anhänger

34%
der befragten US-republikanischen Wähler halten es für wahrscheinlich oder wahr, ...

... dass **Eliten** den Ausbruch der **Coronapandemie geplant** haben. Unter den demokratischen Wählern glauben dies **18%**.

Pew-Research-Center-Umfrage vom 4. bis zum 10. Juni; 9654 Befragte in den USA

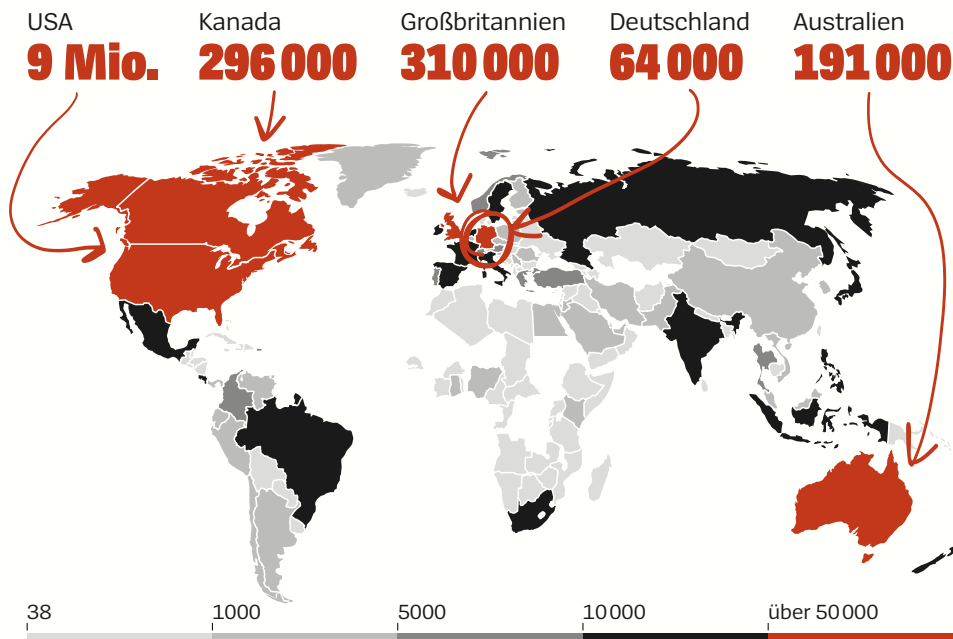


Q-Sympathisant Schmidt

»Ich bin erwacht«

Viraler Wahnsinn

QAnon-Tweets* und ihre Herkunft, von November 2019 bis Juni 2020



* QAnon-spezifische Begriffe und Hashtags in Tweets, deren Herkunft bestimmt werden konnte
Quelle: Institute for Strategic Dialogue

nicht mehr empfänglich sind für Argumente. Befeuert wird der Kult von »Q«, einem oder mehreren anonymen Nutzern, die im Netz regelmäßig Nachrichten hinterlassen und andeuten, Zugang zu hochgeheimen US-Regierungsunterlagen zu haben – was mehr als fragwürdig ist.

Geradezu verstörend ist, wie die Q-Bewegung an uralte antisemitische Verschwörungstheorien anknüpft, die schon vor Jahrhunderten die Vorstellung von Juden heraufbeschworen, die das Blut von Christen trinken und die Weltherrschaft anstreben. Gleichzeitig zeigt sich, wie enorm das Gewaltpotenzial ist. Im März 2019 erschoss ein Q-Gläubiger in New York einen mutmaßlichen Mafiaboss, weil der angeblich ein Angehöriger des »deep state« war; im April nahmen US-Polizisten eine Frau in Gewahrsam, die auf Facebook Hillary Clinton bedroht hatte, weil sie angeblich ein Kind misshandelt hatte. Bereits 2018 hatte ein Attentäter in Florida Paketbomben an prominente Demokraten verschickt, die er für Mitglieder einer Verschwörung des »deep state« hielt.

Auch der Attentäter aus dem hessischen Hanau, der im Februar zehn Menschen und sich selbst erschoss, nahm Bezug auf Themen, die im QAnon-Kosmos zirkulieren. In einem YouTube-Video erzählte er davon, dass in den USA unterirdische Militäreinrichtungen existierten, in denen Kinder misshandelt und getötet würden. Dort würde dem Teufel gehuldigt.

Beim Angriff auf das Reichstagsgebäude Ende August spielten ebenfalls Q-Anhän-

ger eine Rolle, unter anderem die Heilpraktikerin Tamara Kirschbaum, die zur Stürmung aufgerufen hatte. Kirschbaum firmiert im Netz als »freie Mitarbeiterin« von Qlobal-Change, einem Portal von QAnon-Anhängern. Sie selbst spricht von sich als »der Stimme« des »X22 Report«, einer YouTube-Sendung rund um QAnon-Themen, die auch ins Deutsche übersetzt wird. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen zählt sie zur Reichsbürgerszene.

Klar ist: An der Ausbreitung der Ideologie haben die großen US-Techkonzerne einen entscheidenden Anteil. Ohne YouTube, Facebook, Twitter und andere soziale Netzwerke hätte sich QAnon nie derart schnell und großflächig um den Globus verbreiten können. Im Zuge der Corona-Pandemie und der ersten Lockdowns im Frühjahr hat sich die Ideologie noch rasanter verbreitet, vor allem in Deutschland. Es ist, als wäre mit QAnon ein zweites Virus um die Welt gegangen, ein von Menschen gemachtes.

Es ist kein Zufall, sondern Absicht, dass Trumps Wahlkampfteam die QAnon-Jünger als Teil seiner Basis erkannt hat und anspricht. Inzwischen haben sich mehrere Kongresskandidaten der Republikaner zu der Bewegung bekannt, Trump fischt gezielt nach Anhängern.

Zu erzählen ist die Geschichte der ersten Ideologie des 21. Jahrhunderts, einer Mischung aus Computerspiel und Online-Schnitzeljagd, die an einem eher ungemütlichen Ort entstand, wo vor allem junge Männer verkehren: auf der Plattform 4chan, einem simplen Internetforum, 2003 ge-

gründet von einem 15-jährigen Programmierer aus New York.

4chan funktioniert wie ein riesiges digitales schwarzes Brett mit wenig Aufsicht. Jeder darf hier fast alles schreiben und posten, was er will, immer anonym. Nur sehr wenig ist verboten und wird gelöscht, auch Hardcore-Pornografie sowie geschmacklose, beleidigende oder rechtsextreme Sprüche bleiben stehen. Gute und ekelhafte Ideen werden hier geboren, kommentiert und sofort wieder überlagert von neuen Einträgen und Einfällen.

4chan hat seine Wurzeln in der japanischen Manga-Szene. Wer die Plattform zum ersten Mal besucht, wird Schwierigkeiten haben, sich auf Anhieb zurechtzufinden: Hunderte Diskussionsgruppen, Manga-Fotos, Insiderwitze, Hunderttausende Einträge täglich, angeblich 27 Millionen Besucher im Monat. Praktisch ohne Aufsicht entstand eine eigene Sprache, die für Laien ebenso unverständlich ist wie der oft krude Humor. Mehr als 3,5 Milliarden Beiträge gibt es bisher. Das verbindende Element ist die Wahrnehmung der Nutzer, sich in einer der letzten Bastionen der Meinungs- und Redefreiheit zu bewegen.

Am 28. Oktober 2017 veröffentlichte ein anonymes Nutzer auf 4chan die Nachricht »Hillary Clinton wird am Montag, dem 30. Oktober 2017, zwischen 7.45 Uhr und 8.30 Uhr festgenommen.« Spätere Einträge signierte der Autor mit dem Buchstaben Q. Es war der Urknall einer Bewegung, entstanden aus einer falschen Vorhersage. Clinton wurde weder am 30. Oktober noch danach verhaftet. Aber die Neugier der Nutzer war geweckt.

Die Elemente der QAnon-Bewegung seien vielen Amerikanern vertraut, sagt der Autor und Verschwörungsforscher Timothy Melley von der Miami University. »Es ist wie ein Detektivroman, bei dem man der Wahrheit immer näher kommt.« Q postet seit dem Herbst 2017 zunehmend komplexere Einträge, die von den Anhängern »drops« genannt werden. In diesen Einträgen finden sich sogenannte »bread crumbs«, Brotkrumen, denen man folgen muss, um zum Ziel zu gelangen. Das man aber nie erreicht.

Die Krumen von Q sind ein Trick, der die wilde Geschichte von der Elitenverschwörung fast von allein wachsen lässt. Der Auftrag von Q an seine (oder ihre) Follower lautet: Recherchiere selbst, wenn du den Medien nicht vertraust. So werden aus Verschwörungstheoretikern plötzlich Forscher und Rechercheure. Der Drang, an einer Enthüllung teilzuhaben, lasse sie weitermachen, sagt Melley, auch wenn sie nie etwas beweisen, sondern immer nur neue Krumen aufpicken.

Es ist eine Mitmach-Ideologie, das macht sie so anziehend. QAnon mische zwei gro-

ße Verschwörungstheorien miteinander, sagt Melley: den Glauben, dass die Illuminaten oder jemand anderes die Welt beherrschten, und die Hypothese, dass ein »deep state« innerhalb des Staates existiere, der im Geheimen die Geschicke des Volkes lenke. »Im Grunde sind Verschwörungstheorien ein Weg, Machtstrukturen auf eine Weise zu erklären, die beruhigend ist. Komplexe soziale Vorgänge werden auf ein Komplott reduziert.«

Ein Eintrag in einem obskuren Winkel des Internets aber genügt nicht, um eine Bewegung zu starten. Eine Verschwörungstheorie braucht einen Nährboden, um zu wachsen, und sie braucht Propheten.

Die Idee, dass eine mächtige Clique linker Politiker Kinder für ihre Zwecke missbraucht, existierte schon vor dem ersten Krümel von Q. Im Frühjahr 2016 stahlen russische Hacker Tausende E-Mails, darunter Nachrichten von John Podesta, dem Wahlkampfleiter der damaligen Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton. Die Enthüllungsplattform WikiLeaks veröffentlichte die E-Mails. Teile der Kommunikation aus dem Inneren der Partei waren damit öffentlich zugänglich.

Unter Clintons Gegnern setzte ein Blutrasch ein. Rechte Blogger, Hobbydetektive und Clinton-Hasser wühlten sich durch die Mails der Demokraten, die sich über alles Mögliche austauschten; Politik, Trump, den laufenden Wahlkampf, Pizza- und Nudelbestellungen. Es dauerte nicht lange, bis rechte Verschwörer einen irren –

26%
der Befragten in
Deutschland meinen, ...

... das **Coronavirus** sei in einem **chinesischen Labor gezüchtet** worden.

Kantar-Umfrage vom 3. bis zum 13. Juli;
1047 Befragte in Deutschland

irre falschen – Verdacht entwickelten: Könnte es sich bei Nachrichten mit dem Inhalt »cheese pizza« nicht um Kinderpornografie handeln, »child pornography«? Schließlich seien die Initialen die gleichen: »cp«. Clinton und ihre Leute, so die Mutmaßung, betrieben einen Kinderchänderring im Keller einer Washingtoner Pizzeria – ein falscher und gefährlicher Trugschluss.

Die Affäre, später bekannt als »Pizzagate«, zeigt, in welche Abgründe eine aufflammende Verschwörungstheorie führen kann. Etliche, die den vermeintlichen Enthüllungen im Netz folgten, redeten sich ein, Kinder retten zu müssen. Im Dezember 2016 drang ein mit einem Sturmgewehr bewaffneter Mann in die Pizzeria Comet Ping Pong in Washington ein, um die dort vermeintlich inhaftierten Kinder aus dem Keller zu befreien. Nur: Es gab überhaupt keinen Keller. Es gab auch kei-

ne gefangenen Kinder. Polizisten überwältigten den Mann, er sitzt bis heute in Haft.

Eine derjenigen, die den angeblichen »Pizzagate«-Skandal verbreiteten, war eine junge Amerikanerin, die sich im Netz Tracy Beanz nennt und tatsächlich Tracy Diaz heißt. Diaz ist ein bekennender Fan von Donald Trump und stammt aus dem großen Soziotop rechter Radiomoderatoren. Heute betreibt sie einen Podcast, der zugleich auf YouTube erscheint, und sagt von sich selbst, sie arbeite als unabhängige Journalistin. Ohne Diaz und ihren YouTube-Account hätte sich QAnon wohl nie so schnell verbreiten können. Vielleicht würde ohne sie der Kult nicht existieren.

Seit vier Jahren veröffentlicht Diaz Videos auf YouTube, anfangs mit wenig Erfolg. Sie sprach zunächst über WikiLeaks, angebliche Wahlfälschung und tauchte in die Podesta-E-Mails ein. Sie war eine der Ersten, die auf die Andeutungen von Q eingingen. »Nur für den Fall, dass sich das später als echt herausstellt, denn um ehrlich zu sein, es sieht irgendwie echt aus«, sagt sie in ihrem ersten QAnon-Video vom 3. November 2017 auf YouTube.

Einige Wochen nach den ersten Veröffentlichungen, so beschrieb es Diaz später, nahmen zwei Männer Kontakt zu ihr auf, die unter den Pseudonymen »BaruchtheScribe« und »Pamphlet Anon« als Moderatoren für Qs Forum tätig waren. Hinter »BaruchtheScribe« steckt Paul Furber, ein Programmierer aus Südafrika, »Pamphlet Anon« ist ein Trump-Fan aus den USA, Coleman Rogers.

Zusammen beschlossen sie, auf Reddit ein neues Forum für Meldungen rund um QAnon anzulegen, den CBTS_Stream. Reddit ist die polierte, zugänglichere Version von 4chan. Was hier Erfolg hat, wird bald von Nutzern zu Facebook, Twitter, YouTube oder Instagram transportiert. Es war der erste Schritt raus aus der Nische.

Diaz und ihre beiden Kompagnons schrieben, kommentierten und produzierten Videos. Immer wieder weigerten sich Reddit-Moderatoren, den Unsinn zu tolerieren. Als CBTS_Stream verboten wurde, folgte die Reddit-Gruppe »greatawakening« mit zuletzt 70 000 Nutzern, die wegen Verstößen gegen die Forenregeln ebenfalls nach wenigen Monaten verboten wurde. Das Publikum wuchs dennoch. Um Q herum bildete sich eine Gemeinschaft aus Verschwörungsfanatikern, Trump-Fans, rechten Trollen, Provokateuren, Frauenhassern und einer Handvoll Bernie-Sanders-Anhängern, die sich über die jüngsten Äußerungen von Q beugten.

Auch Q selbst wechselte die Plattform. Wenige Wochen nach seinem oder ihrem ersten Eintrag bei 4chan zog Q auf 8chan um, wo unter anderem die Mörder von Christchurch und El Paso vor ihren Taten

Wer ist Q? Die Identität hinter dem Pseudonym ist ungeklärt. Einige Anhänger vermuten Donald Trump dahinter, andere (den 1999 verstorbenen) John F. Kennedy Jr. Rechte Aktivisten wie Tracy Diaz und Forenbetreiber wie Ron Watkins halfen, die Ideologie zu verbreiten.





Illustration: Iris Kuhlmann / Der Spiegel; Fotos: Getty Images (10)

Das Märchen von den gefährdeten Kindern Einer der zentralen QAnon-Mythen handelt von einer mächtigen Clique, die angeblich Jungen und Mädchen entführt, um aus ihrem Blut eine Droge zu gewinnen, Adrenochrom – eine bizarre und falsche These, die aber inzwischen bis in die bürgerliche Mitte vordringen ist.

hasserfüllte Pamphlete veröffentlicht hatten. 8chan ist die noch extremere Variante von 4chan, eine Mischung aus Nazikneipe, Trump-Fanclub und Sammelstätte für Untergangspropheten. Inzwischen heißt die Site 8kun.

Der Administrator Ron Watkins nennt dem SPIEGEL drei Gründe, warum 8kun und andere Plattformen perfekt für QAnon sind: Erstens könne dort jeder anonym veröffentlichen, zweitens verschwänden die Daten nach einiger Zeit wieder, drittens werde niemand zensiert. Watkins verspricht, wenn Q die Regeln seiner Site verletzt, »dann wird er garantiert rausgeworfen«. Aber Q und seine Anhänger müssen gar nichts Illegales posten, damit der Kult seine Anziehungskraft behält.

Bis heute weiß niemand, wer hinter Q steckt. Manche Anhänger sagen, es sei Trump, andere sagen, es sei Gott oder John F. Kennedy Jr, auch wenn Kennedy Jr seit 1999 tot ist. Schließlich sehe das Grab seines Vaters auf Luftaufnahmen mit einiger Fantasie so aus wie ein riesiges Q. Es könnte aber auch der Programmierer aus Südafrika sein oder der Trump-Fan, die zusammen mit Tracy Diaz die Lawine losstraten. Gewiss ist: Es dauerte nicht lan-

ge, bis sich Leute fanden, die damit Geld verdienen wollten.

»Kauft Gold, kauft Silber, kauft jetzt!« John Michael Chambers wirkt ziemlich aufgekratzt. Er steht auf der Bühne einer Mehrzweckhalle in Jacksonville im US-Bundesstaat Florida, vor ihm einige Dutzend Zuschauer, viele braun gebrannt, grauhaarig, gut frisiert. Florida-Rentner, Menschen in ihren Fünfzigern und Sechzigern, einige älter. Schutzmaske trägt fast niemand.

Chambers ist 61 Jahre alt, ein wacher Kerl mit Brille und Vollbart. Er war mal Anlageberater, bis vor fünf Jahren lebte er in Asien. Heute ist er einer der größten Trump-Fans unter Gottes Sonne und moderiert die Q Con LIVE!, eine eintägige Konferenz für Fans von QAnon. Chambers ist einer von vielen Influencern, die sich um QAnon sammeln, Propheten mit Zehntausenden Followern. Wer 49,99 Dollar Eintritt zahlt, bekommt in Jacksonville neben sechs Stunden Bühnenprogramm ein VIP-Bändchen und dazu ein Erfrischungsgetränk und wahlweise ein Stück Pizza oder einen Hotdog.

Einer der Teilnehmer ist Rick Cafiero, der mit seiner Frau Tracy aus Satellite

Beach angereist ist, zweieinhalb Autostunden südlich von Jacksonville. Sie besitzen ein Küchenstudio. Beide tragen Shorts, Q-Shirts und ein Kreuz als Halskette.

»Q klärt die Menschen auf und hält uns an, unsere eigene Recherche zu machen«, sagt Tracy Cafiero. »Die Öffentlichkeit würde es gar nicht aushalten, die Wahrheit über dieses Pädophilennetzwerk zu erfahren«, sagt ihr Mann.

John Michael Chambers, der vorn auf der Bühne steht, hält die Welt im Augenblick für einen Ort der Unordnung, der Unübersichtlichkeit. Wenn er gerade keine Konferenz moderiert, widmet er sich seiner täglichen Show auf YouTube mit dem Titel »MSOM – Making Sense of the Madness«, redet über geheime elektromagnetische Tests an Menschen und die Frage, was und vor allem wer wirklich hinter den Anschlägen des 11. September steckte.

Chambers verfügt über rund 15 000 Follower auf YouTube und Facebook, hält Vorträge und zeichnet Videos auf, um den Menschen zu erklären, warum der Staat sich angeblich gegen Trump verschworen hat. Clinton, Bush, Obama hätten Amerika ruiniert, sagt er später beim Gespräch.

»Nicht ich habe das Land verlassen, das Land hat mich verlassen.«

Chambers ist niemand, der in die Tiefen der Q-Welt einsteigt. Er wartet auch nicht darauf, dass Q mal wieder auf 8kun eine Nachricht hinterlässt. Wenn man ihn fragt, was Q ist, sagt er: »Es ist die größte militärische Geheimdienstoperation unserer Zeit. Die Frage ist nicht, wer oder was Q ist, sondern: Warum ist Q, warum passiert das alles gerade?«

Eine Antwort wäre: weil es lukrativ ist. Chambers verkauft Bücher, bekommt Honorare für seine Gastredenauftritte und wirbt auf seiner Website um Spenden. QAnon hilft ihm, das Publikum für seine Theorien zu vergrößern und damit den Umsatz.

Nachmittags tritt ein glatt rasierter junger Mann auf die Bühne, schwarze Haare, tiefe Stimme. »Ich bin davon überzeugt, dass Präsident Trump im November 50 Bundesstaaten gewinnen wird«, sagt Dustin Nemos, der eigentlich Krieger mit Nachnamen heißt. Nemos folgt Q von Anfang an, seit 2018 konzentriert er sich auf YouTube-Videos. Er hat dort mehr als 100 000 Abonnenten und kann von Q inzwischen leben. Eine seiner Websites, RedPill Living, auf der er Öle, Cremes und Vitamine verkauft, ist Co-Sponsor der Q-Konferenz.

So ist um die Bewegung herum eine ganze Branche von Untergangspropheten, Pildrehern und rechten Quacksalbern entstanden, die die Aufmerksamkeit Hunderttausender Menschen weltweit anzapft. QAnon-Anhänger verbringen täglich viele Stunden damit, Querverweise hinterherzujagen, Indizien zu sammeln und Belege für eine angebliche Verschwörung zu suchen. Leute wie Dustin Nemos bestreiten damit ihren Lebensunterhalt.

Im Internetslang spricht man von einem Rabbit Hole, wenn ein Thema fesselnd und zeitraubend ist. Auch das passt zu einer Verschwörungstheorie, die man sich erst selbst erarbeiten muss. Wie aber kommt man in diesen Kaninchenbau des Internets? Wo ist der Eingang, und warum finden so viele nicht wieder heraus?

Ein Teil der Antwort liegt in den Empfehlungsalgorithmen, die bei den sozialen Netzwerken dafür sorgen, dass die Nutzer sehen, was sie sehen. Der YouTube-Algorithmus gilt als besonders effizient darin, seine Nutzer an die Displays und Bildschirme zu fesseln und ihnen genau die Dinge zu zeigen, die sie interessieren könnten – nicht nur mehr des Gleichen, sondern anderes, Ähnliches. Wie der YouTube-Algorithmus funktioniert, interessiert nicht nur Nerds, sondern auch Videomacher, Influencer, Werber und Contentmanager.

Das Technikportal The Verge fragte sich bereits vor Jahren, warum das Empfehlungssystem von YouTube so perfide gut funktioniert, dass man immer mehr Zeit dort verbringen möchte. Wer mit einer

Corona-Leugner Wie Angehörige und Freunde besser mit Verschwörungsgläubigen zurechtkommen

Goldbarren statt Eigenheim

● Es sind nahe Verwandte oder enge Freunde, die Menschen von Verschwörungstheorien abbringen können. Doch wer argumentiert oder gar wissenschaftliche Belege vorzeigt, kommt meist nicht weiter. Im Gegenteil: Er riskiert, dass sich der Irrglaube verfestigt. Viele Verschwörungsanhänger werten alles, was ihre Theorie infrage stellt, als Beweis für die Existenz dunkler Mächte, die mit manipulierten Daten die Wahrheit verfälschen wollen.

Man sollte daher versuchen, ein unvoreingenommenes Gespräch zu führen, rät die Freiburger Diplom-Pädagogin Sarah Pohl. »Dazu gehört, sich auf den anderen einzulassen, auch wenn man von seinen Ansichten sehr irritiert ist.« Man solle ihm nicht gleich widersprechen, sondern seine Angst vor einem Komplott ernst nehmen. »Für ihn ist sie real.«

»Sich abzugrenzen kann sinnvoll sein – auch mit einer Kontaktpause.«

Pohl leitet die Beratungsstelle Zebra, die vom baden-württembergischen Kultusministerium gefördert wird. Zebra nahm im Februar die Arbeit auf, um über Sekten, radikale Weltanschauungen und esoterische Angebote zu informieren. Mittlerweile machen Angehörige von Corona-Leugnern die größte Gruppe der Ratsuchenden aus. Pohl und ihr Team empfehlen ihnen Gesprächstechniken, die auch in anderen Konflikten helfen können: weniger sagen, mehr fragen. Verstehen statt verurteilen. Wenig Kritik – und wenn, dann wertschätzend vorgetragen.

»Gerade in emotional aufgeladenen Situationen erreicht man Menschen besser, wenn sie sich nicht gleich abgewertet fühlen«, sagt die Pädagogin. »Spinnst du, an diesen Quatsch zu glauben?« Solche Sätze solle man vermeiden, selbst wenn man es kaum aushalte, dass der eigene Bruder Angela Merkel für einen Echsenmenschen mit vernichtender Kraft hält. Besser seien Ichbotschaften: »Mich schockiert, wenn Leute das denken.«

Die Hilfesuchenden bilden ein breites gesellschaftliches Spektrum ab. Es sind

getrennt lebende Eltern, die fürchten, das gemeinsame Kind gerate in den Dunstkreis von Verschwörungstheorien, weil der ehemalige Partner gegen Hygieneregeln protestiert. Oder ein Ehepaar sorgt sich, weil die volljährige Tochter sich QAnon angeschlossen hat und keinen Kontakt mehr zu den vermeintlich gleichgeschalteten Eltern halten will. Selbst erwachsene Kinder älterer Menschen melden sich: eine Gruppe, die Berater wie Pohl für erstaunlich groß halten. Eine dieser Töchter wandte sich an Zebra, weil die Mutter das Haus der Familie verkauft und den Erlös in Goldbarren angelegt habe. Offenbar glaubte die Mutter an einen Corona-bedingten Komplettverfall des Euro. Möglicherweise mangle es älteren Menschen viel häufiger an Medienkompetenz als allgemein angenommen, so Pohl. »Sie sind mit der Logik von sozialen Netzwerken und Fake News wenig vertraut.«

Christoph Grotepass, stellvertretender Leiter der Beratungsstelle Sekten-Info NRW, berichtet von ähnlichen Fällen. Er rät Angehörigen daher, gerade in der frühen Phase gemeinsam mit den Verschwörungsanhängern Fakten zu recherchieren. »Man stößt dabei zwangsläufig auf Widersprüche zu den Theorien«, sagt er. »Das regt manchmal einen Prozess des Nachdenkens an.«

Das eigene Wohlergehen sollten Angehörige und Freunde dabei nicht außer Acht lassen. »Vor allem wenn Verschwörungstheorien die eigenen Werte angehen, kann es sinnvoll sein, sich deutlich von den kruden Ansichten abzugrenzen«, sagt Grotepass. »Wenn es sein muss, auch mit einer Kontaktpause.«

Angehörige sind keine Therapeuten, und in einer Krise wie Corona verschärfen sich alte Konfliktlinien, wie sie sich in fast jeder Familie und unter Freunden finden. Daher sei manchmal auch psychotherapeutischer Rat sinnvoll, so Pohl.

Generell gilt, dass niemand den Gesprächsfaden abreißen lassen sollte. Bereits ein gemeinsamer Spaziergang kann dabei helfen – so wie früher, vor Corona. Und auch Geduld zahle sich häufig aus. »Nach sechs Monaten bemerken die Anhänger in ihren Theorien oft erste Widersprüche«, sagt Pohl. »Deshalb setze ich auf Fragen. Sie helfen, Widersprüche zu erkennen, und wirken dadurch entzaubernd.« Katja Thimm

Frage auf die Plattform komme, um dort eine Antwort zu finden, dem eröffne YouTube ein ganzes Universum.

Wie gut dieses Universum auf den einzelnen Nutzer zugeschnitten ist, hängt unter anderem davon ab, ob derjenige ein Nutzerkonto hat und gerade angemeldet ist oder ob seine YouTube-Historie bereits im Browser Spuren hinterlassen hat. Wer dem Algorithmus seine Vorlieben offenbart, wird bedient und bleibt leicht hängen.

Für QAnon funktionieren die Empfehlungsmechanismen ähnlich wie für Schlagerfans, die von einem Musikvideo zum nächsten geführt werden und immer weiter in den Musikantenstrudel gezogen werden. Wer deutsche QAnon-Videos ansieht, landet wenige Klicks später bei Beiträgen zur »Corona-Mafia«, zum »Corona-Wahn« oder bei Clips über die vermeintlichen Gefahren einer Impfung. So wird man immer tiefer in den Kaninchenbau hineingezogen. Die Bewegung wächst mit jedem Klick – was auch Politikern nicht verborgen bleibt.

Der Teil von Kalifornien, in dem Jo Rae Perkins aufwuchs, liegt ziemlich genau in der Mitte zwischen Los Angeles und Disneyland. Sie erinnert sich daran, wie sie als Mädchen mit ihren Freundinnen auf den Dächern von Cypress, Orange County, saß und in den Himmel guckte, wenn abends das Feuerwerk über dem Vergnügungspark aufleuchtete. Im Grunde wuchs sie im Paradies auf, die Sonne schien fast endlos, es ging bergauf im Land, ihre Mutter war überzeugte Demokratin, ihre Tochter zunächst auch. Inzwischen lebt Perkins im Nachbarstaat Oregon und könnte QAnon in den US-Kongress tragen.

Perkins kandidiert als Mitglied der Republikaner für einen Senatsposten. Sie ist eine von mehr als einem Dutzend Kandidaten der Partei, die sich öffentlich zur QAnon-Bewegung bekannt haben und im November politische Ämter anstreben. Perkins hat ihre Mitgliedschaft bei den Demokraten 1987 zurückgegeben.

Anfang September sitzt sie in Albany, eine Autostunde südlich von Portland, vor dem Rechner in ihrem Büro und meldet sich per Zoom. Im Hintergrund ist eine Bücherwand mit zwei kleinen USA-Flaggen zu sehen. Perkins ist 64, trägt einen roten Blazer mit einem blauen Shirt und streicht sich das Haar hinter das Ohr, wenn es ihr ins Gesicht fällt.

Sie wisse genau, erzählt sie, wann sie das erste Mal auf QAnon aufmerksam wurde. Im Herbst 2017 postete jemand nach einem Facebook-Video, das sie sich angesehen hatte, den Buchstaben Q in die Kommentarspalte. Kurz darauf aktualisierte eine Freundin ihren Status: »Wenn Ihr mehr über Q erfahren wollt, meldet Euch bei mir!« Perkins wurde neugierig.



Simon Simard / DER SPIEGEL

Reddit-Moderator Raines

Eltern, die in eine dunkle Welt abdriften

Die ersten QAnon-Sympathisanten tauchten 2018 auf Kundgebungen in den USA auf, auch auf Veranstaltungen der Republikaner. Zunächst waren es nur einzelne Frauen oder Männer, die Q-Schilder hochhielten. Inzwischen ist daraus eine politische Kraft geworden, die auch Donald Trump nicht ignorieren kann und die alles grundlegend infrage stellt, selbst die Ursachen der Pandemie. In Umfragen sagen 34 Prozent der Republikaner, dass die Pandemie von langer Hand geplant war.

Der Präsident hat das Potenzial erkannt, wohl auch deshalb hat er sich bis heute nie von dem Kult distanziert. Die QAnon-Anhängerin Marjorie Taylor Greene aus Georgia, eine aussichtsreiche Kandidatin der Republikaner für das Abgeordnetenhaus, bekam von Trump sogar einen Gratulationstweet, als sie sich bei Vorwahlen gegen einen Konkurrenten durchsetzte.

Im August sagte Trump: »Ich weiß nicht viel über die Bewegung, außer dass ich gehört habe, dass sie mich sehr mögen, was ich zu schätzen weiß.« Er habe aber gehört, »dass diese Leute unser Land lieben«. Unter den Republikanern gibt es nur wenige, die die Bewegung unmissverständlich ablehnen. Joe Rae Perkins hat mittlerweile einen Treueschwur als »digitale Soldatin« der Bewegung abgelegt.

16%

sind der Meinung, **Bill Gates** wolle zur Bekämpfung des Coronavirus **Menschen Mikrochips einpflanzen.**

Kantar-Umfrage vom 3. bis zum 13. Juli;
1019 Befragte in Deutschland

Anfang September trat sie in der YouTube-Sendung eines QAnon-Propheten auf, der auch bei der Konferenz in Jacksonville auf der Bühne stand. Perkins kündigte an, bald eine analoge Spendengala abzuhalten. »Ich habe Geld von Leuten aus dem ganzen Land erhalten, die Q folgen«, sagt sie. »Wenn ich das zusammenzähle, wäre das mit hoher Wahrscheinlichkeit die Gruppe, von der ich am meisten eingenommen habe für meinen Wahlkampf.«

Die Bewegung, die in einer Nische startete, ist kaum noch auf das Ökosystem angewiesen, aus dem sie stammt. Knapp drei Jahre nach dem ersten Post von Q kristallisiert sich QAnon zu einer politischen Kraft, mit Verzweigungen, Splitter- und Untergruppen. Eines ist den Gruppierungen gemeinsam: Sie halten die westlichen Demokratien für korrupt und sind zumindest in Teilen davon überzeugt, dass sie sich nicht mehr nur auf friedliche Weise reformieren lassen.

Inzwischen haben auch die Techkonzerne begriffen, was da mit ihrer Hilfe im Untergrund gewachsen ist. TikTok sperrte im Juli mehrere QAnon-Hashtags. Facebook entfernte zuletzt fast 800 QAnon-Gruppen, darunter auch eine mit fast 200 000 Nutzern, und schränkte Tausende Accounts auf Instagram ein. Twitter hatte zuvor mehr als 7000 solcher Konten gesperrt.

All das komme zu spät, sagen Experten. Der Versuch, QAnon von den Plattformen zu verbannen, sei nicht effizient, weil die Bewegung zu weit verzweigt sei, sagt die Extremismusforscherin Julia Ebner. »Gerade Facebook hat viel zu spät reagiert«, sagt sie. »Inzwischen werden zwar Gruppen gelöscht, aber das begann erst an einem Punkt, als die Bewegung schon sehr groß war.« Das FBI hatte bereits 2019 die Verschwörungstheorie zur potenziellen terroristischen Bedrohung erklärt.

Im Netz gibt es verschiedene Anlaufstellen, wo sich Menschen austauschen können, die eine Freundin oder ein Familienmitglied an Q verloren haben. Eines der größten Foren heißt QAnonCasualties auf Reddit. Mike Raines ist der Moderator der Kommentarspalten. Er sorgt dafür, dass sich in dem Opferchat die Trolle nicht ausbreiten. »Da kommen immer wieder User an und sagen: Hey, warum habt Ihr Angst vor Q, sollten wir da nicht eine offene, ehrliche Diskussion drüber führen können? Nein, sollten wir nicht.« Das Forum sei dafür da, Erfahrungen zu teilen und Mitgefühl auszudrücken. Mehr als 24 000 Nutzer sind dort angemeldet.

Die Geschichten, die sie erzählen, ähneln sich. Oft sind es Kinder, die ihre Boomer-Eltern in eine digitale Verschwörungswelt abdriften sehen – in der Tageszeitung stand früher die Wahrheit, im Internet ist für sie nicht immer sofort erkennbar, was verlässliche Quellen sind und was nicht. Es gibt Mütter, die George Soros für »den

neuen Hitler« halten oder ihre Kinder Satanisten nennen, weil sie eine Maske tragen. Es gibt auch Freunde, die sich nach Jahrzehnten entfremden, weil einer daran glaubt, dass Hollywoodstars Kinder opfern, oder verzweifelte Geschwister, die einander nicht wiedererkennen, weil eines die Pandemie für eine Erfindung hält. Und es gibt Frauen wie Lauren.

Lauren sagt, sie wisse nicht mehr genau, wann Q in ihr Leben kam. Nur, dass ihr Freund Tom eines Tages diesen Satz sagte: »Where we go one, we go all.« Einer für alle, alle für einen. Das Motto der Bewegung.

Für Lauren kam der Satz aus dem Nichts und ergab keinen Sinn. Wer waren »alle«? »Es war beängstigend«, sagt die 28-Jährige. Sie machte sich Sorgen um Tom. In letzter Zeit hatte er niedergeschlagen gewirkt, er saß viel vor dem Computer. Lauren gab den Satz bei Google ein und stieß auf eine dunkle Parallelwelt.

Sie weint, während sie per Zoom davon erzählt. Das Wort, das sie während des Gesprächs am häufigsten verwendet, ist »Verzweiflung«. Sie ist überzeugt davon, dass sie Tom an etwas verloren hat, das er eine »Bewegung« nennt und sie einen »Kult«. Fünf Jahre lang waren sie ein Paar.

Nun stehen sie vor der Trennung. »QAnon hat mir den Mann weggenommen, von dem ich dachte, dass ich ihn einmal heiraten würde«, sagt sie.

Tom und Lauren stammen aus dem Mittleren Westen der USA und kannten einander über Freunde. Als Lauren nach der Highschool beschloss, Jura zu studieren, schrieb sie sich auf derselben Uni ein.

Nach einiger Zeit habe sich Tom verändert. Er hatte ein Gespräch mit seinem Studienberater geführt und zum ersten Mal verstanden, wie hoch er wegen seiner Studiengebühren verschuldet sei: 100 000 Dollar. In Amerika ist das nicht ungewöhnlich, doch das Wissen um die Schulden stürzte Tom in ein Loch.

Er verließ die Wohnung seltener, ging kaum noch zur Uni. Stattdessen saß er zu Hause, spielte Videospiele und sah sich YouTube-Clips an. Stundenlang. Wenn Lauren nach Hause kam, hörte sie aus dem Wohnzimmer die Stimme von Donald Trump. Tom, der sich nie für Politik interessiert hatte, schaute auf einmal Wahlkampfauftritte und Tiraden. Irgendwann habe er begonnen, Vorhersagen zu machen. Die Wirtschaft werde zusammenbrechen, die Stromversorgung werde gekappt.

Schwer zu sagen, wann Ideologie zu Wahn wird und wann es wirklich gefährlich werden kann. Tom sprach bald nur noch über Q. Über geheime Hinweise und eine angeblich kurz bevorstehende Revolution. »Er war besessen«, sagt Lauren. »Es war gruselig.«

Längst ist QAnon nicht mehr auf Nordamerika beschränkt, auch hierzulande gewinnen QAnon-Gruppen rasant neue Mitglieder. Der größte deutschsprachige Telegram-Kanal der Bewegung hat mehr als 120 000 Abonnenten – eine erstaunlich hohe Zahl. Seit die Bundesregierung im Frühjahr die ersten Maßnahmen gegen die Pandemie verhängte, sammeln sich Esoteriker in der Bewegung, Rechtsextreme, Impfgegner und Reichsbürger, genauso wie Menschen, die glauben, 5G habe das Virus verbreitet.

Der rechte Videoblogger Oliver Janich, der den Klimawandel leugnet und die »Querdenker«-Demos bewirbt, stellte bereits Ende 2017 seinen ersten QAnon-Beitrag ins Netz. Das Video mit dem Titel »Wer ist Q? Trumps Geheimagent?« hat mehr als 90 000 Aufrufe. Janich gilt als einer der prominentesten Verbreiter von QAnon in

Q in Deutschland Seit dem Beginn der Corona-Pandemie steigt die Zahl der Verschwörungsfanatiker auch hierzulande rapide an. Nazis, Reichsbürger, Esoteriker und Impfgegner sammeln sich in einer Bewegung – unter ihnen etliche, die das System notfalls mit Gewalt verändern wollen.



Illustration: Iris Kuhlmann / DER SPIEGEL; Fotos: Zaktuell.de; AP; DAVIDS; dpa; Facebook (2); Getty Images (4); iStock; laif; YouTube (2).

Deutschland. 2018 sagte er in einem Video: »Viele der Leute, die da heute an der Macht sind, gehören eigentlich aufgehängt.«

Auch andere Aktivisten aus der »Querdenker«-Szene haben die Ideologie oder Teile davon verbreitet, darunter der Promi-Koch Attila Hildmann und die Ex-Nachrichtensprecherin Eva Herman. Im April verschickte der Musiker Xavier Naidoo ein Video, in dem er unter Tränen von der Befreiung von »Kindern aus den Händen pädophiler Netzwerke« erzählt und damit ein zentrales Motiv von QAnon aufgreift. Es sind aber längst nicht nur die bekannten Figuren aus der rechtsalternativen Szene, die dem Kult Zulauf verschaffen, es sind auch Frauen wie Ellen Kalwait-Borck, die QAnon seit Monaten folgen.

Kalwait-Borck fragt zur Begrüßung, ob sie die Reporterin umarmen darf, so, als würde es die Pandemie und das Abstandsgebot nicht geben. Ihr Haus steht in einem kleinen Ort nicht weit von Hamburg. Sie ist 58, trägt ein bodenlanges Kleid, eine rote Brille und bittet auf die Terrasse. Hier will sie erzählen, wie sie zu QAnon kam. Ihre Geschichte zeigt, wie die Bewegung in Deutschland Unterstüztzer gewinnt, und vor allem: in welchem Milieu.

Die erste Begegnung mit ihr fand auf der »Querdenker«-Demo in Hamburg Mitte August statt, sie suchte selbst den Kontakt zur Reporterin. Die Corona-Maßnahmen seien extrem übertrieben, sagte sie damals. Und ja, man könne sie als Anhängerin von QAnon bezeichnen.

Jetzt, in ihrem Garten, bei Mandelmilch mit Datteln, sagt sie: »Ich bin nicht wirklich Fachfrau.« Den »Querdenkern« stehe sie näher als QAnon. Aber auch wenn sie nicht komplett enthusiastisch sei, sei es in Ordnung, sie als »Anon« zu bezeichnen und zur Bewegung zu zählen. Sofern man unter einem Anhänger jemanden verstehe, »der recherchiert, selber denkt, selber guckt und den gesunden Menschenverstand mitreinnimmt«.

Kalwait-Borck ist Heilpraktikerin für Psychotherapie. In ihrer Praxis arbeitet sie mit Klienten am »Integrieren von Gefühlen und Schattenanteilen«. Das Geschäft lief hervorragend, sagt sie, bis zur Pandemie. »Das haute mir die Füße weg.« Ihre Einnahmen brachen ein, ihre Lebensfreude schwand. Sie fragte sich: »Warum machen die jetzt so einen Terror weltweit? Wegen eines Virus, das nachweislich nicht das anstellt, was man ihm nachsagt?«

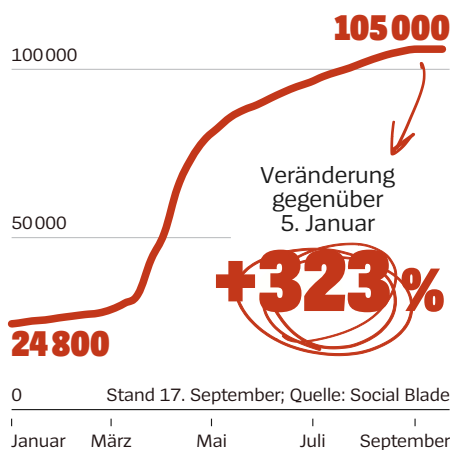
Sobald ihr etwas seltsam vorkomme und Fakten nicht zusammenpassten, sagt Kalwait-Borck, »fang ich sofort an zu graben. Bei dieser Corona-Geschichte habe ich gesagt, okay, ich gebe euch bis Ostern. Bis dahin werdet ihr herausgefunden haben, was los ist.« So lange sei sie bereit gewesen, die »Füße stillzuhalten«. Das ist vorbei.



Q-Sympathisantin Kalwait-Borck
»Warum machen die so einen Terror?«

Q-Boom auf Social Media

Abonnenten des deutschen QAnon-Kanals »Qlobal-Change« auf YouTube



Nun wolle sie nicht länger hinnehmen, dass eine angebliche Elite, von der WHO gesteuert, ihr Leben zerstöre. Sie glaubt, dass diese Elite eine autoritäre »neue Weltordnung« errichten und Bürger unterdrücken wolle. »Zuerst haben sie es über das Klima versucht. Jetzt probieren sie es durch Corona.« Eine kleine Clique bereichere sich durch die Pandemie. »Und dann kommen wir in den »deep state« rein.« Dass aus dem Blut der Kinder eine verjüngende Substanz gewonnen werde, so wie QAnon es transportiert, hält sie für möglich.

Ihre Wandlung habe sich »Stück für Stück« vollzogen. Zunächst sei da ihre Skepsis gegenüber der Schulmedizin gewesen. Im buddhistischen Zentrum sei sie mit Leuten in Kontakt gekommen, die »anders dachten«. Sie vertiefte sich in Naturheilverfahren, probierte Urintherapie aus und wurde zur Impfkritikerin. Sie fürchte, sagt sie, dass ein Gen-Impfstoff gegen Corona aus Menschen Cyborgs machen könne.

Sie springt auf und verschwindet im Haus. Als sie wieder auf die Terrasse tritt, hat sie einen walnussgroßen, gelblichen Brocken in der Hand. Es handelt sich um anorganischen Schwefel. Sie beißt hinein. »Hilft, den Darm zu heilen«, sagt sie.

Bei QAnon, findet sie, gehe es darum, ein »souveräner Mensch« zu sein. Die wirklich gefährliche Terrororganisation sei eher die Antifa, so kann sie es im »X22 Report« hören. Außerdem habe jemand aus der Bewegung mitgeteilt, dass Corona mit Trumps Wiederwahl aufhöre.

Es ist eine beängstigende Mischung aus Wahn, Angst und Paranoia, die sich in der Q-Bewegung bündelt. Die Verfassungsschutzämter der Länder beobachten mit wachsender Sorge, wie Impffegner, Nazis, Reichsbürger und Esoteriker in der Bewegung zueinanderfinden. Auch Felix Klein, der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, ist alarmiert. Die QAnon-Bewegung zeichne sich durch ihre »Anschlussfähigkeit an verschiedenste Verästelungen von Verschwörungsmutten« aus. Antisemitismus wirke dabei »wie ein unheilvolles Bindemittel zwischen diesen Strömungen«. Vielfach würden solche Mythen über Messengerdienste verbreitet, »die aus meiner Sicht die gleichen Auflagen bekommen sollten wie zum Beispiel Twitter oder Facebook«. Auch der Verfassungsschutz sollte die Bewegung laut Klein mehr als bisher in den Blick nehmen.

Benjamin Strasser, religionspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Bundestag, sagt: »Wir brauchen eine bessere Analysefähigkeit der Sicherheitsbehörden für solche Phänomene und müssen die Internetaufklärung verbessern.« Letztlich müssten auch rechtliche Schritte eingeleitet werden, um gegen Antisemitismus und Volksverhetzung wirksam vorzugehen. Auch Konstantin von Notz, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Grünen, fordert ein entschiedeneres Vorgehen. Die Sicherheitsbehörden müssten Erkenntnisse über diejenigen sammeln, »die diese Verschwörungsideologien gezielt verbreiten und dafür nutzen, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung offen infrage zu stellen«. Die Bundesregierung müsse sich angemessen mit QAnon befassen. »Das tut sie bisher nicht.«

Martin Schmidt, der schwäbische Q-Anhänger, sagt, es werde und es müsse bald eine Revolution geben, idealerweise friedlich. Und wenn das nicht funktioniert? Schmidt antwortet, ohne zu zögern: »Dann wird der dritte Weltkrieg ausbrechen. Und das wird der letzte sein.«

Patrick Beuth, Marie Groß, Roman Höfner, Max Hoppenstedt, Judith Horchert, Katrin Kuntz, Alexandra Rojkov, Alexander Sarovic, Christoph Scheuermann, Daniel C. Schmidt

Wählen Sie Ihren Wunschtitel

Zum Selbstlesen oder Verschenken plus Gutschein als Dankeschön.



DER SPIEGEL für ½ Jahr

Deutschlands bedeutendstes Nachrichten-Magazin steht für einen unabhängigen und investigativen Journalismus.

26 Ausgaben für nur € 5,30 pro Ausgabe.

»Dein SPIEGEL« für 1 Jahr

Das Nachrichten-Magazin für Kinder und Jugendliche ab 8 Jahren, die unsere Welt verstehen wollen. So macht Wissen Spaß!

12 Ausgaben für nur € 4,- pro Ausgabe.



SPIEGEL GESCHICHTE für 1 Jahr

Hier wird die Vergangenheit emotional und packend erzählt. Jede Ausgabe widmet sich einem historischen Thema.

6 Ausgaben für nur € 8,- pro Ausgabe.



Einfach jetzt anfordern:

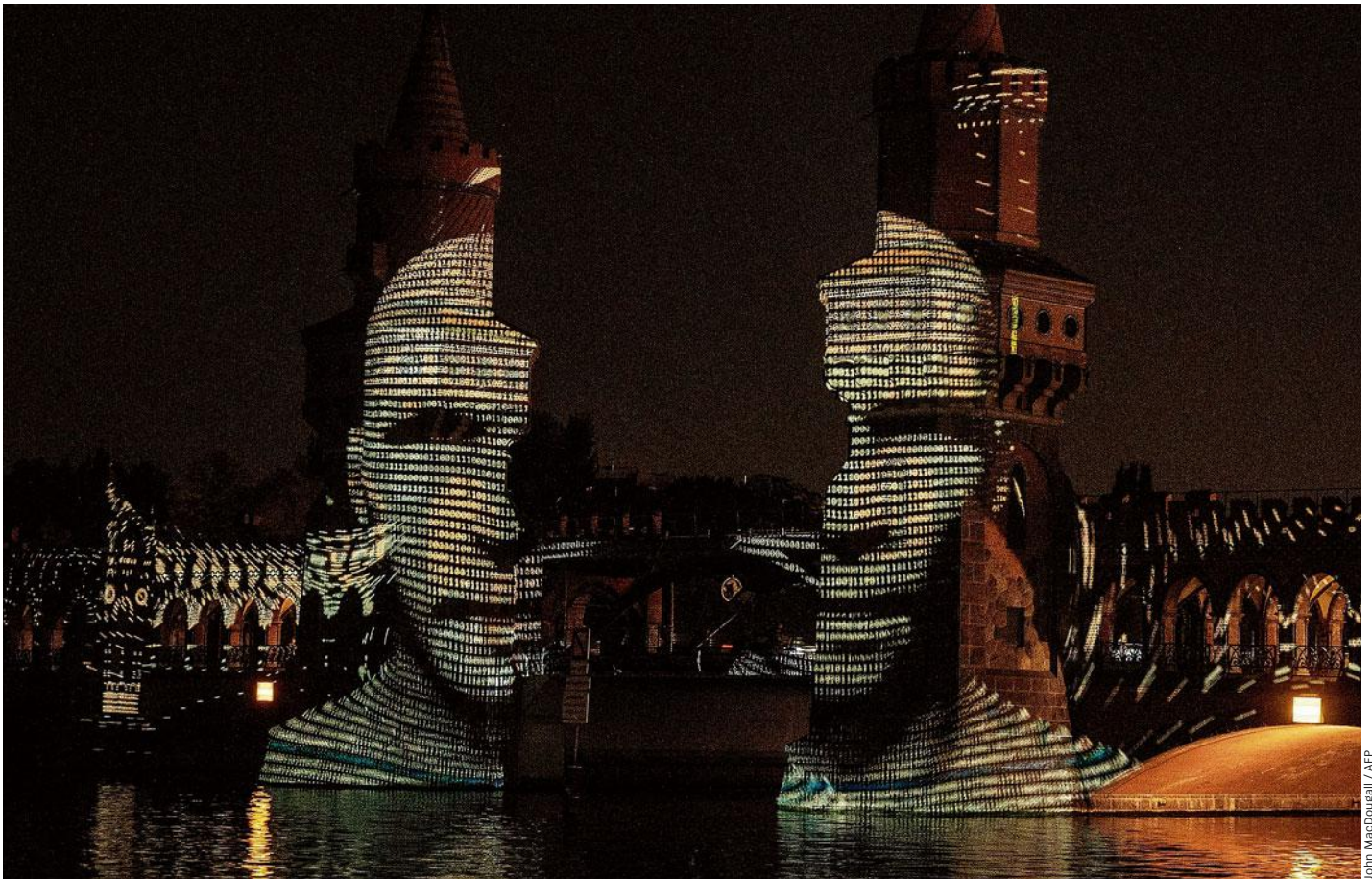
 abo.spiegel.de/wunschtitel

oder telefonisch unter 040 3007-2700



Ihr Dankeschön:
ein Amazon.de Gutschein
in Höhe von € 20,-.

Deutschland



John MacDougall / AFP

Einheitsleuchten Zum 30. Jahrestag der Wiedervereinigung illuminiert diese Woche das Festival of Lights mit »Lichtern der Freiheit« die Berliner Metropolregion. Das Abbild eines geteilten Kopfes schmückt die Oberbaumbrücke über der Spree. Mehr als 90 leuchtende Kunstwerke werden im Rahmen des Jubiläums auf einer Fläche von 168 Quadratkilometern bis Sonntag in der Hauptstadt gezeigt.

Corona-Folgen treffen Frauen besonders hart

Selbstständige Zuwachs der Hartz-IV-Anträge beinahe doppelt so hoch wie bei Männern

● Der Anstieg der Arbeitslosigkeit unter Selbstständigen in der Pandemie trifft besonders Frauen. Das ergibt sich aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen. Selbstständige Frauen seien diejenigen, deren berufliche Existenz durch die Pandemie besonders gefährdet sei, geht aus der Antwort hervor. So lag der Zuwachs bei selbstständigen Frauen, die Hartz IV beantragen mussten, im Krisenmonat Mai bei mehr als 2700 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat, während der Zuwachs bei den Männern bei rund 1600 Pro-

zent lag. Die grüne Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt nennt diese Entwicklung »höchst besorgniserregend«.

Um nicht direkt in Hartz IV zu fallen, müssen sich Selbstständige zunächst freiwillig gegen Arbeitslosigkeit versichern. Allerdings machen mittlerweile nur wenige Freiberufler davon Gebrauch, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraction hervorgeht. 2010 waren demnach sieben Prozent der Selbstständigen gegen Arbeitslosigkeit versichert, 2019 nur noch zwei Prozent. Viele könnten sich die

stark gestiegenen Beiträge nicht leisten, so die Linkenabgeordnete Sabine Zimmermann. Kleine Unternehmen und Soloselbstständige habe die Bundesregierung »im Stich gelassen«.

Die Voraussetzungen für die freiwillige Arbeitslosenversicherung Selbstständiger möchte die Regierung aber nicht verbessern. In der Antwort auf die Grünenanfrage heißt es, die Versicherung basiere auf dem »Solidarprinzip«, getragen von den pflichtversicherten Arbeitnehmern. Höhere Einstandspflichten für die Versicherten-gemeinschaft seien »unzumutbar«. HEY, KEV

Bundestag Halbe Pflicht

● Im Bundestag herrschen künftig strengere Corona-Regeln. Abgeordnete und Mitarbeiter müssen in Fahrstühlen einen Mund-Nasen-Schutz tragen, wie der Ältestenrat des Parlaments am Donnerstag beschloss. Auf sonstigen »Verkehrsflächen« gilt weiterhin die »dringende Empfehlung« von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble. Ein Schreiben an alle Fraktionen soll den Appell erneuern. Ausgenommen sind die Büros. Im Plenarsaal und den Fraktionssälen kann die Maske am Platz und bei Wortmeldungen abgenommen werden. Der Ältes-

tenrat hatte sich nach einem Corona-Fall in der AfD-Fraktion mit dem Thema befasst. Eine generelle Maskenpflicht wurde wegen rechtlicher Bedenken bei der Durchsetzung abgelehnt. Die Grünen fordern sie dennoch: »Wir werden anregen, die Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes festzuschreiben«, so deren Parlamentarische Geschäftsführerin Britta Haßelmann. Grund sei das verantwortungsvolle Verhalten vor allem von AfD-Politikern. »Sie tragen demonstrativ keinen Mund-Nasen-Schutz, halten keinen Abstand, stehen eng zusammen oder begrüßen sich per Handschlag«, so Haßelmann. AKM, CSC, CTE, TIL

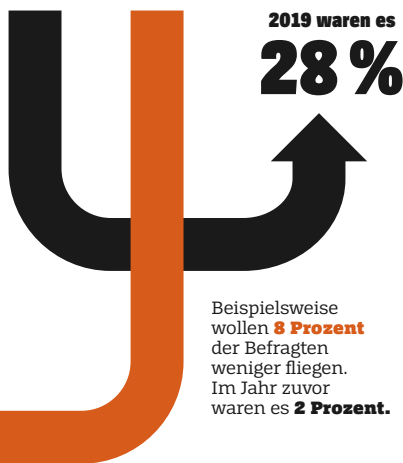
Kulturgüter Rettender Container

● Das Auswärtige Amt entwickelt mit mehreren archäologischen Instituten und dem Technischen Hilfswerk (THW) ein Notfallkonzept, um akut bedrohte Kulturgüter zu schützen. Es geht Verantwortlichen zufolge um die Bildung eines Expertenteams, das »im Krisenfall schnell Unterstützung bei der Sicherung, dem Erhalt und gegebenenfalls der Bergung von Objekten und Bauwerken« leisten kann. Zentrale Instrumente sollen ein Container und Res-

taurierungswerkstätten sein, die schnell in ein Katastrophengebiet geflogen werden können, um »die Dokumentation, Reinigung und Verpackung von mobilem Kulturerbe« zu ermöglichen. Das Pilotprojekt, das schätzungsweise zwei Millionen Euro kosten wird, soll demnächst in Kooperation mit Sudans Nationalmuseum in Khartoum getestet werden. Im August wurde ein THW-Team bereits von einem Experten des Deutschen Archäologischen Instituts in die zerstörte libanesische Hauptstadt Beirut begleitet. CSC

Nachgezählt Umweltfreundliche Mobilität

40 %
der Befragten wollen
künftig umweltfreundlicher
unterwegs sein.



Quelle: Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg; Umfrage vom 29. Juni bis 6. Juli 2020; 3092 Befragte

Markus Feldenkirchen Der gesunde Menschenverstand

Vereinzelte Mehrfälle



Die These, wonach Rassisten in den Reihen der Polizei nur Einzelfälle seien, erhärtet sich. Seit Mittwoch sind 30 mutmaßliche Einzelfälle aus Nordrhein-Westfalen hinzugekommen. Diese Einzelfälle hatten sich zuvor in Chatgruppen miteinander vernetzt – in einem Einzelfallnetzwerk sozusagen.

Was sie dort austauschten, fand auch NRW-Innenminister Herbert Reul schändlich. Jahrelang hatte Reul nur Einzelfälle gesehen, jetzt aber musste er mehr als zwei Dutzend neue Einzelfälle zur Kenntnis nehmen. Die Beamten schickten sich Bildchen von Adolf Hitler, Hakenkreuzen, Reichskriegsflaggen oder der fiktiven Darstellung eines Flüchtlings in der Gaskammer. Was ein Einzelfall halt so macht, wenn es auf Streife etwas fad ist. Der Polizist, dein Freund und Nazi.

Vor den Einzelfällen aus Nordrhein-Westfalen gab es die Einzelfälle aus Frankfurt, wo Polizeibeamte sensible Adressen aus dem Polizeicomputer holten. Die Adressinhaber erhielten kurz darauf Nazidrohungen. In einer Chatgruppe namens »Itiotentreff« tauschten sie zudem rassistische und antisemitische Bilder aus. Oder den Polizisten aus Niedersachsen, der einer schlafenden Kollegin ein Hakenkreuz auf die Stirn malte und das Foto mit dem Gruß »Heil Hitler« verschickte. Oder, oder, oder ... Mindestens 400 Einzelfälle von mutmaßlich rechtsextremen, rassistischen oder antisemitischen Umtrieben unter Polizisten und Polizeianwärtern

Die Frage ist, wie lange dieses latente Verniedlichen von Rassismus weitergehen soll.

zählten die Bundesländer und der Bund in den vergangenen Jahren. Aber wie groß ist die Dunkelziffer?

Nun steht der furchtbare Verdacht im Raum, dass die SPD-Vorsitzende Saskia Esken doch ein klein wenig recht gehabt haben könnte, als sie im Sommer die Möglichkeit ins Spiel brachte, dass es »latenten Rassismus« in der Polizei gebe. Was von Frau Esken kommt, muss nicht automatisch falsch sein.

Die Einzelfalltheorie wird bislang vor allem von führenden Innenministern vertreten. Dass diese bevorzugt Parteien angehören, die mit C beginnen, ist eine auffällige Häufung von Einzelfällen, aber sicher nur Zufall. Beliebt ist in diesen Kreisen auch die Warnung vor dem »Generalverdacht«, der kleinen Schwester der Einzelfalltheorie. Die Frage ist, wie lange das latente Kleinreden und Verniedlichen von Rassismus in Sicherheitsbehörden noch dauern soll, ehe das Problem endlich ernst genommen wird.

Es wäre zum Beispiel ganz hilfreich, wenn man sich ein umfassendes Bild machen könnte. Leider wurde eine Studie über möglichen Rassismus in der Polizei von Horst Seehofers Innenministerium vor Monaten gestoppt. Das ist so, als würde ein Patient mit ernstesten Symptomen im Unterleib eine Darmspiegelung absagen, weil man ja einen Tumor finden könnte.

Um das klar zu sagen: Ich bin überzeugt, dass demokratische und menschenfreundliche Polizisten keine Einzelfälle, sondern die Regel sind. Aber gerade diese aufrechten Polizisten haben es verdient, dass das Problem ernst genommen und systematisch gegen Nazis in Uniform vorgegangen wird. Denn mit der chronischen Verniedlichung wird vor allem der Ruf der Anständigen ruiniert.

An dieser Stelle schreiben Markus Feldenkirchen und Alexander Neubacher im Wechsel.

DFB

Teure Scheidung

● Die Trennung des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) von seinem ins Zwielficht geratenen Schweizer Werbevermarkter Infront kommt Letzteren teuer zu stehen. Infront hatte viele Jahre lang gegen Provision Werbekunden für die Nationalelf oder den DFB-Pokal gesucht. Grund für die letzte Woche besiegelte Trennung war ein DFB-interner Ermittlungsbericht, der Hinweise darauf lieferte, dass Infront Aufträge des DFB durch Korruption erlangt haben könnte. Infront bestreitet das (SPIEGEL 26/2020).

Teil des Auflösungsdeals ist nun, dass der DFB die im Bericht mit einem Schaden von mehr als 40 Millionen Euro bezifferten möglichen Korruptionshandlungen nicht weiterverfolgt. Allerdings verzichtete Infront, ohne Anerkennung einer Schuld, dem Vernehmen nach auf einen zweistelligen Millionenbetrag – unter anderem aus Provisionen, die der DFB den Schweizern noch geschuldet hätte. Das würde weit über die Höhe der Ausgleichszahlungen hinausgehen, die Infront dem DFB anfangs dafür angeboten hatte, dass der Verband bei Länderspielen weniger Zeit für Eigenwerbung auf der Stadionbande bekommen soll als vereinbart.

Zu diesem angeblichen »Sekundenklau« läuft in der Schweiz schon seit geraumer Zeit ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Thurgau, in dem es jüngst zu einer überraschenden Wende kam. Infront hatte die Alleinschuld für die angeblich zu kurzen Werbezeiten für den DFB und dessen Werbekunden einem Ex-Manager angelastet, der freilich illegale Kürzungen und jede persönliche Schuld bestritt.

Mitte August ließ das Schweizer Bundesgericht den Staatsanwalt, der gegen den Ex-Manager ermittelte, wegen mutmaßlicher Befangenheit absetzen. Er habe »bei seinen Untersuchungen nicht die erforderliche Unparteilichkeit erkennen lassen«, heißt es im Urteil. Der Staatsanwalt hatte offenbar einem Infront-Chef, der den Ex-Kollegen belastet, vor der Zeugenbefragung den gesamten Fragenkatalog samt interner Notizen der Ermittlungsbehörde zugeschickt. Außerdem habe der Ermittler mit einem Anwalt von Infront telefoniert, ohne das Gespräch zu protokollieren oder zumindest eine Aktennotiz darüber zu schreiben. Der DFB wollte sich zur Vertragsauflösung mit Infront nicht äußern. Infront dementierte einen Verzicht in zweistelliger Millionenhöhe aus ausstehenden Provisionen. AMP, GLA

Chappattes Welt



Gärten

»Tonnenweise Schutt«



Baden-Württembergs Umweltminister Franz Untersteller, 63 (Grüne), erklärt, warum er Eigenheimbesitzern Schotter rund ums Haus untersagt.

SPiegel: Herr Untersteller, Baden-Württemberg verbietet seit diesem Sommer per Gesetz private Schottergärten. Warum schreiben Sie Eigentümern vor, wie diese ihr Grundstück zu gestalten haben?

Untersteller: Nach unserer Rechtsauffassung sind Schottergärten in der Landesbauordnung schon seit Jahren verboten. Die Novelle des Landesnaturschutzgesetzes stellt dies nur klar.

SPiegel: Müssen Betroffene nun tonnenweise Steine abtragen und Blumen kaufen?

Untersteller: Darüber werden im Einzelfall wohl Gerichte entscheiden müssen. Die oberste Baurechtsbehörde, das CDU-regierte Wirtschaftsministerium, vertritt hier eine andere Auffassung als das Umweltministerium.

SPiegel: Was haben Sie gegen Schotter?

Untersteller: Bienen fressen keine Steine. Es kann nicht sein, dass wir das Insektensterben beklagen, aber vor allem die Landwirte in die Verantwortung nehmen. Die beginnt im privaten Umfeld, beim Verzicht auf Pflanzenschutzmittel etwa. Oder eben dabei, sich nicht tonnenweise Schutt vors Haus zu kippen.

SPiegel: Fallen ein paar Quadratmeter Vorgarten wirklich ins Gewicht?

Untersteller: Ja. Insekten brauchen blühende Flächen, sie lassen sich nicht auf

Schotter nieder. Viele Schotteranhänger verlegen sogar Folie unter den Steinchen gegen Unkraut. Dann läuft das Wasser ab, anstatt zu versickern. Dadurch wird Starkregen auch für Wohngebiete immer gefährlicher. Es kann dort etwa Überschwemmungen und Hangrutsche geben. Außerdem heizen sich die Städte schneller auf, wenn die Grünflächen schwinden.

SPiegel: Der Garten als Klimakiller?

Untersteller: Ich meine vor allem das Mikroklima. Schon heute leiden die Menschen unter der Hitze, Tage mit über 30 Grad im Sommer werden häufiger. Deshalb gilt es umso mehr, die Städte zu durchgrünen. Baden-Württemberg ist hier Vorreiter mit dem bundesweit einzigartigen Gesetz. Aber die Debatte wird auch anderswo geführt.

SPiegel: Sind Steine immer schlecht?

Untersteller: Nein. Ein gut gemachter Steingarten, wie es ihn in den Alpen häufig gibt, enthält grüne Elemente wie Stauden und bietet Reptilien Unterschlupf. Solche Gärten müssen durchdacht werden, das weiß ich als gelernter Garten- und Landschaftsarchitekt.

SPiegel: Und was sagt der Architekt zur Ästhetik des Schottergartens?

Untersteller: Ich finde ihn grauenhaft, das ist Tristesse pur. Ich kann auch nicht verstehen, wie Gartenbauunternehmen solche Schottergärten anlegen. Sie schauen ja ihr eigenes Grab.

SPiegel: Offenbar haben viele Menschen ein anderes Ästhetikempfinden...

Untersteller: ... eher nicht. Die Leute meinen, dass sie keine Zeit haben, ihren Garten zu pflegen. Da gibt es viel Unwissenheit. FRI

Fall Nawalny

FDP für Sanktionen

● Die Vergiftung des russischen Oppositionspolitikers Alexej Nawalny soll nach dem Willen der FDP-Bundestagsabgeordneten Gyde Jensen auch in Deutschland rechtliche Folgen haben. In einem Dringlichkeitsantrag für den FDP-Bundestag am Samstag fordert Jensen die Einführung eines »zielgerichteten, personenbezogenen Sanktionsregimes auf europäischer und deutscher Ebene«, um Menschen- und Völkerrechtsverletzungen »weltweit zu ahnden«. Als Vorbild dient der Vorsitzenden des Menschenrechtsausschusses der »Global Magnitsky

Act« aus den USA, mit dem die US-Regierung seit vier Jahren ermächtigt wird, weltweit Personen wegen Menschenrechtsverletzungen zu bestrafen, ihr Vermögen einzufrieren und deren Einreise zu verweigern. Zwar gibt es seit 2019 eine Resolution des EU-Parlaments, ähnliche Gesetze auch in den Mitgliedstaaten zu erlassen, Deutschland hat diese aber nicht umgesetzt. Jensen verweist auf Staaten wie Estland, Großbritannien, Kanada oder Litauen, die bereits Gesetze auf der Grundlage des »Global Magnitsky Act« verabschiedet haben. Es brauche jetzt »ein entscheidendes Signal aus der Bundesrepublik«, so Jensen. **SEV**

Parlament

Lobby-Kontrollleur Schäuble

● Die Bundestagsverwaltung unter Aufsicht von Wolfgang Schäuble (CDU) soll künftig die Registrierungspflicht von Lobbyisten im Bundestag sowie in den Ministerien überwachen und bei Verstößen Geldbußen verhängen. Ein Gesetzentwurf von Union und SPD für ein Lobbyregister legt die Bundestagsverwaltung als Prüfinstanz fest. Demnach kann der Parlamentspräsident Lobbyisten mit einer Zahlung von bis zu 50 000 Euro bestrafen, sollten die Interessenvertreter falsche oder unvollständige Angaben

machen. In einem früheren Gesetzentwurf tauchte noch das Bundesinnenministerium als Kontrollinstanz auf. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie Abgeordnetenwatch oder Lobbycontrol fordern, eine Prüfstelle zu schaffen, die institutionell unabhängig und parteipolitisch neutral ist. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Patrick Schnieder, sagt hingegen: »Wir brauchen keine neue Behörde in Deutschland, um Verstöße gegen ein beim Bundestag geführtes Lobbyregister zu ahnden. Das Parlament hat mit der Bundestagsverwaltung eine durchsetzungsstarke Behörde, die hierzu sehr gut in der Lage ist.« **RED**



Schäuble

Florian Gaertner / PHOTOTHEK / IMAGO IMAGES



Julian Rettig / DER SPIEGEL

Der Augenzeuge

»Riesige Erleichterung«

Warum nicht eine ganze Schule auf Corona testen, alle Kinder und Lehrer? Clemens Becker, Chefarzt in Stuttgart, erzählt, wie er es gemacht hat.

● »Meine Frau und ich sind Ärzte, eines unserer Kinder, zehn Jahre alt, geht auf eine evangelische Schule in Stuttgart. Dort haben wir ein groß angelegtes Corona-Testverfahren gestartet, ebenso an zwei weiteren Schulen desselben Trägers. Wenige Tage vor Ende der Sommerferien konnten sich alle Schülerinnen und Schüler sowie alle Lehrkräfte und sonstigen Mitarbeiter der Schulen testen lassen, rund 2000 Menschen. Um Zeit und Kosten zu sparen, wurden in einem Poolverfahren immer zehn Proben aus einer Klasse gemeinsam getestet; nur wenn etwas auffällig gewesen wäre, hätten wir die einzelnen Proben ausgewertet. Fast alle haben mitgemacht, und so lagen zum ersten Schultag die Ergebnisse vor: Alle waren negativ. Ich hoffe, dass wir viele Lehrer, Schüler und Eltern entlasten konnten, die Angst vor einer Ansteckung in der Schule hatten. Es herrscht jedenfalls eine riesige Erleichterung.

Für mich als Vater gab es noch einen Grund, aktiv zu werden. Meine Frau und ich hatten mit großer Sorge auf das neue Schuljahr geblickt. Wir haben zwei schulpflichtige Kinder, und es war absehbar, dass der Start hier und da chaotisch verlaufen würde und Schulen wegen Corona-Fällen wieder schließen müssen. Das Homeschooling in den vergangenen Monaten war für uns eine Herausforderung, die wir eigentlich nicht bewältigen konnten. Wir können nicht von zu Hause arbeiten, und so geht es vielen Eltern, die in der Medizin und Pflege tätig sind. Deshalb bloß kein Homeschooling, bitte.

Gleichzeitig wollen wir gern unser Wissen und Können zur Verfügung stellen. Wir haben andere Eltern mit Fachkenntnissen gefragt, ob sie mitmachen, in nicht mal zwei Stunden hatte ich einige Dutzend Mitstreiter. Alle wissen, worauf es ankommt. Es ist zum Beispiel wichtig, dass sich auch die Helfer testen lassen. Sind die infiziert, sind Proben verseucht. Der Schulträger hat den größten Teil der Kosten übernommen, eine Summe im unteren fünfstelligen Bereich. Ich weiß, dass die Ergebnisse nur eine Momentaufnahme sind und sich Schüler und Lehrkräfte ständig irgendwo anstecken können. Aber wir haben gezeigt: So eine Schultestung ist machbar, die Akzeptanz ist da. Wenn regional die Fallzahlen steigen, könnten Schulen eine Stichprobe durchführen und hätten zumindest vorübergehend Gewissheit.« Aufgezeichnet von Silke Fokken

So gesehen

Waldheim

Donald Trump entdeckt ein putziges Naturvölkchen.

● Viele halten ihn für gefährlich ungebildet, doch weit gefehlt: Jüngst blitzte quasi nebenbei das weltumspannende Wissen des US-Präsidenten Donald Trump auf, als er im TV-Sender Fox News den sträflich selbstverschuldet von Bränden heimgesuchten Kaliforniern und ihrer unfähigen demokratischen Regierung ein kleines, weitgehend unbekanntes Völkchen als Vorbild empfahl: »Die leben dort im Wald«, sprach Trump, »in ganz vielen Waldstädten. Aber Feuer wie hier haben sie keine, obwohl sie explosive Bäume haben.«

Sie existieren also tatsächlich nicht nur im Film: die Austros, ein auf dem von der Erde aus komplett vom Jupitermond Europa verdeckten bergigen Waldplaneten Austria lebendes Naturvölk. Eine kurzwüchsige, bepelzte und zahlenden Gästen aufgeschlossene humanoide Spezies. Sie sind sehr lernfähig, kulinarisch außerordentlich begabt, höchst feierfreudig und können vereinzelt ein bruchstückhaftes Deutsch sprechen. In den Bäumen ihrer

Bei den Austros brennt es praktisch nie, und sie haben deshalb eine gute Luft.

Heimat errichten sie Hütten und komplette Dörfer, einzelne Waldheime sind mit Brücken und Lianen miteinander verbunden. Die Austros haben sogar eine Art Regierung, die ihre grüne Naturreligion in Kombination mit strikter Außenabschottung

durchsetzt. Es brennt bei ihnen praktisch nie, und sie haben deshalb eine gute Luft.

Demnächst will der US-Präsident seine neue »Space Force« zu den kleinen Freunden auf Austria schicken, um von ihnen zu lernen. Mit ihren explosiven Bäumen sollen die Austros bei der Zerstörung eines imperialen Todessterns helfen. Stefan Kuzmany



Bochumer Shisha-Bar

Dominik Asbach

Nordrhein-Westfalen

Auflagen für Shisha-Bars

● Die nordrhein-westfälische Landesregierung verpflichtet Shisha-Bars, ihre Angestellten und Gäste besser vor Kohlenmonoxid-Vergiftungen zu schützen. Kommen die Woche soll ein von sechs Ministerien erarbeiteter Erlass ergehen, nach dem die Betreiber den Wert von 35 Milligramm Kohlenmonoxid (CO) pro Kubikmeter Luft nicht überschreiten sollen. CO ist ein lebensgefährliches Gas, das freigesetzt werden kann, wenn die Kohle auf den Wasserpfeifen verbrennt. In den vergangenen Jahren kam es deutschlandweit zu Dutzenden Fällen, in denen Barbesucher vergiftet und ohnmächtig wurden. Künftig

müssen die Barbetreiber in Nordrhein-Westfalen mechanische Lüftungsanlagen einbauen. Pro Stunde und brennender Wasserpfeife müssen damit »mindestens 130 Kubikmeter Luft nach außen bewegt und durch Frischluft ersetzt werden«, heißt es im Erlass. Abluft und Rauchgase müssen über das Dach der Bar »mit einer Geschwindigkeit von mindestens sieben Metern pro Sekunde abgeleitet« werden. Barbetreiber sind verpflichtet, Kohlenmonoxidmelder mit Speicherfunktion zu installieren. Außerdem müssen sie Warnschilder am Eingang zur Bar anbringen, auf denen vor Gesundheitsgefahren gewarnt wird. Bei Verstoß gegen den Erlass drohen Bußgelder von bis zu 50 000 Euro. LE

Kryptomails

Hintertür verschlossen

● Die Staatsanwaltschaft Hannover hat versucht, den E-Mail-Dienst Tutanota zur Herausgabe von Daten zu zwingen. Der Betreiber verschlüsselter E-Mail-Accounts sollte alle eingehenden und ausgehenden Nachrichten eines bestimmten E-Mail-Accounts vom April 2020 weiterleiten, wie dem SPIEGEL vorliegende Dokumente zeigen. Den Account hatten Ermittler aus dem europäischen Ausland einem Verdächtigen zugeordnet, der ein großes Lebensmittelunternehmen um eine Millionensumme erpressen wollte. Tutanota verschlüsselt Mails zwischen seinen Kunden so, dass selbst der Betreiber die Nachrichten der Kunden nicht lesen kann. Um Mails zu entziffern, müsste Tutanota eine Art Hintertür program-

mieren. Dagegen wehrt sich der hannoversche Maildienst, der nach eigenen Angaben mehrere Millionen Kunden hat. »Es ist für uns technisch nicht möglich, eine solche Funktion zu programmieren, ohne dass die Verschlüsselung grundsätzlich unsicher wird«, sagt Geschäftsführer Matthias Pfau. Das Amtsgericht setzte gegen Pfau ein Ordnungsgeld fest, Tage später beantragte die Staatsanwaltschaft Beugehaft. Tutanota berief sich auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs, wonach eine Herausgabepflicht nur für Telekommunikationsprovider wie die Telekom gilt. Bei Diensten, die nicht selbst eine Verbindung zwischen Kunden herstellen, sondern dafür Leitungen Dritter nutzen, greift die Regelung demnach nicht. Das Landgericht Hannover sah dies auch so; Pfau musste kein Ordnungsgeld zahlen. HPP

Flexibel bleiben.

Lesen Sie den SPIEGEL, solange Sie möchten.

Frei Haus. Der SPIEGEL jede Woche direkt nach Hause

Rund 4% sparen. Für nur €5,30 pro Ausgabe statt €5,50 im Einzelkauf

Ohne Risiko. Jederzeit kündbar, Urlaubsservice möglich

Vergünstigte Tickets. Für ausgewählte SPIEGEL-Veranstaltungen auf www.spiegel-live.de

Einfach jetzt anfordern:

 abo.spiegel.de/flexibel

oder telefonisch unter 040 3007-2700

(Bitte Aktionsnummer angeben: SP-FLEX)



Keine
Mindest-
laufzeit



Michael Kappeler / DPA

Bundeskanzlerin Merkel: Auf einmal zwischen allen Stühlen

Deutsches Solo

Migration Im Streit um die Verteilung der Flüchtlinge aus Griechenland lassen die meisten EU-Partner Berlin im Stich. In der deutschen Ratspräsidentschaft muss ausgerechnet die »Wir schaffen das«-Kanzlerin nach einer Lösung suchen.

Dienstag, später Nachmittag, Angela Merkel ist zur Fraktionssitzung der Union ins Reichstagsgebäude gekommen. Der Auftritt ist wichtig, es rumort in ihrer Partei, seitdem klar ist, dass Berlin nach der Tragödie im griechischen Flüchtlingslager Moria helfen wird. Die Abgeordneten wollen eine Erklärung der Kanzlerin.

Warum soll eigentlich wieder fast ausschließlich Deutschland einspringen? Was ist mit den anderen Staaten Europas? Mit Spanien, Österreich, vor allem aber mit Frankreich, dem engsten und bislang zuverlässigsten Partner der Deutschen in der Europäischen Union? Das wüsste die Bundeskanzlerin auch gern.

Es ist wie so oft, wenn es in Europa um Flüchtlinge geht. Auf der griechischen Insel brannte das Lager, und die meisten europäischen Regierungschefs schauen seither dem Drama mit verschränkten Armen zu. Es zeige sich das »ganze Elend der europäischen Asylpolitik«, schimpft die Kanzlerin. Alle hätten gewusst, welch »unhaltbare Zustände« in den Lagern herrschten. Aber nichts sei in der EU schwieriger als die Frage, wie Flüchtlinge verteilt werden könnten, selbst Finanzverhandlungen seien dagegen ein Kinderspiel.

So aufgebracht wie an diesem Dienstag, das betonen sie in CDU und CSU, sei die Kanzlerin schon lange nicht mehr gewesen. Ausgerechnet Merkel, die meistens die

Nerven bewahrt, egal ob Donald Trump über sie herzieht oder eine Pandemie die Welt in Atem hält, ausgerechnet sie ringt in diesen Tagen mit der Fassung.

Deutschlands Ratspräsidentschaft sollte der große Schlussakkord von Merkels Kanzlerschaft werden. Auf der Brüsseler Bühne wollte Merkel der Welt zeigen, wie kraftvoll Europa trotz der geopolitischen Verschiebungen und des Corona-Traumas noch ist. Das Klima sollte eine gewichtige Rolle spielen, ebenso die Beziehungen zu China. Doch dann brannte es auf Moria, und die Frage ist, was mit den fast 13 000 Flüchtlingen aus dem weitgehend zerstörten Lager passieren soll. Es zeigt sich wieder einmal, wie sehr der Kontinent



Daniel Etter / LAIF

Flüchtlingskinder auf Lesbos: Europäische Regierungschefs schauen mit verschränkten Armen zu

in einer zentralen Frage versagt und wie zerstritten er ist.

Berlin nimmt gut 1500 Flüchtlinge aus Griechenland auf. Und sofort ruft Sebastian Kurz, der Kanzler in Wien: »Wir werden dem deutschen Weg hier nicht folgen.« Willkommen in der EU.

Merkel, die sich in den vergangenen Monaten neuer Popularität erfreuen konnte, sitzt auf einmal zwischen allen Stühlen, innen- wie außenpolitisch. Das Drama auf Lesbos, das Leid Tausender Menschen, die nach dem Brand plötzlich ohne Dach über dem Kopf auf den Straßen der Insel leben, wühlt viel von dem wieder auf, was zuletzt in den Hintergrund getreten war: Land und Koalition streiten über Humanität und Härte, die Union fürchtet ein Aufleben der Rechtspopulisten, die SPD wittert die Chance, den Koalitionspartner zu spalten und sich selbst als Hüterin der Moral darzustellen.

Und in Europa geht gar nichts voran. Ein Mechanismus, ein Schlüssel, der die Gestrandeten automatisch auf alle Mitgliedstaaten verteilt – schnell und ohne Wirrwarr –, ist noch nicht gefunden. Seit 2015, als die Flüchtlingskrise ihren Anfang nahm, ist keine Lösung in Sicht.

Das hat Merkel sich auch selbst zuzuschreiben. In den anderen Hauptstädten setzen viele darauf, dass am Ende Deutschland immer einspringen wird, und das dürfte auch an Merckels Alleingang aus dem Jahr 2015 liegen. Bis heute überwölbt ihre Entscheidung von damals, Hunderttausende Flüchtlinge ins Land zu lassen, die Diskussion.

Wie sensibel das Thema auch in ihrer Partei und der Koalition noch ist, ließ sich in dieser Woche beobachten. Nur mit Mühe schaffte es Merkel, einen Kompromiss zu schmieden, mit dem alle halbwegs leben können, ihre Leute, die Sozialdemokraten, die Griechen, ja sogar Horst Seehofer, der bekanntlich nicht immer leicht zu kontrollieren ist. Kurzzeitig war für Mittwoch sogar ein Koalitionsausschuss zu dem Thema geplant, die Union räumte ihn wieder ab.

Die SPD drängt seit dem Feuer in Moria darauf, deutlich mehr Flüchtlinge aus Les-

bos aufzunehmen als die ursprünglich vom CSU-Innenminister genannten 150 unbegleiteten Minderjährigen. Saskia Esken, die Parteivorsitzende, forderte einen »hohen vierstelligen Betrag«, Vizekanzler Olaf Scholz nannte öffentlich lieber gar keine konkrete Zahl. Scholz weiß, dass an der SPD-Basis längst nicht alle Anhänger einer allzu offenen Asylpolitik sind.

Anfang der Woche ging dann plötzlich alles sehr schnell. Am Montagnachmittag erhielt das Bundesinnenministerium vom Flüchtlingshilfswerk UNHCR detaillierte Informationen. Auf den fünf griechischen Inseln machte die Organisation eine besondere Gruppe aus: 408 Familien, insgesamt 1553 Menschen.

Nun war sogar Seehofer für ein größeres Kontingent, vor allem weil auch die Griechen dem Plan zustimmten. Sie hatten Sorge, dass ein zu großer Transfer von Flüchtlingen in andere EU-Länder wie eine Belohnung für die Brandstifter wirken könnte. Gegen die Aufnahme von bereits anerkannten Familien, die nicht nur aus Lesbos kommen, hatten sie aber nichts einzuwenden.

Um 19 Uhr fuhr Seehofer mit dem Papier ins Kanzleramt, Merkel war sofort

Scholz weiß, dass an der SPD-Basis längst nicht alle Anhänger einer allzu offenen Asylpolitik sind.

überzeugt. Am nächsten Morgen informierte der Minister die Arbeitsgruppe »Innen« der Unionsfraktion im Bundestag, jemand stach die Information der Einigung zwischen Seehofer und Merkel an Journalisten durch, was wiederum bei Scholz für Missstimmung sorgte. Es folgte ein klärendes Gespräch zwischen Merkel, Seehofer und Scholz am Telefon, schließlich gab es den Vorschlag auf Papier. Die SPD ergänzte noch einen Satz, gegen 17 Uhr schickte Scholz eine SMS: »Wir sind uns einig.«

Dass Seehofer diesmal nicht ausscherte, ist Merkels Glück. Früher, während der Flüchtlingskrise 2015, unterstellte er ihr schon mal einen Rechtsbruch, heute steht er fest an ihrer Seite.

Auch Seehofer ist schwer frustriert über den Unwillen der Nachbarstaaten, Flüchtlinge aus Griechenland aufzunehmen. Am Rande einer Sitzung im Bundestag zählte er auf, von wem Deutschland aus seiner Sicht gerade im Stich gelassen wird, nämlich von so ziemlich allen.

Die Italiener, Zyprioten, Spanier, Portugiesen, Griechen und Malteser wollten nicht »auf allen Flüchtlingen sitzen bleiben«. Die skandinavischen Länder seien »vornehm zurückhaltend«, die Visegrád-Staaten und Österreich möchten von Flüchtlingsverteilung nichts wissen.

»Ich bin von der Haltung unserer österreichischen Nachbarn enttäuscht, sich an der Aufnahme einer überschaubaren Zahl von Schutzbedürftigen aus Griechenland nicht zu beteiligen«, sagt Seehofer dem SPIEGEL. »In einer solchen Situation muss Europa Geschlossenheit zeigen. Wenn wir nichts tun, stärken wir die politischen Ränder.«

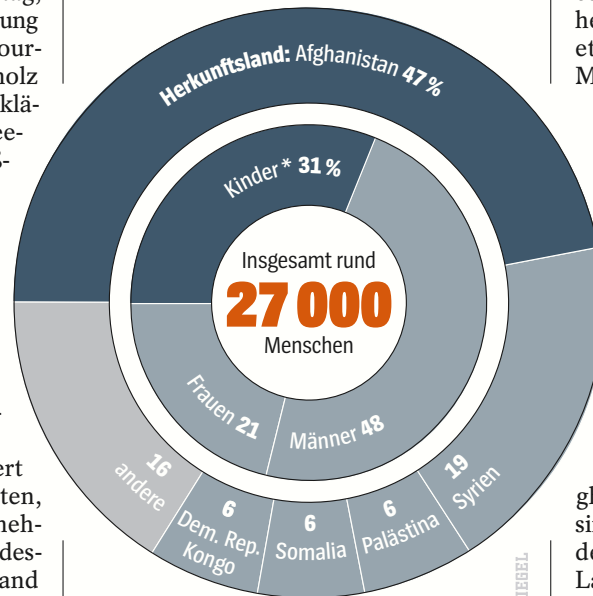
Vor allem über das Verhalten der Franzosen war man in der Bundesregierung irritiert. Sie hatten auf die Anfrage der Deutschen nicht reagiert. Ausgerechnet Paris, das zuletzt bei der finanziellen Bewältigung der Coronakrise so kooperativ war.

Die Diskussion um die Frage, welche Gruppen unter welchen Bedingungen in Europa verteilt werden, ist auch deshalb schwierig, weil es am Ende darum geht, wie das weitere Schicksal der Menschen aussehen soll. Sollen sie automatisch ein Bleiberecht bekommen, eine neue Heimat? Oder müssen sie ein Asylverfahren durchlaufen, an dessen Ende auch eine Abschiebung zurück ins Heimatland drohen könnte? Die Vorstellungen dazu klaffen weit auseinander, in Deutschland und ganz Europa.

Wie es für die 1553 Geflüchteten weitergeht, die Deutschland aufnehmen will, ist immerhin klar. Sie sind bereits als schutzbedürftig anerkannt und können sich ein neues Leben aufbauen. Nach ihrer Ankunft werden sie auf verschiedene Bun-

Hoffnung Europa

Geflüchtete, die auf den griechischen Inseln leben



* unter 18-Jährige, fast 7 von 10 Kindern sind unter 12 Jahren; Stand September 2020; Quelle: UNHCR

DER SPIEGEL

desländer verteilt und bekommen Unterkünfte zugewiesen. Sie sollen integriert werden und arbeiten können.

Im Vergleich dazu ist die Lage für Geflüchtete, die in Griechenland bleiben, deutlich schlechter. Auch anerkannten Flüchtlingen drohe dort die Verelendung, beklagt die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl.

Merkel, Seehofer und Scholz haben es sich mit der Entscheidung, nur Anerkannte aufzunehmen, relativ leicht gemacht. Doch der Druck auf die Kanzlerin, deutlich mehr Notleidende von den Inseln aufzunehmen, steigt.



XINHUA / IMAGO IMAGES

Kommissionschefin von der Leyen
Hektische Absprachen vor Mittwoch

Manche Bundesländer drängen angesichts der Verweigerungshaltung vieler europäischer Länder darauf, im Alleingang helfen zu dürfen. Thüringen und Berlin etwa wollen jeweils mehrere Hundert Menschen von den Inseln evakuieren.

Die Finanzierung der Programme halte man für unproblematisch, heißt es aus Thüringen. »Als Land würden wir den Kommunen die Menschen zuweisen und dann auch für die Finanzierung dort aufkommen«, sagt der Thüringer Migrationsminister Dirk Adams von den Grünen. Er glaube aber nicht, dass die Kosten die entscheidende Frage seien.

Der Großteil der Migranten auf den griechischen Inseln kommt aus Afghanistan. In Deutschland wird nicht einmal jeder zweite Asylantrag von Afghanen positiv beschieden. Die anderen sind in den meisten Fällen lediglich geduldet oder müssen tatsächlich wieder das Land verlassen. Für die Bundesregierung allerdings dürfte entscheidend sein, sich nicht zu viele Flüchtlinge mit unklarem Asylstatus ins Land zu holen, zumindest nicht, solange keine europäische Lösung in Sicht ist.

Einen neuen Versuch, in dem Streit einen Schritt weiterzukommen, soll es nun am Mittwoch geben. Dann will die EU-Kommission ihr mehrfach verschobenes Reformpaket für die Asyl- und Migrationspolitik vorstellen. Die genauen Pläne sind noch nicht bekannt, auch weil es in diesen Tagen noch hektische Absprachen mit einzelnen EU-Ländern geben wird. Etwa in der Frage, in welchen Fällen bereits an den EU-Außengrenzen darüber entschieden werden kann, wer eine Chance auf Schutz hat und wer nicht.

Klar ist, wie Kommissionschefin Ursula von der Leyen am Mittwoch im Europaparlament sagte: Das Dublin-System, wonach diejenigen EU-Länder, in denen Asylbewerber zum ersten Mal auf europäischen Boden gelangen, automatisch für das komplette Verfahren zuständig sind, soll abgeschafft werden.

Zudem sollen Abschiebungen beschleunigt werden. »Eine effektivere Rückführung von Migranten, die in Europa keinen Anspruch auf Asyl haben, wird einer unserer Schwerpunkte sein«, sagt EU-Innenkommissarin Ylva Johansson. Sie plädiert zudem für einen »verpflichtenden Solidaritätsmechanismus«. Die EU-Länder müssten sich darauf verlassen können, dass ihnen »andere EU-Länder im Notfall Flüchtlinge abnehmen«. Um die Blockade bei Ländern wie Ungarn zu lösen, soll es verschiedene Optionen geben, diese Solidarität zu leisten. »Um aber auch das klar zu sagen: Damit, ein paar warme Decken zu verteilen, wird es in keinem Fall getan sein«, sagt Johansson.

Die Pläne anzugehen ist nun Aufgabe der Deutschen, die bis Ende des Jahres noch die EU-Ratspräsidentschaft innehaben. Allerdings glaubt in Brüssel kaum jemand daran, dass die große EU-Asylreform bis dahin gelingt.

Aber was, wenn Europa sich nicht auf ein festes Modell verständigen kann, wie künftig Flüchtlinge verteilt werden? In diesem Fall könnte Berlin die Gangart verschärfen und über finanzielle Konsequenzen nachdenken. »Eines ist doch klar: Europäische Solidarität ist keine Einbahnstraße«, sagt Seehofer. »Wer sich in der Migrationspolitik nicht solidarisch zeigt, kann auch an anderer Stelle keinen Anspruch auf solidarische Leistungen erheben.« Dabei, so betont auch er, könne es unterschiedliche Formen der Solidarität geben.

Der Sozialdemokrat Thomas Oppermann sieht den Umgangston Deutschlands mit den europäischen Ländern, die keine Flüchtlinge aufnehmen wollen, kritisch, betont aber auch: »Natürlich brauchen wir ein europäisches Migrationsrecht. Aber am Ende würde ich kein Land zwingen, gegen seinen Willen Flüchtlinge aufzunehmen. Wer das nicht möchte, muss in anderer Form gleichwertige Beiträge zur Lösung humanitärer Katastrophen leisten«, sagt der Bundestagsvizepräsident.

In der Koalition ahnt man, dass die Flüchtlingsentscheidung von dieser Woche nicht die letzte gewesen sein dürfte. In Merkels Union fürchten sie, dass das Thema jederzeit hochkochen könnte. Jede weitere Entscheidung wäre für die Union eine Belastungsprobe.

Zwar sind die Zahlen seit 2015 deutlich zurückgegangen, im laufenden Jahr werden wohl nicht mehr als 100 000 Flücht-

»Einen deutschen Alleingang sollte es nicht noch mal geben. Das sendet die falschen Signale.«

linge nach Deutschland kommen. Aber die AfD sitzt der Union stets im Nacken. Akzeptanz, da sind sich viele Christdemokraten sicher, dürfte es nur geben, wenn klar ist, dass auch andere europäische Staaten bereit sind zu helfen.

»408 Familien von den griechischen Inseln aufzunehmen, die bereits als Flüchtlinge anerkannt sind, halte ich für vertretbar«, sagte die Vorsitzende des Innenausschusses im Bundestag, Andrea Lindholz (CSU). Man müsse Griechenland in dieser

schwierigen Situation helfen. »Einen deutschen Alleingang sollte es allerdings nicht noch mal geben. Das sendet die falschen Signale. Alle weiteren Lösungen können nur europäisch sein.«

Und der SPD-Abgeordnete Helge Lindh mahnt an, Zustände wie in Moria dürfe es nicht mehr geben. »Sonst werden wir in Endlosschleife immer wieder über dasselbe Problem reden.«

Viel Zeit hat Merkel nicht mehr, in rund zwölf Monaten verabschiedet sie sich aus der Politik.

Trotzdem dürfte sie bis zuletzt versuchen, die europäische Asylpolitik umzukrempeln, allein schon, um sich international ihren guten Ruf zu bewahren. Als die Kanzlerin am Dienstag in der Fraktionssitzung auf die Folgen der Flüchtlingsdebatte zu sprechen kommt, erzählt sie eine bittere Anekdote.

Sie und die anderen Regierungschefs, sagt Merkel, seien in einer Videoschleife gerade für ihre Migrationspolitik gerügt worden – ausgerechnet von Chinas Präsidenten.

Katrin Elger, Florian Gathmann, Martin Knobbe, Timo Lehmann, Veit Medick, Peter Müller, Lydia Rosenfelder, Christian Teevs, Wolf Wiedmann-Schmidt

»ZUKUNFT BRAUCHT ENERGIEEFFIZIENZ!«

Aktiver Klimaschutz beginnt zu Hause – machen Sie mit!

**DEUTSCHLAND
MACHT'S
EFFIZIENT.**



Häkchen und Haken

Gesundheit Sie kostet viele Millionen Euro, die Bundesregierung bewarb sie als zentrales Mittel im Kampf gegen die Pandemie. Seit rund hundert Tagen läuft die deutsche Corona-Warn-App – doch hilft sie wirklich?



Ressortchef Spahn (M.), Projektpartner bei App-Präsentation in Berlin am 16. Juni*: »Ganz zentraler Baustein«

Nur wenige Meter von der Spree entfernt, vor dem Eingang des Bundespresseamts, prangte an einem Junimorgen ein Banner mit einem überdimensionierten blau-roten C. An diesem Tag konnte der Bundesregierung kein Hinweis zu groß, kein Aufwand zu hoch sein, um auf sich aufmerksam zu machen. Ihr Vorzeigeprojekt bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie war fertig. Endlich. »#Ichappmit«, stand auf den Werbeplakaten.

Drinne drängten gleich fünf Vertreter der Bundesregierung und zwei Vorstände von Telekom und SAP auf die Bühne, daneben stand der Präsident des Robert Koch-Instituts. Sie wirkten wie glückliche Eltern nach einer schwierigen Geburt.

Man habe nun nicht die erste, aber die vielleicht »beste« Corona-App weltweit, sagte der Chef des Kanzleramts, Helge Braun (CDU). Innenminister Horst See-

hofer (CSU) lobte die »erstklassigen« Fachleute in den Ministerien. Und der Vorstandschef der Telekom schwärmte, die App sei ein »Rockstar«.

Nur Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) mühte sich darum, die Erwartungen zu dämpfen. Die App, sagte er, sei »kein Allheilmittel«. Es war ein Satz wie ein Fallschirm: Wer die Erwartungen kleinhält, schlägt nicht so hart auf, wenn etwas schiefliegt.

Fast hundert Tage liegt die Euphorie des Anfangs nun zurück. Mehr als 18 Millionen Menschen haben die App inzwischen heruntergeladen, die Bewertung in den App-Stores von Apple und Google lag am Donnerstag bei 4,4 und 3,1 von fünf Sternen, die Bundesregierung wertet das alles als tollen Erfolg.

Doch tatsächlich ist die Hoffnung auf eine schnelle Einhegung des Virus via App einer Ernüchterung gewichen. Vom »ganz

zentralen Baustein« des Pandemiemanagements, wie es Regierungssprecher Steffen Seibert noch vor dem Start verkündete, ist keine Rede mehr. Mittlerweile ist die App in den Reden zu »einem Werkzeug von vielen« geschrumpft. Was aber bringt die App tatsächlich? Wie sehr hilft sie bei der Eindämmung der Pandemie?

Eine Zwischenbilanz zu ziehen ist nicht einfach, es mangelt an soliden Zahlen. So kann keiner genau sagen, wie viele Smartphone-Besitzer die App aktiv nutzen. »Wir gehen aktuell von 14 Millionen aus«, sagt die Telekom auf Anfrage. 17 bis 18 Millionen, antwortet ein Experte im Gesundheitsministerium auf dieselbe Frage.

Nicht wenige Nutzer, das zeigen Kommentare im Netz, sind genervt – von selt-

* Justizministerin Christine Lambrecht, Telekom-Chef Timotheus Höttges, Innenminister Horst Seehofer, Kanzleramtschef Helge Braun, Robert-Koch-Institut-Präsident Lothar Wieler, Staatsministerin Dorothee Bär.

samen Fehlermeldungen oder unverständlichen Warnungen. Was die neue Fehlermeldung »EN_Error« bedeute, fragte kürzlich ein Kunde im App-Store. Ein Entwickler antwortete, das Problem liege bei Apple. »Weder eine Neuinstallation noch ein Neustart« würden helfen, aber: »Manchmal gehen die Fehler von alleine wieder weg.«

Die Vielzahl der Pannen ist bitter, auch weil die App kein Schnäppchen war. 15 Millionen Euro hat ihre Entwicklung gekostet, für »Wartung, Pflege« und Betrieb bis Ende kommenden Jahres werden weitere 44,4 Millionen Euro fällig. Um sie zu bewerben, gab die Regierung bis zum 27. August 9,4 Millionen Euro aus. »Diese App verdient Ihr Vertrauen«, warb Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrem Podcast kurz nach dem Start.

All der Reklame zum Trotz wachsen die Downloadzahlen seit geraumer Zeit nur noch langsam. Jeder zweite Onlinenutzer hält die App inzwischen für wirkungslos, wie etwa eine Befragung für die Initiative D21 und die TU München gezeigt hat.

Einige Gesundheits- und Digitalexperten drängen daher darauf, die Anwendung möglichst bald zu überarbeiten, bevor die Infektionszahlen mit der kalten Jahreszeit noch deutlicher steigen. »Die App muss jetzt dringend weiterentwickelt werden, damit sie wirksam ist«, sagt SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach.

Auch der digitalpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Manuel Höferlin, kritisiert, die Regierung habe sich nach dem erfolgreichen Start »zu lange ausge ruht«. Außer Fehlerbeseitigung sei nichts mehr passiert. Für ihn sei »völlig unverständlich«, warum die App zwischenzeitlich nicht auch für ältere Handymodelle und im App-Store auch für Schüler unter 17 Jahren verfügbar gemacht worden sei.

Der FDP-Mann lastet Gesundheitsminister Spahn an, selbst zur Verunsicherung der Nutzer beigetragen zu haben: »Zeitweise hat er gleichzeitig von der Warn-App, einer Datenspende-App und einer Quarantäne-App geredet, das hat viele verunsichert und wichtiges Vertrauen gekostet.«

Tatsächlich war es Spahn, der das App-Projekt maßgeblich ansah. Es schien prima in seine Agenda zu passen. Die Digitalisierung werde eines seiner Kernthemen, hatte Spahn den versammelten Mitarbeitern seines Hauses verkündet, als er vor mehr als zwei Jahren sein Ministeramt antrat. Zum Beweis richtete er eine eigene Abteilung für die Digitalisierung ein, zum Leiter machte er den Berliner Gesundheitspolitiker und Digital-Health-Experten Gottfried Ludewig.

In der Coronakrise nun gehört die Warn-App zu den wenigen Maßnahmen, mit denen sich der Gesundheitsminister

18,2 Mio.

Mal wurde die Corona-Warn-App bisher heruntergeladen.

Laut einer Studie der Universität Oxford fängt eine Tracing-App an zu wirken, sobald 15 Prozent der Bevölkerung mitmachen. In Deutschland wären das rund 12,5 Millionen Einwohner.

Quellen: Robert Koch-Institut, Stand 17. September; Oxford University; Statistisches Bundesamt

Umfrage zur Corona-Warn-App

Angaben in Prozent

■ Befragung im Juni vor der App-Einführung
■ Befragung im August

»Würde sie auf alle Fälle nutzen/
Nutze die App bereits«

17%

29

»Möchte sie auf keinen Fall nutzen«

19

28

»Durch die App wird sich die Anzahl
an Neuinfektionen reduzieren.«

29

23

»Die App wird nichts ändern.«

41

51

Quelle: Umfrage von Kantar für die TU München und Initiative D21 vom 9. bis 17. Juni 1005 Befragte und vom 20. bis 23. August 1036 Befragte ab 18 Jahren, die das Internet privat nutzen

»Ich finde die Bedienung der App einfach.«

88

»Ich habe das Gefühl, einen wichtigen
gesellschaftlichen Beitrag zu leisten.«

69

»Ich fühle mich sicherer,
seitdem ich die App verwende.«

41

»Ich finde, dass die App meine
Privatsphäre gefährdet.«

12

296 Befragte im August, die die App bereits nutzen

selbst in den föderalen Verästelungen von Bund, Ländern und Kommunen profilieren kann. Spahn verwies früh auf Erfahrungen aus Ländern wie Südkorea: Mit Handydaten sei es dort gelungen, Infektionsketten zu unterbrechen. Spahn sah die App auch als einen Weg, um auf Dauer wieder aus dem Lockdown zu finden.

Doch bei der Durchsetzung des Projekts ging Spahn zu falsch vor und verunsicherte viele Bürger. So wollte er anfangs den Gesundheitsämtern ermöglichen, bei Telekomanbietern Handy-Funkzellendaten zu verlangen, um Infektionsketten nachzuverfolgen. Nach heftigen Protesten, auch der Justizministerin, zog Spahn die Idee zurück.

Schließlich plädierte er dafür, die Risikoeermittlung zentral auf einem Server des Robert Koch-Instituts stattfinden zu lassen, um so auch mehr Daten zur Pandemiebekämpfung zu gewinnen. Wieder gab es Proteste: Hunderte Wissenschaftler und Experten warnten vor einer »beispiellosen Überwachung«.

Die Bundesregierung entschied sich schließlich für die sogenannte dezentrale Lösung, wonach das Risiko einer Corona-Infektion auf dem Smartphone selbst ermittelt wird. Apple und Google hatten ohnehin angekündigt, in ihren Betriebssystemen nur dezentrale Varianten zu unterstützen.

Quasi über Nacht beauftragten Kanzleramtschef Helge Braun und Spahn die Chefs von Telekom und SAP, eine solche Variante zu entwickeln. Sie erfüllt jetzt die Belange des Datenschutzes, schwächelt aber bei ihrer zentralen Aufgabe: früh und zuverlässig Infektionsketten zu unterbrechen.

So sieht es jedenfalls Patrick Larscheid. Der Mediziner leitet das Gesundheitsamt in Berlin-Reinickendorf. Seine Mitarbeiter machen dort jeden Tag das, was auch die App können sollte – Kontakte nachverfolgen, Betroffene warnen. Sie erledigen das auf herkömmliche Weise: Sie befragen In-fizierte und telefonieren deren Kontakten hinterher.

Eigentlich sollte die App ihnen hier die Arbeit erleichtern. Dem sei nicht so, sagt Praktiker Larscheid und vergleicht das Projekt gar mit einem Fiasko im Haus von Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU): »Die App ist das Mautdesaster von Jens Spahn, sie kostet eine Menge Geld und hat keinen erkennbaren Nutzen.« Sie verunsichere die Anwender mit ihren unspezifischen Warnungen. »Diese App schadet mehr, als dass sie hilft«, sagt der Amtsleiter.

Um wirksam zu sein, hätte die App nach Ansicht des Mediziners deutlich mehr Daten erfassen müssen – zu Ort und Zeit des Kontakts und auch zur Person. »Die App sagt Ihnen ja nicht einmal, ob der angebliche Risikokontakt im Freien

stattgefunden hat, in der S-Bahn oder beim Verwandtenbesuch in einem Krankenhaus«, sagt Larscheid. Die Algorithmen der App operierten mit groben Wahrscheinlichkeiten, das reiche nicht aus: »Sie würden sich ja auch niemals in ein autonomes Fahrzeug setzen, das nur vielleicht nicht gegen einen Baum fährt.«

Andere Kritiker halten den gewählten Weg für richtig, finden aber die Ausführung mies. »Ich habe den Eindruck, dass noch zu viele Menschen die Warn-App nur im Eigeninteresse nutzen, also in der Erwartung, selbst gewarnt zu werden, aber ohne Bereitschaft, andere ihrerseits zu warnen. Wenn das jedoch zu viele machen, dann kann die App ihre Wirkung gar nicht entfalten«, sagt die Digitalexpertin der Linken im Bundestag, Anke Domscheit-Berg.

Tatsächlich könnte eine solche Verweigerung eine seltsame Zahl erklären. Bis vergangenen Dienstag sind der Telekom zufolge nur 3613 Positivverifikationen über die Hotline erfolgt. Selbst wenn man davon ausginge, dass App-Nutzer die Hygieneregeln befolgen und weniger oft zu Risikogruppen gehören, wäre diese Zahl irritierend klein – angesichts von rund 80 000 bestätigten Neuinfizierten seit Start der App.

Womöglich melden viele Infizierte also ihren positiven Test gar nicht ihrer App. Oder viele derjenigen, die die App in den Anfangstagen heruntergeladen haben, nutzen sie nicht mehr.

Die abnehmende Lust an der App könnte auch mit den vielen Pannen zu tun haben, die das Projekt begleiten. Anfangs aktualisierte sie sich auf einigen Endgeräten nicht automatisch wie vorgesehen im Hintergrund – das heißt, die App warnte in diesen Fällen nicht zuverlässig, wochenlang. Es dauerte lange, bis die Verantwortlichen den Fehler eingestanden.

Nun verärgert eine neue Unzulänglichkeit die Nutzer. Wer sein iPhone mit dem neuen Betriebssystem 13.7 aktualisiert, könnte in der App ein zu hohes Infektionsrisiko angezeigt bekommen. Bis Mitte dieser Woche war dieses Problem nicht behoben.

An manchen dieser Stolperfallen sind Apple, Google und Handyhersteller mit schuld. Aber auch die Liste der hausgemachten Mängel ist lang. Noch immer sind nicht alle Labors, die Corona-Tests auswerten, an das digitale System angeschlossen. Aktuell sind es 134 von 171. Die Kunden derjenigen, die nicht angeschlossen sind, müssen weiterhin eine Hotline anrufen, um sich im Infektionsfall positiv zu melden – und dort ihre Telefonnummer angeben. Das ist beileibe nicht so pseudonym und datensparsam wie ursprünglich versprochen.

Zudem müssen alle, die einen Corona-Test machen wollen, ganz altmodisch ein ausgedrucktes Papier ausfüllen, das den



App-Werbung in Bundesligastadion
Mehr als neun Millionen für Reklame

Namen »Muster 10C« oder »OEGD« trägt. Kamen anfangs die Druckereien nicht damit nach, genügend Exemplare der Musterformulare für Arztpraxen und Gesundheitsämter auszuliefern, gibt es nun ein neues Problem. Damit Getestete ihr Ergebnis schnell über die App mitgeteilt bekommen, müssen sie auf dem Formular ihr Einverständnis ankreuzen. Viele übersehen das Häkchen auf dem Blatt offenbar – und erhalten die Testergebnisse daher nicht über die App, sondern mitunter per Post. Zeitverluste sind aber ein Problem, wo es doch gerade darum geht, Infektionsketten schnell zu durchbrechen.

Und schließlich ist da noch eine Studie aus dem Trinity College in Irland, die den Nutzen von Apps nach dem deutschen

68,8 Mio. €

betragen die vereinbarten bzw. kalkulierten Gesamtkosten der Corona-Warn-App bis Ende 2021.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

Modell in Bussen, Bahnen oder Flugzeugen generell in Zweifel zieht. Dort sei die Abstandsmessung der Smartphones per Bluetooth unzuverlässig, so die Forscher. Genau für solche Bereiche war die App aber auch in Deutschland gedacht. Schließlich kann man im Fall einer Infektion die Familienmitglieder, Freunde oder Kolleginnen schnell benennen und informieren. Das gilt aber meist nicht für Sitznachbarn im Bus oder im Regionalexpress. Nun soll ein Fraunhofer-Institut selbst noch einmal Messungen durchführen – in einem von der Bahn bereitgestellten ICE und einem Airbus.

Die Verantwortlichen versuchen, die Probleme zu relativieren. Man sehe die App nicht als fertiges Produkt an, sondern als »work in progress«, heißt es, bei IT-Projekten sei das eben so.

Tatsächlich laufen viele Apps im Ausland viel schlechter als in Deutschland. Oder sie sind, wie in China, albraumhafte Überwachungs- und Kontrollinstrumente. Und im Vergleich zu anderen quälend langsamen öffentlichen Digitalisierungsprojekten in Deutschland wurde die App erstaunlich schnell auf den Markt gebracht.

Doch gemessen an den eigenen Ansprüchen kann die Bundesregierung nicht zufrieden sein. »Am Anfang gab es einen großen Hype um die App, die Erwartungen waren völlig überzogen«, sagt Maria Klein-Schmeink, gesundheitspolitische Sprecherin der Grünenfraktion. Ministerpräsident Markus Söder (CSU) stichelt aus Bayern, die App sei »noch kein ganz großer Erfolg«. Er rate zu überlegen, wie man sie verbessern könne.

Andere haben das schon getan. Der SPD-Gesundheitsexperte Lauterbach hat mit seinem Parteifreund Henning Tillmann, dem Co-Vorsitzenden des digitalpolitischen Vereins D64, schon Vorschläge für Erweiterungen der App gemacht. Ein freiwilliges Kontakttagebuch beispielsweise, in das man täglich seine Begegnungen eintragen kann – und so im Infektionsfall auch jene Menschen warnen könnte, die die App nicht nutzen.

Auch neuere Erkenntnisse über die Verbreitung des Virus sollte man nun berücksichtigen, sagt Softwareentwickler Tillmann – etwa Warnungen bei besonders gefährlichen Menschenansammlungen, welche die App sogar live erkennen könne.

Nach rund hundert Tagen ist zumindest so viel klar: Die Hoffnungen, die Pandemie lasse sich durch Apps effektiv eindämmen und der Datenschutz zugleich umfänglich bewahren, haben sich nicht erfüllt – nicht in Deutschland, aber auch in keinem anderen Land der Welt.

Jens Spahn verweist seit Wochen darauf, dass die App in Deutschland öfter heruntergeladen wurde als in allen anderen EU-Ländern zusammen. Hinter den Kulissen arbeiten seine Experten bereits an Verbesserungen. So wird geprüft, ob ein Einsatz von Bluetooth-Armbändern für Leute ohne moderne Smartphones helfen könnte, die Nutzerzahlen zu erhöhen. Allerdings wären sie nach jetzigem Stand nur schwer ins System zu integrieren.

Vermutlich aber muss man sich schlicht von dem Anspruch verabschieden, die App als Superwaffe in der Pandemiebekämpfung anzusehen. FDP-Mann Höferlin formuliert es so: »Ich habe mir gesagt, die App ist freiwillig, datensparsam, sie kostet weder Geld noch besonders viel Akkuleistung – und wenn ich nur helfe, eine einzige Infektionskette zu unterbrechen, dann hat sie sich schon gelohnt.«

Marcel Rosenbach, Cornelia Schmergal



WIRTSCHAFT AUS ERSTER HAND

LEBENS-
TRAUM

Führungskräfte
als Teilzeit-
abenteurer

10/2020

manager magazin

REIMANN

Gefahr für
Deutschlands
reichsten Clan

BASF

Chemieriese
in der
Dauerkrise

ELITE

Die Migrant
kommen

Jetzt neu
im Handel

Götterdämmerung

Eine neue Generation von Spitzenmanagern
krepelt den VW-Konzern um.
Herbert Diess ist nur noch Chef auf Abruf.

»Du bist mein liebster Karrierefeigling!«

»Vielleicht muss ich noch mehr auf die Pauke hauen«

SPIEGEL-Streitgespräch Parteivize Wolfgang Kubicki und Innenpolitiker Konstantin Kuhle über die Krise der FDP, den Umgang mit Corona-Demonstranten und die Flüchtlingspolitik

Sie könnten verschiedener nicht sein: Kubicki, 68, stellvertretender Parteivorsitzender der FDP und Vizepräsident des Bundestags, und Kuhle, 31, innenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion und FDP-Generalsekretär in Niedersachsen. Der eine steht am Ende seiner politischen Karriere, der andere am Anfang. Kubicki wurde bekannt, weil er sich gegen seine Partei profilierte; Kuhle scheut den öffentlichen Konflikt mit Parteichef Christian Lindner. Der FDP-Vorsitzende war nicht begeistert, als er erfuhr, dass die beiden sich mit dem SPIEGEL zum Streitgespräch verabredet hatten. Die erste Runde fand im März statt, wenige Wochen nach dem Eklat von Erfurt, bei dem sich der FDP-Politiker Thomas Kemmerich mit den Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten von Thüringen wählen ließ. Kurz vor dem FDP-Bundesparteitag Mitte September trafen beide im SPIEGEL-Hauptstadtbüro erneut aufeinander.

SPIEGEL: Herr Kubicki, in unserem ersten Gespräch kurz vor dem Lockdown beklagten Sie sich über die vielen »Hypes« unserer Zeit. Als Beispiel nannten Sie die Coronakrise. Sie prophezeiten damals, es würden »deutlich weniger Menschen an Corona ster-

ben als an einer normalen Grippe«, und meinten, wir müssten jetzt »nicht alle aufhören, uns zu begegnen und nur noch über Videokonferenz zu kommunizieren«. Haben Sie die Pandemie unterschätzt?

Kubicki: Nein. Wir hatten im Jahr 2017/18 nach Angaben des Robert Koch-Instituts in Deutschland rund 25 000 Grippefälle, die Zahl der Corona-Toten beläuft sich bislang auf knapp 10 000. Der zuvor prognostizierte Weltuntergang ist also zum Glück ausgeblieben.

SPIEGEL: Ist das nicht zynisch? So viele Grippefälle wie 2017/18 sind eher selten, sagt das Robert Koch-Institut.

Kubicki: Natürlich ist jeder Tote einer zu viel, aber ich sag mal so: Wir haben damals auf den Lockdown verzichtet. Und absoluten Lebensschutz kann es staatlicherseits nicht geben. Das Oberverwaltungsgericht Magdeburg hat vor Kurzem geurteilt, dass der Staat keinen Schutz vor Infektionen garantieren kann. Wir werden mit diesem Virus dauerhaft leben müssen.

SPIEGEL: Herr Kuhle, Sie waren damals nicht so unbekümmert. Wolfgang Kubicki gab Ihnen die Hand, Sie zögerten. Warum?

Kuhle: Ich kam gerade von einem Corona-Test. Ich war zwar nur kurz in einem

Raum mit einer Risikoperson, wollte es aber abklären lassen, weil ich Husten und Schnupfen hatte. Zum Glück war der Test negativ. Andere in der FDP sind zum Teil schwer erkrankt.

SPIEGEL: Wie haben Sie den Lockdown verbracht?

Kuhle: Mein Freund ist Unternehmensberater und normalerweise viel unterwegs. Wir leben in einer Maisonettewohnung auf 64 Quadratmetern mit einem Schlaf- und einem Wohnbereich, aber keiner Tür dazwischen. Wenn beide den ganzen Tag in Video- und Telefonkonferenzen sind, kommt es zu Problemen, die irgendwann in der Frage münden: Wer geht jetzt ins Badezimmer? An Tagen, an denen ich von morgens bis abends Fraktionsgremien hatte, saß ich schon mal sechs Stunden auf der Badewanne.

SPIEGEL: Herr Kubicki, Sie gehen mit Ihrer Frau gern auf Partys. Wie haben Sie es zu zweit zu Hause ausgehalten?

Kubicki: Erstaunlich gut. Wir haben uns jeden Tag gestritten und jeden Tag wieder versöhnt. Eine besondere Erfahrung war, dass wir nicht essen gehen konnten. Meine Frau sagt immer: »Wenn der liebe Gott gewollt hätte, dass ich kochen kann, hätte er keine Restaurants erfunden.« Also haben wir uns mit Pfannen und Töpfen eingedeckt und angefangen, gemeinsam zu kochen. Das war sehr erheitend, vor allem wenn man den Wein nicht nur zum Ablöschen nimmt. Es führt allerdings auch dazu, dass man an Gewicht zunimmt.

SPIEGEL: Ihre Partei ist nicht so gut durch die Coronakrise gekommen wie Sie. Die FDP liegt bei knapp über fünf Prozent. Wie erklären Sie sich das?

Kuhle: Wir waren in Umfragen schon vor Corona gesunken. Das lag vor allem an den Ereignissen in Thüringen im Februar.

SPIEGEL: Sie meinen den Eklat, den Ihr Parteifreund Thomas Kemmerich auslöste, als er sich mit den Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten wählen ließ. Herr Kubicki, was hat Sie geritten, Kemmerich zu dem »großartigen Erfolg« zu gratulieren?

Kubicki: Die spontane Freude, dass wir als FDP nach 70 Jahren wieder einen Ministerpräsidenten haben, der mir lieber ist als jeder andere Ministerpräsident aus anderen politischen Parteien.

SPIEGEL: Dass Herr Kemmerich mit den Stimmen der AfD gewählt wurde, empfinden Sie nicht als Problem?

Kubicki: Das empfand ich in der spontanen Reaktion nicht als Problem. Sogar Sozialdemokraten haben uns damals spontan gratuliert. Ich empfand es auch nicht als Problem, dass Wolfgang Schäuble möglicherweise mit AfD-Stimmen zum Bundestagspräsidenten gewählt wurde oder ich zum Vizepräsidenten. Das Problem in Thüringen war, dass es keine demokratische Mehrheit ohne die Beteiligung einer ganz



Parteifreunde Kuhle, Kubicki am 9. März: »Konstantin wägt lieber ab«

linken oder ganz rechten Fraktion gab. Ministerpräsident Bodo Ramelow hat immer noch keine parlamentarische Mehrheit. Er hat später übrigens selbst einem AfD-Kandidaten ins Vizepräsidentenamt verholten. Das hat die FDP nicht getan.

Kuhle: Wie du gerade sagst, ist der entscheidende Unterschied, dass du auch Vizepräsident geworden wärst, wenn dich keiner aus der AfD gewählt hätte, weil die Stimmen der anderen Fraktionen aus-

gereicht hätten. Das war das Problem in Thüringen, und das sollten wir auch nicht schönreden.

SPIEGEL: Sie sagten damals, Kubicki habe einen »leichten Hau«.

Kuhle: Ich habe mich geärgert, dass Wolfgang spontan gratuliert hat, ohne mal darüber nachzudenken, was das auslöst.

Kubicki: Wie lange hast du denn nachgedacht, bevor du gesagt hast, ich hätte einen »Hau«?

SPIEGEL: Nehmen Sie Kuhle das übel?

Kubicki: Nein, Quatsch. Wir haben ein entspanntes Verhältnis zueinander. Ich weiß aus meiner eigenen Geschichte, dass es immer gut ist, wenn man sich an jemandem abarbeiten kann – und dadurch seinen eigenen Bekanntheitsgrad erhöht.

SPIEGEL: Wir haben den Eindruck, dass Sie für zwei sehr unterschiedliche Politikertypen stehen. Der eine omnipräsent, aber dafür oft gegen die Parteilinie unterwegs. Der andere teamorientiert, aber dadurch weniger sichtbar.

Kubicki: Ich war mehr als 20 Jahre lang Fraktionschef der Freien Demokraten im Landtag von Schleswig-Holstein. Das können Sie nicht, ohne teamorientiert zu sein. Aber dazu gehört auch, dass der Trainer seiner Mannschaft gelegentlich sagt, wenn etwas falsch läuft. Was Konstantin Kuhle angeht: Er ist so, wie er ist. Wir gehören zu unterschiedlichen Generationen. Ich bin aufgewachsen, als es noch Ruinen gab. Er dagegen hat Mangel nicht erleben müssen.

Kuhle: Ich finde, dass man sich als junger Politiker nicht für fehlende Nachkriegserfahrung entschuldigen muss. Es wäre ja schlimm, wenn wir als Anspruch an Politiker hätten: Euch muss es mal richtig schlecht gegangen sein, sonst könnt ihr keine vernünftigen Entscheidungen treffen. Was die Themen Mut und Haltung angeht, habe ich einiges von Wolfgang Kubicki gelernt. Ich erinnere mich an eine Rede in Hamburg. Die hast du damit bestritten, Kernenergie, Auslandseinsätze der Bundeswehr und Studiengebühren abzulehnen. Die Leute haben dich dafür abgefeiert, dabei war es zu hundert Prozent das Gegenteil von dem, was im FDP-Parteiprogramm stand.

Kubicki: Es stand nur nicht im Programm der Bundes-FDP, in dem der schleswig-holsteinischen schon.

SPIEGEL: Wie erklären Sie sich Ihr unterschiedliches Auftreten, zum Beispiel nach Thüringen?

Kubicki: Wir sind unterschiedliche Charaktere. Sigmar Gabriel würde sagen, er und ich sind Straßenkämpfer. Konstantin Kuhle wägt lieber ab.

Kuhle: Warte mal ab!

Kubicki: Ja, ich hoffe noch auf dich. Deswegen denunziere ich dich ja als meinen liebsten Karrierefeigling. Natürlich muss ein junger Politiker immer abwägen, wie viele Wettbewerbe auf dem Spielfeld er beherrschen kann. Aber ich glaube, dass Konstantin Kuhle mit seinen vielen Fähigkeiten deutlich mehr aus sich machen könnte.

SPIEGEL: Herr Kuhle, Sie gelten in der FDP als großes Talent. Auf dem Bundesparteitag am 19. September soll ein neuer FDP-Generalsekretär gewählt werden. Warum stehen Sie nicht zur Wahl?

Kuhle: Weil wir mit Volker Wissing als amtierenden Wirtschaftsminister in Rheinland-

Pfalz ein starkes Signal für die Regierungsfähigkeit der FDP aussenden. Und weil ich wieder Generalsekretär der FDP Niedersachsen werden will. Wir haben dort 2021 Kommunalwahlen und 2022 Landtagswahl, beides ist für uns sehr wichtig.

Kubicki: Das hast du schön auswendig gelernt.

SPIEGEL: Warum muss Generalsekretärin Linda Teuteberg vorzeitig abtreten?

Kubicki: Weil aufseiten des Bundesvorsitzenden offensichtlich nicht mehr ausreichend Vertrauen in die Problemlösungsmöglichkeiten der Generalsekretärin vorhanden ist. Christian Lindner hat erklärt, dass er mit Blick auf die Bundestagswahl im nächsten Jahr eine Neuaufstellung für sinnvoll hält. 2021 wird für die Freien Demokraten ein hartes Jahr. Es ist nicht ausgemacht, dass wir die 10,7 Prozent von der letzten Bundestagswahl wiederholen.

SPIEGEL: Hat Linda Teuteberg Ihre Erwartungen enttäuscht?

Kubicki: Bis Corona hat Linda Teuteberg die Erwartungen erfüllt. Aber jetzt befinden wir uns in einer Phase, in der ihre abwägend-ruhige Art nicht mehr ausreicht, um medial durchzudringen.

SPIEGEL: Auch Lindners Stellvertreterin Katja Suding hat ihren Rückzug angekündigt. Hat die FDP ein Frauenproblem?

Kubicki: Niemand ist mehr qualifiziert, weil er ein bestimmtes Geschlecht hat. Warum muss ich mich jetzt einer bestimmten Klassifizierung unterwerfen, nur weil andere glauben, das sei sinnvoll? Ich halte Frauen nach wie vor die Tür auf. Ich finde auch, dass man sagen kann, eine Frau ist charmant, ohne dass man gleich in die MeToo-Debatte hineingezogen wird.

Kuhle: Ich finde es richtig, dass es heute eine andere Aufmerksamkeit für bestimmte Probleme gibt, die durch Männer verursacht werden. Das kann man durchaus anerkennen. Und man kann auch Frauen fördern, ohne zu betonen, wie übertrieben man die MeToo-Debatte findet.

Kubicki: Das sagst du mir? Mangelndes Engagement kann man mir in dieser Frage bestimmt nicht vorwerfen! Ich habe Linda Teuteberg mehrfach gegen den Willen ihres Landesverbandes für Führungspositionen vorgeschlagen und mir dafür mächtig Ärger eingehandelt. Aus meinem Landesverband sind zwei Drittel der Abgeordneten im Deutschen Bundestag weiblich.

Kuhle: Trotzdem verzeichnen wir bei den FDP-Mitgliedern immer weniger Frauen. Das muss ja einen Grund haben. Vielleicht hat das auch damit zu tun, wie wir uns habituell gegenüber Frauen äußern. Mich nervt, dass sich in der FDP die Antwort auf die Frage, wie wir mehr Frauen in Verantwortung bekommen, oft in dem Satz erschöpft: Wir sind gegen die Quote. Die Antwort reicht aber am Ende nicht aus.



»Wir senden ein starkes Signal für die Regierungsfähigkeit der FDP.«

Konstantin Kuhle

SPIEGEL: FDP-Urgestein Gerhart Baum kritisiert, unter Lindner seien »wichtige liberale Themenbereiche wie die Bürgerrechtspolitik verblasst«. Hat er recht?

Kuhle: Gerhart Baum, Christian Lindner, Wolfgang Kubicki und viele weitere – meine Person eingeschlossen – klagen gemeinsam vor dem Bundesverfassungsgericht gegen verschiedene Bürgerrechtseinschränkungen, namentlich die Vorratsdatenspeicherung und die Quellen-Telekommunikationsüberwachung. Wir sind in dieser Frage präsent. Ein Stück weit bin



»Das hast du schön auswendig gelernt.«

Wolfgang Kubicki

ich als innenpolitischer Sprecher auch selbst dafür verantwortlich, wie wir als Partei in diesem Bereich wahrgenommen werden. Vielleicht muss ich öfter auf Wolfgang hören und bei dem Thema noch ein bisschen mehr auf die Pauke hauen.

SPIEGEL: FDP-Außenpolitiker Alexander Graf Lambsdorff ist der Meinung, die Äußerungen von Gerhart Baum seien für die FDP genauso relevant wie Äußerungen von Lothar Matthäus zum FC Bayern.

Kubicki: Ich halte die Äußerung von Graf Lambsdorff für unangemessen. Das wird der Rolle von Gerhart Baum in der FDP nicht gerecht. Er ist nach wie vor identitätsstiftend – genauso wie Sabine Leutheusser-Schnarrenberger.

SPIEGEL: Soll die FDP auch unzufriedene AfD-Wähler einsammeln?

Kubicki: Das hat die SPD in gleicher Weise getan. Die Aufgabe besteht logischerweise darin, Wähler, die nicht Neofaschisten sind, in den demokratischen Diskurs zurückzuholen.

SPIEGEL: Gilt das auch für die Corona-Leugner und Rechtspopulisten, die neulich auf die Reichstagsstufen gestürzt sind? Sind das für Sie potenzielle Wähler?

Kuhle: Die Polarisierung in der Wahrnehmung dieser Demonstrationen geht mir unglaublich auf den Geist. Ich habe am letzten Sonntag am Reichstagsgebäude eine Unternehmerin aus Fulda getroffen, die Zweifel an bestimmten Zahlen des Robert Koch-Instituts hatte. Neben ihr stand ein Typ mit Reichsflagge und daneben eine Impfgegnerin. Wir müssen in der Lage sein, diese Leute voneinander zu trennen: Es ist nicht in Ordnung, mit dem Symbol undemokratischer deutscher Staaten durch Berlin zu marschieren. Es ist auch nicht in Ordnung, Verschwörungstheorien zu verbreiten und neben Rechtsradikalen zu marschieren. Aber es ist in Ordnung, Fragen zu stellen. Wenn in der FDP-Wählerschaft Menschen staatliches Handeln hinterfragen, ist das ein gutes Zeichen.

Kubicki: Ich fand das Berliner Demonstrationsverbot auch irre. Trotzdem würde ich bei solchen Demonstrationen nicht mitlaufen. Ich halte die dort geäußerte Kritik, der Rechtsstaat sei abgeschafft, für falsch. Die vielen Entscheidungen von Oberverwaltungs- und Landesverfassungsgerichten beweisen doch, dass der Rechtsstaat funktioniert. Denjenigen, die sagen, wir leben in einer Merkel-Diktatur, sage ich: Finde ich komisch, denn ihr dürft doch jetzt demonstrieren.

Kuhle: Wir müssen aufpassen, dass wir bestimmte Leute, die sich ernsthaft Sorgen machen, nicht verlieren. Ich habe einen Apotheker bei mir im Wahlkreis, der hat sich ein Bein ausgerissen, um FFP2-Masken für Krankenhäuser und Pflegedienste

zu besorgen. Jetzt hat der ein Bußgeld bekommen, weil er die Masken mit einem englischen Beipackzettel verkauft hat, weil das gegen die Kennzeichnungspflicht verstößt. Der versteht die Welt nicht mehr, der ist richtig wütend.

Kubicki: Ich sitze ja in Schleswig-Holstein auch im Koalitionsausschuss und habe selbst erlebt, wie wenig über die rechtlichen Grundlagen nachgedacht wurde, nach dem Motto: Es dient ja einem guten Zweck. Ich war neulich auf einer Hochzeit, da waren 53 Gäste statt der 50 vorgeschriebenen. Der Bräutigam sagt zu mir: »Wie irre ist das denn, ich darf jetzt meine Frau küssen, aber tanzen darf ich mit ihr nicht.« Ich habe ihm gesagt: »Tanz mit deiner Frau, ich verteidige dich vor Gericht.« Die Menschen sind zu Einschränkungen bereit, aber sie müssen plausibel sein.

SPIEGEL: Die Grünen haben von der Schwäche der Union profitiert, die FDP nicht. Finden Sie es richtig, dass Lindner sich beinahe reflexartig von den Grünen absetzt?

Kubicki: Unser Hauptmitbewerber sind CDU/CSU, nicht die Grünen. Aber es gibt bei mir auch den Reflex, dass ich die moralische Impertinenz ablehne, mit der die Grünen ständig auftreten.

Kuhle: Sehr viele Unionswähler sind für die FDP erreichbar, aber das Wahlverhalten wird auch insgesamt flexibler. Wir haben bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg und bei der Europawahl mehr Stimmen an die Grünen verloren als an die Union. Bei der letzten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen haben wir mehr von der SPD gewonnen als von der Union. Es gibt in der Mitte der Gesellschaft Menschen, die wollen den Soli abschaffen und trotz der Klimakrise nicht auf ihr Auto verzichten. Die wählen aber trotzdem die Grünen, weil sie sich mit der Nachdenklichkeit und Emotionalität von Robert Habeck einigermaßen wohlfühlen. Wir als FDP müssen zum Ausdruck bringen, dass uns die Situation der Flüchtlinge auf den griechischen Inseln nicht egal ist, dass wir ein Verständnis dafür haben, dass der Klimawandel eine Generationenaufgabe und gleichzeitig die deutsche Wirtschaft nicht egal ist. Dann können wir Leute auch dazu bringen, liberal statt grün zu wählen.

SPIEGEL: Auch bei der Flüchtlingspolitik hört man aus der FDP sehr unterschiedliche Töne. Sie, Herr Kuhle, haben ein Lager auf Lesbos besucht. Sie, Herr Kubicki, sagten nach den Ausschreitungen von Chemnitz: »Die Wurzeln für die Ausschreitungen liegen im ›Wir schaffen das‹ von Kanzlerin Angela Merkel.«

Kubicki: Ich habe gesagt, die Wurzeln liegen auch im »Wir schaffen das«. Frau Merkel hat versäumt zu erklären, was »das« sein soll.

Kuhle: Ich fand Wolfgangs Satz nicht glücklich. Er lässt die Interpretation zu,

dass der Rechtsradikalismus oder die AfD legitime Antworten darauf wären, mit der Flüchtlingspolitik nicht einverstanden zu sein. Wolfgang hat recht, dass wir als FDP denjenigen ein Angebot machen müssen, die nicht wollen, dass sich bestimmte Fehler von Angela Merkel wiederholen. Drohungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung wie in Chemnitz müssen wir aber klar zurückweisen.

Kubicki: Du verbindest eine Analysefrage mit einer normativen Wertung. Das halte ich für unzulässig. Dann kannst du gar keinen Satz mehr sagen. Die Frage lautet: Warum ist die AfD nach 2015 so stark geworden? Meine These ist: Sie wäre nie so stark geworden, wenn die Kanzlerin das »das« erklärt hätte.

Kuhle: Es gibt aber Menschen, die wollen das humanitäre Flüchtlingsrecht, wie es in

Grundgesetz und Völkerecht verankert ist, abschaffen.

Kubicki: Das geht ja nicht, das ist verfassungswidrig.

Kuhle: Seit wann lässt sich die AfD mit dem Argument der Verfassungswidrigkeit vom Gegenteil überzeugen?

Kubicki: Wir reden momentan nicht über Funktionäre der AfD, sondern über Wählerinnen und Wähler. Ich kenne Leute, die AfD gewählt haben, von denen ich das nie vermutet hätte. Die wollten kein Asylrecht abschaffen.

Kuhle: Einverstanden. Ich wünsche mir trotzdem, dass wir Menschen, die Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auf die Straße tragen, keine Entschuldigungserzählung an die Hand geben. Ich befürchte, so ein Satz wie »Merkel ist daran schuld« ...

Vorteil VLH!

Jetzt in die Verlängerung mit VLH: bis 28.02.2021

Das ist meine Steuererstattung

Aufnahmegebühr sparen mit dem Stichwort „Spiegel“
Gültig bis 28.02.2021

THE MONEY
FAIRSTER STEUERHILFEVEREIN
4 weitere Unternehmen erheben die Beste-erfte-gut im Test: 20 Steuerhilfsvereine in Deutschland
Ausgabe: 12/2020

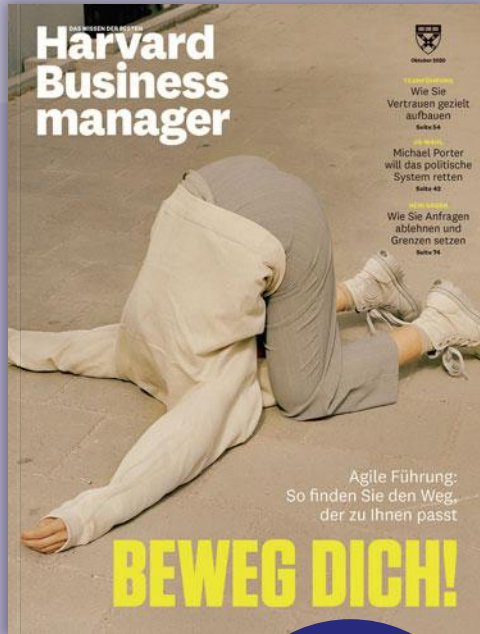
Steuern? Lass ich machen. Von der VLH.

- Full-Service vom Steuerprofi
- Durchschnittlich mehr als 1.300 Euro Erstattung*
- Marktführer mit rund 3.000 Beratungsstellen
- Mehr als 1 Mio. Mitglieder
*in Erstattungsfällen

DEUTSCHLANDS KUNDENCHAMPIONS 2020



Das Wissen der Besten



Jetzt neu im Handel

Beweg dich!

Agile Führung: So finden Sie den Weg, der zu Ihnen passt

Weitere Themen:

Teamführung

Wie Sie Vertrauen gezielt aufbauen

US-Wahl

Michael Porter will das politische System retten

Nein sagen

Wie Sie Anfragen ablehnen und Grenzen setzen

 Jetzt die neue App downloaden

Kubicki: ... das habe ich nicht gesagt! Ich wehre mich dagegen, dass hier ein Popanz aufgebaut wird, um die eigenen Wertungen loszuwerden. Rund 70 Prozent der Deutschen haben bei bestimmten Themen mittlerweile das Gefühl, sie könnten ihre Meinung nicht mehr frei sagen. Das ist ein Demokratieproblem. Wenn wir das alles unter eine Humusschicht kehren, wird das irgendwann explodieren.

SPIEGEL: Herr Kuhle, nach dem Brand im Flüchtlingslager Moria will die Bundesregierung rund 1500 weitere Flüchtlinge aus Griechenland aufnehmen. Eine richtige Entscheidung?

Kuhle: Familien mit Kindern sowie anerkannte Flüchtlinge sollten von der Insel Lesbos evakuiert werden. Was wir in der derzeitigen Debatte aber nicht brauchen, ist ein Basar um Zahlen. Viel entscheidender wäre es, wenn die Bundesregierung im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft endlich Fortschritte bei einer Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems



Kuhle, Kubicki, SPIEGEL-Redakteure*
»Söder ist ein Maulheld«

hinbekäme. Nur so befrieden wir diese Frage langfristig.

SPIEGEL: Herr Kubicki, als Grünenchef Robert Habeck kurz vor Weihnachten vergangenen Jahres die Aufnahme unbegleiteter Flüchtlingskinder aus Griechenland forderte, warfen Sie ihm eine »reine PR-Aktion« vor. Es sei darauf zu achten, dass aus »vorgeblich humanitären Gründen« keine neuen unkontrollierten Fluchtbewegungen entstünden, argumentierten Sie. Fürchten Sie, dass die aktuelle Entscheidung der Bundesregierung neue Fluchtanreize schafft?

Kubicki: Eine Politik der Humanität zeichnet sich dadurch aus, dass sie jeden Tag praktiziert wird, nicht nur einmal kurz vor Weihnachten. Es ist richtig und notwendig, dass wir Kinder und Kranke den schlimmen Bedingungen vor Ort nicht länger aussetzen. Insofern halte ich die begrenzte Entscheidung der Bundesregierung für richtig. Aus rechtsstaatlicher Sicht ist es aber nicht akzeptabel, dass einige wenige

im Lager offenbar versucht haben, das Leid noch weiter zu erhöhen und sich durch Straftaten den Weg nach Deutschland zu bahnen.

SPIEGEL: Herr Kuhle, Sie haben im vergangenen Jahr gesagt, dass Sie lieber Robert Habeck als Annegret Kramp-Karrenbauer zum Kanzler wählen würden. Ist der Grünenchef auch gegenüber Armin Laschet, Friedrich Merz und Norbert Röttgen Ihr Favorit?

Kuhle: Mittlerweile gibt es ja glücklicherweise mehr Optionen. Und meine Aussage über Annegret Kramp-Karrenbauer hat sich als richtige Voraussicht herausgestellt. Ich würde es so sagen: alles, nur nicht Friedrich Merz. Denn ich befürchte, dass er lediglich eine Projektionsfläche für diejenigen ist, die Merkel loswerden wollen.

Kubicki: Mir ist relativ egal, wer Kanzlerkandidat der Union wird. Ich traue allen zu, Kanzler zu sein. Bis auf Röttgen, dem traue ich gar nichts zu.

SPIEGEL: Wer macht die bessere Krisenpolitik: Laschet oder Markus Söder?

Kubicki: Im Ergebnis Laschet, in der Wahrnehmung Söder. Der bayerische Ministerpräsident ist ein Maulheld, im Norden sagen wir: Wir brauchen keine Belehrungen von jemandem, der die höchsten Infektionszahlen zu verantworten hat. Söder wollte ja neulich zum Wattwandern mit dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Daniel Günther kommen, da hat die Bayerische Staatskanzlei einen gelben Ostfriesennerz und Gummistiefel bestellt. Die wissen nicht, dass man barfuß ins Watt geht. Ich hab Daniel Günther geraten, den Söder an einer Stelle im Watt anzuhalten und ihm die Gegend zu erklären. Nach drei Minuten wäre der in seinen Gummistiefeln so stark eingesunken, dass ihn seine Sicherheitsleute aus den Stiefeln hätten herausziehen müssen. Leider hat Söder den Termin wegen des Debakels mit den Corona-Tests abgesagt.

SPIEGEL: Herr Kubicki, treten Sie beim nächsten Wahlparteitag noch mal für den Vizeposten an?

Kubicki: So Gott will und ich lebe.

SPIEGEL: Oder würden Sie für Kuhle den Platz freimachen?

Kubicki: Das ist eine gute Frage. Wenn er will, muss ich drüber nachdenken.

Kuhle: Mein Ziel ist es, erst einmal wieder in den Deutschen Bundestag zu kommen.

SPIEGEL: Können Sie sich vorstellen, eines Tages FDP-Chef zu werden?

Kuhle: Wie gesagt, ich möchte erst einmal wieder in den Deutschen Bundestag.

Kubicki: Ich kann mir vorstellen, dass Konstantin Kuhle irgendwann FDP-Vorsitzender wird. Er könnte es jedenfalls.

SPIEGEL: Herr Kubicki, Herr Kuhle, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Severin Weiland und Christoph Schult am 9. März in Berlin.



FRIEDRICH BUNGERT

Christdemokratin Ludwig: »Sie hakt Anwesenheitslisten ab«

Politik mal zwei

Parlamente Die CDU-Abgeordnete Saskia Ludwig sichert ihren Einfluss mit zwei Mandaten: im Bundestag und im Landtag von Brandenburg. Seit Monaten hagelt es Kritik – auch aus der eigenen Partei.

Saskia Ludwig ist eine Karrierefrau. Berufsausbildung mit Abitur, Studium, Promotion. Mit Mitte zwanzig wird sie Geschäftsführerin des familien-eigenen Unternehmens. Ludwig kümmert sich von ihrer Heimatstadt Potsdam aus um Tief- und Rohrleitungsbau. Auch in der CDU arbeitet sie sich nach oben. Kreistag, Landtag, Fraktionschefin, Parteichefin in Brandenburg, ein rasanter Aufstieg.

Seit einigen Jahren aber stockt die Karriere, die Zeit in hohen Ämtern ist vorbei. Denn mit ihrem politischen Ehrgeiz eckt Ludwig, 52, an, auch in ihrer eigenen Partei. Derzeit größtes Streitthema: Seit fast zehn Monaten sitzt sie gleichzeitig im Brandenburger Landtag und im Bundestag. Daneben ist sie noch Gesellschafterin in ihrem Potsdamer Unternehmen. Wie schafft es Ludwig, zwei Vollzeitjobs und ihre Firma gleichzeitig zu managen? Und wie ernsthaft kann jemand mit dieser Belastung Politik betreiben und sie gegenüber den Wählern vertreten?

Seit Dezember vergangenen Jahres pendelt Ludwig zwischen den Parlamenten. Möglich wurde dies, weil der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Stübgen nach der Landtagswahl in Brandenburg zum Innenminister berufen wurde. Ludwig rückte für ihn in den Bundestag nach. So könne

sie den Brandenburgern in ihrem Wahlkreis »am besten dienen«, teilte sie mit. Ohnehin handle es sich nur um eine Übergangszeit bis zur nächsten Bundestagswahl im Herbst 2021.

Ihr Wahlkreis erweiterte sich durch das zusätzliche Bundestagsmandat von rund 60 000 auf mehr als 240 000 Wahlberechtigte. Mit weniger Zeit muss sich Ludwig also um deutlich mehr Menschen kümmern.

An einem heißen Tag Ende August sitzt Sebastian Walter in seinem Büro im Brandenburger Landtag und ärgert sich über seine Parlamentskollegin. »Dieses Doppelmandat ist ein Skandal«, sagt Walter. Er ist Fraktionsvorsitzender der Linken und wie Ludwig Mitglied im Wirtschaftsausschuss. Zeitlich seien zwei Mandate nicht machbar, sagt er. »Sie hetzt von Termin zu Termin und hakt Anwesenheitslisten ab. Für die Probleme ihrer Wählerinnen und Wähler im Wahlkreis hat sie dann aber keine Zeit mehr.«

Insgesamt 22 Sitzungswochen hat allein der Bundestag pro Jahr, mehr als acht der Landtag Brandenburg. Die Kalender sind gespickt mit Plenar-, Fraktions- und Ausschusssitzungen. Mehrmals im Jahr überschneiden sich Termine, dann müsste Ludwig zeitgleich in Potsdam und Berlin anwesend sein. Wie macht sie das?

Erst signalisierte die CDU-Frau, sich gegenüber dem SPIEGEL zu ihrem Doppelmandat äußern zu wollen. Nach einiger Zeit teilte ihr Sprecher jedoch mit, dass derzeit kein Interview möglich sei. Am Ende antwortet Ludwig per E-Mail auf die Fragen.

Bei zeitlichen Überschneidungen habe sie sich bislang für jene Sitzungen entschieden, bei denen ihr Fachwissen erforderlich gewesen sei, schreibt sie. In der Geschäftsordnung des Brandenburger Landtags steht allerdings, dass die Abgeordneten »grundsätzlich verpflichtet« sind, an den Plenarsitzungen teilzunehmen.

Ludwig betont in ihrer Stellungnahme, dass sie das Doppelmandat nicht wegen des Geldes angenommen habe. Finanziell bietet es ihr tatsächlich kaum Vorteile, ihre Einkünfte aus den beiden Parlamenten werden miteinander verrechnet.

Dennoch entstehe eine »Zweiklassengesellschaft unter den Abgeordneten«, warnt der Linkenpolitiker Walter. Deshalb wollen die Linken solche Doppelmandate in Brandenburg in Zukunft verbieten. Dafür haben sie ein Gutachten in Auftrag gegeben.

Der Staatsrechtsprofessor Thorsten Ingo Schmidt von der Universität Potsdam kommt darin zu dem Schluss, dass die »besseren Gründe gegen die Zulässigkeit von Doppelmandaten im Bundestag und in einem Landtag sprechen«. Unter anderem, weil Länder und Bund teilweise unterschiedliche Interessen hätten. Ein Interessenkonflikt als Abgeordnete in beiden Parlamenten wäre laut Schmidt in einigen Fällen nicht ausgeschlossen.

Bereits 2017 bezeichneten die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags Doppelmandate wegen der zeitlichen Belastung als »problematisch«. In Niedersachsen und Thüringen sind sie verboten, genauso wie gleichzeitige Mandate im Europaparlament und im Bundestag.

Es gibt aber noch ein weiteres Problem mit der Doppelabgeordneten. Mitte August saß Saskia Ludwig in Raum 1.050 des Brandenburger Landtags und tippte wild auf ihrem Handy. Der Wirtschaftsausschuss tagte, die erste Sitzung nach der Sommerpause. Verspätet platzte der stellvertretende AfD-Fraktionschef Steffen Kubitzki in den Saal. Die meisten beachteten ihn nicht, Ludwig schaute nach oben, lächelte. Kubitzki lächelte zurück.

Immer wieder wird Ludwigs Nähe zur AfD zum Streitfall. Mehrmals veröffentlichte sie in den vergangenen Jahren ihre Standpunkte in der rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit«. Dort sagte sie 2017 in einem gemeinsamen Interview mit Alexander Gauland, sie hätte sich gewünscht, dass er »in unserer Partei geblieben wäre, um für den konservativen Kurs weiter zu kämpfen«.

Mit ihren Kontakten zu den Neurechten hat sich Ludwig in ihrer eigenen Partei zu-

Einfach mehr wissen



Jetzt
am
Kiosk



Das Nachrichten- Magazin für Kinder

Für alle Kinder, die mitreden wollen.

Verständlich und spannend erklären SPIEGEL-Autoren aktuelle Themen aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Technik. Dazu kommen Büchertipps, Comics und kreative Ideen zum Mitmachen.

Mehr erfahren:

www.deinspiegel.de

Dein
SPIEGEL

nehmend isoliert, auch ihr Doppelmandat wird dort kritisch gesehen. Er habe ihr in den vergangenen Monaten nahegelegt, ein Mandat abzugeben, sagt Michael Stübgen, von dem sie das Bundestagsmandat übernommen hat. Stübgen ist auch CDU-Landeschef in Brandenburg. »Aber als frei gewählte Abgeordnete kann sie das natürlich nur allein entscheiden«, sagt er.

Deutlich schärfer kritisiert Ingo Senftleben, ehemaliger Landeschef in Brandenburg, seine Parteikollegin. Er sitzt vier Plätze neben ihr im Landtag in Potsdam. »Ihr Doppelmandat ist im Grunde eine Beleidigung für jeden Bundestags- und Landtagsabgeordneten«, sagt Senftleben. »Die Wähler merken, dass es bei dieser Anhäufung von Ämtern um persönliche Vorteile geht. Das schadet dem Ansehen der Partei und der Politik.«

Ludwig lassen solche Vorwürfe kalt. »Als Politikerin muss ich neben Zuspruch auch mit Kritik leben«, schreibt sie in ihrer Stellungnahme. Wenn der Schaden für die Partei beschworen werde, dann gehe es bei der Kritik aber oft nicht um die Sache selbst. Im Gespräch mit Kritikern habe sie schon mehrmals Verständnis und »Respekt für die Doppelbelastung« erhalten.

Doppelmandate sind im Bundestag seit Jahrzehnten äußerst selten. Derzeit haben nur 2 von 709 Abgeordneten ein zusätzliches Landtagsmandat – Ludwig und der AfD-Politiker Frank Magnitz. Auch bei Magnitz gibt es deshalb Streit. Das niedersächsische Schiedsgericht der AfD sperrte ihn kürzlich ein Jahr lang für alle Ämter der Partei. Der AfD-Bundesvorstand hatte bereits vor einem Jahr gefordert, dass Magnitz eines seiner beiden Mandate abgibt.

Für Magnitz und Ludwig sind die Doppelmandate auch eine Machtabsicherung. Ludwig will bei der kommenden Bundestagswahl erneut in ihrem Wahlkreis 61 in Potsdam antreten. Im schlimmsten Fall hat sie dort zwei prominente Gegner: Olaf Scholz, SPD, und Annalena Baerbock, Grüne. Ihre Chancen für ein Direktmandat sind schwer einzuschätzen, ein guter Listenplatz ist wegen ihrer Unbeliebtheit in der eigenen Partei unwahrscheinlich. Sollte der Einzug in den Bundestag 2021 daher nicht klappen, könnte sie dennoch bis mindestens Herbst 2024 in der Politik aktiv bleiben, dank des Landtagsmandats.

Am letzten Septemberwochenende kommt es zu einer ersten Vorentscheidung: zur Nominierung des CDU-Direktkandidaten im Wahlkreis 61. Sollte Ludwig es zur Kandidatin und später in den Bundestag schaffen, werde sie das Mandat im Landtag abgeben, hat sie angekündigt.

Christian Volk

»Wer schweigt, ist mitschuldig«

NRW Innenminister Herbert Reul, 68 (CDU), über den Skandal um rechtsextreme Chatgruppen in seiner Polizei

SPIEGEL: Herr Reul, wenn die Menschen in NRW mit Polizisten zu tun haben, können sie dann sicher sein, dass ihre Herkunft oder ihre Hautfarbe keine Rolle spielt?

Reul: Ich wünsche mir das. Aber bei 50 000 Polizeibeschäftigten in Nordrhein-Westfalen kann ich natürlich nie sicher sein, wie jeder Einzelne von ihnen denkt und handelt.

SPIEGEL: Die Bürgerinnen und Bürger können sich also auch nicht sicher sein.

Reul: Sie können sicher sein, dass alle Polizisten nach strengen Regeln ausgebildet werden, dass sie den Eid geschworen haben, das Grundgesetz und die Landesverfassung zu achten. Und dass deshalb jeder Beamte nach diesen Prinzipien handeln muss. Inzwischen muss ich aber leider sagen: eigentlich danach handeln muss.

SPIEGEL: Mindestens 30 Polizisten des Präsidiums in Essen haben sich wohl über Jahre rechtsextremistische Propaganda in Chatgruppen geschickt, Fotos von Hitler, Hakenkreuze, die fiktive Darstellung eines Geflüchteten in einer Gaskammer. Wie konnte das passieren?

Reul: Diese furchtbaren Vorkommnisse haben sicher auch damit zu tun, dass diese Art von Meinungsäußerung in geschlossenen Chats stattfindet und lange unentdeckt blieb. Wenn wir da eingreifen wollen, stehen wir vor dem Problem: Darf ich an das Handy ran oder nicht? Privatheit ist ein hohes Gut, das bremst uns hier.

SPIEGEL: Es gab wohl auch niemanden in den Chats, der sagte: Hier läuft was schief!

Reul: Das ist aus meiner Sicht das eigentliche Problem. Ich habe aber die Hoffnung, dass es da eine schweigende Mehrheit gab. Polizisten, die möglicherweise meinten, aus falsch verstandener Kameradschaft nichts sagen zu dürfen. Man will vielleicht in solchen Gruppen nicht auffallen, nicht stören. Diese Leute müssen jetzt den Gong hören. Wer schweigt, ist mitschuldig.

SPIEGEL: Es traten schon ähnliche Fälle in anderen Bundesländern auf, auch in NRW. Waren Sie blauäugig zu denken, dass es das in dieser Dimension nicht gibt?

Reul: Das lasse ich nicht gelten. Ich war es, der 2018 angeordnet hat, dass junge Menschen, die in NRW zur Polizei wollen, vom Verfassungsschutz überprüft werden. Ich habe das Problem gesehen, ich habe allerdings gehofft, dass es einzelne Fälle bleiben. Das Neue für mich ist, dass es da eine

Gruppe gibt, die konspiriert. Und wir wären nicht dahintergekommen, wenn nicht einer einen Fehler gemacht hätte.

SPIEGEL: Die Gruppe flog nur auf, weil das Handy eines Beschuldigten in einem anderen Ermittlungsverfahren sichergestellt wurde. Ein Zufallsfund.

Reul: Ja, aber danach haben wir sofort eingegriffen. Das waren private Handys, über die gechattet wurde, da sind wir machtlos.

SPIEGEL: Könnten Sie verbieten, dass Polizisten private Chatgruppen bilden?

Reul: Glaube ich nicht. Wenn es Freunde gibt, die zufällig in derselben Dienstgrup-



CDU-Politiker Reul

»Ich habe Sorge, dass es noch mehr gibt«

pe sind, kann ich schlecht verbieten, dass die einen Chat gründen. Ich habe überlegt, ob wir es untersagen, private Handys mit in den Dienst zu nehmen. Aber dann bestrafen wir auch die Mitarbeiter, die einen tadellosen Job machen. Außerdem verhinderte das problematische Chats außerhalb des Dienstes auch nicht. Deshalb bin ich skeptisch.

SPIEGEL: Sie haben vor einigen Monaten Extremismusbeauftragte in allen Polizeibehörden einsetzen lassen. Warum hat sich in Essen niemand an die dortige Beauftragte gewendet?

Reul: Ich weiß auch nicht, warum sich kein einziger Beamter aus dieser Dienstgruppe an die neue Stelle gewandt hat. Die Extremismusbeauftragte in Essen hat ja durchaus Hinweise bekommen, aber leider keine auf diese Chatgruppe.

SPIEGEL: Hängt es vielleicht damit zusammen, dass die Extremismusbeauftragte in Essen die Ehefrau des dortigen Polizeiprä-

sidenten ist? Eine unabhängige Vertrauensperson sollte womöglich nicht mit dem Chef verheiratet sein.

Reul: Ich habe die Entscheidung darüber, mit welcher Person diese Stelle besetzt wird, bewusst in die Verantwortung der regionalen Behörden gelegt. Vor Ort weiß man besser, wer das Vertrauen der Mitarbeiter genießt, als ich in Düsseldorf.

SPIEGEL: Hat der Polizeipräsident in Essen, Frank Richter, noch Ihr Vertrauen?

Reul: Ja.

SPIEGEL: Eine ganze Dienstgruppe, die in Chats Adolf Hitler feiert, wer übernimmt dafür die Verantwortung?

Reul: In erster Linie sind dafür die Polizisten in den Chatgruppen verantwortlich. Und der unmittelbar Vorgesetzte.

SPIEGEL: Und die politische Verantwortung?

Reul: Der erste Chat ist aus dem Jahr 2012. Da war ich noch lange nicht im Amt.

SPIEGEL: Sie inszenieren sich gern als Null-Toleranz-Minister. Denken Sie trotzdem nicht über Ihren Rücktritt nach?

Reul: Nein.

SPIEGEL: Sie haben nun einen Sonderbeauftragten für rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei ernannt. Hätten Sie das früher tun müssen?

Reul: Im Nachhinein ist man immer schlauer, das bringt doch nichts. Mein Problem ist, dass es offenbar Strukturen in der Polizei gibt, die ich nicht kenne. Ich habe die Sorge, dass es davon noch mehr gibt. Die erste Frage ist: Wie erfahre ich davon? Zweitens: Polizisten haben einen schwierigen Job. Machen wir genug, um ihnen zu helfen, damit klarzukommen? Das sind Aufgaben für den Sonderbeauftragten.

SPIEGEL: Werden Sie das Thema Rechts-Extremismus in der Polizei auf der Innenministerkonferenz ansprechen?

Reul: Davon können Sie ausgehen. Ich will mit meinen Länderkollegen grundsätzlich über die Haltung von Polizisten reden. Es ist auch an der Zeit, dass die Bundesländer gemeinsame Lösungen suchen.

SPIEGEL: Nach dem Missbrauchsfall von Lügde wollten Sie eine neue Fehlerkultur in der Polizei etablieren, eine Kultur des Hinsehens. Sind Sie gescheitert?

Reul: Nein, aber ich bin damit noch nicht weit genug.

SPIEGEL: Was bedeutet der Skandal um die Chats für die Akzeptanz der Polizei?

Reul: Es ist viel kaputtgegangen. Es wird leider Menschen geben, die diesen Fall als Vorwand nehmen, um sich gegenüber Polizisten unanständig zu verhalten. Es wird für Beamte in brenzligen Situationen schwieriger werden. Ich befürchte auch, Polizisten werden nicht mehr so sicher sein in dem, was sie tun. Manche werden Angst haben, als rechtsradikale Chaoten hingestellt zu werden. Interview: Lukas Eberle



Asgard-Mitarbeiter in Bagdad (Facebook-Post): »Doppelt gefährlich«

Rechte Rambos

Extremismus Ehemalige Polizisten und Soldaten arbeiten im Irak für eine Sicherheitsfirma, in der mitunter die NS-Zeit verherrlicht wurde.

Inmitten der irakischen Hauptstadt Bagdad leben Mitarbeiter einer deutschen Sicherheitsfirma in einer anderen Zeit. An den Wänden eines Aufenthaltsraums hängt eine Reichskriegsflagge, im Flur prangt in Frakturschrift der Wehrmachtspruch »Klagt nicht, kämpft«. Über den Türen, ebenfalls in alten Lettern: »Operationszentrale«, »Truppenküche« und »Latrine 1« und »Latrine 2«. So ist es in einem Video von 2017 zu sehen, das dem SPIEGEL vorliegt.

Der Stützpunkt des Unternehmens Asgaard befand sich damals mitten in der Grünen Zone, nur rund 500 Meter von der Vertretung der Vereinten Nationen und nicht einmal einen Kilometer vom irakischen Außenministerium entfernt. Die Lage im politischen Zentrum der irakischen Hauptstadt war kein Zufall. Die Firma bewacht in Bagdad nach Angaben des Geschäftsführers etwa »die diplomatische Vertretung einer arabischen Großmacht«.

Asgard hat seinen Sitz im nordrhein-westfälischen Hamm. Die Firma umwirbt und beschäftigt aktive und ehemalige Polizeibeamte und Soldaten. In der Vergangenheit geriet das Unternehmen bereits in die Kritik, weil es zum Beispiel den Auftrag eines umstrittenen Politikers aus Somalia angenommen hatte. Doch jetzt stehen härtere Vorwürfe im Raum. So deutete nicht nur die Dekoration im Bagdader Stützpunkt auf eine Verherrlichung der NS-Zeit hin, auch Mitarbeiter äußerten nach SPIEGEL-Recherchen gern rechts-extreme Sprüche. Außerdem soll ein Mitarbeiter, im Hauptberuf aktiver Polizist in Deutschland, illegal Abfragen in polizeilichen Datenbanken für die Firma gemacht haben. Ein Ermittlungsverfahren dazu läuft.

Die Bundestagsabgeordnete Martina Renner beschäftigt sich seit Jahren mit Asgaard. »Hier entsteht unter den Augen der Behörden ein gefährliches Milieu, das als Scharnier zwischen rechter Szene und Si-

cherheitsapparat wirkt und dadurch doppelt gefährlich ist«, warnt die Innenpolitikerin der Linkspartei. Sie fordert, Militär- und Sicherheitsfirmen stärker in den Blick zu nehmen und Verbindungen zu dem Teil der extremen Rechten zu prüfen, der ein Bürgerkriegsszenario vorbereitet.

Geschäftsführer von Asgaard ist der ehemalige Fallschirmjäger Dirk Gaßmann. Er schrieb vor fünf Jahren auf Facebook: »Der Islam ist und bleibt das Problem.« Ein anderes Mal, bei einer Diskussion im vergangenen Jahr um verbotene Wehrmachtlieder in der Bundeswehr, schrieb Gaßmann: »Bobby, darfst du weiter singen in Bagdad. Kein Problem.«

Bei Facebook führte er den Wehrmachtgeneral Kurt Student als »inspirierende Person« auf. Student war im »Dritten Reich« Oberbefehlshaber der Fallschirmjäger. Laut dem Historiker Rainer F. Schmidt war Student bereit, »ohne jede Einsicht in die Aussichtslosigkeit des Krieges, ohne Verantwortungsbewusstsein und

moralisches Ethos, die ihm unterstellten Soldaten auf dem Altar der Ideologie des ›Endsieges‹ zu opfern«. Auf einem Foto, das dem SPIEGEL vorliegt, sieht man Gaßmann lachend mit einer Statuette eines Wehrmachtssoldaten in der Hand, sein kleiner Finger zeigt auf ein Hakenkreuz inmitten eines Eisernen Kreuzes, darunter steht die Jahreszahl 1939.

Gaßmann dementiert vehement: »Zu keiner Zeit haben Mitarbeiter meiner Firma sich in meiner Gegenwart wohlwollend über Symbole des NS-Unrechtsstaates geäußert. Auch ich selbst habe dies nie getan«, sagt er auf Anfrage. Auf die Frage, wieso ihm der Wehrmachtssoldat Kurt Student gefalle, antwortet der Geschäftsführer: »Ich war Soldat der Bundeswehr und bin ehrenhaft mit Beendigung meiner Dienstzeit ausgeschieden. Als ehemaliger Fallschirmjäger mit entsprechender familiärer Tradition ist General Student für mich privat ein soldatisches Vorbild.«

Für Gaßmann und dessen Firma Asgaard arbeitete nach gemeinsamen Recherchen des SPIEGEL und des ARD-Politikmagazins »Kontraste« unter anderem der hessische Polizeibeamte Thomas S. Auf Fotos sieht man S. nicht nur im Irak, sondern auch schwer bewaffnet in einer Asgaard-Uniform posieren. Bis vor wenigen Wochen war auf der Website des Unternehmens auch ein Foto von S. zu sehen, das ihn mit zwei anderen Männern in militärischer Kleidung zeigt. Dazu die Überschrift: »Asgaard Akademie – Die Qualifikation der Profis«.

Gegen S. führt die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main »ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bestechlichkeit sowie der Verletzung des Dienstgeheimnisses«. Auch ein Disziplinarverfahren läuft gegen den Beamten.

S. wird vorgeworfen, »einer nicht angemeldeten und somit auch nicht genehmigten Nebentätigkeit für eine (mutmaßlich



DANIEL EITNER

Geschäftsführer Gaßmann

»Der Islam ist und bleibt das Problem«

rechtsextremistisch beeinflusste) private Sicherheitsfirma aus Nordrhein-Westfalen, unter anderem im Ausland, nachgegangen zu sein«, erklärt die Staatsanwaltschaft auf Anfrage. Außerdem steht der Verdacht im Raum, dass der Beamte »unrechtmäßige Abfragen aus polizeilichen Datenbanken durchgeführt hat, um sich mit den daraus gewonnenen Informationen im Rahmen seiner nicht genehmigten Nebentätigkeit persönlich zu bereichern«.

Am 20. August durchsuchten Ermittler des hessischen Landeskriminalamts seinen

D. wäre nicht der erste mutmaßliche Extremist mit Verbindungen zu Asgaard.

Arbeitsplatz, seine Wohnung und den »Sitz der Sicherheitsfirma«. Bisher gibt es laut Staatsanwaltschaft keine Anhaltspunkte, dass S. aus politischer Motivation heraus gehandelt habe oder rechtsextrem sei. S. erklärte über seinen Anwalt, sich nicht äußern zu wollen.

Der hessische Polizist ist nicht der Einzige, der gerade Probleme mit der Justiz hat. Bei einem Treffen in der Asgaard-Zentrale in Hamm im Juli war neben S. auch Matthias D. anwesend: Soldat der Bundeswehr. Er dient in Neubrandenburg und nimmt in der Freizeit an Kampfsportveranstaltungen teil.

Der Soldat steht schon seit Längerem wegen des Verdachts, rechtsextrem zu sein, im Fokus des Militärischen Abschirmdienstes. Am Montag durchsuchte ein Großaufgebot der Polizei mit Spezialkräften seine Wohnung. Der Vorwurf der Staatsanwaltschaft Rostock: Verdacht der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat. Waffen oder Sprengstoff wurden bei D. allerdings nicht gefunden, stattdessen transportierten die Ermittler Unterlagen und diverse Computer ab.

D., der außer bei dem Treffen in Hamm offenbar bislang nicht mit Asgaard in Erscheinung getreten ist, wäre nicht der erste mutmaßliche Rechtsextremist mit Verbindungen zu der Sicherheitsfirma. So veröffentlichte einer, der lange für Asgaard gearbeitet hat und für die Firma auch im Irak war, auf seinem Facebook-Profil eine Grafik mit einer weißen, geballten Faust, einem Symbol der Neonaziszene, dazu den Spruch »white lives matter«. Ein anderes Mal bedauert er, dass die »reine weiße Rasse« nur noch wenige Prozent der Weltbevölkerung ausmache.

Maik Baumgärtner, Matthias Gebauer, Roman Höfner

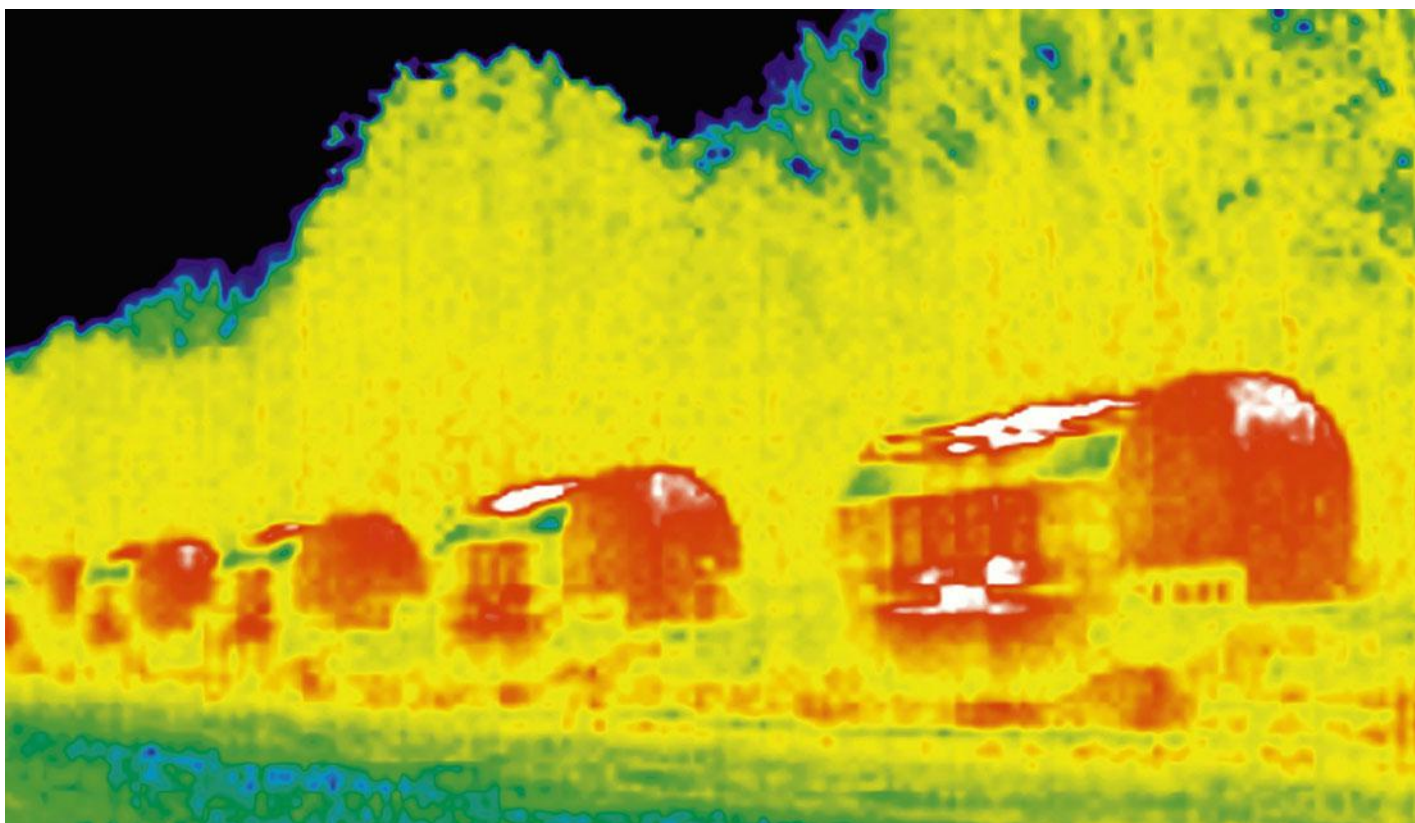


„Die Einzigen, die reden dürfen, während ich schreibe.“

Jackie Thomae, Autorin

Unabhängig.
Unverzichtbar.
Unverwechselbar.





Wolfgang Rattay / REUTERS

Castor-Behälter nahe Gorleben 2011 (Wärmebildaufnahme): Bestmögliche Sicherheit für eine Million Jahre?

Suche für die Ewigkeit

Atommüll Ende September wird erstmals klar sein, welche Gebiete in Deutschland für ein Endlager infrage kämen. Hunderttausende Menschen könnten betroffen sein – und sich wehren.

Der Ort, der einmal die gefährlichste Müllkippe Deutschlands werden sollte, ist ein Idyll. Die Luft riecht nach Wald, ein Specht landet an einem Baumstamm, Schmetterlinge ziehen ihre Kreise. Wolfgang Ehmke geht bis zu einem grünen Zaun. 65 Meter entfernt, am Tor zum Bergwerk Gorleben, sitzt ein einsamer Wachmann unter einem Sonnensegel.

Ehmke, ein pensionierter Lehrer mit rosafarbenem Halstuch und grauer Schirmmütze, protestiert seit mehr als 40 Jahren gegen ein Atommüll-Endlager in Gorleben. Seit 30 Jahren ist er Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg. »Ich hoffe«, sagt Ehmke und zeigt auf das Gelände des Salzstocks, »dass das irgendwann wieder uns gehört.« Dass Gorleben endgültig ausscheidet als Lagerstätte für 27 000 Kubikmeter hochradioaktiver Abfälle. Ehmke hofft es. So recht daran glauben mag er nicht.

Im Jahr 2017 hat in Deutschland die Suche nach einem unterirdischen Endlager neu begonnen. Es sollte ein Verfahren werden, dem die Bürger vertrauen können.

Der erste Härtetest folgt in wenigen Tagen. Am 28. September will die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) die sogenannten Teilgebiete vorstellen, die potenziell für ein Endlager infrage kommen. Dutzende Landräte und Bürgermeister, Hunderttausende Bürger werden erfahren, dass der gefährlichste Müll aus 60 Jahren Kernkraft bei ihnen landen könnte.

Die Frage wird sein: Kann das neue Verfahren den Betroffenen die Wut und die Ängste nehmen – oder droht Deutsch-



Philipp Schütze / picture alliance / dpa

Atomkraftgegner Ehmke 2019
Mehr als 40 Jahre Protest

land ein neuer Atomkonflikt, ein zweites Gorleben?

Für Jochen Stay, Sprecher des Vereins »ausgestrahlt – gemeinsam gegen Atomenergie«, ist die Frage nicht, ob das Verfahren scheitert, sondern nur, wann. Die Menschen würden merken, dass sie gar nicht wirklich mitreden könnten und sich dann »grandios verarscht« fühlen. »In 10, 15 Jahren wird das gegen die Wand fahren.«

Mit dieser Haltung vertritt Stay zwar eine Extremposition, doch mit seinem grundsätzlichen Pessimismus steht er nicht allein. In den beteiligten Behörden und Unternehmen, in der Politik, in den Umweltverbänden – überall ist den Verantwortlichen bewusst, wie leicht die Endlagersuche scheitern kann.

»Ohne Konflikte wird das Endlager nicht zu haben sein«, sagt auch Achim Brunnengräber, Politikwissenschaftler an der Freien Universität Berlin. »Sie können sich an vielem entfachen wie an dem riesigen Bauvorhaben, den fallenden Immobilienpreisen in der Umgebung, dem Naturschutz oder am Verfahren selbst«, so der Forscher.

Weitgehend unbestritten ist, dass die neue Endlagersuche deutlich besser läuft als damals im Fall Gorleben. Im Jahr 1977 hatte der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) die Entscheidung verkündet, Gorleben zum Endlager zu machen. Jahrzehntlang versuchte die Politik vergebens, dies auch durchzusetzen. Eine formale Bürgerbeteiligung gab

es nie, zahlreiche Akten blieben lange unter Verschluss.

Der 2016 ausgehandelte Kompromiss sollte alles besser machen, die Rede war von einem »partizipativen, wissenschaftsbasierten, transparenten, selbsthinterfragenden und lernenden« Verfahren, ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik. Forscher Brunnengräber formuliert es so: »Aus dem ›starken Atomstaat‹, der die Kernenergie zur Stromversorgung mit harter Hand durchsetzte, wurde der ›weiche Endlagerstaat‹, der die Bürgerinnen und Bürger bei der Standortauswahl mitnehmen muss.«

Die Suche findet in drei Phasen statt. Gorleben wird dabei genauso behandelt wie jeder andere Ort auch. In Phase eins, die seit 2017 läuft, wertet die BGE bereits vorhandene Geodaten aus, um von vornherein ungeeignete Gebiete auszuschließen. Es bleiben die Teilgebiete übrig. Aus diesen werden dann sogenannte Standortregionen destilliert, die für eine Lagerung günstig erscheinen.

In Phase zwei erkundet die BGE diese Regionen überirdisch. Damit wird die Auswahl weiter eingegrenzt, mindestens zwei Orte bleiben übrig.

In der dritten Phase baut die BGE dort Bergwerke, um die Standorte unter Tage zu erkunden. Nach Abschluss von Phase drei soll der Endlagerstandort feststehen – laut Gesetz der Ort mit der bestmöglichen Sicherheit für einen Zeitraum von einer Million Jahren. Der Bundestag und der Bundesrat müssen die Ergebnisse jeder Phase bestätigen. Bis zum Jahr 2031 soll so ein Endlager gefunden sein, 2050 sollen die ersten Atommüllbehälter eingelagert werden.

Allerdings verzögert sich der Prozess schon jetzt. Für die gesamte Phase eins waren drei Jahre vorgesehen, nun werden nach dieser Zeit gerade einmal die ersten Zwischenergebnisse vorgestellt. Rund eine Million Datensätze hat die BGE von den Bundesländern seit 2017 erhalten, jedoch lagen die Daten in diversen Formaten vor. Teilweise mussten jahrzehntealte, analoge Aufzeichnungen erst digitalisiert werden.

Auch in puncto Transparenz fällt das Verfahren hinter seinem Anspruch zurück. Eigentlich sollten die Geodaten, anhand derer die BGE Standorte prüft, für jeden zugänglich sein. Der Haken: Viele Daten gehören privaten Unternehmen, etwa aus dem Bergbau. Obwohl das Problem seit 2016 bekannt war, schaffte die Politik erst in diesem Jahr eine gesetzliche Grundlage dafür, zumindest einen Teil der Daten zu veröffentlichen, andere bleiben geheim.

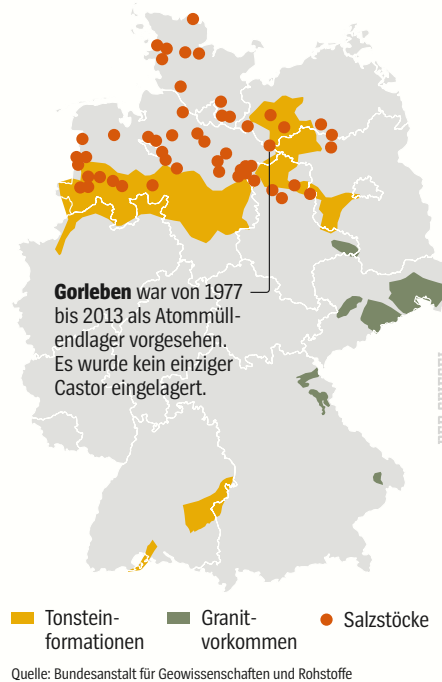
Wenn die BGE Ende September die Teilgebiete vorstellt, dürfte das Thema Endlager wieder auf die öffentliche Bühne

katapultiert werden. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass große Flächen Deutschlands als potenzielle Atommülllager eingestuft werden könnten. Es werde eine »hohe zweistellige Anzahl« an Teilgebieten geben, heißt es aus der BGE.

Eine vorläufige Analyse kam im Jahr 2016 zu dem Ergebnis, dass die erste Auswahlrunde Gebiete mit rund 20 Millionen Menschen umfassen könnte, vor allem Norddeutschland und Teile Sachsens, Bayerns und Baden-Württembergs sind betroffen. Die hohe Zahl entsteht aus einer Besonderheit des Verfahrens. Da im ersten Schritt nur geologische Faktoren betrachtet werden, könnten prinzipiell auch ein-

Eine Frage des Untergrunds

Für die Atommülllagerung möglicherweise geeignete Gesteinsformationen



wohnerstarke Regionen Teilgebiete werden. Das gilt etwa für die Landeshauptstädte Hannover und Dresden, die erst im nächsten Schritt aussortiert würden.

Um einen allzu großen Aufschrei zu vermeiden, bemühen sich die Beteiligten schon seit Wochen im Hintergrund um Beruhigung. Die BGE etwa geht auf die kommunalen Spitzenverbände zu, auch Abgeordnete werden gebrieft. Die Grünen, die den Kompromiss auf Bundesebene maßgeblich mitverhandelt haben, versuchen, über ihre Basis in den Ortsverbänden für das Verfahren zu werben.

»Es handelt sich lediglich um die ersten Zwischenergebnisse eines Unternehmens, das sich vom Schreibtisch aus die vorhandenen geologischen Daten des Untergrunds angeschaut hat. Da hat noch nie-

mand draufgeschaut außer die BGE selbst«, sagt Wolfram König, Präsident des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung, das die Endlager-suche beaufsichtigt.

Fraglich ist, ob sich die Einwohner der Teilgebiete beruhigen lassen – oder in Scharen zum Protest zusammenschließen. Gorleben-Aktivist Ehmke erwartet, dass sich in den benannten Teilgebieten sofort zahlreiche Bürgerinitiativen gründen werden. »Die Standorte mit Salzvorkommen in Niedersachsen wenden sich ja jetzt schon an uns und bitten um Hilfe«, sagt Ehmke. »Und natürlich helfen wir denen dann auch.«

Das Verhältnis zwischen den staatlichen Akteuren und der Anti-Atomkraft-Bewegung ist noch immer von Misstrauen und Ablehnung geprägt. »Die Einbindung der zivilgesellschaftlichen Akteure in die bisherige Standort-suche ist nur im Ansatz versucht worden, gelungen ist sie nicht«, sagt Forscher Brunnengräber.

Tatsächlich hat kein bedeutender Umweltverband dem Kompromiss zur Endlagersuche zugestimmt. Große Kritik gibt es etwa daran, wie die Öffentlichkeit eingebunden wird. Diskutiert wurde sogar ein Boykott des nun laufenden Suchverfahrens, auch wenn der vorerst wieder vom Tisch ist.

Das Verhalten der Politiker wird ebenso entscheidend dafür sein, ob die Endlagersuche scheitert. Schon jetzt gehen Landesregierungen unterschiedlich mit dem Thema um. Der niedersächsische Umweltminister Olaf Lies (SPD) hat erklärt, dass er mit zahlreichen Teilgebieten in Niedersachsen rechne. »Ich habe mich nicht um ein Endlager beworben«, sagt Lies. »Aber auch wir haben die entsprechenden Gesteinsarten in Niedersachsen, das kann ich doch nicht leugnen.« Mithilfe eines Begleitforums will Lies Bürger frühzeitig einbinden. »Es gibt eine politische Verantwortung, das bestmögliche Endlager in Deutschland zu finden.«

Anders positioniert sich etwa die bayerische Landesregierung. Die dortige Koalition aus CSU und Freien Wählern hielt schon 2018 in ihrem Koalitionsvertrag fest, »dass Bayern kein geeigneter Standort für ein Atomendlager ist«.

Vor der BGE-Veröffentlichung hat die bayerische Regierung ihre Kritik noch einmal verschärft. »Dieser Prozess wird über Jahrzehnte in Deutschland für Unruhe sorgen und Milliarden kosten«, sagte der bayerische Umweltminister Thorsten Glauber (Freie Wähler). »Dabei haben wir mit Gorleben bereits einen gut erkundeten Standort für ein sicheres und fast schlüsselfertiges Endlager.« Man habe »nur aus politischen Gründen den Schlüssel abgezogen«.

Philipp Seibt

Die Rückkehr

Jüdisches Erbe Seit Jahren werden einst von den Nazis zerstörte Synagogen neu errichtet. Jetzt soll in Hamburg ein besonderer Prachtbau wieder hochgezogen werden, doch auf dem Platz steht noch ein Nazibunker – und zwar unter Denkmalschutz.

Am Morgen des 10. November 1938 fährt die zwölfjährige Ruth Frank mit ihrem Fahrrad zur Schule. Wie immer kommt sie an der Synagoge im Hamburger Grindelviertel vorbei. Dort herrscht Chaos. NS-Schergen haben die Mosaikfenster zerschlagen, Kultgegenstände und Mobiliar auf die Straße geworfen. Schockiert beobachtet das Mädchen, wie SS-Männer in Schaffstiefeln »mit aufgeklopften schwarzen Hosen« auf die »Rollen der heiligen Schrift« urinieren. So schildert Frank es später in einem Erinnerungsbuch.

In ganz Deutschland brannten damals während der Novemberpogrome 1938 die Synagogen. Tausende jüdische Geschäfte, Wohnungen und Friedhöfe wurden zerstört, bis zu 1500 jüdische Bürger ermordet oder in den Tod getrieben.

Die Hamburger Bornplatzsynagoge war ein prächtiger Sakralbau im neoromanischen Stil mit 1200 Sitzplätzen, damals die größte Synagoge Norddeutschlands. Bei den Pogromen wurde sie beschädigt, aber nicht zerstört. Das erledigten dann die NS-Behörden. 1939 zwangen sie die jüdische Gemeinde, dem Abriss ihres Gotteshauses zuzustimmen – und ihn auch noch zu bezahlen.

Im »Hamburger Tageblatt« erschien am 14. Juli 1939 ein Bild von den Abrissarbeiten mit den zynischen Worten: »Wo heute noch ein paar traurige Trümmerreste stehen, wird bald ein freundlicher Grünplatz allen Volksgenossen Freude machen.«

Mehr als 80 Jahre später, am 12. Februar dieses Jahres, sitzt Rabbiner Shlomo Bistrizky mit einer Delegation der Jüdischen Gemeinde auf der Zuschauertribüne der Hamburger Bürgerschaft und wartet auf eine Entscheidung.

Es geht um ihren Traum, die zerstörte Synagoge wiederaufzubauen. Es geht um späte Wiedergutmachung und das neue Selbstbewusstsein einer Gemeinde, die lange nicht wagte, ihr Recht einzufordern. Dann kam im vergangenen Herbst der Schock des jüdenfeindlichen Anschlags von Halle, der auch in der Hamburger Politik etwas in Bewegung setzte. Plötzlich schien der Bau einer Synagoge ein Mittel im Kampf gegen Antisemitismus.

Ohne eine einzige Gegenstimme oder Enthaltung beschließt die Bürgerschaft, »die Forderung nach Wiedererrichtung einer repräsentativen Synagoge« zu unterstützen, es ist ein gemeinsamer Antrag von

SPD, Grünen, Linken, CDU und FDP. Als das Abstimmungsergebnis verlesen wird, klatschen die Abgeordneten.

»Es war ein historischer Moment«, sagt Rabbiner Bistrizky, 43. Es ist ein warmer Spätsommertag, er sitzt in seinem kleinen Büro der Jüdischen Gemeinde am Grindelhof, gleich daneben liegt der große, leere Platz, auf dem einmal die Synagoge stand. Bistrizky ist Hamburgs Landesrabbiner, er trägt den hohen schwarzen Hut und den langen Bart der orthodoxen Juden.

Für ihn ist es auch eine Familiengeschichte: Sein Urgroßvater war ein erfolgreicher Hamburger Kaufmann, der die alte Synagoge besuchte. Er konnte vor den Nazis in die USA fliehen, doch Verwandte wurden ermordet. Bistrizky, in Israel geboren, kehrte 2003 in die Stadt seiner Urgroßeltern zurück und ließ sich einbürgern. »Es war total bewegend zu erleben, dass



Popperfoto / Getty Images



Hamburger Staatsarchiv

Bornplatzsynagoge um 1910
Abriss auf Befehl des Gauleiters

die gesamte Politik der Stadt hinter unserem Plan steht«, sagt auch der Gemeindevorsitzende Philipp Stricharz, 42. Im Vorstandszimmer hängt eine alte Fotografie der Bornplatzsynagoge. »Es war ein stolzes Gebäude, und das wollen wir auch wieder zeigen«, so Stricharz. Das Judentum in Hamburg habe noch immer »etwas Verstecktes, etwas Zurückgezogenes«.

Es klingt nach einem Happy End, doch lange währendes Unrecht wird nicht einfach wieder gut. Und auf dem Weg liegen noch ein paar Hindernisse. Die Bürgerschaft erwartet bis Jahresende Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie, doch sie ist noch gar nicht in Auftrag gegeben. Bereits vergangenes Jahr hatte der Hamburger Bundestagsabgeordnete Rüdiger Kruse (CDU) mit seinem damaligen SPD-Kollegen Johannes Kahrs im Haushaltsausschuss 600 000 Euro für die Studie freigemacht. Derzeit prüft das Bundesinnenministerium den Antrag der Gemeinde auf den Zuschuss.

75 Jahre nach Ende des Holocaust soll mit dem Wiederaufbau der Synagoge mitten in der Stadt ein »starkes Zeichen« gesetzt werden »für das jüdische Leben in Hamburg«, erklärte der Erste Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD).

Der Unternehmer Daniel Sheffer, 49, Mitglied der Jüdischen Gemeinde, sagt, er sieht die Unterstützung als »großartiges Zeichen« der Stadt. Vergangenen Juni wurde Rabbiner Bistrizky vor dem Rathaus bespuckt, Sheffer startete eine Initiative gegen Antisemitismus. Nun warnt er: »Ein Gebäude ist nicht die Antwort auf den steigenden Antisemitismus. Es muss mehr getan werden, um die Ressentiments in den Köpfen abzubauen.« Und: »Im Grunde gibt man uns nur das zurück, was uns einmal gehörte.«

Tatsächlich wurde die Jüdische Gemeinde 1939 genötigt, ihr Synagogengrundstück mit allem, was sich darauf befand, an die Stadt Hamburg zu verkaufen. Der Befehl kam vom NS-Gauleiter Karl Kaufmann. Für die Abbruchkosten wurden der Gemeinde 5000 Reichsmark vom ohnehin niedrigen Kaufpreis abgezogen. Doch selbst die Restsumme von 85 459 Reichsmark wurde nie ausgezahlt, wie der Hamburger Historiker und Archivar Jürgen Sielemann recherchiert hat. Das Geld wurde demnach mit »Wohlfahrtslasten« verrechnet, die der NS-Staat seit 1939 den jüdischen Gemeinden auferlegte.



Jörg Müller / DER SPIEGEL

Rabbiner Bistritzky auf dem Platz des einstigen Gotteshauses: »Historischer Moment«

Nach 1945 war das Unrecht nicht vorbei. Die Verfahren zur Rückerstattung geraubten jüdischen Vermögens waren teils vorbelasteten Beamten überlassen. In einem Bericht zum Umgang Hamburgs mit dem Bornplatz beschreibt Sielemann, wie Beamte den Grundstückswert kleinrechneten. Es sei ein »Trümmergrundstück«, so das Bezirksamt, diese würden »grundsätzlich als nicht verwertbar angesehen«. Aber: Die Universität benötige die Fläche für Erweiterungsbauten. Bis 1942 war auf dem Platz ein Hochbunker errichtet worden, den nutzte die Uni bereits als Bürogebäude. Der Rest wurde zum Parkplatz.

Die von Holocaust-Überlebenden mühsam neu gegründete Jüdische Gemeinde forderte 1949 das Grundstück zurück. Doch die Finanzbehörde verhandelte gar nicht mit ihr, sondern hielt sich an die Jewish Trust Corporation for Germany (JTC). Die Treuhandorganisation hatte die Zulassung der britischen Militärregierung, die Ansprüche auf eigentlich herrenloses jüdisches Eigentum zu vertreten.

In der städtischen Liegenschaftsabteilung war an den Verhandlungen der Regierungsamtmann Hans-Jochen Rechter beteiligt, derselbe Beamte, der in der NS-Zeit für den erzwungenen Verkauf der jü-

dischen Grundstücke zuständig gewesen war, so Sielemann, für ihn eines der »fatalsten Beispiele personeller Kontinuität« in Hamburgs Nachkriegsverwaltung.

Die Rechtsstelle der Stadt erklärte, der Abbruch der Synagoge sei »nicht von der Hansestadt Hamburg«, sondern vom Reichsstatthalter angeordnet worden – als könnte sie das von ihrer Verantwortung freisprechen. 1953 schlossen die Hansestadt und der JTC schließlich einen Vergleich, für Hamburg ein extrem vorteilhaftes Geschäft. Für einen Pauschalbetrag von 1,8 Millionen D-Mark übertrug die JTC der Stadt 150 »arisierte« jüdische Grundstücke, viele davon in Toplage, und verzichtete auf alle weiteren Ansprüche.

Für zehn andere Grundstücke aus jüdischem Besitz zahlte die Stadt 1,5 Millionen D-Mark, darunter das Synagogengrundstück Bornplatz sowie die benachbarte Talmud-Tora-Realschule. In der Bürgerschaft gab der Senat zu, dass die Kaufsumme unter dem Verkehrswert liege. Der Historiker Sielemann nennt das Pauschalabkommen »einen Skandal«. Bis heute gehört das Grundstück der Stadt. Die Schule hat sie bereits 2002 zurückgegeben.

Mehr als tausend Synagogen wurden bei den Pogromen 1938 in Brand gesteckt

und verwüstet. Inzwischen sind in vielen deutschen Städten zerstörte Synagogen teils an ihren alten Standorten wiedererrichtet worden, etwa 2001 in Dresden, 2006 in München, 2007 in Bochum, 2010 in Mainz, 2019 in Regensburg.

In Hamburg, wo vor 1933 die viertgrößte jüdische Gemeinde Deutschlands lebte, ließ man sich besonders viel Zeit. Bis heute müssen die Gläubigen mit einem wenig ansehnlichen Neubau in einem stillen Wohngebiet vorliebnehmen. Dass dort ein jüdisches Gotteshaus steht, wissen die wenigsten. Die Stadt übernahm damals die Kosten, als die Synagoge 1958 errichtet wurde. Das Gotteshaus ist inzwischen baufällig, 2013 musste es für rund zwei Millionen Euro saniert werden.

Meist sind die wiedererrichteten Synagogen betont moderne Neubauten, aber muss das so sein? Die Hamburger Gemeinde möchte die Bornplatzsynagoge so wiederaufbauen, wie sie war, außen zumindest. Innen soll sie moderner werden, ein Gemeindezentrum kommt dazu, Tagungsräume, eine koschere Küche.

In Berlin gibt es bereits seit 2018 ein ähnliches Projekt, dort soll die Synagoge am Fraenkelufer in Kreuzberg weitgehend originalgetreu wiederhergestellt werden. »Wir

Auszug
BILANZ-Hotel-Ranking 2020

Die 100 besten Luxus-Stadthotels in Europa 2020

Rang Pkt. Hotel, Ort

- 1 97.2 **Fairmont Hotel Vier Jahreszeiten** Hamburg
- 2 97.1 **Belmond Hotel Cipriani** Venedig
- 3 97.0 **La Réserve Paris** Paris
- 4 96.9 **Corinthia London** London
- 5 96.8 **J.K. Place Roma** Rom
- 6 96.7 **Ett Hem** Stockholm
- 7 96.6 **Belmond Cadogan Hotel** London
- 8 96.5 **Four Seasons Hotel Firenze** Florenz
- 9 96.4 **Brown's Hotel** London
- 10 96.3 **Hotel de Russie** Rom
- 11 96.2 **Le Bristol** Paris
- 12 96.1 **The Connaught** London
- 13 95.8 **Pulitzer** Amsterdam
- 14 95.7 **Lutetia** Paris
- 15 95.6 **Mandarin Oriental Hyde Park** London
- 16 95.4 **The Merrion** Dublin
- 17 95.3 **Aman Venice** Venedig
- 18 95.2 **Orania.Berlin** Berlin
- 19 95.1 **The Balmoral** Edinburg
- 20 95.0 **Beyond by Geisel** München
- 21 94.9 **Claridge's** London
- 22 94.8 **Four Seasons Hotel Astir Palace** Athen
- 23 94.7 **Brenners Park-Hotel** Baden-Baden
- 24 94.6 **Le Ritz Paris** Paris
- 25 94.5 **Ham Yard Hotel** London
- 26 94.4 **Sanders** Kopenhagen
- 27 94.2 **J.K. Place Rive Gauche** Paris
- 28 94.0 **The Mandala Hotel** Berlin
- 29 93.8 **Gritti Palace** Venedig
- 30 93.7 **Rosewood London** London

Die besten Stadthotels der Schweiz wurden separat bewertet. Mit freundlicher Genehmigung des Wirtschaftsmagazins BILANZ.



HOTEL
VIER JAHRESZEITEN
HAMBURG
EST. 1897

bauen alte Schlösser wieder auf, rekonstruieren historische Marktplätze und restaurieren Kirchen, aber niemand kam bisher auf die Idee, eine zerstörte Synagoge so prächtig und stolz wiederaufzubauen, wie sie einmal dastand«, sagt der SPD-Fraktionschef im Berliner Abgeordnetenhaus, Raed Saleh. Er ist Hauptinitiator des Wiederaufbaus am Fraenkelufer. »Der Bau soll zeigen, dass das Judentum schon immer Teil der deutschen Kultur war«, sagt Saleh, der selbst Muslim ist. Er begrüßt die Wiederaufbaupläne in Hamburg.

»Nur die am Originalbau orientierte Rekonstruktion kann uns vor Augen führen, was die Nazis zerstört haben«, sagt auch Gemeindechef Stricharz. »Wir wollen dokumentieren, dass Hamburg eine Stadt mit großer jüdischer Geschichte ist, die trotz der Schoah weiterlebt. Das könnte ein neues Gebäude nicht ausdrücken.«

Aber es gibt auch kritische Stimmen und eine Debatte um die Frage, ob der Wiederaufbau nicht den Anschein erweckt, »als wäre gar nichts geschehen«, wie der Architekturhistoriker Gert Kähler

»Ein Gebäude ist nicht die Antwort auf den steigenden Antisemitismus.«

im »Hamburger Abendblatt« schrieb. Miriam Rürup, 47, Direktorin des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden in Hamburg, findet eine Rekonstruktion »rückwärtsgewandt«, sie würde den Platz dann lieber unbebaut lassen. Rürup fordert eine Diskussion darüber, welches Signal von dem Bau ausgehen soll. »Warum soll ausgerechnet eine orthodoxe Synagoge der Vorkriegszeit für jüdisches Leben in Deutschland heute stehen?«

Die Gemeinde ist überwiegend orthodox ausgerichtet, deshalb stören sich auch andere liberale oder säkulare Juden an dem Synagogenplan, wie die Filmemacherin Marion Kollbach, 64, sie hat die Gemeinde verlassen. Sie wünsche sich ein »modernes, offenes Konzept«, das die jüdische Gesellschaft in ihrer Diversität zeige und auch Nichtjuden einlade. Kollbach ist im Vorstand des Jüdischen Salons am Grindelhof, der jüdische Kultur vermitteln will, von hier aus sind es nur ein paar Schritte zum Synagogenplatz. Etliche aus Kollbachs Familie waren früher im Grindelviertel zu Hause, wo Anfang des 20. Jahrhunderts etwa 40 Prozent der jüdischen Bürger Hamburgs lebten, »Klein-Jerusalem« wurde es genannt.

Michael Heimann, 65, hat im Gemeinderat für eine Rekonstruktion gestimmt, er sagt aber, er wünsche sich »keine reine

Wiederherstellung«, der Bruch der Schoah müsse zum Ausdruck kommen. Heimann steht für den neueren Gemeindeteil der »Reformsynagoge«. Sie richtet ihre Gottesdienste nach liberalem Ritus aus. Die Reformer sollen einen eigenen Betraum außerhalb der Synagoge bekommen, Heimann sähe lieber alle unter einem Dach.

So ist es auch ein Ringen um die Frage, wie viel ewige Mahnung jüdisches Leben zeigen muss, wie viel Normalität möglich ist. Rabbiner Bistrizky glaubt, man könne beides verbinden, die Wiederherstellung des prachtvollen Baus, den die Gemeinde einmal hatte, und die Erinnerung an das Grauen. Man werde natürlich der Schoah gedenken, etwa in einer Art Dauerausstellung zur Geschichte der Synagoge. »Warum sollten gerade wir die Geschichte vergessen?«, fragt der Rabbiner.

Die Machbarkeitsstudie hat viele knifflige Fragen zu lösen, darunter, was mit dem Hochbunker geschehen soll. Die Gemeinde hätte gern, dass er abgerissen wird. »Wir wollen nicht an einem Nazibunker vorbei in die Synagoge gehen«, sagt Gemeindechef Stricharz. Das Problem: Der Bau steht unter Denkmalschutz, als »geschichtliches Zeugnis«, so die Kulturbehörde, und als Teil des »Ensembles Universität«. Erst 2008 wurde das Gebäude, in dem das Institut für Bodenkunde sitzt, für 1,7 Millionen Euro saniert.

»Haushälterisch wäre es Unfug, ihn einfach wegzumeißeln«, sagt der CDU-Abgeordnete Kruse, der Förderer aus dem Bundestag. Er sei ohnehin »kein Freund eines rekonstruierenden Revisionismus«: »Geschichte kann man nicht zukleistern. Wenn der Bunker künftig direkt neben der Synagoge steht, wird jedem klar, was hier geschehen ist.«

Und was wird aus der bisherigen Synagoge an der Hohen Weide? Die Gemeinde sei bereit, sagt Stricharz, sie für den Wiederaufbau am alten Bornplatz aufzugeben.

Für Rabbiner Bistrizky ist das auch eine theologische Frage: Erlaubt die Halacha, das Religionsgesetz, dass eine Synagoge abgerissen wird? Eigentlich nicht, sagt Bistrizky, doch es gebe eine Ausnahme: »Wenn wir eine größere und prächtigere bauen, dann dürfen wir auf die alte verzichten.« Man könne dort etwa Wohnungen bauen, regt er an. Doch die Stadt hat auch die Synagoge unter Denkmalschutz gestellt, als »einen charakteristischen Komplex der späten 1950er-Jahre«.

Rabbiner Bistrizky wirkt inzwischen leicht nervös, wenn man ihn nach dem Zeitplan des geplanten Wiederaufbaus fragt. »Jetzt ist der Moment der größten Unterstützung für unseren Traum«, sagt Bistrizky, »und vielleicht ist es der einzige Moment, den wir haben.«

Annette Großbondardt

Ein Polizist im US-Bundesstaat North Carolina solidarisiert sich im Juni 2020 mit Demonstrierenden der „Black Lives Matter“-Bewegung.

Foto: images/ZUMA Wire/Ed Clemente

Den Regeln folgen oder Haltung zeigen? Mut entscheidet.



Mehr Perspektiven auf
Rassismus finden Sie unter
[sz.de/mut](https://www.sz.de/mut)

Süddeutsche Zeitung



Thorsten Becker / Hanauer Anzeiger

Oberstaatsanwalt Mies mit Schaufensterpuppe im Landgericht: »Nie eine Chance bekommen«

Tod im Leinensack

Strafjustiz In Hanau wird das grausame Sterben eines kleinen Jungen vor Gericht verhandelt. Der Prozess offenbart die erschreckende Welt einer ehemaligen Pfarrersfamilie.

Den Weg ins Landgericht Hanau geht Claudia H. widerwillig. In Saal A 215 wartet die Vergangenheit auf sie. H. ist als Zeugin geladen. Sie wird sich an jenen Tag erinnern müssen, an dem ihr Sohn Jan starb.

Sein Tod liegt 32 Jahre zurück. Er war vier Jahre alt, als er erstickte, im Schlaf, angeblich an erbrochenem Haferschleim.

Inzwischen geht Oberstaatsanwalt Dominik Mies davon aus, dass Jan einem Verbrechen zum Opfer fiel. Er ist davon überzeugt, dass eine Freundin von Jans Eltern den Jungen aus niedrigen Beweggründen getötet hat. Mies hat Sylvia D., 73, wegen Mordes angeklagt. Die Ehefrau eines früheren Pastors soll Jan in den Mittagsstunden des 17. August 1988 in einen Leinensack eingeschnürt haben, um ihn umzubringen.

Die Frage ist: Warum?

Auftritt der Mutter: Claudia H. ist 59 Jahre alt, promovierte Biologin, sie trägt einen Blazer, eine Brille, kurze Haare. Mit kerzengeradem Rücken sitzt sie da. Eltern wie sie, die ihr Kind verloren haben, sind oft besondere Zeugen. Der Schmerz ist ihr Leben geworden. Sie zu befragen erfordert Einfühlungsvermögen.

Der Vorsitzende Peter Graßmück hat dieses Feingefühl. Er ist ein erfahrener

Richter, er weiß, wie schmerzhaft Prozesse für Eltern getöteter Kinder sind und wie sie doch die Wahrheit suchen, um weiterleben zu können. Claudia H. ist anders.

Richter Graßmück bittet die Mutter, zunächst frei zu schildern, wie sie damals lebten, sie, ihr Ehemann und Jan. Schnell wird klar, dass für Claudia H. der Tod ihres Kindes längst geklärt ist. Es steht für sie außer Frage, dass Jan an dem Haferschleim erstickte. Sylvia D. ist in ihren Augen unschuldig. Noch heute sind sich die Frauen nahe. »Wie Schwestern«, sagt Claudia H.

Sie will keine mutmaßliche Mörderin überführen und auch nicht, dass die Todesumstände ihres Sohnes neu aufgerollt werden.

Öffentlich machte den Fall die »Frankfurter Rundschau« im Herbst 2014. Deutlich wurde in den Berichten, dass Sylvia D. und ihr Mann eine Art Sekte gegründet und Dutzende Abhängige um sich geschart hatten. Aussteiger erzählten der Zeitung von körperlichen Übergriffen und Gehirnwäsche. 2015 berichtete ein Informant der Zeitung vom Tod des Jungen. Die Staatsanwaltschaft Hanau nahm die Ermittlungen auf, ließ Jans Leiche exhumieren und erhob im September 2017 schließlich Anklage wegen Mordes.

Seit knapp einem Jahr verhandelt die 1. große Strafkammer des Landgerichts Hanau einen Indizienprozess, der nicht nur den Tod des Jungen aufklären, sondern auch das mysteriöse Umfeld beleuchten soll, in dem er lebte und starb: Welche Rolle spielten Sylvia D. und ihr inzwischen verstorbener Ehemann Walter in dieser Parallelwelt? Waren sie überhaupt einer okkulten Gemeinschaft, in der sie über das Leben anderer herrschten?

In bislang 27 Verhandlungstagen traten Wegbegleiter, ehemalige Sektenanhänger sowie Pflege-, Adoptiv- und leibliche Kinder der Frau als Zeugen auf. Sie beschrieben ein geschlossenes System, errichtet vom Ehepaar D. in der Absicht, sich abgeschottet von der Gesellschaft eine eigene Sphäre zu erschaffen. Ein System, das besonders für die Kinder, die ihnen ausgeliefert waren, fürchterlich gewesen sein muss. Vielen fiel es sichtlich schwer, gegen Sylvia D. auszusagen.

Nach neun Jahren als Pastor der evangelisch-methodistischen Kirche in Darmstadt hatte sich Walter D. einst mit der Kirchenleitung überworfen. Er zog mit seiner Familie nach Hanau. Der Geistliche fühlte sich zu Höherem berufen und fand seine Erfüllung in Traumdeutung und Lebensberatung. Die vermeintlich unbescholtene Pfarrersfamilie wurde zum Kern einer religiösen Selbsthilfegruppe.

Sylvia D. sieht sich auf einer Ebene mit Jesus, behauptet, sie empfangen Befehle direkt von Gott, den sie »Alterchen« nennt. Seine angeblichen Botschaften legt sie in Büchern, Briefen und Tagebucheinträgen nieder.

Viele ihrer Aufzeichnungen werden im Gerichtssaal verlesen. Jan, den Vierjährigen, nannte sie einen »gemeinen Sadisten«, einen »kalten, eingebildeten Schaufaffen«, einen »fiesen kleinen Kerl«. Sylvia D. betrachtete das Kind nach Ansicht der Staatsanwaltschaft als »Reinkarnation Hitlers«, als von »den Dunklen besessen«.

An einem Verhandlungstag Anfang Juni bauen zwei Justizbedienstete in der Mitte des Saals zwei Tische auf. Oberstaatsanwalt Mies legt darauf einen Sack, zusammengenäht aus zwei weißen Bettlaken. Er nimmt eine Schaufensterpuppe, 1,10 Meter groß, steckt sie in den Sack und zieht die Kordel zu. Es ist ganz still.

Genau so qualte Sylvia D. laut Anklage im August 1988 den kleinen Jan. Bei einer Außentemperatur von 32 Grad soll sie das Fenster und die Tür des Badezimmers, auf dessen Fußboden das Kind lag, geschlossen haben.

»Jetzt kannst du dein Schaugebrülle lassen. Ich geh jetzt in den Garten, hier hört dich keiner«, soll sie ihm gesagt haben. Der Gerichtsmediziner meint, dass der Sack »letztendlich Ursache für seinen Tod gewesen sein könnte«.

Als Jans Eltern vom Einkaufen zurückkehrten, so erinnert sich die Mutter, habe D. sie beiseitegenommen: »Sei nicht traurig, wenn Gott Jan holt.« Erst danach hätten sie den Jungen tot im Badezimmer entdeckt. H. betrachtet den damaligen Hinweis ihrer Freundin noch immer als Beleg für deren hellseherische Fähigkeiten.

Sylvia D.s ältester Sohn hingegen – er hat wie sein 41-jähriger Bruder, die Adoptivgeschwister und ehemaligen Pflegekinder längst den Kontakt zur Mutter abgebrochen – erinnert sich anders. Er sagt, er sei damals mit Sylvia D. und Jan allein im Haus gewesen. Seine Mutter habe den Jungen »verlogenes Schwein« genannt und ihn häufiger in einen Sack gesteckt. Er erinnere sich an den Tag, an dem Jan starb. Er habe ihn schreien hören und gesehen, wie seine Mutter nichts unternahm, um dem Kind zu helfen. Dabei ist D. ausgebildete Kinderkrankenschwester.

Auf Jans Tod habe die damals 41-Jährige »eiskalt« und »erbarmungslos« reagiert, sagt ihr Sohn. Sie habe vor den anderen Gläubigen Jans Tod damit gerechtfertigt, dass das Kind eine Gefahr gewesen sei, ein Störfaktor für die Kommune, sagt der Sohn. Für Sylvia D. seien Kinder »Ballast« gewesen. Der Sohn spricht von einem »totalitären System«, das seine Mutter errichtet habe, in dem Kinder psychische wie physische Qualen erleiden mussten.

In ihrem Tagebuch notierte Sylvia D. nach Jans Tod: »Um Schlimmeres zu verhindern, musste dein Alterchen weltweit eine Runde Jans abholen.« An einer anderen Stelle heißt es in ihren Aufzeichnungen, Jans Leben sei auch deshalb beendet worden, damit er »nicht noch mehr Schuld« auf sich lade.

Von all dem will Jans Mutter nichts wissen. Sylvia D. habe ihr Leben lang nach Gott gesucht »und dadurch viel Weisheit bekommen und vielen Menschen helfen können«, sagt sie.

Wie kann es sein, dass eine Mutter den Tod ihres Kindes nicht aufklären will?

Menschen, die Halt in einer Sekte suchen, haben sich zuvor oft von einer Religion abgewendet. Ihre Enttäuschung, ihre Orientierungslosigkeit scheint der ideale Nährboden, um sich einer anderen Gruppe anzuvertrauen, von der sie sich auf komplizierte Fragen einfache Antworten erhoffen.

Claudia H. schildert im Gericht, wie Walter D. sie konfirmierte, wie er sie und ihren Verlobten 1980 traute. Als er der Kirche den Rücken kehrte, tat es ihm das Ehepaar H. nach. Etwa 40 weitere Akademiker suchten in diesen Jahren die Nähe des ehemaligen Pastors mit vermeintlich überirdischen Fähigkeiten.

Experten zufolge vereint die Anhänger von Sekten oft eine abstrakte Angst vor dem Verlust bestimmter Werte. In der Gemeinschaft entwickeln sie ein Feindbild:

den Staat, die Gesellschaft, die Kirche. Daraus entsteht ein Gefühl der Überlegenheit, sie sehen sich als Auserwählte. Unverständnis, Kritik und Ablehnung stärkt ihre Nähe. Die Gemeinschaft rückt in den Mittelpunkt, das Individuum in den Hintergrund.

So war es auch bei dem Ehepaar H. Bereits kurz nach der Geburt ihres Sohnes schien für sie die Sekte mehr Bedeutung zu haben als ein Leben zu dritt. Sie machten Sylvia D. zu ihrem Familienoberhaupt, vertrauten ihr blind. »Sie war immer auf der besten Seite jedes Menschen«, sagt Claudia H. im Gericht.

Sekten haben meist einen Vordenker, einen Guru. Seine Anhänger bringen ihm absoluten Gehorsam entgegen, dem er mit autoritärer Führung begegnet.

In Hanau führte Sylvia D. Sie nahm auch vernachlässigte Kinder bei sich auf, etwa Klaus B. Der Junge war neun Jahre alt, als ihn die Familie aus einem Heim holte.

B. und seine drei Geschwister freuten sich auf neue Eltern, ein Zuhause, Geborgenheit. Aber: »Es war die Hölle«, sagt der heute 57-Jährige nun vor Gericht. Er spricht von Misshandlungen, Prügelattacken mit Kochlöffeln, Füßen, Fäusten, Baseballschlägern – »alles im Namen Gottes«. Das Jugendamt habe ihnen nicht geglaubt. »Er war Pfarrer, er galt nach außen als heilig.«

Sylvia D. habe sich »wie eine Furie« benommen, sagt B. »Alpträume von dem Krepel« habe er immer noch.

Eine Adoptivtochter berichtet, wie sie und andere Kinder eingesperrt wurden, in Eimern ihre Notdurft verrichten und verdorbene Lebensmittel essen mussten, wenn es überhaupt Essen gegeben habe.



MIKE BENDER



PIRAT

Angeklagte D., Verteidiger 2019, Sektenmitglieder bei Treffen in Hanau

»Reinkarnation Hitlers«

Während es Sylvia D. wohl um Macht ging, nutzte ihr Mann Walter die Ergebenheit der Gefolgsleute anders aus. Vor allem an Sex schien er ein reges Interesse zu haben. Wobei er lieber von »Energiezeiten« sprach. Es sei darum gegangen, so Zeugen vor Gericht, »die positive Seite Gottes zu stärken«. Dafür vergab Sylvia D. strikte Termine, zu denen sich Erwachsene in Walter D.s Schlafzimmer einfinden mussten.

Auch Claudia H., Jans Mutter, erfüllte diese Dienste. Der Pfarrer habe es nur getan, »weil es notwendig war«, sagt sie heute. Doch es war oft notwendig, wie ein Brief belegt, den Richter Graßmück verliest. Demnach erbat Walter D. sechsmal am Tag Energiezeiten.

Sylvia D. verfolgt die Schilderungen der Zeugen mit resignierter Miene. Im Verfahren schweigt sie. Ihre Anwälte sagen, ihre Mandantin sei das Opfer einer Rufmordkampagne.

Welches Regiment Sylvia D. noch immer führt, zeigen abgehörte Telefongespräche mit ihren Anhängern. Sie werden im Gerichtssaal abgespielt. Ein psychiatrischer Gutachter attestierte Sylvia D. eine schwere narzisstische Persönlichkeitsstörung. Es sei unbestritten, dass sie das Tun und Denken der Gruppe bestimmt habe.

Wie Claudia H. wurde ihr Mann Helmut an mehreren Verhandlungstagen befragt. Er sagte im Gericht: »Wir haben Jan jeden Tag wieder eine Chance gegeben.« Ein Satz, der im Saal für Sprachlosigkeit sorgte. Oberstaatsanwalt Mies griff ihn in seinem Plädoyer auf und bezeichnete die Einstellung der H.s als »pervers«. Abgesehen davon, »dass Jan diese Chance nie bekommen hat«, so Mies.

Auf der Homepage eines Medienunternehmens, das die D.s einst gegründet haben, ist hingegen die Rede von »öffentlicher Verunglimpfung«. Es gebe »hier keine Sekte«. Unterschrieben sind die Zeilen auch von Jans Mutter, Claudia H.

Am 24. September will die Kammer das Urteil verkünden. Wie das Gericht bereits andeutete, kommt eine Verurteilung wegen Mordes durch Unterlassen in Betracht.

Einmal fragt der Vorsitzende Claudia H., warum Jan nicht einfach in einen Kindergarten gegangen sei? Bei den D.s sei es »persönlicher« zugegangen, antwortet die Mutter.

Andere Zeugen beschreiben Jans Leben als einzige Tortur: Sylvia D. habe ihm Essen in den Mund gestopft, ihn angeschrien. Er musste auf einer Matratze im Badezimmer schlafen. Viele erinnern sich an einen mageren, blassen Jungen. Im Gerichtssaal werden Fotos von ihm auf eine Leinwand projiziert. Einige Zeugen weinen.

Seine Mutter nicht.

Julia Jüttner

Mail: julia.juettner@spiegel.de

Reporter



Familienalbum

Pionier, 1990

Simone Peter, 54, Präsidentin des Bundesverbands Erneuerbare Energie e. V. und ehemalige Bundesvorsitzende der Grünen:

Auf diesem Foto stehen mein Vater und ich neben unserem ersten Elektroauto, einem Microcar der Firma ATW aus Bad Rappenau. Das Bild entstand 1990 vor dem Haus meiner Eltern im Saarland, wo ich aufgewachsen bin. Ich studierte außerhalb, war am Wochenende aber oft zu Hause und fuhr dann gern mit dem Elektroauto. Das war etwas ganz anderes als die großen Verbrenner: leise und sauber. Aufgrund des Leichtbaus holperte es manchmal ein wenig. Im Winter sparte man mit der Heizung, um nicht zu viel Batterie zu verbrauchen. In unserer Garage hatte der Elektrowagen Vorfahrt vor dem Benziner der Familie, damit er nachts an die Steckdose konnte. Mein Vater wirkt stolz auf diesem Foto, zu Recht, wie ich finde, er war schließlich ein Pionier. Die Solarzellen neben dem Auto waren klappbar und ließen sich gut im Kofferraum verstauen. Mein Vater engagierte sich in der SPD; wenn er unterwegs war, klappte er seine Solarzellen aus und

sprach mit den Menschen über die Energiewende. Er wollte zeigen: Saubere Mobilität und Nachhaltigkeit sind möglich. Die 80 Kilometer Reichweite dieses Wagens reichten aus, als Lokalpolitiker waren seine Wege nicht weit. Die Leidenschaft für Solarautos hat uns verbunden, wir dachten damals, dass es mit der Mobilitätswende schneller gehen würde. Es gab aber viel Widerstand, in der Industrie und in der Politik. Vergangenes Jahr ist mein Vater gestorben. Er hat sich bis ins hohe Alter immer wieder neue E-Modelle zugelegt. Seinen letzten Wagen, den kleinen Peugeot iOn, habe ich geerbt. Vor zwei Wochen hat sich mein Mann einen Tesla Model 3 mit einer angegebenen Reichweite von 400 Kilometern gekauft. Nun fahren wir rein elektrisch – wenn ich zum Arbeiten in Berlin bin, nutze ich Fahrrad und Bahn. Als wir zusammen den Tesla abholten, ging es vorbei an Wind- und Solarparks. Ich stellte mir vor, wie mein Vater »von oben« durch das Glasdach auf den riesigen Bordcomputer schaut. Hätte er das noch erlebt – er hätte auf das Autodach geklopft und uns viel Spaß gewünscht.

Aufgezeichnet von Yannick Ramsel

► Sie haben auch ein Bild, zu dem Sie uns Ihre Geschichte erzählen möchten? Schreiben Sie an:

familienalbum@spiegel.de

Hobbys

Was sollen wir künftig sammeln, Herr Becker?

SPIEGEL: Herr Becker, würden Sie einem Jugendlichen raten, mit dem Münzensammeln zu beginnen?

Becker: Kennen Sie noch Telefonkarten?

SPIEGEL: Die aus den Neunzigern, für Telefonzellen?

Becker: Ganz genau. Das war ein Riesenboom für Sammler! Die waren bunt bedruckt, es gab limitierte Serien.

SPIEGEL: Warum erzählen Sie das?

Becker: Warten Sie ab, ich will Ihnen etwas erklären. Also, die Leute haben sich draufgestürzt, sind in die Telefonzellen gerannt und haben die Schlitze abgesehen. Für eine Telefonkarte mit Frischkäse-motiv gab es je nach Zustand, frisch oder abtelefoniert, viele Hundert Mark.

SPIEGEL: Telefonzellen gibt es praktisch nicht mehr.

Becker: Eben. Und so wie mit Telefonkarten sollte es mit Münzen nicht kommen.

SPIEGEL: Numismatiker wird es weiterhin geben?

Becker: Die Menschen nutzen immer seltener Bargeld. Eine neue Studie sagt, nur noch 36 Prozent der Europäer zahlen lieber bar als mit Karte. Viele Länder haben schon die Ein- und Zweicentmünzen abgeschafft.

SPIEGEL: Was heißt das fürs Sammeln?

Becker: Wenn es so weitergeht, werden unsere Urenkel Münzen gar nicht mehr kennen. Warum sollten sie sie dann sammeln? Dann gäbe es keine Münzensammler mehr.

SPIEGEL: Was wäre daran schlimm?

Becker: Wer sammelt, lernt dabei etwas über Material, über Wirtschaft, über Geschichte. Das ginge verloren.

SPIEGEL: Sind Briefmarken eine Alternative?

Becker: Ach, die Philatelie steckt leider schon länger in der Krise. Heute wird alles per E-Mail gemacht, die Jugendlichen schreiben keine Briefe mehr.

SPIEGEL: Kreditkarten?

Becker: Das halte ich für noch größeren Unsinn, als Telefonkarten zu sammeln.

SPIEGEL: Was sind die heute wert?

Becker: Sie sind vollkommen wertlos. Selbst die mit dem Käsemotiv. MAP



Michael Becker, 56, ist Vorsitzender des Berufsverbands des Deutschen Münzenfachhandels.

Mayday

Wie eine weltbekannte Jacht
beinahe verloren ging

Als Cezary Wolski die ehemalige »Rubin« das erste Mal sah, 22 Jahre ist das her, da bot sie einen trostlosen Anblick. Vier Jahre lang hatte die Jacht im Hafen von Stettin gelegen. Ihr damaliger Besitzer hatte sie in Reparatur gegeben, sie sollte aufwendig renoviert werden, das war der Plan. Irgendwann meldete er sich nicht mehr.

Die Werft gehörte einem Freund von Wolski. Er war verzweifelt, weil der Liegeplatz viel Geld kostete. Als ein Richter die Jacht als »aufgegebenes Eigentum« deklarierte, wollte Wolski seinem Freund einen Gefallen tun und kaufte das Schiff: 15 Meter lang, 120 Quadratmeter Segelfläche, der Rumpf aus Mahagoni.

Wolski war damals ein junger Mann: 32 Jahre alt, er stammte aus Warschau und hatte in Stettin Schiffbauer gelernt. Er wusste immer, dass er eines Tages ein eigenes Boot besitzen würde. Was er vorfand, konnte man allerdings kaum noch als Boot bezeichnen. Er starrte auf einen ausgeräumten Rumpf, der vor ihm lag wie ein toter Vogel.

Cezary Wolski ist jemand, der immer in Bewegung ist, schon in der Schule nannten ihn die anderen Kinder »Sharki«, wie den Hai, der niemals ruht. Und so machte Wolski sich einfach an die Arbeit. Er baute das Cockpit, zog das Deck ein, installierte Lampen und Leinen und besorgte einen neuen Motor. Je länger er an der Jacht arbeitete, desto mehr wurde sie ein Teil seines Lebens. Er taufte sie auf den Namen »Sharki«.

Wolskis Vater, ein Tierarzt, hatte in den Siebzigerjahren im kommunistischen Polen immer von einem eigenen Boot geträumt, von der Freiheit, die es bedeutete und die er nie besaß. Als Wolski ab 1984 die Schiffbauerschule besuchte, nahmen ihn zunächst andere Segler mit und brachten ihm das Segeln bei.

Mit dem Kauf der Jacht war er plötzlich selbst Skipper. Er lernte fremde Häfen kennen und andere Eigner, die an seinem Schiff stehen blieben und staunten, weil sie in der »Sharki« die »Rubin« erkannten.

Bis dahin hatte Wolski von einer »Rubin« nichts gewusst. Er googelte ein wenig und fand heraus, dass sie dem Hamburger Unternehmer Hans Otto Schümann gehört hatte, der mit ihr 1973 den »Admiral's Cup« gewonnen hatte, eine der wichtigsten Regatten der Welt. Als »Rubin« war die »Sharki« ein Star gewesen, in Bremen gebaut, von amerikanischen Konstrukteuren entworfen, und plötzlich ergab für Wolski alles Sinn: Er hatte schon oft verwundert gespürt, wie viel Kraft diese Jacht besaß.

Mit seinem Schiff segelte er nach Finnland, Norwegen und Schweden, er bereiste das Mittelmeer und erreichte Ma-

rokko. Mit Studenten, die er jetzt selbst mitnahm, segelte Wolski Rennen, ihr größter Erfolg war ein zweiter Platz bei den »Tall Ships' Races«, einer Langstreckenregatta für junge Besatzungen.

Wolski hatte inzwischen selbst eine Familie mit zwei Kindern. Aber sein wahres Zuhause, sagt er heute, war damals die Jacht.

Wolski erzählt seine Geschichte in einem portugiesischen Restaurant im Hafen von Cuxhaven. Er ist mittlerweile 54 Jahre alt, in seine braune Haut haben sich Wetterfalten geerbt. Präzise und knapp erzählt er, wie er ausgerechnet nach Cuxhaven kam.

Es war der Abend des 11. August. Wolski war mit Freunden unterwegs, sie wollten zwei Wochen Urlaub machen und eigentlich nach Amsterdam. Der Wind kam aus Nordnordost, sie entschieden sich deshalb spontan für London. Wolski zeigt die Fotos dieses Abends auf seinem Handy, alle tragen Shorts und T-Shirt, die Abendsonne schickte orangefarbene Blitze auf die mächtigen weißen Segel.

Vier der sieben Crewmitglieder gingen gegen 22 Uhr schlafen, zwei Schiffswachen und der Skipper blieben auf. Wolski ging kurz unter Deck, um sich ein Brot zu machen, fand aber nicht das Richtige. Als er wieder hochkam, sah er die Wachen reden – und kurz vor dem Bug eine mächtige Fahrwassertonne. Sofort deaktivierte er den Autopiloten und legte das Ruder herum. Sie rammten die Tonne trotzdem noch seitlich, mit 12,1 Knoten Geschwindigkeit.

Es war kein großer Stoß, Wolski erinnert sich vor allem an den Krach. Er dachte noch an eine Delle, während die anderen unten im Rumpf schon das Leck stopften, mit einer Matratze. Es nützte nichts. Er gab das Kommando »Wir evakuieren!«, jemand rief die Seenotrettung, »Mayday«. Nacheinander stiegen sie in die Rettungsinsel, ein Rettungsschiff nahm Wolski und seine sechs Crewmitglieder schließlich an Bord.

Es war fast dunkel, kurz vor 23 Uhr, als die »Sharki« in der Elbmündung vor Cuxhaven versank. Es dauerte keine zehn Minuten, dann war sie verschwunden, in 18 Meter Tiefe kam sie zur Ruhe, 15 Tonnen schwer.

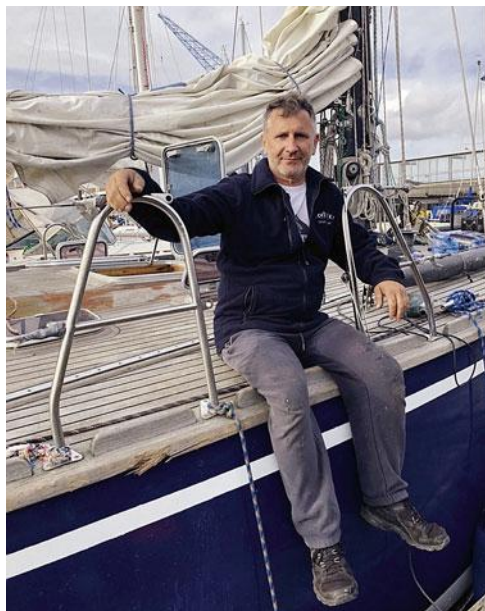
Die erste Nacht verbrachten sie bei der Wasserschutzpolizei. Wolski schlief kurz, aber ruhig. Schon am

nächsten Tag orteten sie das Schiff, einen Tag später wurde die »Sharki« geborgen. Wolski hatte Tränen in den Augen.

In den Tagen darauf begannen sie mit den ersten Arbeiten. Das Cockpit war voller Schlick, sie fanden Algen, Taschenkrebse, die Kameras, eine Uhr.

Das Leck lag auf der Steuerbordseite, zwei mal einen Meter groß. Wolski verklebte, verspachtelte und verschraubte es mit Spanplatten, ebenso einen langen Riss. Als ein Gutachter die Jacht freigab, machten sie sich auf den Heimweg, Kurs Stettin.

Von außen sieht die Jacht inzwischen beinahe aus wie vor dem Unfall. Innen braucht die »Sharki« eine neue Elektrik und eine neue Kombüse, Cezary Wolski sammelt gerade Geld. Wenn er zusammenhat, was er braucht, beginnt alles von vorn, wie damals, vor 22 Jahren, als er dieses Schiff zum ersten Mal sah. Barbara Hardinghaus



Wolski auf der »Sharki«

Yacht Rubin gesunken

Aus der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«

Heimat ist ein Gefühl

Geschichte 75 Jahre nach der Flucht meines Vaters aus Niederschlesien ging ich denselben Weg zu Fuß, 550 Kilometer nach Westen. Ich wollte verstehen, was die Familie bis heute prägt – und traf Menschen, die den Krieg nicht vergessen können. *Von Christiane Hoffmann*



Walter Hoffmann (r.), Hof in Rosenthal 1943: Abschied für immer

Dichte Wolken liegen wie eine weiß-graue Steppdecke über dem weiten Land. Nur am Horizont, wo die Kuppen des Riesengebirges den Himmel berühren, schimmert ein Streifen Blau.

Tag 1

22. Januar 1945, 2020

Es ist viel zu mild für Ende Januar an diesem Morgen um acht Uhr, sicher 20 Grad wärmer als damals, als die Rosenthaler nachmittags gegen fünf Uhr aufbrachen. Es muss schon dunkel gewesen sein, eisig, die Straße nach Lossen in Niederschlesien tief verschneit. Hinter sich hörten sie, wie die sowjetische Artillerie über die Oder schoss, »die Russen«, wie mein Vater später immer sagte. »Aus der Ferne hörte man Geschützdonner, und ab und zu flog ein Geschoss über den auf der Straße nach Lossen dahinziehenden Treck und schlug auf dem Feld ein. Die Pferde bäumten sich auf«, schreibt Margarete Kosok, eine Frau aus dem Dorf, in ihren Erinnerungen.

Es waren an die 50 Wagen, an die 300 Menschen, mein Vater und seine Mutter reihten sich ein, als der Treck ihren Hof passierte, den letzten, bevor die Felder beginnen. Sie ahnten damals nicht, dass es ein Abschied für immer sein würde.

Nach wenigen Schritten liegt das Dorf hinter mir. Ich gehe am linken Straßenrand, um den entgegenkommenden Autos auszuweichen. Drei Kilometer bis Lossen, drei Kreuze am Straßenrand, Grablichter in roten Bechern, Plastikblumen. Drei Namen auf Kreuzen, kurze Leben, der Schnaps. In den Geschichten, die man sich in den Dörfern erzählt, geht es fast immer um Alkohol, manchmal um den Krieg, aber der ist lange her.

Mein Vater erinnerte sich an fast nichts mehr. Dabei war er 1945 schon neun Jahre alt. Er wusste einiges aus den Erzählungen der anderen, aber er berichtete immer nur die eine Geschichte: wie sie damals im überstürzten Aufbruch das Oberteil seines Matrosenanzugs zurückgelassen hatten. Er hatte den Anzug zu Weihnachten bekommen, er lag noch in der Stube unter dem Christbaum, als die Russen an die Oder vorrückten.

Als der Bürgermeister den Befehl verkündete, das Dorf innerhalb einer Stunde zu räumen, begann meine Großmutter, das Nötigste zusammenzupacken, und versuchte, die Pferde vor den Wagen zu spannen. Mit dem Braunen war mein Großvater zum Volkssturm eingerückt. Nun blieben nur noch ein lahmes Pferd und eines, das noch nie vor einem Wagen gegangen war. Auf den Wagen setzte sie meine Urgroßmutter und den Onkel. Der Junge, mein Vater, würde zu Fuß gehen.

Im Dorf zerrten die Hunde an ihren Ketten, die Kühe brüllten. Und in diesem has-

tigen Zusammenraffen zwischen Pferdewieher und Geschützdonner geschah es, dass nur der halbe Matrosenanzug mit auf die Flucht kam und das Oberteil den Russen in die Hände fiel oder vielleicht später von einem polnischen Jungen getragen wurde.

Ich kenne das Dorf, seit ich denken kann, es war der Sehnsuchtsort meiner Kindheit, ein kleines Dorf in Niederschlesien unweit der Mündung der Glatzer Neiße in die Oder, mit einer Kirche und ein paar steinernen Kreuzen an der Kirchmauer, die noch deutsche Inschriften tragen, mit einem Dorfladen und einem Storchennest, mit frisch gestrichenen Häusern und Häusern, die verfallen, und Scheunen mit eingestürzten Dächern.

Dieses Dorf war die verlorene Heimat, von der die Alten am Sonntagnachmittag bei Kaffee und Kuchen erzählten, das Paradies, aus dem sie vertrieben worden sei-



Autorin Hoffmann*

Sehnsuchtsort der Kindheit

en. Und es hatte einen Namen, der genau so klang: Rosenthal.

1978, mit elf Jahren, war ich zum ersten Mal in Rosenthal, das jetzt Róžyna hieß, ich kenne das Dorf unter dem Kommunismus, als Fuhrmanns Gasthof zum »Kulturhaus« wurde und es im Laden nur Zwiebeln und Kartoffeln gab, ich kenne es unter dem Kapitalismus, als die Schule geschlossen wurde, die Männer in Irland in den Schlachthöfen arbeiteten und die Frauen in Deutschland die Alten pflegten.

In Rosenthal hat sich nicht viel verändert seit 1945, kaum ein Haus wurde abgerissen, man kann zurückreisen in die Vergangenheit, sie ist noch da. Nur am Dorfrand sind in den vergangenen Jahren

zwei neue Einfamilienhäuser entstanden, zwei Häuser in 75 Jahren.

Zum letzten Mal bin ich vor drei Jahren in Rosenthal gewesen. Es war Sommer, und meine Tochter stand vor dem Hof. »Seltsam«, sagte sie, »dass das etwas mit mir zu tun haben soll.«

Mit mir hatte es viel zu tun. Aber was? Mein Vater kam aus einem Land, das es nicht mehr gibt. Rosenthal blieb der ferne Fluchtpunkt meines westdeutschen Lebens. Und wenn man mich fragte, woher ich komme, und ich antwortete: aus Hamburg, erschien es mir nur als die halbe Wahrheit, auch wenn es natürlich stimmte.

Heimat ist kein Ort, sondern ein Gefühl. Häuser sind fest, sie bleiben, Menschen kommen und gehen, werden vertrieben. Menschen kann man umsiedeln, ein ganzes Dorf, einen ganzen Landstrich, als würde man einen Schlauch Wein umfüllen. So war es in Rosenthal, so haben sie ganz Polen umgefüllt nach 1945.

Stasia ist eine der wenigen in Róžyna, die sich heute noch an damals erinnert, an den Sommer 1945, als sie hier ankamen. Stasia war 17, sie war Zwangsarbeiterin gewesen in einer Marmeladenfabrik in Niedersachsen, und als sie nach Hause zurückwollte, in ihr Dorf in der Westukraine, sagten sie, ihr Dorf sei jetzt in Niederschlesien. Man schickte ihre Familie nach Róžyna: »Nehmt euch irgendein Haus.«

Was war das für ein Gefühl, in einem fremden Haus zu wohnen?

»Am Anfang war es schwer, es war nicht unser Haus. Wir dachten, wir würden nicht lange bleiben, eine kurze Weile, und dann kehren wir wieder heim.«

Niemand konnte sich vorstellen, dass es für immer sein würde, die Polen nicht und auch nicht die Deutschen.

»Wir waren dazwischen, wir konnten nicht zurück, und hier waren wir nicht fest. Aber wir mussten bleiben. Die Felder bestellen, aussäen, Brot backen. Später haben wir uns daran gewöhnt.«

Ging es euch gut?

»Wie meinst du das?«

Wart ihr zufrieden?

»Wir mussten zufrieden werden.«

Kurz hinter Łosiów hält das erste Auto an, der Fahrer fragt, ob er mich mitnehmen soll. Ich bedanke mich, ich gehe lieber zu Fuß. Der Fahrer schaut verwundert, winkt kurz und drückt aufs Gas. Es gibt viele freundliche Menschen hier, und immer sind es die kleinen Autos, die anhalten, der Fiat Panda oder der Opel Corsa.

Die erste Nacht verbrachte der Treck in Michelau, nur zehn Kilometer westlich von Rosenthal. Manche gingen am nächsten Morgen noch einmal zurück, um die Kühe zu melken, und schlossen sich dann wieder dem Treck an. Es war der 22. Januar 1945, dank Margarete Kosok weiß

* Im tschechischen Malé Březno (Klein Priesen) im Juni.

ich, welche Strecke der Treck nahm: Grottkau, Strehlen, Schweidnitz, Reichenberg, Aussig, und wo die Rosenthaler übernachteten, in kleinen Dörfern: Olbendorf, Töpendorf, Kurtwitz, Klein-Helmsdorf.

Kosok führte Buch bis Anfang März, als die Rosenthaler ins Egerland kamen und dort das Ende des Krieges abwarteten. 40 Tage Flucht, 558 Kilometer.

Auf dem Weg nach Michelau liegt Jeschen, ein Typ mit Schirmmütze spricht mich an:

»Was wollen Sie hier?«

Ich gehe den Weg meines Vaters.

»Zu Fuß?« Zu Fuß.

»Allein?« Allein.

Jetzt schaut er freundlicher. Für Verrückte haben sie hier etwas übrig.

Gibt es im Dorf jemanden, der sich noch an damals erinnert? Er überlegt. »Gehen Sie zu Maria«, sagt er. Kurz darauf sitze ich bei Maria in der Küche mit der niedrigen Decke und dem warmen Ofen. Es riecht nach gedünsteten Zwiebeln, auf dem Kachelherd köchelt es in Töpfen. Auf dem Tisch liegt die Fernsehzeitschrift.

Marias Familie kam im Sommer 1945 aus dem polnischen Teil Wolhyniens, das an die Sowjetunion gefallen war, die Bevölkerung wurde vertrieben. Man lud die Familie in Oppeln aus dem Zug, dann ging es zu Fuß nach Jeschen. »Sucht euch Häuser«, sagte man auch ihnen. Aber die Deutschen waren noch da.

Sie lebten ein Jahr lang zusammen, die deutsche Familie unten, Maria und ihre Familie oben im Dachgeschoss. Es war die schönste Zeit ihres Lebens.

Maria hat nicht mehr viele Zähne, aber ihr Haar ist kräftig und nicht einmal ganz grau. Sie ist über 80 Jahre alt, aber wenn sie lächelt, ist sie sehr jung.

Damals war Maria sechs, die Deutschen hatten eine Tochter, genauso alt wie sie. Das deutsche Mädchen schenkte Maria eine Puppe, sie spielten zusammen, sie waren beste Freundinnen. Als die Deutschen vertrieben wurden, konnte Maria nicht aufhören zu weinen. Es war so schlimm, dass die Mutter sie zum Arzt brachte.

Bis heute, mehr als ein Dreivierteljahrhundert, hielt Maria Kontakt zu ihrer Freundin und deren Familie. Sie lässt nichts auf die Deutschen kommen. Dass sie Polen überfielen, interessiert sie ebenso wenig wie die Verbrechen der Nazis, der Holocaust. In Marias Geschichte geht es nicht um Schuld und Verbrechen, sondern um Freundschaft.

Der Wind ist nicht mein Freund, er drückt mich Richtung Osten, bis der Nacken schmerzt, er peitscht mir Regen und Hagel ins Gesicht. In den Dörfern haben die Kneipen geschlossen, aber immer gibt es einen kleinen Laden. Davor stehen die Trinker und sehen mich mitteilig an, auch eine, die sich bei diesem Wetter draußen herumtreibt. In den Läden gibt es 40 Sor-

ten Bier und Schnaps und ein Schild, das vor den Folgen von Alkohol warnt. Eine Tasse Tee gibt es nicht. Aber manchmal erbarnt sich eine Verkäuferin und gießt mir von ihrem Nescafé einen Becher auf. Die Tage sind kurz. Ich schaffe etwa 30 Kilometer, dann ist es dunkel.

Tag 3 Strzelin (Strehlen)

Nach der Flucht der Rosenthaler war der Vorstoß der 1. Ukrainischen Front unter Marschall Iwan Konow an der Oder zum Halten gekommen. Die sowjetischen Verbände sammelten sich, nachdem sie seit Beginn der Winteroffensive Mitte Januar die Gebiete östlich der Oder ohne nennenswerten deutschen Widerstand überrannt hatten.

Rosenthal lag unter Beschuss, aber das Dorf wurde noch bis Anfang Februar von der Wehrmacht gehalten. Nur wenige Alte waren zurückgeblieben, sie wollten lieber zu Hause sterben als flüchten. Einige Männer waren noch am 19. Januar zum Volkssturm eingezogen worden und sollten das Dorf gegen die Rote Armee verteidigen. Manchmal erreichten den Treck Nachrichten, dass einer von ihnen gefallen war.

Aus der Ferne sind die Städte schön, die Verheerungen sieht man erst aus der Nähe. Im Zentrum von Strzelin wurde vor einiger Zeit der Rathausturm wieder aufgebaut, umgeben von vierstöckigen Wohnblocks der Sechzigerjahre. Bevor die Wehrmacht die Stadt im März 1945 aufgab, sprengte sie das Zentrum in die Luft, das Rathaus, die alten Häuser am Markt.



Ehemalige Zwangsarbeiterin Stasia, Dorfansicht von Rosenthal

»Wir mussten zufrieden werden«

Am Morgen komme ich mit dem Hotelbesitzer ins Gespräch. Sein Vater kam aus jenem Teil von Polen hierher, der nach dem Hitler-Stalin-Pakt im Herbst 1939 an die Sowjetunion fiel. Es ist eines von vielen Gesprächen mit den Menschen, die außerordentlich liebenswürdig sind – bis man mit ihnen über Geschichte und Politik spricht:

»Wussten Sie, dass Hitler Halbjude war? Ein Viertel der Teilnehmer der Wannseekonferenz waren Juden. Warum sagt eigentlich niemand, dass es Juden waren, die den Holocaust beschlossen haben?«

Weil es nicht der historischen Wahrheit entspricht.

»Zur historischen Wahrheit gehört, dass auch Polen, die nicht Juden waren, in Auschwitz ins Gas geschickt wurden. Der Warschauer Aufstand wurde niedergeschlagen, fast drei Millionen Polen kamen ums Leben.«

Die Deutschen haben furchtbare Verbrechen an den Polen begangen. Niemand bezweifelt das.

»Aber vielleicht kennen Sie diese historische Wahrheit noch nicht: Als die Rote Armee Berlin eroberte, kämpften Polen an vorderster Front. Und die erste Flagge, die über dem Reichstag wehte, war die polnische, weil ein Pole sich als Erster nach oben gekämpft hatte. Die Sowjets konnten das nicht ertragen, sie holten die polnische Flagge wieder runter und setzten die sowjetische. Dann brachten sie den Polen um, weil niemand es erfahren sollte.«

Warum ist Geschichte heute in Polen so wichtig?

»Wegen der Politik, wegen der EU. Erst waren wir Gefangene der Sowjets, jetzt sind wir Gefangene der EU. Und dort diktiert die Deutschen alles.«

Polen hat von der EU profitiert, jede Dorfschule, jede Straße hier wurde mit EU-Hilfgeldern renoviert.

»Nicht alles, was von der EU kommt, ist schlecht, aber wir wollen nicht der arme Onkel sein, dem geholfen wird. Wir wollen ein gleichberechtigtes Mitglied sein.«

Tag 5 Dzierżoniów (Reichenbach)

Es hat die ganze Nacht geregnet, und es regnet weiter, als wollte es noch sehr lange regnen. Ein Orkantief zieht nach Osten, gegen Abend soll es anfangen zu schneien.

Dzierżoniów liegt verlassen, fast glaubt man nicht, dass hier überhaupt Menschen leben, dass hinter den Gardinen vielleicht ein alter Mann am Küchentisch sitzt und Zeitung liest, während seine Frau das Frühstücksgeschirr in die Spüle räumt.

Unweit des Marktplatzes stehe ich plötzlich vor einer großen Synagoge, ein wuchtiger grauer Klotz, den man zwischen die bunten Häuschen geworfen hat, wie ein verlassener Bunker, die Fenster im ers-



Christiane Hoffmann / DER SPIEGEL

Ich verstand, warum mein Vater gesagt hatte, dass nicht Häuser Heimat sind, sondern Menschen.

ten Stock sind vergittert. Wieso ist die Synagoge erhalten geblieben, wie hat sie die Pogromnacht vom November 1938 überstanden? Gibt es hier, in einer niederschlesischen Kleinstadt, eine so große jüdische Gemeinde?

Die Pforte ist verschlossen. Auf einem Schild steht eine Telefonnummer, niemand nimmt ab. Ich gehe ins örtliche Museum und frage den Mann, der die Eintrittskarten verkauft, nach der Synagoge. Ob ich vielleicht Juden treffen könnte, die in Dzierżoniów leben?

»Es gibt keine Juden mehr in Dzierżoniów.«

Oder die Synagoge besichtigen?

»Sie ist abgeschlossen.«

Jemand muss den Schlüssel haben.

»Der Mann mit dem Schlüssel ist in Israel.«

Das »örtliche Museum« ist eine Villa mit Stuckdecken und einer Wandverkleidung aus dunklem Eichenholz. Es wurde 2011 eröffnet. Mehr als 60 Jahre nach dem Krieg bekam Dzierżoniów wieder eine Geschichte, über die man sprechen kann. Zwei Generationen und einen Regimewechsel hat es gedauert.

Das Parkett knarrt ohrenbetäubend, als ich durch die Räume gehe: Es gibt frühgeschichtliche Tongefäße, Landkarten, einen Webstuhl, eine alte Nähmaschine. In Deutschland würde man es ein Heimatmuseum nennen, aber im Polnischen gibt es kein Wort für Heimat.

Als das Museum eingerichtet wurde, brachten die Leute allerlei Dinge, die sie auf ihrem Dachboden oder in ihrem

Keller fanden, Alltagsgegenstände, die die Deutschen zurückgelassen hatten: eine irdene Kuchenform, einen Teller mit der Aufschrift »Zur Silberhochzeit«, eine Kuckucksuhr.

Es ist ein Museum der verbotenen Dinge. Nach dem Krieg sollten alle Spuren der Deutschen getilgt werden: Ortsnamen und Straßennamen, Bücher und Landkarten, die Inschriften der Grabsteine und die Geschirrtücher mit den Sinnsprüchen in Kreuzstich.

Wie eine verborgene Liebe, die man plötzlich zeigen darf, ist das, was nicht zerstört wurde, hier mit nachholender Hingabe ausgestellt: der Reklameteller der Meierei-Zentrale »Meine Milch« mit dem pausbäckigen Kind und eine Mehltüte, einst gefüllt mit »Weizenmehl Type 1050 der Hilbertsmühle K.-G. Reichenbach i. Eulengebirge«.

Mit dem Museum machen die Polen hier die Geschichte von Reichenbach zu ihrer Geschichte, es ist ein Bekenntnis: Wir nehmen das Land als unseres an. Die Lokalgeschichte hilft, die historischen Konflikte zu bewältigen oder zu verdrängen, man konzentriert sich auf die Geschichte des Ortes, das erlaubt den Blick zurück, man kann der Geschichte nachgehen und die Tabus erhalten. Vielleicht schafft die Verdrängung Raum für Versöhnung.

Die Vertreibung der Deutschen aus Reichenbach dokumentiert ein einziges Foto. Mit Handwagen und Koffern ziehen sie über den Marktplatz. Über die Synagoge kein Wort.

Piotr Gierlasinski trägt Handwerkerhose mit Schlag und einen dunkelgrauen Hoodie, der Kopf fast kahl geschoren, Dreitagebart. Der Konservator des Museums kocht mir in der Küche einen Kaffee, draußen lässt der Regen nach. Piotr ist sehr freundlich und vorsichtig. Geschichte ist zurzeit eine heikle Sache in Polen.

Wie geht ihr mit einer Geschichte um, die nicht eure eigene ist?

»Das ist eine schwierige Frage. Natürlich ist das Verhältnis zur Geschichte hier in Niederschlesien ein anderes als in Krakau oder Warschau.«

Wie schauen die Menschen hier auf die Geschichte der Stadt?

»Die ältere Generation ist in der Geschichte des Zweiten Weltkriegs verhaftet, weil das ein riesiges Trauma war. Die junge fühlt anders. Sie hat kein Problem damit, dass das Land hier früher deutsch war. Für sie ist das vorbei.«

Warum gibt es im Museum so gut wie nichts über die jüdische Geschichte der Stadt, über den Holocaust?

»Der Holocaust ist Menschheitsgeschichte, aber besonders eure Geschichte.«

Das ist wahr. Aber die Deutschen haben das Verbrechen des Holocaust auf polnischem Boden begangen. Warum ist es so schwer, darüber zu sprechen, dass es auch polnische Täter gab?

»Kein Volk besteht nur aus Supermenschen. Das wissen wir alle, aber wer Juden verriet, war für den polnischen Untergrundstaat ein Kollaborateur und wurde zum Tod verurteilt. In Frankreich gab es das nicht.«

Warum ist Geschichte so wichtig geworden in der polnischen Politik?

»Ich hasse Politik. All das Schreckliche, was zwischen Deutschen und Polen, Russen und Polen, Deutschen und Juden, Polen und Juden passiert ist, ist zum Glück Geschichte. Man muss denken und erinnern, aber es sollte keinen Einfluss haben auf die Beziehungen heute. Man sollte die Geschichte den Historikern überlassen.«

Die Synagoge überstand die Nazizeit unbeschadet, so recherchiere ich schließlich, weil sie 1937 dem Gärtner des jüdischen Friedhofs übereignet wurde, der selbst nicht Jude war. Als Eigentum eines »arischen« Besitzers wurde sie als einzige in Schlesien in der Pogromnacht vom November 1938 nicht zerstört. Nach dem Krieg gab der Gärtner die Synagoge an die jüdische Gemeinde zurück, als hätte er sie nur verwahrt. Seit 2004 kümmert sich eine jüdische Stiftung um das Gebäude, die Verantwortlichen leben im Ausland.

Unmittelbar nach dem Krieg kamen – vermutlich wegen der Synagoge – Tausende Juden, die den Holocaust überlebt hatten, nach Reichenbach. Mitte 1946 lebten

hier etwa 18 000 Juden, sie träumten von einem »Jüdischen Jischuv«, einer Heimat für Juden in Polen als Gegenentwurf zum Zionismus. Für kurze Zeit trug die Stadt den jiddischen Namen Rychbach.

Doch der Traum währte nur kurz, antisemitische Pogrome und die Gleichschaltung durch die Kommunisten trieben fast alle Juden in die Emigration. 1980 lebte nur noch eine Handvoll in Dzierżoniów, die Synagoge wurde geschlossen.

Als die Rosenthaler am 31. Januar durch Reichenbach kamen, verbrachten sie die Nacht ein paar Dörfer weiter. »Wir übernachteten in Gasthaussälen, in leer stehenden Arbeitsdienstbaracken, in Turn- oder Fabrikhallen auf Stroh«, schreibt Kosok, »und, wenn wir Glück hatten, in einem Bauernhaus in der warmen Küche oder manchmal sogar im Bett.«

Tag 10

Gryfów Śląski (Greiffenberg)

In den frühen Morgenstunden des 4. Februar nahm die Rote Armee Rosenthal ein. Die Wehrmacht hatte das Dorf schon geräumt, es wurde kaum gekämpft, nur ein Haus brannte ab. Von den zurückgebliebenen Einwohnern überlebte den Einmarsch fast keiner.

Der Treck war zu diesem Zeitpunkt schon gut zwei Wochen unterwegs, sie waren etwa 160 Kilometer gegangen. »So quälte sich der Treck mühselig dahin«, schreibt Kosok, »Menschen und Zugtiere waren erschöpft, und wir hofften, bald einen Ort zu finden, wo wir bleiben und das Ende des Krieges abwarten könnten. Aber der Flüchtlingsstrom nahm kein Ende. Jeden Morgen hieß es nur weiter, weiter, Platz machen für die Folgenden, der Russe ist uns auf den Fersen.«

In Gryfów Śląski unterbreche ich meine Wanderung und fahre zurück nach Berlin, in wenigen Wochen will ich den Weg fortsetzen. Aber zwei Wochen später sind die Grenzen in Europa weitgehend geschlossen, wegen Corona. Erst im Juni stehe ich wieder am Bahnhof von Gryfów Śląski. Er ist jetzt gelb, sie haben ihn frisch gestrichen, denke ich. Aber das stimmt nicht. Es ist einfach Sommer.

Menschen sitzen in ihren Gärten und trinken Bier, Rüttelfalken stehen über den gemähten Heuwiesen, die ersten Kirschen sind reif. Am Feldrand blüht der Mohn, in den Gärten Rosen und Hortensien. Hühner picken, in einem Obstgarten grast ein Pferd. Es ist der 22. Juni.

Tag 11

Zittau

Das Wort Grenze ist slawischen Ursprungs: granica. Eine Grenze trennt und verbindet zugleich, besonders hier, im heutigen Dreiländereck zwischen Polen, Sachsen und Tschechien. An die-

sem Tag führt meine Route über drei Landesgrenzen.

Damals, im Februar 1945, gab es hier keine Grenzen, und heute sind sie auch fast wieder verschwunden. Gäbe es nicht irgendwo eine Wechselstube, würde ich nicht merken, dass das Flüsschen, das inmitten einer grünen Aue gen Norden fließt, den südlichen Teil der Oder-Neiße-Grenze markiert, jener Schreckenslinie meiner Kindheit, über die am Sonntagnachmittag bei Kaffee und Kuchen räsoniert wurde. Es ging dann um Recht und Unrecht, um Schuld und Vergeltung, und dass alles hätte gut gehen können, so erzählten sie damals am Küchentisch. Wenn die Sieger in Potsdam 1945 nicht die Lausitzer, sondern die Glatzer Neiße 200 Kilometer weiter östlich zur Grenze gemacht hätten, dann wäre Schlesien, wäre Rosenthal immer noch deutsch. Es wurde geseufzt.

Jenseits der Neiße liegt Zittau. Das Städtische Museum zeigt gerade die Ausstellung »entkommen. Das Dreiländereck zwischen Vertreibung, Flucht und Ankunft«. Was weiß man im Museum über die Flüchtlinge, die durch Zittau kamen, im Februar 1945? Sie schicken mich zu Hartmut Müller.

Müller, braun gebrannt, kräftig und kahl, sitzt auf der Couch mit den chinesischen Sticksissen. An der Wand Familienfotos in Schwarz-Weiß, die Großeltern in

Ankunft der Flüchtlinge am 2. März 1945

Křižovatka Klinghart km 558

Malé Březno Klein Priesen km 429

Ústí nad Labem Aussig a. d. Elbe km 364

Zittau km 284



Korbstühlen am Kaffeetisch, der Vater in Wehrmachtuniform. Es gibt Kaffee und Erdbeerkekse, selbst gebacken.

Müller, Jahrgang 1942, kann sich nicht an damals erinnern, aber er ist Hobbyhistoriker und Briefmarkensammler, er hat zwei Bücher veröffentlicht über die Geschichte der Philatelie im Kreis Zittau, Band 1 bis zur Wende, Band 2 bis 2015. »Philatelie ist ja auch Heimatgeschichte«, sagt er.

Zittau war ab Februar 1945 »ein Hauptumschlagplatz für Flüchtlinge« aus dem Osten, so sagt es Müller, ein Verkehrsknotenpunkt an der Bahnstrecke von Görlitz und Dresden Richtung Prag im Süden und Aussig im Westen. Zugleich lag das Gebiet

im Windschatten des Krieges, weil die Rote Armee Richtung Dresden und Berlin zog. »Hier war eine ruhige und sichere Ecke.« Hierher brachte die Wehrmacht ihre Verwundeten, alle Schulen waren belegt als Lazarett oder als Unterkunft für Flüchtlinge, die Tanzsäle der Gasthäuser, die Hallen der Betriebe und Fabriken.

Seit Ende Dezember 1944 stand auf dem Zittauer Bahnhof ein Versorgungszug der Wehrmacht, »die haben täglich Tausende von Essen gekocht«, so Müller. Zusätzlich gab es zentrale Versorgungsstellen, organisiert von der NS-Volkswohlfahrt, da wurden Flüchtlinge versorgt, auch medizinisch, »das war alles durchorganisiert«, sagt Müller, nicht ohne Bewunderung.

Die Rosenthaler kamen am 12. Februar durch Zittau, die Stadt war schon voller Flüchtlinge, etwa 15 000 nach Müllers Statistik. Vielleicht gab man ihnen einen Teller Suppe, bleiben konnten sie nicht, sie zogen weiter, in diesen Tagen schafften sie kaum zehn Kilometer am Tag.

»Die Hauptstraßen waren mit Militärkolonnen verstopft, und auf den Nebenstraßen stauten sich die Flüchtlingstrecke«, schreibt Kosok, »wir fuhren abwechselnd immer mal ein Stück auf dem Wagen mit, wo wir uns in Großmamas Pelz einzuschelten. Doch die meiste Zeit liefen wir neben oder hinter dem Wagen her, weil man so die grimmige Kälte besser ertragen konnte.«

Vielleicht war es Zittau, wo sie meine Urgroßmutter und den Onkel in einen Zug nach Westen setzten. Onkel Walter hatte, wie mein Vater erzählte, auf der Flucht den Verstand verloren und konnte nicht beim Treck bleiben. Sie haben ihn nie wiedergefunden, noch nicht einmal sein Grab.



Treck der Rosenthaler
Dorfbewohner im Winter 1945

DER SPIEGEL

Tag 16 Malé Březno (Klein Priesen)

Gegen Nachmittag komme ich nach Klein Priesen, wo der Treck die Nacht vom 22. auf den 23. Februar verbrachte. Das Restaurant am Dorfplatz ist geschlossen, Ruhetag, ich setze mich an einen Tisch im Schatten. Zwei Jungen kurven auf Mountainbikes herum. Eine Frau schiebt einen Rasenmäher über die Straße, rosa gefärbte Haare, eine gigantische Sonnenbrille.

Gibt es im Dorf jemanden, der Deutsch spricht?

»Was wollen Sie denn?«

Reden.

»Und worüber?«

Über damals, über 1945.

»Na los«, sagt die Frau zu den Jungs, »bringt sie zum Sigg.«

Die Garage links neben dem Haus ist gelb gestrichen. Wo früher das Garagentor war, ist jetzt eine Glastür. »Aktion – 100g Hühnerfilet« steht handgeschrieben auf der Scheibe. In dem kleinen Laden riecht es nach Waschpulver und frischen Brötchen, es gibt Zwiebeln, Schokoriegel, Bier und natürlich Schnaps.

»Klar könne mer deutsch rede.« Ein T-Shirt, »Pierre Cardin, France, 1950«, Shorts, eine ausgestreckte Pranke: »Ich bin der Sigg. Siegfried Luft.« Im Garten wehen am blauen Schwimmbecken allerlei Flaggen, es gibt eine Hollywoodschaukel, einen gemauerten Grill, tönernen Frösche.

Am hölzernen Anbau hängt ein Schild: »Saloon«, drinnen stehen zwei Biertische. In Gürkengläsern, halb gefüllt mit Wasser, schwimmen Zigarettenkippen wie ertrunkene Wespen. Ein Mann in rotem Poloshirt trinkt Bier aus der Flasche, in der Ecke läuft der Fernseher.

»Zu Fuß?« Zu Fuß. »Allein?« Allein.

Sigg sagt, dass er sich nie für die Vergangenheit interessiert habe. Aber jetzt kämen manchmal Leute, die wollten mit seiner Mutter reden über damals, jemand machte sogar ein Interview für das deutsche Fernsehen.

Kann deine Mutter etwas über die Flüchtlinge erzählen?

Sigg lacht: »Die kann viel erzählen.«

Bald darauf sitzt Pauli Luft, jetzt Pavla Luftová, geboren 1935 in Komotau, jetzt Chomutov, am Biertisch. Sie hat kurzes schlohweißes Haar, goldene Ohrringe und einen Blick wie ein Examen, man muss ihn bestehen. »Ich sag's, wie es ist, ich nehm kein Blatt vorn Mund«, sagt sie, und das ist wahr. Wo so viel beschwiegen und beschönigt wird, so viel unausgesprochen bleibt, erzählt »de Bauli« einfach, was sie gesehen hat, in ihrem sudetendeutschen Dialekt, das P wie B, das T wie D.

Sie nimmt keine Rücksichten, sie hat so viel erlebt. Die Familie wurde ausgebombt, sie zog die Freundin tot aus den Trümmern des Nachbarhauses, der Vater erhängte

Karawane des Krieges

Wanderroute von Christiane Hoffmann auf dem Flüchtlingstreck ihres Vaters

○ Ruhe- und Übernachtungsorte der Vertriebenen



Tag 14

Ústí nad Labem (Aussig)

»Die Gegend, durch die wir jetzt fahren, wurde immer bergiger«, schreibt Margarete Kosok, »darauf waren unsere Fahrzeuge überhaupt nicht eingerichtet. So wurden bergab dicke Knüppel zwischen die Speichen der Räder gesteckt, um zu bremsen. Bergauf halfen alle schieben. Manchmal sahen wir einen umgestürzten Wagen oder ein totes Pferd am Wegrand liegen.«

So gaben die Natur und der Krieg den Fluchtweg vor: Im Süden war der Höhenzug der Sudeten die natürliche Grenze, im Norden verlief die Front. Doch die Niederschlesische Operation der Roten Armee kam Mitte Februar zum Stehen. Das Sudetenvorland und die Gebiete westlich der Lausitzer Neiße blieben bis zur Kapitulation in deutscher Hand.

Im überdachten Biergarten des Brauhauses, das einmal »Emil Hübels Pilsner Bier- und Weinstube« war, feiert die Abschlussklasse des Doktor-Václav-Smejkal-Gymnasiums ihr Abitur, auf den langen Tischen stehen Platten mit Kraut und Schweinebraten und große Krüge mit dunklem Bier. Fi-

lip und Jakob, beide 18, werden Mathematik studieren, Filip in Wales, Jakob in Brünn.

Welche Rolle spielt die Geschichte?

»Die Geschichte ist immer noch mächtig, sie beeinflusst die Politik bis heute.«

Wie das?

»Die ältere Generation misstraut den Deutschen noch immer.«

Und ihr?

»Die Vergangenheit ist vergangen. Wer lebt denn noch von denen, die damals die Verbrechen begangen haben?«

Habt ihr keine Angst, dass Deutschland wieder zu mächtig wird?

»Nein, Tschechien profitiert wirtschaftlich von Deutschland. Probleme gibt es nur kulturell.«

Was meint ihr damit?

»Wir wollen nicht, dass Deutschland uns seine Kultur aufdrängt: die ganze Geschichte mit den Minderheiten, LGBT-Rechten, Quoten.«

Ihr seid gegen Gleichberechtigung?

»Nein, alle sollen gleiche Rechte haben. Aber das Thema darf keine so übertrieben große Rolle spielen. Das entspricht nicht unserer Kultur.«

sich kurz nach Kriegsende, dabei hatte er versprochen, zum Mittagessen zu Hause zu sein.

Es war Zufall, dass sie blieben, als die Deutschen vertrieben wurden und alle anderen gehen mussten, die Onkel, Tanten, Freunde. Der letzte Transport fuhr einfach nicht mehr, und so blieben sie zurück.

Aber Pauli bekam es zu spüren. In der Schule schrieben sie mit Kohle »Deutsche Sau« auf ihre Bluse, warfen sie aus dem Zug. Nicht alle waren so, später kam sie mit den meisten Tschechen gut aus. »Aber auf Abstand«, Pauli schiebt mit der flachen Hand die Luft von sich fort, Freunde hatte sie nie.

Die Verwandten waren in Deutschland, in Birkenwerder und Braunschweig. Pauli hätte auch ausreisen können 1965 und 1980, sie wäre gern gegangen, aber ihr Mann wollte nicht. So blieb sie in der Heimat. Und hat sie doch verloren.

Siggi macht den Grill an und legt Würste auf. Er holt Brötchen aus dem Laden und Bier, nimmt Wodka aus dem Regal und schenkt reichlich ein. »Willst du wirklich noch weiter heute? Kannst auch hier schlafen.« Pauli leert das Glas in einem Zug.

In der Dämmerung geht sie mit mir durch Klein Priesen. Vor einer großen Brache unweit des Dorfplatzes bleibt sie stehen. »Hier stand der Maierhof«, sagt sie, »hier hat dein Vater damals übernachtet.« Der Maier war der reichste Bauer in Klein Priesen, sein Hof der größte im Dorf, ein Geviert von zweistöckigen Häusern mit einem weiten Innenhof. Dort standen, dicht gedrängt, die Wagen der Flüchtlinge. Der Maier ahnte da noch nicht, dass ihm sein Hof bald nicht mehr gehören und er auch ein Flüchtling sein würde.

In den Maierhof zogen Tschechen, bis sich irgendwann nach der Wende die Landwirtschaft nicht mehr rentierte. Die Häuser verwaisten. Vor zwei Jahren wurde der Maierhof gesprengt.

Tag 20 Křižovatka (Klinghart)

558 Kilometer westlich von Rosenthal kam der Treck zum Halten. Die Landschaft wird hier wieder weit, Felder, Wäldchen, Hügel, fast wie an der Oder, wo sie sieben Wochen zuvor aufgebrochen waren. Am 2. März 1945 kamen mein Vater und seine Mutter nach Klinghart, hier konnten sie bleiben und das Kriegsende abwarten. Die Flüchtlinge wurden auf die Höfe verteilt, nach Ostern gingen die Kinder wieder in die Schule, und am 6. Mai standen die Amerikaner im Dorf. Dann war der Krieg vorbei.

Nach der Flucht bekam mein Vater Adolf einen neuen Vornamen. Sein älterer Bruder war aus britischer Kriegsgefangenschaft entlassen worden und hatte ihn und die Mutter nach Wedel bei Hamburg ge-

holt. Und als sie dort neue Papiere bekamen, ließ man Vaters bisherigen Zweitnamen Walter als Vornamen eintragen, obwohl er nicht nach dem Führer, sondern nach seinem Großvater Adolf benannt worden war.

Mein Vater wurde bald in Wedel heimisch, ein heiterer Mensch, der ein Haus baute und es nie wieder verließ. Aber etwas Dunkles blieb vom Schrecken der Flucht und der frühen Erfahrung, wie trügerisch alle Sicherheit ist und wie rasch wir alles verlieren können, Haus und Hof, Väter und Brüder, Freunde und Lieben. Seltsamerweise hatte auch ich mein Leben lang Albträume vom Fortmüssen und Zusammenpacken und von der Angst, das Wichtigste zu vergessen.

Indem ich seinen Fluchtweg noch einmal ging, verstand ich, warum ich im Hotel nie meine Koffer auspackte; schließlich konnte man nicht wissen, ob man überraschend flüchten musste. Ich verstand, warum ich immer nach Osten gereist war und mit 30 noch nie in New York, dafür aber am Schwarzen Meer, am Weißen Meer und am Baikalsee gewesen war. Und ich verstand, warum mein Vater gesagt hatte, dass für ihn nicht Häuser Heimat sind, sondern Menschen.

Als ich am Nachmittag nach Křižovatka komme, öffnet gerade die Dorfkneipe, es ist Freitag. Kaum dass die Tische abgewischt sind, sitzen die ersten Gäste unter dem Sonnenschirm, Männer im Unterhemd, das erste Bier fließt, sie reißen die ersten Zoten, auf meine Kosten.



Fotos: Christiane Hoffmann / DER SPIEGEL

Ehepaar Maria, Schorsch, Dorfansicht von Křižovatka

»Willst du wirklich noch weiter?«

Zwei junge Männer im Tarnanzug kommen gerade von der Arbeit aus Deutschland, nach Sachsen sind es drei Kilometer Luftlinie, nach Bayern keine zwanzig. Deutschland ist für sie nicht Vergangenheit, sondern Gegenwart, von deutschen Flüchtlingen haben sie nie etwas gehört, und Deutsche, die sich noch an damals erinnern, gibt es hier angeblich nicht. Aber irgendwann bringt mich einer zu Maria.

Maria wohnt abseits vom Dorf bei den Witwenhäusern, einer Reihe armseliger Häuschen, gebaut für die Witwen gefallener Soldaten. Nach dem Krieg wurden hier die wenigen Deutschen angesiedelt, die geblieben waren, weil die Amerikaner im Sommer 1945 die Vertreibungen verboten. Zu ihnen gehörten Marias Eltern, sie führten den Gasthof im Ort, bauten sich irgendwann ein Haus, schön und geräumig.

Maria und Schorsch sitzen in der Abendsonne auf der Veranda und sind glücklich. Schorsch kam nach der Jahrtausendwende aus der Oberpfalz zu Besuch ins Egerland, sah Maria, und alles war klar. Jetzt ist er Rentner, steht jeden Morgen um sechs auf, kocht Kaffee, und dann sitzen sie auf dem Balkon und schauen in das weite Land.

Hinter den Hügeln geht die Sonne unter, im Süden steht der Vollmond, es riecht nach dem Stroh der abgeernteten Felder. Maria geht in die Küche und macht Schnittchen. Helmut kommt zu Besuch, der Franke hat eines der Witwenhäuser von seiner Tante geerbt. Sie interessieren sich nicht für Politik, Prag ist weit, Berlin und München auch, sie sprechen Deutsch und ihre Enkel Tschechisch. Sie leben in einer Welt ohne Grenzen, sie heiraten und erben in einem Europa, das die Geschichte überwunden hat, und sei es nur für einen glücklichen Moment.

»Willst du wirklich noch weiter?«, fragt Schorsch. »Kannst auch hier schlafen.«

Die Rosenthaler machten sich Anfang Juni auf den Heimweg. So dachten sie jedenfalls. Die meisten gingen, in kleinen Gruppen, in die sowjetische Zone und dann über Dresden zurück nach Osten, bis es irgendwann nicht mehr weiterging, vielleicht an einer Brücke über die Neiße. Viele blieben später in der DDR, andere gingen in den Westen.

Auch mein Vater und meine Großmutter verließen Klinghart und gingen eines Nachts durch den Grenzbach nach Sachsen, eine Frau mit einem Jungen auf der Suche nach ihrem Mann und den zwei anderen Söhnen, die im Krieg verschollen waren, Pferd und Wagen ließen sie in Klinghart zurück. Zwei Menschen und zwei Bündel, das war alles, was blieb.

Gottes Plan



38 Jahre, 3 Monate und 9 Tage lang saß Craig Coley unschuldig in den USA im Gefängnis, dann wurde er begnadigt. Zu verdanken hat er das einem Polizisten, der gegen Kollegen ermittelte.

Zwei Leichen lagen am 11. November 1978 in einem Apartment in der kalifornischen Stadt Simi Valley: Rhonda Wicht, 24 Jahre alt, Kellnerin und angehende Kosmetikerin, war in ihrem Schlafzimmer vergewaltigt und mit einer geflochtenen Schnur erdrosselt worden. Ihr vierjähriger Sohn Donald, mutmaßlich Zeuge des Verbrechens, lag tot in seinem Bett, erstickt mit einem Kissen.

Eine Nachbarin hatte die beiden gefunden. Festgenommen wurde noch am selben Tag Craig Coley, bis kurz vor der Tat der Freund von Rhonda Wicht. Coley ist Vietnamveteran, er war nicht vorbestraft. Sein Geld verdiente er als Geschäftsführer eines Restaurants. Beinahe für die gesamte Tatnacht hatte er ein Alibi; nur 20 Minuten war er allein – zu wenig Zeit, um zum Haus von Rhonda Wicht zu fahren, sie zu vergewaltigen, zu erdrosseln und ihren Sohn zu ersticken – allein einen Menschen zu erdrosseln kann bis zu zehn quälende Minuten dauern.

Trotzdem wurde Coley schuldig gesprochen. Ein Zeuge behauptete, er habe Coleys Wagen zur Tatzeit vor dem Apartment von Rhonda Wicht gesehen und einen Mann mit mittellangem Haar; das reichte. Geschworene sprachen Coley im Januar 1980 schuldig, er wurde zu lebenslanger Haft verurteilt, im Alter von 32 Jahren. Darüber, ob das Urteil gerecht oder ungeheuerlich sei, wurde in der Stadt wochenlang gestritten.

Gut drei Jahrzehnte später arbeitete sich David Livingstone, seit Kurzem Polizeichef von Simi Valley, durch die Akten zu Coleys Fall. Livingstone ist nicht nur Polizist, sondern auch promovierter Historiker, er suchte einen neuen Forschungsgegenstand.

Der Prozess gegen den vermeintlichen Täter schien vielversprechend. Er war spektakulär gewesen, dazu gab es Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Urteils. Drei Polizisten hatten im Laufe der Zeit zu Protokoll gegeben, dass sich der ermittelnde Beamte damals sehr schnell auf Coley als Hauptverdächtigen konzentriert habe. Der öffentliche Druck,

möglichst schnell einen Täter zu präsentieren, sei hoch gewesen, der leitende Beamte noch unerfahren.

Livingstone sah das Ganze zu Beginn als ein neues historisches Projekt. Er ging nicht davon aus, dass Coley noch lebte, nach über 35 Jahren im oft harten US-Vollzug; immerhin wäre er mittlerweile beinahe 70. Zu Livingstones Überraschung aber war Coley noch nicht gestorben.

Er saß im Gefängnis von Lancaster, nach Auskunft der Justizbehörde ein vorbildlicher Häftling, nicht verzweifelt, nicht bitter, aus einem speziellen Grund: Coley, so beschreibt es Livingstone am Telefon, sei überzeugt, dass Gott einen Plan für ihn habe, die Jahre im Gefängnis seien Teil dieses Plans.

Livingstone informierte Coley, dass er seinen Fall noch einmal untersuchen werde. Er werde die Geschehnisse mit dem Blick des Historikers betrachten, so objektiv wie möglich. Coley war es recht.

Also arbeitete sich Livingstone in die Details ein. Schließlich gab er einem seiner Beamten den Auftrag, in der Sache erneut zu ermitteln, auch wenn es unwahrscheinlich war, dass neue Erkenntnisse gewonnen werden konnten. Beweismittel waren nach einer richterlichen Anordnung vernichtet worden. Zeugen, wenn sie denn noch lebten, erinnerten sich bestenfalls ungenau. Das Labor, das damals die Spermaflecken auf dem Bettlaken untersucht hatte, existierte nicht mehr.

Aber die Beamten hatten Glück. Die Lagerbestände des geschlossenen Labors waren von einer Firma aufgekauft worden und deshalb nicht wie andere Beweismittel vernichtet worden. Und diese Firma entdeckte in ihren Archiven genetisches Material des mutmaßlichen Täters, gefunden auf dem Bettlaken, auf dem Rhonda Wicht vergewaltigt und ermordet worden war.

Ende der Siebziger konnten Rechtsmediziner noch keine DNA-Analysen durchführen. Heute liegen die Ergebnisse innerhalb weniger Tage vor. Die Untersuchung der Probe belegte, dass das Sperma nicht von Craig Coley stammte. Es gab damit keinen harten Beleg für die Behauptung, er sei am Tatort gewesen, nur die zweifelhafte Aussage des Zeugen von damals. Im November 2017 kam Coley schließlich frei.

Während all der Jahrzehnte, die er im Gefängnis verbracht hatte, starb sein Vater. Coley durfte nicht an der Beerdigung teilnehmen. Auch Coleys Mutter starb, während er in Haft war. Außerdem nahm ihm der kalifornische Staat die Möglichkeit, eine Familie zu gründen, Kinder zu haben.

Wie bewertet man ein solches Unrecht? Eine Behörde befand, dass Coley für jeden Tag seiner Haft 140 Dollar zustehen. Coley verbrachte 13 991 Tage im Gefängnis, das macht 1 958 740 Dollar.

Die Stadt Simi Valley, in deren Diensten die damals ermittelnden Polizisten standen, überwies Coley weitere 21 Millionen Dollar, um einen Prozess zu vermeiden. Die Stadt war gegen solche Fälle versichert, die Versicherung zahlte einen Großteil der Summe.

Im Polizeipräsidium von Simi Valley hing lange Jahre ein Foto, das Coleys Verurteilung feierte. Es zeigt den jungen Craig Coley während seiner Festnahme, in Hemd und Jacke, mit langen Koteletten. Zwei Polizisten führen ihn ab. David Livingstone, der Polizeichef von Simi Valley, hat das Foto inzwischen entfernen lassen.

Der Mörder von Rhonda Wicht und ihrem Sohn Donald ist bis heute nicht gefunden. Uwe Buse



David Livingstone,

52, fing mit 21 Jahren bei der Polizei im amerikanischen Simi Valley an. Vor seiner Berufung zum Polizeichef leitete er das Swat-Team in der Stadt. Seine Doktorarbeit beschäftigt sich mit der Gründung des Bundesgrenzschutzes.

Wirtschaft



Thomas Lohnes / Getty Images

Abgestellter Airbus A380-800 am Flughafen Frankfurt

Abschied vom Airbus A380

Lufthansa Aufsichtsrat entscheidet darüber, das größte Passagierflugzeug der Welt endgültig auszumustern.

● Die Airbus-A380-Flotte von Lufthansa steht vor dem Aus. Wie es im Konzern heißt, könnte Anfang kommender Woche im Aufsichtsrat eine entsprechende Entscheidung fallen. Derzeit steht ein Großteil der Flotte am Boden, weil kaum noch Interkontinentalflüge angeboten werden. 14 Maschinen des doppelstöckigen Megafliegers gibt es bei Lufthansa; das Ausmustern von sechs A380 ist bereits beschlossen.

Dass die verbleibenden acht Jets jemals wieder abheben werden, gilt im Konzern als sehr unwahrscheinlich. Zukünftig wird die Airline für ihre Langstrecken auf die neuere Boeing 747-8 sowie den treibstoffeffizienten, kleineren Airbus A350 setzen. Die A380 ist bei Passagieren beliebt, auch wegen der leisen Kabinengeräusche. Kommerziell erfolgreich war das größte Passagierflugzeug der Welt hingegen nicht – die

vielen Sitzplätze gelten für die Airlines als schwer zu verkaufen, zudem ist der Treibstoffbedarf hoch. Airbus beschloss 2019 das Produktionsende für 2021, nachdem viel zu wenige Maschinen verkauft wurden. Der einstige Vorzeigeflieger ist so riesig, dass die amerikanische Luftaufsichtsbehörde statt des gängigen Zusatzes »heavy« für große Flugzeuge die Bezeichnung »super« für den A380 verwendet. CLH, MUM

Ländervergleich Deutsche zahlen hohe Strompreise

● In Deutschland ist Strom – auch unter Berücksichtigung der Kaufkraft – teurer als in den meisten anderen Ländern der Welt. Das zeigt eine Analyse, die das Vergleichsportale Verivox mit Daten des Energiedienstes Global Petrol Prices

durchgeführt hat. Höhere Vergleichspreise als hierzulande gibt es demnach fast nur in krisengeschüttelten Entwicklungsländern wie Sierra Leone, Burkina Faso oder Ruanda, in denen sich manche Einwohner überhaupt keine Elektrizität leisten können. Das einzige Industrieland, in dem die Stromkosten höher sind als in Deutschland, ist Portugal. Unter den G-20-Ländern ist die

Bundesrepublik mit großem Abstand das Land mit der teuersten Elektrizität. Deutsche Verbraucher müssen in der Folge einen größeren Anteil ihres verfügbaren Einkommens für Strom aufwenden als Kunden in anderen wohlhabenden EU-Ländern. Für den Jahresverbrauch eines Einpersonenhaushalts (1500 Kilowattstunden) gehen laut Verivox rund 1,2 Prozent der durchschnittlichen

Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung drauf – mehr als doppelt so viel wie in Schweden oder den Niederlanden. Insgesamt haben sich die Strompreise in Deutschland seit der Jahrtausendwende mehr als verdoppelt. Grund für das Preishoch sind Steuern und Abgaben wie die Netzentgelte oder die EEG-Umlage. Sie machen mittlerweile rund zwei Drittel des Strompreises aus. ssu

Geldpolitik

Weidmann ergrünt

● Im Streit um eine klimaneutrale Geldpolitik kommt die Bundesbank Christine Lagarde entgegen. Anders als die Präsidentin der Europäischen Zentralbank hatte sich Bundesbank-Behördenchef Jens Weidmann in der Vergangenheit häufig skeptisch geäußert, wenn eine aktive Rolle der Währungshüter im Kampf gegen die Erderwärmung gefordert wurde. Nun räumte er bei einer Schaltkonferenz mit dem Finanzausschuss des Bundestags Handlungsbedarf ein. Bisher würde bei der Bewertung von Unternehmensanleihen zu wenig in Betracht gezogen, wie sehr die Firmen zur Erderwärmung beitragen, erläuterte Weidmann. Deshalb würden die Zentralbanker das Klimarisiko nicht ausreichend berücksichtigen, wenn sie mit den entsprechenden Papieren handelten.



Horacio Villalobos / Corbis / Getty Images

Weidmann

Um solche »Marktverzerrungen« (Weidmann) zu vermeiden, müssten die Zentralbanken deshalb mit den internationalen Ratingagenturen geeignete Kriterien erarbeiten, um die Klimarisiken besser zu erfassen. Zugleich wandte sich Weidmann gegen eine willkürliche Bevorzugung vermeintlich umweltfreundlicher Papiere. Nötig sei eine systematische Lösung, sagte er. *MSA*

Konjunktur

Mehr Schwarzarbeit in Deutschland

● Infolge der Coronakrise dürfte die Schwarzarbeit in Deutschland deutlich zunehmen. Nach Berechnungen des Ökonomen Friedrich Schneider von der Johannes Kepler Universität in Linz könnte der Anteil des Schattensek-

tors an der deutschen Wirtschaft in diesem Jahr von rund neun auf elf Prozent wachsen. Allein im Hotel- und Gaststättengewerbe werde das Ausmaß der Schwarzarbeit voraussichtlich von rund 55,2 Milliarden Euro auf 60,7 Milliarden Euro zulegen. Hauptgründe seien der starke Einbruch der Wirtschaft, der starke Anstieg der Kurzarbeit, der für sinkende Erwerbseinkommen sorgt, sowie die wachsende Arbeitslosigkeit, schreibt Schneider. In anderen EU-Ländern sei die Lage nicht besser. In Österreich dürfte der Schattensektor von 5,8 auf 7,3 Prozent wachsen, in Frankreich von 12,4 auf fast 15,9 Prozent und in Italien gar von 18,7 auf knapp 22 Prozent. In Schneiders Berechnungen fließen zahlreiche Faktoren ein, unter anderem die Höhe direkter und indirekter Steuern, die Bargeldmenge pro Kopf und die Dichte der Regulierung, mit der die Schwarzarbeit bekämpft wird. *SSU*



Thomas Grabka

Arbeiter auf Baustelle

Nord Stream 2

Regierung schweigt zu heikler Offerte

● Die Bundesregierung hat dem Parlament ein Angebot von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) an die US-Administration verschwiegen, mit dem die Koalition Sanktionen gegen die umstrittene Gaspipeline Nord Stream 2 abwenden wollte. Der Grünenabgeordnete Jürgen Trittin hatte in einer Parlamentsanfrage explizit nach Kontakten der Regierung mit der Trump-Administration gefragt. In der Antwort vom September taucht jedoch ein Telefonat von Scholz im August mit seinem US-Amts-

kollegen Steven Mnuchin nicht auf, in dem der Vizekanzler den Amerikanern eine Milliarde Euro mehr Unterstützung für Flüssiggas-terminals in Deutschland anbot. Im Gegenzug sollte die US-Regierung ihre Sanktionsandrohungen gegen Firmen, die an der Fertigstellung der Pipeline beteiligt sind, einstellen. Über das Telefonat hatte die Wochenzeitung »Die Zeit« berichtet. »Dass der Bestechungsversuch von Olaf Scholz von der Bundesregierung verheimlicht wurde, ist ein starkes Stück«, sagt Trittin. Er wertet das Vorgehen nicht als legitimes Verhandlungsmanöver, sondern als Versuch, sich »von den US-Sanktionen freizukaufen«. *GT*



Paul Langrock

Nord-Stream-2-Anlandestation in Lubmin

Sozialstaat

Wohlfahrtsverband fordert 644 Euro Hartz IV

● Die geplante Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze für 2021 fällt nach Berechnungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands viel zu gering aus – weil die Bundesregierung die Ausgaben unzulässig berechne. Der Verband fordert künftig 644 Euro an Grundsicherung für alleinstehende Erwachsene – 212 Euro mehr als bislang. Die Regierung will den Regelsatz lediglich auf 446 Euro erhöhen. Der Bund legt bei der Ermittlung als Vergleichsmaßstab die Ausgaben der 20 Prozent Bürger mit den niedrig-

ten Einkommen zugrunde. Der Verband hält unter anderem das für eine Verzerrung und rechnet mit Durchschnittseinkommen knapp oberhalb der Armutsschwelle. Auf dieser Basis müssten auch die weiteren Regelsätze deutlich steigen:

- ▶ für Ehegatten und Partner von **389 Euro** auf **580 Euro**,
- ▶ für junge Erwachsene bis 25 Jahre von **345 Euro** auf **515 Euro**,
- ▶ für 14- bis 17-jährige Kinder von **328 Euro** auf **454 Euro**,
- ▶ für 6- bis 13-jährige Kinder von **308 Euro** auf **379 Euro**,
- ▶ für bis zu 5-jährige Kinder von **250 Euro** auf **318 Euro**.

Die jährlichen Mehrkosten einer solchen Anhebung betragen laut der Expertise 14,5 Milliarden Euro. *COS, MAD*

Pest und Weltmarkt

Landwirtschaft Ein paar infizierte Wildsauern sorgen dafür, dass Deutschlands Fleischindustrie keine Schweine mehr nach China liefern darf. Der Bann zeigt, wie sehr die Branche inzwischen vom Export abhängt – und wie kaputt das Mastsystem ist.

Ein paar Tage noch, mit viel Wärme und Sonne, dann wäre vielleicht nichts mehr zu sehen gewesen von jenem Corpus Delicti, das das Verderben in sich trug. Bloß noch Fell und Knochen waren übrig von dem eingefallenen Wildschweinkadaver, der am Rand eines abgeernteten Maisfeldes zwischen den brandenburgischen Orten Sembten und Bomsdorf vor sich hin schrumpelte. Doch der Verwesungsgeruch war derart bestialisch, dass die Tierleiche die Neugierde eines Spaziergängers auf sich zog.

Der meldete den Fund vorvergangene Woche einem Jäger – und besiegelte damit den nächsten Tiefschlag für die deutschen Schweinebauern, die sich gerade von der coronabedingten Absatzkrise berappeln.

Das tote Tier trug das Virus der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in sich. Diese Woche meldeten die Behörden sechs weitere Infektionsfälle nahe der Stelle des ersten Fundes, wahrscheinlich waren die Wildschweine allesamt Mitglieder der gleichen Rotte. Das Gebiet wurde abgesperrt, ein Notfallplan trat in Kraft, Spürhunde aus Schleswig-Holstein wurden angefordert, um schnellstmöglich weitere Kadaver zu erschnüffeln.

Sieben tote Wildschweine. Klingt nicht gerade wie der Weltuntergang, zumal das Virus zwar tödlich für das Borstenvieh, aber für Menschen vollkommen ungefährlich ist, selbst beim Verzehr kontaminierten Fleisches. Kein einziges Hausschwein ist bisher angesteckt – und wird es aller Voraussicht nach auch nicht. Deutschland hat aus früheren Ausbrüchen gelernt und ist nach Auffassung von Professorin Elisabeth große Beilage, Schweineexpertin an der Tierärztlichen Hochschule Hannover, gut gerüstet: »Wenn in den Betrieben alle vorgeschriebenen Hygienemaßnahmen eingehalten werden, ist keine Ansteckung deutscher Hausschweinebestände zu fürchten«, sagt die Veterinärin.

Warum also muss sich die Kanzlerin persönlich und auf höchster diplomatischer Ebene in die Schweinerei einschalten? Auf dem digitalen EU-China-Gipfel am vergangenen Montag soll Angela Merkel auf Bitten der Fleischindustrie auf China eingewirkt haben, zügig und unbürokratisch Gespräche mit dem Landwirtschaftsministerium und der Industrie aufzunehmen.



Fleisch für die Welt

Die zehn größten Abnehmer von deutschem Schweinefleisch in Tausend Tonnen, 2019

326



China

317



Italien

140



Polen

Quelle: Destatis

Die Branche ist in Aufruhr. Obwohl auf der Produktionsseite keinerlei Probleme auftauchten, haben die paar infizierten Wildschweine schwerste Auswirkungen auf das Geschäft. Die Behörden können nicht mehr das Ausfuhrzertifikat ASP-frei ausstellen, das bei den Exporten in die meisten Drittländer gefordert wird. Daraufhin haben China und Südkorea sofort die Einfuhr von deutschem Schweinefleisch verboten, gefolgt von Japan, Sin-

gapur, Brasilien, Mexiko und Argentinien. Der Bann könnte monatelang gelten und die Industrie schwer treffen.

Mit einem Schlag zeigt sich eine Abhängigkeit, die von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurde: Die Industrienation Deutschland, in der immer weniger Schweinefleisch konsumiert wird, gehört mit den USA und Spanien zu den größten Schweinefleisch-Exporteuren der Welt.

Im ersten Halbjahr 2020 gingen allein 233 300 Tonnen, mehr als ein Viertel der Exportmenge, nach China, wie das Statistische Bundesamt am Mittwoch mitteilte, eine glatte Verdoppelung im Vergleich zum Vorjahr.

China ist selbst größter Schweinefleischproduzent und -konsument der Welt, musste 2019 jedoch die unglaubliche Zahl von rund zweihundert Millionen Schweinen vernichten, weil jene Afrikanische Schweinepest im Land wütete. Insgesamt exportierte die deutsche Fleischwirtschaft in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 870 700 Tonnen Schweinefleisch im Wert von 2,4 Milliarden Euro ins Ausland, 70 Prozent davon innerhalb der EU.

Während man sich über die Exporterfolge anderer Branchen freuen kann, besteht beim Schweinefleischgeschäft wenig Grund, stolz zu sein. Denn hier gewinnt, wer es billig macht, billiger und immer billiger.

Ein gnadenlos durchrationalisiertes System der Produktion, Verarbeitung und Vermarktung hat die Bundesrepublik zur internationalen Topadresse für Fleisch im Sonderangebot werden lassen.

Welchen Preis Menschen und Tiere dafür zahlen müssen, hat jüngst die Coronakrise gezeigt. Die Ansteckung vieler Schlachtarbeiter brachte deren teils unmenschliche Arbeits- und Lebensbedingungen ans Licht. Sie müssen zu Billiglöhnen im Akkord töten, ausnehmen und zerlegen, damit die Discounter ihre Kunden mit Schnäppchenpreisen für Schnitzel und Koteletts, Hackfleisch und Wurst in die Läden locken können.

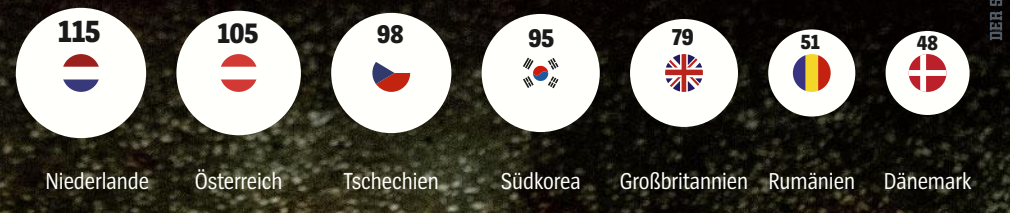
Die zeitweise Schließung der Schlachtfabriken wegen Corona chaotisierte das Just-in-time-Management der Schweineproduzenten. In den ohnehin extrem eng besetzten Ställen drängelten sich die Tiere. Anders als Autos, die niemand braucht, können Lebewesen, die niemand schlachtet, nicht auf Halde geparkt werden.

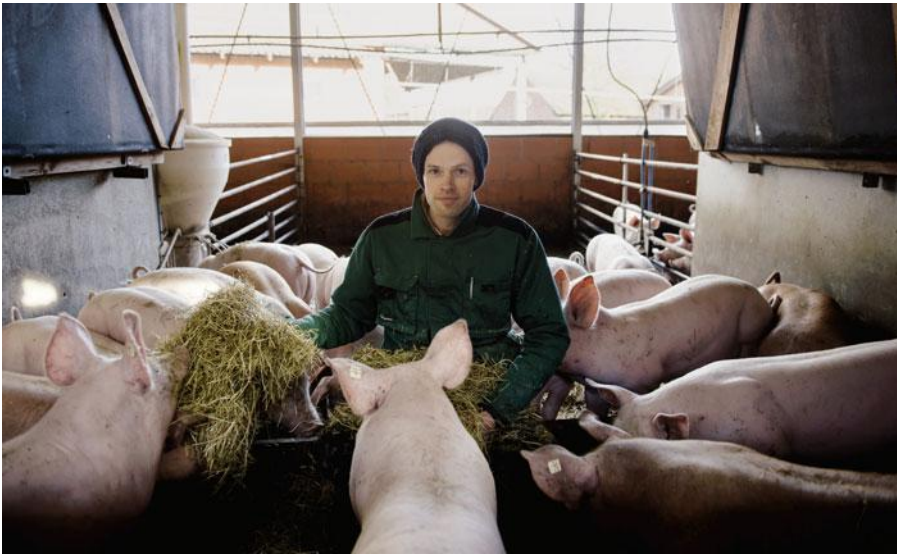
Immer wieder und seit Jahren schon zeigen heimlich gedrehte Videos von Tierschützern, wie schrecklich die Zustände in deutschen Schweineställen sind. Erst am Mittwoch dokumentierte ein vom Deutschen Tierschutzbüro veröffentlichter Film die grauerregenden Bedingungen in einem Zulieferbetrieb des größten Fleischverarbeiters Tönnies. Sie zeigen verletzte Schweine, die in ihren Exkrementen dem Tod entgegenleiden.

Und das sind keine Ausnahmen. Expertin große Beilage hat vor zwei Jahren tote Schweine, die bei den Tierkörperbeseitigungsanlagen abgeliefert wurden, untersucht. Ihr Befund: Knapp ein Fünftel der Schweine überlebt nicht einmal bis zum Schlachthof. »Um dem Preisdruck des Lebensmittelhandels standzuhalten, werden Schweine unter Produktionsbedingungen



DER SPIEGEL
M. Assaninoghaddam / picture-alliance / dpa





Marcus Simaitis / laif

Schweinezüchter Ahrens-Westerlage: Ausstieg aus der tierquälerischen Haltung

gehalten, die den Bedürfnissen der Schweine an eine artgerechtere Haltung nicht genügen«, sagt sie.

Sauen werden wochenlang in enge Metallkäfige gesteckt; Ferkeln werden ohne Betäubung die Eckzähne geschliffen, Hoden herausgequetscht und Ringelschwänze beschnitten; viele der Tiere stehen in qualvoller Enge auf Spaltböden und berühren in ihrem kurzen Leben nicht ein einziges Mal mit ihrer Klaue einen natürlichen Untergrund.

All das Leiden. Und trotzdem können viele Schweinebauern kaum von ihren Einkünften leben. In den vergangenen zehn Jahren mussten 40 Prozent der Schweinehalter aufgeben. Die derzeit noch aktiven 20 400 Betriebe halten zusammen 25,5 Millionen Schweine, durchschnittlich 1248 Tiere pro Betrieb. Im Jahr 1950 waren es noch knapp 2,4 Millionen Schweinehalter, die auf etwa 12 Millionen Schweine kamen – fünf Schweine je Halter. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft ist atemberaubend.

So gnadenlos wie die Coronakrise die Bedingungen der industriellen Billigfleischproduktion ins öffentliche Bewusstsein gezerrt hat, so hart leuchtet nun die Schweinepest die Marktstrukturen eines Systems aus, das bei näherer Betrachtung durch und durch krank und dysfunktional erscheint.

Ein System, in dem jeder gegen jeden zu kämpfen scheint: Der erste ASP-Fall war kaum bekannt, als sich Deutschlands größter Fleischkonzern Tönnies zu Wort meldete. Mit zwei Nachrichten: Zum einen könne man den Produzenten nur noch 1,27 Euro pro Kilo Schweinefleisch zahlen, weil das Chinageschäft weggefallen sei. Zum anderen gehe man davon aus, dass sich Fleisch in Deutschland verteuern werde.

Warum kann Tönnies den Bauern dann nicht mehr bezahlen? Bernhard Krüskens, Generalsekretär des Deutschen Bauernverbands, ist sauer: »Die Schlachter nutzen die Situation aus und erweitern ihre Margen zulasten der Landwirtschaft.« Der Abschlag von 20 Cent pro Kilo Schlachtgewicht sei eine Überreaktion und mache etwa dreimal so viel aus wie die Verluste durch die Exportrestriktionen. Das sei »schon frech«, erst die Erzeugerpreise zu senken und anschließend die Verbraucherpreise zu erhöhen.

Die Pestkrise zeigt, wie abhängig die gesamte Industrie mittlerweile vom Weltmarkt ist. Vor allem dort entscheidet sich, wie es deutschen Bauern geht – die Wünsche der Verbraucher sind zweitrangig.

Zuletzt hatten sich die Schweinepreise aufgrund der hohen Nachfrage aus China auch in Deutschland um rund acht Prozent

erhöht – was daran liegt, dass nicht nur, wie immer wieder gern behauptet, die hierzulande nicht vermarkteten Teile wie Schnauzen, Ohren, Füße und Innereien ins Reich der Mitte geliefert werden, sondern zunehmend auch die Edelteile.

Die Folgekosten dieser Weltmarktproduktion zahlen die deutschen Bürger – und das nicht allein durch die Direktzahlungen der EU an die Landwirte. Die Schweinemast stört das Ökosystem, verschlechtert die Böden und die Luft. Antibiotikagaben an die Tiere führen zu Resistenzen beim Menschen und erhöhen die Kosten im Gesundheitswesen. Das durch Gülle belastete Grundwasser muss teuer und aufwendig gereinigt werden. Immer noch droht die EU mit gewaltigen Strafzahlungen, weil Deutschland seit Jahren die Nitratrichtlinie nicht einhält. Viele Arbeitsplätze schafft die Schweinewirtschaft auch nicht: Immer mehr Bauern steuern ihre vollautomatischen Ställe vom Handy aus, nur ein-, zweimal am Tag läuft jemand durch die Gänge und wirft die toten Tiere in die Kadavertonne. Gefüttert werden die Tiere zum Teil mit proteinreichem Soja, für dessen Produktion in Brasilien der Wald gerodet wird.

Das System ist, obwohl es am Tropf der Steuerzahler hängt, vollkommen pervertiert, eine mächtige Lobby erhält es am Leben. Die Bauern fürchten zudem um ihre Investitionen, viele haben sich für ihre Stallbauten hoch verschuldet.

Doch statt das System des Immer-mehr-immer-billiger grundlegend zu ändern, befördert die Regierung es sogar noch. Das Bundeslandwirtschaftsministerium will die asiatischen Länder dazu bewegen, weiter Fleisch aus ASP-freien Regionen Deutschlands zu kaufen. Innerhalb der EU gilt dieses Regionalisierungsprinzip, dorthin gehen die Exporte ungehindert weiter.

Für den Veterinär Matthias Wolfschmidt von der Verbraucherorganisation Foodwatch ist die Fixierung auf den Export ein Teil des Problems der deutschen Landwirtschaft: »Wir mästen Schweine mit Futter, das wir nicht haben, um Fleisch zu produzieren, das wir nicht brauchen.« Exporterfolge gingen einzig über den Preis. »Der Billigste gewinnt auf dem europäischen Binnen- und auf dem Weltmarkt. Nur deshalb werden Millionen von Muttersauen in Metallkäfigen eingesperrt, leiden unzählige Mastschweine an größtenteils vermeidbaren Krankheiten.«

Substanzielle Verbesserungen beim Tier- oder Umweltschutz, längst von weiten Teilen der Bevölkerung gefordert, gefährden die Ausfuhr der Fleischgiganten. »Deshalb kommen sie nicht«, folgert Wolfschmidt. Stattdessen würden »Tierwohl«-Label oder »Tierwohl«-Abgaben für neue Ställe eingeführt, die weder den Export von Billigfleisch stören noch die

25 Mio.
Schweine werden
in Deutschland
gehalten.

Stichtag 3. Mai 2020; Quelle: Destatis

1958 1973 1988 2003 2020

6 ● 25 ● 68 ● 225 ● 1244

Großbetriebe auf dem Vormarsch

Durchschnittliche Anzahl der Schweine pro Betrieb
in Deutschland

DER SPIEGEL

aberwitzigen Zustände beseitigen können. »Mickey-Mouse-Maßnahmen« nennt das der Tierarzt.

Auch die Borchert-Kommission, die Stallumbauten als Beitrag zu mehr Tierwohl vorschlägt, kommt bei ihm schlecht weg. Tiergesundheit sei vor allem eine Frage des Stallmanagements; das sei jedoch aufwendig und koste. Entscheidend sei die Ausrichtung der gesamten Industrie: Stehen bei ihr die Lebewesen und deren Rechte im Vordergrund (und richtet sich nach ihnen der Preis) – oder liege die Priorität darin, weltweit konkurrenzlos günstig zu produzieren (und richtet sich danach, wie das Tier behandelt wird)?

Nicht nur Kunden und Tiermediziner fordern Veränderungen. Die Rufe nach einem Neuanfang für die komplette Industrie kommen immer häufiger mitten aus der Branche. Die Fleischermeisterin Sarah Dhem aus Lastrup bei Cloppenburg etwa wünscht sich »einen New Deal«. Alle Stufen der Produktionskette müssten ein Auskommen haben und alle gleichermaßen Verantwortung übernehmen für Mensch und Tier. »Wir brauchen Veränderung!«

Der Schweinehalter Carl Ahrens-Westerlage junior wollte darauf nicht mehr warten. Vor einigen Jahren, noch bevor er den Betrieb in Neuenkirchen im westlichen Niedersachsen von seinem Vater übernahm, hatte die Familie beschlossen, aus der tierquälerischen Schweinehaltung auszusteigen. Westerlages 1500 Masttiere laufen nun in offenen Ställen. Sauen und Ferkel bekommen frische Luft, ungefähr doppelt so viel Platz wie gesetzlich vorgeschrieben, natürliches Tageslicht sowie tiergerechte Funktionsbereiche zum Liegen, Fressen, Bewegen, Kacken. Sie können bei Regen und Sonne draußen spielen, sich im Stroh zum Schlafen legen und den Spaltboden zum Abkoten aufsuchen. Und siehe da: Die Tiere sind vital, ausgeglichener und robust. Seine Energiekosten konnte der Bauer nebenbei auch noch senken.

Für den Aussteiger Ahrens-Westerlage ist die Schweinepest weit entfernt und deshalb keine Bedrohung. Er hat längst beschlossen, sich nicht den Unwägbarkeiten des Exportgeschäfts auszusetzen, und hält die Orientierung auf den Weltmarkt für falsch. Stattdessen hat er Mindest- und Festpreise mit dem Handel ausgemacht. Der bezahlt ihm seinen Mehraufwand, um die Wünsche jener Kunden zu befriedigen, die sich nicht mehr mit Produkten aus Qualhaltung abfinden wollen. 2,10 bis 2,20 Euro bekommt Westerlage pro Kilo und verdient so rund 40 Euro pro Schwein. Damit, sagt er, könne er gut leben. Vor allem aber könne er mit dieser Art von Schweinehaltung gut schlafen.

Andreas Flammang, Michaela Schießl

Firmenkultur Gut war der Ruf von Müller Fleisch schon bisher nicht. Jetzt kommt heraus, dass seit Jahren Mitarbeiter überwacht werden.

Gläserne Produktion

● Wer in Süddeutschland einen Job als Schlachter oder Zerleger sucht, landet über kurz oder lang bei Müller Fleisch, einem der Größten der Branche. Wie es dort zugeht, kann man auf der Website des Konzerns nachlesen, wo von sensibilisierter Leitkultur die Rede ist. Oder man schaut auf die Bewertungsplattform Kununu. Dort bewerten Angestellte ihre Firma.

Deren Urteil fällt verheerend aus. Vorgesetztenverhalten? »Komplette Katastrophe.« Kommunikation? »Nicht vorhanden.« Arbeitsbedingungen? »Wie im Mittelalter.« Die Verantwortlichen sollten mit den Leuten anders umgehen, schrieb ein Beschäftigter Ende Juli, es seien schließlich Menschen, »keine Tiere«.

Eine Personalreferentin bemüht sich auf der Plattform um Schadensbegren-



Müller-Fleisch-Zentrale

Arbeitsbedingungen – »wie im Mittelalter«

zung: Man habe die Verbesserungsvorschläge zur Kenntnis genommen und »durchleuchte« diese.

Das allerdings ist eine problematische Vokabel. Denn das Unternehmen überwacht seit Jahren seine meist aus Osteuropa stammenden Mitarbeiter während der Produktion. Was mehrere Angestellte dem SPIEGEL berichten, bestätigt der Betrieb: Etwa 60 Kameras seien in »produktionsnahen Bereichen« installiert. Zwei Drittel befänden sich in Randbereichen, hauptsächlich gehe es um die Überwachung der Anlagen. Die übrigen würden die Produktion »ins Visier« nehmen.

Die Kameras seien zwar auf die technischen Abläufe fixiert, aber »gelegentlich« seien auch Mitarbeiter zu erkennen – unverbildet. Wenn sie als Ganzes zu sehen sind, dann seien sie wegen der Hygienekleidung nicht zu identifizieren.

Anders sind die Aussagen der Angestellten: Die Aufnahmen zeigten unver-

pixelte die in der Herstellung tätigen Arbeiter, heißt es unisono. Das legen auch Fotos mit Kamerapositionen nahe, die dem SPIEGEL vorliegen. Zudem liefen die Kameras zu Produktionszeiten quasi ständig, was das Unternehmen nicht bestreitet. Die Geschäftsleitung könne die Aufnahmen über Bildschirme in ihren Büros verfolgen, so die Angestellten. Das führe dazu, dass etwa Martin Müller, Spross des Gründers, in der Produktion aufschlage und vermeintliche Trödler ermahne. Die Firma räumt ein, dass die Betriebsleitung die Aufnahmen einsehen darf, sie allerdings nicht zur Maßregelung nutze. Müllers Visiten im Betrieb zeigten »die Nähe vom Inhaber zu seinen Mitarbeitern«.

So fürsorglich die Müllers das alles meinen mögen: »Wenn Mitarbeiter, wie es hier scheint, in erheblichem Umfang während der Arbeitszeit überwacht werden, ist das rechtswidrig«, sagt Stefan Brink, der Landesbeauftragte für den Datenschutz in Baden-Württemberg.

Ständig den Arbeitgeber im Nacken zu spüren sei ein Eingriff in die Persönlichkeitsrechte, den Arbeitsgerichte in jahrelanger Tradition immer wieder untersagt hätten. Die Zustimmung eines willfährigen Betriebsrats rechtfertige eine Bespitzelung ebenso wenig wie der vom Unternehmen angeführte Schutz vor Diebstahl – »viel zu allgemein«, sagt Brink. Und selbst wenn man, wie Müller angab, oft nur Arme und Oberkörper sehe, könne man durch Schichtpläne Rückschlüsse auf einzelne Personen ziehen.

Das Überwachen von Mitarbeitern hat in Deutschland eine unrühmliche Tradition. Lidl und Burger King fielen damit ebenso unangenehm auf wie immer wieder auch die Fleischbranche, deren osteuropäische Arbeitstrupps sich kaum dagegen zu wehren vermögen. Die Tönnies-Gruppe musste vor einiger Zeit 80 000 Euro Bußgeld zahlen; Kameras filmten dort sogar in Damenumkleiden.

Müller Fleisch scheint das nicht zu beeindrucken: Die eigenen Kameras seien gesetzeskonform, heißt es; dazu sei eigens eine Betriebsvereinbarung geschlossen worden.

Und besonders hochwertig scheinen sie auch zu sein. Sie verfügen laut Hersteller über einen sehr guten Zoom und eine ausgezeichnete Panoramasicht.

Nils Klawitter

Zatarras späte Rache

Finanzmärkte Nach Wirecard attackiert Spekulant Fraser Perring nun den M-Dax-Konzern Grenke und treibt die Bafin vor sich her. Das Pikante: Die Aufsicht ermittelte einst gegen den berüchtigten Shortseller.



Firmenpatriarch Grenke: Widersprüchliches Abwehrverhalten

Bis vor wenigen Tagen war Wolfgang Grenke der Prototyp des erfolgreichen, aber unbekannteren Mittelständlers von der grünen Wiese, einer jener »Hidden Champions«, die das Rückgrat der deutschen Wirtschaft formen.

In mehr als 40 Jahren hat der 69-Jährige aus dem beschaulichen Baden-Baden den von ihm gegründeten Konzern bis in den M-Dax der mittelgroßen Unternehmen geführt. Mit eher spröden Dienstleistungen: Grenke finanziert Firmen das Ausleihen von Büromaterial oder Software gegen monatliche Raten (Leasing) und kauft ihnen, mit Abschlag, ausstehende Forderungen gegenüber Kunden ab (Factoring), um selbst das Geld einzutreiben.

Als Grenke 2018 in den Aufsichtsrat wechselte, überließ er den Vorstandsvorsitz Antje Leminsky, einer Frau aus Ostdeutschland – auch in dieser Hinsicht zeigte sich der Patron als Musterknabe. Er selbst konzentrierte sich auf repräsentative Pflichten und die Rolle als Förderer der Künste. Das fiel leicht, die Beteiligung seiner Familie am Unternehmen war zeitweilig mehr als eine Milliarde Euro wert.

Diese scheinbar heile Welt existiert nicht mehr am Ende einer Woche, die der deutschen Wirtschaft nach dem Wirecard-Skandal den nächsten Tiefschlag versetzt hat. Am Montag startete der Londoner Hedgefonds-Investor Fraser Perring einen Frontalangriff auf Grenke. Die Vorwürfe, die seine Firma Viceroy in einem 64-seitigen, drastisch formulierten Report zusammengefasst hat, reichen von Bilanzbetrug über krumme Geschäfte mit Konzerninsidern bis hin zu Begünstigung von Geldwäsche. Die Grenke-Aktie verlor binnen Tagen mehr als die Hälfte ihres Wertes. Ein Einbruch, wie er jenseits von Finanzkrisen fast nie vorkommt.

Der Absturz wirkt wie die Neuauflage des Wirecard-Dramas, nur im Zeitraffer. Das liegt vor allem an Perring. Der Ex-Sozialarbeiter, seit 2012 Börsenspekulant, gehörte früh zu Wirecards schärfsten Kritikern. Dass er mit seinem Misstrauen recht behielt, steigert nun seine Glaubwürdigkeit und ließ den Grenke-Kurs kollabieren. Über sich selbst sagt Perring: »Ich bin kein so guter Investor, aber ein guter Rechercheur.« Womöglich ist es umgekehrt: Denn ob an seinen Vorwürfen etwas dran ist, ist offen. Am Kursmassaker aber dürfte er gut verdient haben: Perring macht kein Hehl daraus, mit geliehenen Grenke-Aktien auf deren Verfall gewettet zu haben.

Das Abwehrverhalten des Konzerns ist widersprüchlich. Einen Fragenkatalog des SPIEGEL beantwortete Grenke am Dienstag zügig und umfassend, gegenüber der breiten Öffentlichkeit indes dauerte es 48 Stunden, bis ein Dementi folgte sowie die Ankündigung, rechtliche Schritte gegen Perring zu prüfen. Die semiprofessionelle

Kommunikation erinnert ebenfalls an Wirecard – wobei heute klar ist, dass der ehemalige Dax-Konzern wohl vor allem deshalb lavierte, weil er sein betrügerisches Geschäftsmodell zu verschleiern suchte.

Ob das auch bei Grenke so ist, müssen die Finanzaufsicht Bafin und die »Bilanzpolizei« DPR herausfinden, deren Ruf seit dem Fall Wirecard arg beschädigt ist. Immerhin kündigte die Bafin diesmal rasch an zu ermitteln: wegen möglicher Marktmanipulation durch Grenke, aber auch gegen Perring und weitere Shortseller, wegen möglichen Insiderhandels und Marktmanipulation. Die DPR durchleuchtet die Geschäftsberichte.

Genau hinschauen müssen die Aufseher bei den Triebfedern von Grenkes Wachstum: dem Erwerb von Firmen sowie dem verzweigten Partnernetz sogenannter Reseller. Dabei handelt es sich um Firmen, die IT-Ausrüstung, Bildschirme, Drucker und anderes Büromaterial verkaufen. Sie führten Grenke Kunden zu, meist Einzelhändler, die sich ihre Anschaffungen von der Leasingfirma finanzieren ließen.

Laut Perring kaufte der Konzern systematisch Firmen, deren Eigentümer Grenke eng verbunden waren, zu überzogenen Preisen, obwohl sie oft verlustträchtig waren. Grenke habe die Firmen dann zu überhöhten Werten in die Bilanz geschrieben und so seine Gewinne aufgebläht.

Tatsächlich übernahm Grenke Firmen, die Ex-Mitarbeiter gemeinsam mit der CTP Handels- und Beteiligungs GmbH gegründet hatten. Das geschah etwa in Brasilien, Slowenien, Kroatien, der Türkei. CTP wird seit mindestens sieben Jahren von verschiedenen Grenke-Managern geführt. Als Eigentümer firmierten nacheinander die Firmen Soft-Line (Liechtenstein), CTP Holding FZE (Dubai) und Sacoma (Schweiz). Seit Januar gehört Sacoma, und damit CTP, Wolfgang Grenke.

Wer zuvor hinter CTP stand und von den teuren Übernahmen profitierte, ist unbekannt; der Finanzkonzern gibt an, es nicht zu wissen. So bleibt die Frage, ob Wolfgang Grenke persönlich zu den Nutznießern gehörte, was er bestreitet.

Perring findet, die Grenke AG hätte offenlegen müssen, wie eng die Eigner der neuen Töchter mit ihr verbandelt waren. Grenke dementiert, gegen Bilanzregeln verstoßen zu haben, ebenso, dass die Deals zulasten des Konzerns gingen. Im Ausland Franchisepartner aufzubauen, sie finanziell und personell zu unterstützen und später zu übernehmen, habe sich bewährt. »Ehemalige von uns übernommene Franchiseunternehmen«, so Grenke, hätten »ein Fünftel des Neugeschäfts« ausgemacht und Umsatz und Gewinn beflügelt.

Perring hält auch das Geschäft mit Resellern wie Viewble Media für unseriös. Die britische Firma verkaufte Bildschirme



Hamish McKay / REUTERS

Hedgefonds-Investor Perring Drastische Vorwürfe

an Ladengeschäfte, die diese in ihrem Schaufenster platzieren können, um eigene Werbung abzuspielen. Oder Werbefilmen anderer Firmen, die Viewble vermitteln sollte. Grenke bezahlte Viewble die Bildschirme und holte sich das Geld über Leasingverträge von den Einzelhändlern zurück. Die mussten für Bildschirme und Wartung über drei Jahre Monatsraten von 300 Pfund (rund 320 Euro) zahlen.

Doch Viewble ging pleite, die Kunden blieben auf teuren Leasingverträgen sitzen und werfen Grenke und Viewble nun vor, sie abgezockt zu haben; die britische Finanzaufsicht FCA ermittelt. Grenke räumt ein, Viewble die Bildschirme bezahlt zu haben, behauptet aber, über die Vertrags-

Die britische Finanzaufsicht FCA ermittelt bereits wegen der dubiosen Reseller-Geschäfte.

inhalte zwischen Viewble und Händlern nichts gewusst zu haben. Solche Verträge schließe Grenke seit 2018 nicht mehr ab.

Perring unterstellt, dass Grenke im großen Stil wertlose Leasingforderungen nicht abschreibe, um Verluste zu vermeiden. Der Konzern erklärt, der Wegfall einzelner Händler »hätte keinerlei signifikante Folgen« für die Bilanzsumme und andere wichtige Kennzahlen. Man unterhalte Beziehungen zu 40 000 Resellern.

War Viewble ein Einzelfall? Oder lud Grenke, wie Perring unterstellt, betrügerische Reseller durch mangelhafte Risikoprüfung geradezu ein? Ein Analyst der Commerzbank, die Grenke kürzlich noch beraten hatte, mäkelt, die Qualität von Grenkes Vermögenswerten, also letztlich der Kundenbeziehungen, sei schwach, ebenso die Qualität der Unternehmensführung. Andere bemängeln, das rasante Wachstum sei womöglich auf Kosten des Risikomanagements gegangen.

Perring ist also nicht der einzige Kritiker. Aber er zündelt so, dass Grenke selbst

dann implodieren könnte, wenn an den Vorwürfen nur ein wenig dran sein sollte. So unterstellt er Grenkes Banktochter, sie sei ein »Kanal« für Geld aus kriminellen Machenschaften, nennt aber nur ein konkretes Beispiel: Die Grenke Bank führte, wie andere auch, ein Konto der Fintech-Services GmbH, die betrügerischen Finanzplattformen bei der Geldwäsche half.

Wenn die Grenke Bank Ärger mit der Finanzaufsicht bekomme, so Perring, sei das gefährlich. Schließlich garantiere sie für die Schulden des Konzerns. Falsch, kontert Grenke: Die Bank garantiere nicht für Schulden der AG, vielmehr versorge die AG ihre Bank mit Eigenkapital.

Die Verschuldung könnte Grenkes Achillesferse werden. Der Konzern, der wie so viele mit den Folgen der Pandemie kämpft, hat Anleihen von 2,8 Milliarden Euro ausstehen; hinzu kommen kurzfristige Verbindlichkeiten. Anfang Oktober muss eine Anleihe über 120 Millionen Euro zurückgezahlt werden. In der Regel geschieht das durch neue Bonds. Doch die Anleger verlangen für das gestiegene Risiko inzwischen deutlich höhere Zinsen. Eng könnte es 2021 werden: Dann stehen 315 Millionen Euro zur Umschuldung an.

Eine heikle Lage für die Bafin. Sie muss den Vorwürfen gegen Grenke nachgehen und die Bank stabil halten. Der Druck ist enorm, zumal die Beziehung der Bafin zu Perring eine Vorgeschichte hat. Unter dem Pseudonym »Zatarr« hatte Perring Wirecard 2016 aggressiv attackiert. Statt den Vorwürfen nachzugehen, zeigte die Bafin Perring wegen des Verdachts der Marktmanipulation an; die Staatsanwaltschaft ermittelte. Erst 2020 wurde das Verfahren gegen Geldbuße eingestellt.

Im Fall Grenke, behauptet Perring, habe er die Bafin lange vor seiner öffentlichen Attacke informiert. Dem SPIEGEL liegt ein Brief vor, den er am 3. August an Bafin-Chef Felix Hufeld geschickt haben will, nebst einem vorläufigen Report über die angeblichen Missstände. Darin erklärt er großmütig, die Bafin habe »die Gelegenheit zu versuchen, Fehler wiedergutzumachen«, die sie im Fall Wirecard gemacht habe. Er werde vorerst nicht an der Börse gegen Grenke wetten, so Perring.

Perring klagt, er habe nie eine Antwort bekommen, die Bafin erklärt, sie habe den Brief nicht erhalten. Wirft er Nebelkerzen, um die Bafin vorzuführen? Oder hat sie seine Warnung verbummelt? Vergangene Woche schickte Perring einen zweiten Brief, zusammen mit einem aktualisierten Dossier. Die Bafin bestätigt den Eingang.

So undurchsichtig Perrings Spiel sein mag: Nach dem Wirecard-Desaster kann die Bafin seine Vorwürfe nicht ignorieren. Auch wenn sie wie die späte Rache des Zatarrannes wirken. Tim Bartz, Martin Hesse

Teslaland

Standorte In Grünheide lässt Elon Musk in Rekordzeit eine neue Autofabrik bauen. Dabei macht der Tesla-Chef so ziemlich alles anders als die Konkurrenz.

Neben dem Vitrinenschrank voller Erinnerungsstücke, die sich im Laufe einer langen Amtszeit angesammelt haben, hängt im Büro des Bürgermeisters eine große Kartasterkarte. Das Stadtwappen von Grünheide darauf ist ebenso verblasst wie die Schrift: »Netto-Ansiedlungsfläche 300 ha« ist dort gerade noch zu lesen.

Der Vorgänger von Arne Christiani hat das Poster vor 20 Jahren angebracht, als BMW auf dem Grundstück ein Autowerk bauen wollte und dann doch lieber nach Leipzig zog. »Als ich 2003 zum ersten Mal zum Bürgermeister gewählt wurde, habe ich die Karte hängen lassen«, sagt Christiani. Der Kiefernforst am Rande der Gemeinde war fast 17 Jahre lang das Feld seiner Träume.

All die Jahre ist Grünheide stetig gewachsen, aber auch gealtert. Ein Ort, der schön ist für Menschen, die Ruhe schätzen, wenig verlockend hingegen für die Jungen. Jedes Jahr entschuldigte sich Christiani am Tag des Ehrenamts bei den Bürgern dafür, dass es wieder nicht gelungen war, hochwertige Industriejobs anzusiedeln.

Seit einiger Zeit hängen über der alten Karte zwei neue DIN-A3-Kopien, auf denen das Grundstück rot eingefärbt ist. Christianis Traum könnte endlich Wirk-

lichkeit werden, weil der Weltkonzern Tesla auf der Fläche E-Autos bauen will.

Wenn man das Rathaus verlässt und gut 800 Meter durch einen Kiefernwald zum Ortsrand geht, steht man am Peetzsee. Zwei Jahre war Cristiani im Amt, als Johannes Curth und seine Familie sich hier ihren Traum erfüllten. Ein eigenes Haus, umgeben von Wäldern und Seen statt der Mietwohnung am Prenzlauer Berg.

Die Curths kauften ein Grundstück nur wenige Meter vom Ufer des Sees, als die Preise noch günstig waren. Sie bauten ein Haus mit viel Glas, einem großem Garten drum herum, in dem zwei mächtige alte Bäume stehen.

Johannes Curth sieht seinen Traum bedroht, weil sich der von Bürgermeister Christiani erfüllt. »Wir sind wegen der Ruhe und der Natur hierhergezogen«, sagt er, »was wird daraus, wenn Tesla hier Autos baut?« Er fürchtet um die Qualität des Wassers und der Luft, er sorgt sich wegen des zusätzlichen Verkehrs und darum, was mit der verschlafenen 8755-Seelen-Gemeinde geschehen wird, wenn Tesla sie wachküst.

Hinter dem Autobauer steht Elon Musk, ein kompromissloser Macher, dessen Ideen zwischen Kalifornien, dem Mars und Grünheide hin und her springen. Der Chef des weltgrößten Elektroautoherstellers

baut Weltraumraketen und Tunnel zur Personenbeförderung, er wird von seinen Anhängern verehrt, weil er als Unternehmer keine Grenze akzeptiert.

Wie nebenbei verändert dieser Mann nun nicht nur die brandenburgische Provinz, in die er seine Fabrik setzt, sondern auch Deutschland. Das Vorhaben vor den Toren Berlins wird zum Symbolprojekt für eine Industriepolitik in Zeiten der Klimawende. Während deutsche Unternehmen jammern, wenn ihnen die Regierung allzu ambitionierte Klimaziele vorgibt, und ihre Vertreter reflexhaft bremsen – so wie in dieser Woche beim Verkünden der neuen EU-Agenda –, bringt Tesla beides zusammen: nachhaltiges Wirtschaften und Tempo. Atemberaubendes Tempo.

Musks Gigafactory wird in einem Zeitraum in den märkischen Sand gesetzt, in dem hierzulande sonst eher Einfamilienhäuser entstehen. In der ersten Ausbaustufe sollen 12 000 Menschen in drei Schichten rund um die Uhr arbeiten. Nach dem kompletten Ausbau könnten mehr als 40 000 Menschen gut zwei Millionen Tesla herstellen. »Bitte arbeiten Sie bei Tesla Giga Berlin! Es wird super Spaß machen!«, twitterte Musk vor Kurzem auf Deutsch.

Lange haben sich deutsche Automanager und Politiker über den notorischen Twitterer Musk lustig gemacht. Als er 2014 seine Visionen bei einem Mittagessen mit Peter Altmaier, damals Kanzleramtschef, erläuterte und von den Vorzügen des E-Antriebs schwärmte, der sich in allen Fortbewegungsmitteln einsetzen lasse – außer in Weltraumraketen, hielt Altmaier das noch für reichlich crazy. »Damals hätte niemand geglaubt«, sagt der Wirtschaftsminister heute, »dass es einen solchen Erfolg in dieser Technologie geben würde.« Jedenfalls nicht die deutsche Konkurrenz.

Noch 2018, als die Kalifornier Probleme hatten, ihr Model 3 in Serie zu bringen, überlegte Volkswagen, bei Tesla einzusteigen, um Musk die Massenfertigung beizubringen. Doch die Realität hat die Idee längst überholt: An der Börse ist Tesla mittlerweile fünfmal so viel wert wie VW.

Die Zeiten, in denen der Milliardär um einen Termin bei Politikern nachfragen musste, sind vorbei. Als er Anfang September nach Deutschland kam, um auf seiner Baustelle vorbeizuschauen, wurde er gefeiert wie ein Popstar. Fans teilten die neuesten Bewegungsdaten seines Privat-



Julian Stähle / dpa

Unternehmer Musk: »Es wird super Spaß machen!«



Fotos: HC Plambeck / DER SPIEGEL

Bürgermeister Christiani, Bürger Curth: Der Traum des einen ist bedroht, weil sich der Traum des anderen erfüllt

gerbeteiligung und deutsche Verwaltung. Mittlerweile spricht einiges dafür, dass in Grünheide die E-Autos früher vom Band laufen könnten, als das im zentralistischen China der Fall war. Und nicht einmal Corona kann das bislang stoppen.

Das Klischee erfüllte sich nicht. Tesla mag ein knallharter und fordernder Konzern sein, doch er nimmt Kritik ernst und versucht, sie auszuräumen. Musk nutzt – anders als deutsche Konzerne – jede Möglichkeit, die ihm das Planungsrecht gibt, seinen Bau zu beschleunigen. Aber er tut dies auf eigenes Risiko. Auf der anderen Seite zeigt sich die brandenburgische Regierung als geschickter Verhandler im Kampf um das Projekt. Seit dem Zuschlag trifft sich eine Taskforce aus Mitarbeitern der beteiligten Behörden wöchentlich mit den Vertretern von Tesla, um den Fortgang des Projekts zu besprechen.

Axel Vogel gehörte 1980 zu den Gründungsmitgliedern der Grünen. Er arbeitete in der Geschäftsstelle der Partei in Bayern, saß für sie im Bundestag. Nach der Wende kam er 1991 nach Brandenburg. Seit vergangenen Jahr ist er Umweltminister des Bundeslandes.

Nach 40 Jahren bei den Grünen kennt Vogel all die Schlachten, die um industriepolitische Großprojekte im Namen des Umweltschutzes geschlagen wurden. »Ich habe die Tesla-Ansiedlung vom ersten Moment an als große Chance gesehen«, sagt er, »endlich wird der deutschen Automobilindustrie mal die gelbe Karte gezeigt.« Die versuche schon viel zu lange, sich mit faulen Kompromissen wie den Plug-in-Hybriden über die Zeit zu retten.

Der Grüne lobt Musk. »Tesla will erklärtermaßen keine Probleme schaffen, sondern lösen.« Während all der Monate habe das Unternehmen häufig mit Umweltverbänden geredet, um deren Bedenken aus dem Weg zu räumen. So senkte Tesla durch Änderungen an den Plänen den Wasserverbrauch der Fabrik in der

ersten Ausbaustufe von über drei Millionen auf 1,4 Millionen Kubikmeter im Jahr. »Das klingt erst einmal viel«, sagt Vogel, »aber wir haben einzelne Landwirtschaftsbetriebe, die zwischen 600 000 und 800 000 Kubikmeter pro Jahr verbrauchen.«

»Ich kenne kein Unternehmen in Deutschland, das ein solches Projekt vergleichbar durchzieht wie Tesla«, sagt Jörg Steinbach, Brandenburgs Wirtschaftsminister (SPD). Deutsche Unternehmen planten zunächst ihre Fabrik, warteten, bis alle Genehmigungen vorlägen, und fingen dann an zu bauen. »Tesla optimiert die Anlage permanent im laufenden Verfahren«, sagt Steinbach, »das führt zu häufigen Antragsänderungen und ist auch eine große Herausforderung für die Genehmigungsbehörden.« So veränderte der Autohersteller etwa das Design des Werkes komplett und gleich mehrfach. Und zwar so stark, dass im Sommer ein neuer Genehmigungsantrag eingereicht werden musste.

Um das ehrgeizige Zeitziel nicht zu gefährden, treibt Tesla den Bau mit Einzelgenehmigungen voran. Die erste holte sich der Konzern für das Fällen der Bäume, die zweite für das Planieren des Geländes, mittlerweile arbeiten die Bautrupps mit der fünften vorzeitigen Genehmigung. So könnte die Fabrik fertiggestellt werden, bevor die endgültige Genehmigung vorliegt.

Jeder Bauherr hat das Recht dazu. Aber keiner nutzt das Instrument so konsequent wie Tesla. Das Risiko ist, dass der Konzern auf eigene Kosten zurückbauen muss, sollte die Genehmigung verweigert werden. Ein kalkulierbares Risiko. Denn die vorläufige Erlaubnis gibt es nur, wenn die betroffenen Behörden davon ausgehen, dass der Bescheid am Ende positiv ausfallen wird.

Deutsche Autobosse wie Herbert Diess machen längst keinen Hehl mehr aus ihrer Bewunderung für den US-Rivalen. Tesla

sammle die Gewinnmargen »über die gesamte Wertschöpfungskette ein«, impfte der VW-Chef im Januar seinen Topmanagern ein. Der US-Konkurrent sei nicht nur Autobauer, sondern auch Batteriehersteller, Händler und Dienstleister. Dadurch könne Tesla »unvergleichlich gut« Kundenwünsche erkennen und Profit daraus schlagen, und zwar »weit außerhalb dessen, was wir mit unserem konventionellen Autogeschäft können«.

Nun zahlt sich aus, dass Musk vor Jahren den kühnen Plan fasste, ein geschlossenes System aus Tesla-E-Tankstellen und den passenden E-Fahrzeugen aufzubauen. »Wenn die Reichweite eines Elektroautos groß genug ist und es ein Netz von Schnellladestationen gibt«, sagte er schon 2014 im SPIEGEL, »besteht absolut kein Grund mehr für einen zusätzlichen Antrieb.«

Die deutschen Autobosse glaubten damals nicht an einen schnellen Erfolg der E-Mobilität. Schon gar nicht fühlten sich BMW, Daimler und VW für die Infrastruktur verantwortlich. Ihr Argument: Die Zapfsäulen für Benzin und Diesel würden ja auch nicht von den Herstellern betrieben.

Tesla hat europaweit mehr als 5300 E-Zapfsäulen, im Marketing-Sprech: »Supercharger«, aufgestellt. Die deutsche Konkurrenz, das Stromtankstellenkonsortium von BMW, Daimler, VW und Ford mit Namen ionity, kommt gerade mal auf 1300.

Vorige Woche eröffnete Tesla zwölf neue »Supercharger« in Berlin-Schöneberg, und es geschah, was nicht oft geschieht, wenn im Land ein Tankstelle aufmacht: Der Wirtschaftsminister tanzte an. Altmaier hielt eine Lobeshymne auf die Tatkraft der Kalifornier. Die hiesige Industrie könne davon nur profitieren. »Der Standort Deutschland freut sich, dass Tesla zu einer deutschen Marke wird.«

Markus Dettmer, Simon Hage,
Michael Kröger

Warnruf ohne Folgen

Skandale Der Wirtschaftsprüfer EY hat sowohl den Aufsichtsrat als auch die Behörden früher vor krummen Geschäften bei Wirecard gewarnt als bisher bekannt.

Das Dokument aus dem Frühjahr 2019, das die Wirtschaftsprüfer von EY an den Aufsichtsrat von Wirecard schickten, war im nüchternen Slang der Bilanzprofis geschrieben – aber es machte unmissverständlich klar, dass in dem Konzern so einiges schief lief.

»Bei der Durchführung der Konzernabschlussprüfung haben wir die im Folgenden aufgeführten Tatsachen oder Sachverhalte festgestellt, die Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften darstellen oder erkennen lassen«, heißt es in dem nicht öffentlichen, erweiterten Prüfungsbericht für 2018, der dem Aufsichtsrat im April 2019 zugeht und der dem SPIEGEL vorliegt. Das Dokument liegt auch in der Geheimschutzstelle des Bundestags, die Lektüre dürfte Abgeordnete aufhorchen lassen.

Auf fünf Seiten fassen die Wirtschaftsprüfer mehrere »Unregelmäßigkeiten« zusammen, die bei Wirecard bereits ans Licht gekommen waren: etwa ein umstrittener Unternehmenserwerb in Indien, bei dem es unter anderem um mögliche »Interessenkonflikte des Wirecard-Managements«, vermeintliche Scheinbuchungen und einen Bestechungsversuch eines lokalen Prüfers ging; sowie um Privatentnahmen und unautorisierte Banktransaktionen eines Buchhalters einer Wirecard-Tochter in Österreich.

Immer wieder merkt EY an, die Vorwürfe seien untersucht, Maßnahmen ergriffen und keine Hinweise »auf sonstige Gesetzesverstöße« gefunden worden. Die Prüfer hatten die zurückliegenden Jahre schließlich testiert.

Der letzte Sachverhalt, den EY anbringt, hätte den Aufsichtsrat allerdings alarmieren müssen: Die Unregelmäßigkeiten im Asiengeschäft, vor allem in Singapur. Die im Raum stehenden Vorwürfe: Scheingeschäfte bei der Beschaffung und dem Verkauf von Software, fingierte Umsätze, manipulierte Verträge, Buchungen ohne wirtschaftliche Substanz, Unterschriften ohne Vertretungs-

macht, Kreislaufzahlungen durch mehrere Gesellschaften hindurch.

Im Frühjahr 2018 hatte demnach ein Hinweisgeber in Singapur der dortigen Complianceabteilung von Wirecard Informationen weitergereicht, die zur Beauftragung von zwei Anwaltskanzleien führten, um die Sache aufzuklären. EY sei darüber erst nach der Veröffentlichung der Vorwürfe in der »FT« von Wirecard unterrichtet worden. Am 6. Februar 2019 waren bei den Wirtschaftsprüfern außerdem brisante Informationen eines Whistleblowers eingetroffen, die sich mit den Informationen der britischen Zeitung offenbar weitgehend deckten.

Im Anschluss an diese Untersuchungen hätte der Vorstand »entsprechende Korrekturen in der Finanzbuchhaltung vornehmen lassen«, heißt es weiter.

Damit war das Problem für EY aber offenbar nicht aus der Welt. Die Ergebnisse wiesen »auf Schwächen und Verbesserungspotenziale in den Ablaufprozessen und Kontrollen der betroffenen asiatischen Gesellschaften hin« sowie »auf eine verbesserungsbedürftige Einbindung in die konzernweite Organisation in den Bereichen Compliance, Rechnungswesen und Controlling«.

Auch wenn der Warnhinweis aus heutiger Sicht als euphemistische Beschreibung der Problemlage daherkommt, sollte ein Aufsichtsrat ihn verstehen. Zumal die Prüfer noch weiter gingen. In einem 57-seitigen Anhang führen sie die einzelnen Vorwürfe zu Asien und die bisherigen Erkenntnisse dazu Punkt für Punkt auf.

Dort schildert EY unter anderem die Hintergründe, die schließlich zu Korrek-

turen in der Bilanz geführt hatten: »Wir haben größtenteils nicht unterschriebene Vereinbarungen erhalten«, heißt es zu mehreren vermeintlichen Softwaredeals mit Firmen namens Right Momentum und Flexi Flex. In einem Meeting mit einem Vertreter der Wirecard AG habe man »die Information erhalten, dass es keinen realen Softwarekauf und -verkauf mit Right Momentum und Flexi Flex gab«.

Hätte der Aufsichtsrat nicht spätestens nach Lektüre dieses Berichts unmittelbare Untersuchungen einleiten müssen? Und warum hat keine andere Instanz reagiert, etwa die Abschlussprüferaufsichtsstelle APAS oder die Finanzaufsicht Bafin?

Bei EY schien man jedenfalls aufgrund der Whistleblower-Hinweise beunruhigt zu sein. So sehr, dass sich ein EY-Mann am 13. Februar 2019, noch ehe der Prüfungsbericht erstellt war, mit einem Hinweis an die APAS-Leitung wandte. Das tun Wirtschaftsprüfer höchst selten.

Ans Licht brachte diesen Umstand der Finanzausschuss des Bundestags in seiner Sitzung am Mittwoch vergangener Woche. Die Parlamentarier befragten den Leiter der APAS, Ralf Bose, ob seine Behörde womöglich versäumt haben könnte, den Betrug aufzudecken. Bose hatte schon eine Weile geredet, als Danyal Bayaz von den Grünen wissen wollte, ob die APAS in der betreffenden Zeit mal Kontakt mit EY hatte. Das bejahte der Aufsichtsbeamte.

Die APAS indes reagierte nicht weiter auf den Anruf von EY. Aus dem Gespräch hätten sich keine Anhaltspunkte für Verstöße von EY gegen Berufspflichten ergeben, deren Einhaltung zu überwachen Auftrag der APAS sei, erklärt die Aufsichtsstelle. Zwar dürfe sie Informationen weitergeben, die für andere Stellen, etwa die Bafin, relevant sind. Solche seien aus dem Telefonat mit EY »nicht gewonnen« worden. Eine Informationspflicht gegenüber dem für die APAS zuständigen Wirtschaftsministerium bestehe nicht. Und so verhalte der Warnruf erst einmal. Bayaz will den Vorgang im Wirecard-Untersuchungsausschuss des Bundestags untersuchen lassen.

EY äußert sich zu alledem nicht. Gegen Mitarbeiter der Prüfungsgesellschaft liegen Strafanzeigen vor sowie Schadensersatzklagen von Investoren, die EY eine Mitschuld an dem Skandal geben. Das weist EY zurück. Der Anwalt des damaligen Aufsichtsratschefs Wulf Matthias reagierte nicht auf Anfrage. Auch den früheren Mitgliedern des Kontrollgremiums drohen Klagen und Ermittlungen.

Tim Bartz, Martin Hesse, Anne Seith, Gerald Traufetter



Wirecard-Sitz in Aschheim: »Verstöße gegen Vorschriften«

Stunde null

Unternehmer Für Johannes Reck und sein Tourismus-Start-up ging es lange nur bergauf. Bis Corona sein Geschäft pulverisierte. Nun kämpft sich der Gründer zurück – gegen die Krise und Google.

Es war Mitte März, als Johannes Reck, 35, auf seinem Monitor nur noch Kurven sah, die steil nach unten zeigten. Das Geschäft seines Start-ups GetYourGuide ging nicht zurück, es löste sich auf.

GetYourGuide ist als Erlebnisvermittler vor allem bei jüngeren Reisenden beliebt. Viele suchen über die Plattform nach spektakulären Touren am Urlaubsort – um mit den Fotos via Instagram & Co. die Daheimgebliebenen neidisch zu machen. Die Berliner verdienen daran eine Vermittlungsprovision. Ihr Geschäft ist nach eigenen Angaben enorm gewachsen, voriges Jahr um 80 Prozent, auf mehrere Hundert Millionen Euro.

»Mitte März war unser Umsatz bei null, wirklich null«, so Reck. »Beim Aufwachen fragte ich mich, ob das real sein kann; ich fühlte mich wie in einer parallelen Matrix.«

Eben noch waren sie in ein größeres Domizil umgezogen, sichtbares Zeichen ihres Erfolgs. Sie hatten von Bühnendesignern ein paar Räume im Stil beliebter Reiseziele einrichten lassen. Ein schottischer Klub, mit schweren grünen Sesseln und Regalen voller Whiskeyflaschen. Ein »Museum of Modern Art«, in dem bunte Stofftierknäuel von der Decke baumeln. Alles schien so leicht, jedes Ziel – touristisch wie ökonomisch – erreichbar.

Eben noch galt das Unternehmen als Hoffnungsträger der jungen deutschen Wirtschaft, quasi amtlich bestätigt. Minister Peter Altmaier (CDU) hatte die neue Zentrale besucht, Recks Wünschen und Ratschlägen gelauscht und sich in der Aufbruchstimmung gesonnt.

Eben noch hatte sich Reck mit Gesellschaftern in Zürich getroffen und über das Virus im offiziellen Teil kein Wort verloren. Nur beim anschließenden Dinner habe ihn der Vertreter des Staatsfonds von Singapur gefragt, wie die Firma vorbereitet sei, sollte sich die Epidemie von Asien aus zur globalen Welle auswachsen, erinnert sich Reck. Wuhan war bereits abgeriegelt, in Deutschland entwickelte sich der Kreis Heinsberg zu einem Hotspot – mit gerade einmal rund 20 bestätigten Infektionsfällen.

»Ich habe das wahrgenommen und kurz darüber nachgedacht«, sagt Reck. »Aber wir haben es in unseren Zahlen in Europa damals noch gar nicht gesehen und nur schwach in Asien, alles schien weit weg zu sein.« Er macht eine Pause. »Diese Einschätzung war natürlich fatal.«

Reck sitzt in Shorts und Businesshemd in einem Korbsessel des Motivraums »Dschungel«, drum herum Grünpflanzen, oben ein Strohdach. Die neue 11 000-Quadratmeter-Zentrale ist fast komplett leer, fast komplett still. Nur Mitgründer Tao Tao spricht in einem Nebenraum in ein Handy. Die internationale Belegschaft, von der gerade mal 15 Prozent aus Deutschland stammt, ist im Homeoffice, viele Angestellte sind in Kurzarbeit. Eigentlich hatte Reck in diesem Jahr Hunderte zusätzliche Mitarbeiter einstellen wollen. Eigentlich.

2019 war extrem gut gelaufen. Durch eine neue Finanzierungsrunde stieg die Firma in die Riege der »Einhörner« auf – jener jungen Unternehmen, die mit mehr als einer Milliarde Euro bewertet werden. »Es sah so aus, als würden wir 2020 in das Jahr unseres ultimativen Erfolgs starten. Unsere Story war dabei, perfekt zu werden.«

Reck hat das Wachstum seit der Firmen Gründung 2008 lange eher unauffällig und leise gemanagt. Die Idee zu dem Geschäftsmodell entstand, als er mit Freunden nach Peking reiste und die Gruppe vom Gewusel der Metropole überfordert war; erst als ihr Freund Tao eintraf und sie in seiner Geburtsstadt herumführte, konnten sie den Aufenthalt genießen. Das, vermuteten die Studienfreunde, gehe sicher nicht nur ihnen so. Die erste Website schalteten sie Anfang 2010 frei, mit umgerechnet rund 14 000 Euro Startkapital. Nach turbulenten Anfängen ging es immer nur bergauf.

Corona stoppte diesen Aufstieg jäh. Reck musste lernen, eine Krise zu managen. Musste Mitarbeiter und Investoren überzeugen, solidarisch zu sein und auf Geld zu verzichten – nicht einfach, wenn man gerade dreistellige Millionensummen eingefah-



Mitarbeiter im Raum »Dschungel«

»Eine Ohrfeige für alle«

ren hat. Immerhin versteht Reck als studierter Biochemiker etwas von Viren und den Verläufen einer Pandemie. Und weil er als Teenager nach dem Boom den Niedergang der New Economy erlebt hatte, wusste er, dass eine Krise auch Chancen birgt. Wenn man sie als Unternehmen denn überlebt.

Im März war das keineswegs sicher. Die rote Liste in den »Reise-Updates« auf der Firmen-Website wuchs beständig. Wo sonst Trips zu den Drehorten der Serie »Game of Thrones« in Kroatien beworben werden, stand nun unter immer mehr Reisezielen: »Alle Attraktionen und Museen bleiben auf unbestimmte Zeit geschlossen.«

Zugleich prasselten in jenen Tagen die Stornierungen herein. Viel zu viele, erinnert sich Reck, um noch hinterherzukommen. Die Plattform wirbt mit einer Geldzurück-Garantie. Auf einen Masseneinbruch war sie nicht vorbereitet. »Wir brauchten jede Menge flüssige Mittel, hatten viel mehr Arbeit als sonst und keinen Umsatz.« Der Gründer ließ seine Softwareentwickler ein Programm schreiben, das Stornos abwickelt, und konnte die Rückerstattung so automatisieren. »Es ging in der ersten Phase nur darum, die akuten Blutungen zu stoppen, um den Patienten irgendwie zu stabilisieren«, sagt Reck.

Doch nicht nur die Kunden wurden nervös und wollten ihr Geld zurück. Auch große Investoren blickten besorgt auf ihre Engagements im Tourismus, jene Branche, die Corona am heftigsten getroffen hat.

Einige drängten auf schnelle und harte Einschnitte. 30 bis 40 Prozent der Mitarbeiter sollten gehen, sofort, so Reck. »Ich hatte Angst, dass wir damit zerstören, was wir über Jahre aufgebaut haben.« Reck bat um etwas Zeit und entwickelte eine Alternative, er nannte sie »Wellen-Strategie«.

Reck setzte auf Staatshilfen wie Kurzarbeit, vor allem aber auf die Solidarität der eigenen Mitarbeiter. Sie sollten große Teile ihres oft nicht üppigen Gehalts in rabattierte Anteile an der Firma umwandeln. Er selbst und seine Mitvorstände verzichteten auf die Hälfte ihrer Bezüge, ohne weitere Anteile, so Reck.

Nicht jeden Gesellschafter konnte der Gründer damit überzeugen. Vor allem den Amerikanern habe er erst ausführlich die Vorzüge des deutschen Sozialstaats und des Kurzarbeitergelds erklären müssen, erinnert sich Reck. Schließlich habe er gesagt: »Ich hafte für diese Strategie.« Er habe vom Gelingen seine Position abhängig gemacht. In dieser Zeit ist er viel laufen gegangen: Langstrecke, sein Hobby.

Reck kämpfte, verhandelte, redete, überzeugte. Viele zogen mit – doch einer der wichtigsten Partner stellte sich quer: Google. Die Berliner überweisen dem Tech-Giganten jährlich zweistellige Millionensummen, damit ihre Angebote ganz oben stehen, wenn Nutzer nach Aktivitäten im Urlaub suchen.



Annette Hauschild / OSTKREUZ

GetYourGuide-Mitgründer Reck: »Ich hafte für diese Strategie«

Google sei bis heute hart geblieben und »komplett unsolidarisch«. Der Konzern habe keinerlei Rückerstattung für verpuffte Werbung angeboten. »Es sah zeitweise sogar so aus, als müssten wir Google-Rechnungen aus Nothilfen der Regierung bedienen«, sagt Reck. »Und nicht nur wir.« Ausgerechnet der billionenschwere Tech-Konzern, der in der Krise weniger litt als andere, habe sich »null bewegt«.

Reck vermutet dahinter nicht nur Kaltchnäuzigkeit, sondern auch das Kalkül des Monopolisten: »Sie wissen, wir müssen wiederkommen und weiterwerben.« Womöglich wolle der Weltkonzern sogar einen Wettbewerber klein halten. Google habe seine eigenen Reiseangebote ja stetig ausgebaut.

Der GetYourGuide-Gründer ist ein eher gelassener Typ, aber das Verhalten des Tech-Riesen regt ihn auf. Die Amerikaner nutzen für den Aufbau eigener Tourismusangebote nicht nur die Werbeeinnahmen sondern auch die Informationen ihrer Geschäftskunden, sagt Reck. Er beobachte das schon lange. Nun hat er sich entschieden, dagegen vorzugehen und mitten in der Krise einen zweiten Kampf zu beginnen. Mit den Gründern von HometoGo und FlixBus sowie weiteren Start-ups hat er ein Papier verfasst. Es ist scharf formuliert: »Google stiehlt Inhalte und Daten von seinen Partnern im Reisemarkt, um mit ihnen in Konkurrenz zu treten.«

Auch über seinen Twitter-Kanal teilt er ausgiebig gegen Google aus, klagt, dass

der Konzern zu wenig Steuern zahle und seine Marktmacht missbrauche. Als der Google-Chef unlängst vor dem Kongress aussagte, man habe im Reisesektor starken Wettbewerb, twitterte Reck: »Das ist einfach nicht wahr und eine Ohrfeige für alle in diesem Geschäft.«

Reck weiß, dass er allein wenig ausrichten kann. Sein Netzwerk reicht allerdings über die eigene Branche hinaus, in der Krise beriet er sich in einer WhatsApp-Gruppe mit anderen deutschen Managern. Seine Tweets werden von Politikern aus CDU und FDP geteilt. Und er wirkt fest entschlossen, sich zu wehren: »Die Bedrohung durch Google ist mittelfristig für uns existenzieller als die durch Corona.«

Google bestreitet auf Anfrage, eigene Angebote zu bevorzugen oder Daten anderer zu missbrauchen. Zudem habe man bessere Zahlungsmodalitäten vorgeschlagen. Reiseunternehmen wie GetYourGuide profitierten von den offerierten Anzeigen-gutschriften.

Beim Treffen im »Dschungel« wirkt es fast so, als habe die Krisenerfahrung Reck angstfreier gemacht, obwohl die Pandemie ja nicht vorbei ist. In Frankreich und Österreich etwa stiegen die Zahlen der Neuinfizierten zuletzt wieder. Aber seine Firma lebt; es gehen wieder neue Buchungen ein. Im Juli lag der Stand bei einem Viertel des Vorjahresniveaus, an Spitzentagen im August schon wieder bei 60 Prozent, aktuell hat sich der Wert bei einem Drittel eingependelt. Immer noch ein krasses Minus.

Doch bislang scheint Recks Strategie aufzugehen: Sein Personal zog mit 98 Prozent hätten sich beteiligt und im Schnitt 30 Prozent ihres Gehalts umgewandelt, sagt er. »Wir haben dramatisch die Kosten reduziert, ohne jemanden zu entlassen.« Mit weiteren Einsparungen, den staatlichen Hilfen und der Kapitalspritze aus dem Vorjahr könne er »selbst im ungünstigsten Fall zwei, drei Jahre überleben«.

Aus seiner Sicht befindet sich der Patient, die Firma, nun in Phase zwei, der Heilung. Und er hat bereits Pläne für die Zeit danach: »Von Hunderten Millionen Umsatz auf null und dann wieder zurück und vielleicht in Zukunft ein Börsengang – das gab es meines Wissens noch nicht in der Wirtschaftsgeschichte.«

Die bis dato wohl wichtigsten Tage in seinem Leben hat Reck ohnehin schon hinter sich gebracht. Es war ein Dienstag Ende März, als er den Mitarbeitern die deprimierenden Zahlen präsentierte und an sie appellierte, den Gehaltstausch in Aktien mitzumachen. Abends fuhr er nach Hause zu seiner hochschwangeren Frau. »Ich habe ihr erschöpft gesagt, nun kann das Kind kommen.« Am Wochenende darauf fuhren sie in die Klinik – und wurden Eltern. Marcel Rosenbach

DER SPIEGEL

5 Outdoor-Prämien zur Wahl

Jetzt einen neuen Leser werben und Ihre Prämie sichern!



bonvelo

bonvelo BLIZZ Singlespeed Bike

Stabiler Stahlrahmen, Flip-Flop-Nabe für Freilauf und Fixed Gear. 4 Farben und 4 Größen zur Wahl. Zuzahlung: € 199,-.

Wählen Sie Ihre Lieblingsfarbe:





Stand-up-Paddle-Surfboard im Set

Hochwertiges Allround-Board für Anfänger und Fortgeschrittene. Maße: 320 x 76 x 15 cm. Zuzahlung: € 139,-.



JBL Flip 5 Bluetooth-Lautsprecher

Robust und wasserdicht. Bis zu 12 Stunden Spielzeit. Maße: 181 x 69 x 74 mm. Ohne Zuzahlung.



Kärcher-Hochdruckreiniger K2

Modell »Full Control Home« mit Druckregulierung. Ideal für größere Flächen rund ums Haus. Ohne Zuzahlung.



Polar-Fitnessuhr »Ignite«

Die neue Generation mit GPS, Farb-Touch-TFT-Display und vielen nützlichen Funktionen. Ohne Zuzahlung.

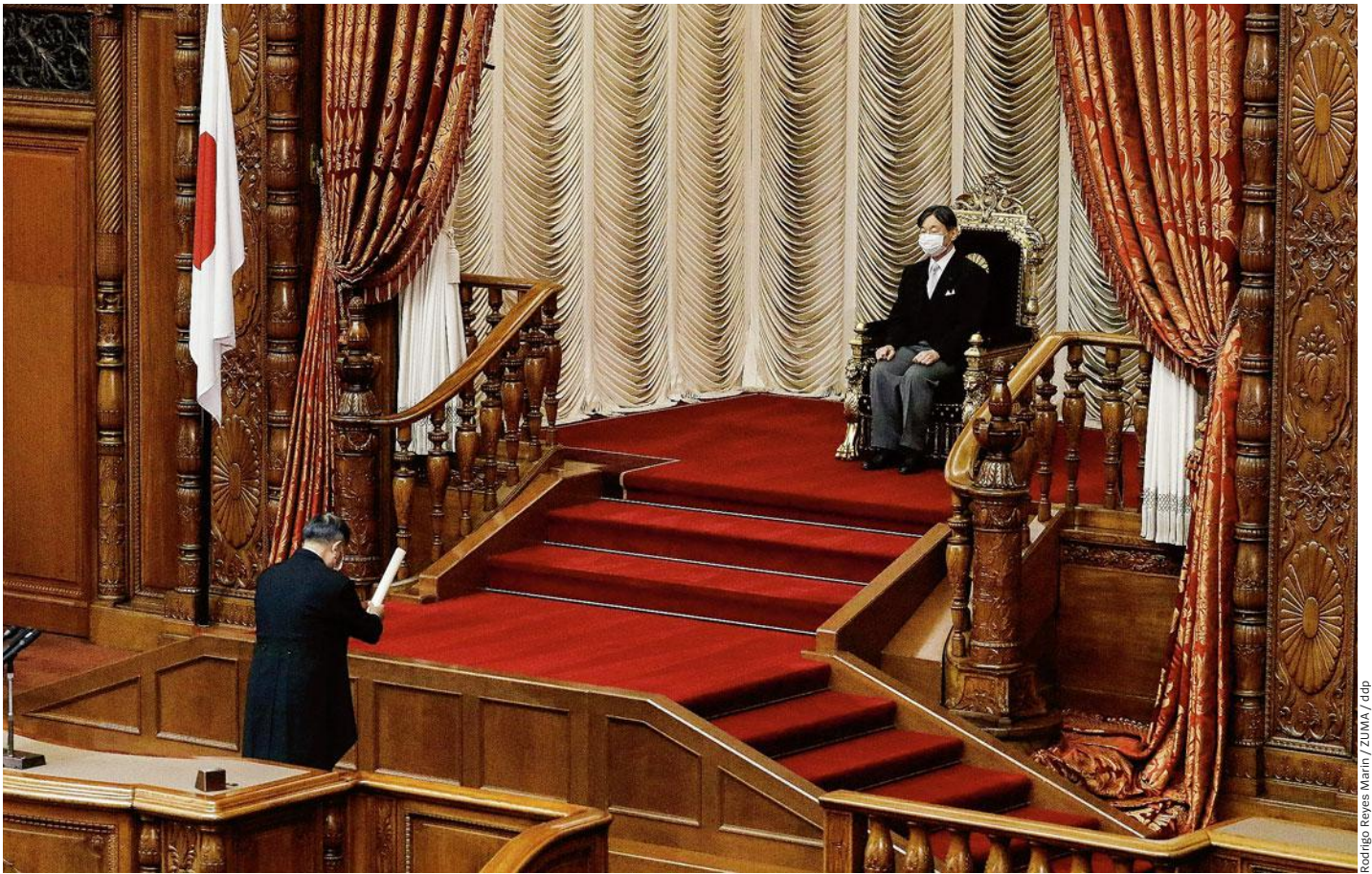
Einfach jetzt bestellen:

 **abo.spiegel.de/p20**

oder telefonisch unter: 040 3007-2700

DER SPIEGEL zum Vorzugspreis von nur €5,30 statt €5,50 je Ausgabe.

Ausland



Rodrigo Reyes Marin / ZUMA / ddp

Japans neu gewählter Ministerpräsident Yoshihide Suga verbeugt sich nach seiner Vereidigung vor Kaiser Naruhito. Der Politiker der Liberaldemokratischen Partei tritt die Nachfolge von Shinzo Abe an, der nach fast acht Jahren im Amt aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten ist. Mit 71 Jahren ist Suga der älteste Premierminister Japans seit fast 30 Jahren. Er hat angekündigt, die Politik seines Vorgängers fortzuführen.

Gut fürs Geschäft

Analyse Beim Deal zwischen Israel und den Golfstaaten geht es nur vordergründig um Frieden.

● Donald Trump ist stolz darauf, auch als US-Präsident der Logik eines Geschäftsmanns zu folgen. Nun ist ihm ein Deal geglückt, bei dem er mit wenig Einsatz viel für sich selbst erreicht hat. Die Golfmonarchie Bahrain hat, wie kurz zuvor schon die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), auf Betreiben der USA ein Abkommen zur Normalisierung ihrer Beziehungen zu Israel unterzeichnet. Trump und der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu, beide innenpolitisch in Bedrängnis, inszenierten sich bei einem gemeinsamen Auftritt diese Woche in Washington als Staatsmänner, die den Frieden in der Welt voranbringen.

Dabei hat ihr Deal mit Frieden wenig zu tun. Die VAE, Bahrain und Israel befanden sich nie im Krieg miteinander. Es geht vor

allem um Geschäfte – und um Wahlkampfhilfe für Trump. Die VAE bekamen für ihre Unterschrift von Netanyahu wohl das Zugeständnis, dass sie neueste US-Kampffjets kaufen können. Bisher behielt sich Israel dieses Privileg vor. In Israel wiederum rechnet man nun mit Milliardeninvestitionen von arabischen Golfstaaten. Und Bahrain hofft auf Schutz vor Iran, das die mehrheitlich schiitische Bevölkerung gegen das Königshaus aufstacheln könnte.

Die Abkommen spiegeln wider, dass Iran von vielen Arabern als größte Gefahr wahrgenommen wird. Dafür verbündet man sich auch mit dem alten Erzfeind Israel. Die handlungsunfähige palästinensische Führung ist vollends diskreditiert. Ihre Kritik an dem Deal wurde beim letzten Treffen der Arabischen Liga abgeschmettert. Aus den VAE hieß es, die Palästinenser sollten ihre Ansprüche herunterschrauben. Es ist wohl eine Frage der Zeit, bis die palästinensischen Vertreter radikaleren Kräften weichen werden. Während der Unterzeichnung der Abkommen schlugen aus dem Gazastreifen Raketen militanter Palästinenser in Israel ein. Raniah Salloum

Ungarn

Plötzlich Staatsfeind

● In Deutschland hat sich der Politikberater Gerald Knaus als Erfinder des EU-Türkei-Flüchtlingsdeals einen Namen gemacht. In Ungarn ist der Österreicher nun über Nacht zum Staatsfeind geworden.

Landesweit erschienen in den vergangenen Tagen etliche Dutzend Artikel über den Chef des Berliner Thinktanks European Stability Initiative (ESI). Und sie haben alle den gleichen Tenor: Knaus – der vorher praktisch unbekannt war in Ungarn – sei ein »Agent« des Milliardärs George Soros. Er setze dessen angeblichen Plan ins Werk, Ungarn zu zerstören, indem er Hunderttausende muslimische Einwanderer nach Europa hole.

Die Kampagne – da sind sich Budapest-Politologen sicher – muss von ganz oben befohlen worden sein. In Ungarn kontrolliert die

Regierungspartei Fidesz unter Premier Viktor Orbán nicht nur das staatliche Fernsehen, sondern auch über 400 Lokalzeitungen, viele Radio- und TV-Stationen sowie Internetportale. Die Orbán-nahen Medien scheinen sich bei ihrem Feldzug gegen Knaus nicht daran zu stören, dass letztlich infolge seines Plans weniger und nicht mehr Flüchtlinge nach Europa kommen.

In Budapest ärgert man sich offenbar über die jüngste Rechtsstaatlichkeit in Europa. Knaus wirbt für die Idee, die EU möge in Zukunft ihre Fördergelder nur noch an Staaten auszahlen, die demokratische Kriterien erfüllen. Und dabei steht Ungarn schlecht da. Seit 2018 läuft ein Prüfverfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrages gegen das Land – wegen Verstößen gegen das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. JPU



Anti-Soros-Plakat der Regierung 2017



Baginskaja (r.)

Belarus »Der Feigling muss gehen«

»Nina, Nina!«, rufen Demonstrierende auf den Straßen in Minsk, wenn sie Nina Baginskaja sehen. Die 73-Jährige ist zu einer Symbolfigur der Proteste gegen Machthaber Alexander Lukaschenko geworden.

SPIEGEL: Frau Baginskaja, Sie gehen seit sechs Wochen jeden Tag auf die Straße. Was treibt Sie an?

Baginskaja: Lukaschenko hat uns um unsere Wahl betrogen. Er raubt uns Freiheit und Glück. Dieser Feigling muss endlich gehen. Er schickt seine Sicherheitskräfte vor, das sind alles Banditen, viele tragen keine Abzeichen mehr. Sie schlagen uns, zerren selbst Mädchen und Frauen in die Gefängnis-transporter. Es ist unser Recht, gegen die gefälschten Ergebnisse zu demonstrieren, wir tun das friedlich.

SPIEGEL: Haben Sie keine Angst?

Baginskaja: Nein, wovor denn? Dass sie mich in eine Einzelzelle sperren? Ich bin überzeugt davon, dass sie eine alte Frau nicht ins Gefängnis stecken. Die sind ja nicht blöd, wissen, dass es nur Ärger gäbe, wenn ich dann dort sterben sollte.

SPIEGEL: Viele der Demonstranten nennen Sie wegen Ihres Mutes eine Heldin, machen Fotos mit Ihnen.

Baginskaja: Ruhm kommt und geht. Wie kann man keinen Widerstand leisten gegen dieses Regime, das uns, unsere belarussische Sprache und unsere Nationalsymbole mit Füßen tritt? Das ist mein Staat, meine Kultur, ich weiß, was Gerechtigkeit ist.

SPIEGEL: Wie geht es weiter?
Baginskaja: Ich unterwerfe mich nicht. Ich werde protestieren – egal wie viele mit dabei sind. Wir müssen Druck machen, auch weil Putin Lukaschenko hilft, müssen Streiks in großem Maßstab organisieren, in den Staatsbetrieben und Flughäfen. Wenn Tausende die Arbeit niederlegen, haben die Sicherheitskräfte keine Chance mehr. **HEB**

Türkei

Beleidigter Präsident

● Entweder der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat viele Feinde. Oder er ist schnell gekränkt. Oder beides. Jedenfalls hat kein türkischer Staatschef vor ihm je so viele Ermittlungen wegen vermeint-

licher Präsidentenbeleidigung angestrengt. Allein im vergangenen Jahr wurden die Behörden in 36 066 Fällen aktiv. Das zeigen Daten des türkischen Justizministeriums, die die regierungskritische Istanbul-Zeitung »Birgün« ausgewertet hat.

Mehr als 12 000 Personen, unter ihnen mehrere Hundert Minderjährige, standen dem-

nach 2019 vor Gericht. 3831 Angeklagte wurden zu Haft- oder Geldstrafen verurteilt.

Auch der ehemalige Grünen-Bundestagsabgeordnete Memet Kılıç soll Erdoğan beleidigt haben. Der Anwalt hatte den türkischen Präsidenten in einem Interview unter anderem mit »Vaterlandsverrätern« verglichen. Nun soll er sich dafür in der kommenden

Woche vor Gericht verantworten. Bei einem Schuldspruch drohen dem deutsch-türkischen Doppelstaatler bis zu vier Jahre Haft. Auf Rat seines Anwalts wird Kılıç nicht aus Deutschland zum Prozess nach Ankara reisen. Ähnliche Fälle in der Vergangenheit hätten ihn den Glauben an eine unabhängige türkische Justiz verlieren lassen, sagt er. **ASC**



Regierungschef Johnson

Zum Verrücktwerden

Brexit Großbritanniens Premier wütet, droht, bricht internationales Recht. Und die EU? Lässt Boris Johnson ins Leere laufen, als wäre nichts passiert. Wie sich die Gespräche zwischen London und Brüssel zunehmend in einen Nervenkrieg verwandeln.

Im Juni 2018, fast genau zwei Jahre nach dem Brexit-Referendum, trat der damalige britische Außenminister im ehrwürdigen Institute of Directors in London auf. Es war eine vertrauliche Veranstaltung, aber ein Tonbandmitschnitt fand alsbald seinen Weg an die Öffentlichkeit.

»Stellen Sie sich vor, Donald Trump müsste den Brexit stemmen«, sprach also Boris Johnson. Der US-Präsident, den er »zunehmend bewundere«, würde »verdammt hart« in die Verhandlungen gehen: »Es würde zahllose Zusammenbrüche geben, jede Menge Chaos. Alle würden denken, er wäre verrückt geworden. Aber vermutlich würde man so ans Ziel gelangen.« Er sei inzwischen überzeugt davon, so Johnson, »dass hinter Trumps Wahnsinn Methode steckt«.

Am Montag dieser Woche stand Boris Johnson, inzwischen Premierminister des Vereinigten Königreichs, im Unterhaus des

Parlaments und hielt eine, selbst für seine Verhältnisse, ungeheuer wirre und provokative Rede. Brüssel, polterte er, habe in den Verhandlungen um ein Handelsabkommen »einen Revolver auf den Tisch« gelegt. Es sei »bewiesen«, dass »einige in der EU« eine »Blockade« in der Irischen See planten, um Nordirland von Lebensmittellieferungen abzuschneiden und so das Königreich zu »zerstückeln«. Konkreter wurde er nicht. Aber: Um das zu verhindern, habe er ein neues Gesetz vorgelegt – es handle sich quasi um Notwehr.

Dass dieses Gesetz zum britischen Binnenmarkt selbst nach Auffassung von Downing Street internationales Recht bricht, dass Johnson damit das von ihm selbst verhandelte und als »fantastisch« bezeichnete Austrittsabkommen mit Brüssel mit Füßen tritt, dass er den fragilen Frieden in Nordirland aufs Spiel setzt – sei's drum. Er wolle das nicht, aber es müsse sein, so der Regierungschef. Basta.

Und so sackte das ohnehin miserable Verhältnis zwischen London und Brüssel diese Woche auf einen neuen Tiefpunkt. Dreieinhalb Monate vor Ende der Brexit-Übergangsfrist, in der die Briten noch wie ein EU-Mitglied behandelt werden, ist unklarer denn je, ob beide Seiten sich gütlich werden einigen können. Oder ob am Neujahrstag 2021 ein vertragsloser Bruch zwischen der EU und der sechstgrößten Volkswirtschaft der Welt besiegelt sein wird. Gefolgt von jahrelangen Scharmützeln vor einem internationalen Gericht und womöglich gar einem Handelskrieg. Ein Ergebnis, das keiner der beteiligten 28 Nationen nützen, aber einer, der britischen, unendlich mehr schaden würde.

Selbst in den eigenen Reihen verstehen mittlerweile nur noch wenige, was ihr Chef da gerade tut. Eine neue Tory-WhatsApp-Gruppe heißt »wtfisingon?« – what the fuck is going on? Und sogar unter Johnsons gläubigsten Brexit-Jüngern stellen

sich manche die Frage: Ist der Premierminister, inmitten der Großkrisen Corona und Brexit und noch geschwächt von seiner eigenen Virusinfektion, durchgedreht?

Es gibt aber andere, die glauben, dass auch dieser Wahnsinn Methode hat. Dass Johnson nun wirklich dem Vorbild Trump naheifert – und vielleicht noch mehr dessen Vorgänger Richard Nixon. Von dem weiß man, dass er Ende der Sechzigerjahre, wegen des Vietnamkriegs in verzweifelter Lage, mit seinen Adlaten eine Strategie ersann, die als »madman theory« in die Geschichte einging. Damals streuten US-Gesandte in Hanoi und Moskau gezielt Gerüchte, Nixon sei nicht mehr Herr seiner Sinne und werde daher womöglich sogar Atombomben einsetzen, um den Krieg für sich zu entscheiden.

Tatsächlich spricht manches dafür, dass auch Johnson und sein als »Karriere-Psychopath« verschriener Chefstrategie Dominic Cummings die Welt nun glauben lassen wollen, sie setzten auf die nukleare Option. Er wäre ein Spiel mit offenem Ausgang. Der Einsatz ist gewaltig, ein Gewinn nicht garantiert. Aber das muss die beiden nicht interessieren, den Preis im Fall eines Scheiterns würden andere zahlen, nämlich die britischen Bürger. Außerdem haben Johnson und Cummings schon einmal bewiesen, dass sie bereit sind, bis zum Äußersten zu gehen – egal wer oder was dabei auf der Strecke bleibt.

Um das Londoner Drehbuch dieser Tage zu verstehen, lohnt es sich, zurückzublicken in die Brexit-Staffel vom Herbst 2019. Damals war Johnson erst wenige Monate im Amt, von seiner Vorgängerin Theresa May hatte er einen Brexit-Deal geerbt, der mehrfach durchs Parlament gerasselt war. Der Neue in Downing Street stand vor einer praktisch unlösbaren Aufgabe: Binnen Wochen musste er die Vereinbarung mit der EU irgendwie aufschnüren und ändern, und das Parlament, in dem seine Partei keine Mehrheit mehr hatte, ausmanövrieren. Sein einziges Ziel: »Get Brexit Done«.

Ausgerechnet in einem Hochzeitshotel in Cheshire verblüffte der Scheidungswillige die EU mit einem Zugeständnis: Um eine harte EU-Außengrenze zwischen Nordirland und Irland zu verhindern, akzeptierte er bei einem Tête-à-Tête mit Irlands Regierungschef, dass Nordirland für mindestens vier Jahre faktisch Teil der EU-Zollunion bleiben werde. Die nötigen Tier- und Warenkontrollen zwischen Großbritannien und Nordirland sollten in Häfen an der Irischen See stattfinden.

Jeder Brexiteer, allen voran Johnson, hatte das stets abgelehnt, es konterkarierte die Vision eines völlig von EU-Fesseln befreiten »Global Britain«. Aber da hatte der Konservative daheim schon für derart umfassendes Chaos gesorgt, dass seine Kritiker vollauf beschäftigt waren.

Kurz vor seinem Einknicken vor der EU hatte Johnson das Parlament illegal in eine Zwangspause geschickt und fast zwei Dutzend teils hochrangige Parteifreunde vor die Tür gesetzt. Er kündigte an, Gesetze nicht zu befolgen, und ließ streuen, dass er Downing Street selbst nach einem Misstrauensvotum nicht räumen werde. Kurzum: Johnson brach eine Verfassungskrise vom Zaun, wie es sie nie gegeben hatte.

Aber am Ende bekam er seinen Willen: Zermürbt vom Brexit-Kleinkrieg stimmte die Opposition letztlich Neuwahlen zu. Johnson konnte mit der Behauptung, er habe der EU Änderungen am angeblich

unveränderbaren May-Deal abgerungen, in den Wahlkampf ziehen. Im Dezember gewann er glorreich und unterschrieb kurz darauf das völkerrechtlich verbindliche Austrittsabkommen mit der EU – sieben Tage später war der Brexit »done«.

Konnte man meinen.

Das Nordirlandproblem der Brexiteers war mit Johnsons politischem Zaubertrick aber nicht verschwunden. Dass es beizeiten wieder auf dem Tisch landen würde, war absehbar. Schon vier Wochen nach seinem Hochzeitshotel-Geflüster prahlte Johnson vor nordirischen Unternehmern wahrheitswidrig, der Handel zwischen Großbritannien und Nordirland werde reibungslos bleiben. Sollte die EU Zollformulare schicken, könne man sie getrost »in die Tonne treten«. Johnson wiederholte das fortan bei jeder Gelegenheit. Sein Brexit-Beauftragter Michael Gove wand sich unterdessen in Verhandlungen mit Brüsseler Diplomaten, als er gefragt wurde, ob seine Regierung das Austrittsabkommen in jedem Fall voll respektieren werde.

Kaum jemand in der EU jedoch glaubte, dass Johnson so weit gehen würde, internationales Recht zu brechen. Bis er eben nun sein Gesetz vorlegte, mit dem er entscheidende Teile des Austrittsabkommens aushebeln könnte. Es soll London allein die Befugnis geben zu entscheiden, welche Güter auf dem Weg nach Nordirland wie kontrolliert werden müssen. Effektiv könnten dann problematische Lebensmittel und Waren über Nordirland ihren Weg in die EU finden, es sei denn, Brüssel errichtete eine harte Grenze auf der irischen Insel – ein Schritt, den um des Friedens willen alle vermeiden wollten.

Wieder rollt Johnson also mit der Abrissbirne durch Westminster – und ramponiert diesmal Großbritanniens Rolle als Vorreiter und Schutzmacht eines regelbasierten internationalen Rechtssystems.

Entsprechend groß ist die Aufregung: Alle fünf noch lebenden Vorgänger Johnsons sind vereint in ihrer Abscheu. Im Unterhaus haben namhafte Tories ihren Widerstand angekündigt, wenn das Gesetz kommende Woche in seine entscheidende Abstimmung geht. Peinlich für Johnson auch: Im House of Lords wird die Rebellion von Ex-Parteichef Michael Howard und Ex-Schatzkanzler Norman Lamont angeführt – beide überzeugte Brexiteers.

Johnson kann auch das egal sein. Seine Mehrheit ist so groß, dass die Rebellen, denen er inzwischen Zugeständnisse gemacht hat, das Gesetz allenfalls verzögern, aber wohl nicht verhindern können. Das Ultimatum der EU, die umstrittenen Paragraphen bis Ende September zurückziehen, nimmt er bislang nicht ernst. Genauso wenig die Drohung der US-Demokraten, den von den Brexiteers so dringend benötigten Handelsvertrag mit Washington im Kon-



Düstere Aussichten

Mögliche Folgen eines »No Deal«-Brexits

Handel

Es würden zukünftig die Regeln der Welthandelsorganisation gelten.

6,6 Mrd. €

pro Jahr müsste Großbritannien zusätzlich für Zölle ausgeben.

Autoindustrie

Hersteller müssten 10-prozentige Ausfuhrzölle zahlen. Ein durchschnittliches Familienauto aus der EU würde in Großbritannien etwa

1600 €

mehr kosten als heute.

Grenzkontrollen

Zwei Minuten mehr bei der Grenzkontrolle am Eurotunnel in Dover bedeuten

16 km

mehr Stau.

Irish-nordirische Grenze

Die Regeln des EU-Binnenmarktes und der Zollunion wären ungültig.

40 000 Jobs

in Nordirland, die vom Außenhandel mit der EU abhängen, wären bedroht.

Quellen: Guardian, SMMT, Highways England, Imperial College, The Department for the Economy



Johnson-Karikatur aus der »Times«: »Hier meine Antwort auf das Austrittsabkommen«

gress zu blockieren, sollte London in Nordirland weiter mit dem Feuer spielen.

Wieder richtet Johnson maximales Chaos an. Wieder riskiert er eine Verfassungskrise. Wieder erscheint er der Welt als »madman«, der sein Haus lieber abfackelt, als »einer fremden Macht« den Zutritt zu gestatten. Dass das von Johnson vorgelegte Gesetz gar nicht geeignet wäre, die von ihm behauptete EU-Lebensmittelblockade zu stoppen, passt so gesehen ins Bild eines Regierungschefs außer Rand und Band. Als Labour-Mann Ed Miliband im Unterhaus eine Erklärung dazu forderte, blieb Johnson wie ein ertappter Pennäler auf seiner Regierungsbank hocken.

Aber vielleicht folgt, was irre wirkt, auch dieses Mal wieder einem nüchternen Kalkül. Das zumindest glaubt Ivan Rogers, der ehemalige EU-Botschafter Großbritanniens, der in den vier Jahren des Brexit-Dramas schon häufig mit erschreckend präzisen Vorhersagen aufgefallen ist und früh eine schmutzige Scheidung prophezeit hat.

Johnson, sagt Rogers, stehe auch jetzt wieder vor einem kaum lösbaren Problem. Da sich die Verhandler aus London und Brüssel seit Monaten im Kreis drehen, sei klar, dass Ende des Jahres bestenfalls ein provisorisches, lückenhaftes Handelsabkommen erreicht sein könne. Warenkontrollen und damit Staus in Dover, unterbrochene Lieferketten, höhere Verbraucherpreise und viele weitere Einschnitte im öffentlichen Leben seien unvermeidlich – die Unterschiede zu einem vertragslosen Bruch damit gar nicht mehr so groß.

Das aber könne die Regierung den Briten »nicht leicht als Triumph verkaufen«, so der Ex-Diplomat. Daher inszeniere Johnsons Ausputzer Cummings nun eine

Neuaufgabe der Krise vom letzten Herbst. »Cummings will Kulturkriege, er will einen Kampf mit dem House of Lords, mit der Justiz.« Und natürlich mit der EU.

Johnson, wegen seines stümperhaften Umgangs mit der Coronakrise unter enormem Druck, braucht einen Triumph. Und den bekäme er nur, wenn die EU seinem Land doch noch Zugang zu ihrem Binnenmarkt erlaubte, ohne erhebliche Gegenleistungen zu verlangen. Oder wenn es ihm gelänge, sich als heldenhaften Widerstandskämpfer zu porträtieren, der vor den EU-Erpressern nicht kapituliert hat.

»Ein No Deal mag noch etwas schlechter sein als ein skelettöser Deal«, sagt Rogers. Aber dann müsse Johnson ein Scheitern der Gespräche »dem bösen Imperium« EU in die Schuhe schieben können. Idealerweise, indem er Brüssels Sachwalter derart brüskiert, dass diese den Verhandlungstisch verlassen. So ließe sich ein wirtschaftliches Desaster womöglich noch politisch ausschlichten – frei nach Donald Trump: The Art of No Deal.

Dumm jedoch für Johnson: Bislang macht die EU keine Anstalten, die Gespräche abzubrechen. Im Gegenteil: »Stay calm and negotiate«, der Spruch, mit dem EU-Verhandlungsführer Michel Barnier die Briten schon früher zur Weißglut gebracht hat, gilt noch immer. Fast schon aufreizend gelassen wiesen EU-Unterhändler darauf hin, dass die nächste offizielle Runde Ende September beginnt. »Ich glaube, es wäre ein Fehler, die Verhandlungen abzubrechen«, sagt ein EU-Beamter. »Es sollte schon klar sein, wer verantwortlich ist, wenn die Gespräche scheitern.«

Und auch wenn vor allem in Frankreich bereits nach harten Sanktionen gerufen

wird, hält die EU die Zeit offenbar noch nicht für gekommen. Trotz Johnsons Eskalation ließ Brüssel durchblicken, man werde London in Kürze bescheinigen, dass die britischen Finanzmarktregeln gleichwertig mit denen der EU sind. Die Banken der City of London könnten ihre gewohnten Geschäfte in der EU dann auch künftig weiterführen. Aber allein der Verweis auf dieses Thema ist ein Vorgeschmack darauf, welche Konflikte nach einem harten Bruch womöglich drohen.

Sollte Johnson gehofft haben, wenigstens bei den 27 Staats- und Regierungschefs für Eindruck zu sorgen, wurde er ebenfalls enttäuscht. Beim EU-Sondergipfel kommende Woche soll das Thema Brexit überhaupt nicht aufgerufen werden, es geht um dringende außenpolitische Fragen, etwa das Verhältnis zur Türkei. Angela Merkel und Emmanuel Macron, die nach Londoner Lesart den Schlüssel zu einem Durchbruch in der Hand halten, lassen einstweilen kein Interesse erkennen, mit Johnson in den Nahkampf zu gehen. Ebenso wenig EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Sie ließ die Briten am Mittwoch in ihrer Rede zur Lage der EU knapp wissen, der »beste Unterhändler« sei immer noch Michel Barnier.

Um den Brexit soll es, so die derzeitige Planung, erst wieder beim EU-Gipfel Mitte Oktober gehen. »Die drei Wochen davor werden entscheidend sein«, sagt ein Kommissionsbeamter. Ende Oktober gilt als letztmöglicher Zeitpunkt, damit ein etwaiges Abkommen mit London noch rechtzeitig übersetzt, rechtlich bewertet und ratifiziert werden kann.

Aber selbst Veteranen der Brexit-Gespräche in Brüssel geben keine Prognosen mehr darüber ab, wie wahrscheinlich ein glimpfliches Ende ist. Das zumindest hat der politische Springteufel Johnson erreicht: Niemand will mehr darauf wetten, ob der Mann nur wieder blufft oder die Konsequenzen seiner Gesetzesinitiative einfach nicht verstanden hat. Oder, so eine dritte Lesart, ob er endgültig ins Lager des Spieltheoretikers Dominic Cummings übergelaufen ist, der den britischen Politikbetrieb für hoffnungslos antiquiert hält und nach einer Art schöpferischer Zerstörung ganz neu aufbauen will.

So oder so: Auf der sicheren Seite bleibe man, wenn man die Briten mit ihrem Rochus einfach ins Leere laufen lasse, heißt es in der EU-Hauptstadt. »Die EU«, so sagt es ein Diplomat, der mit den Verhandlungen gut vertraut ist, »macht, was sie am besten kann: Sie verwandelt ein Problem in einen Prozess.«

Aus Johnsons Sicht ist es beinahe zum Verrücktwerden.

Peter Müller, Jörg Schindler

»Tyrannei der Leistung«

SPIEGEL-Gespräch Donald Trump habe die Vereinigten Staaten zugrunde gerichtet – so lautet die Analyse seiner Gegner. Aber dem Harvard-Philosophen Michael Sandel ist das zu einfach. Er lastet den Zerfall der amerikanischen Gesellschaft auch den Liberalen an.

Sein Ton ist immer freundlich, seine Ausstrahlung ist die eines zurückhaltenden Gentlemans. Gleichzeitig hat er diese Präsenz, die so typisch ist für US-amerikanische Topleute, ob sie nun in der Politik oder an Universitäten zu finden sind. Seine Argumentation ist scharf und nicht selten anklagend.

Sandel, 67 Jahre alt, lehrt als Philosophieprofessor an der US-Eliteuniversität Harvard. Seine Vorlesungen sind auch als »Ted Talks« im Internet abrufbar.

Sein neues Buch heißt »Vom Ende des Gemeinwohls«.*

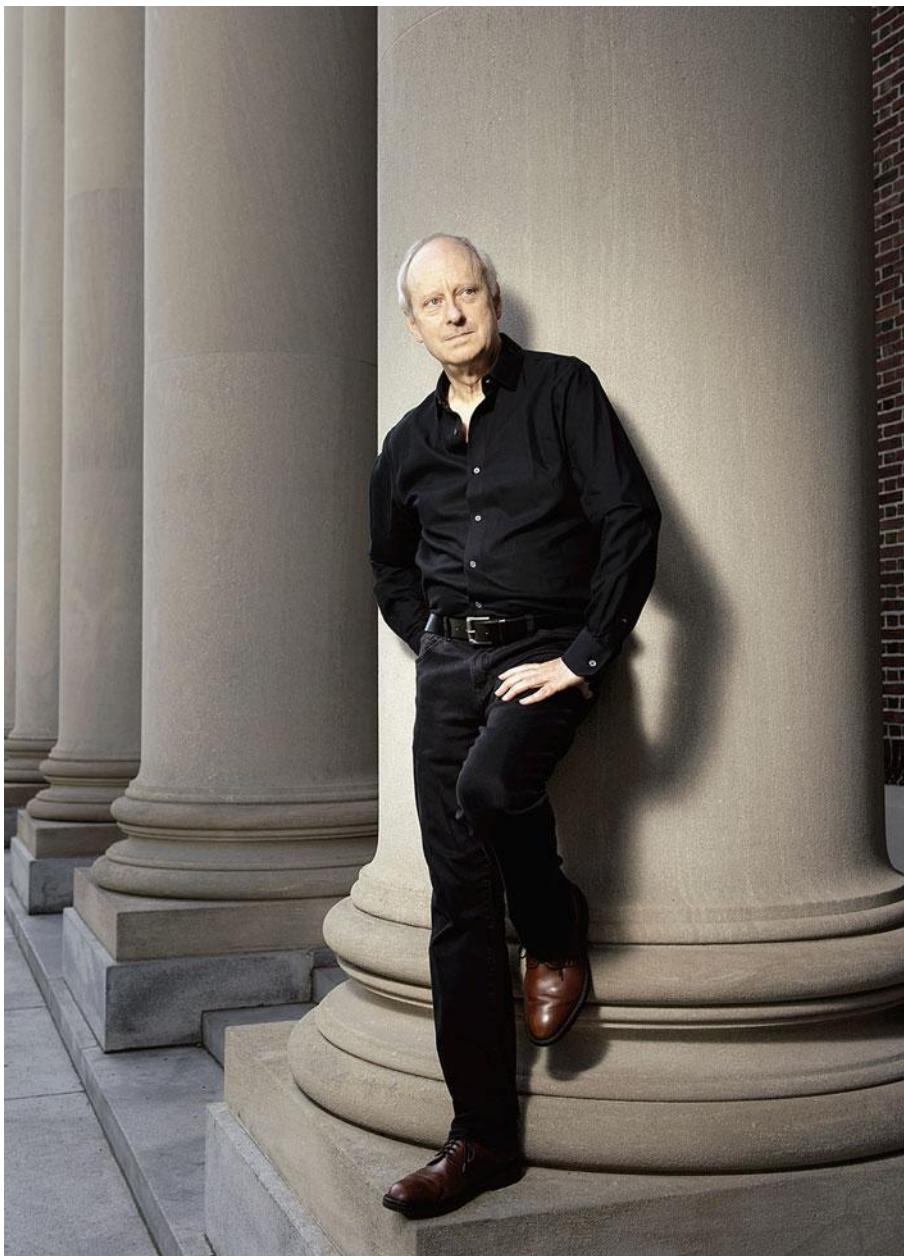
Es erscheint nicht ohne Grund in der Endphase des amerikanischen Wahlkampfs: Es handelt – natürlich – von US-Präsident Donald Trump, von dessen Vorgänger Barack Obama, auch von Trumps Herausforderin im vorigen Wahlkampf, Hillary Clinton, und deren Mann Bill, dem früheren Präsidenten.

Sandel macht Schuldige ausfindig für die Spaltung der Gesellschaft der USA und die Spaltung der Gesellschaften so vieler Länder, auch Deutschlands. Im Zentrum seiner Anklage aber steht nicht Trump. Sandel zielt auf die liberalen Kräfte: die Demokraten in seinem Land, die Sozialdemokraten in Europa.

SPIEGEL: Professor Sandel, Leserinnen und Leser haben sich gerade daran gewöhnt, dass aus den USA in schnellem Takt Bücher mit immer demselben Tenor erscheinen: Trump ist gefährlich, Trump ist dumm, Trump ist an allem schuld. Sie aber rücken in Ihrem neuen Werk Trumps Gegner in den Vordergrund, die Demokraten, und machen sie für die Misere der amerikanischen Gesellschaft verantwortlich. Das ist, nun ja – überraschend.

Sandel: Um eines klarzustellen: Mein Buch liefert in keiner Weise eine Entschuldigung für den Schaden, den Donald Trump der amerikanischen Gesellschaft und Politik zufügt. Er hat die rassistischen Spannungen verstärkt, er hat all die Spaltungen, die es vor seinem Amtsantritt bereits in der Gesellschaft gegeben hat, ver-

* Michael Sandel: »Vom Ende des Gemeinwohls. Wie die Leistungsgesellschaft unsere Demokratien zerreißt«. Aus dem Amerikanischen von Helmut Reuter. S. Fischer; 448 Seiten; 25 Euro.
Das Gespräch führte die Redakteurin Susanne Beyer.



Webb Chappell / Guardian / eyevine

Autor Sandel: »Der Wendepunkt liegt weit zurück«

tieft. Aber ich versuche zu zeigen, wie ihm die Demokratische Partei mit Bill Clinton, Barack Obama und Hillary Clinton den Weg bereitet hat.

SPIEGEL: Sie argumentieren, die Demokraten hätten eine »Ethik des Erfolgs« etabliert und damit frühere Wähler, darun-

ter auch Arbeiter, gegen sich aufgebracht. Was ist gegen Leistungsdenken einzuwenden? Die Botschaft »Du kannst es schaffen, wenn du willst« war immer schon Teil des amerikanischen Versprechens.

Sandel: Es stimmt schon, die Demokraten haben dieses Versprechen aus einem guten

Impuls heraus wiederholt: nämlich den Menschen einen Weg aus der Ungleichheit zu weisen, die sich mit der Globalisierung verschärft hat. Sie setzten auf universitäre Bildung als Mittel für den Aufstieg. Das lässt aber die halbe Bevölkerung außen vor. Inzwischen haben wir einen gnadenlosen Wettlauf um Plätze an den besten Universitäten, um die besten Noten, und bei Eltern sehen wir eine Epidemie der Überfürsorge, weil sie die Angst umtreibt, ihre Kinder könnten den Anschluss verlieren. Die Vorstellung, man hätte sein Schicksal selbst in der Hand, ist inspirierend, kann aber auch kränkend sein vor allem für diejenigen, die es eben nicht schaffen. Trump hatte dafür ein Gespür.

SPIEGEL: Die Entwicklung des Elitedenkens, das Sie beschreiben, ist aber nicht nur den Demokraten zuzuschreiben.

Sandel: Das stimmt. Der Wendepunkt liegt weit zurück. In den Achtzigern hatten US-Präsident Ronald Reagan und die britische Premierministerin Margaret Thatcher den freien Markt und die Globalisierung befördert. Im Lauf der Neunziger traten Bill Clinton als US-Präsident, Tony Blair als Premier Großbritanniens und Gerhard Schröder als deutscher Kanzler an – alles Vertreter von Mitte-links-Parteien. Sie akzeptierten die Prinzipien ihrer konservativen Vorgänger, die da lauteten: Die Marktmechanismen sind das wichtigste Mittel, um das öffentliche Wohl zu finanzieren. Ihr Marktglaube war weicher als der von Reagan und Thatcher, und sie versuchten, Auffangnetze für diejenigen zu knüpfen, die der Markt zurückließ, aber den Marktglauben selbst hinterfragten sie nicht.

SPIEGEL: Was hätten sie tun sollen?

Sandel: Mehr Demut zeigen.

SPIEGEL: Demut?

Sandel: Ja, denken Sie an Hillary Clintons Wort von den »Bedauernswerten«. Sie meinte damit im letzten Wahlkampf Trumps Wähler. Da zeigte sich eine Arroganz gegenüber den weniger Gebildeten. Obama sprach über Menschen, »die sich an Waffen und die Religion klammern«. Die Liberalen betonen, dass gesellschaftlicher Aufstieg auf Verdienst und Leistung beruhe, aber wir lösen das Versprechen ja gar nicht ein. Natürlich muss man harte Prüfungen bestehen, um etwa in Harvard aufgenommen zu werden, aber die einen werden ihre ganze Kindheit und Jugend über darauf vorbereitet, mit Hockeystunden, Klavierunterricht, Sprachkursen, und die Eltern zahlen das. Andere Eltern aber können sich solche Investitionen überhaupt nicht leisten. Gute Leistungen hängen also stark vom familiären Hintergrund und einer gehörigen Portion Glück ab. Sich das klarzumachen bedeutet, Demut zu entwickeln und sich einzufühlen in diejenigen, die weniger Glück hatten als wir.

SPIEGEL: Obama war der erste schwarze Präsident der USA. Den Vorwurf, einer weitgehend weißen Elite das Wort geredet zu haben, würde er sicherlich von sich weisen.

Sandel: Er hätte auch Argumente. Obama und Bill Clinton könnten sagen: Wir haben angeboten, die Arbeiter besser abzusichern, haben eine allgemeine Krankenversicherung konzipiert – die Republikaner waren dagegen. Wir haben für mehr Kinderbetreuung gesorgt – die Republikaner waren dagegen. Wir haben für eine Steuerpolitik gekämpft, die den Interessen der Mittelklasse entgegengekommen wäre –

»In einer so individualisierten Gesellschaft wie unserer ist es schwer, Solidarität zu entwickeln.«

die Republikaner aber haben Steuern für Millionäre und Milliardäre reduziert. Nun jedoch müsste man Clinton und Obama fragen: Ja, warum hat Trump dann gewonnen? Die Demokraten waren schockiert, als das passierte, sie hatten nicht wahrgenommen, dass die hässlichen Gefühle, die die Anhänger des Populismus umtreiben, mit legitimen Klagen verschränkt sind. Es geht den Anhängern Trumps nicht nur um Löhne und Arbeitsplätze, sie fühlen sich gedemütigt im moralischen, im kulturellen Sinne durch einen Mangel an Wertschätzung.



Demokraten Obama, Hillary, Bill Clinton 2016

»Arroganz gegenüber weniger Gebildeten«

SPIEGEL: Wenn sich die Anhänger Trumps gekränkt fühlen, gedemütigt von der Elite – war es dann besonders unerträglich für sie, dass es ein Schwarzer an die Staatsspitze geschafft hat und mit Hillary Clinton beinahe eine Frau?

Sandel: Rassismus und Sexismus spielten sicherlich eine Rolle. Trump macht frauenfeindliche Aussagen und offen rassistische Bemerkungen. Aber vergessen wir nicht, dass Obama zweimal gewählt wurde und Obama-Wähler zu Trump wechselten. Sexismus hat bei Hillary Clintons Wahlniederlage eine Rolle gespielt, aber eben auch ihre Verbindung zu den leistungsbewussten Eliten, die auf Arbeiter herabzuschauen schienen. Und bei Trump hatten sie das Gefühl eben nicht.

SPIEGEL: Woran machen Sie fest, dass besonders die Demokraten elitär denken?

Sandel: Die Demokratische Partei stand früher an der Seite von Farmern und Arbeitern gegen die Privilegierten. Als Hillary Clinton auf ihre Präsidentschaftskandidatur zurückblickte, rühmte sie sich, an Orten gewonnen zu haben, die für zwei Drittel des amerikanischen Bruttoinlandsprodukts stehen. Wahlstudien haben gezeigt, dass die Unterstützung für Trump übrigens am besten an der Bildung und nicht am Einkommen vorhergesagt werden konnte. Unter Wählern mit vergleichbarem Einkommen stimmten höher Gebildete für Hillary Clinton, weniger Gebildete stimmten für Trump.

SPIEGEL: Barack Obama hatte seine arroganten Momente. Aber ihm fehlte es nicht an Herzensbildung, am Wunsch und auch an der Fähigkeit, Spaltungen zu überwinden. Sie schreiben auch über seine Rede bei der Trauerfeier in Charleston im Jahr 2015, neun Mitglieder einer schwarzen Gemeinde waren während einer Bibelstunde einem Anschlag zum Opfer gefallen. Er würdigte die Trauer der Angehörigen und sang dann »Amazing Grace«.

Sandel: Ja, keine andere politische Figur meiner Lebenszeit konnte sich so klar gegen ethnische Diskriminierung aussprechen. Ich denke, das Urteil in der Geschichte über ihn wird positiv sein, und zu Recht, denn er war ein inspirierender Anführer. Als er 2008 antrat, hat er eine moralische und zivilisatorische Hoffnung geweckt, die wir jahrzehntelang so nicht gekannt haben. Aber 2008 war auch der Höhepunkt der Finanzkrise. Und in Fragen der Wirtschaft akzeptierte er eine neoliberale Form der Globalisierung. Er hätte die Finanzindustrie reformieren müssen. Aber er rettete die Banken, ohne sie für ihr unverantwortliches Verhalten zur Rechenschaft zu ziehen, und tat wenig für die gewöhnlichen Bürger, die ihre Häuser verloren hatten. Anhaltende Verärgerung über den finanziellen Rettungsplan fachte eine Politik des



Nathan Howard / Getty Images

Trump-Anhänger im US-Wahlkampf

»Sie fühlen sich gedemütigt«

Protests an – auf der Linken die Occupy-Bewegung und die Kandidatur von Bernie Sanders; auf der Rechten die Tea-Party-Bewegung und die Wahl Trumps.

SPIEGEL: Wie blicken Sie auf sich? Sie sind als Harvardprofessor Teil der Elite.

Sandel: Es stimmt, ich schreibe kritisch über Eliten und die Leistungs-idee, da ich das alles selbst kenne. Ich sehe die schwerwiegenden Folgen, die ein ausgeprägter Wettbewerb auf die Studierenden hat. Sie kommen an der Universität an, haben bereits eine stressige, angstgeprägte, vom Leistungsdenken dominierte Zeit an der Highschool hinter sich. Ich sehe, dass die Lage in Deutschland anders ist, aber in den Vereinigten Staaten sind die jungen Leute an Eliteuniversitäten so an das Leistungstreben gewöhnt, dass sie es schwierig finden, mit dem nötigen Abstand darüber nachzudenken, was wirklich wichtig ist. Und es ist hart, sich dem Konkurrenzdenken zu entziehen: Die Tyrannei der Leistung verletzt somit nicht nur diejenigen, die nicht mithalten können, sie schadet auch denjenigen, die die Erwartungen erst mal erfüllen können.

SPIEGEL: Tyrannei ist ein starkes Wort.

Sandel: Es gibt auch Zahlen aus einer neueren Studie, die die seelische Gesundheit von 67.000 Studierenden an mehr als hundert amerikanischen Hochschulen erfasst hat. Die Studie kam zu dem Ergebnis, dass das enorme Stresslevel zu Depressionen und Angststörungen führt. Einer von fünf Studierenden berichtete von Suizidgedanken. Die Suizidrate bei jungen Leuten von 20 bis 24 Jahren stieg zwischen den Jahren 2000 und 2017 um 36 Prozent.

SPIEGEL: Es sind nur noch wenige Wochen bis zum Wahltag am 3. November. Welche Aufgaben kommen auf die politische Klasse zu, wenn Trump oder wenn sein Herausforderer Joe Biden gewinnt?

Sandel: Wenn Trump gewinnt, wird es die Aufgabe der Politik sein, die demokratischen Normen und Institutionen gegen Trumps Angriffe zu verteidigen. Sollte Biden gewinnen, wird es die Aufgabe sein, die tiefe Spaltung der Gesellschaft zu überwinden und herauszufinden, wie wir einen neuen Sinn für das Gemeinwohl erwecken können. Wir können aber die Spaltung nicht heilen, wenn wir die Ursachen für den Verlust des sozialen Zusammenhalts nicht verstehen. Deswegen möchte ich jetzt eine Diskussion über die Ursachen anregen und darüber, wie wir eine Politik des Allgemeinwohls etablieren können.

SPIEGEL: Die Ursachen verstehen, das ist das eine. Aber Solidarität und Gemeinsinn lassen sich politisch nicht so leicht verordnen, erst recht nicht Demut.

Sandel: Nun, Demut entsteht durch die Erfahrungen, die wir machen, dadurch, was Eltern ihren Kindern vorleben, und über die impliziten Lektionen, die Schulen über Erfolg erteilen. Werden vor allem kognitive Leistungen benotet, oder werden auch soziale Fähigkeiten kultiviert und belohnt? Und: Können wir öffentliche Räume erschaffen, in denen Leute aus unterschiedlichen Gesellschaftsschichten zusammenkommen, oder ziehen wir uns in unsere bewachten Zonen zurück? Bringen wir die Kinder selbst zur Schule, oder lassen wir sie Busse nehmen, wo sie auf Kinder anderer Schichten treffen? Und vor allem: Machen wir uns bewusst, dass wir vielleicht einfach auch Glück gehabt haben, wenn wir erfolgreich sind – durch unsere Familien und Lebensumstände?

SPIEGEL: Die Pandemie zeigt die Verletzlichkeit der Menschheit. Sehen Sie bei Ihren Studierenden Zeichen einer neuen Solidarität?

Sandel: In einer so individualistischen Gesellschaft wie unserer ist es schwer, Solidarität zu entwickeln, sonst hätten wir ja auch ein besseres Wohlfahrtssystem. Vielleicht gibt es kleine Anzeichen in die Richtung, die Sie benennen: Neulich fragte ich online eine Gruppe Studierende, ob sie während der Pandemie eher auf das Prinzip des Lockdowns oder eher auf das der Herdenimmunität wie etwa in Schweden setzen würde, wo die Regierung größere Ansteckungen riskierte, um die Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Erstaunlicherweise war eine überwältigende Mehrheit gegen die Herdenimmunität, mit dem Argument, dadurch würden die Schwächeren, die Alten und Vorerkrankten zu sehr gefährdet. Aber es ist zu früh, Schlüsse daraus zu ziehen. Für ein Solidaritätsgefühl müssten sich die Studierenden ja wenigstens treffen können. Aber sie sitzen überall verteilt auf der Welt an ihren Bildschirmen.

SPIEGEL: Professor Sandel, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Der KÖNIG der SPIIONE

Auch als
E-BOOK
und
HÖRBUCH-
DOWNLOAD
erhältlich



320 Seiten mit Abbildungen, gebunden · € 20,00 (D)

Er nannte sich Murat Cem. Doch in den Akten heißt er nur VP01. Der Mann, der lange Zeit der wohl beste und wichtigste V-Mann Deutschlands war, blieb stets ein Phantom. Im verdeckten Einsatz für die Polizei überführte Murat Cem nicht nur Drogen- und Waffenhändler. Er klärte Morde auf und wurde zur wichtigsten Polizei-Quelle in der deutschen Islamistszene. Seine Warnungen vor Anis Amri verhallten ungehört: Es kam zum Terroranschlag am Berliner Breitscheidplatz. Die Polizei wollte ihren Zuträger kaltstellen, doch jetzt packt Murat Cem aus.

DVA
www.dva.de

SPIEGEL
Buchverlag

Die zweite Welle

Spanien Durch einen harten Lockdown hatte die Regierung das Virus in den Griff bekommen. Nun aber infizieren sich so viele Menschen wie nirgendwo sonst in der EU. Der Wirtschaft droht der Kollaps.

Rhut Cristóbal weiß, wie es sich anfühlt, von einer Pandemie überrollt zu werden. Sie hat es ja schon einmal erlebt, vor einem halben Jahr, im März, in ihrem Gesundheitszentrum in Vallecas, einem Arbeiterviertel im Süden Madrids. Plötzlich kamen die Patienten mit Schweiß auf der Stirn. Sie hatten Atemnot. Noch im Warteraum fiel der Sauerstoffgehalt ihres Bluts ab.

In dieser Zeit lagerte Madrids Verwaltung die Toten in Eislaufhallen, sie errichtete Feldlazarette. Cristóbal arbeitete bis zur Erschöpfung. Die Krankenpflegerin, eine kleine, drahtige Frau mit energischem Blick, 38 Jahre alt, sah Menschen sterben, sie versuchte, Angehörige zu beruhigen, und raste im Auto zu Hausbesuchen. Oft kam sie zu spät. Erst nach wochenlangem, hartem Lockdown endete das Drama.

Jetzt holt die Pandemie Spanien wieder ein. An einem Montag im September hetzt Rhut Cristóbal über den Flur des Gesundheitszentrums. Links und rechts auf den Bänken drehen sich die Köpfe der wartenden Patienten zu ihr. Draußen reicht die Schlange bis um die Straßenecke. Der Andrang ist fast so groß wie im März. Drei Viertel der Tests im Gesundheitszentrum sind positiv. Ein keuchender Mann mit Schweißperlen auf der Stirn schleppt sich ins Wartezimmer. Cristóbal sagt: »Die zweite Welle ist da.«

Nirgendwo in der EU werden derzeit mehr Infektionen registriert als in Spanien. Ausgerechnet in dem Land, das einen der härtesten Lockdowns Europas erduldet, steigen die Zahlen rapide. Auf 100 000 Einwohner kamen in den vergangenen zwei Wochen durchschnittlich mehr als 250 nachgewiesene Coronafälle. Doppelt so viele wie in den USA, zehnmal so viele wie in Italien.

Noch im Frühsommer hatte die Mitte-links-Regierung von Pedro Sánchez geglaubt, das Virus im Griff zu haben. Aber kaum hob sie den Alarmzustand auf, schossen die Zahlen hoch.

Die Verantwortlichen meinen, dass die zweite Welle hier bloß früher begonnen hat als anderswo – und Spanien Ländern wie Frankreich und Österreich nur ein oder zwei Wochen voraus ist. Für Europa wäre das eine schlechte Nachricht. Am spanischen Beispiel ließe sich dann beobachten, was anderen Staaten noch bevorzugen könnte.

In Spanien sind die Infektionszahlen nun teilweise höher als im Frühjahr. Die Verantwortlichen begründen das auch mit den häufigeren Tests. Man erkenne nun 70 Prozent der Fälle, schätzt das Gesundheitsministerium. Im Frühjahr waren es nur 10 Prozent. Fast die Hälfte der Patienten hat keine Symptome. Die Sterblichkeitsrate ist gesunken, bis auf unter ein Prozent. Im Schnitt sterben rund 60 Menschen pro Tag, nicht mehr bis zu 1000, wie im März. Im Vergleich zum Frühjahr rollt die zweite Welle wie in Zeitlupe heran. Doch die Intensivstationen füllen sich.

Das Viertel Malasaña ist so etwas wie das Kreuzberg Madrids. Restaurants reihen sich an Bars, zwischen den Balkons hängen bunte Fähnchen. An diesem warmen Septemberabend sind die Straßen leerer als sonst, aber die Terrassen der Lokale voll. In kleinen Gruppen sitzen junge Madrilenen an den Tischen. Als die Drinks kommen, nehmen sie auch die Masken ab.

Natürlich sei die Nähe ein Problem, sagt ein junger Lehrer. An die Begrüßung mit dem Ellenbogen hätten er und seine Freunde sich gewöhnt, die Großmutter daheim umarmten sie nicht mehr. Aber auf die »sobremesa«, das Beisammensein nach dem Essen, verzichten sie nicht.

»In Spanien gibt es sehr viel physischen Kontakt«, sagt der Harvard-Epidemiologe Miguel Hernán, der die Regierung im Frühjahr beriet. Auch lautes Sprechen, wie in Spanien üblich, produziert besonders viele

Aerosole. Je länger die »sobremesa« dauert, desto gefährlicher wird es.

»Das Virus attackiert den spanischen Lebensstil«, sagt der Politikökonom Miguel Otero vom Real Instituto Elcano. Die nun geforderte Umstellung sei viel größer als etwa in Deutschland. Im strikten Lockdown, als Millionen Menschen nur zum Einkaufen ihre Wohnung verlassen durften, habe sich der Wunsch nach sozialer Nähe aufgestaut. Er entlud sich im Sommer. Junge Menschen gingen aus, feierten in wiedereröffneten Discos. Sie infizierten erst einander, inzwischen zunehmend auch wieder die Eltern und Großeltern.

Spanien steht an einem Wendepunkt. Die Discos sind wieder zu, die Erinnerungen an den Lockdown kommen hoch.

Am Eingang des Gesundheitszentrums in Vallecas hängt ein handgemaltes Plakat. Rhut Cristóbal und ihre Kollegen haben darauf die Kennziffern des Tages notiert, als Entschuldigung für lange Wartezeiten: »560 Behandlungen, 98 Coronatests, 49 Covid-Patienten. Es fehlen: 6 von 16 Ärzten. Wir tun alles, was möglich ist.«

Jahrelang haben konservative Regionalregierungen am Gesundheitswesen gespart. Nun fehlen Pfleger und Ärzte. Patienten erhalten Krebsdiagnosen verspätet. Operationen werden verschoben.

Rhut Cristóbal bleibt kaum Zeit für ihre Kranken. Sie und ihre Kollegen in den Gesundheitszentren müssen nun nebenbei noch die Kontakte von positiven Coronafällen nachverfolgen. »Wir haben maximal 15 Minuten pro Fall«, sagt sie. Die Pfleger beschränken sich deshalb auf das Nötigste. »Wir können nur die Familie oder Mitbewohner anrufen.« Freunde oder andere Kontaktpersonen müssen die Patienten selbst informieren.

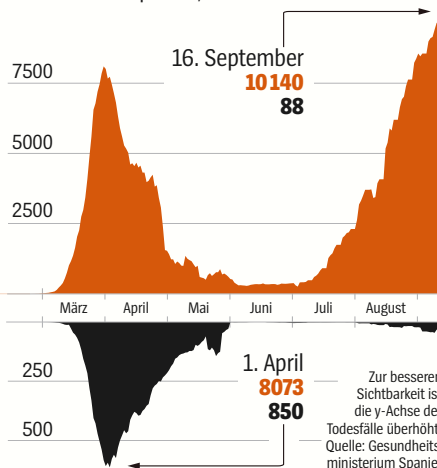
Vallecas ist eines der vielen dicht besiedelten Stadtviertel Spaniens. Mehr als 15 000 Menschen leben hier pro Quadratkilometer. Auch deswegen hat Vallecas eine der höchsten Corona-Dichten der Welt. Umso wichtiger wäre es, die Kontakte der Infizierten nachzuverfolgen und zu isolieren. Doch das geschieht kaum.

Als die erste Welle abebbte, drängten viele spanische Regionen darauf, aus dem Lockdown entlassen zu werden und wieder selbst die Kontrolle über das Gesundheitssystem zu übernehmen. Doch sie stellten nicht genügend Mitarbeiter zur Kontaktverfolgung ein. Besonders krass war das Missverhältnis in Madrid. Die Hauptstadt hat bis heute nur rund 800 Scouts für 6,6 Millionen Einwohner.

Im Gesundheitsministerium glaubt man, dass Madrid härter hätte durchgreifen müssen. Die konservative Regionalregierung hingegen vermied harte Einschränkungen, um die Wirtschaft nicht zu belasten. Das Management der Pandemie leidet unter dem politischen Glaubensstreit.

Mehr Infektionen, weniger Tote

Entwicklung der gemeldeten **Neuinfektionen** und **Todesfälle** in Spanien, im Wochendurchschnitt





Susana Giron / DER SPIEGEL

Krankenpflegerin Cristóbal: »Ich kann nicht glauben, dass wir nichts gelernt haben«

Der Schaden ist längst angerichtet, die steigenden Infektionszahlen machen das erhoffte Comeback des Tourismus zunichte. In Torrox, einem Lieblingsort der Deutschen an der Costa del Sol, scheint an diesem Septembertag die Sonne aufs Meer. 26 Grad sollen es werden, das Mittelmeer ist warm und spiegelglatt. Es ist ein Tag, wie ihn Touristen in Torrox lieben würden – wenn sie bloß hier wären.

Rafael López weiß schon jetzt: Der Tag wird wieder ein Reinfeld.

Der Wirt der Safari-Bar, 69, Strohhut, weißer Schnauzer, baut an der Promenade zwei Dutzend Tische auf. López atmet schwer durch seine blaue OP-Maske. Die Plackerei werde sich nicht lohnen, sagt er. »Normalerweise sitzen hier am Nachmittag vielleicht hundert Gäste, gestern waren es zehn – an einem Sonntag!«

»Der Tourismus macht fast 70 Prozent unserer Wirtschaft aus«, sagt Bürgermeister Oscar Medina. »Und der Deutsche ist das Kronjuwel für unseren Tourismus.«

Fast 4000 Deutsche haben in Torrox einen Wohnsitz angemeldet, etwa 3000 weiteren gehört hier eine Immobilie. Die meisten von ihnen sind Rentner. Aber jetzt sind sie fast alle weg.

Der Juli war noch ganz passabel, zeitweise wurden die Plätze am Strand knapp. Aber dann begann die zweite Welle, dicht gefolgt von Reisewarnungen aus Norwe-

gen, Großbritannien, Deutschland. Und in Torrox wurde es immer stiller.

Viele Restaurants und Geschäfte haben bereits zugemacht. Auch Rafael López überlegt, die Safari-Bar für den Rest der Saison zu schließen.

Der Tourismus macht in normalen Zeiten ein Achtel der spanischen Wirtschaftsleistung aus, er beschäftigt 2,6 Millionen Menschen. Nun zieht der Einbruch die ganze Volkswirtschaft nach unten. 2019 zählte Spanien von Januar bis Juli fast 193 Millionen Hotelübernachtungen, 2020 nur knapp 56 Millionen. Die Branche wird nach internen Schätzungen fast 100 Milliarden Euro verlieren. Auch die erhoffte Rückkehr der Massen im Herbst fällt aus – selbst wenn die Infektionszahlen sinken sollten. Ryanair, Easyjet, Eurowings haben ihre Flugpläne bereits ausgedünnt.

Die Folgen reichen weit über den Sektor hinaus. »Für Spanien ist der Auslandstourismus zentral«, sagt Gabriel Felbermayr, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW). Die Wirtschaftsleistung wird einbrechen, je nach Schätzung um 11 bis 15 Prozent.

Mehr als eine Million Spanier haben im zweiten Quartal ihre Stelle verloren, Hunderttausende Kurzarbeiter nicht eingerechnet. Laut dem Thinktank Fedea droht bis Jahresende weiteren 1,25 Millionen Menschen die Entlassung. Besonders hart wird

es die Jungen treffen. Sie zählten schon nach der Finanzkrise zu den Verlierern. Viele bekamen nur noch »trabajos basura«: schlecht bezahlte, prekäre »Mülljobs«.

Selbst die sind nun in Gefahr.

Ökonom Felbermayr befürchtet, dass die Gräben in Europa zwischen Nord und Süd noch tiefer werden: »Wenn die Rezession in Spanien doppelt so hoch ausfällt wie in Deutschland, können wir das mit keinem Wiederaufbaufonds und keinem Rettungspaket wettmachen. So viel Geld wird niemand bereitstellen«, sagt der IfW-Chef. »Europa und die Eurozone werden noch heterogener werden. Damit steigt die Gefahr von Verteilungskonflikten.«

Der Winter wird hart für Spaniens Wirtschaft und Gesellschaft. Wie hart, hängt davon ab, ob das Land die zweite Welle bändigt. Oder ob es die Kontrolle verliert.

In Madrid ist es schon dunkel, als Rhut Cristóbal ihren Kittel gegen einen Pullover tauscht. Gerade hat die Madrider Regionalpräsidentin verkündet, dass die Hauptstadt der Motor der spanischen Wirtschaft sei, dass man weitermachen müsse. Doch zumindest Stadtteilen wie Vallecas droht nun der nächste Lockdown. Cristóbal ist der Verzweiflung nahe. Sie sagt: »Ich kann nicht glauben, dass wir aus der ersten Welle nichts gelernt haben.«

Claus Hecking, Steffen Lüdke

Apocalypse Now

Kalifornien Feuer, Rauch, Hitze, Stromausfälle, Erosion. An der amerikanischen Westküste wird der Welt gerade demonstriert, wozu der Klimawandel führt – und ich habe einen Platz in der ersten Reihe. *Von Guido Mingels*

Kürzlich, an einem Mittwoch, ging in San Francisco die Sonne nicht auf, fast den ganzen Tag lang nicht. Ich dachte mehrfach, meine Uhr gehe falsch. Neun Uhr morgens – alles dunkel. Mittags immer noch. Nur ein schwaches, dunkelorange-farbenes Licht drang durch die dicke, hoch liegende Rauchdecke über der Bai. Da oben hatte sich der Rauch Dutzender Waldbrände gesammelt, die seit mehr als einem Monat in Nordkalifornien und an der gesamten US-Westküste wüten. Es ist ungemütlich unter dieser Decke.

Wir hatten tagsüber alle Lichter an im Haus und bald auch die Heizung, weil es ohne Sonneneinstrahlung schnell kalt wurde, 15 Grad. Nur drei Tage zuvor hatte ich noch in Boxershorts am Schreibtisch meines Homeoffice gesessen, mit laufendem Ventilator, das Thermometer bei fast 40 Grad, es kam zu Hitzerekorden in ganz Kalifornien. Es gibt keine Klimaanlage in unserem 100 Jahre alten Holzhaus, und selbst wenn wir eine hätten, so sollten wir sie gemäß einem Aufruf der Behörden nicht benutzen, damit das Stromnetz nicht überlastet wird. Der Energieversorger PG & E stellt seit ein paar Wochen regelmäßig den Strom ab in Teilen Kaliforniens, weil das Netz kollabieren könnte unter dem durch die Hitzewelle gestiegenen Bedarf.

San Francisco war aufgrund der Brände im globalen Ranking der Orte mit der schlechtesten Luftqualität gemeinsam mit Portland oder Seattle zwischenzeitlich in die Spitzenplätze vorgestoßen und lag derzeit an vielen Tagen noch vor Delhi, Karatschi und Taschkent. Die Luft riecht mal nach Barbecue, mal seltsam metallisch, wie alte Münzen. Es kratzt in der Kehle.

Gebrannt hat es in Kalifornien im Sommer und im Herbst immer wieder. Doch die Feuer in den jüngsten Jahren sind anders, heftiger, häufiger. Und das, da ist sich die Wissenschaft einig, ist kein Zufall, sondern Folge der Erderwärmung. Rekordhitze- und -dürreperioden bereiten den Bränden den Weg. An der amerikanischen Westküste wird gerade der Klimawandel live aufgeführt – und ich wohne mittendrin.

Die Bedrohungen überlagern sich. Es gibt das Coronavirus, die Feuer, den Rauch, die Stromausfälle, und manchmal kommt

ein kleines Erdbeben oder eine Schlammlawine hinzu. In dem Vorort, in dem ich mit meiner Familie lebe, rutschten im Februar 2019 nach heftigen Regenfällen ein paar Häuser den Hügel runter. In Pacifica, südlich der Stadt, drohen etliche zu nah ans Wasser gebaute Gebäude ins Meer zu fallen, weil die zunehmende Erosion die Klippe wegfrisst. »Wird Kalifornien unbewohnbar?«, fragte die Zeitschrift »The New Republic« schon vor zwei Jahren.

Schwer zu sagen. Ein wenig kirre wird man schon.

Auch weil sich seit den Bränden die empfohlenen Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung diametral widersprechen. Um dem Virus zu entgehen, soll man Innenräume meiden und viel ins Freie oder ansonsten die Fenster aufmachen. Der Rauch aber zwingt dazu, das Fenster wieder zu schließen, drinnen zu bleiben. Wegen Covid-19 haben die Kneipen die Tische auf den Gehsteig gestellt, und mein Lieblingscafé versorgt Kunden nur noch an der Tür mit ihren Nonfat-Caramel-Lattes. Der »Spare The Air«-Alarm jedoch, ein amtlicher Hinweis auf mangelnde Luftqualität, der seit drei Wochen jeden Tag auf meinem Mobiltelefon ankommt, ermahnt alle Anwohner, in ihren Häusern zu verharren und, wenn sie denn Auto fahren müssen, die Belüftung im Wagen auf Innenzirkulation zu schalten.

Immerhin: Manche der Masken gegen das Virus helfen auch gegen den Feinstaub. Ein bisschen zumindest.

Am Tag, als die Sonne nicht aufging, überschwemmten die Menschen in San Francisco Twitter und Facebook mit Bildern der Marslandschaft vor ihren Fenstern. Der Begriff »Apokalypse« fiel dabei häufig und auch der Hinweis auf optisch verwandte Endzeitfilme wie »Blade Runner 2049«, dessen dystopische Szenen in das gleiche sterbende Licht getaucht sind.

Ich ging los und fotografierte. Es gab kaum Menschen draußen, obwohl die

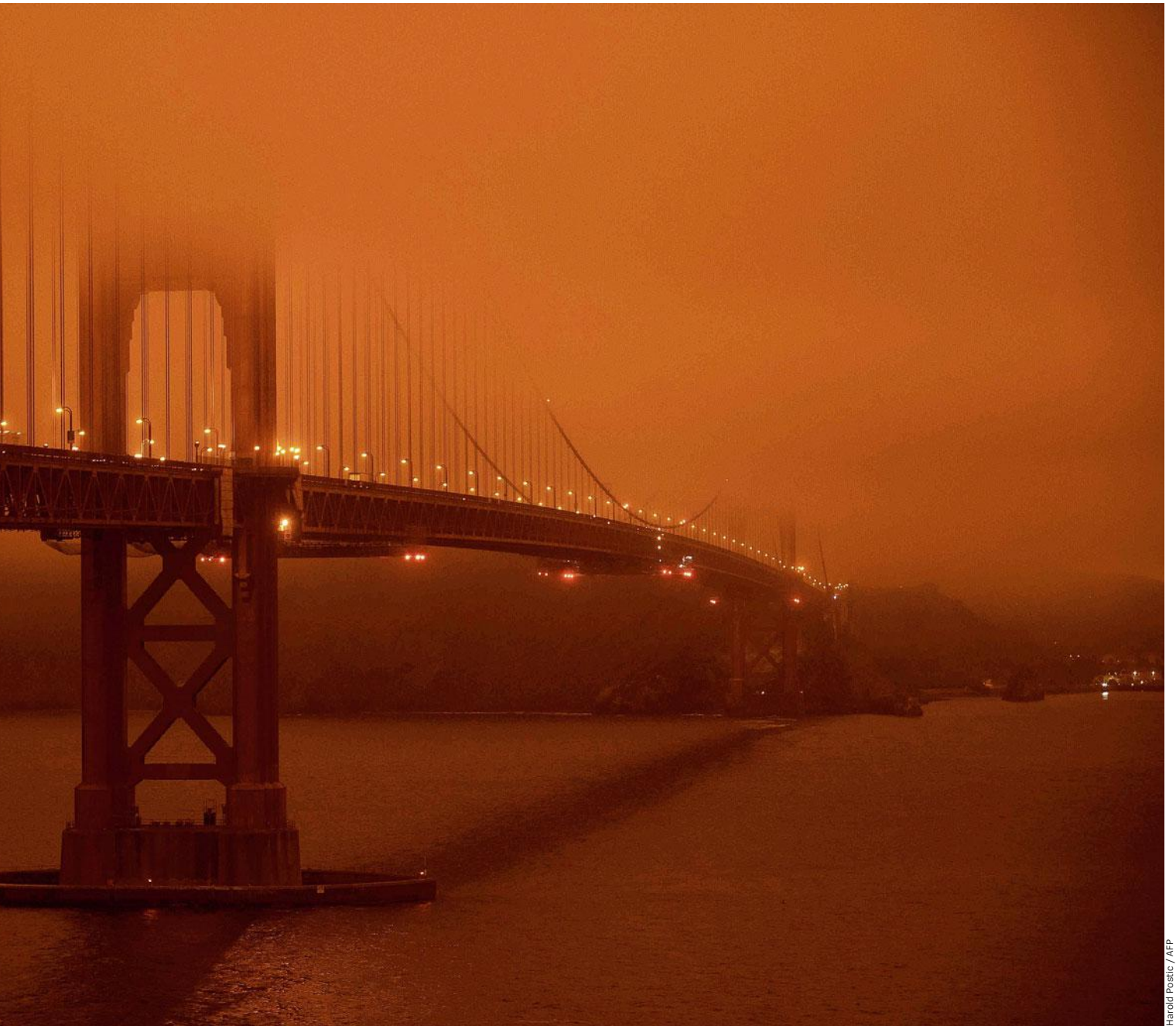
- 1 Golden Gate Bridge, San Francisco
- 2 Brandschäden in Yucaipa nahe L. A.
- 3 Löscheinsatz in Healdsburg nördlich von San Francisco
- 4 Feuerwehrleute in Nordkalifornien



1



2



Harold Postic / AFP



Carlos Avila Gonzalez / Polaris / Itair



Sacramento Bee / ZUMA WIRE / action press



Verwüstete Wohnsiedlung in Phoenix, Evakuierte vor Notunterkunft in Oak Grove, Oregon: Wahl zwischen Flucht und Anpassung

Atemluft besser war als in den Tagen davor, eine Nebelschicht, so las ich später, hinderte den Rauch daran, zur Erde zu sinken. Die Golden Gate Bridge war verschwunden, vom dichten Dunst verschluckt. Auf dem Wasser der Bai stand ein einsamer Stand-up-Paddler in der roten Kälte, der mich an Charon denken ließ, den mythischen Fährmann, der die Toten über den Fluss und in die Unterwelt führt.

Auf dem Geländer meiner Veranda, auf dem Auto in der Einfahrt, auf dem Trampolin der Kinder hinter dem Haus, überall liegt eine dünne, fein gesprenkelte Ascheschicht. Es kann sein, dass diese Asche aus Oregon kommt, 1000 Kilometer weiter nördlich, wo die Flammen ganze Ortschaften zu Staub geegnet, Tausende von Häusern eingäschert haben. Etwa 40 000 Menschen sind dort evakuiert worden. Mindestens 35 Menschen sind bisher umgekommen in den Feuern, und Dutzende mehr werden vermisst. Auch Washington State steht in Flammen.

Allein in Kalifornien sind bereits gut 14 000 Quadratkilometer Fläche abgebrannt in diesem Jahr, das entspricht annähernd der Größe Schleswig-Holsteins. Es übertrifft schon jetzt den bisherigen Rekord aus dem Jahr 2018 deutlich, und die Feuersaison, die üblicherweise ungefähr von September bis Dezember dauert, hat erst begonnen.

Gavin Newsom, der demokratische Gouverneur von Kalifornien, ließ sich unlängst vor verkohlten Wäldern nahe der Ortschaft Oroville filmen und sprach wütende Worte. »Das ist ein verdammt Klimanotfall«, sagte er mit seiner Reibeisenstimme durch den Rauch. »Kalifornien, Leute, ist die USA im Schnellvorlauf. Was wir hier jetzt erleben, kommt bald überall im Land an.«

Kurz darauf bequeme sich auch US-Präsident Donald Trump endlich zu einem Besuch nach Kalifornien, das seit rund einem Monat in Flammen steht, ohne dass er dem Inferno bis dahin viel Aufmerksamkeit geschenkt hätte. Er kam, um eini-

gen heldenhaften Rettungskräften »eine sehr schöne Medaille« zu überreichen, wie er sagte. 16 000 Feuerwehrkräfte sollen derzeit in Kalifornien im Einsatz sein.

Beim Treffen mit Gouverneur Newsom trug dieser Maske, Trump nicht. Der Präsident gab noch seiner Meinung Ausdruck, dass nicht der Klimawandel und die Rekordhitzeperioden, sondern mangelhaftes »Waldmanagement« schuld sei an den Bränden. »Es wird wieder kühler werden, ihr werdet schon sehen«, meinte Trump. Dann ging er. Er hat an der demokratisch dominierten Westküste seines Landes nichts zu gewinnen. Solange kein Swing State brennt oder im Rauch erstickt, wird Trump das Thema wohl meiden.

Für die Bewohner Kaliforniens bleibt die Wahl zwischen Flucht und Anpassung. Die, die bleiben, versuchen zurechtzukommen und hoffen auf baldige Besserung. Im vergangenen Jahr, als Stromausfall war und der Hightech-Staat an der US-Westküste teilweise für Tage im Dunkeln versank, hat uns ein Nachbar ausgeholfen, der Solarzellen auf dem Dach hat. Wir durften per Verlängerungskabel eine Außensteckdose in seinem Garten anzapfen, sodass wir an stromlosen Tagen immerhin den Kühlschrank, die Computer und ein paar Lampen betreiben konnten.

In diesem Herbst haben wir erst mal zwei mobile Luftfilter gekauft. Sie halten die Atemluft im Innern des Hauses sauber. Nachts stellen wir einen davon in ein Kinderschlafzimmer, wo wir alle drei Kinder zusammen hinbetten. Die Schule, in die sie gehen, hat die Sommermonate und den Lockdown dazu genutzt, wegen Covid den ganzen Unterricht auf Outdoor-Modus umzustellen, um eine Ausnahmebewilli-

»Was wir hier erleben, kommt bald überall im Land an«, sagt Gouverneur Gavin Newsom.

gung für den Präsenzbetrieb zu erhalten. Lehrer und Eltern haben unter großem Aufwand Freiluftschulzimmer unter Bäumen angelegt, mit Heuballen als Grenzen, Holzschnipseln als Bodenbelag und Baumstrünken als Stühlen.

Hätte alles großartig werden können, doch der Unterricht mit Masken unter freiem Himmel war nach Schulbeginn für genau zwei Tage möglich, dann wurde die Luft zu ungesund. Seither kriegen wir jeden Morgen um 6.45 Uhr eine Nachricht aufs Handy. Liegt der Luftverschmutzungswert bei über 150, fällt die Schule aus. Zwischen 100 und 150 ist Unterricht, aber kein Sport. Unter 100 ist alles okay.

Man braucht jetzt neue Apps und Websites im Alltag. Auf »Purple Air« checke ich alle paar Stunden die Luftwerte, auf »AirNow« ebenso. »Windy« zeigt zu erwartende Winde, und »CalFire« informiert, welche Feuer wo brennen und zu wie viel Prozent sie gebändigt sind oder nicht. Die Feuer kriegen alle einen Namen, »August Complex Fire« heißt das größte, es ist erst zu 30 Prozent unter Kontrolle.

Manche Freunde verlassen Kalifornien jetzt mit ihren Familien, andere sind schon gegangen. Anouk und Stephan verkaufen ihr Haus und ziehen zurück nach Holland. Megan und Tocco haben gegoogelt, welche Gegend in den USA am wenigsten vom Klimawandel betroffen sein wird, sie kamen auf Rhode Island an der Ostküste und schauen sich jetzt dort nach einem Haus um.

Den vielen Silicon-Valley-Menschen mit Techjobs fällt das Umziehen derzeit ohnehin leicht, die Pandemie hat die Arbeit von zu Hause aus zum Standard gemacht, sie können auch aus Kentucky oder Idaho für Google oder Apple arbeiten. Auf Twitter schreibt ein Start-up-Gründer namens Austen Allred, es sei »jetzt einfacher, die Freunde zu überblicken, die nicht aus San Francisco wegziehen. Keine große Zahl«.

Sport



US-Open-Sieger Thiem

Nationenwertung der vier größten Tennisturniere

Erfolgreichste zehn Länder im Herreneinzel

	Gesamt	Australian Open seit 1905	French Open seit 1891	Wimbledon seit 1877	US Open seit 1881
USA	147	●●●●●● 18	●●●● 11	●●●●●●●●●● 33	●●●●●●●●●●●●●●●●●●●● 85
Australien	100	●●●●●●●●●●●●●●●● 50	●●●● 11	●●●●●●● 21	●●●●●●●● 18
Frankreich	49	● 1	●●●●●●●●●●●●●●●● 38	●●●● 7	● 3
Großbritannien	49	●● 5	● 2	●●●●●●●●●●●●●●●● 37	●● 5
Spanien	30	● 1	●●●●●●●●●● 20	● 3	●● 6
Schweden	26	●● 6	●●●● 10	●●● 7	● 3
Schweiz	23	●●● 7	● 2	●●● 8	●● 6
Serbien	17	●●● 8	● 1	●● 5	● 3
Tschechien	12	● 3	●● 5	● 1	● 3
Deutschland	10	● 2	● 3	●● 4	● 1

Foto: dpa / picture alliance

DER SPIEGEL

Dominic Thiem, vergangenen Sonntag Sieger der US Open, war erst der zweite Österreicher, der einen Grand-Slam-Titel holte. Zum Grand Slam zählen die vier größten Tennismeisterschaften: in Melbourne, Paris, London und New York. Bei den French Open, die kommende Woche beginnen, wird der insgesamt 500. Männertitel dieser Turniere vergeben. Die US-Amerikaner sahten bisher am häufigsten ab. Der Nationenspiegel der Sieger trägt indes etwas, weil anfangs nur Einheimische mitspielten. Die Wettbewerbe der Frauen begannen erst Jahre nach denen der Herren.

Gut zu wissen

Warum werden die Olympischen Spiele immer teurer?

● Mehr als 26 Milliarden US-Dollar könnten die Olympischen und Paralympischen Spiele von Tokio 2021 kosten – und damit rund viermal so viel, wie das japanische Bewerbungskomitee 2013 prognostiziert hatte. Wie konnten sich die Organisatoren so verschätzen?

Das Problem sei systemimmanent, resümieren Forscher der Universität Oxford in einer jüngst veröffentlichten Studie. Danach wurde bei sämtlichen Winter- und Sommerspielen von 1960 bis 2016 das zunächst veranschlagte Budget für »sportbezogene Ausgaben« gerissen – um durchschnittlich 172 Prozent. Bei keinem anderen Großprojekt ähnlichen Ausmaßes müsse der Etat regelmäßig so stark nach oben korrigiert werden, schreiben die Wissenschaftler.

Ein Grund für die explodierenden Kosten sei das Geschäftsmodell des Internationalen Olympischen Komitees (IOC): Gewinnmaximierung um jeden Preis. Die finanziellen Risiken bei der Planung der Spiele wälze das IOC vertraglich auf die Gastgeberstädte ab. Damit gebe es für

die Olympiafunktionäre um den deutschen Präsidenten Thomas Bach keinen Anreiz, die Kosten niedrig zu halten. Im Gegenteil: Je mehr in die Spiele investiert werde, desto höher sei später der Ertrag für das IOC. Das »Blankoscheck-Syndrom«, so nennen es die Oxford-Wissenschaftler.

Ein weiteres Problem sei die ständige Rotation unter den Ausrichtern. Jede neue Olympiastadt fange bei der Planung



Olympische Ringe in Tokio im Januar

bei null an, anstatt auf die Erfahrung früherer Organisatoren zurückzugreifen. Den Gastgebern werde damit die Rolle des »ewigen Anfängers« aufgezwungen, was dazu führe, dass sich Fehler wiederholten.

Dabei gebe es Möglichkeiten, Olympische Spiele besser zu organisieren, so die Wissenschaftler, etwa indem sie zweimal hintereinander am selben Ort stattfänden oder durch eine Beteiligung des IOC an den Mehrkosten. Vielleicht am effektivsten sei für Bewerberstädte aber eine andere Strategie, resümieren sie: Die Städte sollten generell Abstand von der Idee nehmen, Olympia ausrichten zu wollen.

Das IOC kritisierte die Studie in einer ersten Reaktion, die Vorgehensweise der Wissenschaftler sei »grundlegend falsch«. Zudem lasse die Arbeit »das Vermächtnis der Spiele komplett außen vor«. Was das IOC damit meint, lässt es offen. Die vielen Sportarenen, die extra für Olympia gebaut wurden und nun in vielen ehemaligen Gastgeberstädten brachliegen, vermutlich nicht. TNE

Blaue Auster

Affären Robert Lewandowskis Vermarktungsfirma wird von seinem Ex-Berater in Warschau verklagt. Der Star des FC Bayern und seine Ehefrau sollen rechtswidrig mehrere Millionen Euro aus einer Firma des Bayern-Stürmers abgezweigt haben – womöglich am Finanzamt vorbei.

Robert Lewandowski sitzt auf der Reling einer Jacht im Mittelmeer, nackter Oberkörper, die durchtrainierten Bauchmuskeln angespannt. Der 32-Jährige lächelt auf dem Urlaubsfoto für seine mehr als 19 Millionen Instagram-Follower. Lewandowski verbrachte die wenigen freien Tage vor dem Start der neuen Bundesligasaison gemeinsam mit seiner Frau Anna und seinen beiden Töchtern.

Es sollte die Erholung von einer höchst erfolgreichen Saison sein. Lewandowski gewann mit Bayern München das Triple aus Meisterschaft, DFB-Pokal und Champions League und wurde in allen drei Wettbewerben Torschützenkönig. Auch deshalb gilt der Mittelstürmer als Favorit bei der Wahl zum Weltfußballer des Jahres.

Es hätte der perfekte Sommer für ihn werden können. Doch während er den Urlaub genoss, braute sich in seiner Heimat ein gewaltiger Sturm zusammen.

Am Freitag vergangener Woche hat sein früherer Berater Cezary Kucharski, 48, bei der Wirtschaftsabteilung des Bezirksgerichts in Warschau Zivilklage gegen Lewandowskis Vermarktungsfirma RL Management eingereicht. In dem Schriftsatz, der dem SPIEGEL vorliegt, erhebt Kucharski schwere Anschuldigungen gegen seinen ehemaligen Klienten. Der gravierendste Vorwurf lautet, Lewandowski habe unrechtmäßig mehrere Millionen Euro aus der gemeinsamen Vermarktungsfirma RL Management abgezweigt, seine Ehefrau Anna ebenfalls. Es geht unter anderem um Luxusreisen und teure Inneneinrichtung, die die Lewandowskis vom Firmenkonto beglichen haben sollen. Kucharski fordert deswegen rund 39 Millionen polnische Złoty Schadensersatz, umgerechnet etwa neun Millionen Euro. Lewandowski lässt auf SPIEGEL-Anfrage mitteilen, dass ihn die Klage bisher nicht erreicht habe.

Der Stoff, der vor Gericht ausgebreitet werden wird, liefert Einblicke in Lewandowskis Geschäftsgebaren. Auch deutsche Finanzbeamte dürften sich für das Warschauer Verfahren interessieren. Denn interne Unterlagen weisen darauf hin, dass ein Eurobetrag in siebenstelliger Höhe auf einem Konto der Lewandowskis in Polen gelandet ist, von dem die Steuerbehörden

hierzulande womöglich nicht jede Überweisung mitbekommen haben.

Lewandowski, der als bodenständiger, skandalfreier Musterprofi gilt, wehrt sich vehement gegen Kucharskis Vorwürfe. Er nennt die Klage »unbegründet« und wirft seinem ehemaligen Berater Verleumdung, Schikane und Erpressung vor. Kucharski könne sich »einfach nicht mit der Beendigung der Zusammenarbeit abfinden«, erklärt eine Sprecherin des Fußballstars.

Lewandowski und Kucharski schienen lange Zeit unzertrennliche Weggefährten zu sein. Doch wie so oft im Profifußball hat die zersetzende Kraft des Geldes wohl auch diese Beziehung zerstört. An den vielen Millionen Euro, die Lewandowski spätestens seit seinem Wechsel zum FC Bayern München verdient, zerbrach die Freundschaft der beiden Männer.

Der Pakt

»Eines der ersten Wörter, die ich als Pole in Deutschland gelernt habe, war Ordnung. Alles muss seine Ordnung haben. Vor allem die Buchhaltung, die Finanzen«, sagte Lewandowski vor drei Jahren in einem Gespräch mit dem SPIEGEL. Er zählte da schon zu den Megastars im Geschäft. Diesen Aufstieg verdankte er auch seinem Berater Cezary Kucharski.

Kucharski, ein ehemaliger polnischer Nationalspieler, hatte Lewandowski 2007 entdeckt, als der damals 19-Jährige bei einem polnischen Zweitligisten kickte. Kucharski kümmerte sich um das stille Talent und wurde zu einer Art Ziehvater Lewan-

dowskis, dessen leiblicher Vater früh verstorben war. Im Juni 2008 verschaffte er ihm den ersten lukrativen Profivertrag beim polnischen Erstligisten Lech Posen.

Wie sehr der junge Stürmer seinem Mentor vertraut haben muss, zeigt eine Vereinbarung, die die beiden wenige Monate zuvor unterzeichnet hatten. Darin ging es um Lewandowskis Vermarktungsrechte – der Spieler sicherte seinem Berater die Hoheit über die Kommerzialisierung seines Namens und seines Bildes zu.

Der Pakt machte Lewandowski abhängig von seinem Agenten. Der erste Haken an dem Vertrag war die Laufzeit bis zum Ende des Jahres 2030, also weit über Lewandowskis aktive Profilaufbahn hinaus. Der zweite: Der Spieler überließ dem Berater seine kompletten Werberechte für eine Einmalzahlung von damals ungerechnet gut 14 000 Euro. Kucharski habe das »Unwissen und die mangelnde Erfahrung« des jungen Lewandowski ausgenutzt, erklärt eine Sprecherin des Stürmers heute.

Im Januar 2010 modifizierten beide Seiten die Vereinbarung, sie galt fortan nur noch für zehn weitere Jahre. »Uns ist keine solche Vereinbarung bekannt«, behauptet die Lewandowski-Sprecherin auf Anfrage. Doch der Vertrag über die Abtretung seiner Vermarktungsrechte liegt dem SPIEGEL vor – unterschrieben von Kucharski und Lewandowski.

Im Sommer 2010 wechselte Lewandowski zu Borussia Dortmund. Kucharski war überzeugt davon, ihn zum weltbesten Stürmer aufbauen zu können. Mit vielen Superlativen versuchte er, aus Lewandowski, dem Jungen aus einfachen Verhältnissen, einen schillernden Star zu machen. An den Werbeeinnahmen wollte Kucharski natürlich mitverdienen.

Spätestens 2013 schoss der Wert Lewandowskis in die Höhe. Im Champions-League-Halbfinale erzielte der Pole beim Dortmunder 4:1 gegen Real Madrid alle vier Tore. Von nun an gehörte er weltweit zu den begehrtesten Stürmern.

Auch privat hatte er sein Glück gefunden. Im Juni 2013 heiratete er Anna Stachurska, Absolventin der Akademie für Leibeserziehung in Warschau und erfolgreiche Karatekämpferin. Das Traumpaar erschien auf den Titelblättern der Boulevardpresse. Kucharski wollte aus ihnen die



Kläger Kucharski

Zersetzende Kraft des Geldes

SIPA PRESS / ACTION PRESS

15/12/2016 PRZELEW INTERNET Robert Lewandowski -1.000.000,00 PLN
 Leszno
 1037
 spłata pożyczki
 BENF 242826
 Nr ref.: 0311215608400001

24/01/2017 PRZELEW INTERNET Anna Lewandowska -2.000.000,00 PLN
 1037
 tytułem objęcia weksla
 BENF 242826
 Nr ref.: 0310124608400006



XINHUA / EYEVINE / LAIF

21/06/2017 PRZEKAZ EURO-KRAJOWY Max Berger Aviation -45.400,00 EUR
 Ksiezycowa 3/34 01-984 Warszawa
 PROF/MK/5/06/2017
 BENF 076131
 Nr ref.: 0310621609903153

21/09/2017 PRZELEW SEPA WYSLANY ielstory -8.000,00 EUR
 FAKTURA PROFORMA 36/09/2017/FVPR
 BENF 001004
 Nr ref.: 0310921609303347

22/09/2017 TRANSAKCJA KARTA PŁATNICZA VIP-Service FlughfnMch Muenchen-Flug DE -379,61 EUR
 40F03889
 153262250
 *****0001314

Beckhams von Polen machen. Dafür muss-
 te sein Klient zu einem internationalen
 Topklub wechseln. Nach der Saison warb
 Real Madrid heftig um Lewandowski. Der

Stürmer wechselte im Sommer
 2014 aber lieber nach München.

Vor seinem Transfer zum FC
 Bayern ließ Lewandowski in
 Warschau eine Firma gründen,
 die seine Initialen trägt. Unter-

nehmenszweck der RL Management: die
 weltweite Vermarktung des Fußballstars.
 Lewandowski übernahm 98 Prozent der
 Anteile, Kucharski erhielt eine Minder-
 heitsbeteiligung. Der Berater verschmolz
 sein eigenes Unternehmen CK Sport Ma-
 nagement mit der neuen Firma und brach-
 te so den entscheidenden Vermögenswert
 ein: Lewandowskis Image Rights, die Wer-
 berechte.

Ersonnen hatte diese Konstruktion Kam-
 mil Gorzelnik, ein Jugendfreund Lewan-
 dowskis. Der Anwalt arbeitete für eine War-
 schauer Kanzlei, der Stürmer des FC Bay-
 ern war offenbar sein wichtigster Klient.
 Kucharski hingegen schien die Gunst des
 Spielers allmählich zu verlieren. Der Agent
 engagierte sich zunehmend in der Politik,
 er saß für eine konservativ-liberale Partei
 im polnischen Parlament. Offenbar fehlte
 ihm manchmal auch die Zeit, sich um Le-
 wandowski zu kümmern. In diese Lücke
 stieß der Jurist Gorzelnik.

Wie viele Spitzenfußballer verlässt sich
 offenbar auch Lewandowski, wenn es um
 Millioneneinnahmen und heikle juristische
 Fragen wie das internationale Steuerrecht
 geht, nicht auf den nüchternen Sachver-
 stand neutraler Experten, sondern hört
 auch auf die Meinung privater Vertrauter.
 Gorzelnik trat dabei durchaus selbstbe-
 wusst und bestimmend auf. Als Kucharski
 Ende 2013 Bedenken wegen zahlreicher
 offener Steuerfragen äußerte, antwortete
 Gorzelnik: »Es gibt Risiken, aber man
 muss etwas riskieren, um Gewinne zu ma-
 chen. Wenn es nicht kompliziert wäre, hät-
 test du mich nicht gebraucht.«

Das Zerwürfnis

Nach der Eintragung von Lewandowskis
 neuer Vermarktungsfirma ins Warschauer
 Handelsregister wurden der Fußballstar
 und seine Ehefrau im April 2014
 zu den Gesichtern einer neuen
 T-Mobile-Kampagne in Polen.
 Es war ein lukrativer Deal, für
 den eine Warschauer Agentur
 der RL Management allein im Ja-
 nuar 2015 umgerechnet rund 830 000
 Euro überwies.

Robert Lewandowski war zum begehr-
 ten Markenbotschafter geworden. Der
 Sportartikelhersteller Nike überwies zwi-
 schen September 2014 und Oktober 2017
 knapp 3,4 Millionen Euro an die RL Ma-
 nagement, Coca-Cola zahlte zwischen

Champions-League-Gewinner Lewandowski, Kontoauszüge der Firma RL Management

»Zeit für einen kurzen Urlaub«

Februar 2015 und August 2017 knapp eine Million Euro. Vom US-Konzern Procter & Gamble kassierte Lewandowskis Firma zwischen Oktober 2015 und Januar 2018 etwa 930 000 Euro.

Je üppiger die Werbegelder flossen, desto frostiger wurde das Verhältnis zwischen Lewandowski und seinem Berater, der lediglich zwei Prozent an der Vermarktungsfirma hielt, aber offenbar hohe Provisionen für die Vermittlung der Werbepartner verlangte. Im Januar 2016 listete Kucharski in einer Mail an den Spieler auf, wie viel Geld die RL Management 2014 und 2015 erhalten hatte und wie viel ihm davon zustehe. Seine Provision taxierte er auf etwa 17 Prozent, beim Nike-Deal bestand Kucharski für sich und zwei Partner auf einem 30-Prozent-Anteil. So kam er auf Honoraransprüche von umgerechnet rund 360 000 Euro.

Lewandowski wies das zurück. Er könne sich »nicht vorstellen«, 30 Prozent abzugeben, »weil das zu hohe Sätze sind«. Dem Fußballprofi schwebten eher »Standardprovisionen zwischen 10 und 15 Prozent« vor. Als Kucharski erwiderte, dass er von seinem Anteil an der Nike-Zahlung nicht abrücken würde, reagierte Lewandowski genervt: »Czarek, ich bin enttäuscht von Deinem Verhalten und Deiner Blindheit in manchen Dingen. Ich frage mich, ob es einfach Deine Unverschämtheit ist oder ob ich mit Beton rede. Aber wie ich sehe, macht es keinen Sinn, das weiterzuführen, weil sich unsere Meinungen in bestimmten Themen doch zu sehr unterscheiden.« Gegenüber dem SPIEGEL lässt Lewandowski nun ausrichten, dass sich Kucharski nach Gründung der RL Management nicht mit den Werbeverträgen des Spielers befasst habe und ihm daher kein Geld zustehe.

Ein Jahr später kam es zum endgültigen Bruch zwischen den beiden, im Frühjahr 2017 verließ Kucharski die Geschäftsführung der RL Management. Der Agent behauptet, Lewandowski und dessen Anwaltsfreund Gorzelnik, der seinen Platz einnahm, hätten ihn aus der Firma gedrängt und Einblick in deren Bücher und Bilanzen verweigert. Zudem habe Gorzelnik vor allem die Interessen seines Privatmandanten Lewandowski vertreten und viel zu selten die des gemeinsamen Unternehmens. Lewandowski erklärt hingegen, Kucharski sei freiwillig ausgeschieden.

Kucharskis Klageschrift enthält massive Vorwürfe, sie liest sich, als wäre die Vermarktungsfirma Lewandowskis ein Selbstbedienungsladen für den Fußballstar und seine Frau gewesen. Der Berater wirft dem Sportlerpaar anhand zahlreicher Belege vor, der RL Management möglichst hohe Ausgaben aufgebürdet zu haben, um die in Polen fälligen Steuern auf den Un-

ternehmensgewinn zu drücken. Viele dieser Abbuchungen sollen laut Kucharski keine Betriebskosten gewesen sein, sondern private Aufwendungen in Höhe von Hunderttausenden Euro – für Flüge im Privatjet, einen Whirlpool, Jetski oder Designermöbel.

Lewandowski weist diesen Vorwurf zurück: Die dem Unternehmen entstandenen Kosten seien »jederzeit betriebsbedingt« gewesen. Privatjetbuchungen seien nötig gewesen, um zu Fotosessions mit Werbepartnern zu reisen. Allerdings wecken dem SPIEGEL vorliegende Dokumente Zweifel an dieser Darstellung. So zahlte die RL Management etwa am 8. Juli 2016 an einen Privatjetanbieter 10 000 Euro, am gleichen Tag postete Lewandowski ein Instagram-Foto von sich auf der Leiter eines Kleinflugzeugs. »Zeit für einen kurzen Urlaub«, fügte er hinzu.

Ein weiterer schwerwiegender Vorwurf der Klage dreht sich um ein Darlehen in Höhe von umgerechnet rund 2,5 Millionen Euro, das die RL Management im Oktober 2015 Anna Lewandowski zusagte. Spä-

testens Ende 2017, so hieß es in der Beurkundung des Millionenkredits, müsse sie die komplette Leihsumme an die RL Management zurückgezahlt haben.

Kaum war diese Vereinbarung unterschrieben, geschahen laut Kucharskis Klage merkwürdige Dinge. Die RL Management übernahm eine Minderheitsbeteiligung an einer Firma namens Blue Oyster. Die Blaue Auster, die erst im Jahr zuvor in Warschau gegründet worden war, gehörte fast vollständig Anna Lewandowski. Den Anteilserwerb beglich die RL Management allerdings nicht mit Geld. Stattdessen übertrug sie den Anspruch auf Rückzahlung des 2,5-Millionen-Darlehens auf die Blaue Auster. Demnach war Anna Lewandowski plötzlich privat Schuldnerin und ihre eigene Firma Gläubigerin für den gleichen Kredit.

Als die RL Management einen Großteil des Darlehens schließlich überwies, gab es die Blaue Auster gar nicht mehr, die Firma wurde im Frühjahr 2016 liquidiert. Das Geld musste die Ehefrau des Fußballstars niemandem mehr zurückzahlen. Mit diesem Manöver verschwand eine Millionen-summe aus der Bilanz von Lewandowskis Vermarktungsfirma. Neben seiner Frau hat der Anwalt Gorzelnik das Geschäft aufseiten der Auster unterschrieben, für RL Management zeichnete Kucharski. Nun verweist Lewandowski auf Kucharskis Verantwortung für diese »rechtskonforme Transaktion«, schließlich habe er die Firma damals geleitet.

Der Spielerberater Maik Barthel hat gemeinsam mit Kucharski jahrelang für Robert Lewandowski gearbeitet. Auch dank Barthels Verhandlungsgeschick stieg Lewandowski zum bestbezahlten Spieler der Bundesliga auf, mit einem Jahreseinkommen von mehr als 20 Millionen Euro.

Der Agent kassierte in den vergangenen Jahren einen zweistelligen Millionenbetrag an Provisionen und lebt nun in einer 400 Quadratmeter großen Villa in Liechtenstein. »Ich habe den beiden seit Ewigkeiten gesagt, dass sie sich nicht wie im Kindergarten benehmen sollen«, sagt Barthel über Kucharski und Lewandowski. Er habe sie aufgefordert, Privates und Geschäftliches zu trennen: »Das führt sonst immer nur zu Ärger.«

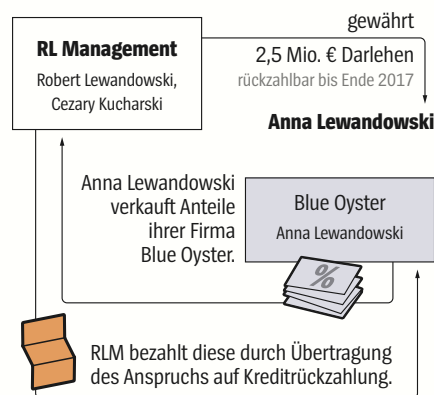
Seit mehr als einem Jahr habe er keinen Kontakt mehr zu Lewandowski gehabt, sagt Barthel. Der Stürmer habe sich im Laufe der Jahre verändert. Ständig habe er mit dem Abschied aus München gedroht, nie sei er zufrieden gewesen. Mittlerweile vertritt ihn der umstrittene Promiberater Pinhas Zahavi. Das alte Team aus Kucharski, Barthel und Lewandowski war lange auf eine simple Art erfolgreich: Der Stürmer sorgte für die sportlichen Erfolge, die Agenten vergoldeten sie. »Und dann fangen die beiden einen so nutzlosen, auf reinen Eitelkeiten fußenden Streit an«,

Blaues Wunder

Der Ablauf des Blue-Oyster-Geldgeschäfts

laut der Klageschrift von Cezary Kucharski

OKTOBER 2015



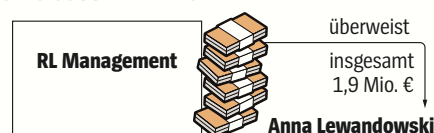
Effekt: Anna Lewandowskis eigene Firma wird Gläubigerin ihrer Privatschulden.

FRÜHJAHR 2016



Effekt: Anna Lewandowski muss das Geld nicht zurückzahlen.

JULI 2016 bis SEPTEMBER 2017



Erst jetzt fließen tatsächlich Gelder des 2015 vereinbarten Privatkredits. Effekt: RLM drückt so den Bilanzgewinn.



DDP

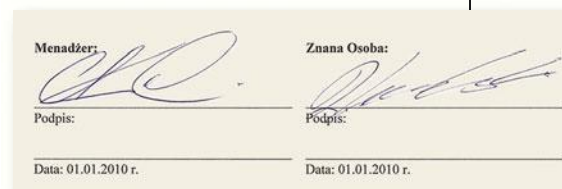
Glamourpaar Lewandowski, Vertragsunterschrift*: »Liebling, das sollte auf mich gehen«

klagt Barthel. »Die Konsequenzen daraus kapieren die gar nicht.«

Das Hütchenspiel

»Die Zeit drängt«, mahnte Lewandowskis deutscher Steuerberater Anfang 2017. Er machte sich offenbar Sorgen um seinen prominenten Mandanten. Die Einkommensteuererklärungen der Jahre 2014, 2015 und 2016 für die Lewandowskis waren fällig, und das zuständige Finanzamt schien ein paar unbequeme Fragen gestellt zu haben. In einer Mail nach Polen schrieb der Steuerfachmann, er benötige »alle Einkünfte, die Robert außerhalb Deutschlands erzielt hat«. Für die Jahre 2014 und 2015 sei die Sache »sehr dringend«, für 2016 bat er ebenfalls um detaillierte Auflistung. Dasselbe gelte für Anna, die »in Deutschland voll steuerpflichtig« sei: »Das Finanzamt will die Steuererklärungen kurzfristig haben, und mir fehlen die Unterlagen.«

Lewandowskis Anwalt Gorzelnik antwortete noch am selben Tag, dass der Fußballstar in Polen seit 2015 Steuern zahle, aber nur auf Gewinne von Firmen, an denen er beteiligt sei. Persönliche Einkünfte



aus diesen Beteiligungen beziehe Lewandowski nicht. »Er hat kein weiteres Einkommen in Polen«, schrieb Gorzelnik.

Die Antwort schien dem deutschen Steuerberater nicht zu genügen, er hakte nach. Gorzelnik antwortete: »Wie ich schon schrieb, hatte Robert 2014 kein Einkommen in Polen, und deshalb war er nicht gezwungen, für dieses Jahr eine Steuererklärung zu machen. Kannst Du mich bitte wissen lassen, für was das ist?«

Der Grund war die Hartnäckigkeit der deutschen Steuerbehörden. Lewandowski war in den fraglichen drei Jahren als Bundesligaspieler in Deutschland steu-

* Unten: auf dem Vertrag über die Vermarktungsrechte Robert Lewandowskis von Januar 2010 zwischen ihm und dem Berater Cezary Kucharski.

erpflichtig. Er musste darum den zuständigen Finanzämtern auch seine ausländischen Firmenbeteiligungen dokumentieren und nachweisen, dass er mögliche persönliche Einkünfte aus diesen Geschäften korrekt versteuert hatte. E-Mails, die dem SPIEGEL vorliegen, lassen den Schluss zu, dass Lewandowskis Anwalt in Warschau nur wenig Wert darauf legte, dem deutschen Finanzamt alle Einkünfte seines Mandanten vollständig offenzulegen.

Den Unterlagen zufolge glaubten die Finanzbeamten nicht, dass der polnische Stürmerstar 2014 keine Werbeeinnahmen in seinem Heimatland erzielt haben sollte. Sie fragten deshalb erneut nach, ob er Gelder vom polnischen Nationalteam, von Nike oder Panini bezogen habe.

Die Mail, die der Steuerberater daraufhin an den Lewandowski-Vertrauten Gorzelnik schrieb, liest sich wie eine letzte Warnung: »Wir (speziell Robert und Anna) geraten in große Schwierigkeiten, wenn wir Informationen und/oder Einkommen vor den deutschen Behörden zurückhalten. Die deutschen Steuerbehörden werden sich an viele Unternehmen wenden, ob es Zahlungen an Robert gab. Wenn Du sicher bist, dass keine Zahlungen gemacht worden sind, ist es okay, aber bitte überprüfe die Dokumentation und die Zahlungsströme noch einmal.«

Gorzelnik beschwichtigte erneut. Lewandowskis Vermarktungsrechte lägen im Besitz von RL Management, der Spieler selbst habe keine Werbeverträge unterzeichnet. Seine Beteiligung habe Lewandowski den polnischen Finanzbehörden ab 2015 offengelegt, nachdem die Rechtsform von einer Kommanditgesellschaft auf Aktien in eine GmbH umgeändert worden sei. Gorzelnik schloss sein Schreiben mit einer Bitte: »Halte das obige vertraulich, und versorge die Steuerbehörden nur mit den nötigen Informationen darüber.«

Der Steuerberater meldete einige Tage später Vollzug. »Ich habe die deutschen Steuerbehörden informiert, dass Robert 2014 definitiv kein Einkommen in Polen hatte«, berichtete er Gorzelnik. Auf die Gegenfrage des Finanzamts, wohin das Einkommen geflossen sei, habe er »wahrheitsgemäß geantwortet, dass eine Kapitalgesellschaft das Geld aus der Verwertung seiner Bildrechte verdient hat.«

Im Anhang der jetzt eingereichten Schadensersatzklage gegen Lewandowskis Unternehmen finden sich jedoch Dokumente, aus denen hervorgeht, dass die RL Management an ihren Eigentümer Robert Lewandowski und seine Frau Anna mehrere Millionen Euro gezahlt hat. Es sind Auszüge dreier Firmenkonten – eines war ein Konto für polnische Zloty, ein zweites für Euro, ein drittes für Dollar. Diese Unterla-



Werbefigur Lewandowski: »Der Überweisungsgrund war ein Irrtum«

gen der polnischen Bank Pekao umfassen den Zeitraum von April 2014 bis Mai 2018.

So transferierte die Firma im Juni und Dezember 2016 umgerechnet knapp 700 000 Euro an Lewandowski, auf dem Kontoauszug ist sein Heimatort Leszno vermerkt. Im Januar 2018 flossen 500 000 Euro an den Empfänger »Robert L.« in Warschau, am 19. Februar 2018 umgerechnet rund 120 000 Euro an den Empfänger »RL«. Im März 2018 überwies die RL Management drei weitere Zahlungen an Robert Lewandowski in Höhe von umgerechnet rund 600 000 Euro.

Dies seien Gewinnausschüttungen gewesen, erklärt Lewandowski heute, also steuerpflichtige persönliche Einkünfte. Doch als Überweisungszweck bei der Bank gab die RL Management auch »słata pożyczki« an, was »Darlehensrückzahlung« bedeutet und nicht zu dieser Erklärung passt. Auf Nachfrage erklärt Lewandowski, das sei ein Fehler gewesen: »Der Überweisungsgrund war ein Irrtum.« Die »Dokumentation der Buchhaltung« verweise »auf eine Auszahlung des Gewinns«.

Anna Lewandowski erhielt von der RL Management zwischen Juli 2016 und September 2017 in sechs Raten knapp 1,9 Millionen Euro, es war der größte Teil des fragwürdigen Geschäfts unter Beteiligung der Blue Oyster. Als Zahlungsempfängerin war laut Bankunterlagen mal »Anna L.«, mal »Anna Lewandowska« angegeben. Der Zahlungszweck lautete »tytułem objecta weksla«, zu Deutsch: »Für die Übernahme des Schuldscheins«.

War der angebliche Firmenkredit nichts anderes als ein Verschleierungsmanöver, um Geld aus der Firmen- in die Haushaltskasse abzuzweigen? Die Millionen für

Anna Lewandowski jedenfalls gingen auf einem Konto ein, das mit den Ziffern »1037« endete und das die RL Management auch für Zahlungen in Höhe von mindestens 700 000 Euro an ihren Mann nutzte. Vom SPIEGEL darauf hingewiesen, antwortete seine Sprecherin: »Robert Lewandowski erinnert sich nicht, dass er Zugang zu diesem Konto gehabt hätte.«

Widersprüche wie diese nähren die Vermutung, dass die Eheleute Lewandowski auch private Kosten mit Firmeneinnahmen beglichen haben könnten. So verlangte das Warschauer Unternehmen Noble Concierge umgerechnet mehrere Zehntausend Euro für Flugtickets, VIP-Behandlung an Flughäfen, Blumenlieferungen und Medizinbestellungen. Auf die Frage, an wen die Rechnung für den Vormonat ausgestellt werden solle, antwortete Lewandowski im Februar 2016: »Bitte an RL Management, Grüße«. Seine Frau Anna erwiderte darauf per Mail: »Liebling, das sollte doch auf mich gehen.« Die nächste Rechnung möge an ihre Firma geschickt werden. Robert Lewandowski bat seinen Berater Kucharski trotzdem, die Zahlung zu begleichen.

Lewandowskis Sprecherin betont, auch niedrige vierstellige Beträge, die vom Firmenkonto der RL Management bei der Hypo Vereinsbank am Kufsteiner Platz in München abgehoben wurden, seien mit dem Gewinn der Firma verrechnet worden. Steuerexperten nennen Überweisun-

Es sei noch möglich, »eine Steuerprüfung mit unvorhersehbaren Folgen zu verhindern«.

gen aus dem Firmenvermögen an Gesellschafter verdeckte Ausschüttungen. Sie müssen dem Finanzamt gemeldet werden.

Über mehrere Wochen hinweg hat der SPIEGEL das Gespräch mit Lewandowski gesucht. Doch der Fußballprofi antwortete lediglich per WhatsApp, er habe die Gelegenheit »bereits vor langer Zeit gründlich analysiert« und an Spezialisten in Polen und Deutschland abgegeben.

Er glaube nicht, dass es »etwas Problematisches/Ernstes« sei, und könne dies belegen. Auf Nachfrage, ob der SPIEGEL diese Unterlagen einsehen könnte, antwortete Lewandowski nicht mehr. Auf einen umfangreichen Fragebogen ließ er seine Sprecherin erklären, dass alle Zahlungen der RL Management an ihn in seiner Steuererklärung »detailliert angegeben« und »vollständig sowohl in Polen als auch in Deutschland ausgewiesen« worden seien. Das ist selbstverständlich möglich. Doch der Bitte des SPIEGEL nach konkreten Auskünften dazu kam die Lewandowski-Seite erneut nicht nach. Ebenso wenig entkräftete sie trotz weiterer Fragen die Widersprüche rund um das Blue-Oyster-Darlehen oder die Mails zwischen Gorzelnik und dem deutschen Steuerberater.

Der Eklat

Im Juni 2018 reiste Michael Gerlinger, der Chefjurist des FC Bayern München, nach Warschau. Dort traf er Kucharski, der den Klub über sein Zerwürfnis mit Lewandowski informiert und um eine persönliche Unterredung gebeten hatte. Kucharski hoffte wohl darauf, dass Gerlinger in dem Streit der beiden um die Vermarktungsrechte vermitteln würde.

Nach dem Warschauer Treffen hakte er beim FC Bayern noch einmal nach. Am 29. November 2018 verschickte ein Anwalt Kucharski ein Schreiben an Gerlinger und den Finanzvorstand Jan-Christian Dreesen, die Tonlage wurde rauer. Kucharski habe einen letzten Versuch unternommen, mit dem Bayern-Star in »freiwillige und freundschaftliche Gespräche zu treten«. Fortan würde er rechtliche Schritte einleiten, hieß es in dem Schreiben: »Herr Kucharski, geleitet von Loyalität gegenüber dem FC Bayern München und Ihnen persönlich, bat uns, Sie darüber zu informieren.«

Es sei zu erwarten, »dass die zuständigen Steuerbehörden in Polen und in Deutschland Lewandowskis Handeln als absichtlichen Versuch auslegen würden, um durch nicht marktübliche und fiktive Geschäfte Steuern zu mindern.« Dennoch werde Kucharski bis zum Beginn eines Verfahrens das Gespräch mit Lewandowski suchen, da er nicht beabsichtige, die »juristischen und steuerlichen Risiken aufzudecken«. Offenbar strebte Kucharski monatelang eine außergerichtliche Einigung an. Schließlich könnte er sich auch selbst

belasten, weil er Papiere für die RL Management unterzeichnet hat.

Als Lewandowski im Frühjahr 2019 mit dem FC Bayern München um die Verlängerung seines Vertrags pokerte, funkte Kucharski mit einer Drohmail dazwischen. Er warnte vor »ernsthaften rechtlichen Risiken« eines Straf- und Zivilprozesses, schrieb Kucharski an die Bayern-Bosse Karl-Heinz Rummenigge, Gerlinger und Dreesen. Nur wenn er mit Lewandowski eine Einigung erreiche, sei es »noch möglich, eine Steuerprüfung durch die Finanzbehörden und strafrechtliche Ermittlungen mit unvorhersehbaren Folgen zu verhindern«. Er hoffe »inständig«, dass Lewandowski »die ursprünglichen Vertragsbedingungen nicht breche« – das könne schließlich »negative Folgen für uns alle haben«.

Die Bayern beantworteten offenbar keine von Kucharskis Mails. Auch Lewandowski blieb stur: Er reagierte anscheinend auf keinen Brief und keine Nachricht mehr, die Kucharskis Anwalt ihm schickte. Gegenüber dem SPIEGEL ließ Bayern München ausrichten, dass sich der Verein grundsätzlich nicht »zu privaten Angelegenheiten« seiner Mitarbeiter äußere.

Ein Anwalt Kucharskis antwortete auf Anfrage, sein Mandant wolle sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht erklären, der Fall solle zunächst »von einem unabhängigen Gericht beurteilt« werden. Kamil Gorzelnik und Anna Lewandowski ignorierten mehrmalige Bitten um eine Stellungnahme. Lewandowskis Sprecherin wirft Kucharski zudem vor, eine Kampagne gegen seinen früheren Klienten zu betreiben, um einen möglichen Gerichtsprozess zu beeinflussen. Die mit der Klage eingereichten Unterlagen seien unvollständig und vermittelten einen falschen Eindruck.

Die Wirtschaftskammer in Warschau wird in den kommenden Monaten entscheiden müssen, wessen Version stimmt: die Kucharskis oder die seines früheren Zöglings Lewandowski. Ein Entwurf der Klageschrift ging bereits am 12. August im Haus des Stürmers in München-Bogenhausen ein. Selbst in diesem Punkt widerspricht Lewandowskis Sprecherin: Weder er noch ein Familienmitglied seien an dem Tag in München gewesen. »Dies ist eine weitere Lüge, die sehr leicht zu verifizieren ist«, schreibt seine Sprecherin.

Was stimmt: Der Superstar war zu dieser Zeit bereits mit dem FC Bayern in Portugal, zur Vorbereitung auf das Finalturnier der Champions League. Allerdings liegt dem SPIEGEL auch das Protokoll des Versanddienstleisters UPS vor. Am 12. August um 12.21 Uhr ist darin ein Eintrag mit einem Häkchen versehen: »Zugestellt«.

Sven Becker, Rafael Buschmann,
Nicola Naber, Christoph Winterbach,
Michael Wulzinger

Im Schatten von Schalke

Vereine Borussia Dortmund, so fanden Historiker heraus, war dem Naziregime wohl näher als bisher bekannt.

Hans-Joachim Watzke, 61, lädt jedes Jahr Mitarbeiter von Borussia Dortmund (BVB) zu einer Reise in das ehemalige Konzentrationslager Auschwitz ein. Der Klubboss will ein Zeichen gegen rechtsextreme Umtriebe im Umfeld seines Klubs setzen. Im vergangenen Jahr spendete der BVB zudem eine Million Euro für den Ausbau der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Israel. Watzke erklärte, dass »sich auch BVB-Offizielle den Machthabern« im »Dritten Reich« angedient hätten.

Watzkes Aussage gründet sich bisher weitgehend auf Hörensagen. Wie sehr der Verein wirklich in die Naziherrschaft verstrickt war, wird erst jetzt wissenschaftlich aufgearbeitet.

Seit einigen Jahren lassen immer mehr Klubs ihre Rolle im Nationalsozialismus untersuchen. Mal geschieht das aus eigenem Antrieb wie bei Eintracht Frankfurt, wo der Vereinsarchivar auf mögliche Kriegsverbrechen des Ehrenpräsidenten Rudolf Gramlich hinwies. Als sich bestätigte, dass Gramlich der Waffen-SS angehört hatte, entzog die Eintracht ihm posthum die Ehrenpräsidentschaft.

Woanders kam der Anstoß von außen. Der FC Bayern engagierte das Münchner Institut für Zeitgeschichte, nachdem unab-



Transparente im BVB-Stadion 2018
Den NS-Machthabern angedient

hängige Wissenschaftler gezeigt hatten, dass der Klub sich, anders als im Vereinsmuseum dargestellt, relativ umstandslos dem Regime angepasst hatte (SPIEGEL 21/2016). Ehrenpräsident Wilhelm Neudecker war schon 1933 der SS beigetreten.

In älteren Chroniken von Borussia Dortmund ist über die NS-Zeit wenig Konkretes zu finden. Es gibt Berichte von Zeitzeugen, dass zwei Mitglieder, Widerstandskämpfer gegen die Nationalsozialisten, kurz vor Kriegsende von der Gestapo ermordet wurden. Borussia Dortmund sei als Arbeiterverein insgesamt »widerborstig« gewesen, resümierte vor knapp 20 Jahren der Dortmunder Autor Gerd Kolbe und erntete damals schon Kritik.

Im vergangenen Jahr präsentierte eine neue Vereinschronik die »Spurensuche« Bonner Historiker. Sie fanden Hinweise, »die eine regimereferne Haltung des Vereins zweifelhaft erscheinen lassen«. Mehrere Spieler und Vorstandsmitglieder gehörten der NSDAP an, ein Funktionär war eine Dortmunder SA-Größe. Und auch der BVB hatte einen sogenannten Dietwart, der die NS-Ideologie an die Mitglieder vermitteln sollte.

Dortmunds Präsident Reinhard Rauball hat bereits im Herbst 2018 angekündigt, die NS-Zeit aufarbeiten zu lassen. Seit Anfang dieses Jahres läuft das Projekt. Die Dortmunder Historiker Rolf Fischer und Katharina Wojatzek stehen dabei vor einem großen Problem: Es gibt so gut wie keine Originalquellen mehr, denn die Geschäftsstelle des BVB wurde bei einem Bombenangriff im Herbst 1944 zerstört.

Fischer und Wojatzek gehen davon aus, dass Borussia Dortmund von der »Gnade der Zweitklassigkeit« profitierte. Der Verein stieg erst 1936 in die Gauliga auf, damals die höchste deutsche Spielklasse. Im Ruhrgebiet sei Schalke 04 der Verein gewesen, mit dem sich »die Nazigrößen gerne schmückten«. Borussia Dortmund habe »wie alle anderen hiesigen Vereine im Schatten der Schalcker« gestanden.

Viele Spieler arbeiteten im nahen Stahlwerk Hoesch. Um das »Ausmaß der Eingebundenheit« des Klubs in das Regime bewerten zu können, wollen Fischer und Wojatzek herausfinden, wie viele Mitglieder in die NSDAP eintraten und ob sie von der sogenannten Arisierung jüdischen Besitzes profitierten.

Die Erinnerung an ein Dortmunder Idol hat bereits Kratzer bekommen. August Lenz, Star des Vereins in den Dreißigerjahren, war Mitglied der NSDAP und der SA. Lenz machte zudem Wahlwerbung für Hitler. Unklar ist, ob das August-Lenz-Haus seinen Namen behalten soll. Die frühere Geschäftsstelle, direkt neben dem Stadion gelegen, beherbergt heute eine Gaststätte und die Büros der BVB-Eventagentur. Andreas Meyhoff



115 Tage Schwerelosigkeit durfte die US-Astronautin Kathleen Rubins vor vier Jahren erleben; dabei sequenzierte sie erstmals überhaupt DNA im Weltraum. Am 14. Oktober wird sie jetzt erneut zur Internationalen Raumstation ISS aufbrechen. Während sie mit mehr als 27 000 Kilometern pro Stunde um die Erde rast, soll sie dort oben am 2. November mit ihren zwei russischen Kollegen das 20-jährige Jubiläum der ersten Langzeitbesetzung der ISS feiern.

Planlos durch die Pandemie

Analyse Warum die Corona-Empfehlungen eines Mediziner-Netzwerks gefährlich sind

● Das Deutsche Netzwerk Evidenzbasierte Medizin hat sich große Verdienste erworben, eine Heilkunde populär zu machen, die auf wissenschaftlichen Grundsätzen basiert – statt falschen Versprechungen der Pharmaindustrie zu folgen oder gar esoterischen Therapien wie der Homöopathie. Nun aber hat das Netzwerk eine wenig evidenzbasierte Stellungnahme zur Corona-Pandemie verfasst. »Polemisch und emotional«, nennt Charité-Virologe Christian Drosten das Papier, in dem Maßnahmen wie Massentests, Maskenpflicht und Abstandsregeln als falsch, überflüssig oder fragwürdig bezeichnet werden.

Zwar liegen die Autoren nicht mit allen Kritikpunkten daneben; so ist es berechtigt, bessere Forschung zu fordern. Doch die evidenzbasierten Mediziner machen handwerkliche Fehler, die ihre Beurteilung der Lage grotesk falsch werden lassen. Statt etwa bei der Angabe der Sterblichkeit große Antikörperstudien heranzuziehen, die eine Infektionssterblichkeit von 0,8 und 0,9 Prozent ergeben – rund acht- bis neunmal höher als bei Influenza –, berufen sie sich auf Untersuchungen wie die umstrittene und vergleichsweise kleine Heinsberg-Studie, die auf 0,36 Prozent kommt. Das ist wissenschaftliche Rosinenpickerei, die sie sonst der Pharmaindustrie vorwerfen.

Die evidenzbasierten Mediziner berücksichtigen kaum das dynamische Geschehen einer Pandemie. Bei ihrer Kritik an der Teststrategie erwecken sie den Eindruck, als müssten für Corona-Tests die gleichen Ansprüche gelten wie für die Brustkrebs-Früherkennung. Und geradezu gefährlich ist ihre Empfehlung, Masken erst bei hohen Infektionszahlen vorzuschreiben. Schade, dass die Stellungnahme ausgerechnet zu dem Thema schweigt, bei dem Kritik wirklich angebracht wäre: der oft katastrophal schlechten Qualität von Covid-19-Therapiestudien. Veronika Hackenbroch

Medizin

Übungen gegen Seekrankheit

● Ob auf dem Karussell, beim Lesen im Auto, auf einem schwankenden Schiff oder in der virtuellen Realität von Computerspielen – jeder dritte Mensch ist anfällig für Reiseübelkeit oder Seekrankheit. Forscher der University of Warwick haben jetzt ein einfaches Trainingsprogramm entwickelt, mit dem sich dieses Leiden deutlich reduzieren lässt. 35 Probanden mussten dafür zwei Wochen lang Übungen absolvieren, die die räumliche Vorstellungskraft



Karussell auf dem Oktoberfest

stärken. So sollten die Freiwilligen angeben, wie sich Muster auf einem Blatt Papier verändern, wenn man es faltet. Oder wie die Ansicht einer 3-D-Figur variiert, wenn man

sie rotiert. Der Effekt dieses einfachen Trainings war überraschend groß: Als die Versuchspersonen anschließend während einer echten oder im Simulator durchlebten Autofahrt ein Buch lesen mussten, war das Ausmaß der Reisekrankheit mehr als 50 Prozent geringer als zuvor. Die Zahl derjenigen Probanden, die die Fahrt wegen Übelkeit abbrechen mussten, halbierte sich fast. Der Erstauteur der Studie, Joseph Smyth, sieht in der Übungsmethode einen »großen Schritt vorwärts bei der Entwicklung zukünftiger Transportsysteme, etwa autonom fahrender Autos«. vh

Fußnote

500

Milliarden US-Dollar staatliche Subventionen werden schätzungsweise weltweit jedes Jahr in Projekte gesteckt, die Artenvielfalt mindern. Damit ist laut dem fünften Globalen Biodiversitätsbericht, der gerade erschienen ist, das vor zehn Jahren gesteckte Ziel komplett verfehlt worden. Wenige Länder würden potenziell schädliche Investitionen – etwa in der Fischerei oder bei der Abholzung von Wäldern – überhaupt identifizieren, so das ernüchternde Fazit.

Kolonialismus

»Auf keinen Fall Squaw sagen«



www / Julia Hohlehter

Die Historikerin Heike Bungert, 53, Professorin an der Universität Münster, über ihr neues Buch »Die Indianer

– Geschichte der indigenen Nationen in den USA« und die Frage, ob das Wort Indianer rassistisch ist

SPIEGEL: Frau Bungert, die Reihe »Mein Indianerheft« für Grundschüler ist unter anderem auf Druck von Eltern umbenannt worden. Sollte man das Wort Indianer genauso wenig benutzen wie Zigeuner?

Bungert: Ich halte das Wort Indianer nicht für rassistisch. Wer sich dennoch damit schwertut, sollte auf den Sammelbegriff Indigene ausweichen oder die einzelnen Stammesgruppennamen nennen. Was man auf gar keinen Fall nutzen sollte, sind Wörter wie Squaw. Das wird mittlerweile als Schimpfwort für eine indische Frau verstanden.

SPIEGEL: Ist es okay, wenn sich Kinder zu Karneval als Indianer verkleiden? Auch darüber wurde gestritten.

Bungert: Ja, Kinder sollten sich genauso als Indianer wie als Bayern oder Wikinger verkleiden dürfen. Etwas problematisch wird es, wenn sie dann mit Federschmuck nur wild brüllend und Tomahawk schwingend, also vermeintlich »unzivilisiert«, durch die Gegend rennen. Ideal wäre es, wenn in Schule oder Kita vorher über Indigene und ihre Vertreibung sowie ihren Widerstand gesprochen würde.

SPIEGEL: Derzeit wird sehr intensiv über Kolonialismus und Rassismus diskutiert. Fallen die Indianer aus Ihrer Sicht bei diesen Debatten allzu sehr unter den Tisch?

Bungert: Ja, absolut. Genau wie Afroamerikaner sind Indigene in den USA von Racial Profi-

ling und Diskriminierung betroffen. Sie sind in den Gefängnissen überproportional häufig vertreten und öfter arbeitslos als Euroamerikaner. Nach wie vor gibt es noch viele Denkmäler und Ehrungen für Soldaten, die für den Tod Hunderter Indianer verantwortlich sind.

SPIEGEL: Welche etwa?

Bungert: Obwohl es schon seit Jahren Proteste gibt, wurden nicht einmal die Medaillen für 17 Soldaten aberkannt, die am »Wounded Knee« 1890 mehr als 300 wehrlose Indigene töteten. Natürlich leben die Soldaten schon seit vielen Jahren nicht mehr, aber es wäre ein wichtiges Zeichen. Auch eine Reiterstatue von General Philip Sheridan steht noch in Washington, D. C. Dabei ist

dieser Mann mitverantwortlich für das Massaker am Washita River, bei dem 1868 auch Frauen und Kinder abgeschlachtet wurden.

SPIEGEL: Waren Indianer immer nur Opfer?

Bungert: Das kann man so nicht sagen. Die Forschungen haben deutlich gezeigt, dass Indianer auch aktiv Handelnde waren und nicht immer friedlich im Einklang mit der Natur lebten, wie oft behauptet wird. Für den Handel mit Euroamerikanern haben einige indigene Gruppen manche Tierarten regional fast komplett ausgerottet.

SPIEGEL: Aber das Verhältnis zwischen Indigenen und Einwanderern war nie eines auf Augenhöhe, oder?

Bungert: Nur solange Indianer in einer Gegend Euroamerikanern zahlenmäßig überlegen waren. In meinem Buch beschreibe ich, wie die Indianer insbesondere in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunehmend unter rassistischen Kategorien gesehen wurden, wenn sie vor Ort im Weg waren. Lebten sie allerdings weit weg und drohten auszusterben, wurden sie romantisierend als typisch amerikanisch bewundert. GUI



Kinder bei Indianer-und-Cowboy-Party in Deutschland

picture alliance / Westend61

Heike Bungert: »Indianer – Geschichte der indigenen Nationen in den USA«. C. H. Beck; 286 Seiten; 16,95 Euro.



Andrea Artz / DER SPIEGEL

Ökologe Sheldrake

»Der Boden ist der Darm unseres Planeten«

SPIEGEL-Gespräch Sie strömen in uns mit jedem Atemzug, ihre Geflechte umweben die Welt, sie jagen, sie töten Würmer und können sogar menschliche Gedanken steuern – Pilze sind unterschätzte Wunderwesen. Der Biologe Merlin Sheldrake über die geheimen Herrscher der Erde.

Sheldrake, 32, promovierte an der University of Cambridge in Tropischer Ökologie; er hatte die Pilznetzwerke im Regenwald Panamas erforscht. Seitdem haben die seltsamen Lebewesen ihre Magie für ihn nicht verloren; seine Erkenntnisse hat er in einem Buch zusammengefasst. Bei einem Spaziergang mit SPIEGEL-Redakteuren berichtet er von seinen Einblicken in die geheimnisvollen Sphären jenseits von Flora und Fauna.*

* Merlin Sheldrake: »Verwobenes Leben: Wie Pilze unsere Welt formen und unsere Zukunft beeinflussen«. Ullstein; 464 Seiten; 29 Euro.



SPIEGEL: Herr Sheldrake, wir sind hier im Londoner Park Hampstead Heath. Dieser Ort bedeutet Ihnen mehr als jeder andere. Warum?

Sheldrake: Hier bin ich aufgewachsen. Hier habe ich laufen gelernt. Später habe ich hier Baumhütten gebaut, noch später Partys mit Freunden gefeiert. Und mein Interesse für die Natur entdeckt.

SPIEGEL: Für die Natur allgemein oder für die Pilze im Besonderen?

Sheldrake: Beides. Mich hat immer besonders interessiert, wie sich die Dinge verändern. Wie sie wachsen und wieder vergehen. Ich habe gestaunt,

wie Laubhaufen verschwinden im Lauf der Zeit. Wie kam es zu dieser Verwandlung, ohne dass ich etwas davon sehen konnte? Die Kompostierung, so begriff ich, ist zu erheblichen Teilen das Werk von Pilzen.

SPIEGEL: Für die meisten Menschen besteht die Natur in erster Linie aus Pflanzen und Tieren. Wo ist da Platz für die Pilze?

Sheldrake: Pilze sind von enormer Bedeutung. Sie vermitteln die Beziehung zwischen Organismen und ihrem Lebensraum. Damit verkörpern sie das Urprinzip der Ökologie.

- 1** Fliegenpilz **2** Myzel an faulendem Holz
3 Perigord-Trüffel **4** Psilocybinhaltiger Spitzkegeliger Kahlkopf **5** Penicillium-Kultur

SPIEGEL: Wenn diese Geschöpfe so wichtig sind, warum sehen wir dann so wenige von ihnen?

Sheldrake: Pilze sind überall. Nehmen Sie nur dieses Blatt hier: Dutzende Arten von Pilzen leben darauf und darin. Noch nie ist eine Pflanze in der Natur gefunden worden, deren Blätter und Sprosse nicht über und über von Pilzen besiedelt gewesen wären. Oder die Wurzeln des Grases, über das wir hier laufen, die verrottenden Ästchen, der Erdboden unter unseren Füßen – alles ist voller Pilze. Auch auf Ihrem Körper, in Ihren Ohrmuscheln, Ihren Nasenlöchern, überall siedeln Hefepilze. Und selbst in der Luft: In diesem Moment atmen Sie Pilze ein – deren Sporen machen den größten Teil lebender Partikel in der Luft aus. Dort tragen sie bei zur Bildung von Wassertropfen und beeinflussen so sogar das Wetter.

SPIEGEL: Wie kann es sein, dass wir so wenig über diese offenbar allgegenwärtigen Geschöpfe wissen?

Sheldrake: Dafür gibt es viele Gründe. Der offensichtlichste ist der Zugang: Der Pilz, den wir sehen, ist nicht mehr als die Fruchtkörper des Organismus. Das weitverzweigte Myzel-Netzwerk, das dazugehört, liegt verborgen im Boden. Auf Bäume übertragen, wäre es so, als sähen wir nur für eine kurze Zeit im Jahr die Eicheln, die prächtigen Eichen selbst aber sähen wir nicht.

SPIEGEL: Unterschätzen auch Wissenschaftler die Bedeutung der Pilze?

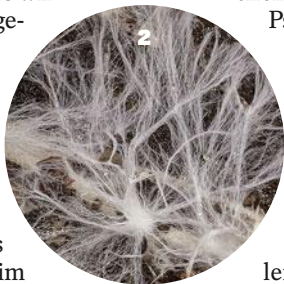
Sheldrake: Zumindest haben sie das lange getan. Bis in die Sechzigerjahre hielt man die Pilze für Pflanzen, erst danach haben sie taxonomisch ihre Unabhängigkeit erlangt. Die neuen Sequenzieretechniken haben dann das Interesse an den Pilzen richtig geweckt. Heute können wir die DNA eines Teelöffels Erde auslesen und nachgucken, was alles darin lebt.

SPIEGEL: Und? Was findet man darin?

Sheldrake: Das Reich der Pilze ist gewaltig. Es gibt sechs- bis zehnmals mehr Pilzarten als Pflanzenarten – und nur sechs bis acht Prozent von ihnen sind überhaupt bekannt. Wir wissen noch so wenig! Nur eins ist klar: Es gibt sehr viele Weisen, ein Pilz zu sein.

SPIEGEL: Rührt die Geringschätzung vielleicht auch daher, dass Pilze für uns wenig nahrhaft sind und obendrein oft giftig?

Sheldrake: Diese Vorstellung mag verbreitet sein. Tatsächlich aber enthalten viele Pilze wichtige Mineralstoffe und einen sehr hohen Gehalt an Antioxidantien. Sie stellen eine erstaunliche Fülle von Substanzen her, die auf Krebs, auf



Viren oder auf unser Immunsystem einwirken. Und Pilze enthalten viel Protein. Trüffel sind ein gutes Beispiel: Sie wollen gefressen werden, weil sie tief im Boden sitzen, wo kein Wind ihre Sporen verbreiten kann. Deshalb locken sie Tiere mit einem sehr subtilen Gemisch von Düften an, damit die sie vertilgen und ihre Sporen verbreiten.

SPIEGEL: Einige Pilze locken sogar mit Substanzen, die direkt auf das Bewusstsein einwirken...

Sheldrake: Ja, insbesondere enthalten rund 200 Pilzspezies Psilocybin, eine Substanz, für die sich Menschen von jeher wegen ihrer stark psychedelischen Wirkung interessieren.

SPIEGEL: Diese Pilze erzeugen Halluzinationen, sie verändern unser Denken. Welchen Nutzen haben Pilze davon, Psychodrogen für Menschen herzustellen?

Sheldrake: Das wissen wir nicht. Die ersten Pilze, die Psilocybin herstellten, lebten vor 75 Millionen Jahren, lange bevor es Menschen gab. Aber Rezeptoren für diese Substanz finden sich auch in vielen Tieren. Vielleicht verändert Psilocybin ja das Verhalten bestimmter Insekten in einer Weise, die sie dazu bringt, Pilzsporen zu verbreiten. Oder es verdirbt ihnen den Appetit auf die Pilze.

SPIEGEL: Sie haben die Wirkung solcher Zauberpilze ausprobiert?

Sheldrake: Ja, unter ihrem Einfluss habe ich begriffen, dass mir der größte Teil meines Bewusstseins unbekannt war. Es war, als hätte ich mein Leben bis dahin in einem Garten verbracht, und jetzt entdeckte ich plötzlich, dass dieser Garten eine Pforte hat, durch die ich in einen mir weitgehend unbekanntem Wald gelangen kann.

SPIEGEL: Verschwindet die Pforte, wenn die Wirkung des Psilocybins nachlässt?

Sheldrake: Nicht unbedingt. Wenn Sie erst einmal wissen, dass dieser Wald existiert, dann ist es viel leichter, den Weg dorthin zu finden.

SPIEGEL: Sie haben sogar an einer wissenschaftlichen Studie teilgenommen...

Sheldrake: Ja, allerdings wurde da LSD getestet. Aber die Wirkung beider Substanzen ist ähnlich. Unter anderem sollte in der Studie untersucht werden, ob LSD die Kreativität befördert. Jeder Teilnehmer musste ein Problem benennen, an dem er gerade



arbeitete. Das sollte er dann unter dem Einfluss von LSD zu lösen versuchen.

SPIEGEL: Und?

Sheldrake: Ich fand die Wirkung des LSD sehr hilfreich. Ich habe mich mental in den Pilz hineinversetzt und konnte so die Beziehung zwischen Pflanzen und Pilzen unter völlig neuen Blickwinkeln betrachten.

SPIEGEL: Sie sprechen Pilzen kognitive Fähigkeiten zu. Wie kommen Sie darauf?

Sheldrake: Ich denke darüber seit einiger Zeit nach. Es geht mir um die Art, wie Pilze ihre Umgebung wahrnehmen und wie sie darauf reagieren. Ohne Unterlass strömt Information durch ihre dezentralisierten Körper.

SPIEGEL: Was nehmen Pilze denn wahr?

Sheldrake: Vor allem haben sie eine Fülle chemischer Sensoren. Pilze lassen sich als große chemisch empfindliche Membran betrachten, sozusagen als eine einzige Riechschleimhaut. Aber viele Pilze können auch Licht wahrnehmen, sie sind empfindlich für die Schwerkraft und für Temperatur- und Druckveränderungen.

SPIEGEL: Die Pilze unter unseren Füßen spüren also gerade, dass wir über sie hinweglaufen?

Sheldrake: O ja, einige Pilze wären in der Lage, unsere Schritte wahrzunehmen. Und nun ist die Frage, wie sie all diese Informationen ohne Gehirn verarbeiten und in Verhalten übersetzen, in Handlungen...

SPIEGEL: Handlungen? Was, bitte, tut denn ein Pilz?

Sheldrake: Pilze sind durchaus aktiv. Nehmen Sie zum Beispiel die Jagd.

SPIEGEL: Wie bitte, Pilze jagen?

Sheldrake: Ja, wenn die Nahrung knapp wird, können einige Pilze in den Jagdmodus umschalten. Sie legen Fallen aus, bestehend aus Schlingen oder giftigen Tröpfchen. Und dann locken sie mit speziellen Substanzen Fadenwürmer in diese Fallen.

SPIEGEL: Im Ernst, ist das »Verhalten«?

Sheldrake: Na ja, wir können vor Gefahren davonlaufen, Pilze müssen sich ihnen stellen. Deshalb verteidigen sie sich mithilfe chemischer Verbindungen, oder sie regenerieren sich. Das ändert aber nichts daran, dass auch Pilze Entscheidungen treffen, genau wie wir es tun.

SPIEGEL: Was für Entscheidungen?

Sheldrake: Pilze haben viele Optionen, wohin sie wachsen, was sie fressen, ob sie sich zurückziehen und eben, ob sie auf Fadenwurmjagd gehen. Jeder Pilz bildet Tausende sogenannte Hyphen aus. Das

sind winzige Fäden, die wachsen, sich teilen oder verschmelzen können.

SPIEGEL: Wenn Pilze so viele, wie Sie sagen, »Entscheidungen« treffen, heißt das, dass sie auch fähig sind, Probleme zu lösen?

Sheldrake: Absolut. Ihr Wachstum folgt zum Beispiel sehr effizienten Navigationsalgorithmen. Es gibt Experimente, bei denen Pilze den kürzesten Weg durch Labyrinth fanden.

SPIEGEL: Ist ein Pilz also eine Art Gehirn?

Sheldrake: Nein, das nicht. Aber Sie haben recht: Neurone sind fingerförmig wachsende, elektrisch erregbare, netzwerkbildende Zellen. Und das sind Pilzzellen auch.

SPIEGEL: Verfügen Pilze also über eine Form von Intelligenz?

Sheldrake: Das hängt davon ab, was Sie darunter verstehen. Wenn man die Definition weit fasst, dann zeigen alle Organismen Intelligenz, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Betrachtungen von Kognition und Intelligenz gehen meist vom menschlichen Geist aus. Das aber führt zu einer sehr mensch- und gehirnzentrierten Sichtweise. Ich finde es erfrischend, diese Betrachtungen auf Organismen auszuweiten, die kein Gehirn haben. Wir sollten uns selbst nicht zum Maßstab der Welt erklären.

SPIEGEL: Gibt es auf dem Feld der Pilzkognition noch viel zu entdecken?

Sheldrake: Unbedingt. Wir wissen wenig darüber, wie Pilze ihr Verhalten koordinieren. Wir kennen die Mechanismen nicht, über die sie Signale weiterleiten. Wir haben ja noch nicht einmal die Biologie ihres Myzel-Wachstums vollständig verstanden.

SPIEGEL: Aber Sie wissen viel über die symbiotische Beziehung zwischen Pilzen und Pflanzen...

Sheldrake: ... genau, die Mykorrhiza, über die der Pilz die Pflanze mit Nährstoffen wie Stickstoff und Phosphor versorgt und die Pflanze wiederum dem Pilz zu energiereichem Zucker verhilft.

SPIEGEL: Würde man die Pilze hier im Waldboden auf einen Schlag auslöschen – könnten die Bäume überleben?

Sheldrake: Nein. Sie würden anfällig werden für Krankheiten. So wie wir, wenn die Bakterien in unserem Darm nicht wären – dieses Mikrobiom hält uns gesund. Der Boden ist so etwas wie der Darm unseres Planeten.

SPIEGEL: Ökologen schwärmen vom »Wood Wide Web«, in dem die Bäume auf geheimnisvolle Weise über Pilze miteinander verbunden sind und über diese sogar miteinander kommunizieren...

Sheldrake: Ja, das tun sie tatsächlich, dazu gibt es Experimente, bei denen man jegliche direkte Kommunikation zwischen den Pflanzen verhindert hat, etwa via Gasaustausch über die Luft; das Pilzmyzel war

Rekordverdächtig

60%

der industriell verwendeten Enzyme werden von Pilzen erzeugt.

Pilzsporen werden mitunter explosionsartig verteilt und

10000-mal

stärker beschleunigt als eine »Falcon 9«-Rakete von SpaceX nach dem Start.

Über fast **10 km²**

erstreckt sich ein Pilz in Oregon, der mehrere Tausend Tonnen wiegt und mind. 2000 Jahre alt ist.

Jährlich produzieren Pilze

50 Millionen Tonnen Sporen,

das entspricht etwa der Masse von 500 000 Blauwalen.

DER SPIEGEL

Quelle: M. Sheldrake

ihre einzige Verbindung. Dann setzte man Blattläuse auf eine der Pflanzen – woraufhin die andere ihre Abwehrmechanismen gegen die Pflanzensauger hochfuhr.

SPIEGEL: Warum sollte ein Baum den anderen warnen? Was hat er davon?

Sheldrake: Sinn ergibt das erst aus der Perspektive des Pilzes: Der ist abhängig von seinen pflanzlichen Partnern. Und wenn einer dieser Partner umkommt, ist es im Interesse des Pilzes, dass die anderen überleben. Stellen Sie sich den Pilz als eine Art Vermittler vor, der die Beziehungen zwischen den Pflanzen zum eigenen Nutzen gestaltet.

SPIEGEL: Abgesehen von ihrer ökologischen Funktion – wozu sind Pilze sonst noch gut?

Sheldrake: Pilze als Baumaterial zu nutzen ist zum Beispiel ein spannendes neues



Andrea Artz / DER SPIEGEL

Sheldrake, SPIEGEL-Redakteure*

»Ich habe mich in den Pilz hineinversetzt«

Feld. Man kann Myzel auf Agrarabfällen wachsen lassen; das geht schnell und ist ungeheuer stabil. Myzelien könnten Polystyrol ersetzen und damit die Verpackungsindustrie verändern. Auch Leder lässt sich mithilfe von Pilzen herstellen.

SPIEGEL: Wahre Wunderorganismen also. Gleich erzählen Sie uns, in Pilzen liege auch die Rettung gegen das Coronavirus.

Sheldrake (lacht): Das ist zumindest möglich. Pilze sind genial, wenn es darum geht, Abwehrstoffe gegen Erreger herzustellen. Sie müssen sich ja dauernd verteidigen, gegen Bakterien und eben auch gegen Viren. In den USA werden gerade Pilzstämme auf ihre antiviralen Eigenschaften hin gescreent. Natürlich wird da jetzt auch auf Corona geschaut. Aber es ist zu früh, um zu sagen, ob daraus etwas wird.

SPIEGEL: Und am Ende sagen Sie uns wahrscheinlich noch, dass Pilze auch gegen den Klimawandel helfen.

Sheldrake: Natürlich! Pilze helfen dem Boden, Kohlendioxid zu speichern und damit CO₂ aus der Atmosphäre zu entfernen. Sie nähren Pflanzen, was uns hilft, energieaufwendig hergestellte Düngemittel einzusparen. Auch brauchen wir weniger fossile Brennstoffe, wenn wir Pilzmyzel als Plastikersatz nutzen. Und Forscher arbeiten daran, eiweißreichen Fleischersatz aus Pilzen zu erschaffen.

SPIEGEL: Merlin Sheldrake, Hohepriester der Pilze.

Sheldrake (lacht): So religiös wollte ich nicht rüberkommen. Natürlich sind Pilze nicht die Lösung aller Weltprobleme. Aber sie können uns einen neuen Blick auf die Welt lehren. Wir erkennen immer deutlicher, wie stark alle Lebewesen von Mikroben abhängig sind. Wir Menschen haben ein Mikrobiom aus Bakterien, die ihrerseits Bakterien beherbergen, in denen Viren hausen, die wiederum kleinere Viren in sich tragen. Wenn wir sehen, dass alles Leben aus diesen intimen Verbindungen besteht, überall, und wenn wir diese Erkenntnis herunterbrechen auf unsere Körper, dann wird klar, dass auch wir nicht als Einzelwesen zu betrachten sind. Wir bestehen aus Millionen Organismen, die kooperieren, sich bekämpfen, konkurrieren.

SPIEGEL: Wir sind Ökosysteme?
Sheldrake: Ja, sehr komplexe Netze. Dieser Blick auf die Pilze verändert die gesamte Biologie.

SPIEGEL: Hat er auch Sie verändert?

Sheldrake: Ja, ich schaue anders auf die Welt. Mir ist klar geworden, dass die Idee vom Individuum als einer biologischen Einheit infrage steht. Das Individuum ist keine klare, saubere Kategorie. Es ist eher eine Annahme als eine Tatsache.

SPIEGEL: Herr Sheldrake, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Johann Grolle und Rafaela von Bredow in London.

Fremde Welten

Karrieren Schwarze Löcher im Erdkern? Hühner mit Ersatzhirn?

Ein Skandal zeigt, wie leicht es ist, pseudowissenschaftlichen Unsinn zu veröffentlichen.

Prof. Dr. med. Uwe Wollina ist ein fleißiger Mann. Am Städtischen Klinikum Dresden, einem akademischen Lehrkrankenhaus, arbeitet er seit fast 20 Jahren als Chefarzt der Dermatologie. Doch damit ist er nicht ausgelastet.

Wollina, Jahrgang 1956, hält Vorlesungen, er ist Chefredakteur zweier Fachpublikationen und sitzt einer Prüfungskommission der Sächsischen Landesärztekammer vor. Zudem forscht er – und wie: Nach Papierlage muss er als einer der profiliertesten Wissenschaftler Deutschlands gelten, wenn nicht der ganzen Welt.

Wollinas Publikationsliste umfasst laut der Datenbank »Researchgate« an die 2500 Titel. Sieben Veröffentlichungen, an denen er beteiligt war, sind im Juli erschienen, 14 im Juni, 18 im Mai. Von solch einem Lauf kann selbst ein Christian Drosten nur träumen.

Wer sich aber die Mühe macht, Publikationen der Koryphäe zu lesen, dem steht ein irritierendes Erlebnis bevor. Wollina, immerhin Ausbilder und Prüfer, ist nicht wirklich zu Hause in der Welt der Qualitätsjournale wie »Nature«, »Science« oder dem »British Medical Journal«, in denen Top-Forscher Top-Resultate verkünden. Der Kliniker hingegen liefert ein Beispiel dafür, wie seriöse Wissenschaft unterwandert wird von Leuten, die nach dem Masse-statt-Klasse-Prinzip gern mal Ramsch und Quatsch produzieren.

Gleich 37 Artikel hat Wollina allein im vergangenen September mit wechselnden Mittätern in einer Spezialausgabe der Online-Resterampe »Open Access Macedonian Journal of Medical Sciences« abgeladen. Dessen Herausgeber schreiben zwar, dass alle hier veröffentlichten Studien den unumgänglichen »Peer Review«-Prozess durchlaufen, dass sie also vor Publikation von kompetenten Fachkollegen begutachtet und mit den nötigen Verbesserungsanweisungen belegt wurden. Wer das aber glaubt, der hat das Journal nicht gelesen.

So widmet sich eine von Hautarzt Wollina mitverantwortete Arbeit fachfremd dem Erdkern. Dort, so steht in schlechtem Englisch zu lesen, existiere ein schwarzes Loch. Dieses kommuniziere mit fremden Welten

in anderen Dimensionen und irgendwie flutsche Erbgut hin und her oder so. Belege liefern die Autoren keine, wie denn auch; Forschungsgelder, das schreiben sie selbst, haben sie – immerhin – auch keine kassiert.

Beteiligt an dem Geschreibsel sind Wollinas langjährige Publikationspartner: der Internist Massimo Fioranelli und der Dermatologe Torello Lotti, die beide mit der Fernuniversität »Guglielmo Marconi« in Rom verbunden sind. Im nordmazedonischen Schwurbeljournal beschäftigen sich die drei Eminenzen zudem mit Vögeln ohne Gehirn, die trotzdem Hindernissen ausweichen könnten. Warum? Weil Nervenzellen im Körper für das verlustig gegangene Organ eingesprungen seien. In einer anderen Arbeit stattdessen sie Hühnerembryonen – wohl eher theoretisch statt tatsächlich – mit zweiten Herzen und Hirnen aus.

Wollina schreibt zudem in hoher Zahl Berichte zu Einzelfällen aus seiner täglichen Praxis – zwei Erwachsene mit Masern hier, dort ein Mann mit gelblichem Achselhaar. Aber mehrfach war der Chefarzt eben auch an Publikationen beteiligt, die jeglichen Grundsätzen qualitätvoller Wissenschaft spotten.

Übertroffen wird Wollina noch von seinen Kumpanen. Fioranelli und Lotti wollen gerade herausgefunden haben, dass der neue Mobilfunkstandard 5G zur spontanen Entstehung von Coronaviren in den Hautzellen des Menschen führen könnte. Auf Experimente oder gar Beweise haben die frei fantasierenden Gelehrten verzichtet. Das randständige »Journal of Biological Regulators & Homeostatic Agents« aus Italien hat ihren pseudowissenschaftlichen Unsinn im Juli trotzdem veröffentlicht – allerdings sogleich zurückgezogen, als Kritik an dem Machwerk aufbrandete.

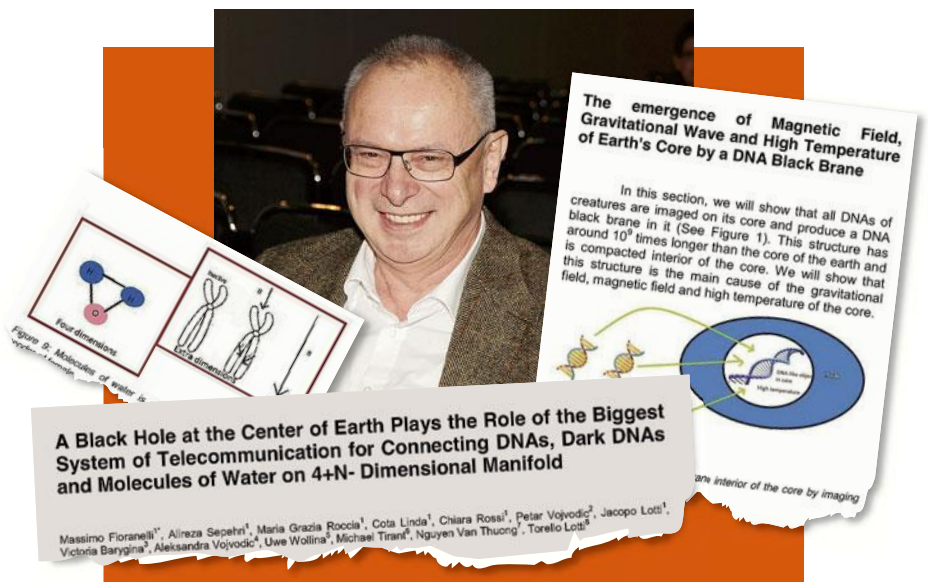
Mit randständigen Fachblättern kennt sich auch Wollina aus. Seit 2012 ist er Chefredakteur von »Psoriasis: Targets and Therapy«, einem wohl leidlich seriösen, doch kaum beachteten Magazin. Viel zu tun hat Wollina in dem Nebenjob nicht. In diesem Jahr sind in dem Onlinejournal gerade drei Beiträge erschienen, was an Corona liegen mag oder auch daran, dass Autoren dort 1758 Euro zahlen müssen.

Wie Wollina selbst weiß, geht das billiger. Im »Open Access Macedonian Journal of Medical Sciences«, das der Chefarzt so wertschätzt, kostet eine Veröffentlichung 200 Euro. Wenn man diese Kosten dann noch unter einem Dutzend Autoren aufteilt, dann wächst eine Ehrfurcht gebietende Publikationsliste fast für lau.

Kurz vor dem Ruhestand könnte sich der Chefdermatologe eigentlich entspannt zurücklehnen und seine lukrativen Privatpatienten umsorgen. Warum also gefährdet der Mann seinen Ruf mit unsauberen Arbeiten? Ein mögliches Motiv könnte die »Focus«-Ärztliste sein. 2019 wurde Wollina dort wieder als »Top-Mediziner« ausgezeichnet – mit besonderer Kompetenz in der Therapie von Schuppenflechte und im Faltenglätten per Botox. »Focus« vermeldet, dass Wollina »überdurchschnittlich viel« publiziere.

Eine Sprecherin des Dresdner Klinikums lehnt es ab, sich zu Wollina zu äußern. Der Professor selbst reagiert nicht auf eine Anfrage. Vielleicht hat der Vielschreiber für Erklärungen ja einfach keine Zeit. Im August hat Wollina neben dem Klinikalltag wieder ein Dutzend Berichte veröffentlicht. Marco Evers

Mail: marco.evers@spiegel.de



Vielschreiber Wollina
Das Masse-statt-Klasse-Prinzip

Angriff auf die Betazellen

Protokoll Kann Corona Jugendliche zu Diabetikern machen? Der Oberarzt Matthias Laudes geht diesem Verdacht nach und berichtet über einen verstörenden Fall.

Der Zustand des Patienten war dramatisch, wie oft bei der Erstmanifestation eines Typ-1-Diabetes. Wir reden hier schließlich nicht vom Altersdiabetes, der langsam und schleichend verläuft. Beim Typ 1 handelt es sich in der Regel um kerngesunde, meist junge Menschen, bei denen die Insulinproduktion binnen weniger Wochen fast auf null runtergeht.

Einige Zeit lang kann ihr Körper das noch kompensieren, aber dann verschlechtert sich der Zustand rapide. Am Ende kommen sie extrem ausgetrocknet, abgeschlagen und erschöpft, manchmal mit Herzrhythmusstörungen und abnorm tiefer Atmung in die Notaufnahme.

So war es auch bei diesem jungen Mann, 19 Jahre alt, sportlich, eigentlich bei guter Gesundheit. Er kam Anfang Mai in unsere Klinik. Wie so oft war der Diabetes also unangekündigt in ein normales Leben hineingeplatzt.

Anfangs wusste der junge Mann nicht recht einzuordnen, was da mit ihm geschah. Erst hatte er viel Wasser verloren, weil der Körper den überschüssigen Zucker über den Urin ausscheidet. Dann magerte er regelrecht ab. Denn da Insulin den Fettabbau bremst, wird beim für Diabetes typischen Insulinmangel extrem viel Fett abgebaut. Als er zu uns kam, hatte der Patient bereits zwölf Kilo verloren.

Die Diagnose war schnell gestellt. In jeder Notaufnahme gibt es heutzutage Blutgasanalysegeräte, die uns sofort den Blutzucker und den pH-Wert angeben. Letzterer ist bei einem solchen Patienten sehr niedrig, das Blut ist also sehr sauer, weil beim Abbau der Fettsäuren Ketonkörper entstehen, die das Blut ansäuern.

Wir verlegten den jungen Mann sofort auf die Intensivstation. Dort musste sein Blutzuckerspiegel vorsichtig und unter ständiger Kontrolle gesenkt werden. Die große

Gefahr besteht darin, dass es bei einer abrupten Insulingabe zu Flüssigkeitsverschiebungen kommen kann. Denn grundsätzlich sinkt der Zuckerspiegel im Hirnwasser langsamer als im Rest des Körpers. Um dieses Konzentrationsgefälle auszugleichen und den Zucker im Gehirn zu verdünnen, strömt Wasser ins Hirnwasser, was dann den Hirndruck ansteigen lässt. Im schlimmsten Fall kann so etwas tödlich enden. Deshalb mussten wir sehr behutsam vorgehen.

All das ist Routine. Bis zu diesem Punkt schien alles, als hätten wir einen klassischen Typ-1-Diabetiker

vor uns. Erst am zweiten Tag wurde ich stutzig: Dieser Patient brauchte ungewöhnlich viel Insulin. Auf die niedrigen Dosen, die wir anfangs gaben, reagierte er gar nicht. Es war nur eine Nuance, nichts, was völlig aus der Norm herausgefallen wäre; aber irgendwie schien dieser Patient anders zu sein.

Normalerweise ist der Typ-1-Diabetes die Folge einer Autoimmunreaktion: Aus noch unbekanntem Grund hält das Immunsystem die Insulin produzierenden Betazellen in der Bauchspeicheldrüse für feindlich. Es attackiert und tötet sie deshalb, sodass die Insulinproduktion des Körpers ins Stocken gerät. Meist kommen die Patienten in die Klinik, wenn bereits rund 90 Prozent dieser Zellen zerstört sind. 10 Prozent leben dann aber noch, ein wenig Insulin wird folglich weiterhin gebildet.

Bei unserem Patienten dagegen war die Insulinproduktion ganz zum Erliegen gekommen. Der Schaden schien noch schlimmer als gewöhnlich. Deshalb dauerte es auch einen Tag länger, bis wir seinen Blutzucker wieder so weit eingestellt hatten, dass wir den Patienten auf die normale Station verlegen konnten.

Dann trafen die Testergebnisse der drei Antikörper ein, die wir standardmäßig bestimmen. Alle drei waren negativ. Das ist ungewöhnlich. Normalerweise gelten diese Antikörper als Indikator für die ablaufende Autoimmunreaktion. War es denkbar, dass es gar keine solche Rebellion des Immunsystems gegeben hatte?

Allerdings reagiert das Immunsystem nicht immer auf die gleichen Antigene. Es bestand die Möglichkeit, dass wir nicht auf die richtigen Antikörper getestet hatten. Wir haben deshalb noch nach zwei weiteren, wesentlich seltener auftretenden Antikörpern gesucht. Doch erneut waren die Befunde negativ.

Da kam für uns der Corona-Verdacht ins Spiel. Denn es gab nur zwei Möglichkeiten. Entweder die Autoimmunreaktion unseres Patienten richtete sich gegen ein noch unbekanntes Antigen, wir hatten es also mit einer extrem seltenen Ausprägung des Typ-1-Diabetes zu tun. Oder aber der Krankheitsverlauf war in Wahrheit ein ganz anderer gewesen: Es hatte gar keine Autoimmunreaktion gegeben, und ein unbekannter anderer Prozess hatte die Betazellen zerstört. Insbesondere kamen hier die Corona-Erreger infrage.

So etwas ist möglich. Im Tierversuch zumindest wurde bereits nachgewiesen, dass bestimmte Viren die Betazellen der Bauchspeicheldrüse befallen und auf diese Weise ein Krankheitsbild verursachen können, das genau wie ein Typ-1-Diabetes aussieht. Daher fragten wir uns: Könnte das Coronavirus Sars-CoV-2 für die Krankheit unseres Patienten verantwortlich sein?

Wir erinnerten uns, dass bei der Aufnahme tatsächlich von einer Sars-CoV2-Infektion die Rede gewesen war. Die Eltern des Jungen waren Mitte März vom Skiurlaub in Österreich zurückgekehrt und hatten kurz darauf typische Covid-19-Symptome gezeigt. Allerdings waren diese bei beiden nicht sehr schlimm, sie hatten die Krankheit zu Hause auskuriert.

Der Sohn dagegen war gesund geblieben; es schien zunächst, als wäre er verschont geblieben. Doch als er dann sechs Wochen später mit seinen Diabetes-symptomen zum Hausarzt ging, hatte der eine Blutuntersuchung veranlasst. Und siehe da: Es fanden sich Antikörper gegen Sars-CoV-2 in seinem Blut. Er hatte also eine Infektion durchgemacht, ohne dass er es überhaupt mitgekriegt hatte.

Hatten wir damit die wahre Ursache seines Diabetes aufgespürt? War das Coronavirus bis in die Bauch-



Eva Häberle / DER SPIEGEL

Laudes,

48, hat einen Lehrstuhl für Endokrinologie, Diabetologie und klinische Ernährungsmedizin an der Uniklinik in Kiel.



Keith Chambers / Science Photo Library

Coronavirus beim Andocken an eine Zelle (Illustration): Auf Indizien angewiesen

Müssen wir uns jetzt im Zuge von Corona auf eine Häufung von Diabetesfällen einstellen?

speicheldrüse vorgedrungen und hatte dort seine Betazellen befallen?

Um eine endgültige Antwort auf diese Frage zu bekommen, müssten wir Pankreasgewebe entnehmen und darin direkt nach dem Virus suchen. Aber das verbietet sich. Denn bei einer Punktion der Bauchspeicheldrüse besteht die Gefahr, dass man das Organ verletzt und dass dann Verdauungssaft in die Bauchhöhle läuft.

Die Folge wäre eine Pankreatitis, eine extrem schlimme Erkrankung. Ein solches Risiko will man für eine diagnostische Gewebeentnahme natürlich nicht eingehen.

Deshalb bleiben wir einstweilen auf Indizien angewiesen. Ein wichtiges Argument in diesem Zusammenhang lieferte kurz zuvor der Berliner Virologe Christian Drosten. Er hat gezeigt, dass Sars-CoV-2 den sogenannten ACE2-

Rezeptor nutzt, um in menschliche Zellen einzudringen. Genau diese Rezeptoren sind uns Diabetologen gut bekannt: Sie sitzen auch in der Zellmembran von Betazellen. Die Voraussetzung dafür, dass das Virus diese Zellen befallen kann, besteht also.

Noch ein weiteres Indiz, das gegen eine Autoimmunkrankheit bei unserem Patienten spricht, haben wir aufgespürt. Wir haben die Merkmale auf der Oberfläche seiner Zellen bestimmt, die sogenannten HLA-Faktoren. Das erlaubt es uns festzustellen, ob er eine genetische Veranlagung für Typ-1-Diabetes hat. Es zeigte sich: Das ist nicht der Fall.

Wenn Coronaviren wirklich Betazellen zerstören können: Bedeutet das, dass wir uns jetzt im Zuge der Pandemie auf eine Häufung von Diabetesfällen einstellen müssen? Die Antwort lautet: Wir wissen es nicht.

Was unseren Patienten hier in Kiel betrifft, bleibt uns nur abzuwarten. Wir haben den jungen Mann seit seiner Entlassung mehrfach kontaktiert. Es geht ihm gut, er ist

beschwerdefrei. Aber er muss sich der strikten Disziplin einer Insulintherapie unterziehen: regelmäßig Blutzucker messen, vor jeder Mahlzeit Insulin spritzen und alles, was sonst dazugehört.

Voraussichtlich wird er den Rest seines Lebens insulinpflichtig bleiben. Normalerweise werden bei Typ-1-Diabetes alle Betazellen zerstört, und da sie nicht nachwachsen, ist eine Genesung ausgeschlossen. Im Fall unseres Patienten ist allerdings auch denkbar, dass die Virusinfektion seine Betazellen nicht getötet, sondern nur massiv in ihrer Funktion gestört hat. Das bedeutet: Es besteht zumindest die Möglichkeit, dass sich die Zellen erholen und irgendwann wieder die Produktion von Insulin aufnehmen.

ansonsten müssen wir jetzt sorgfältig verfolgen, ob ähnliche Fälle auch andernorts auftauchen. Wenn eine große Zahl von Covid-19-Patienten davon betroffen wäre, dann hätten wir das inzwischen natürlich bemerkt. Aber ein Anstieg der Diabetesfälle um 20 oder 30 Prozent kann leicht verborgen bleiben. Wenn in einer Klinik 13 statt 10 Fälle im Quartal behandelt werden, wird man nicht unbedingt gleich hellhörig.

Deshalb ist es so wichtig, Register zu führen, in denen alle neuen Fälle systematisch erfasst werden. Zumindest für Kinder gibt es ein solches Register in Deutschland. Alle Kinderkliniken melden dort Erstmanifestationen von Diabetes. Und dieses Register hat tatsächlich einen auffälligen Effekt registriert: Von März bis Mai während der Hochphase der Corona-Pandemie lag die Zahl der gemeldeten Fälle um rund 20 Prozent über derjenigen der Vorjahre.

Selbst das beweist noch keinen ursächlichen Zusammenhang. Wir haben den Fall unseres Patienten jetzt publiziert, weil wir die Aufmerksamkeit der Fachwelt schärfen wollten. Falls man in zwei Jahren zum Schluss kommt, dass der Kieler Patient nur ein Einzelfall war, wäre niemand glücklicher als wir. Aufgezeichnet von Johann Grolle

Er kam, sah und klaute

Geschichte Karl der Große war ein fanatischer Verehrer des römischen Imperiums. Ein mysteriöses Fundstück deutet nun darauf hin, dass er in seiner Liebe sehr weit gegangen sein könnte.

Für gewöhnlich dringen Archäologen ins Erdreich vor, um historische Schätze zu bergen. Die Direktorin des Landesmuseums Mainz, Birgit Heide, machte jüngst einen spektakulären Fund, ganz ohne im Dreck zu wühlen. Es genügte ein Anruf im Stadtmuseum Wiesbaden.

Unter der Inventarnummer 281 lagerte dort im Depot seit etlichen Jahren eine sorgsam versiegelte Kostbarkeit: eine Ansammlung korrodierter Bronzeklumpen, wie ein Puzzle zusammengesetzt. Es handelt sich um eine reich verzierte Pforte, die wegen ihres goldenen Schimmers »Porta Aurea« genannt wird.

Nach bisheriger Einschätzung von Experten dürfte sie nur wenige Jahrzehnte nach der Kreuzigung Jesu in Norditalien gegossen worden sein. Auf die Ursprungsregion weisen Verzierungen hin, die von Kunsthistorikern eindeutig der Bronze gießerei in Brescia zugeordnet werden.

Das Artefakt gehört zu den spektakulärsten Exponaten einer großen Ausstellung in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz*. Restauratoren haben es in den vergangenen Monaten zerlegt, von seiner Korrosionskruste befreit und dann erneut zusammengesetzt. Die Ausstellungsmacher glauben, dass die Bronzepforte nun ihren ursprünglichen Eindruck vermittelt.

Zeitzeugen, die dies bestätigen könnten, sind allerdings nicht greifbar. Denn Experten glauben, dass die Tür nur wenige Jahrzehnte nach der Kreuzigung Jesu in Norditalien gegossen wurde. Auf die Ursprungsregion weisen Verzierungen hin, die von Kunsthistorikern der Bronze gießerei in Brescia zugeordnet werden.

Eine Deutung: Karl der Große (747 oder 748 bis 814) könnte die Antiquität als Beute aus Italien mitgebracht haben, was durchaus plausibel erscheint. Karl ist eine widersprüchliche Figur. Historiker zanken bis heute darum, welche Botschaft der berühmteste Karolinger in die Welt hinaus sandte. Manche sehen in ihm den Wegbereiter des Christentums und Urvater der Idee vom geeinten Europa – als er starb, hinterließ er ein Reich, das sich von der

Grenze Spaniens bis an die Elbe und von der Nordsee bis nach Mittelitalien ausdehnte.

Oder war er doch vor allem ein skrupelloser Potentat, der etwa die heidnischen Sachsen brutal niedermetzeln ließ?

Anhand der Bronzetür beleuchten die Organisatoren der Mainzer Schau nun noch eine andere Seite des Monarchen: Große Teile seines Lebens war er getrieben von Größenwahn und obsessiver Verehrung für das Römische Reich. Im Jahr 800 ließ er sich in der römischen Basilika Sankt Peter, dem Vorgängerbau des Petersdoms, zum römischen Kaiser krönen – in der Nachfolge historischer Größen wie Julius Cäsar und Augustus.

Wie weit Karl seine Rom-Manie trieb, zeigte sich auch in seinem Letzten Willen, in welchem der Herrscher seiner Nachwelt drei schwere Silbertische vermachte.

In einen der Tische war eine Karte Roms eingraviert; den zweiten schmückte die Karte Konstantinopels, das sich zur Zeit Karls als »das neue Rom« begriff. Besonders aufschlussreich aber war der dritte und größte Tisch. Dieser war mit einem Plan der damals bekannten Welt verziert; auf nicht weniger, so die unbescheidene

Botschaft, sollte Karls Sohn und Nachfolger Ludwig Anspruch erheben.

Im Jahr 774 war Karl erstmals nach Rom gereist. Zunächst bewegte sich der Regent aus Aachen noch vergleichsweise verschüchtert in der legendären Metropole, die er bis dahin nur aus der Ferne verehrt hatte. Doch die Visite blieb offenbar nicht ohne Folgen. »Musste ihn jetzt nicht die Schlichtheit seiner heimischen Gehöfte und Pfalzen erschrecken, ihre Armseligkeit zu Neuerungen reizen?«, fragt der Mittelalterhistoriker und Karl-Biograf Johannes Fried in einem Essay.

Fortan entwickelte Karl in Italien wahrscheinlich ein ähnliches Jagdfieber, wie es Sammler in besonders exquisiten Antiquitätenläden überfällt. »Womit Karl sich hier und dort bediente, welche Bauten oder Ruinen geplündert wurden, bleibt im Einzelnen verborgen«, meint Mediävist Fried. Historisch verbrieft ist allerdings, dass Karl bei Papst Hadrian I. allerlei Kostbarkeiten orderte, um seine Königspfalz in Aachen aufzuwünschen. So wurden aus Rom und Ravenna Säulen und Kapitelle herbeigeschafft; auch wertvolle Mosaiken, Marmorplatten und sogar ganze Fußböden ließ Hadrian für Karl in den einstigen Kaisersitzen in Italien demontieren.

Der Papst hatte bei derlei Gefälligkeiten kaum eine Wahl; Karl beschützte ihn vor den Langobarden und war sein wichtigster Unterstützer.

Gut denkbar also, dass der Frankenkönig bei einem seiner Beutezüge in Italien auch hübsche Bronzetüren mitgehen ließ. Doch dieser These, welche die Herkunft der Porta Aurea erklären soll, wurde nun ein schwerer Schlag versetzt.

Im Zuge der Ausstellungsvorbereitung in Mainz ist die Pforte erstmals einer gründlichen Materialanalyse unterzogen worden. Das überraschende Ergebnis: Die Zusammensetzung des Materials entspricht nicht jener von Vergleichsfunden aus der römischen Antike. Noch verblüffender: Für die Legierung wurde offenbar Blei verwendet, das nach Überzeugung der Forscher aus Bergwerken der Eifel stammt.

Aufgrund dieser Befunde erscheint es zumindest vorstellbar, dass die bronzene Tür gar nicht aus der Zeit zwischen 40 und 70 nach Christus stammt. Würde es nicht den Wert des Kunstwerkes gewaltig schmä-



Exponat »Porta Aurea«

»Wer bist du?«

* »Die Kaiser und die Säulen ihrer Macht. Von Karl dem Großen bis Friedrich Barbarossa«. Landesmuseum Mainz; bis 18. April 2021.



Gérard Bloz / RMN - Grand Palais / bpk

Monarch Karl (Gemälde aus dem 19. Jahrhundert): »Bauten oder Ruinen geplündert«

lern, wenn sie um etliche Hundert Jahre jünger wäre als bislang vermutet?

»Überhaupt nicht«, meint Sabine Philipp, Direktorin der Stiftung Stadtmuseum Wiesbaden, in dessen Depot die Tür zuletzt lagerte. »Es wäre doch ungemein spannend, wenn sich herausstellen würde, dass Karl der Große die römische Antike in Bauwerken kopieren ließ.«

Hat Karl die Pforte also nicht geraubt, sondern nur kopiert? Allzu wahrscheinlich ist diese Theorie nicht. Zwar ist bekannt, dass Karl bei der Verschönerung seiner Pfalzen auf die Hilfe von Handwerkern und Künstlern aus den Mittelmeerländern zurückgriff. Nur wollte der fränkische Cäsar eben nicht bloß nachahmen; er ließ vielmehr antike Stilelemente in die karolingische Baukunst einfließen.

Aufgrund vorhandener Ornamente wissen Kunsthistoriker sehr exakt zu un-

terscheiden, welchen Epochen einzelne Fundstücke zuzuordnen sind. Die Kunsthistorikerin Romina Schiavone vom Landesmuseum Mainz, die sich für die aktuelle Ausstellung intensiv mit dem kostbaren Exponat beschäftigt hat, datiert die Bronzetür aus dem Depot in Wiesbaden zumindest ihrer Anmutung entsprechend in die Antike. Möglich wäre es durchaus, dass die Pforte zur Blütezeit Roms in Mainz entstand. Das hieß damals Mogontiacum und war eine bedeutende römische Siedlung, die selbstverständlich die Voraussetzungen besaß, Werke wie die goldschimmernde Bronzetür zu gießen.

Doch wenn dies tatsächlich gängige Praxis war, warum existiert davon nördlich der Alpen nur ein einziges Exemplar – ganz so, als wäre es vom Himmel gefallen?

Immerhin sind die Umstände rund um die Bergung der Pforte noch recht klar. Ar-

beiter hatten die Tür im Jahr 1845 bei Grabungen an der Mainzer Albanschanze, südöstlich der noch heute vorhandenen Zitadelle, in etwa fünf Meter Tiefe entdeckt. Umgehend begannen die Männer offenbar damit, den Bronzefund in Stücke zu hauen, um die Einzelteile zu verkaufen – so erklärt sich der zerstückelte Zustand des Artefakts. Nur mit Mühe ist es damals dem Sekretär des Vereins für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung gelungen, die Einzelteile zumindest eines Flügels der Pforte durch Ankauf zu retten.

Der Fundort enthält einen Hinweis darauf, aus welchem Gebäude die Porta Aurea wohl stammte. In unmittelbarer Nähe hatte sich einst die Klosterkirche Sankt Alban befunden, die auf Geheiß Karls des Großen gebaut worden war. Dort war seine früh verstorbene vierte Ehefrau Fastrada begraben worden. Vor allem aber sollte das neue Gotteshaus den christlichen Glauben in der Region stärken.

Dass Karl für dieses Projekt Türen verwenden ließ, wie sie ähnlich in der römischen Basilika Sankt Peter zu finden waren, erscheint gut möglich.

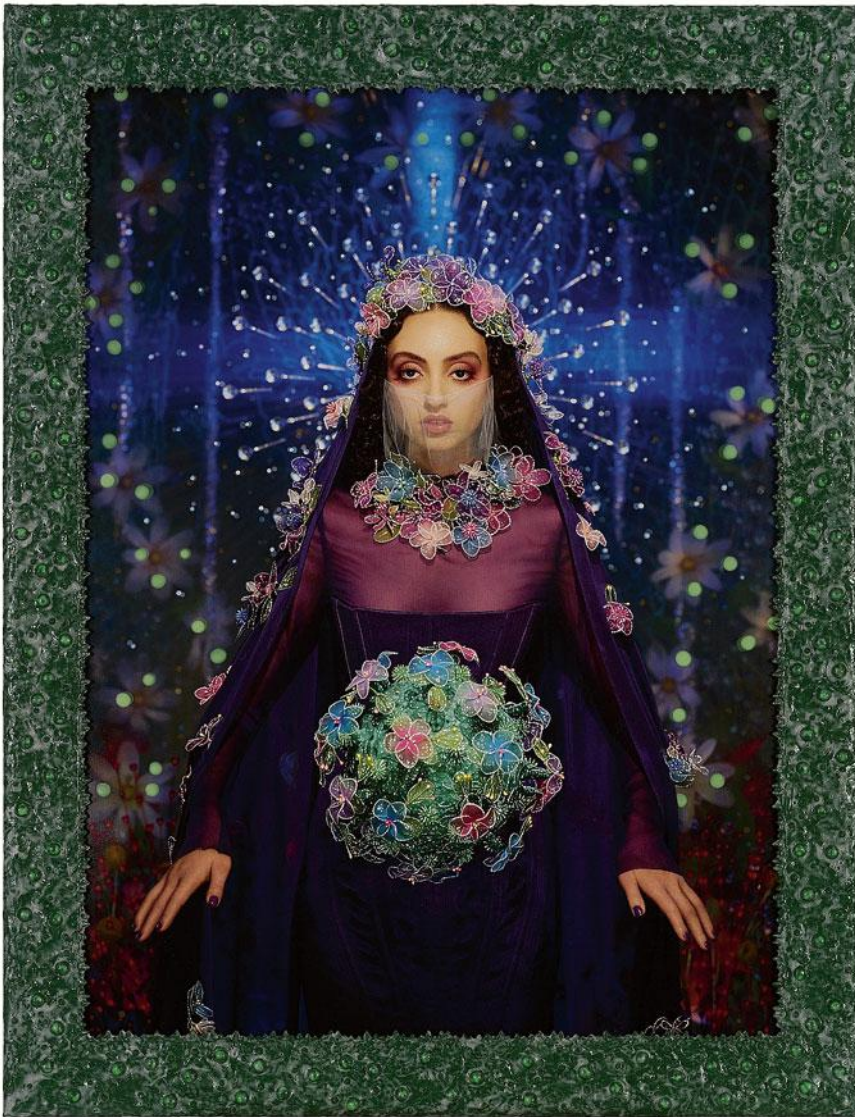
Zudem gibt ein Mönchsbericht, der um 1300 verfasst wurde, darüber Auskunft, dass Sankt Alban eine »speciosa porta templi« (eine besonders prächtige Kirchentür) besaß.

Doch wie kam die Bronzetür schließlich unter die Erde? Womöglich verscharrten kunstbewusste Geistliche die Preziose im Jahr 1552, um sie vor den brandschatzenden Truppen des Markgrafen Albrecht Alkibiades von Brandenburg-Kulmbach in Sicherheit zu bringen, die auf Mainz anrückten. Derlei Sicherheitsmaßnahmen sind auch für andere historische Artefakte bezeugt.

Offenbar war die Rettungstat gut durchdacht. Eingeschlossen in die Korrosionsschicht der Bronzetür fand der Mainzer Restaurator Hans-Peter Schnellbacher kürzlich Reste von Holzspänen – ein Beleg dafür, dass die Bewahrer der Bronzetür mit großer Behutsamkeit vorgehen. Und auch der faszinierende Hinweis darauf, dass nach der rabiaten Behandlung durch die Arbeiter aus dem 19. Jahrhundert über Jahrzehnte offenbar niemand mehr Hand an die Tür gelegt hat; wengleich sie in Wiesbaden in einer Dauerstellung zu sehen war, bevor sie auf Jahre im Depot verschwand.

Diese Erkenntnis habe allen Beteiligten »einen Gänsehautmoment« beschert, sagt Museumsdirektorin Philipp. Und die mysteriöse Aura der Pforte noch verstärkt.

So wirkt das Exponat in der Mainzer Ausstellung tatsächlich wie ein fremdes Ding aus einer fernen Epoche, was Expertin Schiavone zu der Frage veranlasst: »Wer bist du?« Frank Thadeusz



Pierre-et-Gilles-Werk »Notre Dame du Corona (Clara Benador)«

© Courtesy Templon, Paris - Brussels

Ausstellungen

Kunst in Zeiten der Pandemie

● Normalerweise finden die beiden französischen Künstler Pierre et Gilles die Modelle für ihre Bilder über Instagram. Spanische Kellner haben schon im Atelier der beiden in Pré-Saint-Gervais bei Paris für Fotos posiert, aber auch schwarze Migranten und junge Frauen für eines der berühmten Madonnenbilder. Was aber tut man, wenn ein wochenlanger Lockdown wie im Frühjahr all das unmöglich macht und Kontaktsperren gelten?

Pierre et Gilles posierten einfach selbst, und das Autoporträt der beiden gehört sicher zu einem der ungewöhnlichsten Bilder in der Ausstellung, die gerade in der Pariser Galerie Daniel Templon zu sehen ist (»Errances immobiles«, bis zum 31. Oktober). Gilles trägt Wollmütze und eine gelbe Weste, Pierre eine schwarze Lederjacke. Wie Obdachlose schieben beide einen Karren mit Tüten vor sich her. Und es geht weiter so in dieser Ausstellung, die sich zunehmend vom blumigen Kitsch der vergangenen Jahre entfernt. Das Künstlerduo zeigt Werke aus den vergangenen 24 Monaten, die gesellschaftskritischer sind als zuvor: schöne junge Menschen, die in verschmutzten Weltmeeren stehen. Einen schwarzen Migranten, der kleine Eiffeltürme verkauft. Und eine Madonna mit einer Maske aus weißem Tüll und einem riesigen Coronavirus, das bedrohlich nah und fast dreidimensional vor ihr schwebt. Ihnen sei im Laufe der Jahre etwas von ihrer Leichtigkeit abhandengekommen, sagen die beiden Künstler, ihr Blick auf die Gesellschaft sei düsterer geworden. BSA

Literatur

Es führt kein Weg hinaus

● Diskriminierung als feinstoffliches Phänomen, das ist das Thema des Debütromans »Streulicht« von Deniz Ohde, der auf der Shortlist des Deutschen Buchpreises steht. Die Germanistin, 1988 in Frankfurt am Main geboren, hat einen Bildungsroman der besonderen Art geschrieben. Ihre Heldin und Icherzählerin ist Tochter eines deutschen Arbeiters und einer türkischen Migrantin, sie wächst am

Rande eines Industriegebiets auf in der Zeit, da in Deutschland »die Häuser brannten«. Wie in Mölln 1992, in Solingen 1993, in Lübeck 1996. Doch ihre Mutter macht den Fernseher aus, wenn die Nachrichten davon berichten, und sie erklärt ihrer Tochter auch nicht die Schmiererei an der Ortsausfahrt, denn das »sei nichts, was ein Kind zu wissen brauche«. Die Heldin wächst auf in einer Welt, in der es für ihre wesentliche Erfahrung keine Begriffe, keine Repräsentanz und kein Echo gibt: Fremdheit,

Unwillkommensein, soziale Unbeholfenheit zeigen sich, aber können nicht besprochen werden. Szenisch anschaulich und eindrucksvoll genau schildert Ohde die beschwerliche Rückseite dessen, was statistisch als gelungener sozialer Aufstieg zählt. Die innere Lähmung ihrer Protagonistin aber prägt auch diesen Text; im Ganzen liest er sich wie die Begründung eines Urteils, das von Anfang an feststeht. ES



Deniz Ohde: »Streulicht«. Suhrkamp; 284 Seiten; 22 Euro.



Patel (r.) als David Copperfield

eCote Germany

Serien

Reise zum Riss

● Menschen lieben Erzählungen, die ein abgeschlossenes Bild der Welt zeichnen, einschließlich ihres Platzes darin. Erzählungen mit offenem Ende oder Leerstellen führen bei Lesern oder Zuschauern gemeinhin zu Unbehagen. Der bis heute unaufgeklärte Mord am Treuhand-Chef Detlev Karsten Rohwedder am 1. April 1991 ist eine der größten Leerstellen in der Erzählung von der deutschen Wiedervereinigung.

Insofern wirkt die Entscheidung von Netflix, ausgerechnet diesem Thema seine erste in Deutschland produzierte Dokureihe zu widmen, zunächst, als sei sie aus einem großen Sicherheitsbedürfnis heraus entstanden. Schließlich haben über die Jahre schon diverse Bücher, fiktionalisierte Krimis und TV-Produktionen den Fall umkreist – zuletzt 2018 der ZDF-Zweiteler »Der Mordanschlag«. Bahnbrechend neue Erkenntnisse sind also eigentlich nicht zu erwarten. Was die Netflix-Variante mit dem plakativen Titel »Rohwedder – Einigkeit und Mord und Freiheit« (Start 25. September) aus der Gemengelage von faktischem Vakuum und spekulativem Erklärungsfuror macht, ist

dann doch erstaunlich. Nicht wegen der ins Kraut schießenden Theorien: Steckt nicht die dritte RAF-Generation hinter dem Attentat, sondern versprengte Ex-Stasi-Leute? Oder ein von mächtigen Hintermännern aus dem Westen gedungenes Killerkommando? Das an modernen True-Crime-Serien geschulte wilde Fabulieren und Spekulieren bereitet den Regisseuren Jan Peter und Georg Tschurtschenthaler hier aber nur die Bühne für eine gespenstische Reise zu den vielen Lebensbrüchen, die die Wiedervereinigung auch bedeutete. Bei ihnen werden die Jahre zwischen 1989 und 1991 zum schwindelerregenden Kaleidoskop deutsch-deutscher Befindlichkeiten; die Serie ruft in Erinnerung, wie viele Verletzungen und Enttäuschungen damals entstanden sind, die wie Risse bis in die Gegenwart fortwirken. Die Stimmungslage reicht von Freiheitseuphorie bis zu jüher Kapitalismusverdrossenheit, von tränenreichem Vereinigungstaumel bis zu offenem Hass. Dramaturgisch dicht, befreit von bräsiger Fernsehdoku-Dramaturgie, schält sich aus »Rohwedder« ein politisches Drama, das in ein persönliches mündete. KAE

Kino

Der Spaß am Irrsinn

● Dieser Film beginnt so furios, als wollte er den Rekord als schnellste Dickens-Adaption der Kinogeschichte aufstellen. Regisseur Armando Iannucci springt schon in den ersten Minuten von »David Copperfield – Einmal Reichtum und zurück« (Start: 24. September) so munter zwischen den verschiedenen Zeit- und Realitätsebenen hin und her, dass man fast zu sehen glaubt, wie der Staub aus den Kostümen fliegt. Die Frage, ob dieser Klassiker noch mal verfilmt werden musste, kommt angesichts der Energie und Dynamik dieser neuen Version gar nicht auf.

Der bisweilen schrille Witz nimmt Charles Dickens' Aufsteigergeschichte nichts von ihrer satirischen Schärfe. Schauspieler wie Tilda Swinton und Hugh Laurie genießen es zum Vergnügen der Zuschauer sichtlich, den Spleen ihrer Figur auszuspielen – doch ihre Verrücktheit ist nur die Kehrseite der Bösartigkeit, auf die der Titelheld im Laufe seines Lebens immer wieder stößt. Der britische Schauspieler Dev Patel, Sohn indischer Eltern und bekannt aus »Slumdog Millionär«, spielt ihn mit viel Verve und Charme. Die Selbstverständlichkeit, mit der dieser Film die Hautfarbe seines Hauptdarstellers ignoriert und ihn inmitten lauter bleicher Briten zeigt, sollte Schule machen. LOB

Dokumentationen

Die wirklich echte Paris

● Die ganze Anmutung eines Paris-Hilton-Films ist dazu geeignet, Ablehnung und Skepsis zu wecken: Was soll einem denn nun wieder verkauft werden? Die blonde Unternehmerin bewirbt alle möglichen Produkte und ist ihre eigene Marke. Wenn nun eine von ihr unterstützte Dokumentation den Titel »The Real Story of Paris Hilton« trägt, dann befürchtet man, nur eine weitere Kunstfigur präsentiert zu bekommen, die nun gerade behauptet, keine mehr zu sein. Doch der von Hilton auf YouTube zum kostenlosen Streamen eingestellte Film überrascht. Die erste halbe Stunde muss man irgendwie überstehen, hier entfaltet sich diese typische Paris-Hilton-Mischung aus ener-

vierend und todlangweilig. Bald geht es jedoch um Alpträume und ihre Schlaflosigkeit, und der Film erzählt, nach manchen Andeutungen, ein traumatisches Erlebnis: Als Teenager ließen ihre strengen Eltern sie elf Monate lang in eine Art Schulknast einweisen, irgendwo in Utah. Dorthin fuhr sie aber nicht freiwillig, vielmehr wurde sie nächtens zu Hause abgeholt, ohne Vorwarnung, aus dem Bett. Eine Entführung. In der geschlossenen Einrichtung namens Provo Canyon School waren Misshandlungen, Gebrüll und Schläge Teil einer perversen Pädagogik. Im Laufe des Films trifft Hilton andere Frauen, die mit ihr dort waren, alle haben mit den Traumata bis heute zu kämpfen. Es sind bewegende Szenen am Ende eines engagierten, gelungenen Films. NM



Daniel Jack Lyons / NYT / Redux / iaf



Sheryl Nields / Universal Music

Musiker Bon Jovi 2004: »Wenn du nur tanzen willst, dann tanze«

»Ich lebe ein echtes Leben«

SPIEGEL-Gespräch Jon Bon Jovi erklärt, warum der Begriff *Mainstream Mist* ist – und warum er selbst in seinen Restaurants immer noch Teller wäscht und Müll rausbringt.

Bon Jovi ist mittlerweile 58 Jahre alt. Mit seinen kunstvoll verstrubbelten Haaren und den sehr weißen Zähnen könnte er aber noch immer, zwei Jahrzehnte nach seinen Gastrollen im Fernsehen, als Liebhaber von Carrie Bradshaw (»Sex and the City«) oder Ally McBeal durchgehen. Im Frühling sollte sein neues Album »2020« erscheinen, dann wurde es auf Anfang Oktober verschoben. Seitdem hat er die Platte um einen Song über die »Black Lives Matter«-Bewegung und ein Lied über Corona ergänzt. Und er hat Anfang des Jahres ein drittes Restaurant für Bedürftige eröffnet.

SPIEGEL: Mr Bon Jovi, in Ihrem neuen Album geht es um Kriminalität, Armut, Gewalt auf den Straßen und traumatisierte Kriegsveteranen. Politisch wollten Sie die Platte aber nicht nennen, haben Sie gesagt. Warum nicht?

Bon Jovi: Es gibt viele gesellschaftliche Fragen der letzten Zeit, über die ich nicht geschrieben habe. Zum Beispiel nicht über den Klimawandel, nicht über Waldbrände. Ich wollte mit der neuen Platte ein Gespräch beginnen.

SPIEGEL: Künstlerisch navigieren Sie mit Ihrer Band Bon Jovi im *Mainstream*. Darf man sich da politisch auf keine Seite schlagen?

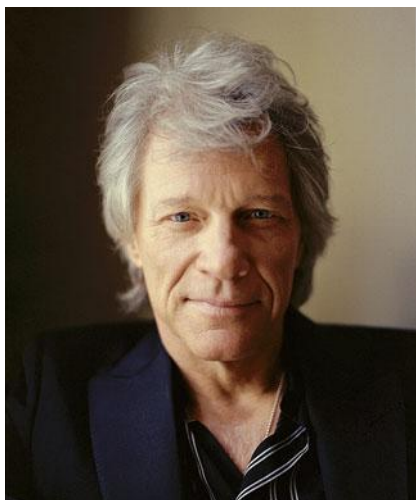
Bon Jovi: Wenn ich irgendwelche Wörter wie »moon«, »june« und »spoon« als Reimschema benutze und mich ansonsten nur auf den Rhythmus konzentriere, beziehe ich tatsächlich keine Position. Das macht mich vielleicht für eine Minute fröhlich, wie Fast Food. Wenn ich aber etwas zu sagen habe, kann es nicht darum gehen, sich zu fragen, ob etwas *Mainstream* ist oder nicht.

SPIEGEL: Nein?

Bon Jovi: Nein! Ich habe mich neulich mit einem Freund darüber unterhalten. Wir stellten fest, dass viele Bands in den Sechzigern als Bluesband angefangen haben, von Fleetwood Mac bis zu den Rolling Stones. Und irgendwann merkten alle: »Halt, das führt uns nicht weiter, wir müssen etwas anderes machen.« Also ist Pop kein Schimpfwort. Ich nehme es deshalb nicht als Beleidigung wahr, wenn Sie mich »*Mainstream*« nennen. Jedes unserer Alben war ein Statement, ein Schnappschuss seiner Zeit.

SPIEGEL: Ihr Durchbruch in Deutschland gelang Ihnen 1986 mit »Slippery When Wet«, das als optimistische Hymne der Nachwendezeit rezipiert wurde. Seitdem sind Bon Jovi aus dem Rockzirkus nicht mehr wegzudenken.

Bon Jovi: Und ich weiß noch weniger als jemals zuvor, was dieser *Mainstream* eigentlich sein soll, ich verstehe aktuelle Pop Trends nicht unbedingt. Heute schaue ich mir die Verleihung der Grammys oder der MTV Video Music Awards an und habe keine Ahnung, was dieser Scheiß sein soll und worum es da geht. Ich könnte mir eine Cartoonversion von mir, Bono und



Sänger Bon Jovi

»So links, wie ich es immer war«

Bruce Springsteen vorstellen. Wir schauen durchs Fenster rein bei solchen Veranstaltungen und fragen uns: »Was zum Teufel geht hier vor?« Worum es doch eigentlich immer geht: dass du an einem Punkt deines Lebens sein musst, an dem du wirklich etwas zu sagen hast! Ich bin 58 Jahre alt. Ich habe genug Leben gelebt, ich weiß, wovon ich rede.

SPIEGEL: Und Jüngere wissen das nicht?

Bon Jovi: Gegenfrage: Haben Sie diese Netflix-Dokumentation über Taylor Swift gesehen, in der es auch um ihr politisches Engagement geht? Ich wusste vorher immer nur, dass sie Popmusik macht.

SPIEGEL: In politischen Fragen hat sie sich lange zurückgehalten, lange galt sie als konservativ.

Bon Jovi: Genau. Außerdem machte sie früher Country, der ist sowieso reaktionär. Plötzlich aber unterstützte sie einen demokratischen Kandidaten in Tennessee, weil dessen Widersacherin gegen LGBTQ-Rechte war; viele Fans regten sich deshalb auf. Auf einmal machte sie den Mund auf und sagte etwas! Ich sage Ihnen, warum: weil sie auf die dreißig zugeht. Das ist ein besonderes Datum. Es kann der Zeitpunkt sein, an dem Menschen in ihrem Leben auf gewisse Weise erwachen.

SPIEGEL: Politisch?

Bon Jovi: Bei mir war es zumindest so. Ich war dreißig, als ich anfang, mich für etwas zu interessieren, das außerhalb meiner eigenen Bedürfnisse lag. Eine klare Meinung ist etwas, wofür eine Taylor Swift weder geeifelt noch gefeiert werden sollte. Es gehört zum Erwachsenwerden. Und Taylor Swift ist ein Mädchen, das in der Öffentlichkeit erwachsen werden musste. So wie ich ein Junge war, der ständig unter Beobachtung stand. Das macht die Dinge nicht leichter.

SPIEGEL: Es gibt da eine Redewendung: Wer mit zwanzig kein Sozialist ist, hat kein Herz.

Bon Jovi: Okay.

SPIEGEL: Und wer mit vierzig noch immer Sozialist ist, der hat kein Hirn.

Bon Jovi (lacht): Diese Formulierung ist härter als der Spruch, den wir in den USA haben: Du bist Demokrat – bis du es nicht mehr bist!

SPIEGEL: Sind Sie mit den Jahren konservativer geworden?

Bon Jovi: Als Ronald Reagan den Amerikanern erzählt hat, dass »Born in the USA« von Bruce Springsteen ein patriotischer Song sei, war ich Anfang zwanzig und dachte: Was immer er sagt, geht mich nichts an. In diesem Alter wollte ich nur ein Rockstar sein. Ich dachte: Mit vierzig habe ich vielleicht eine Familie. Mit fünfzig frage ich mich, ob alles so geklappt hat, wie ich mir das vorgestellt habe. Mit sechzig fange ich an, mir Gedanken über mein Vermächtnis zu machen. Heute bin ich, tja, wie soll ich das sagen, ein Konservativer, was meine Steuern angeht.

SPIEGEL: Aha!

Bon Jovi: Moment! Nicht in fiskalischer, aber in sozialer Hinsicht bin ich so links, wie ich es immer war. Ich will, dass jemand die verdammten Schlaglöcher ausbessert, wenn ich über die Straßen von New York

fahre, weil sie eben beschissen sind. Und doch zerreißt es mir das Herz, wenn ich die vielen Obdachlosen sehe, die auf diesen Straßen schlafen müssen.

SPIEGEL: In Ihrer Musik aber sagen Sie das nicht, da bleiben Sie diffus. Warum?

Bon Jovi: Meine Frau sagt immer: »Es ist die Verantwortung des Musikers, sich zu äußern!« Sie ist ziemlich klug und ein Fan von Elvis Costello. Ich widerspreche: Es ist eine Möglichkeit für einen Künstler, aber es ist keine Verantwortung. Wenn du nur tanzen willst, dann tanze! Es gibt Raum für alles, aber es gibt keine Verantwortlichkeit. Nur die Möglichkeit. Ich schwenke die Fahne des Optimismus.

SPIEGEL: Sie sind reich und berühmt, Sie haben allen Grund dazu. Ihr neuer Song »Unbroken« erzählt ebenfalls sehr mitfühlend von kriegsversehrten Veteranen. Würden Sie einen Antikriegssong schreiben?

Bon Jovi: Das würde bedeuten, sich auf eine Seite zu schlagen. Das wäre arrogant. Was weiß ich denn schon? Mir ist es wichtiger, dass wir über solche Dinge ein Gespräch beginnen. Wenn wir jemanden sehen, der zittert oder verstümmelt ist, sollten wir uns klarmachen, dass diese Person nicht verrückt ist, sondern unter Umständen durch die Hölle gegangen ist. Es geht um Mitgefühl.

SPIEGEL: Zu diesem könnte man sich doch immerhin bekennen.

Bon Jovi: Ich weiß nicht, wie das in Deutschland ist, vermutlich wie in den USA. Da gibt es dieses Grundgefühl: »Du bist entweder für oder gegen mich!« Das ist keine Konversation, das ist ein Streit. Will ich streiten? Nein. Wie gesagt: Ich will, dass wir ins Gespräch kommen.

SPIEGEL: Und Konflikte gehören nicht in ein solches Gespräch?

Bon Jovi: Damit würde ich mich wieder auf eine Seite schlagen. Nehmen wir zum Beispiel den Krieg im Irak. Ich war damit nie auch nur für einen Sekundenbruchteil einverstanden. Ich erinnere sogar noch den Namen des Mannes, dessentwegen ich absolut gegen diesen Krieg war: Hans Blix, damals Chef der UN-Waffeninspektoren. Ich weiß noch, dass ich im Radio hörte, wie er sinngemäß sagte, dass man im Irak keine Massenvernichtungswaffen gefunden habe.

SPIEGEL: Erinnern Sie sich denn auch noch an die Namen auf der anderen Seite?

Bon Jovi: Donald Rumsfeld und Dick Cheney überzeugten Bush einzumarschieren. Und es kostete Zigbillionen Dollar, es kostete Frauen und Männer und Kinder das Leben. Eine entsetzliche Situation. Aber ich werde in einem Song nicht sagen: »Das ist Bullshit!« Wenn ich in einen Dialog treten möchte mit jenen, die damals so verdammt sicher waren, muss ich sagen: »Zeigt mir, wo ihr recht hattet! Überzeugt mich!« Wut hat in einem Song nur selten Platz.

SPIEGEL: Wann zum Beispiel?



Künstler Bon Jovi (M.), Bandmitglieder 1984

»In diesem Alter wollte ich nur Rockstar sein«

Bon Jovi: In einem meiner neuen Songs ist der Erzähler ein Soldat, dem schreckliche Schmerzen in den Knochen stecken. Es ist seine Geschichte. Würde ich das mit einem Dominantseptakkord auf dem Klavier erzählen, wäre das nicht richtig. Ich wusste, es darf nur eine einzige Note auf der Gitarre sein. Da erzählt einer nur seine Geschichte, und die geht so: bamm, bada-bamm, bada-bamm. In diesem Riff, finde ich, ist seine Wut enthalten.

SPIEGEL: Abseits Ihrer Kunst unterstützen Sie die Demokraten: Barack Obama, Hillary Clinton 2016. Aktuell stehen Sie an der Seite von Joe Biden.

Bon Jovi: Am Wahltag war ich mit Hillary und dem Präsidenten im Flugzeug zusammen. Wir hatten auch die vorletzte Veranstaltung für die Demokraten begleitet, am Tag vor der Wahl: Ich war da, Bruce Springsteen. Beide Clintons, beide Obamas. In Philadelphia, wo wir allein mit Bon Jovi jedes Stadion ausverkaufen können!

SPIEGEL: Und?

Bon Jovi: Ich weiß nicht, wonach es aussah. Aber ich hatte ein schlechtes Gefühl. Vorher schon in Pittsburgh, gleiches

Aufgebot, wieder mit Bruce Springsteen, wir spielten live mit Bill Clinton – da war mir ähnlich mulmig.

SPIEGEL: Was dachten Sie?

Bon Jovi: Ich dachte: Das ist nicht gut. Ich fragte mich, ob wir hier etwas verpasst hatten.

SPIEGEL: Was hatten Sie verpasst?

Bon Jovi: Ich kann nur von Instinkten sprechen, weil ich Hillary instinktiv unterstützt habe. Verbalisieren konnte ich es nicht, aber sie war einfach die bessere Kandidatin. Professionell, erfahren, zuverlässig. Rückblickend aber gibt es wohl etwas, das er – Trump – damals erkannt hat.

SPIEGEL: Was war das?

Bon Jovi: Er war die Stimme der Stimmlosen. Trump hat sich den Menschen angedient, die von Gehaltszettel zu Gehaltszettel kämpfen müssen, deren Jobs im »Rust Belt« nicht wiederkommen werden, auf die herabgeschaut wird. Diese Stimmen wurden nicht gehört. Ich stimme nicht mit Trump überein. Ich glaube, er sollte nicht in diesem Amt sein und ist völlig überfordert. Ich kannte ihn schon, als er noch in der Privatwirtschaft war, in New York ließ es sich nicht vermeiden, ihm zu begegnen. Er war immer der Typ, der er heute ist.

Es gibt aber dieses eine Kompliment, das ich ihm leider machen muss: Er gibt den Stimmlosen eine Stimme.

SPIEGEL: Wäre Ihnen auf demokratischer Seite für 2020 ein linker Kandidat wie Bernie Sanders noch lieber gewesen?

Bon Jovi: Ich glaube, er wäre auch keine gute Lösung gewesen.

SPIEGEL: Warum?

Bon Jovi: Ich bin krankenversichert.

SPIEGEL: Privat, nehme ich an.

Bon Jovi: Ich bin Mitglied der Musikergewerkschaft. Darüber bin ich versichert, und ich zahle eben keine aberwitzigen Prämien. Diesen Vorzug würde ich gern

behalten, aber Sanders wollte ihn mir wegnehmen.

SPIEGEL: Weil sein Programm vorsah, dass alle in einer gesetzlichen Krankenversicherung sein müssten?

Bon Jovi: Noch mal, ich könnte mir das leisten. Was ist aber mit den Leuten, die das nicht können? Damit würde in meinen Augen das Pendel zu weit in die Gegenrichtung ausschlagen, nach links. Das wäre eine so extreme Antwort auf alles, was Trump darstellt – und der ist auch extrem, wie wir wissen. Hier frage ich mich auch: Wo wäre der Ort, an dem Menschen einander zuhören und sagen können, ich höre dich, laut und deutlich? Das gibt es nicht im Fernsehen, das gibt es nicht in den Zeitungen. Es ist alles nur noch entweder blau oder rot, Demokraten oder Republikaner. Das Land ist gespalten. Familien sind gespalten, Brüder und Schwestern, Väter und Söhne. Aufgeheizte Scheiße ist das. Ich kenne das auch mit meinen Eltern, mit meinen Geschwistern.

SPIEGEL: Kann die Kunst helfen?

Bon Jovi: Haben Woodie Guthrie und Bob Dylan jemals wirklich geholfen? Ja, schon klar, denken wir an »Ohio« von Neil Young oder »A Change is Gonna Come« in der Version von Sam Cooke. Das waren kraftvolle Kampfrufe für ganze Generationen, das stimmt. Gibt es das heute noch? Ich glaube nicht, und für meine Songs gilt das ohnehin nicht. Ich will ja nur zu Gesprächen motivieren. Ich denke, das könnte auch ein Politiker tun. Wenn er oder sie es schaffte, den Leuten zuzuhören und ihren Sorgen ein Forum zu geben, wäre schon viel erreicht.

SPIEGEL: Ist Ihr Leben wirklich so proletarisch, wie Sie meinen?

Bon Jovi: Ich lebe ein ungeheuer privilegiertes Leben. Aber ich habe drei Restaurants, in denen wir auch Essen ausgeben. Wenn wir es den Bedürftigen servieren, trage ich nicht den Rockstar-Hut. Ich bin hinten in der Küche und wasche Teller ab. Das gilt auch sonst, im Alltag. Ich mache noch immer den Abwasch und bringe den Müll raus. Erinnern Sie sich an die alte Geschichte über George Bush senior? Er wusste nicht, was ein Liter Milch kostet. Ich lebe ein echtes Leben, keine Lüge.

SPIEGEL: Was kostet er denn?

Bon Jovi: Normale Milch ungefähr einen Dollar, Biomilch kann schon mal zwei kosten. Was aber nicht heißt, dass ich mich hier als Typ aus der Arbeiterklasse präsentieren will. Ich lebe noch immer in den besten Hotels auf diesem Planeten und darf in Privatjets herumfliegen. Ich weiß, dass ich gesegnet bin. Ich muss mir keine Sorgen machen, ob Essen auf dem Tisch steht. Aber ich weiß immer noch, dass Essen auf dem Tisch stehen muss.

SPIEGEL: Mr Bon Jovi, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

SPIEGEL Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin »buchreport« (Daten: media control); nähere Informationen finden Sie online unter: spiegel.de/bestseller

Belletristik

- 1 (-) **Joachim Meyerhoff** **Hamster im hinteren Stromgebiet**
Kiepenheuer & Witsch; 24 Euro
- 2 (1) **Robert Seethaler** **Der letzte Satz**
Hanser Berlin; 19 Euro
- 3 (2) **Bernhard Schlink** **Abschiedsfarben**
Diogenes; 24 Euro
- 4 (3) **Elena Ferrante** **Das lügenhafte Leben der Erwachsenen**
Suhrkamp; 24 Euro

Fast nichts wissen wir über die geheimnisvolle Autorin. Aber inzwischen fast alles über ihre Stadt Neapel und deren Bewohnerinnen.
- 5 (4) **Delia Owens** **Der Gesang der Flusskrebse**
Hanserblau; 22 Euro
- 6 (7) **Jan Weiler** **Die Ältern**
Piper; 15 Euro
- 7 (6) **Jo Nesbø** **Ihr Königreich**
Ullstein; 24,99 Euro
- 8 (-) **Ferdinand von Schirach** **Gott**
Luchterhand; 18 Euro
- 9 (5) **Stephanie Meyer** **Biss zur Mitternachtssonne**
Carlsen; 28 Euro
- 10 (9) **John Grisham** **Das Manuskript**
Heyne; 22 Euro
- 11 (10) **Ursula Poznanski** **Cryptos**
Loewe; 19,95 Euro
- 12 (15) **Lisa Eckhart** **Omama**
Zsolnay; 24 Euro
- 13 (11) **David Grossman** **Was Nina wusste**
Hanser; 25 Euro
- 14 (13) **Renate Bergmann** **Dann bleiben wir eben zu Hause!**
Ullstein; 8 Euro
- 15 (17) **Paul Maar** **Wie alles kam**
S. Fischer; 22 Euro
- 16 (14) **Marco Balzano** **Ich bleibe hier**
Diogenes; 22 Euro
- 17 (20) **Wladimir Kaminer** **Rotkäppchen raucht auf dem Balkon**
Wunderraum; 20 Euro
- 18 (8) **Susanne Matthiessen** **Ozelot und Friesennerz**
Ullstein; 20 Euro
- 19 (-) **Thomas Hettche** **Herzfaden**
Kiepenheuer & Witsch; 24 Euro
- 20 (18) **Sally Rooney** **Normale Menschen**
Luchterhand; 20 Euro

Sachbuch

- 1 (-) **Jan Böhmermann** **Gefolgt von niemandem, dem du folgst**
Kiepenheuer & Witsch; 22 Euro
- 2 (1) **Mary L. Trump** **Zu viel und nie genug**
Heyne; 22 Euro
- 3 (3) **Richard David Precht** **Künstliche Intelligenz und der Sinn des Lebens**
Goldmann; 20 Euro
- 4 (4) **Ferdinand von Schirach / Alexander Kluge** **Trotzdem**
Luchterhand; 8 Euro
- 5 (2) **Thilo Sarrazin** **Der Staat an seinen Grenzen**
LMV; 26 Euro
- 6 (6) **Philippa Perry** **Das Buch, von dem du dir wünschst, deine Eltern hätten es gelesen**
Ullstein; 19,99 Euro
- 7 (7) **Maja Göpel** **Unsere Welt neu denken**
Ullstein; 17,99 Euro
- 8 (16) **Jürgen Kaube** **Hegels Welt**
Rowohlt Berlin; 28 Euro
- 9 (8) **Bas Kast** **Der Ernährungskompass**
C. Bertelsmann; 20 Euro
- 10 (5) **Gabor Steingart** **Die unbequeme Wahrheit**
Penguin; 16 Euro
- 11 (-) **Verena Pausder** **Das Neue Land**
Murmans; 20 Euro
- 12 (9) **Michelle Obama** **Becoming**
Goldmann; 26 Euro
- 13 (11) **Manfred Lütz** **Neue Irre. Wir behandeln die Falschen**
Kösel; 20 Euro
- 14 (-) **Doris Dörrie** **Die Welt auf dem Teller**
Diogenes; 22 Euro
- 15 (-) **Heiner Wilmer** **Trägt**
Herder; 16 Euro
- 16 (12) **Kester Schlenz** **Ich bin bekloppt ... und ich bin nicht der Einzige**
Mosaik; 18 Euro
- 17 (-) **Rita Süsmuth** **Überlasst die Welt nicht den Wahnsinnigen**
bene!; 12 Euro

Die Frau, die die Männerpartei CDU weit vorangebracht hat, weiß: Auch mit 83 Jahren muss man das Kämpfen nicht aufgeben.
- 18 (19) **Lily Brett** **Alt sind nur die anderen**
Suhrkamp; 15 Euro
- 19 (-) **Rutger Bregman** **Im Grunde gut**
Rowohlt; 24 Euro
- 20 (15) **Hans-Werner Sinn** **Der Corona-Schock**
Herder; 18 Euro



Kent W. Shimura / Los Angeles Times / Polaris / iaf

Feuer am Shaver Lake: Dürfen wir auf Rettung hoffen?

In der roten Zone

Waldbrände Der Schriftsteller T. C. Boyle über eine Wanderung durch die sterbenden Wälder seiner Heimat Kalifornien, das Verschwinden der Jahreszeiten und den Nihilisten im Weißen Haus

Boyle, 71, gilt mit zahlreichen Bestsellern wie »Wassermusik« oder »América« als einer der größten Schriftsteller der USA. Die Ausbeutung der Natur durch den Menschen kehrt in seinen Romanen und Kurzgeschichten als Thema immer wieder. Boyle lebt in der Nähe von Santa Barbara, nördlich von Los Angeles. Seit Mitte August wird Kalifornien von Wald- und Buschbränden heimgesucht – Boyle kritisiert den US-Präsidenten Donald Trump scharf, weil dieser den Klimawandel noch immer leugnet.

Santa Barbara, 15. September

Vor zwei Jahren fuhren meine Frau und ich in den Sequoia National Forest, wo wir regelmäßig ein Häuschen mieten, seit wir im vorigen Jahrhundert nach Kalifornien gezogen sind.

Mit Entsetzen sahen wir die Folgen der schrecklichen Dürre, die dort herrscht. Sechs Jahre Trockenheit haben die Kiefern anfällig für Borkenkäfer gemacht, gegen die sich die Bäume nicht wehren können, wenn sie geschwächt sind. Eine gesunde Kiefer scheidet Harz ab, um die Löcher zu stopfen, die diese wenige Millimeter großen Insekten bohren, wenn sie sich einen Platz zum Fressen und für die Fortpflanzung suchen. Durch den Wassermangel reduziert sich jedoch der Harzfluss in den Stämmen, und die Käfer fressen sich ungehindert in den Baum, schneiden ihm die Nährstoffzufuhr ab, und binnen einiger Wochen ist er tot.

Normalerweise reduzieren Kälteeinbrüche die Zahl der Tiere. Doch die vergangenen Winter waren milder als normal, und kein Frost kam den Bäumen zu Hilfe. Auf 1500 Metern, wo weniger Schnee fällt als in höheren Lagen, war jeder dritte Baum abgestorben. In 2200 Meter Höhe war es jeder vierte. Was wir sahen, war alarmierend. Ganz zu schweigen davon, dass unzählige Bäume nun quasi als riesige Streichhölzer in die Erde gerammt nur darauf warteten, dass ein Blitz sie trifft und entzündet.

Tatsächlich geschah genau das. 25 Waldbrände wüten zurzeit in Kalifornien. Das alte Wechselspiel der Jahreszeiten gibt es nicht mehr. Einst sprach man vom Herbst. Heute ist es die Saison der Feuer, die sich vom Sommer bis in den Winter zieht und erst endet, wenn der Regen kommt. Wenn er denn kommt. Die globalen Wettermuster ändern sich, nichts ist mehr normal. In diesem Jahr brannte in Kalifornien mehr Anbaufläche ab als je zuvor, und der einst als malerisch bezeichnete Herbst hat noch nicht einmal offiziell begonnen. Die Ressourcen sind so ausgezehrt, dass die Feuerwehr trotz großer Mühe kaum Erfolge verzeichnet. Viele Feuer brennen unkontrolliert. Die Lage ist, gelinde gesagt, katastrophal.

Dürfen wir auf Rettung hoffen?

Am Montag flog der autokratische Nihilist, der gegenwärtig das Weiße Haus okkupiert, zu einem Fototermin nach Kalifornien. Der Regierung des Bundesstaates warf er vor, die gefährliche

Lage selbst verursacht zu haben, da sie es versäumt habe, die Kiefernadeln in den Wäldern gründlich zusammenzuharken. Offenbar war ihm entgangen, dass 57 Prozent der kalifornischen Wälder Staatsbesitz sind und von Trumps Bundesbehörden unterhalten werden.

Zur Tatsache, dass die Waldbrände eine unvermeidliche Konsequenz der Erderwärmung sind, schwieg Trump. »Ich glaube nicht, dass die Wissenschaft darüber etwas weiß«, informierte er uns sachkundig. Dafür tröstete er uns mit seinen umfangreichen Kenntnissen aus jahrelangem, intensivem Studium meteorologischer Phänomene: »Es wird bald kälter werden«, erklärte Trump und argumentierte damit ähnlich wie bei der Corona-Pandemie. Da hatte er im Frühjahr unsere Ängste zerstreut, indem er versicherte, dass es sich bei dieser Krankheit »nur um eine Erkältung« handle, die einfach »verschwinden« werde. Nur Geduld, Leute!

Gestern wanderte ich mit meiner Hündin in den Santa-Ynez-Bergen, hier bei uns zu Hause in Santa Barbara. Bisher blieben wir von den aktuellen Feuersbrünsten verschont. Allerdings waren wir 2018 die Opfer des sogenannten Thomas Fire. Auf den zu jener Zeit größten Brand in der Geschichte Kaliforniens folgten verheerende Schlammlawinen, durch die 23 meiner Nachbarn starben. Ich schrieb damals für den »New Yorker« über die Tragödie.

Unterwegs auf unserem gestrigen Parcours schützte nur das dichte Gewirr der Schnauzhaare meine Hündin. Ich selbst trug eine N95-Maske, die ich in der Zeit des Thomas Fire erworben habe. Zuletzt setzte ich sie auf, um mich und andere vor einer Infektion mit dem Coronavirus zu bewahren – eine weitere Maßnahme, der unser allwissender Herrscher zutiefst skeptisch gegenübersteht.

Doch gestern in den Bergen trug ich die Maske nicht zum Schutz vor Viren; ich erwartete nicht, dass ich unterwegs jemandem begegnen würde. Und wenn, würde ich Abstand halten. Vielmehr ging es mir – Ironie des Schicksals! – um die Rußpartikel der Waldbrände, die südlich und östlich von unserer Region die Luft vergiften. Das Bobcat Fire in den San-Gabriel-Bergen hinter

Los Angeles hat bereits mehr als 15 000 Hektar Land vernichtet und konnte bislang nur zu drei Prozent eingedämmt werden. Während ich diesen Text schreibe, sind weniger als 30 Prozent der drei großen Brände in der Bay Area unter Kontrolle.

An einem trüben Himmel hing gestern die Sonne als winzige triste Scheibe, verdorrtes Gestrüpp ächzte am Wegesrand, Eidechsen huschten vor unseren Füßen. Der Weg, den ich gewählt hatte, trägt offiziell das Etikett »mittelschwer«. Tatsächlich ist er leicht. Auf einer Höhe von nur 65 Metern befindet sich ein Pavillon. Hat man den Hügel erklommen, eröffnen sich wunderschöne Panoramablicke, auf der einen Seite sieht man das Meer, auf der anderen die Berge.

Ich bin gern dort, verbringe meine Zeit mit Meditation oder mit der Lektüre eines Buches. Gewiss, dies ist nicht die Wildnis der Sierra Nevada, und doch genieße ich es da oben. Im Sequoia National Forest werden derzeit alle Menschen evakuiert. Das sich über 11 000 Hektar erstreckende Rattlesnake Fire rückt näher. Wegen der Pandemie bin ich jedoch ohnehin nicht dort. Ich bleibe zu Hause und spaziere im Toro Canyon. Mit meinem Hund. Und mit Maske.

Auf halber Höhe begegnete ich gestern einem anderen einsamen Wanderer. Er kam mir entgegen, ebenfalls mit Hund, jedoch ohne Maske. Dafür entschuldigte er sich, als er noch sechs Meter von mir entfernt war. Ich beruhigte ihn und sagte, dass ich die Maske an diesem Spätsommernachmittag nicht wegen des Coronavirus trüge, sondern wegen der Luft voller Qualm. Wir befanden uns in der roten Zone, und der Aufenthalt dort gilt als gesundheitsschädlich. Es wird empfohlen, im Haus zu bleiben – als hätten wir in den vergangenen sechs Monaten das Haus verlassen können; ein Elend folgt hier dem nächsten.

Wie ich brauchte der Mann ohne Maske aber seine Dosis Natur. Und so trafen wir uns im Freien. »Meine Güte, ja«, sagte er als Antwort auf meine Erklärung. »Ich fragte mich schon, warum meine Lungen brennen.« Genau! Dann hustete er und machte kehrt.

Übersetzung aus dem Englischen: Lilian-Astrid Geese



Autor Boyle

Tiber Boer / Redux / laif

NAHUEL PÉREZ
BISCAYART LARS
EIDINGER

PERSISCHSTUNDEN

EIN FILM VON
VADIM PERELMAN

70th Internationale
Filmfestspiele
Berlin
Berlinale Special
Gala

»PACKEND UND BEWEGEND«

KINO-ZEIT.DE

AB 24. SEPTEMBER IM KINO!

WWW.PERSISCHSTUNDEN-FILM.DE
f / PERSISCHSTUNDEN.FILM

ONE TWO
FILMS

Alameda film



Weißer Fantasien

Pionierinnen Julia Wissert tritt in Dortmund als erste schwarze Intendantin einer deutschen Bühne an – und will alles anders machen als die mächtigen Männer der Szene.

In einer Probenpause sitzt Julia Wissert an einem Cafétisch in einer Dortmunder Grünanlage, blickt durch eine große Hornbrille auf spielende Kinder und deren feierabendvergnügte Eltern – und spricht Merksätze, die sehr abstrakt klingen. »Kulturinstitutionen sind Teil einer Gesellschaft, in der es nicht bloß unsichtbare und sichtbare Vorurteile gibt, sondern auch unsichtbare und sichtbare Barrieren«, sagt sie zum Beispiel. Und: »Klassismus kann nicht ohne Sexismus und Rassismus gedacht werden.«

Doch wenn man ihr die Frage stellt, ob sie sich in ihrem neuen Job nicht auch mit vielen bodenständigen Menschen verständigen müsse, berichtet sie, wie gut sie sich in den vergangenen Wochen mit vielen Menschen in der Stadt auch über Alltägliches unterhalten habe. »Ich war noch nie an einem Ort, an dem die Leute so sehr in Kontakt mit mir treten wollen wie in Dortmund.« Die 600 000-Einwohner-Stadt hält sie für »wahnsinnig unterschätzt«. Trotz vieler Rechter in manchen Stadtteilen sei es ein Platz für vorwiegend erfreulichen Austausch, »sehr liebevoll, sehr herzlich«.

Wissert, 36, ist in Freiburg geboren und als älteste von vier Töchtern in einer Familie aufgewachsen, deren Mitglieder sich für Theater eher nicht interessierten; die vergangenen Jahre hat sie in Berlin gelebt. In Dortmund hat sie nun den Job der Schauspielintendantin übernommen. Damit ist sie einer der jüngsten Menschen, die es je zu einem Chefposten in der deutschsprachigen Theaterwelt gebracht haben. Und sie hat noch ein zweites Alleinstellungsmerkmal: »Soweit ich weiß, gab es vor mir keine schwarze Person, die in Deutschland an einem Stadt- oder Staatstheater Intendantin ist«, sagt Wissert – auch wenn sie andere Theaterleiterinnen kenne, die man als »person of colour« bezeichne, zum Beispiel Shermin Langhoff, die Leiterin des Berliner Gorki Theaters. Langhoff hat türkische, tscherkessische und griechische Vorfahren.

Noch werden 80 Prozent aller Theater im deutschsprachigen Raum von Männern geleitet. An den Schauspielschulen bemüht man sich zwar um eine weiblichere, stärker migrantisch geprägte Schülerschaft, aber in den Ensembles kommen die Impulse nur mit Verzögerung an – vielleicht

ist Wissert die Ausnahme, vielleicht auch die Speerspitze einer neuen Generation von Theatermachern.

Was Wissert kreativ kann, ist schon bekannt: Sie hat in London und Salzburg studiert, dann als freie Regisseurin unter anderem in Bochum, Hannover und am Gorki Theater in Berlin inszeniert, ihre Arbeiten wurden als durch tänzerische Energie und Bildmacht auftrumpfende Spektakel gelobt. Was will sie jetzt als Schauspielchefin?

Über den Zustand deutscher Theater sagt Wissert, sie seien »eine düstere, von

Hierarchie und autoritären Strukturen zerfressene Institution«.

Die meist von Männern dominierten Kulturtempel seien gezwungen, »in hoher Geschwindigkeit Kunst zu produzieren«. Die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung vieler Mitarbeiter seien unannehmbar. Deshalb wollten sich zum Beispiel kaum mehr junge Leute als Bühnentechniker ausbilden lassen. »Letzten Endes sind die meisten Theater Fabriken, die möglichst schnell Aufführungen produzieren müssen, die sich erhitzen, weil sie unter dem politischen und finanziellen Druck



Schauspielchefin Wissert: »Es war krass, das zu sehen«

stehen, die richtigen Auslastungszahlen zu liefern.« Zugleich sagt sie: »Als Intendantin bin ich jetzt natürlich auch Teil des Systems.« Sie sei sich bewusst, dass sie nun selbst ebenfalls über einige Macht verfüge.

Das von ihr geleitete Haus will sie umbauen. Statt als Spielstätte und Vergnügungsort für eher bildungsbürgerliche Schichten wünscht sie sich ihr Theater als einen »Ort für alle« – was so ähnlich natürlich sehr viele andere Theaterchefs auch sagen.

Vor zwei Jahren gehörte Wissert zu den Unterzeichnerinnen eines offenen Briefs gegen das Machtgehabe von Männern an deutschen Theatern. Anlass war ein Interview, in dem Regiealtmeister Frank Castorf höhnisch über die Inszenierungen von Frauen gesagt hatte, dass ihn deren Arbeit in der Regel ebenso wenig interessiere wie Frauenfußball. Gefordert wurde in dem von Hunderten Frauen und Männern unterzeichneten Brief ein »Ausbrechen aus verkrusteten Systemen« und »überkommenen patriarchalen Machtstrukturen«

sowie die Suche nach einer Sprache, die sich nicht in Machomanier »auf die Brust trommelt«.

Vor anderthalb Jahren formulierte Wissert außerdem zusammen mit einer Berliner Anwältin eine Antirassismusegung, zu der sich inzwischen etliche deutschsprachige Theater verpflichtet haben. Die Bühnenchefs geloben darin, Schulungen und Workshops einzurichten, sobald an ihrem Haus ein rassistischer Vorfall gemeldet wird.

Ihre Mitarbeit an der Regelung begründete Wissert damals damit, dass sie selbst als »schwarze Regisseurin in einem weißen Kulturbetrieb« Rassismus erlebt habe. An die Privaterfahrungen lässt Wissert einen nicht gern ran, aber dennoch: Was genau meint sie damit?

Wissert nennt als Beispiel, dass sie sich am Anfang ihrer Karriere wenig dabei gedacht habe, als Dramaturgen ihr immer wieder Stücke über Geflüchtete vorschlugen. »Dann habe ich gemerkt, dass ich nur an der Reproduktion von weißen Fantasien arbeiten sollte.« Man habe ihr eine Kompetenz unterstellt, die ihr überhaupt nicht zukam. »Es war krass, das zu sehen.«

In Dortmund tritt Wissert mit einem mehrheitlich jungen und überwiegend, wie man neudeutsch sagt, diversen Ensemble an. Es sind viele junge Regisseurinnen und Regisseure in ihrem Team, ein »postmigrantisches« Programm, wie es Shermin Langhoff einst verkündet hat, plant Wissert nicht. Ihr Programm scheint eher an ein möglichst großes Publikum adressiert zu sein, statt radikale Erneuerung auszustrahlen. Es besteht aus einem keineswegs avantgardistischen Angebot, in dem eine der Literatur verpflichtete Neuinszenierung von Goethes »Faust« Platz hat. Auch der populäre Berliner Schauspieler Milan Peschel darf eine Regiearbeit beisteuern. Eine Uraufführung widmet sich der in Dortmund vermutlich naheliegenden Frage nach »Neuer Arbeit«.

Wissert selbst probt in diesen Tagen für ihre Eröffnungsarbeit »2170 – Was wird die Stadt gewesen sein, in der wir leben werden?«, eine Art futuristische Stadtführung, bei der die Zuschauerinnen und Zuschauer mit Kopfhörern ausgerüstet und an fünf verschiedene Spielstätten geleitet werden. Einer der Spielorte ist der kahle, frisch gepflasterte Platz vor dem Cinestar-Kino am Dortmunder Hauptbahnhof.

An einem sonnigen, warmen Probenabend in der Woche vor der Premiere steht die Regisseurin Wissert leicht vornübergebeugt neben einer Plakatsäule, die Hände in den Gesäßtaschen ihrer Jeans, und gibt einer jungen Schauspielerin Anweisungen. Die Darstellerin vollführt ein paar Pirouetten und verharrt in einem Ausfall-

schrift, als wäre sie eine Skispringerin bei der Landung. Beschwörend hebt sie ihre Hände in Richtung der Bahnleiße.

Aus den Kopfhörern, die alle Probenbesucher tragen, hört man einen Text der Autorin Luna Ali. Der Bahnhof pumpe die Gäste und Dortmund-Bewohner »hinaus wie Blut in die Adern der Stadt«, heißt es da und wie wichtig der erste Eindruck aller Ankommenden sei: »Dortmund hat deshalb die Stadtbibliothek und das deutsche Fußballmuseum zur Begrüßung seiner Gäste bauen lassen.«

Es ist also auch eine ironisch gefärbte Begeisterung, mit der Wissert ihren Job

Die meisten Theater, sagt Wissert, seien »düstere, von Hierarchie zerfressene Institutionen«.

in Dortmund angeht. »Meine Hoffnung ist, dass wir in drei Jahren einen Arbeitsort geschaffen haben, an dem alle Zuschauerinnen und alle Beschäftigten gerne sind und Dissonanzen gut aushalten können«, sagt Julia Wissert. »Ich wünsche mir, dass wir sagen können: Wir tragen dazu bei, dass sich nicht bloß die Institution Theater, sondern auch die Gesellschaft verändert.«

Vielleicht hat sie recht, ihr Thema bleibt zumindest: Vor Kurzem lud die »New York Times« Wissert zu einem Gesprächsaustausch mit im Regiefach tätigen schwarzen Theaterleuten aus Großbritannien und Frankreich, statt wie vorgesehen eine Stunde dauerte das Gespräch dreieinhalb. Und in vielen Ländern Europas sehen sich Theater zunehmend mit der Forderung konfrontiert, alle Gruppen der Bevölkerung auch auf der Bühne vorkommen zu lassen.

Einer der ersten Gratulanten, die Julia Wissert im vergangenen Jahr zu ihrer Berufung nach Dortmund beglückwünschten, war Theodor Wonja Michael. Der Schauspieler, Politaktivist und Journalist war ein Held vieler Afrodeutscher, er starb im vergangenen Oktober.

Michael wurde 1925 in Berlin als Sohn eines Mannes aus Kamerun geboren und wuchs bei Pflegeeltern auf. Er wurde unter der Herrschaft der Nationalsozialisten gedemütigt, indem man ihn unter anderem als Komparse in Kolonialfilmen der Ufa einsetzte. Später arbeitete er als Beamter beim Bundesnachrichtendienst. In seiner Mail nach der Intendantinnenkür, so berichtet Wissert, habe Michael geschrieben: »Ich freue mich so sehr, dass Sie das geschafft haben.« Wolfgang Höbel



Ralf Rottmann / FUNKE Foto Services



Autoren Quaderer, Eckhart, Stuertz: Der Stoff für eine Rede voller Wucht

Absolute Positionen

Skandale Viel Haltung, wenig Kommunikation:
Die Affäre um Lisa Eckhart und zwei Debütanten ist ein
Lehrstück über Debatten im Meinungszeitalter.

Am 28. Mai bekam der Schriftsteller Benjamin Quaderer eine Mail. Er sei für den Debütantensalon des Hamburger Harbour-Front-Festivals nominiert, schrieb ihm sein Verlag. Es gehe um einen Abend im September, zwei Autoren auf einer Bühne, Lesung, Diskussion. Anbei der Vertrag. Quaderer öffnete das Attachment und sah, dass die Autorin, mit der er an diesem Abend lesen sollte, Lisa Eckhart war. Er habe sich, nachdem er die Mail gelesen hatte, nicht so wahnsinnig wohlgefühlt, sagt Quaderer heute.

Lisa Eckhart, die Kabarettistin, hoch umstritten spätestens seit im Mai eine Debatte um einen ihrer Auftritte in der WDR-Show »Mitternachtsspitzen« losgebrochen war. Eckhart hatte sich über die politische Korrektheit lustig gemacht und über deren, wie sie meinte, heilige Kühe: Schwarze, Juden, die Sexualität. Und das mit ziemlich kühler Miene. Die Erlösung, die das deutschsprachige Kabarett sonst seinen Zuschauern bietet, blieb aus. Eckhart signalisierte nicht: Ist doch nur ein Witz, Leute!

Quaderer, so erzählt er es jetzt, wusste, dass jüdische Verbände gegen den Clip protestiert hatten, dass auch Felix Klein, der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Eckhart kritisiert hatte. Und dann war drei Tage zuvor in Minneapolis George Floyd gestorben. Entsetzte Juden, ein toter Schwarzer. Eine undurchsichtige Komödiantin. Das alles trieb Benjamin Quaderer um.

Schließlich schrieb er eine Mail an die Festivalleitung. Er wolle lieber gar nicht auftreten als an der Seite von Lisa Eckhart.

Eine literarische Staatsaffäre nahm ihren Lauf. Es geht um Rassismus und Anti-

semitismus, um Meinungsfreiheit, die Ächtung Andersdenkender. Um die sogenannten Cancel Culture. Um fast alles, was einen deutschen Feuilletonskandal ausmacht.

Öffentlich wurde die Sache erst, als im August bekannt wurde, dass das Festival Lisa Eckhart eingeladen hatte. Es war die Rede davon, militante Hamburger Linke hätten gedroht, ihre Lesung zu attackieren. Der Leiter des Festivals sprach schon von »Weimarer Verhältnissen«. Und bei der Eröffnung des Festivals, Anfang September, hielt Navid Kermani eine donnernde Rede. Eckhart sei für verächtlich erklärt worden und anonym davongejagt. Wer auf solche Art die Feindschaft schüre, riskiere »Zustände wie in einem Bürgerkrieg«. Doch Kermani ging es nicht um die vermeintlichen Drohungen militanter Linker. Ihm ging es um diejenigen, die nicht mit Eckhart auftreten wollen.

Kermani nannte Quaderers Namen nicht, er kannte ihn nicht einmal. Und hatte sich auch nie bei der Festivalleitung nach ihm erkundigt. Doch er machte Quaderer – und einen anderen ungenannten Debütanten – für die Ausladung Eckharts verantwortlich.

Wenige Tage nach der Rede Kermanis sitzt Quaderer vor einem Café in Neukölln, der Hochburg der Hipster. Er ist 31, trägt Schnurrbärtchen, hat eine Schirmmütze auf dem Kopf. Sein Deutsch ist schweizerisch gefärbt. Oder ist es österreichisch? Quaderer ist im Fürstentum Liechtenstein aufgewachsen. Dort spielt sein Roman »Für immer die Alpen«. Er beruht auf einer wahren Geschichte, es geht um einen Steuerskandal, um einen Whistleblower.

Er habe »The Great Liechtenstein Novel« schreiben wollen, sagt Quaderer. Eine Anspielung auf die Phrase von der Great American Novel. Es klingt ironisch. Im Gespräch fragt Quaderer eher, als Antworten zu geben. Dafür, dass er einer der Hauptprotagonisten eines Literaturskandals ist, tritt er ziemlich leise auf. Bei einer Sache aber ist er sich sicher: »Ich finde, es ist nicht die Zeit, in der man die Dinge so in der Schwebe lassen kann, wie Eckhart das tut.« Er verweist auf die Anschläge in Hainau und Halle. Das Problem sei, dass Eckhart sich angesichts dessen in »kompletter Uneindeutigkeit« bewege.

Nach Kermanis Rede hat Quaderer auf Twitter seinen Namen öffentlich gemacht. Warum jetzt erst? »Ich dachte zuvor, wenn ich auch noch was sage, wird das Ganze noch größer.«

Die Festivalleitung hatte ihm auf seine Mail hin angeboten, seinen Auftritt zu verlegen. Den Abend mit Eckhart sollte nun ein anderer Debütant bestreiten: Sebastian Stuertz. Er ist der zweite Autor, den Kermani kritisiert hat.

Stuertz, 46 Jahre alt, wohnt mit seiner Familie am Rande des Hamburger Schanzenviertels. Er hat lange erfolglos Musik gemacht, jobbt beim Fernsehen. Literatur lag ihm eigentlich fern. Erst spät hat er angefangen zu schreiben. An seinem Debütroman, »Das eiserne Herz des Charlie Berg«, einer Geschichte von Liebe und Selbstfindung in den Neunzigerjahren, hat Stuertz Jahre gearbeitet.

Dass das Buch überhaupt veröffentlicht wurde und dann auch noch als Spitzentitel seines Verlags, war für ihn ein unverhofftes Erfolgserlebnis: »Plötzlich geht es ab wie im Märchen.« Doch dieses Märchen war schnell zu Ende. Einen Tag nachdem der Roman im März erschienen war, kamen die ersten Corona-Verordnungen. Für Stuertz interessierte sich niemand mehr. Die Nominierung für den Debütantensalon sei der einzige Lichtblick gewesen in dieser Zeit, meint er jetzt. »Diese Lisa Eckhart kannte ich gar nicht.«

Als er sich dann mit ihr beschäftigte, kamen auch ihm Bedenken. Er hörte von den

Beschwerden jüdischer Verbände und wunderte sich, dass Eckhart darauf nicht reagierte: »Ich habe sie als eine Person wahrgenommen, der diese Uneindeutigkeit ganz recht ist.«

Schließlich teilte das Festival die Veranstaltung auf. Erst Stuertz. Dann, nach einer Pause, getrennt von ihm, Eckhart. Eine seltsame Konstruktion. Hinfällig wurde sie erst, als die Veranstalter Eckhart ganz ausluden. Als der Skandal seinen Lauf nahm.

Spricht man Kermani jetzt auf seine Rede an, betont er: »Es ging mir um den Vorgang, nicht um die Motivation, die ich ja auch gar nicht kennen konnte, weil die beiden Autoren anonym geblieben waren.« Wer sich weigere, mit einer Person auf eine Bühne zu treten, mache diese Person verächtlich.

Kermanis Position ist eindeutig.

Wer sie weiterdenkt, kommt auf die Prinzipien einer pluralen Gesellschaft, auf Meinungsvielfalt und die damit verbundene Kultur des Streits. Darauf, dass Kontrahenten bereit sein sollten, sich eine Bühne zu teilen. Dass sie sich nicht zurückziehen sollten in die Schutzzone der richtigen Gesinnung.

Der Stoff für eine Rede voller Wucht, eigentlich ein moralisches Lehrstück.

Die Veranstalter des Festivals wollten sich auf Anfrage bis Redaktionsschluss inhaltlich nicht äußern. Ob es tatsächlich Quaderer und Stuertz waren, die ursächlich dafür verantwortlich sind, dass Eckhart schließlich ausgeladen wurde – oder ob es die Gerüchte von einem Überfall des schwarzen Blocks waren, lässt sich bislang nicht abschließend klären. Und damit auch nicht, ob Kermanis Vorwürfe in dieser Form zutreffend waren.

Aber ist das die entscheidende Frage?

Die Diskussion, wer sich wann öffentlich hätte erklären sollen, ist geradezu unbedeutend im Vergleich zu dem, worum es in diesem Konflikt eigentlich geht: um absolute Positionen. Um die Eindeutigkeit, die Quaderer und Stuertz einerseits von Eckhart erwarten und mit der sie sich dann selbst, wenn auch nicht öffentlich, gegen einen Auftritt verwahrt haben. Aber auch Kermanis Haltung haftet etwas Absolutes an, gerade weil er sich für die Motive der beiden Debütanten, für ihre Situation nicht interessiert hat.

Die Eskalation, die »Zustände wie in einem Bürgerkrieg« lassen sich am ehesten vermeiden, wenn die Kontrahenten von absoluten Positionen abrücken, wenn sie einander Uneindeutigkeiten zugestehen. Vielleicht auch Ungeschicklichkeiten, Feigheit, mangelnde Erfahrung. Wenn sie miteinander reden.

Das moralische Lehrstück findet auf der Bühne statt. Im wirklichen Leben ist die Situation oft banaler.

Sebastian Hammelehle



Genossen Stalin, Lenin, Kalinin auf dem VIII. Parteitag der KPR 1919

SPIEGEL GESCHICHTE

MONTAG, 21. 9., 21.00 – 21.45 UHR, SKY

Stalins Terror

Im Januar 1924 stirbt Sowjetführer Wladimir Iljitsch Lenin. Nach seinem Tod drängt ein Mann an die Macht: Josef Stalin. Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei schaltet Konkurrenten skrupellos aus und bricht mit Verbündeten. An der Spitze des Kreml angekommen errichtet er eine brutale Gewaltherrschaft. Die Episode der zwölfteligen Serie »Aufstieg und Fall des Kommunismus« zeichnet den Weg Stalins in den Zwanzigerjahren nach.

MONTAG, 21. 9., 21.45 – 22.30 UHR, ZDF

Wenn Kinder Täter werden – Was tun mit straffälligen Minderjährigen?

Die Dokumentation forscht nach, warum Kinder und Jugendliche gewalttätig werden, erzählt anhand mehrerer Fälle, wie sie zu Tätern werden und wie Gerichte, Polizei, Sozialarbeiter und andere Experten sich bemühen, den straffällig gewordenen Jugendlichen zu helfen.



Häftling in JVA Neustrelitz

SPIEGEL TV

MONTAG, 21. 9., 23.25 – 0.00 UHR, RTL

Mitterteich, Lüdenscheid, Gütersloh

Wie ist die Lage in den ehemaligen Corona-Hotspots heute?

Rundgang im Hamburger Villenviertel

Das Bündnis »Wer hat, der gibt« will die Reichen für die Krise bezahlen lassen.

Die Rotmilan-Killer

Warum so viele Greifvögel in der Nähe von Windparks sterben

ARTE RE:

DONNERSTAG, 24. 9., 19.40 – 20.15 UHR, ARTE

Stress im Rotlichtviertel – Amsterdam und die Partytouristen

Amsterdams berühmtes Rotlichtviertel De Wallen lockt zum Leidwesen der Anwohner immer mehr Partytouristen an. In der Stadtverwaltung wird diskutiert, die Sexarbeiterinnen aus dem Altstadtviertel zu verbannen. Es wäre das Ende einer jahrhundertalten Tradition.



Straßenszene in Rotlichtviertel De Wallen

Revolution im Mischwald

Zeitgeist Die Philosophin Eva von Redecker will Bewegungen wie Fridays for Future erklären – und entwirft dabei die Idee einer ganz neuen Welt.

Als Greta Thunberg, Luisa Neubauer und zwei andere Aktivistinnen von Fridays for Future bei Angela Merkel zu Besuch waren, ging unter der Nachricht, dass sie anderthalb Stunden gesprochen haben, vollkommen unter, wie verrückt dieser Vorgang war. Da redeten vier junge Frauen, die zwei Jahre zuvor noch niemand kannte, im Namen des Weltklimas mit der Bundeskanzlerin.

Vielleicht war Merkel nur neugierig und wollte die Aktivistinnen mal kennenlernen. Wahrscheinlicher dürfte sein, dass sie einen Nerv getroffen haben, der bis in die Zentren der Macht reicht.

Sie sind nicht die Einzigen. In den vergangenen Jahren ist ein neuer Typus von Protestbewegung entstanden, ihre Themen sind immer mit dem Gefühl verbunden, dass die Weigerung der Politik, grundlegende Probleme anzugehen, die Gesellschaft ihre Zukunft kosten wird.

Es ist der Bezug auf das »Leben«, der diese Bewegungen verbindet, glaubt die Philosophin Eva von Redecker, die jetzt ein Buch über den neuen Protest geschrieben hat*. Wobei sie mit »Leben« weniger den Begriff aus der Biologie meint, sondern eher das Überleben. Individuell, aber auch das der Menschheit als Ganzes.

Die Schülerinnen und Schüler der Highschool in Parkland, die nach einem Schulmassaker eine der größten Demonstrationen organisierten, die es in Washington, D. C., seit Jahrzehnten gab, wählten »March for Our Lives« als Motto. Bei den Klimaaktivistinnen von Fridays for Future liegt es auf der Hand. Aber auch die Antirassismusbewegung Black Lives Matter trägt das Leben im Namen. Die Seenotrettung von Flüchtlingen im Mittelmeer lässt sich ebenso über das Leben beschreiben.

Was wollen diese Gruppen, fragt Redecker, 38, in ihrem Buch, und wo stehen sie in der Welt? Sie schreibt als Philosophin, nicht als Aktivistin, und so sind die Begriffe entscheidend, um die ihr Buch kreist. Es geht um »Sachherrschaft«, »Weltwahrung« und »Entfremdung«. Im Kern, so Redeckers These, verbindet diese Gruppen ihre Kritik am Kapitalismus.

Und wenn es eine Utopie gäbe, dann läge sie in ihnen selbst. In den »Zwischenräumen«, die sie bildeten – und aus denen vielleicht eine neue Welt entstehen könne.

Redecker lebt selbst in solch einer Nische: in einer Landkommune in Brandenburg. In den vergangenen Jahren ist sie nach Berlin gependelt, wo sie an der Humboldt-Universität gelehrt hat, im Dezember wird sie ins italienische Verona wechseln. Redecker ist eine ungewöhnliche Gestalt in den deutschen Geisteswissenschaften. Eines ihrer Themen sind die Genderstudies, also jene relativ neue Disziplin, die sich weiter als alle anderen hinauswagt in das Denken umfassender Künstlichkeit. Wenig ist gegeben, wenn das Geschlecht nicht gegeben ist. Nichts in der akademischen Welt ist im Augenblick so hip.

»Die Geschichte zeigt, dass die Katastrophe immer schon da ist.«

Dann ist sie aber auch eine Bauerntochter, mit Pferden aufgewachsen. Ihre Eltern hatten einen der ersten Biobauernhöfe in Schleswig-Holstein, sie waren Pioniere der Ökolandwirtschaft. Und anders als es sonst häufig der Fall ist, war ihre akademische Karriere für Redecker keine Flucht vor der Herkunft.

Ihre Kommune, so erzählt sie, hat sie mit Freundinnen und Freunden gegründet, die sie zum Teil noch aus der Schule kennt. Damals hätten sie diesen Hippietraum gehabt, zusammen auf dem Land zu leben. Nun würden sie es machen.

Man kann sie in Bad Wilsnack treffen, einem Städtchen, das von der ICE-Trasse zerschnitten wird, die Hamburg und Berlin verbindet. Redecker ist groß, schlank und bewegt sich in der Natur, als gehöre sie dorthin. Sie läuft durch kommerzielle Fichtenwälder, in denen die Bäume schon so gepflanzt wurden, dass ihr Stamm möglichst gute Bretter ergibt. Über Wildwiesen, auf denen die Kräuter wachsen, deren Samen hergeweht wurden, und durch ei-

nen Mischwald, der teilweise so wirkt, als wäre er sich selbst überlassen worden.

Redecker erklärt, welche Einflüsse die Trockenheit auf die Wurzelbildung hat, wie sich der Grundwasserspiegel entwickelt. Ein Instantvortrag über Klimawandel und Natur. Dass sie zwischen den Welten wandelt, als Dozentin die urbansten Theorien unterrichtet, die es im Moment gibt, aber zugleich mit der Stadt fremdelt, macht ihr Denken interessant und führt dazu, dass ihr Buch für viele Leserinnen und jeden Leser sperrig ist.

Die Linke wird Schwierigkeiten haben, sich in Redeckers zentralem Begriff der »Weltwahrung« wiederzufinden, der, so die Philosophin, im 21. Jahrhundert den traditionellen Dreiklang von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit der Französischen Revolution erweitern müsse. Die Bewegungen Fridays for Future und Extinction Rebellion werden an dem Vorwurf zu schlucken haben, dass sie über die Natur, die sie retten wollen, zu wenig wissen. Und die konservative Seite dürfte von dem revolutionären Grundimpuls Redeckers abgeschreckt werden. Denn das ist der Kern ihres Buches: dass nichts so bleiben kann, wie es ist, wenn man das Leben schützen will. Ohne Umsturz der Besitzverhältnisse und der Geschlechterordnung, so Redecker, werde sich eine ökologische und soziale Katastrophe nicht verhindern lassen.

Einem Gesellschaftssystem, das auf dem Prinzip von Eigentum und Gewinnmaximierung basiert und das den Staat lediglich die Bedingungen dafür setzen lässt, werde das nicht gelingen. Die Natur ist aus dem Rhythmus geraten, die Bauern stünden dem ähnlich ratlos gegenüber wie die Waldbesitzer.

Am Anfang der modernen Landwirtschaft, so Redecker, habe im 19. Jahrhundert buchstäblich die Knochenmühle gestanden. Wissenschaftler hatten herausgefunden, dass Phosphor das Getreide wachsen lässt, also gruben findige Unternehmer die Leichen gefallener Soldaten auf den Schlachtfeldern aus und mahlten die Knochen zu Dünger.

Die Welt sei immer noch ein Schlachthof, schreibt Redecker in ihrem Buch. Das klingt brachial, vor dem Hintergrund der Zustände in den Schlachthöfen der Bundesrepublik ist das Bild aber nachvollziehbar. In der Billigfleischindustrie prallen eine Menge Probleme aufeinander. Die Tiere, die dort getötet und verarbeitet werden, sind ja nicht nur unter grässlichen Bedingungen aufgezogen worden. Diese Aufzucht verheert auch ganze Landstriche. Die Äcker werden überdüngt, in der Folge finden sich Schadstoffe im Grundwasser. Weil den Tieren große Mengen Antibiotika verabreicht werden, ist schon jetzt klar, dass diese

* Eva von Redecker: »Revolution für das Leben«. S. Fischer; 320 Seiten; 23 Euro. Erscheint am 23. September.



Julia Steinigeweg / DER SPIEGEL

Autorin Redecker: Denken sollte verstören können

Mittel weniger gut wirken, weil bei Menschen Resistenzen entstehen.

Und dann ist da die Ausbeutung der Arbeiter, die nur funktioniert, weil sie aus dem Ausland geholt werden. So läuft es im Kapitalismus. Und all das nur, weil die Bürger billiges Fleisch wollen – und oft auch brauchen, weil das Geld für mehr nicht reicht. Wie reagiert die Bundesrepublik darauf? Ein bisschen mehr Arbeitsschutz, mehr Interesse für das Tierwohl, ein paar Kontrollen in den Betrieben.

All das bringe so gut wie nichts, argumentiert Redecker. Um die Probleme anzugehen, müsse die Gesellschaft neu aushandeln, was wichtig ist und was unwichtig. Die Bauernhöfe und die Fabriken müssten von denen kontrolliert werden, die dort arbeiten.

Solche Gedanken lassen natürlich aufhorchen. Räte, um die Produktion zu demokratisieren? Ernsthaft? Demokratische Steuerung der Bedürfnisse?

Redecker lacht, wenn man sie danach fragt. »Zum einen funktioniert die Steuerung jetzt schon nicht besonders gut«, sagt sie. »Aber wenn man für eine sozialistische Perspektive ist, muss man auch sagen, wie eine demokratische Steuerung aussehen könnte.« Dass das im Augenblick ohnehin nicht anstehe, sei ihr klar.

Aber wozu dann der Gedanke? Ist es nicht dringlicher, die Wirtschaft zu dekarbonisieren, als davon zu träumen, den Sozialismus einzuführen?

»Die Geschichte zeigt doch«, antwortet sie, »dass die Katastrophe immer schon da ist.« Wer sich gegen sie stemme, komme häufig zu spät. Natürlich gebe es das Zeitfenster, nach dem in den kommenden zehn Jahren die Emissionen von Treibhausgasen umfassend reduziert werden müssten, um eine Klimaerwärmung von mehr als zwei Grad zu verhindern. Aber es sei verkürzt, so über die Probleme nachzudenken. »Wenn ich die Wahl habe: Entweder ich bekomme eine gerechtere globale Wirtschaftsordnung und beispielsweise ein Ende des europäischen Grenzregimes, mit dem Flüchtlinge in den Tod getrieben werden. Oder alles bleibt wie gehabt, aber dafür halten wir das Zwei-Grad-Ziel ein – dann könnte ich gut damit leben, wenn die Sahara ein bisschen größer wird und dafür kein Flüchtling mehr in ihr verdursten muss.«

Es geht nicht alles auf, was Eva von Redecker in ihrem Buch schreibt. So einfach lassen sich Geschlechterverhältnis, Naturverhältnis und Kapitalismuskritik dann doch nicht übereinanderschieben. Und wenn sie etwa die Familie zugunsten der

Idee verabschiedet, mit »voller Leihmuttertschaft« sei eine »reproduktive Kommune« begründbar, um Frauen aus dem Patriarchat zu befreien, geht sie wohl eher der Hipness der Genderstudies auf den Leim. Der Gedanke geht an jeder Lebensrealität vorbei.

Doch Kritische Theorie ist auch keine Politikberatung. Sie ist vor allem darin gut, den Abgrund zu zeigen, vor dem die Menschheit steht. Eine Lösung gibt sie selten vor – wenn doch, dann verlässt sie sich darauf, dass die Warnung vor der Katastrophe hilft, sie zu vermeiden.

Denken sollte verstören können. Und Redecker verstört. Das Gefühl jedoch, dass etwas grundlegend falsch läuft, dürfte jeder kennen, der in den vergangenen Wochen gesehen hat, wie Bäume im Trockenstress schon im Sommer ihre Blätter verloren haben. Da ist etwas, das die Menschen nicht in den Griff bekommen mit dem ausdifferenzierten Pragmatismus, den unsere Gesellschaft perfektioniert hat. Und das wird sich nicht durch individuellen Verzicht ändern lassen oder durch ein neues Auto mit Hybridantrieb – auch wenn Redecker und ihre Hippiekommune so wirken, als gäbe es am Ende doch ein richtiges Leben im falschen. Tobias Rapp

Trost und Tücke

Filmkritik »Blackbird – eine Familiengeschichte« erzählt vom selbstbestimmten Sterben. Und lässt auch Heiterkeit zu.

Kinostart: 24. September

I dylle und Perfektion, davon zeugen die ersten Bilder dieses Films. Eine moderne Villa in Meeresnähe, ein Garten mit glücklichen Hühnern und erntereifen Früchten, die ein Mann im besten Alter andächtig in eine Schale füllt. Dann trägt er sie in eine Küche, in der blanker Stahl und Symmetrie von Wohlstand wie Schönheitssinn zeugen; draußen Natur, innen Hightech, so leben Menschen, denen es an nichts fehlt. Außer vielleicht an Luft.

Denn die Frau, die im oberen Stockwerk erwacht, hat einen Schlauch in der Nase. Geht mühsam die Treppe hinunter. Klagt über das elegische Klassikkonzert, das der Mann



Szene aus »Blackbird«: Unwahrscheinlicher Kraftakt

in der perfekten Küche hört, während er ebenso perfekte Orangen mit einem Messer teilt. Als sie aber anfängt, zum Pop zu tanzen – ein Knipser an der Fernbedienung –, und er sich anstecken lässt, als die beiden zusammen grooven, kommt buchstäblich Bewegung in das sterile Gehäuse.

Der Tod hat angeklopft an dieses Haus, und man lässt ihn freundlich ein. Lily (Susan Sarandon) ist mit amyotropher Lateralsklerose (ALS) geschlagen, einer Krankheit, an deren bitterem und nahem Ende die völlige Bewegungsunfähigkeit stehen wird. So hat sie, gemeinsam mit ihrem Mann Paul (Sam Neill), beschlossen, dem erwartbaren Elend im medizinischen Maschinenpark durch den Freitod zuvorzukommen. Und ihre Familie sowie die beste Freundin Liz (Lindsay Duncan) zu einem Wochenendbesuch zu laden. Wenn alle am Sonntagabend ihre Autos starten, soll es so weit sein: Dann wird sie ein Mittel nehmen, das sie endgültig einschlafen lässt. Ihr Mann wird, sobald sie nicht mehr atmet, einen Spaziergang machen und bei der Polizei den Ahnungslosen geben. Denn vor dem Gesetz darf er nicht beteiligt sein.

Das Recht auf einen würdigen Freitod beschäftigt seit etlichen Jahren viele demokratische Gesellschaften; gerade hat Ferdinand von Schirach zur Diskussion in Deutschland ein Theaterstück geschrieben. Die Intuition vieler Nichtreligiöser neigt oft zur Zustimmung: Warum sollte ein Mensch nicht den Zeitpunkt und die Art seines Sterbens selbst bestimmen?

»Blackbird« fängt an, wo eben das entschieden ist; der Film widmet sich Trost und Tücke im Detail. Die Mutter wünscht sich einen bewussten, möglichst sogar fröhlichen Abschied, einen gemeinsamen Rückblick auf gelungenes Leben. Einmal noch soll alles hochgestimmt und harmonisch sein, sogar ein Weihnachtsbaum – was bedeutet schon der Kalender angesichts des Todes? – wird aufgestellt. Die Kinder, auch der pubertierende Enkel (Anson Boon) wurden dazu nicht befragt, sondern samt ihrer Partner zum letzten Fest herbeizitiert.

Fühlen sie sich wie wertvolle Statisten in einem melodramatischen Schauerstück, machen sie einverstanden mit, rebellieren sie? Oder überzeugt und trägt sie die Entschlossenheit der Todgeweihten, die jeden Anflug von Tragik mit sardonischem Witz außer Kraft zu setzen versucht? »Ich bin bald tot«, ruft Lily ihre Tochter Anna (Mia Wasikowska)

und deren Lebensgefährtin zum Frühstück am Sonntagmorgen, »kommt ihr runter?«

»Blackbird« ist das US-Remake eines dänischen Films, der unter dem Titel »Silent Heart – Mein Leben gehört mir« 2014 in die Kinos kam. Die Handlung wurde, auch in ihren Schwächen, übernommen. Hier wie da gibt es eine dramaturgische Schleife, die eher ablenkend als erhellend ist – als hätte man dem Thema nicht genügend Tragweite für einen abendfüllenden Spielfilm zugetraut. Und hier wie da entfaltet sich in den unwillkürlichen Reaktionen der künftigen Hinterbliebenen die arrangierte Überforderung. Abstrakt und grundsätzlich sind sie einverstanden – wie dürften sie es auch nicht sein? Aber muss es denn heute geschehen? Ist es Egoismus, sich zu widersetzen, oder wäre das nicht ein paradoxer, aber natürlicher Liebesbeweis?

Verblüffend ist zu sehen, wie der Wechsel von Ausstattung, Farben und Örtlichkeit das Ganze ändert. In der europäischen Fassung dominieren Enge bis zur Stickigkeit, Wärme und Verzweiflung in

matt beleuchteten Zimmern mit viel Holz, mit Büchern und dem Kram des Lebens; es herrscht eine Ingmar-Bergman'sche Intensität.

In der Version des Regisseurs Roger Michell, 1999 weltberühmt geworden mit der glamourös-verspielten Beziehungskomödie »Notting Hill«, weht der kühle Wind der Weltläufigkeit durch die puristisch-eleganten Räume, ein brillantes, sonnendurchwirktes Licht erhöht die irdische Gegenwärtigkeit. Der Tod scheint unvorstellbar, ein metaphysischer Witz, allenfalls aufgehoben in den technischen Instrumenten, die Lily im Schlafzimmer verborgen hat.

Die tragische Wirklichkeit fühlbar werden zu lassen ist so allein den Schauspielern überlassen. Ihr Furor, ihre Abwehr und ihr buchstäbliches Mitleiden müssen das gleißende Hier und Jetzt der amerikanischen Kulissen vergessen machen. Es ist ein unwahrscheinlicher Kraftakt, der allerdings gelingt: Ohne Sentimentalität, stattdessen mit einem Ernst, der Rührung, Bitternis und Heiterkeit erlaubt, geht man hier zu auf den angekündigten Tod. Elke Schmitter

Jetzt ist Schluss! So können Kinder sich gegen Gewalt wehren

Neues aus der **SPiEGEL**-Welt: Das Kindermagazin **Dein SPiEGEL** erklärt, was man tun sollte, wenn man Misshandlung, Erniedrigung oder Vernachlässigung erlebt.



Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig, so steht es im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB). Trotzdem erleben Kinder Gewalt. Oft, weil die Eltern überfordert sind. Einige Experten befürchten, dass das während der Corona-Pandemie noch häufiger der Fall ist als sonst. Denn die Situation ist für viele Menschen schwierig: Wenn Eltern Geldsorgen haben, ihre Arbeit verlieren oder unter großem Stress stehen, kann es sein, dass sie in Konfliktsituationen eher zu Gewalt greifen.

WIE KANN ICH HELFEN?

Wenn dir jemand ein schlimmes Geheimnis anvertraut, heißt das: Dir vertraut jemand so sehr, dass er dir etwas Übles erzählt. Das ist eine große Sache – und fühlt sich wahrscheinlich auch genauso an. Deshalb ist ganz wichtig, dass du dir Unterstützung suchst. Überlege mit deinen Eltern oder anderen vertrauten Erwachsenen, wie ihr am besten helfen könnt. Auch wenn dich jemand gebeten hat, das schlimme Geheimnis für dich zu behalten: Damit hilfst du ihm nicht. Du darfst darüber sprechen und dir Hilfe holen. Zum Beispiel bei der »Nummer gegen Kummer«: Telefon 116 111.

Wenn du selbst Hilfe brauchst: Du bist nicht schuld daran, dass dir jemand wehtut. Sprich mit jemandem über das, was du erlebst. Am besten mit einem Erwachsenen, den du nett findest und dem du ein Stück weit vertraust. Das kann

jemand aus der Familie sein, ein Vertrauenslehrer, Trainer, die Kinderärztin oder die Mutter einer Freundin.

Es gibt auch Stellen, bei denen man anrufen kann, ohne seinen Namen zu nennen. Die Menschen kennen sich gut mit solchen Problemen aus, denn du bist nicht allein damit: Es gibt Leute, die wissen, wie sie dir helfen können. Einige Anlaufstellen und Tipps gibt es hier: www.deine-playlist-2020.de/kinder – und im Notfall wähle die 110 und ruf die Polizei.



Weitere Themen im Heft

- Donald Trump oder Joe Biden? Bei der US-Wahl wird entschieden, wer das Land künftig führen soll.
- Kugelrund: Unsere Erde sieht anders aus, als wir denken. Alle Weltkarten sind ungenau. Sogar die bekannteste.
- Big-Wave-Surfer: Wie entstehen die Riesenwellen vor der Küste Portugals?

»Dein SPiEGEL« ist das monatliche Nachrichten-Magazin für Kinder zwischen 8 und 14 Jahren. Die neue Ausgabe ist jetzt erhältlich im Zeitschriftenhandel, außerdem unter amazon.de/spiegel und meine-zeitschrift.de. 68 Seiten; 4,20 Euro; ausgewählte Texte auf spiegel.de/deinspiegel

DER SPIEGEL

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon 040 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) · Mail spiegel@spiegel.de

Impressum

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923–2002)

CHEFREDAKTION Steffen Klusmann (V.i.S.d.P.), Dr. Barbara Hans, Clemens Höges

BLATTMACHER Thorsten Dörting, Juliane von Mittelstaedt, Oliver Trenkamp

NACHRICHTENCHEF Stefan Weigel

MANAGING EDITOR Susanne Amann, Birger Menke

CREATIVE DIRECTOR Judith Mohr, Nils Küppers (stellv.)

CHEF VOM DIENST Print: Anke Jensen, Thomas Schäfer, Jörn Sucher, Esme Block (stellv.)
Online: Patricia Dreyer, Anselm Waldemann, Melanie Ahlmeier, Lisa Erdmann, Björn Hengst, Olaf Kanter, Nicolai Kwasiński, Jonas Leppin, Florian Merkel, Dr. Jens Radü (Multimedia), Daniel Raacke, Jano Tietz, Martin Wolf

REDAKTIONELLE ENTWICKLUNG Matthias Streitz, Christina Elmer (stellv.); Friederike Freiburg, Bente Kirschenstein, Ole Reißmann, Dr. Susanne Weingarten

SPIEGEL Jule Lutteroth, Alexander Neubacher; Malte Müller-Michaelis

REPORTER Ulrich Fichtner

HAUPTSTADTBÜRO Dirk Kurbjuweit
Leitung: Dr. Melanie Amann, Sebastian Fischer, Martin Knobbe, Philipp Wittrock, Wolf Wiedemann-Schmidt (Teamleitung innere Sicherheit), Redaktion: Nicola Abe, Maik Baumgärtner, Florian Gathmann, Kevin Hagen, Julia Amalia Heyer, Valerie Höhne, Timo Lehmann, Veit Medick, Marius Mestermann, Ann-Katrin Müller, Anna Reimann, Sven Röhl, Lydia Rosenfelder, Jonas Schaible, Christoph Schult, Christian Tevs, Severin Weiland. **Autoren, Reporter:** Susanne Beyer, Markus Feldenkirchen, Matthias Gebauer, Konstantin von Hammerstein, Christoph Hickmann, Christiane Hoffmann

Politik Hamburg: Benjamin Schürz (Nachrichtenchef); Milena Hassenkamp, Alwin Schröder

DEUTSCHLAND/PANORAMA Leitung: Jörg Diehl, Cordula Meyer, Hendrik Tormieden, Dr. Markus Verbeet, Simone Salden (stellv.). **Redaktion:** Ilse Bredow, Annette Bruhns, Lisa Duhm, Katrin Elger, Sarah Heidi Engel, Silke Fokken, Maik Großekathöfer, Hubert Gude, Kristin Haug, Armin Himmelfarth, Charlotte Klein, Annette Langer, Gunter Latsch, Roman Lehberger, Benjamin Maack, Peter Maxwell, Miriam Olbrich, Alexander Preker, Philipp Seib, Ansgar Siemens, Andreas Ulrich, Jens Witte, Jean-Pierre Ziegler. **Autoren, Reporter:** Jürgen Dahlkamp, Annette Großböngard, Julia Jüttner, Beate Lakotta, Katja Thimm, Alfred Weinzierl, Dr. Klaus Wiegrefe
Berlin: Andreas Wassermann. **Autor:** Stefan Berg

WIRTSCHAFT/NETZWELT Leitung: Markus Brauck, Yasmin El-Sharif, Judith Horcher (Netzwelt), Isabell Hülsen, Stefan Kaiser (stellv.). **Redaktion:** Benjamin Bidder, Markus Böhm, Florian Diekmann, Kristina Gnirke, Simon Hage, Dr. Claus Hecking, Henning Jauregg, Alexander Jung, Dr. Matthias Kaufmann, Nils Klawitter, Matthias Kremp (Teamleitung Netzwelt), Alexander Kühn, Martin Marquart, Martin U. Müller, Anton Rainer, Stefan Schultz, Carolin Wahlbaeck, Robin Wille. **Autoren, Reporter:** Michaela Schießl
Berlin: Christian Reiermann (Teamleitung); Patrick Beuth, Simon Book, Markus Dettmer, Max Hoppenstedt, Michael Kröger, Cornelia Schmalg, Anne Seith, Gerald Trauffetter. **Autoren, Reporter:** David Becking, Marcel Rosenbach, Michael Sauga

AUSLAND Leitung: Mathieu von Rohr, Britta Kollenbroich (stellv.), Dr. Dominik Peters (stellv.), Maximilian Popp (stellv.), Christoph Scheuermann (stellv.). **Redaktion:** Fiona Ehlers, Lena Greiner (Teamleitung Globale Gesellschaft), Katrin Kuntz, Steffen Lüdke, Katharina Graça Peters, Jan Puhl, Dr. Isabella Reichert, Alexandra Rojko, Raniah Salloum, Anna-Sophie Schneider, Maria Stöhr. **Autoren, Reporter:** Marian Blasberg, Susanne Koelbl, Dietmar Pieper, Christoph Reuter
Berlin: Aleksandra Sarovic

WISSEN Leitung: Michail Hengstenberg, Olaf Stampf, Kurt Stukenberg (stellv.). **Redaktion:** Dr. Philip Bethge, Manfred Dworschak, Marco Evers, Susanne Götz, Johann Grolle, Dr. Veronika Hackenbroch, Guido Kleinhubert, Julia Koch, Julia Köppe, Kerstin Kullmann, Julia Mertel, Emil Nefzger, Jörg Römer, Hilmar Schmundt, Nils-Viktor Sorge (Teamleitung Mobilität), Frank Thadeusz. **Autoren, Reporter:** Jörg Blech, Rafaela von Bredow, Christoph Seidler

KULTUR Leitung: Sebastian Hammehle, Eva Thöne, Laura Backes (stellv.). **Redaktion:** Felix Bayer, Tobias Becker, Christian Buß, Ulrike Knöfel, Carola Padberg, Tobias Rapp, Katharina Stegelmann, Claudia Voigt. **Autoren, Reporter:** Dr. Martin Doerry, Lothar Gorriz, Wolfgang Höbel, Dr. Nils Minkmar
Berlin: Lars-Olav Beier, Philipp Oehmke, Hannah Pilarczyk, Takis Würger. **Autoren, Reporter:** Andreas Borcholte, Elke Schmitter, Volker Weidemann

REPORTER Leitung: Özlem Gezer, Hauke Goos (stellv.), Britta Stauf (stellv.). **Redaktion:** Barbara Hardinghaus, Finney Neuhoff, Patricia Neufeld, Jonathan Stock. **Autoren, Reporter:** Uwe Buse, Marc Hujer, Alexander Osang, Alexander Smolczyk, Barbara Supp
Berlin: Max Polonyi

SPORT Leitung: Udo Ludwig, Lukas Rilke, Jörn Meyn (stellv.). **Redaktion:** Peter Ahrens, Anne Armbricht, Michael Fröhlingsdorf, Jan Göbel, Benjamin Knaack, Marcus Krämer, Daniel Montazeri, Thilo Neumann, Gerhard Pfeil, Antje Windmann
INVESTIGATION Sven Becker, Rafael Buschmann, Roman Höfner, Nicola Naber, Christoph Winterbach, Michael Wölzinger
Koordination SPIEGEL TV: Thomas Heise

MEINUNG UND DEBATTE Lothar Grass, Stefan Kuzmany

LEBEN Leitung: Anke Dürr, Frauke Lüpke-Narberhaus. **Redaktion:** Irene Berres, Antje Blinda (Teamleitung Reise), Markus Deckerich, Detlef Hacke, Mareen Keller, Heike Klovert, Nike Laurenz, Dr. Heike Le Per (Teamleitung Gesundheit), Eva Lehnen, Philipp Löwe, Bettina Schäfer, Anne Otto, Sandra Schütz, Julia Stanek, Nina Weber. **Autoren:** Enrico Ippolito, Mariame Wellershoff

JOB & KARRIERE (BEREITGESTELLT VON MANAGER MAGAZIN NEW MEDIA) Leitung: Helene Endres. **Redaktion:** Florian Gontek, Marek Hoffmann, Verena Töpfer

GESCHICHTE Leitung: Jochen Leffers, Dr. Eva-Maria Schnurr. **Redaktion:** Solveig Grothe, Christoph Gunkel, Dr. Katja Iken, Uwe Klüfmann, Dr. Danny Kringel, Joachim Mohr, Frank Patalong, Dr. Johannes Saltzwedel

DEIN SPIEGEL Leitung: Bettina Stiebel. **Redaktion:** Antonia Bauer, Claudia Beckshebe, Alexandra Klaußner, Marco Wedig

SCHLUSSREDAKTION Christian Albrecht, Gertred Alfeis, Regine Brandt, Lutz Diedrichs, Ursula Junger, Birte Kaiser, Dörte Karsten, Sylke Kruse, Katharina Lühder, Yvonne Moos, Sandra Pietsch, Fred Schlotterbeck, Sebastian Schulm, Sandra Waage

PRODUKTION Petra Thormann, Reinhard Wilmes; Kathrin Beyer, Michele Bruno, Sonja Friedmann, Linda Grimmecke, Petra Gronau, Rebecca von Hoff, Ursula Overbeck, Britta Romberg, Martina Treumann, Katrin Zabel

BILDREDAKTION Leitung: Claudia Jeczawitz, Mascha Zuder, Mareile Mack (stellv.); Claudia Apel, Julian Busch, Tinka Dietz, Sabine Dörfling, Torsten Feldstein, Philine Gebhardt, Thosten Gerke, Felix Gienger, Niklas Hausser, Daniel Hoffmann, Andrea Huss, Rosa Kaiser, Elisabeth Koll, Petra Konopka, Matthias Krug, Theresa Lettner, Nasser Manouchehri, Parvin Nazemi, Peer Peters, Jens Seemann, Oliver Schmitt, Ireneusch Schubal, Erik Sessing, Maxim Sergienko, Martin Trilk, Anke Wellnitz
Mail: foto@spiegel.de

SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. +1 917 3998184

LAYOUT Leitung: Reinhilde Wurst; Michael Abel, Lynn Dohrmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Ralf Geilhuhe, Kristian Heuer, Elsa Hundertmark, Louise Jessen, Jens Kuppi, Annika Loebel, Barbara Rödig

TITELBILD Teamleitung: Katja Kollmann, Johannes Unselt; Suze Barrett, Iris Kullmann

INFOGRAFIK Teamleitung: Cornelia Baumermann, Ferdinand Kuchlmayr; Ludger Bollen, Thomas Hammer, Max Heber, Anna-Lena Kornfeld, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Michael Walter

INTERACTIVE Teamleitung: Olaf Heuser, Hanz Sayami; Alexander Epp, Guido Grigat, Frank Kalinowski, Marco Kasang, Chris Kurt, Adia Marquez Gonzales, Michael Niestedt, Dawood Oadah, Bernhard Riedmann

DESIGN/UX Teamleitung: Alexander Trempler; Katja Braun, Anna van Hove

KORREKTUR Sebastian Hofer

TEXTPRODUZING Leitung: Helke Grusdas, Stefan Schütt (stellv.); Christoph Brüggemeier, Angela Ölscher, Gesche Sager, Holger Uhlig, Valerie Wagner

DATENJOURNALISMUS Leitung: Marcel Pauly; Holger Dambek, Patrick Stotz, Achim Tack

SOCIAL MEDIA UND LESERDIALOG Leitung: Ayla Kiran, Angela Gruber (stellv.). **Redaktion:** Sarah Angerstein, Kai Bonte (Forum), Veronike Brüggemann, Dennis Deuermeier, Fabian Domeyer, Inken Dworak (Projektleitung Snapchat), Ariane Fries (Teamleitung Community), Eva Horn, Ties Kozok, Petra Mater, Jonathan Miske, Lina Moreno, Christian Neeb, Johanna Röhr, Robert Schlösser, Mara Veigel

SEO Leitung: Maximilian Rau. Bastian Midasch, Insa Winter

BENTO Leitung: Viktoria Bolmer, Julia Rieke. Franziska Bulban (Teamleitung), Helene Flachsenberg (Teamleitung), Katharina Höller (Teamleitung), Sebastian Maas, Jan Petter, Sophia Schirmer (Teamleitung), Maximilian Senff, Carolina Torres, Hanna Zobel, Lou Zucker. **Reporter:** Marc Röhlig, Video: Sarah Klöfer, Hoi Video Tran Thi

VIDEO Leitung: Franke Böger, Anne Martin (stellv.). **Redaktion:** Benjamin Braden, Sven Christian (Leitung Technik), Benjamin Dene (Leitung Formatentwicklung), Birgit Großekathöfer, Janita Hämmäläinen, Martin Jäschke, Heike Janssen, Carolin Katschak, Eckhard Klein, Fabian Pieper, Rachelle Poupier, Charlotte Schönberger, Leonie Voss, Katharina Zingerle

CHEF VOM DIENST BEWEGTBILD Bernd Czaya, Dirk Schulze, Martin Stümening

AUDIO Leitung: Sandra Sperber, Yasemin Yüksel. **Redaktion:** Lenne Kafka, Matthias Kirsch, Christina Pohl, Sabine Schaper, Sebastian Spaltek

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Alexander Eder, 5, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschafts Tel. 030 886688-100; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. 030 886688-200

DRESDEN Steffen Winter, Wallgäßen 4, 01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0

DÜSSELDORF Frank Dohmen, Lukas Eberle, Fidelius Schmid, Jägerhofstraße 19-20, 40479 Düsseldorf, Tel. 0211 86679-01

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Tim Bartz, Dr. Felix Bohr, An der Welle 5, 60322 Frankfurt am Main, Tel. 069 9712680

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721 22737

MAGDEBURG Christopher Piltz, Tel. 0391 54428740, christopher.piltz@spiegel.de

MÜNCHEN Anna Clauf, Dinah Deckstein, Jan Friedmann, Martin Fesse, Thomas Schulz, Rosental 10, 80331 München, Tel. 089 4545950

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

ACCRA Anne Backhaus, anne.backhaus@spiegel.de

BANGALORE Laura Höflinger, laura.hoefflinger@spiegel.de

BRÜSSEL Peter Müller (Büroleitung), Markus Becker, Rue Le Titien 28, 1000 Brüssel, Tel. +32 2 56630526, rv_bruessel@spiegel.de

KAPSTADT Fritz Schaap, P.O. Box 15107, Vlaeberg 8018, Cape Town, South Africa, fritz.schaap.extern@spiegel.de

LONDON Jörg Schindler, joerg.schindler@spiegel.de

MEXIKO-STADT Jens Glüsing, Tel. +52 55 56630526

MOSKAU Christian Esch, Christina Hebel, Gorkowskij Perelok Haus 7, Office 6, 119002 Moskau, Tel. +7 495 22849-61

NEW YORK Marc Pitzke, Samiha Shafy, 233 Broadway, Suite 1460, New York, NY 10279, Tel. +1 212 2217583, rvnewyork@spiegel.de

PARIS Britta Sandberg, 137 Rue Vieille du Temple, 75003 Paris, Tel. +33 1 58625120

PEKING Georg Fahrion, Bernhard Zand, Tel. +86 10 65323541

ROM Frank Hornig, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. +39 06 6797522

SAN FRANCISCO Guido Mingsel, Tel. +1 212 2217583, rvnewyork@spiegel.de

SYDNEY Anna-Lena Abbott, Johannes Korge, Charlene Optenstein

TEL AVIV P.O. Box 8387, Tel Aviv-Jaffa 6803466, Israel

TJUANA Sonja Peteranderl, sonja.peteranderl@spiegel.de

WARSAHU Tel. +48 22 6179295

WASHINGTON Roland Nelles, Ralf Neukirch, René Pfister, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20045, Tel. +1 202 3475222

WIEN Walter Mayr, walter.mayr@spiegel.de

STÄNDIGE FREIE AUTOREN Giorgos Christides, Arno Frank, Jochen-Martin Gutsch, Felix Hutt, Juan Moreno, Wiebke Ramm, Anja Rützel, Jurek Skrobala

DOKUMENTATION Leitung: Cordelia Freiwald, Kurt Jansson; Zahra Akhgar, Dr. Susmita Arp, Eva Bräth, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Almut Cieschinger, Johannes Eitzsching, Klaus Falkenberg, Catrin Fandja, Janine Große, Imko Haan, Thorsten Hafke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hopkman, Bertolt Hunger, Stefanie Jockers, Michael Jürgens, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Gussek, Ulrich Klötzer, Ines Köster, Anna Kovac, Mara Küpper, Peter Lakemeier, Julia Lange, Rainer Lübbert, Sonja Maab, Nadine Markwald, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Claudia Nielsen, Sandra Ömer, Dr. Vasilios Papadopoulos, Ulrike Preuß, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Meike Stapf, Tuisco Steinhoff, Dr. Claudia Stodte, Rainer Szimm, Dr. Marc Theodor, Andrea Tholl, Nina Ulrich, Peter Wahle, Dr. Charlotte Weichert, Peter Wetter, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller, Malte Zeller

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times/Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG
Anzeigen: André Pätzold
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 75 vom 1. Januar 2020
Medienunterlagen und Tarife: www.spiegel.de/media
Vertrieb: Christoph Hauschild
Herstellung: Silke Kasuba

Druck: Stark Druck, Pforzheim

MIX Papier
FSC® FSC® C008208

GESCHÄFTSFÜHRUNG Thomas Hass (Vorsitzender), Stefan Ottlitz

INTERNET www.spiegel.de

TWITTER @derspiegel

FACEBOOK facebook.com/derspiegel

Service

Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
www.spiegel.de/leserbriefe, Fax: 040 3007-2966,
Mail: leserbriefe@spiegel.de. Vorschläge für die Rubrik »Hohlspiegel« nehmen wir auch gern per Mail entgegen: hohlspiegel@spiegel.de

Hinweise für Informanten

Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Informationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen folgende Wege zur Verfügung: Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg; Telefon: 040 3007-0, Stichwort »Investigativ«; Mail (Kontakt über Website): www.spiegel.de/investigativ. Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung, wie Sie Ihre Informationen oder Dokumente durch eine PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können. Der dazugehörige Fingerprint lautet: 6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADD

Ombudsstelle

Der SPIEGEL hat für Hinweise zu möglichen Unregelmäßigkeiten in der Berichterstattung eine Anlaufstelle eingerichtet: ombudsstelle@spiegel.de. Sollten Sie als Hinweisgeber dem SPIEGEL gegenüber anonym bleiben wollen, schreiben Sie bitte an den Rechtsanwalt Tilman Kruse unter hinweisgeber-spiegel@bmz-recht.de

Redaktioneller Leserservice

Telefon: 040 3007-3540 Fax: 040 3007-2966
Mail: leserservice@spiegel.de

Nachdruckrechte / Lizenzen für Texte, Fotos, Grafiken

Nachdruck und Speicherung in digitalen Medien nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages. Für Deutschland, Österreich, Schweiz: Mail: syndication@spiegel.de, Telefon: 040 3007-3540, Fax: 040 3007-2966. Für alle anderen Länder: The New York Times Licensing, Mail: julie.ho@nytimes.com, Telefon: +1 212 556-5118

Nachbestellungen SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN sind unter www.amazon.de/spiegel innerhalb Deutschlands nachbestellbar.

Historische Ausgaben Historische Magazine Bonn www.spiegel-antiquariat.de, Telefon: 0228 9296984

Abonnement für Blinde Audioversion: Deutsche Blindenstudienanstalt e. V., Telefon: 06421 606265; elektronische Version: Frankfurter Stiftung für Blinde, Telefon: 069 9551240

Abonnementspreise
Inland: 52 Ausgaben € 275,60, Studenten Inland: 52 Ausgaben € 197,60, Auslandspreise unter www.spiegel.de/abo, Mengenpreise unter abo.spiegel.de/mengenpreise

Abonnementspreise Persönlich erreichbar
Mo.–Fr. 8.00–19.00 Uhr, Sa. 10.00–18.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnement-Service, 20637 Hamburg
Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070
Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an: SPIEGEL-Verlag, Abonnement-Service, 20637 Hamburg – oder per Fax: 040 3007-3070, www.spiegel.de/abo

Ich bestelle den SPIEGEL
 für € 5,30 pro gedruckte Ausgabe
 für € 0,70 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 0,60) zusätzlich zur gedruckten Ausgabe.
Der Bezug ist zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar.
Alle Preise inkl. MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Mail (natsächlich, falls digitaler SPIEGEL erwünscht)

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Hinweise zu AGB, Datenschutz und Widerrufsrecht finde ich unter www.spiegel.de/abg

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

SP-IMPR, SD-IMPR (Upgrade)



Nachrufe



Rainer Untel / ACTION PRESS

Shere Hite, 77

Der Wirbel, den Shere Hite in den Siebzigerjahren mit ihrem legendären »Hite-Report« auslöste, lag nicht darin begründet, dass sie feststellte, wie unzufrieden die allermeisten Frauen mit ihrem Sexleben waren. Hite wurde vielmehr für ihre Erkenntnis angefeindet, dass Frauen für einen Orgasmus nicht unbedingt Sex mit einem Mann haben müssen. Sie hatte über 3000 Frauen befragt und kam zu dem Ergebnis, dass klitorale Orgasmen Frauen glücklich machen können – und somit auch Masturbation und lesbischer Sex. Aus heutiger Sicht ist es unvorstellbar, was für eine Wut Hite mit ihrem millionenfach verkauften Buch auslöste. Sie gab aber nicht klein bei, sondern veröffentlichte einen Report zur männlichen Sexualität; 1987 folgte »Frauen und Liebe«, hier baute sie ihre Theorie aus, dass für Frauen die Qualität von Beziehungen und Sexleben entscheidend ist – nicht die Quantität. Später ging Hite nach Europa und gab 1995 ihren amerikanischen Pass ab. Während ihres Studiums hatte sie als Model Geld verdient, unter anderem mit Aufnahmen für die Schreibmaschinen der Firma Olivetti. Als diese Fotos mit einem frauenfeindlichen Spruch veröffentlicht wurden, engagierte sie sich in einer New Yorker Feministinnengruppe gegen die Kampagne. Sie wurde immer wieder als narzisstisch dargestellt – dass eine schöne, kluge Frau für feministische Überzeugungen kämpfte, wurde als Provokation verstanden und nicht als Befreiung. Shere Hite starb am 9. September in London. CLV

Mohammad Makhlouf, 88

Lange war er einer von zwei Patriarchen Syriens, sein Aufstieg war untrennbar verbunden mit dem seines Schwagers: Hafis al-Assad wurde 1971 Präsident und schenkte Mohammad Makhlouf das Tabakmonopol und lukrative Öl- und Gasverträge zu. Dies war der Grundstock für sein Wirtschaftsimperium. Bis vor Kurzem gehörten seiner Familie auch Banken sowie die Telekommunikationsbranche. Makhlouf erfüllte eine wichtige Funktion: Mit Briefkastenfirmen half er, Sanktionen zu umgehen und diente als Finanzier der Assad-Diktatur – eine Rolle, die später sein Sohn Rami für den heutigen Präsidenten Baschar al-Assad übernahm, bis dieser ihn vor wenigen Monaten entmachtete. Mohammad Makhlouf soll sich mit dem Coronavirus infiziert haben, er starb am 12. September in Damaskus. RAS

Toots Hibbert, 77

Bob Marley mag berühmter geworden sein und Peter Tosh politischer, doch Toots Hibbert hatte den Soul – und er prägte den Begriff »Reggae«. Mit seiner Gruppe The Maytals veröffentlichte der Jamaikaner 1968 die Single »Do the Reggae«. Es war die erste Erwähnung dieses neuen Begriffs auf Schallplatte. Toots und the Maytals, wie die Band später hieß, nahmen einen nicht endenden Strom von Singles auf. Hibbert kam aus dem Gospel, seine Band war zunächst ein Gesangstrio, er sang die Leadstimme. Ihr Klang erinnerte an Otis Redding, und sie trug Stücke wie »Pressure Drop«, »54-46 Was My Number« oder »Funky Kingston«. Mit »Monkey Man« hatten The Maytals 1970 einen ersten Hit in England. Dort waren sie besonders beliebt, nicht zuletzt die Punks schätzten ihren rauen Sound, The Clash coverten etwa »Pressure Drop«. 1981 löste sich die Band auf, Hibbert spielte als Solokünstler weiter, bis die Gruppe Anfang der Neunziger wieder zusammenfand. 2012 verlieh ihm seine



RICHTOCK / ALAMY / MAURITIUS IMAGES

Heimat den Order of Jamaica, eine hohe Auszeichnung. Ende August wurde er mit Covid-19-ähnlichen Symptomen in ein Krankenhaus eingeliefert. Toots Hibbert starb am 11. September in Kingston, Jamaika. RAP

Terence Conran, 88

Mit einer erschwinglichen Mischung aus Bauhausstil und skandinavischem Design wollte der britische Unternehmer Mittel-schichtwohnungen verschönern. Bevor der Designer Terence Conran 1964 den ersten Habitat-Laden im Londoner Stadtteil Chelsea eröffnete, hatte er schon rund zehn Jahre lang Möbel entworfen. Sie sollten »in



EDMUND MCGAHEE / POPPERFOTO / GETTY IMAGES

Würde altern, nahtlos in das Leben ihrer Besitzer gelangen und ihnen jahrelang Freude bereiten«. Ende der Achtzigerjahre umspannte sein Möbelimperium 900 Filialen in Großbritannien, Europa, Japan und den USA. Nebenbei gestaltete Conran Cafés und Restaurants, betätigte sich als Immobilienentwickler, schrieb Bücher und gründete das Londoner Design Museum. Zu viel für einen Mann: 1990 verlor er die Kontrolle über seine Storehouse Group, Habitat wurde damals von Ikea gekauft. Er eröffnete Restaurants in New York, London, Paris – und 2005 wurde sein Vermögen schon wieder auf rund 100 Millionen Dollar geschätzt. Für seine Verdienste wurde er von Queen Elizabeth II. in den Ritterstand erhoben und unter anderem mit der Minerva Medal geehrt, der höchsten Auszeichnung der britischen Chartered Society of Designers. Terence Conran starb am 12. September in Kintbury, westlich von London. LÖW

Keine Zeit für Unsinn

● Der britische Schauspieler **John Boyega**, 28, will nicht mehr »Botschafter« der Parfümmarke Jo Malone sein. Für das Unternehmen hatte Boyega im vergangenen Jahr einen preisgekrönten Werbefilm konzipiert, in dem er auch mitspielte. Dem Unternehmen diente der Film nun als Vorlage für eine neue Version, die in China mit anderen, chinesischen Darstellern gedreht wurde. Boyega schrieb auf Twitter, dass er weder um Einverständnis gebeten wurde noch davon wusste: »Die Entscheidung des Unternehmens war falsch.« Der Kurzfilm sei ein persönliches Statement gewesen, in dem auch seine Familie eine Rolle spiele. In der chinesischen Fassung tauche kein einziger Schwarzer auf. Mittlerweile hat das Unternehmen die chinesische Kopie zurückgezogen. Auf die Entschuldigung von Jo Malone, in der es hieß, man bedauere den Fehler, reagierte der Künstler unwirsch: »Ich habe keine Zeit für Unsinn.« Schon Anfang September hatte der »Star Wars«-Darsteller Disneys Umgang mit schwarzen Schauspielern und Schauspielerinnen kritisiert. Sie würden an den Rand gedrängt. Ihre Auftritte finden in den Blockbusterproduktionen seiner Meinung nach nicht genug Beachtung. Und auch hinter den Kulissen gehe es beschämend zu: Die Hairstylisten hätten keine Ahnung, wie man mit seinen Haaren umgehe. »S



Gareth Cattermole / Getty Images



Iona Wolff / Camera Press / aif

Rockstar aus Versehen

● Die Musikerin, Poetin und Autorin **Patti Smith**, 73, vermisst das Reisen. Wegen Corona muss ihre Welttournee pausieren, Lesungen zu ihrem autobiografisch geprägten Buch »Im Jahr des Affen« fallen aus. Wenn sie könnte, wie sie wollte, sagte sie der »Sunday Times«, wäre sie gar nicht sesshaft, sondern würde »mal einen Monat hier, einen

Monat da« wohnen. Sie vermisse ihre Freunde, die sich vor allem in Europa niedergelassen haben. Die zweifache Mutter lebt mit ihrer Katze Cairo in Manhattan. Smith, von ihren Fans als Patin des Punk gefeiert, sagte der Zeitung, sie habe zwar nie eine Musikerin sein wollen, aber durch ihre Karriere auf der Bühne habe sie die Welt kennengelernt. An einen Ort gebunden zu sein, so wie im Moment, sei eine echte Herausforderung für sie.

In das Rockstarleben sei sie »aus Versehen« hineingerutscht, so Smith. In Wahrheit beherrsche sie das musikalische Handwerk nicht: »Ich kann aus ein paar Akkorden einen Song schreiben, aber ich bin auf keinen Fall eine Musikerin – ich habe keine Ausbildung, keine Fähigkeiten. Ich bin mehr eine Performerin.« So oder so ist sie kommerziell sehr erfolgreich: Ihr Vermögen wird auf rund 15 Millionen US-Dollar geschätzt. »S

Trost für Teenies

● Der amerikanische Singer-Songwriter **Finneas**, 23, Bruder und Produzent der Musikerin **Billie Eilish**, 18, empfindet Mitleid für die von den Corona-Beschränkungen betroffenen Heranwachsenden. Er erinnere sich daran, wie wichtig es für ihn mit 15 Jahren war, Freunde zu treffen, sagte Finneas O'Connell, so sein bürgerlicher Name, der australischen Zeitung »Herald Sun«. Erklärt zu bekommen, es sei nicht sicher, seine Freunde zu treffen, müsse »nieder-schmetternd« sein. Jugendliche in den USA täten ihm ohnehin leid, fügte O'Connell hinzu. »Ihre Klassenkameraden tragen Waffen und töten Menschen, das ist grauenhaft.« Der Musiker ist politisch engagiert, er beteiligte sich an »Black Lives Matter«-Protesten und ließ sich davon zu einem Song inspirieren: »What They'll Say about Us«. Weil er niemanden anstecken wolle, zögerte er zunächst, auf Demonstrationen zu gehen. Doch seine Mutter habe ihn bestärkt und gesagt: »Es ist wichtig zu demonstrieren.« Die Forderung in Amerika,

dass sich Entertainer aus der Politik heraushalten sollen, sei für ihn hinfällig, seit ein Entertainer Präsident geworden sei. Genau wie seine Schwester benutzt O'Connell soziale Medien, um junge Leute für die im November anstehende Präsidentschaftswahl zu motivieren. »Du kannst Trump unterstützen und meine Musik hören, denke ich. Aber wenn du siehst, was ich auf Instagram mache, wird es dir wahrscheinlich nicht gefallen.« Das Profilstatement von Finneas in dem sozialen Netzwerk lautet: »Don't re-elect him«. KS



Samir Hussein / WireImage / Getty Images



HC Plambeck

Betrogener Investor

● Als ehemaliger Bundesfinanzminister verfügt **Peer Steinbrück**, 73, über einschlägige Erfahrungen mit der Bewältigung von Finanzkrisen. Privat muss der Sozialdemokrat jedoch ohne staatlichen Rettungsschirm auskommen: Bei einem Investment in Aktien des inzwischen insolventen Zahlungsabwicklers Wirecard hat Steinbrück offenbar eine fünfstellige Summe verloren. Auf Anfrage bestätigte der gelernte Volkswirt, dass er vor anderthalb Jahren Wirecard-Aktien gekauft habe, die nun wertlos sind. Zur Höhe seiner Verluste –

angeblich rund 30 000 Euro – wollte sich Steinbrück nicht äußern. »Dazu werden Sie von mir nichts hören, das ist Privatsache«, erklärte der Hanseat am Telefon. Angesprochen auf die kriminellen Machenschaften des einst gefeierten Wirecard-Konzerns, sagte Steinbrück, er habe sich einen solchen Betrug nicht vorstellen können. »Betrüger können einen immer an der Nase herumführen. Aber irgendwann geht das Ganze hoch.« Zugleich kritisierte der Ex-Minister jene Mitarbeiter der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, die ebenfalls privat in Wirecard investiert hatten. »Das ist ein klarer Interessenskonflikt«, so Steinbrück. CTE

Familienbande

● Sie galt einst als Hoffnungsträgerin der rechtspopulistischen Partei Rassemblement National (RN) in Frankreich, bis sie sich 2017 aus der Politik zurückzog. Jetzt meldet sich **Marion Maréchal**, 30, die Lieblingsnkelin von Jean-Marie Le Pen, zurück – mit einem Thinktank. Centre d'analyse et de prospective (etwa: Institut für Zukunftsforschung) soll die Ideenfabrik heißen, mit der sie die politische Debatte beeinflussen will. Denn wichtige Impulse würden nicht mehr von großen Parteien ausgehen, auch nicht vom RN, sagt Maréchal. In diesem Sinne hat sie vor gut zwei Jahren eine Privatschule für Politikwissenschaft in Lyon gegründet. Der Thinktank sei als Fortsetzung dieser Idee zu verstehen. Sie sei schon seit Langem kein Mitglied der Partei mehr, sagte Maréchal in einem Fernsehinterview, und fühle sich keineswegs »genetisch« an den

RN gebunden, nur weil sie derselben Familie angehöre. Sie rechne ihrer Tante Marine Le Pen bei den Präsidentschaftswahlen im April 2022 nur dann Siegeschancen aus, wenn sie sich mit anderen rechten Strömungen verbinde. Welche Art von Ideen Maréchal vertritt, lässt sich an früheren Reden ablesen. Sie ist gegen die gleichgeschlechtliche Ehe und greift gern die These auf, dass die weiße Bevölkerung in Europa durch Muslime ersetzt werden soll – eine Verschwörungstheorie, die bei der Neuen Rechten weit verbreitet ist. Dem Fernsehjournalisten, der fragte, ob sie selbst einmal als Präsidentschaftskandidatin antreten wolle, zeigte Maréchal die kalte Schulter: Sie verstehe die Leute nicht, die von dieser Frage besessen seien. »Im Moment kann ich mir das überhaupt nicht vorstellen. Ich bin 30 Jahre alt. Ich kann mich doch heute nicht für den Rest meines Lebens festlegen.« PE



Eric Garault / Le Figaro Magazine / laif



»Was ist angesichts einer Weltbevölkerung von 7,8 Milliarden Menschen so schrecklich an der Unfruchtbarkeit vieler Männer?«

Albrecht Hofmann, Nisterberg (Rheinland-Pfalz)

Für junge Leser

Nr. 38/2020 Der unfruchtbare Mann – vom Kampf gegen eine unterschätzte Volkskrankheit

Was auch immer für die Halbierung der Spermienzahl in weniger als 50 Jahren verantwortlich ist: Der »Selbstregulierungsprozess der Natur« nach Wolfgang Schulze ist evolutionsbiologisch Unsinn. Ein Merkmal wird gerade dadurch als erfolgreich definiert, dass sein Träger viele Nachkommen hat. Männer mit Azoospermie, Oligozoospermie oder Teratozoospermie vererben ihre Krankheit eben nicht.

Dr. Michael Wieder, Düren (NRW)

Ein unnötiges Gekammer. Einfach ein Baby adoptieren. Wie sich dieses dann entwickelt, das ist genauso wenig voraussehbar wie bei einem eigenen.

Hans-Emil Schuster, Hamburg

Angesichts von Klimakatastrophe und fast acht Milliarden Menschen auf der Welt ist jeder einzelne unfruchtbare Erdenbürger ein Glücksfall für die Planeten. Das persönliche Lebensziel »Elternschaft und Familie« steht dem Überleben der Menschheit und Hunderttausender anderer Arten diametral entgegen. Leider können weder die Kenntnis dieses Zusammenhangs noch die Existenz von Millionen zufriedener kinderloser Menschen die falsche Glorifizierung des letztlich patriarchalischen Familienbildes abbauen.

Elisabeth Thierbach, Bielefeld

Ich habe in den letzten 40 Jahren nahezu alle Ausgaben des SPIEGEL gelesen. Genüsslich holte ich nun vergangene Woche die SPIEGEL-Ausgabe 9/1996 mit dem Titel »Müde Spermien. Die Fruchtbarkeits-Krise?« vom Dachboden hervor. Vier Erkenntnisse machen mich jetzt noch glücklicher: Erstens, ich habe vier Kinder im Alter von 7 bis 26 Jahren und somit nie eine Fruchtbarkeitskrise gehabt. Zweitens, mein Gedächtnis funktioniert noch wunderbar. Drittens hat sich das Sammeln von Tausenden gelesenen Zeitschriften doch noch gelohnt. Viertens weiß ich nun, wo die männ-



SPIEGEL 9/1996

liche Fruchtbarkeit ihr Ende findet und wie sich Presseartikel dem Zeitgeist anpassen. Die alte Ausgabe war meiner Auffassung nach der aktuellen überlegen. Signifikant neue Erkenntnisse gibt es keine, was auch schon eine interessante Erkenntnis ist. Natürlich verstehe ich, der junge Leser muss ja ebenfalls über die Krise um ein Symbol der Männlichkeit konfrontiert werden.

Olaf Heye, Hoya (Nieders.)

Die EU, Friedensnobelpreisträgerin 2012, toleriert jahrelang unhaltbare Zustände in den europäischen Flüchtlingslagern. Die daraus resultierende humanitäre Katastro-



Spermauntersuchung im Labor

rophe in Moria rüttelt an den institutionellen und moralischen Grundfesten der EU. Ihr Titelblatt widmet sich im Großformat dem Elend der Spermien in den westlichen Industriestaaten, das Elend der Flüchtlinge aus aller Welt wird zur winzigen Fußnote.

Dr. Georg Schweitzer, Bonn

Konflikt mit einem Aggressor

Nr. 37/2020 EVP-Fraktionschef Manfred Weber fordert ein Nachdenken über das Ende der Ostseepipeline Nord Stream 2

Wie lange wollen wir uns noch von Russland an der Nase herumführen lassen? Es wird nun doch langsam Zeit, dass man nach einem erneuten Giftanschlag Farbe bekennt und harte Sanktionen gegen die russische Regierung verhängt, und das bitte mit einer gemeinsamen europäischen Haltung. Deutschland sollte darüber hinaus das Projekt Nord Stream 2 für einige Zeit auf Eis legen, denn nur diese Sprache versteht Putin. Es war ohnehin seinerzeit ein großer Fehler, dieses Gaspipelineprojekt gegen die Interessen anderer europäischer Länder durchzusetzen. Das zeugt nämlich nicht gerade von europäischem Geist, den doch besonders die deutsche Regierung immer so hartnäckig beschwört.

Thomas Henschke, Berlin

Manfred Weber sagt zum türkisch-griechischen Konflikt: Wir haben es mit einem Konflikt zwischen einem EU-Mitglied und einem Drittstaat zu tun, der noch dazu als Aggressor auftritt. Vielleicht sollte Herr Weber einmal einen entfernten Brüsseler Nachbarn des Europäischen Parlaments besuchen, das Hauptquartier der Nato. Diesem Bündnis gehört auch der Drittstaat, der Aggressor, an. Es ist rundum vernünftig, dass Außenminister Heiko Maas Möglichkeiten zur Vermittlung zwischen Griechenland und der Türkei auslotet. Wer sonst, wenn nicht ein Nato-Partner, sollte dies tun?

Torsten Berndt, Bovenden (Nieders.)

Unterrichten oder ausbürgern

Nr. 37/2020 In Chatgruppen kündigte sich der »Sturm auf den Reichstag« lange an

Ich konnte am späten Nachmittag das Geschehen rund um die Sitzblockade zwischen Adlon und Russischer Botschaft beobachten: Dort gab es eine bemerkenswerte Polizeipräsenz. Die friedlich Protestierenden wurden nicht gerade zimperlich – je Nase von einem Quartett in schwerer Montur – davongetragen, wobei verbale Unmutsbekundungen am Wegesrand ausreichten, damit man gleich mit abgeführt wurde. Umso überraschter war ich, dass am frühen Abend »die gläsernen Türen zur Herzkammer der Demokratie« temporär lediglich von einem Fähnlein dreier aufrechter Polizisten geschützt wurden, insbesondere da der »Sturm auf den Reichstag« zuvor angekündigt worden war.

Annette Hund, Berlin

Eine Minderheit irrlichternder Demokratiefeinde hat unseren Rechtsstaat zur Witzfigur gemacht. Jeden dahergelaufenen Extremisten und verurteilten Straftäter zu ertragen kann nicht der Sinn unserer Verfassung sein. Bei Einbürgerungen werden fundierte Kenntnisse und Grundüberzeugungen über unser Gemeinwesen gefordert. Menschen, die unsere Bundesrepublik Deutschland ablehnen oder gar bekämpfen, sollten verbindlich zu Unterricht in Staatsbürgerkunde verpflichtet werden. Oder sie sollten ausgebürgert werden. Bei Putin und Trump sind sie am Ursprungsort ihrer »Theorien«.

Wolfgang Moselle, Much (NRW)

Die großen Demonstrationen der letzten Wochen zeigen, dass ein großer Teil der Bevölkerung zu leichtsinnig ist. Nachdem die ersten Lockerungen eingetreten waren und die Fallzahlen wieder stark steigen, zeigt sich, dass viele die Auslöser der Pandemie nicht verstanden haben. In Wahlumfragen jedenfalls sind wieder die Parteien die Gewinner, die alles weiterlaufen lassen wollen wie bisher. Man kann den sogenannten »Reichsbürgern« fast schon dankbar sein, dass aufgrund ihrer deutlich übertriebenen Aktion vor dem Reichstagsgebäude weitere Demonstrationen dieser Größe wohl nicht mehr genehmigt werden dürften.

Ullrich Herzau, Berlin

Fehlendes Wissen

Nr. 37/2020 30 Jahre nach der Wiedervereinigung ist das Land nicht nur in Ost und West gespalten

Es gibt kein geeintes Deutschland, und ich habe erhebliche Zweifel daran, dass in zehn Jahren der Befund anders ausfallen wird. Nicht nur der Geschichtsunterricht lässt da offenkundig einen beachtlichen Teil der deutschen Geschichte zwischen 1949 und 1990 weg. Auch in den Medien findet sich fast ausschließlich der westdeutsche Blick auf das Land und seine Menschen – egal ob etwa für die ARD in ihrer Dokumentation letzten Sommer »Die verrückten 80er« als »Sehnsuchtsjahrzehnt der Deutschen« praktisch nur in der Bundesrepublik und nicht auch in der DDR stattfanden, ob ein renommiertes Wochenmagazin gern mal »deutsch« schreibt, wenn es tatsächlich »westdeutsch« meint, ob nach den großen, teils von Rechtsextremisten dominierten Demonstrationen im Sommer 2018 in Chemnitz in den Medien der westdeutschen Verlagshäuser fassungslos gefragt wurde, was (schon wieder) nicht mit »dem Ossi« stimmt.

Steffen Kraft, Berlin

Da eklatant ist, dass auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung nicht zusammengewachsen ist, was zusammengehört, ist



Einheitsfeier 1990 in Berlin

die Thematisierung der Abgrenzung zwischen Ost und West geboten. Jedoch möchte ich dringend auf einen gravierenden Fehler in der Analyse zur Behebung des Problems des mangelnden Zusammengehörigkeitsgefühls hinweisen: Der Schlüs-

sel zur weiteren Annäherung und wechselseitigen Sympathie kann nicht im Ausblenden historischen Wissens liegen. Es ist fatal, nach dem Grundsatz vorzugehen, dass die Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland nachlasse, wenn man sie nicht länger thematisiere. Es ist stattdessen alarmierend, wenn junge Menschen Mitte zwanzig kein Wissen über die Geschichte der DDR und die Konsequenzen der Wiedervereinigung haben. Ich denke, dass gerade dort das Problem liegt: mangelnde Kenntnis der ostdeutschen Biografien und Strukturen des ostdeutschen Staates in Verbindung mit dem fehlenden Wissen über die Geschichte der Wiedervereinigung und deren Herausforderungen, Erfolge und weiterhin bestehende Probleme.

Tim Dürre, Düsseldorf

Warum schwarz?

Nr. 37/2020 Welche Anfeindungen muss eine schwarze Frau in Deutschland erleben? Begegnungen mit der Comedy-Autorin Jasmina Kuhnke

Seit Jahren empfinde ich es als befremdlich bis ärgerlich, wie selbstverständlich der SPIEGEL Menschen wie Jasmina Kuhnke oder Barack Obama immer und ausschließlich als »schwarz« bezeichnet. Menschen also, deren einer Elternteil dunkle Hautfärbung aufweist, der andere hingegen hellhäutig ist. Es braucht keine besonderen Kenntnisse der Biologie, um zu wissen, dass beide Eltern zu gleichen Teilen zum Kind beigetragen haben. Warum also ist das Kind solcher Eltern automatisch schwarz? Mit gleicher Berechtigung könnte man sagen: Barack Obama, ein weißer Präsident in einer langen Folge weißer Präsidenten. Schimmert hier nicht ein latenter Rassismus durch? Wenn man es ernst meint mit dem Versuch, Menschen nicht nach Hautfarbe, »Rasse« oder anderen oberflächlichen (vorhandenen oder vermeintlichen) Eigenschaften zu diskriminieren, wäre hier eine gute Gelegenheit zur Verbesserung. Ich bin gespannt auf Ihre solide Begründung, wie Sie zu der automatischen Zuordnung »schwarz« kommen; ich bin gern bereit dazuzulernen.

Dr. Christian Harms, Freiburg (Bad.-Württ.)

DER SPIEGEL Lieber Herr Dr. Harms, die Bezeichnung »Schwarz« beschreibt nicht die tatsächliche Hautfarbe eines Menschen. Weiße Menschen sind auch nicht weiß. Schwarz ist vielmehr eine Selbstbezeichnung von Personen, die wie Jasmina Kuhnke Rassismus erleben. Die Antidiskriminierungsexpertin Tupoka Ogette formuliert es in ihrem Bestseller »Exit Racism – Rassismuskritisch denken lernen« so: »Der Begriff ist der Versuch auszudrücken, welche sozialen Gemeinsamkeiten aus dem Konstrukt Rassismus

entstanden sind. Es geht also in erster Linie um Erfahrungen und in keiner Weise um biologische Gemeinsamkeiten.« Eine weitere gängige Selbstbezeichnung von Menschen mit Rassismuserfahrung ist People of Color (PoC). In Deutschland noch immer verbreitete Ausdrücke wie »farbig« oder »dunkelhäutig« hin-



Aktivistin Kuhnke

gegen lehnen viele ab. Auch weil diese Zuschreibungen in der Regel voraussetzen, dass eine helle Hautfarbe »normal« ist und alles andere nicht der Norm entspricht. Sie grenzen also aus. Mit freundlichen Grüßen

Dialika Neufeld, Redakteurin im Ressort Reporter

Erst lernen, dann imkern

Nr. 37/2020 Die beruhigende Wirkung von Bienen

Ausländische Bienen sind nicht wegen Varroa verpönt. Es geht hier vielmehr um genetische Vielfalt, die sich verliert, wenn Bienen von überallher sich wild mischen (und das tun sie nun mal, wenn man sie von werweißwo bestellt), aber auch um den kleinen Beutekäfer, einen sehr gefährlichen Bienenschädling, den es bisher in Deutschland noch nicht gibt. Wohl aber zum Beispiel in Italien. Und dank verantwortungs- oder ahnungslosen Imkern sicherlich bald auch in Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern. Und dass man von Ablegern oder Schwärmen, also den drei Völkern des Autors, im ersten Jahr keinen Honig erwarten kann, weil sich die Tiere erst einmal zu einem großen Wirtschaftsvolk entwickeln müssen, das sollte auch einem blutigen Anfänger bekannt sein. Viel Spaß mit den Bienen, aber es wäre verdammt toll, wenn Sie erst die Basics lernen könnten und dann imkern (und darüber schreiben).

Monika Heister, Mohrkirch (Schl.-Holst.)

DER SPIEGEL Liebe Frau Heister, keine Sorge, die Bienen, die ich in Italien bestellt habe, hatten selbstverständlich ein Gesundheitszeugnis. Herzliche Grüße

Tobias Rapp, Redakteur im Kulturreport

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe (leserbriefe@spiegel.de) gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter www.spiegel.de zu archivieren.

Aus dem Förderangebot eines Gymnasiums in Taufkirchen: »Die Schülerinnen und Schüler erhalten die Möglichkeit, an drei Nachmittagen eine Förderstunde in Deutsch zu erhalten. Schwerpunkte werden das Training von Retschreibuang und Grammatik sein.«

FÜR 2021 BUCHEN SIE MIT CORONA GARANTIE

Aus einem Prospekt für Segel-Gruppenreisen

Die »Westfälischen Nachrichten« über die RBB-Leiterin Patricia Schlesinger: »Die Intendantin hat dem Sender im vergangenen Jahr ein Sparprogramm verordnet. Ab 2021 werde der Sender jedes Jahr eine zweistellige Summe einsparen müssen, sagte sie.«

Unfall überlebt Löwenbaby ohne Verletzungen

Nach einem schweren Auf-

Aus dem »Münchner Merkur«

Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) auf Web.de: »Der Verdacht hat sich leider bestätigt«, sagte sie. »Die Afrikanische Schweinepest ist für den Menschen ungefährlich.«

Notausgang aus dem Trauzimmer freihalten!!!

Aushang im Rathaus Glückstadt (Schl.-Holst.)

Die »Mitteldeutsche Zeitung« über einen Zeppelin-Piloten am Bodensee: »Doch Marco Hollerer fliegt nicht nur mit Touristen los. Manchmal ist er auch für die Forschung unterwegs. Zum Beispiel, wenn es darum geht zu messen, wie gut die Lust ist.«



Leihväter könnten Zuchtbullen künftig die Arbeit abnehmen Seite 27

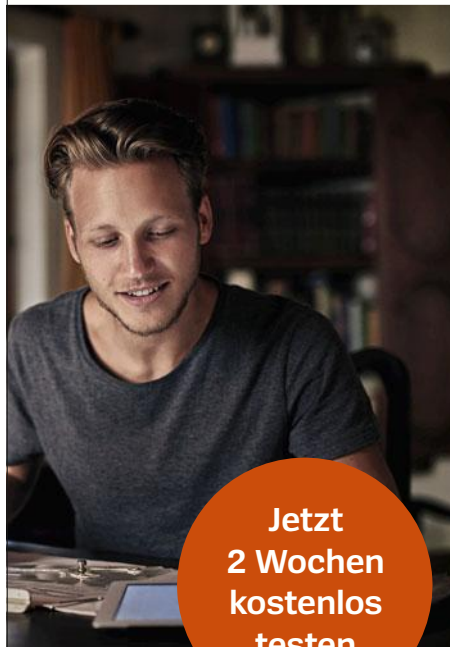
Aus der »Frankfurter Rundschau«

SPIEGEL Akademie

In Kooperation mit der SRH Fernhochschule

Fit für die digitale Zukunft

mit dem neuen E-Learning-Kurs **Digitale Risiko- und Krisenkommunikation**



Jetzt 2 Wochen kostenlos testen

Eine Auswahl der Inhalte:

- + Kommunikationsstrategische Grundlagen
- + Stakeholdermanagement in Risiko- und Krisensituationen
- + Psychologische Prozesse der Risikowahrnehmung
- + Instrumente der Risiko- und Krisenkommunikation

Alle Kurse und Infos unter akademie.spiegel.de

Zitate

Die italienische Zeitung »Il Giornale« widmet der Amtszeit der deutschen Bundeskanzlerin unter dem Titel »Tausend Gesichter« eine Galerie von SPIEGEL-Titeln (Nr. 28/2005, 27/2006, 47/2007, 37/2013, 39/2015, 13/2015, 21/2019) und schreibt dazu:



In den 15 Jahren ihrer Amtszeit wurde Angela Merkel auf die eigentümlichste Art und Weise abgebildet. Einige Titelbilder des SPIEGEL... zeigen sie unter anderem als sadistische Krankenschwester, Mona Lisa, Kaiserin, Mutter Teresa, Fürstin der Finsternis. Der 2015 erschienene Titel, auf dem sie in ein Gruppenbild von Nazi-Offizieren, die während der deutschen Besetzung Griechenlands den Parthenon besuchten, eingefügt wur-



de, sorgte für Aufruhr (Nr. 13/2015). Die Titelzeile »The German Übermacht« bezog sich auf den Unmut vieler europäischer Länder gegenüber der Politik Merkels und ihrer Regierung.

Der SPIEGEL berichtete ...

...in »Überrollt vor der Schule« (Nr. 37/2020) über eine Mutter, die vor einer Schule in Mönchengladbach mit ihrem SUV ein achtjähriges Mädchen totfuhr und wegen fahrlässiger Tötung angeklagt wurde.

Das Amtsgericht Mönchengladbach verurteilte die 44-Jährige zu einer Bewährungsstrafe von zehn Monaten und erteilte ihr drei Monate Fahrverbot. Zudem muss sie ein Fahrsicherheitstraining absolvieren.

SPIEGEL+

Ihr Plus: klarer, schneller, intuitiver



S+

Mehr. Alle Inhalte von SPIEGEL+ auf [spiegel.de](https://www.spiegel.de)



Sichtbar. Exklusive Videoreportagen und -kolumnen



Persönlich. Individuelle Leseempfehlungen



Früher. Die digitale SPIEGEL-Ausgabe freitags ab 13 Uhr

Starten Sie jetzt Ihren kostenlosen Probemonat!



abo.spiegel.de/plus

**Jetzt
1 Monat
gratis**



Jean Paul
GAULTIER

"LE MALE LE PARFUM"

THE NEW PERFUME

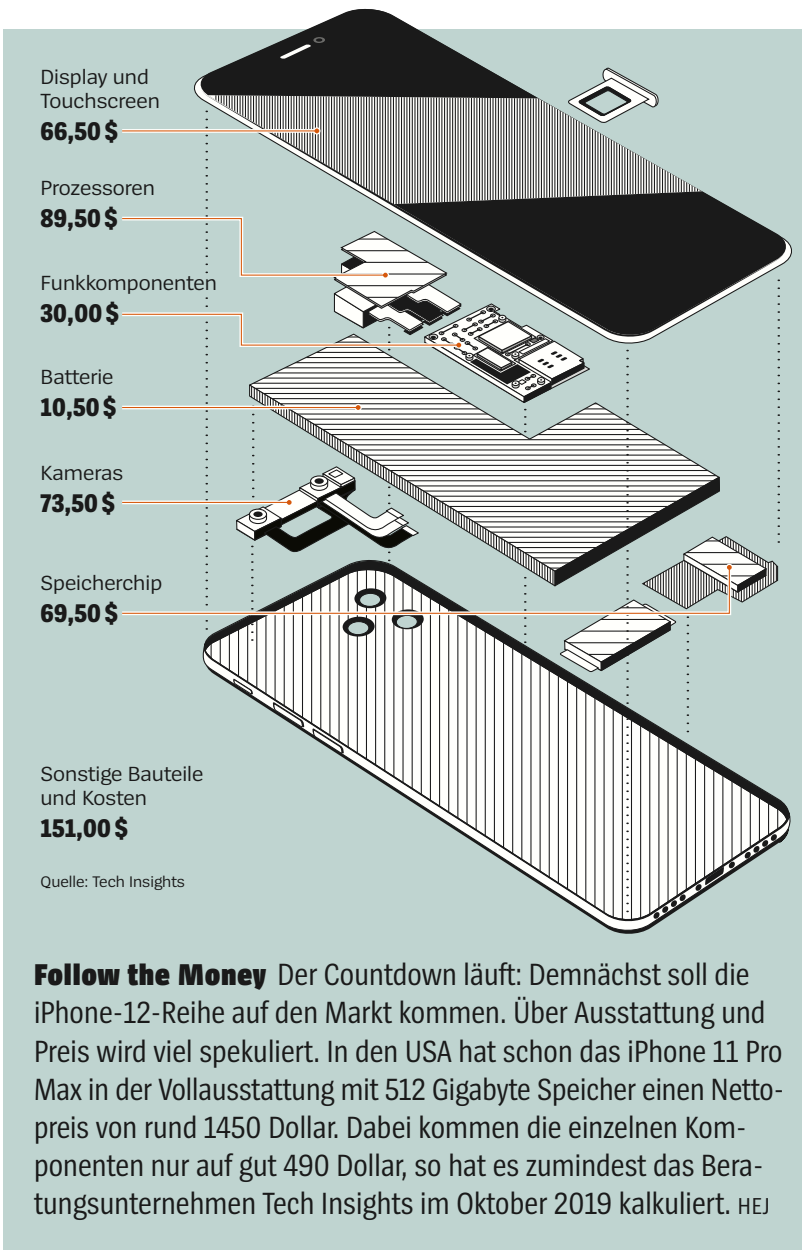
ERLEBEN SIE JETZT **LE MALE LE PARFUM** IN IHREN YBPN-PARFÜMERIEN UND ERHALTEN SIE BEIM KAUF EINES JEAN PAUL GAULTIER DUFTES EIN **LE MALE LE PARFUM** SHOWER GEL (75ML) ALS GESCHENK.

Die Aktion gilt vom 16.09. bis 30.09.2020 in teilnehmenden YBPN-Parfümerien und nur solange der Vorrat reicht. Die YBPN-Parfümerien finden Sie unter: www.ybpn.de/aktionen/jean-paul-gaultier



YOUR BEAUTY
PROFESSIONAL
NETWORK

Portemonnaie



Prämien sprünge bei Pflegeversicherung

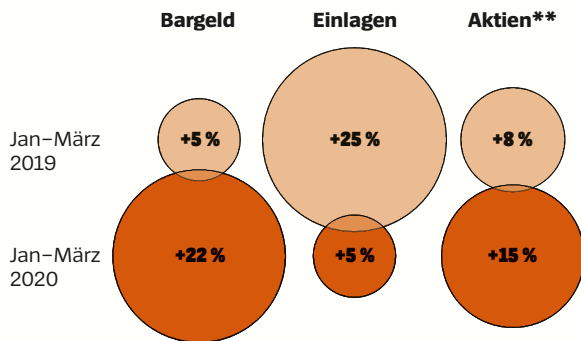
■ Bei mehreren Pfl egetagegeldversicherungen sei es in der jüngsten Vergangenheit zu drastischen Erhöhungen der Beiträge gekommen, berichtet die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen. Es gebe Dutzende Anfragen von Verbrauchern, die im Extremfall bis zu 110 Prozent mehr zahlen sollten. Die Verbraucherschützer nennen das Beispiel einer 70-Jährigen, die vor mehr als 20 Jahren eine private Pfl egetagegeldversicherung abgeschlossen habe. Zum 1. Juli habe die Krankenversicherung zum zweiten Mal in Folge eine Prämienhöhung angekündigt, der Monatsbeitrag sei innerhalb nur eines Jahres von rund 98 auf fast 165 Euro gestiegen – eine Steigerung um rund 70 Prozent. Die Versicherer begründen die Anstiege mit den Niedrigzinsen und den Folgen der Pflegereform von 2017, durch die weitaus mehr Versicherte als Pfl egefälle anerkannt würden. Die Zahl sei sehr viel stärker gestiegen als erwartet, schreibt ein Anbieter. Rita Reichard, Anwältin bei der Verbraucherzentrale, hält die Steigerungen dennoch für »außergewöhnlich«. Die Zentrale biete für rund 90 Euro an, die Schreiben, die beispielsweise eine ausführliche Erklärung enthalten müssen, formal zu prüfen. »Ob die Erhöhungen aber inhaltlich gerechtfertigt sind, kann nur im Rahmen eines Gerichtsverfahrens geklärt werden«, so Reichard. Die Versicherer empfehlen eine Beratung, ob sich der vereinbarte Tagessatz im Pfl egefall etwa senken lässt, auch das bedeute niedrigere Beiträge. ASE

1 033 000 000 000 000

Euro horten die Deutschen einer Studie zufolge auf ihren Girokonten – das macht rein rechnerisch 14 400 Euro pro Person. Weitere 1,4 Billionen Euro liegen auf Tagesgeld-, Spar- und Festgeldkonten, von denen viele kaum noch Zinsen bringen dürften.

Geldanlage in Zeiten von Corona

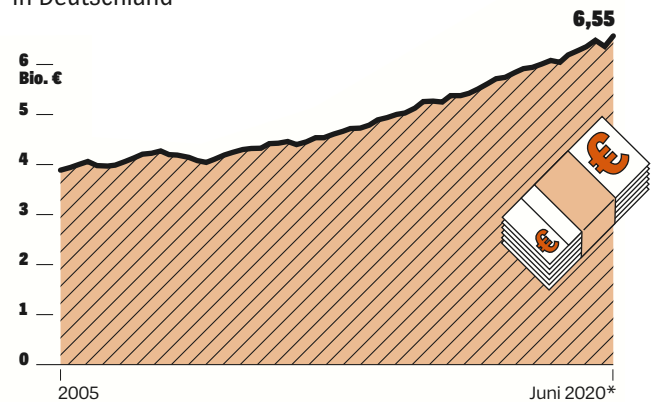
Deutsche kaufen mehr Aktien –
oder horten Bargeld*



* Mittelzuflüsse nach Anlagekategorien; ** Inkl. sonstige Anteilsrechte
Quelle: ING

Deutsche werden trotz Corona immer reicher

Finanzvermögen privater Haushalte
in Deutschland



* Juniwert ist eine Prognose.
Quelle: ING

Banken, die falsch rechnen

■ Sparkassen in ganz Deutschland haben womöglich jahrelang die Zinsen für langfristige Sparverträge nicht richtig kalkuliert – Verbraucherzentralen haben Klagen gegen mehrere Institute eingereicht. Insgesamt dürfte es um viele Millionen Euro gehen. Betroffen sind den Verbraucherschützern zufolge vor allem Kunden mit sogenannten Prämiensparverträgen, einer sehr langfristigen Sparform mit variablem Zins, wie sie Sparkassen in den 1990ern und frühen 2000er-Jahren im großen Maßstab verkauft haben. Für die Kunden sind die Verträge heute extrem attraktiv, für viele Banken aber ein Verlustgeschäft, weil sie die Kos-

ten wegen der Niedrigzinsphase nicht mehr refinanzieren können. In jüngster Vergangenheit haben Sparkassen die Kontrakte deshalb massenweise gekündigt, dagegen gingen die Verbraucherzentralen vor. Im Zuge der Auseinandersetzung fiel auf, dass die Verträge meist Zinsanpassungsklauseln enthielten, die die Verbraucherschützer für unzulässig einschätzen. Allein die Verbraucherzentrale Sachsen habe mittlerweile 6200 Verträge genauer untersucht, »und nur in einzelnen Ausnahmefällen kam kein Nachzahlungsanspruch heraus«, sagt eine Sprecherin. Die Abweichungen beliefen sich auf bis zu 36 000 Euro. Es

könnte sich also lohnen, den eigenen Vertrag nachrechnen zu lassen – »bei Verbraucherzentralen ist das für 47 bis 85 Euro möglich«, sagt Sebastian Brand vom Team Marktbeobachtung beim Verbraucherzentrale Bundesverband. Gegen verschiedene Sparkassen haben Verbraucherzentralen sogenannte Musterfeststellungsklagen eingereicht, denen sich betroffene Kunden der Bank kostenlos anschließen können. Der Sparkassenverband DSGVO geht jedoch davon aus, »dass die Sparkassen auch heute bereits alle Anforderungen an eine korrekte Zinsberechnung erfüllen«. Deshalb habe man ein großes Interesse, dass »unterschiedliche Bewertungen bei einzelnen Fragen in diesem Bereich höchststrichterlich geklärt werden«. ASE

Chili con Carne wieder günstiger

■ Beim Thema Inflation weicht das tägliche Erleben vieler Menschen stark von der Entwicklung der Statistik ab. Das liegt vor allem daran, dass zwar der Gesamtwarenkorb – mit dem die Preissteigerung gemessen wird – nach wie vor günstig ist, die Lebensmittelpreise aber seit Ausbruch der Coronakrise stark schwanken. Um diese Realität besser in Zahlen abzu-

bilden, entwickelten Ökonomen der Universität Hohenheim den sogenannten Chili-con-Carne-Index: Er misst regelmäßig die Preise von 70 Produkten, die in dem beliebten Gericht verwendet werden können. Das Experiment ist mehr als ein Gag, denn es gibt unter anderem Hinweise, wie bestimmte politische Maßnahmen wirken, in diesem Fall vor allem die vorübergehende Mehrwertsteuersenkung. Im Mai erreichte der Chili-con-

Carne-Index mit einer Preissteigerung von 7,5 Prozent im Vergleich zum Februar einen Spitzenwert, im August lag die Zunahme nur noch bei 3,5 Prozent im Vergleich zum Krisenbeginn.

Das Fazit der Experten lautet:

Die Supermärkte geben die Mehrwertsteuersenkung der Bundesregierung tatsächlich weitgehend an die Konsumenten weiter. Fraglich allerdings sei, was kommendes Jahr passiere, wenn die Mehrwertsteuer wieder steigt. ASE



Abkassieren mit Dispozinsen



Schick erklärt

Der Volkswirt Gerhard Schick, 48, saß von 2005 bis 2018 für die Grünen im Bundestag.

Heute ist er Vorstand der Bürgerbewegung Finanzwende, die für eine nachhaltige Finanzwirtschaft kämpft. Welche Fallstricke es für Privatanleger gibt, erklärt er in seiner SPIEGEL-GELD-Kolumne.

■ Wer bei der Volksbank Oberbayern Südost sein Konto überzieht, den kommt das teuer zu stehen. Bis zu 13,75 Prozent Zinsen verlangt das Institut – wer also 1000 Euro im Minus ist, muss dafür im Jahr noch rund 140 Euro extra bezahlen. Und dann trifft es oft genau die, bei denen es wirklich um jeden Euro geht. Auch andere Banken lassen sich den Dispokredit teuer bezahlen. Eine Untersuchung für Finanzwende unter 1250 Instituten hat ergeben, dass Banken und Sparkassen trotz Coronakrise und Niedrigzinsen im Durchschnitt fast zehn Prozent verlangen. Die Spanne reicht von 0,00 bis 13,75 Prozent. Die hohe Spreizung zeigt, dass um diesen Zinssatz kein wirklicher Wettbewerb herrscht, andere Faktoren sind bei der Wahl eines Kontos oft entscheidender. So wird von vielen Instituten mal wieder bei Menschen hingelangt, die

eh wenig haben. Schließlich wird ein Dispokredit vor allem von jenen in Anspruch genommen, die sich bemühen, irgendwie über die Runden zu kommen. Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Misere mit millionenfacher Kurzarbeit und steigender Arbeitslosigkeit wächst dieser Personenkreis stetig an. Dabei will ich hier gar nicht in Abrede stellen, dass für die Zurverfügungstellung eines solchen Kredits Kosten anfallen. Und natürlich ist es legitim, dass die Institute mit dieser Kreditart Gewinne erzielen. Aber selbst bei einer kleinen Regionalbank sind zehn Prozent und mehr für einen eingeräumten Kredit einfach zu viel. Zumal es nur sehr selten vorkommt, dass jemand einen solchen Kredit nicht zurückzahlen kann. Hier werden die Falschen übertrieben zur Kasse gebeten. Mehrere Banken und Sparkassen zeigen seit Jahren, dass es anders geht. Sie kommen mit Dispozinsen von deutlich unter zehn Prozent aus. Man-

13,75

Prozent Zinsen bei Überziehung des Kontos sind der Extremfall.

che haben die Coronakrise zum Anlass genommen, die Zinsen zwischenzeitlich sogar zu senken. Doch da das Ganze nicht von langer Dauer war, handelte es sich wohl eher um einen Marketinggag als um ein ernsthaftes Entgegenkommen in der Krise. Dennoch zeigt auch dies, dass es Anpassungsspielraum nach unten gäbe. Rechtlich allerdings kann man da wenig machen. Für Betroffene bleibt oft nur der Rat, sich nach einer Alternative umzusehen. Gerade wenn eine längere Überziehung des Kontos droht, ist es in der Regel sinnvoll, einen günstigeren Ratenkredit aufzunehmen – wenn der oder die Betroffene denn einen bekommen. Allerdings fahren Menschen mit schlechter Bonität damit nicht zwingend besser.

Die Volksbank Oberbayern Südost erklärt ihre 13,75 Prozent Zinsen übrigens mit der Ausrede, man wolle Kunden nicht mit niedrigeren Zinsen in die Dispofalle treiben. Das ist abstrus! Es scheint nicht in die Realität dieser Bank zu passen, dass Menschen in einer Krise teils keine andere Wahl als einen Dispokredit haben. Zu hohe Zinskosten sind es dann, die dazu beitragen können, dass die Betroffenen womöglich in die Überschuldung geraten. Es ist eine Frage der gesellschaftlichen Verantwortung von Banken und Sparkassen, Menschen mit wenig Geld in der Coronakrise nicht über Gebühr zu belasten. Es ist bitter, dass dies nicht alle Institute so sehen.

Punkteklau bei Payback-Sammlern

■ Die Empörung ist groß: »Absolute Frechheit«, »Lasst bloß die Finger davon«, so lauten die Kommentare zu Payback auf der Bewertungsplattform Trustpilot. Das Bonusprogramm kommt nur noch auf einen von fünf Sternen. Zahlreichen Kunden wurden in den vergangenen Monaten Payback-Punkte geklaut, manchmal im Wert von 100 oder 200 Euro. »Heute hat es mich erwischt. 6000 Punkte in einem Hunderte Kilometer entfernten

Rewe eingelöst«, schreibt ein Betroffener. Ähnliche Berichte häufen sich bei der Facebook-Gruppe »Payback Geschädigte«. Das Unternehmen weist jede Schuld von sich: »Payback hat keine Sicherheitslücke.« Grund seien vielmehr Datendiebe, die die Zugangsdaten der Kunden herausgefunden



hätten, etwa über Phishingmails. Wie viele Payback-Nutzer betroffen sind und wie viele Punkte schon gestohlen wurden, will das Unternehmen nicht sagen. Ersetzt werden die Punkte in der Regel nicht. Kunden können nur präventiv ein sichereres Passwort wählen. Payback will zudem die Zwei-Faktor-Authentifizierung einführen, bei der das Einlösen der Punkte oder das Passwort zusätzlich über einen zweiten Weg bestätigt werden. Bis es so weit sei, »kann es noch etwas dauern«, sagt die Sprecherin. »Die Umsetzung ist komplex, und wir wollen eine kundenfreundliche Lösung finden.« ASE

5 Gründe für den

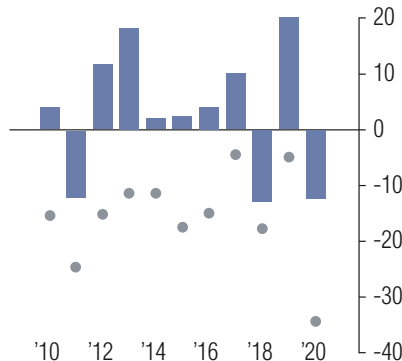
Börseneinstieg in Krisenzeiten

Schluss mit dem Sparen bei Minizinsen! Langfristig orientierten Anlegern bieten die Kapitalmärkte weit bessere Chancen. Auch jetzt!

1 SCHWANKUNGEN SIND NORMAL

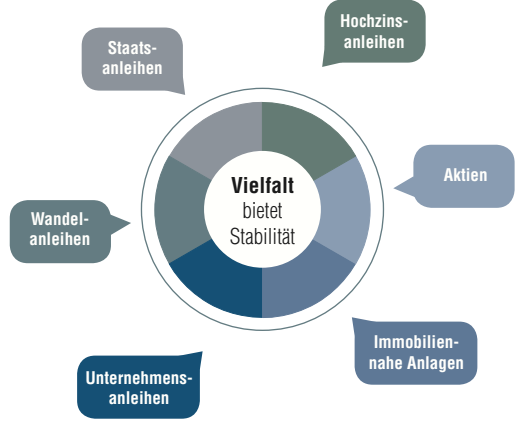
Klar, an der Börse geht's im Verlauf eines Jahres auch mal runter. Im Schnitt verlor Europas Aktienmarkt¹ seit 1989 pro Jahr zwischenzeitlich 15,2%. Trotzdem endeten 76% dieser Jahre im Plus.

■ Ertrag im Kalenderjahr
● Verlust im Jahresverlauf



4 STREU! DEIN! RISIKO!

Mischfonds legen in eine große Anzahl von Aktien und Anleihen an. Die breite Streuung innerhalb der Fonds gleicht Schwankungen aus und minimiert das Risiko. Leidet die eine Anlage gerade unter Verlusten, kann die andere das ausgleichen.



Mischfonds eignen sich besonders als Basis eines Portfolios und für Anlageeinsteiger

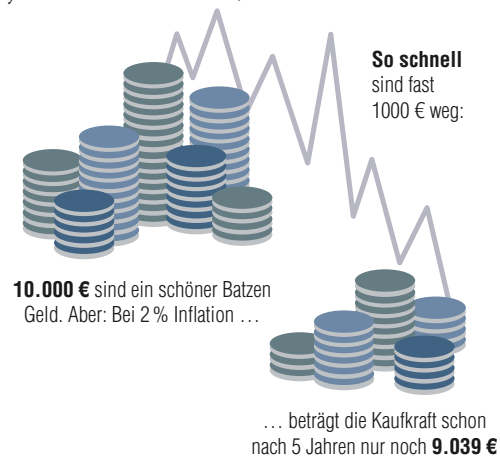
720 JAHRE

2 SO VIEL ZEIT HAT KEINER

Niedrig verzinste Sparprodukte bringen nichts – es sei denn, unsere Lebenserwartung steigt extrem. Wer aus 1000 € 2000 € machen möchte, braucht dafür bei heute üblichen Zinsen von 0,1 % 720 Jahre.

3 HAUPTGEGNER: INFLATION

Vollkommen zu Recht wird Inflation auch „Geldentwertung“ genannt. Denn liegen Erträge unter der jährlichen Inflationsrate, entstehen reale Verluste.



5 KRISE ALS CHANCE

Mitten in der Finanzkrise 2008 legte das Fondsmanagement von J.P. Morgan Asset Management den JPMorgan Investment Funds – Global Income Fund auf. Der ausschüttende Mischfonds investiert in über 3000 Aktien und Anleihen mit attraktiven Dividenden und Zinsen. Seine annualisierte Ausschüttungsrendite lag seitdem nie unter 4%.

Mehr Infos: www.jpmorganassetmanagement.de



Verluste sind möglich. Die Wertentwicklung der Vergangenheit ist kein verlässlicher Indikator für aktuelle oder zukünftige Erträge. Ausschüttungen sind nicht garantiert. Bei diesem Dokument handelt es sich um Werbematerial. Die hierin enthaltenen Informationen stellen weder eine Beratung noch eine Anlageempfehlung dar. Bei sämtlichen Transaktionen sollten Sie sich auf die jeweils aktuelle Fassung des Verkaufsprospekts, der Wesentlichen Anlegerinformationen (Key Investor Information Document – KIID) sowie lokaler Angebotsunterlagen stützen. Diese Unterlagen sind kostenlos erhältlich beim Herausgeber und bei der deutschen Informationsstelle, JPMorgan Asset Management (Europe) S.à r.l., Frankfurt Branch, Taunustor 1, D-60310 Frankfurt, sowie bei Ihrem Finanzvermittler. 0903c02a828922cc

¹ MSCI Europe Index, 1980 bis 31.03.2020. Quelle: MSCI, Refinitiv Datastream, J.P. Morgan Asset Management. MSCI Europe: Erträge sind Kursverläufe in Lokawährung. Der Verlust im Jahresverlauf bezieht sich auf den größten Marktwertverlust vom Hoch zum Tief in einem kurzen Zeitraum während des Kalenderjahres. Die angegebenen Erträge beziehen sich auf die Kalenderjahre von 1980 bis 2019.



Gutes Geld

Nachhaltigkeit Viele Deutsche wollen mit sauberem Gewissen investieren, die wenigsten tun es schon. Dabei werfen auch ethisch und ökologisch korrekte Anlagen ordentliche Renditen ab. Teil 1 der neuen SPIEGEL-GELD-Serie: Die dafür richtigen Hausbanken und die besten grünen Versicherungen

■ Klebt an den Händen deutscher Sparer Blut? Ganz so weit will Thomas Küchenmeister, Chef des Vereins Facing Finance in Berlin, nicht gehen. Trotzdem sagt er: »Bank- und Versicherungskunden profitieren indirekt von Kriegen wie etwa dem im Jemen.«

Die Folgen der Kämpfe zwischen Rebellen und einer von Saudi-Arabien angeführten Koalition in dem bitterarmen Wüstenstaat nennen die Vereinten Nationen die »schlimmste humanitäre Krise der Welt«. Millionen Menschen leiden im Jemen Hunger.

Rüstungsfirmen wie BAE Systems lieferten mindestens bis 2018 offenbar dennoch Waffenmaterial an Länder der saudischen Koalition, so jedenfalls das Ergebnis der Recherchen von Facing Finance und anderen Organisationen für den Bericht »Dirty Profits 7«. Und viele Geldinstitute, darunter auch deutsche, investieren demnach in solche Firmen oder stellen ihnen Finanzierungen zur Verfügung.

BAE Systems selbst spricht von »Verteidigungsausrüstung, Training und Unterstützung« für Saudi-Arabien gemäß Vereinbarungen zwischen der saudischen und der britischen Regierung – die die Tätigkeiten der Firma überdies kontrolliere. Viele deutsche Sparer wollen trotzdem nichts mit solchen Geschäften zu tun haben.

Das ist zumindest die Erfahrung von Thomas Mai, der seit mehr als 20 Jah-

ren bei der Verbraucherzentrale in Bremen Finanzberatung anbietet. Seine Kunden müssen zunächst einen langen Fragebogen ausfüllen: Welches Ziel verfolge ich mit der Anlage? Und: Was ist mir neben Rendite, Sicherheit und Liquidität noch wichtig?

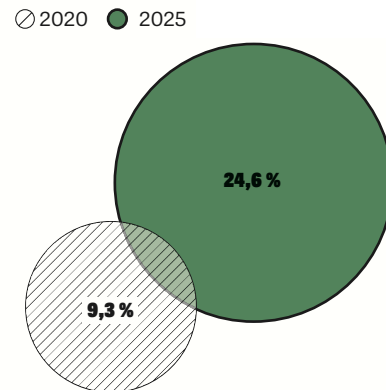
Bei der letzten Frage seien sich viele dieser Tage erstaunlich einig, sagt Mai: Nachhaltig soll die Anlage sein, ethische und soziale Standards erfüllen – und auf keinen Fall soll das Kapital in moralisch fragwürdige Branchen wie Öl, Tabak oder Waffen fließen.

Mais Erfahrungen decken sich mit den Ergebnissen diverser Studien: Sparen ist zunehmend wichtig, was eine Bank oder eine Versicherung mit ihrem Geld anstellt.

Aus gutem Grund: Banken und Versicherungen nutzen das Geld ihrer Kunden, um Kredite zu vergeben oder damit an den Kapitalmärkten zu arbeiten. Weltweit geht es um gigantische Summen – die enormes Unheil anrichten können. »Auch die Klimaziele können wir knicken, wenn die Finanzindustrie

Deutsche wollen bald jeden vierten Euro ethisch korrekt investieren

Anteil in nachhaltigen Geldanlagen heute und der Plan für 2025



2153 Interviews im Juni 2020, mind. Anlagevermögen: 10.000 €
Quelle: Quirin Privatbank

Klimasündern nicht den Geldhahn zudreht«, sagt Facing-Finance-Chef Küchenmeister.

Viele Anleger würden sogar auf Rendite verzichten, und das in beträchtlichem Maße, wenn sie sichergehen könnten, dass ihre Geldanlage nachhaltig ist. Dabei ist das gar nicht nötig. Dass grüne Investitionen notwendigerweise weniger Gewinne bringen, ist ein Mythos, wie schon eine Metastudie aus dem Jahr 2015 zeigt.

Wissenschaftler hatten dafür mehr als 2000 empirische Untersuchungen zum Thema ausgewertet: Rund 90 Prozent dieser Studien haben demnach keinen negativen Zusammenhang zwischen Nachhaltigkeit und Performance feststellen können. Viele zeigten sogar positive Auswirkungen.

Das Problem allerdings besteht darin, dass das Thema Geldanlage schon kompliziert genug ist: Wer neben Rendite und Sicherheit auch noch auf Nachhaltigkeit achten will, dem geht es zuweilen wie im Supermarkt mit den Bioprodukten: Auf vielem steht irgendein Label, doch was genau es bedeutet, ist unklar.

SPIEGEL GELD zeigt Ihnen, wie Sie Ihre Finanzen Stück für Stück nachhaltig gestalten können. Für Teil 1 unserer Serie haben wir recherchiert, welche Hausbank Sie guten Gewissens Ihr Geld anvertrauen können – und auf was Sie bei nachhaltigen Sach- und Rentenversicherungen achten müssen. Denn auch hier gibt es mittlerweile solide Angebote im grünen Bereich.

Schicke Labels oder: Wenn der Prüfling den Prüfer bezahlt

Weil es keine klare Definition gibt, kann jeder Anbieter von Finanzprodukten selbst entscheiden, welche Produkte er als nachhaltig deklariert, wenn er nur eine plausible Erklärung dafür liefert. Die EU arbeitet zwar gerade an konkreten Vorgaben, was unter nachhaltigen Anlagen zu verstehen ist, die dürfen aber am Ende nur den Minimalan-

sens abbilden. Anleger kommen deshalb nicht um die Aufgabe herum, sich über ihre eigenen Vorstellungen von Nachhaltigkeit klar zu werden und sie mit den verfügbaren Produkten abzugleichen.

Viele Finanzanbieter arbeiten beispielsweise mit Ausschlusskriterien: Sie stecken kein Geld in Firmen, die Waffen, Tabak oder Alkohol herstellen – haben aber mitunter kein Problem mit Unternehmen, die die Umwelt verpesten.

Andere setzen auf das sogenannte Best-in-Class-Prinzip: Sie investieren in Aktien von Unternehmen, die innerhalb der eigenen Branche besonders nachhaltig wirtschaften. Das setzt einerseits Anreize für Reformen, führt aber andererseits dazu, dass es dann auch eine Airline in das Anlageportfolio eines überzeugten Bahnfahrers schaffen kann, sofern diese nur einen Tick sauberer ist als die Konkurrenz.

Wieder andere Investoren versprechen schlicht, ihren Einfluss auf Unternehmen positiv zu nutzen.

Genau wie die Bioprodukte im Supermarkt werden natürlich auch Finanzprodukte zudem gern mit schicken Gütezeichen beklebt. Hierzulande ist beispielsweise vor allem das FNG-Siegel beliebt. Vergeben wird es seit dem Jahr 2015 vom Forum Nachhaltige Geldanlagen, einem Fachverband der Investmentwirtschaft, der sich für mehr Nachhaltigkeit einsetzt.

Das FNG-Siegel bescheinigt, dass Fondsmanager nur in Unternehmen investierten, die Arbeits- und Menschenrechte achten, die Umwelt schonen und Korruption bekämpfen – zumindest innerhalb gewisser Toleranzgrenzen.

Das Problem allerdings ist, dass die Anbieter der verschiedenen Gütesiegel die Kriterien ganz unterschiedlich festlegen und dass die Teilnahme am Audit freiwillig und oft mit Kosten verbunden ist. Der Produkthanbieter ist also zugleich auch Kunde des Prüfers. Zumindest Verbraucherschützer wie Thomas Mai sehen darin einen Interessenskonflikt.

Wenn Ökorisiken zu Finanzrisiken werden

Glaubt man der Werbung, steht das Thema Nachhaltigkeit bei etlichen Banken ganz oben auf der Prioritätenliste. Mit Tamtam haben sich kürzlich bei-

Wie Sparer auf die Coronakrise reagieren ...

Ich achte bei Geldanlagen stärker auf Sicherheit.



Edelmetalle (v. a. Gold) sind als Geldanlage interessanter geworden.



Ich plane, zukünftig meine Ausgaben zu senken.



Ich beschäftige mich verstärkt mit meiner Geldanlage.



Ich habe meine Geldanlagen auf weniger Anbieter reduziert.



2153 Interviews im Juni 2020, mind. Anlagevermögen: 10 000 €
Quelle: Quirin Privatbank

spielsweise 16 vornehmlich deutsche Institute verpflichtet, ihre Kredit- und Anlagepolitik an den Zielen des Pariser Klimaabkommens auszurichten. Dabei auch: die Deutsche Bank und die Commerzbank.

Die Commerzbank hat zudem eine ganze Reihe von Ausschlusskriterien und Maßstäben für ihre Arbeit formuliert: »Produkte, Geschäfte und Kundenbeziehungen« würden »generell in Bezug auf die Verletzung von Menschenrechten und die Belange indigener Völker« überprüft, heißt es auf ihrer Website. Oder: »Keine Finanzierung der Lieferung von Waffen, sofern nicht alle anwendbaren Gesetze, Embargos und Regularien eingehalten werden.«

Die Deutsche Bank kündigte unter anderem im Mai an, bis 2025 die Summe der nachhaltigen Finanzierungen und Anlagen auf immerhin mindestens 200 Milliarden Euro aufzustocken. Im Juli verkündete die Bank, das Engagement im Bereich des Kohleabbaus weltweit bis spätestens 2025 zu beenden. Dabei ist das Geldhaus in der Vergangenheit selten durch übertrieben idealistisches Geschäftsgebaren aufgefallen.

Der Wandel kommt nicht von ungefähr, denn Profiinvestoren machen beim Thema Nachhaltigkeit schon seit Jahren Druck. Umweltverschmutzung, Korruption und schlechte Unternehmensführung sind für sie nicht nur ein moralisches Problem, sondern auch ein finanzielles Risiko. Man denke an den Dieselskandal bei Volkswagen, der das Unternehmen und seine Aktionäre einen Haufen Geld kostet.

Larry Fink, der Chef des weltgrößten Vermögensverwalters Blackrock, schrieb im Januar deshalb einen gepfefferten Brief an die Unternehmenschefs seiner weltweiten Beteiligungen. Darin drohte er handfeste Konsequenzen an, wenn sie etwa beim Thema Klimaschutz keine Fortschritte machen sollten. Das Schreiben schlug ein wie eine Stinkbombe, schließlich investiert Blackrock für seine Kunden mehr als sieben Billionen Dollar weltweit in Abertausende Firmen. Bei der Deutschen Bank ist Blackrock Großaktionär.

Wer besser verstehen will, was die grünen Versprechen von Deutschlands größtem Geldhaus wert sind, ruft am besten die Seite Fairfinanceguide.de im Internet auf. Dort hat Facing Finance mehr als ein Dutzend Banken in puncto Nachhaltigkeit bewertet – und weder die Commerzbank noch die Deutsche Bank kommen dabei besonders gut weg.

Das Sündenregister der Deutschen Bank etwa, das auf der Seite noch Anfang September 2020 aufgemacht wird, ist lang. Das Geldinstitut soll demnach finanziell beispielsweise mit verschiedenen Konzernen im Bergbau und im Energiesektor verbunden sein, denen zum Teil in den vergangenen Jahren schwere Verstöße gegen Menschenrechte vorgeworfen wurden: massive und anhaltende Gewalt gegen indigene Bevölkerungsgruppen, umstrittenen Umsiedlungen, Trinkwasserverschmutzung.

Es gebe zudem finanzielle Beziehungen zu diversen Rüstungsunternehmen, die auch an der Herstellung von Nuklearwaffen beteiligt seien oder Kampfflugzeuge und atomar bewaffnete U-Boote produzieren sollen, heißt es auf der Seite weiter.

Die Deutsche Bank hält dagegen: »Transaktionen mit Bezug zum Verteidigungssektor« würden einer strikten Einzelfallbetrachtung unterzogen: »Falls erforderlich, werden die Fälle innerhalb unseres Rahmenwerkes für Reputati-

onsrisiken eskaliert.« Beziehungen zu Firmen, »die direkte Verbindung zum Geschäft mit kontroversen Waffen haben«, würden vermieden.

Ebenso gebe es »weitreichende interne Richtlinien und Prozesse«, um Risiken für Umwelt oder Gesellschaft, wie etwa den Verstoß gegen die Rechte indigener Völker, zu identifizieren. Diese sollten verhindern, »dass wir mit unseren Geschäftsaktivitäten direkt zu den geschilderten negativen Auswirkungen beitragen«.

Facing-Finance-Chef Küchenmeister ist das zu wenig. Jeder Kunde müsse sich überlegen, ob er oder sie »derart schädliche Geschäftsmodelle unterstützen will«, sagt er, »auch wenn fast alle konventionellen Banken in den vergangenen Jahren gewisse Fortschritte gemacht haben«. Doch es geht eben noch sehr viel besser.

Die grüne Hausbank: traditioneller Ökoladen, Start-up oder Kirchenbank?

Bochum, Ende der Fünfzigerjahre: Die Städte im Ruhrgebiet befinden sich im Wiederaufbau, und eine Gruppe aus Lehrern, Unternehmern und einem Arzt will eine alternative Rudolf-Steiner-Schule gründen, die erste der Region. Aber keine der örtlichen Banken gibt Kredit, um eine alte Villa als Schulgebäude zu kaufen. Also wird das Geld auf anderem Wege besorgt: bei Freunden, Eltern und Firmen, die der



Anthroposophie nahestehen.

Zwei Jahre später gründen einige der Geldgeber die Leih- und Schenkgenossenschaft, um ähnliche Projekte zu finanzieren – 1974 wird aus der Initiative eine Bank. Die Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken, kurz: GLS Bank. Sie soll all jene finanzieren, die etwas Gutes tun und anderswo womöglich trotzdem Probleme haben, Kredit zu bekommen. Ökobauernhöfe, freie Kindergärten, soziale Einrichtungen.

Noch heute geht es der Bank nicht nur darum, allein zerstörerische Geschäfte auszuschließen, sondern auch gezielt Initiativen, Projekte und Unternehmen zu unterstützen, die aus ihrer Sicht etwas für die Menschen tun. »Unser Finanzsystem darf nicht mehr zum Zweck haben, Geld mit Geld zu verdienen«, sagt GLS-Chef Thomas Jorberg. »Geld muss den Grundbedürfnissen der Menschen dienen und nicht andersherum. Das ist unsere Maßgabe für jedes Bankgeschäft.«

Ähnlichen Zielen haben sich auch andere Geldinstitute verschrieben, die Ethikbank etwa oder die niederländische Triodos Bank, die auch eine deutsche Niederlassung hat.

Der Nachteil: Wer diese Banken zu seiner Hausbank macht und dorthin beispielsweise sein Girokonto verlegt, zahlt in aller Regel ordentlich dafür (siehe Tabelle). Bei GLS, Ethikbank und Triodos Bank kommen Girokonteninhaber auf Jahresgebühren von mehr als 100 Euro, wenn man die Kreditkartengebühren miteinrechnet. Bei der Ethikbank und der Triodos Bank müssen sich Kunden zudem weitgehend mit Onlinebanking begnügen, weil die Institute keine deutschen Filialen haben, bei der GLS gibt es bundesweit nur acht.

Bei der Triodos Bank kommt hinzu, dass die Einlagen zwar im Fall einer Pleite abgesichert sind, allerdings durch die niederländische, nicht durch die deutsche Einlagensicherung.

Weil viele Deutsche große Teile ihres Geldes in Festgeld oder auf Tagesgeldkonten parken, sei an dieser Stelle erwähnt, dass auch nachhaltige Banken solche Produkte anbieten. Die Konditionen sind aber wegen der Niedrigzinsphase miserabel: Bei der GLS Bank gibt es für Tagesgeld gar keine Zinsen, ein Sparbrief über fünf Jahre bringt derzeit 0,1 Prozent pro Jahr, ebenso ein sogenannter Projektsparbrief, mit dem man konkrete Initiativen unterstützen kann.

Ethische Konten im Vergleich

	Monatsbetrag	Girokarte	Kreditkarte	Kontoführungskosten pro Jahr
GLS Bank Girokonto	3,80 € + 5 € GLS-Betrag	15,00 €	30,00 €	150,60 €
Ethikbank Girokonto	8,50 €	15,00 €	35,00 €	152,00 €
Triodos Bank Girokonto	5,50 €	15,00 €	39,00 €	120,00 €
Bank im Bistum Essen BIB GiroOnline	0 €	0 €	25,00 €	25,00 €
DKM Partner für Kirche + Caritas Girokonto Online	2 €	0 €	20,00 €	44,00 €

Einige Banken bieten für junge Erwachsene oder für Neukunden vorübergehend günstigere Konditionen; bei den Kreditkarten ist der Preis der günstigsten angegeben, wenn Auswahl besteht.

Eines der besten Angebote ist noch das Tagesgeldkonto der Umweltbank, das wenigstens für Einlagen bis zu 5000 Euro 0,25 Prozent Zinsen jährlich bietet – im Jahr macht das 12,50 Euro bei der Höchstsumme von 5000 Euro. Wer Geld fest für 15 bis 20 Jahre anlegt, bekommt hier 0,60 Prozent Zinsen.

Als coole und unter Umständen preiswerte Alternative zu den etablierten Ökobanken sieht sich das Start-up Tomorrow. Mit flotten Sprüchen preist es sein »Mobile Banking für ein besseres Morgen« mit ausgefeilter App. Der Kunde kann wählen zwischen einem Girokonto für 15 Euro im Monat, die größtenteils in klimaneutralisierende Projekte fließen sollen, und einer kostenlosen Variante. Auch bei dieser fließt laut Unternehmen »kein Cent« der Einlagen in Rüstung, Massentierhaltung oder Kohlekraft.

Zu den Konten gehört eine Visa-Debitkarte, mit der man bargeldlos bezahlen und an allen Geldautomaten mit Visa-Logo kostenlos Geld abheben kann – allerdings bei der kostenlosen Kontovariante nur dreimal im Monat; auf eine richtige Kreditkarte muss man verzichten.

Wer sein Geld nicht einem Start-up anvertrauen will, dessen Zukunft noch ungewiss ist, der kann sich auch überlegen, bei einer christlichen Bank ein Konto zu eröffnen. Diese wirtschaften oft auch nach bestimmten ethischen Kriterien. Die Bank im Bistum Essen beispielsweise hat ein kostenloses Onlinegirokonto, lediglich die Kreditkarte schlägt mit 25 Euro im Jahr zu

Buche. Nach eigener Aussage handelt die Bank nicht nur nach christlichen Werten, sondern will auch »sozialökologische Verantwortung« übernehmen, etwa über die Unterstützung von Mikrofinanzprojekten in 30 Ländern.

Eine weitere Alternative zu den reinen Umweltbanken können Sparkassen oder Volksbanken sein. Sparkassen etwa sind gesetzlich immerhin dem Gemeinwohl verpflichtet und nicht irgendwelchen anonymen Aktionären, Volks- und Raiffeisenbanken sind Genossenschaftsbanken, die demokratisch organisiert sind.

Das heißt nicht automatisch, dass ihr Geschäftsgebaren weniger skrupellos ist als das einiger Großbanken, doch wer genau hinsieht, kann womöglich bei den kleineren Instituten trotzdem eines entdecken, das den eigenen Vorstellungen vollkommen entspricht. Die Raiffeisenbank Holzkirchen zum Beispiel hat eine breite Palette an sozial und ethisch ausgerichteten Angeboten und bietet auch spezielle Beratung zum Thema an.

Wenn der Rüstungshersteller die eigene Rente finanziert

Die Reichenbergs haben strenge Maßstäbe an sich und ihre Ernährungsweise: Erdbeerjoghurt aus dem Kühlregal etwa kommt bei dem Ehepaar aus dem oberbayerischen Weilheim nicht auf den Tisch. Weil der »frei von so ziemlich allem ist, insbesondere von gesunden Erdbeeren«, schreibt Floriane Reichenberg auf einer Website. Dort geht es um den »Green Lifestyle« der Familie als

»Biotarier«, die nur mit »unverfälschten Naturprodukten« kochen. Über ihre Firma für Mensch und Umwelt vermittelt das Ehepaar außerdem nachhaltige Sach- und Rentenversicherungen. Wer auf der Website allerlei Fragen zum eigenen Verhalten beantwortet und entsprechende Nachweise hochlädt, kann außerdem »Ökopunkte« sammeln, für die es dann Rabatt bei den Produkten gibt.

Man kann das konsequent oder auch ein bisschen anstrengend finden – trotzdem ist es auf jeden Fall sinnvoll, sich im Bereich Versicherungen kompetente Berater zu suchen. Auf der Seite Mehrwerk Ökofinanz-21 finden sich beispielsweise auch zahlreiche Vermittler.

Deren Angebote zeigt man vor Vertragsabschluss am besten noch dem Berater einer Verbraucherzentrale, damit der die Leistungen mit herkömmlichen Produkten vergleichen kann.

Die Versicherungsbranche nämlich steht beim Thema Nachhaltigkeit noch ziemlich am Anfang. Dabei sind die Assekuranzen zentrale Player im weltweiten Finanzkarussell. Allein Deutschlands Lebensversicherer investieren gigantische Summen in Staats- und Unternehmensanleihen und andere Anlagen, um damit die späteren Renten und Ausschüttungen für ihre Kunden zu erwirtschaften. »Wir reden in diesem Bereich von mehr als 900 Milliarden Euro an Kundengeldern, die auf den Kapitalmärkten investiert sind«, sagt Ben Urbanke, der ebenfalls eine grüne Beratungsagentur namens Fibur betreibt. »Mit 900 Milliarden Euro kann man schon einiges bewegen.«

In welche dunklen Kanäle dieses Geld wohl teilweise fließt, zeigte unter anderem die Zeitschrift »Finanztest«, die zu ernüchternden Ergebnissen kam, als sie 2017 30 Riester-Renten nach ethischen Kriterien untersuchte. Mehrere etablierte Anbieter schlossen nicht einmal geächtete Waffen als Investment vollständig aus. Wer in solche Versicherungen ein Leben lang seine Beiträge zahlt, dessen Rente wird unter Umständen von umstrittenen Rüstungsherstellern mitfinanziert.

Auch Floriane Reichenberg findet, dass man mit der richtigen Versicherung einen »großen ökologischen Hebel« bewegen kann, nicht nur bei der Altersvorsorge, sondern auch im Sachver-



sicherungsbereich. Beispiel Hausratsversicherung: »Wenn etwa ein Kühlschrank durch einen versicherten Schaden kaputtgeht, zahlt ein herkömmlicher Versicherer nur ein Gerät gleicher Art und Güte, wie es im Versicherungsdeutsch heißt.« Bei einigen grünen Versicherungen kann man Mehrleistungen für nachhaltigen Schadensersatz vereinbaren, sodass diese unter Umständen für ein energieeffizienteres Gerät aufkommt.

Manche Anbieter zahlen auch die Reparatur des beschädigten Gegenstands, selbst wenn die teurer ist. Allerdings sind diese Mehrbeträge womöglich gedeckelt, deshalb ist ein Blick in die genauen Konditionen wichtig.

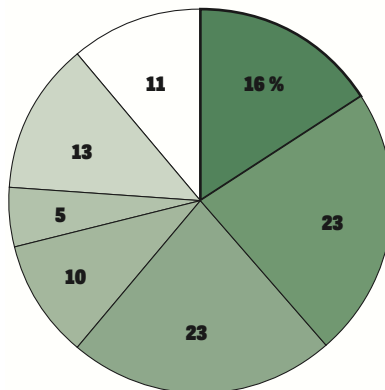
Die Suche nach grünen Alternativen ist auch aus anderen Gründen mühsam. Zwar bieten mittlerweile auch konventionelle Anbieter die Möglichkeit, etwa eine fondsgebundene Rentenversicherung mit nachhaltigen Fonds zu bestücken, »aber da wird viel Greenwashing betrieben«, sagt Urbanke. »Oft verdienen die Fonds den Namen eigentlich nicht, oder es gibt zu wenige, die wirklich nachhaltig sind, um ausreichend breit zu streuen.«

Vermittler, die auf Ökoanlagen spezialisiert sind, setzen deshalb selten auf die großen Aktiengesellschaften, sondern meist auf Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit (VVaG), von denen einige gerade relativ konsequent ihre Geschäfte auf Nachhaltigkeit umstellen. Das mag auch an deren Struktur liegen: Bei den VVaGs sind die Kunden in der Regel gleichzeitig Mitglieder und Träger des Vereins – der damit nicht den Gewinninteressen anonymer Geldgeber verpflichtet ist.

Manfred Jörger, freier Finanzmakler in Berlin und Mitglied des Netzwerks Ökofinanz 21, baut bei Riester, Rürup oder betrieblicher Altersvorsorge auf die GrüneRente der Stuttgarter, die strenge Maßstäbe etwa bei der Kapitalanlage verspricht. Der Versicherer spart in seinem jüngsten Anlagebericht nicht mit Eigenlob: »Die Stuttgarter GrüneRente ist ein echtes Erfolgsmodell«, heißt es da und: »Auch in unserer Unternehmensführung handeln wir nach ethischen, sozialen und ökologischen Aspekten.« Der Verbrauch von Strom und Wasser sei deutlich reduziert worden, genau wie der Schadstoffausstoß der Fahrzeugflotte.

Mehrere Vermittler versichern aber, das Engagement sei echt und die Stutt-

Nachhaltige Geldanlagen möchte ich künftig mehr nutzen ...



- stimme sehr stark zu
- stimme überhaupt nicht zu
- keine Angabe

2153 Interviews im Juni 2020,
mind. Anlagevermögen: 10 000 €
Quelle: Quirin Privatbank

garter tatsächlich »in der neuen Zeit angekommen«, wie es Jörger formuliert.

Bei Sachversicherungen arbeitet Jörger oft mit den NV-Versicherungen aus dem ostfriesischen Neuharlingersiel zusammen. Das Unternehmen, 1818 von »118 Ostfriesen« gegründet, wie es auf der Website heißt, hat vergangenes Jahr zusammen mit den Itzehoer Versicherungen den Onlinemarktplatz »Bessergruen« aufgelegt für nachhaltige Sachversicherungen.

Die Beiträge der Kunden, so verspricht NV, werden dabei »zu 100 %« nach ökologischen und sozialen Kriterien angelegt. Heißt laut NV: in Unternehmen, die zum Schutz der Umwelt beitragen und internationale Arbeitsrechtsstandards einhalten, sowie in Staaten, die »eine tragende Rolle in der nachhaltigen und ökologischen Gestaltung der Zukunft innehaben«. Für jeden Vertragsabschluss werde zudem ein Baum gepflanzt.

Jörger findet, die NV sei damit »zumindest auf einem guten Weg«. Er bescheinigt dem Versicherer außerdem einen fairen Umgang mit seinen Kunden. Das sage ja auch etwas darüber aus, wie ernst es jemand mit seinen moralischen Bekenntnissen meine.

Auch die Bayerische Versicherung hat 2017 eine grüne Tochter gegrün-

det – die Pangaea Life. Die Concordia Versicherung hat sich mit der Concordia Oeco ebenfalls schon länger einen grünen Versicherungsarm zugelegt.

Den Reichenbergs, den Gründern von Greensurance also, reicht es allerdings nicht, wenn ein Versicherer nur eine grüne Produktserie auflegt oder eine grüne Tochter gründet. Sie finden, dass die Unternehmen sich insgesamt ändern müssen. Neben ihrem Vermittlerbüro haben sie deshalb auch eine Stiftung gegründet, die Versicherungen wie die Waldenburger Versicherung, die Ostangler Versicherungen oder die Allcura Versicherung bei ihrer Grünwerdung berät.

Die Assekuranzen sollten ihre Kundengelder grundsätzlich nicht mehr in fossile Brennstoffe stecken, findet Marcus Reichenberger, der bei der Stiftung als Geschäftsführer fungiert. Auch bestehende Investments müssten mittelfristig entsprechend umgeschichtet werden. Geld für Waffenunternehmen oder Staaten und Firmen, die es mit den Menschenrechten nicht so genau nehmen, sei ohnehin tabu.

Wegen solch hoher Ansprüche könne man die Produkte der Versicherer, die von Greensurance empfohlen werden, mit gutem Gewissen abschließen, versichert auch Floriane Reichenberg.

Wer sich für eine nachhaltige Versicherung entscheidet, sollte trotzdem auch selbst nachsehen, ob der Anbieter zu ihm passt – und vor allem die Konditionen überprüfen. Die Preise für grüne Sachversicherungen können höher sein als die herkömmlicher Produkte. Verbraucherschützer Mai mahnt zudem, auch die Leistungen genau zu vergleichen. Denn was nutzt eine grüne Versicherung, die im Schadensfall nicht oder nicht ausreichend zahlt?

Von klassischen und fondsgebunden Rentenversicherungen rät Mai derzeit sowieso in den meisten Fällen ab, zumindest wenn sie nicht in irgendeiner Form staatlich gefördert werden.

»Grün oder nicht: Die Tarife sind momentan einfach sehr, sehr schlecht. Oft muss man 100 Jahre alt werden oder älter, um im Plus zu landen«, sagt er.

Alexandra Jegers, Anne Seith

► Lesen Sie Teil 2 der Serie in der nächsten Ausgabe von SPIEGEL GELD: Wie sich auch mit nachhaltigen Aktienfonds gutes Geld verdienen lässt

SPIEGEL GELD fragt Prominente, was ihnen Geld bedeutet. Diesmal erzählt BAP-Chef Wolfgang Niedecken, warum er sich trotz anfangs mieser Gagen nicht arm gefühlt hat – und wieso er sich nie mehr von einem Zigarettenkonzern sponsern lassen würde.

SPIEGEL: Können Sie sich noch an Ihre erste Gage erinnern?

Niedecken: Nein, wir wollten ja nur spielen. Es ging erst mal darum, überhaupt aufzutreten. Wir blieben eigentlich lieber in unserem Probenraum. Beim Schritt vom Probenraum raus auf eine Bühne ging es um den Mut dazu – und um die Gelegenheit; über Geld dachten wir erst nach, wenn am Ende des Abends das Bier bezahlt werden musste.

SPIEGEL: Und wer zahlte?

Niedecken: Der, der welches hatte. Später lautete das übliche Arrangement: 200 Mark, ein Kasten Bier und belegte Brötchen. Geschlafen wurde, wo was frei war: im Umkleideraum, falls vorhanden, auf dem Billardtisch der Auftrittskneipe, in freien WG-Zimmern von Konzertbesuchern, im Auto. Wir fühlten uns trotzdem nicht arm, sondern beschenkt, denn wir machten ja genau das, was wir wollten. Und schon der Bandname basierte ja auf Sparsamkeit.

SPIEGEL: Wieso das?

Niedecken: Mein Vater war ein sehr sparsamer Mensch. Er hielt das Geld zusammen und ernährte so mit seinem kleinen Lebensmittelhandel die Familie. Ich hatte meinen Bandkollegen oft von der Sparsamkeit meines »Bapp« erzählt. »Bapp« war die Bezeichnung für »Vater« in Unkel, wo er herkam. Wir brauchten vor unserem ersten Auftritt einen griffigen Namen, um Plakate zu beschriften. Einer sagte: »Schreibt Bap drauf, aber lasst das zweite P weg, das sieht scheiße aus.« Das war's: BAP.

SPIEGEL: Das ist mehr als 40 Jahre und 20 Alben her. Seitdem hat BAP deutsche Musikgeschichte geschrieben und auch viel Geld verdient. Wem gehört die Marke BAP?

Niedecken: Inzwischen habe ich die Markenrechte. Ich habe den letzten ausgeschiedenen Mitgliedern der sogenannten Urbesetzung ziemlich großzügige Abfindungen gezahlt. Ich betrachte auch die, die heute mit und für

BAP spielen, als Band und versuche, uns zusammenzuhalten. Aber es ist anders organisiert als früher.

SPIEGEL: Wie denn?

Niedecken: Früher, in der Urbesetzung, hatte jeder ein gleichberechtigtes Stimmrecht in fast allen Fragen: Vertragsabschlüsse, Finanzen, Engagements, Albumtitel, Auftritte. Jedes Mal, wenn ein stimmberechtigtes Mitglied ging, wurde es von einem nicht stimmberechtigten Musiker ersetzt. Die dann kamen, standen bei uns auf

Mein Geld, mein Leben

Folge 2: Wolfgang Niedecken

► 1951 in der Kölner Südstadt geboren, studierte der Sohn eines Lebensmittelhändlers nach der Schule Malerei, 1976 gründete er BAP. Drei Jahre später feierte die Rockgruppe ihre Schallplattenpremiere, die Texte behandeln oft soziale oder politische Themen. Im wohl bekanntesten BAP-Lied »Verdamp lang her« besingt Niedecken das Verhältnis zu seinem Vater.

der Payroll, ohne Stimmrecht: Sie erhielten feste monatliche Bezüge, später dann nur projektbezogen. Inzwischen sind die Musiker alle Soloselbstständige, die ich für BAP-Projekte bezahle, also Proben, Aufnahmen, Touren.

SPIEGEL: Also vom Kollektiv zu einem Ein-Mann-Unternehmen?

Niedecken: Von unserer allerersten Langspielplatte von 1979 verkauften wir über Monate gestreckt circa 4000 Exemplare – und auch fast nur in Köln und Umgebung. Weil nicht genug Geld da war, um das Cover farbig drucken zu lassen, wurden vorn farbige Postkarten draufgeklebt – von Hand. Das war noch alles sehr überschaubar und konnte auch in der Gruppe diskutiert und entschieden werden. Heute ist das komplizierter.

SPIEGEL: Mit dem überregionalen Durchbruch Anfang der Achtzigerjahre kam viel Geld in die Kasse. Hat das

dann die Organisationsform der Band verändert?

Niedecken: Das Geld reichte ja für alle. Es waren dann eher der Druck, immer wieder liefern zu müssen, und die unterschiedlichen Vorstellungen darüber, wohin die Reise musikalisch gehen sollte mit BAP. Wir waren zeitweise mit mehreren Alben gleichzeitig in den Charts, selbst unser Erstling mit den Postkarten kam nun nachträglich in die Top 20. Für jedes neue Album lag die Latte höher.

SPIEGEL: 1991 haben Sie Ihre Tournee von einem großen Tabakkonzern sponsern lassen. Ab welcher Summe wird man schwach?

Niedecken: Das stimmt. Und ich gebe zu, das war ein Fehler. Zu unserer Ehrenrettung muss ich sagen: Wir steckten die gesamte Kohle in die Bühnenproduktion. Auf der »X für e' U«-Tour hatten wir dann erstmals ein richtiges Bühnenspektakel, fast wie die Stones. Es sah geil aus. Aber wir kamen damit nicht durch, den Vorwurf des Sich-Verkaufens wurden wir auf der Tour nicht mehr los. Heute sage ich: zu Recht!

SPIEGEL: Was bedeutet Geld, wenn man genug davon hat?

Niedecken: Ich habe nie vergessen, wo ich herkomme. Und lebe immer noch dort: Köln, Südstadt. Okay, heute mit Haus und Garten und Blick auf den Rhein. Aber ich sehe mich immer noch als Jungen durchs Viertel ziehen. Ich musste im Laden meines Vaters mitarbeiten, unbezahlt, denn wir waren ja ein Familienbetrieb. So hatte ich keine Einnahmequelle, um mir LPs zu kaufen oder, noch schwieriger, eine Gitarre. Meine Mutter erkannte das. Sie hat dann, bevor sie abends dem Vater die Tageseinnahmen zum Nachzählen brachte, mir immer mal einen Schein zugesteckt. Der Bapp hat also meine Gitarre mitfinanziert – ohne es zu wissen. Leider hat der eigentliche »Markeninhaber« von BAP die Band nie auf der Bühne gesehen.

Interview: Markus Deggerich

Auf Nummer sicher

Krankenzusatzversicherungen Ob Brille, Zahnersatz oder Impfung: Kassenpatienten können jedwede Eventualität mit privaten Zusatzpolicen absichern. SPIEGEL GELD erklärt, was davon überhaupt sinnvoll ist.

■ Das Agnesviertel gehört zu den teuersten Wohngebieten in der Kölner Innenstadt. Viele Straßen sind von Gründerzeitvillen gesäumt, in Köln ein eher seltener Anblick. Es ist kein Zufall, dass Jens Frößler seine Praxis ausgerechnet hier betreibt. Der Zahnarzt und Implantologe ist darauf spezialisiert, unschöne Lücken im Gebiss kunstvoll zu schließen.

Die Nachfrage nach der edelsten aller Zahnersatzvarianten sei in den vergangenen Jahren stark gestiegen, sagt Frößler. »Viele Menschen wollen nicht mehr als Prothesenträger wahrgenommen werden oder billigen Zahnersatz mit Grauschleier im Mund haben.«

Das kostet: Im Schnitt zahlten gesetzlich versicherte Patienten 2500 Euro Eigenanteil für ein Implantat, berichtet Frößler. Eine Hälfte wird für die Behandlung fällig, die andere fürs Material.

Wer mit größeren Baustellen im Mund und hohen Ansprüchen zum Zahnarzt geht, für den ist eine gewisse Zahlungsbereitschaft also Pflicht, zumindest wenn er zur Gruppe der gesetzlich Versicherten gehört. Ähnlich sieht es bei vielen anderen Behandlungen und medizinischen Hilfsmitteln aus: Die Krankenkasse zahlt höchstens, was nötig, zweckmäßig und wirtschaftlich ist. Wer Extrawünsche hat, muss diese größtenteils aus eigener Tasche finanzieren – es sei denn, er hat eine private Krankenzusatzversicherung abgeschlossen.

Kassenpatienten können etliche Eventualitäten rund um ihre Gesundheit privat über solche Policen absichern: den teuren Zahnersatz, die Behandlung beim Heilpraktiker, Sehhilfen, das Einbettzimmer im Krankenhaus. Der Versicherer übernimmt im Scha-

densfall einen Teil jener Kosten, die die Krankenkasse nicht zahlt, weil die betreffende Behandlung kein Teil ihres Leistungskatalogs ist. Ende 2018 hatten die Deutschen mehr als 26 Millionen solcher Policen abgeschlossen, ein Plus von zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Gesundheit ist ein emotionales Thema, jeder will sich im Krankheitsfall bestmöglich versorgt wissen. Verbraucherschützer sehen Krankenzusatzversicherungen indes kritisch. Notwendig oder auch nur sinnvoll sind die meisten Policen ihrer Ansicht nach kaum. »Versicherungen sollten zuallererst existenzielle Risiken absichern. Private Krankenzusatzversicherungen tun das mit wenigen Ausnahmen wie der Auslandsreisekrankenversicherung nicht«, sagt Peter Griebler, Versicherungsspezialist der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg. »Sie haben deshalb nicht oberste Priorität.«

Die **Reisekrankenversicherung** ist die einzige Krankenzusatzversicherung, die Verbraucherschützer explizit empfehlen. Bei medizinischen Behandlungen im Ausland übernimmt die Kasse nämlich nicht immer alle Kosten, außerhalb der EU zahlt sie meist gar nicht. In diesem Fall springt der Versicherer ein, der je nach Tarif oft auch den Rücktransport in die Heimat bezahlt. Reisekrankenpolicen sind schon für fünf bis zehn Euro pro Jahr zu haben. Chronisch Kranke und Menschen mit Vorerkrankungen sollten vor Vertragsab-

Die günstigsten Tarife für Zahnzusatzversicherungen

Anbieter	Tarif	Betrag	Zahnbehandlung	Zahnersatz	Inlays	Implantate	Bewertung
SDK	ZP5	6,39 €	50 %	50 %	50 %	50 %	5
SIGNAL IDUNA	ZahnSTARTpur	8,89 €	50 %	50 %	50 %	50 %	3
Deutsche Familienversicherung	ZahnSchutz Basis 50	16,00 €	50 %	50 %	50 %	50 %	5
ARAG	Dent70	16,18 €	75 %	70 %	70 %	70 %	5
Inter	Z70, Zpro	16,33 €	100 %	55 %	70 %	0 %	4

Vorgaben: Versicherungsbeginn 1. September 2020, Eintrittsalter 40, Zahnersatz mindestens 50 Prozent, Zahnbehandlung mindestens 50 Prozent, Inlays mindestens 50 Prozent, professionelle Zahnreinigung inklusive, Verzicht auf Wartezeit, Risikotarif. Die in der Tabelle aufgeführten Versicherer bieten mitunter weitere Tarife an. In der Tabelle wird daher jeweils nur das günstigste Angebot des einzelnen Versicherers berücksichtigt. Die Bewertung stammt von Morgen & Morgen, 5 ist die Bestnote. Quelle: Morgen & Morgen GmbH, Stand: September 2020

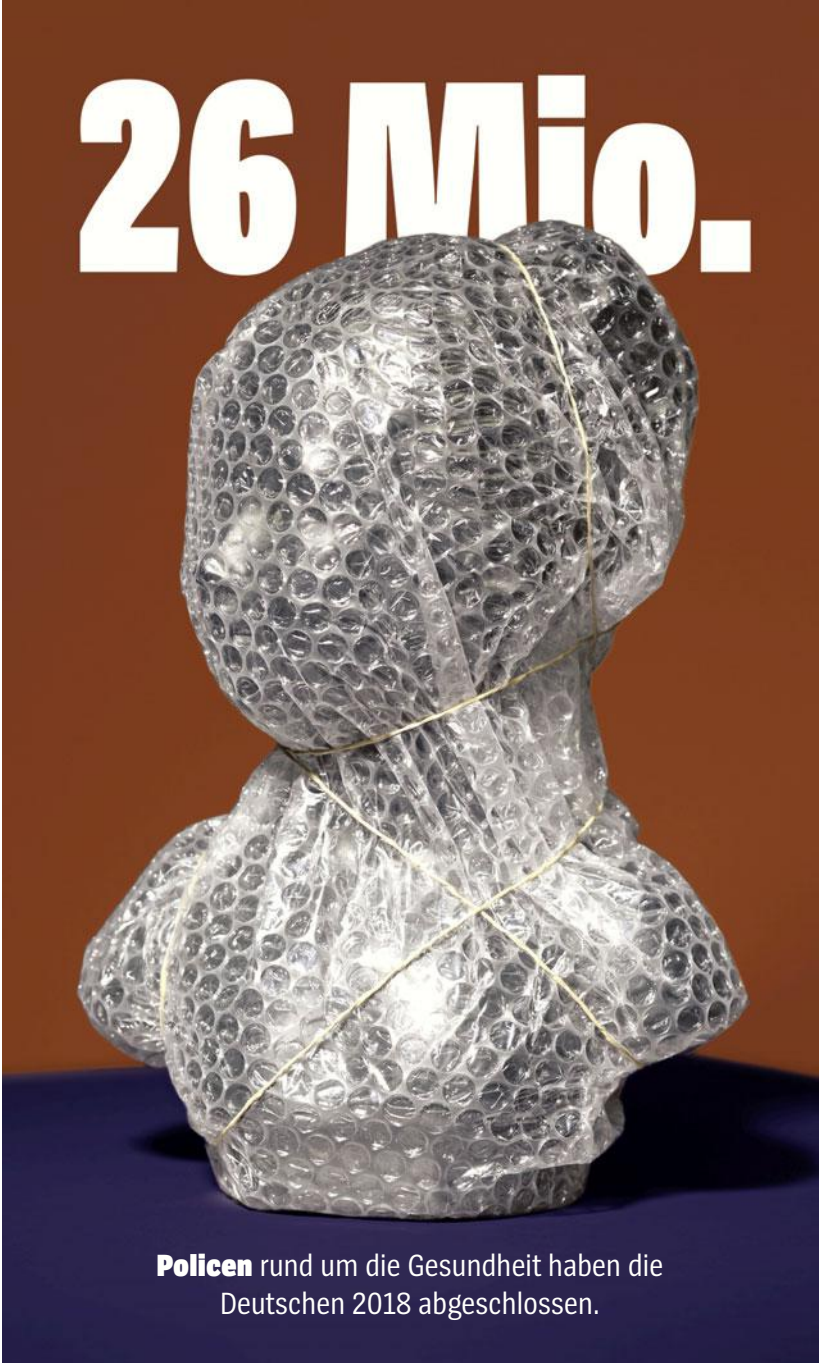
schluss prüfen, ob sie auch dann versichert sind, wenn ihre Erkrankung im Urlaub eine akute Behandlung notwendig macht. Wer eine Kreditkarte besitzt, hat oft schon eine dazugehörige Reisekrankenversicherung. Aber Achtung: Diese greift meist nur dann, wenn der Versicherte den Urlaub und die Reise zum Urlaubsziel auch mit der Kreditkarte bezahlt hat.

Eine **Zahnzusatzversicherung** ist im Gegensatz zur Reisekrankenversicherung kein Muss. Sie kann jedoch sinnvoll sein. Die Kosten für ein Implantat ruinieren Patienten zwar nicht, sie können aber empfindlich schmerzen. Bei vielen Zahnbehandlungen übernimmt die Krankenkasse nur einen kleinen Teil der Kosten. »Jeder, der schon einmal beim Zahnarzt war, weiß, wie teuer eine optimale Zahnversorgung ist«, sagt Helmut Zeiß, Experte für Krankenversicherung beim Frankfurter Versicherungsmakler Hoesch & Partner. »Die Kasse übernimmt nur einen Festbetrag für die sogenannte Regelversorgung. Das ist vom Optimalen weit entfernt.« Bei Implantaten blieben Kassenpatienten in der Regel auf drei Vierteln der Kosten sitzen. Die Kassen bezuschussen nicht das Implantat selbst, sondern nur den Zahnersatz, der auf der künstlichen Zahnwurzel sitzt.

Wer eine Zahnzusatzversicherung abgeschlossen hat, bekommt je nach Angebot einen mehr oder weniger großen Teil der Gesamtkosten erstattet. So übernimmt die Arag-Versicherung bei ihrem Tarif Dent70 drei Viertel der Zahnbehandlungskosten sowie jeweils 70 Prozent bei Zahnersatz, Inlays und Implantaten (siehe Tabelle). Ein Musterkunde, der bei Vertragsabschluss 40 Jahre alt ist, zahlt dafür rund 16 Euro pro Monat, also fast 200 Euro im Jahr.

Die Beitragshöhe ist die Krux vieler Zahnzusatzversicherungen. Leistungsstarke Policen sind nicht gerade günstig, und längst nicht jeder benötigt irgendwann in seinem Leben teuren Zahnersatz. »Oft ist es sinnvoller, in eine gute Zahnbürste und Zahnpasta zu investieren«, sagt Verbraucherschützer Grieble. Auch Zahnarzt Jens Frößler würde nicht jedem eine Zahnzusatzversicherung empfehlen. »Wenn Zähne kaputtgehen, gibt es meist eine Vorgesichte. Man kann viele Schäden abwenden, wenn man sie früh entdeckt«, sagt er.

26 Mio.



Policen rund um die Gesundheit haben die Deutschen 2018 abgeschlossen.

Wer trotzdem eine Zahnzusatzpolice abschließen will, sollte vor Vertragsabschluss Preise und Leistungen mehrerer Anbieter vergleichen, rät Grieble – und beim Blick auf die Kosten im Hinterkopf behalten, dass es sich um Monats- und nicht um Jahresbeiträge handelt. »Es gibt gewaltige Unterschiede zwischen den Tarifen«, sagt er. Nicht nur die Höhe der Beiträge und der prozentualen Kostenübernahme variiert. Bei manchen Tarifen bietet der Versicherer in den ersten Jahren nach Ver-

tragsabschluss nur einen Teil der versprochenen Leistung. Erst wenn Kunden schon jahrelang in die Police eingezahlt haben, können sie auf das volle Leistungsspektrum zugreifen. Einige Anbieter legen Erstattungsgrenzen sogar für die gesamte Laufzeit fest. Wichtig auch: Interessenten mit Vorschäden sollten darauf achten, ob bereits vorhandene Lücken mitversichert sind. Das ist bei vielen Policen nicht der Fall.

Neben der Zahnzusatzversicherung kann im Einzelfall auch eine **stationäre**

Worauf Sie immer achten sollten!

► Egal was für eine Krankenzusatzversicherung Sie abschließen – tun Sie es, bevor Sie wissen, dass Sie sie benötigen! Wenn schon etwas passiert ist, ist es für eine Versicherung zu spät. Außerdem sollte man die Gesundheitsfragen des Versicherers sorgfältig und wahrheitsgemäß beantworten. Sonst gibt es im Ernstfall kein Geld. Es gebe zwar auch Tarife, bei denen die Anbieter auf Gesundheitsfragen verzichten, sagt Versicherungsmakler Helmut Zeiß. »Diese Tarife ohne Ge-

sundheitsprüfung machen aber im Schadensfall wenig Spaß.« Sie sind wegen des höheren Risikos für den Versicherer zudem vergleichsweise teuer. Der dritte Fallstrick: Der Anbieter sollte in den ersten Jahren auf sein außerordentliches Kündigungsrecht verzichten. Andernfalls laufen Versicherungsnehmer Gefahr, dass ihnen beim ersten Schadensfall gekündigt wird und sie keine neue Police mehr bekommen. Interessenten sollten zudem einen Tarif mit Alterungsrückstellungen

wählen. Versicherer bilden diese Reserven, um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass ältere Versicherungsnehmer höhere Kosten verursachen als junge. Tarife ohne Alterungsrückstellungen sind auf den ersten Blick zwar deutlich günstiger. In späteren Jahren können sie aber so teuer werden, dass sich manche Kunden die Policen nicht mehr leisten können. Dabei steigt mit dem Alter die Wahrscheinlichkeit, dass man eine Krankenzusatzversicherung auch tatsächlich benötigt.

Zusatzversicherung interessant sein. Versicherungsnehmer können damit eine Reihe von Zusatzleistungen für einen stationären Krankenhausaufenthalt versichern. Zu den Klassikern gehören die Chefarztbehandlung und die Unterbringung im Einzelzimmer. »Viele Krankenhäuser bieten Mehrbettzimmer an. Sollte man in ein Ein- oder Zweibettzimmer wollen, muss man diese Kosten selbst tragen«, sagt Pascal Schiffels, Geschäftsführer des Versicherungsanalysehauses Morgen & Morgen. Die beliefen sich im Schnitt auf rund 120 Euro pro Krankenhaustag. Darüber hinaus könne man mit den Policen beispielsweise Kosten absichern, die entstehen, wenn man in einem anderen Krankenhaus behandelt werden will, als die Kasse vorschlägt.

Stationäre Krankenhausaufenthalte dauern oft nicht lange. Durchschnittlich blieben Patienten in Deutschland zuletzt 7,3 Tage im Krankenhaus. In zahlreichen Kliniken sind Zweibettzimmer Standard. Und Chefärzte haben nicht unbedingt die größte Routine, weil sie auch Managementaufgaben wahrnehmen. Stationäre Zusatzversicherungen sind deshalb rational gesehen wenig sinnvoll. Sie können im Krankheitsfall aber ein gutes Gefühl geben. Manchmal hilft das bei der Genesung.

»Patienten wollen gern volles Mitspracherecht bei Klinik-, Arzt- und Zimmerwahl«, sagt Versicherungsmakler

Zeiß. Wer überzeugt ist, mit einer anderen Person im Zimmer nicht entspannen zu können, oder sich beim Chefarzt besonders gut aufgehoben fühlt, kann diese Wunschleistung versichern – wenn wichtigere Risiken bereits abgedeckt sind und genug Geld übrig ist. Schließt man mit 30 Jahren eine stationäre Zusatzversicherung ab, muss man mit monatlichen Mindestkosten zwischen 29 und 39 Euro rechnen, ergab eine Untersuchung der Verbraucherschutzorganisation Bund der Versicherten (BdV). Je älter der Kunde bei Vertragsabschluss ist, desto höher liegt der Monatsbeitrag.

Nützlicher als stationäre Zusatzversicherungen sind **Krankentagegeldpolicen**. Werden gesetzlich versicherte Arbeitnehmer krank, ist ihr Chef verpflichtet, ihnen sechs Wochen lang weiterhin Lohn zu überweisen. Danach springt die Krankenkasse ein und zahlt Krankengeld. Dieses beträgt 70 Prozent des Bruttogehalts – netto können es aber bis zu 90 Prozent sein, je nach Steuersatz. Die absolute Obergrenze liegt derzeit bei 109,38 Euro brutto pro Tag.

Wer die Einkommenslücke zu groß findet, kann sie mit einer Krankentagegeldversicherung schließen. »Sie stockt im Krankheitsfall die Leistungen der Krankenkasse auf. Man kann damit also Erwerbsausfälle wegen längerer Arbeitsunfähigkeit abfedern«, so Zeiß.

Eine Krankentagegeldpolice lohnt sich vor allem für Besserverdiener. Und

für Privatversicherte: Diese bekommen nach dem Ende der Lohnfortzahlung nämlich kein Krankengeld. Selbstständige, die gesetzlich versichert sind, können wählen, ob sie Krankengeld bekommen wollen. Entscheiden sie sich dagegen, zahlen sie einen ermäßigten Beitragssatz von aktuell 14 Prozent ihres Gewinns. Ziehen sie die Krankengeldoption, werden 14,6 Prozent fällig plus ein Zusatzbeitrag, dessen Höhe von der Krankenkasse abhängt.

Für Beamte rechnen sich Krankentagegeldversicherungen dagegen nicht. Sie bekommen ihr Gehalt im Krankheitsfall ohne zeitliche Begrenzung weitergezahlt. Auch wer eine Berufsunfähigkeitsversicherung abgeschlossen hat, benötigt oft keine zusätzliche Absicherung für den Krankheitsfall. Die Leistungen aus den beiden Policen schließen sich aus, sie werden nicht gleichzeitig gezahlt.

Versicherungskunden sollten die Krankentagegeld- nicht mit der **Krankenhaustagegeldversicherung** verwechseln. Bei Letzterer fließt eine fixe Summe pro Tag, den Versicherte stationär im Krankenhaus verbringen. Das Geld können sie für die private Zuzahlung in Höhe von zehn Euro täglich verwenden, die bei Klinikaufenthalten fällig wird. Im Gegensatz zur Krankentagegeldversicherung halten Experten diese Police allerdings für Unfug. Das finanzielle Risiko, das damit abgesichert wird, ist äußerst gering.

Ebenfalls wenig sinnvoll sind nach Ansicht von Verbraucherschützern Policen, die allerhand weitere, meist vergleichsweise günstige Selbstzahlerleistungen rund um die Gesundheit absichern: **Sehhilfen, Heilpraktikerbehandlungen, Impfungen, Vorsorgeuntersuchungen**. All diese Policen rechnen sich in der Regel nicht. Kunden sollten sich erst recht keine Tarife aufschwätzen lassen, die mehrere solcher Versicherungen bündeln, warnt der BdV in einem Merkblatt: »Viele **Kombinationsprodukte** sind unnötig.« Die Policenpakete entsprächen in der Regel nicht den tatsächlichen Bedürfnissen, ihre einzelnen Bestandteile ließen sich nicht flexibel zusammensetzen. Im Vergleich zu Einzelangeboten böten Kombitarife überdies meist eine schwächere Leistung.

Julia Groth

Aus dem Häuschen

Immobilien Wie verkaufe ich meinen Grundbesitz zum Bestpreis? Elf wichtige Lektionen für Wohnungs- und Hauseigentümer.

■ Es kommt nicht oft vor, dass man einen Gegenstand im Wert von mehreren Hunderttausend Euro verkauft. Sich von einem Haus oder einer Wohnung zu trennen gehört darum zu den schwierigsten finanziellen Entscheidungen, die man in seinem Leben treffen muss. Noch dazu sind jede Menge Emotionen im Spiel, wenn man das Heim über Jahre selbst bewohnt, seine Kinder

darin großgezogen, Haustiere im Garten beerdigt und Familienfeiern begangen hat.

Richtig bitter wird der Abschied, wenn man wegen eines finanziellen Engpasses gezwungen ist zu verkaufen. Doch viele dürften in der Corona-Krise zumindest darüber nachdenken, schließlich wurden mehr als sechs Millionen Menschen in Deutschland zeitweilig in Kurzarbeit geschickt. Auch viele Selbstständige haben enorme Einkommenseinbußen, manchmal für einen nicht absehbaren Zeitraum.

Unabhängig davon, ob man verkauft, weil man sich finanziell übernommen hat, weil ein Lebensabschnitt zu Ende geht oder weil man eine Immobilie erbt, die man nicht selbst

nutzen will: Für alle Verkäufer gilt es gleichermaßen, eine konkrete Strategie zu haben. Wer überstürzt handelt, verliert Geld – ein Immobilienverkauf ohne Plan kann richtig teuer werden. Damit Sie gut vorbereitet sind, führt SPIEGEL GELD Sie durch die wichtigsten Schritte eines Immobilienverkaufs.

1 Alternativen prüfen

Für Menschen, die in eine finanzielle Notlage geraten sind, ist es zunächst ratsam, Alternativen zu prüfen. Lässt sich vielleicht ein Auto verkaufen, ein Urlaub absagen oder etwas Geld in der Familie leihen?

Auch das Gespräch mit der Bank zu suchen ist auf jeden Fall sinnvoll. Von April bis Juni konnten Betroffene die Zinsen und Tilgungsraten an ihre Bank stunden lassen. Zwar lief diese Regelung des Corona-Hilfspakets im Juli aus, doch einige Banken bieten an, die Kreditraten länger als die gesetzlich vorgesehenen drei Monate zu senken.



7,14 Prozent Courtage verlangen viele Makler, wenn sie beim Immobilienverkauf helfen. Bei einem Preis von 400 000 Euro sind das 28 560 Euro Extrakosten, die ab Ende 2020 allerdings hälftig aufgeteilt werden müssen.



10 000 Euro Vorfälligkeitsentschädigung muss im Schnitt zahlen, wer einen Baukredit vorzeitig kündigt und noch 100 000 Euro Restschuld hat.

Ebenso lassen sich oft die Tilgungsraten dauerhaft drücken und somit der Immobilienkredit über einen längeren Zeitraum als geplant strecken. Damit sinkt die finanzielle Belastung allerdings nur im Hinblick auf die monatliche Rate, meist wird der Kredit auf lange Sicht teurer. Angebote der Bank gilt es deshalb genau durchzurechnen.

2 Vorsicht vor Bankabzocke

Wenn es nicht reicht, die Kreditraten zu senken, ist das Haus oder die Wohnung nicht mehr zu halten. Grundsätzlich lassen sich auch Immobilien mit laufender Finanzierung verkaufen. In den meisten Fällen muss dann aber eine sogenannte Vorfälligkeitsentschädigung an die Bank gezahlt werden. Das ist eine Art Schadensersatz für die Bank, weil sie ja auf sicher geglaubte Zinsen verzichten muss.

Laut einer Studie der »Marktwächter Finanzen« der Verbraucherzentralen fordern Banken im Schnitt zehn Prozent der Restschuld als Vorfälligkeitsentschädigung. Wer noch 100 000 Euro Schulden hat, soll also 10 000 Euro zahlen. In mehr als drei Vierteln der Fälle seien die Forderungen überhöht, zudem seien die Abrechnungen für Kunden meist schwer zu durch-

schauen. Die Summe, die die Bank fordert, sollten Betroffene unbedingt überprüfen lassen. Verbraucherzentralen bieten das oft für rund 80 Euro an, private Finanzberater können ebenfalls helfen.

Wenn die Bank zustimmt, kann auch der neue Käufer die laufende Finanzierung übernehmen. Dann entfällt die Vorfälligkeitsentschädigung. Der Käufer muss aber den Vertrag zu den gleichen Konditionen weiterführen wie der bisherige Kreditnehmer. Da derzeit – auch durch Corona – Baudarlehen immer günstiger werden, dürfte sich darauf kaum ein Käufer einlassen.

3 Den richtigen Zeitpunkt finden

Bisher ist der deutsche Wohnimmobilienmarkt erstaunlich gut durch die Krise gekommen. »Preisrückgänge auf breiter Front hat es nicht gegeben. Höchstens die Mieten in einigen Großstädten sind vereinzelt etwas zurückgegangen«, sagt Michael Voigtländer, Immobilienexperte am Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Doch oft schlugen Wirtschaftskrisen auf Immobilienmärkte mit Verzögerung durch. »Frühestens im Winter wird man sehen, ob es im Sommer wegen erhöhter Arbeitslosigkeit zu Notverkäufen gekommen ist«, sagt Voigtländer.

Der Zuzug in die großen Städte ist weiter hoch, es wird immer noch viel zu wenig gebaut, und die Hypothekenzinsen werden auf Jahre ultraniedrig bleiben. All das verhindert ein abruptes Ende des Immobilienbooms, der nun schon seit mehr als zehn Jahren anhält.

Für Menschen, die jetzt verkaufen wollen oder müssen, ist das eine gute Nachricht: Trotz Corona notieren die Preise auf Rekordniveau. Natürlich weiß niemand, ob man in ein oder zwei Jahren einen noch höheren Preis erzielen könnte. »Verkäufer können aber immerhin sehr sicher sein, dass sie einen besseren Preis bekommen als noch vor ein paar Jahren«, sagt Vermögensberater Gerd Kommer.

Kaufinteressenten, die jetzt aufs Verramschen von Immobilien hoffen, dürften hingegen erst einmal enttäuscht werden. Schnäppchen gibt es – wenn überhaupt – nur in weniger attraktiven Lagen auf dem Land. Aber die hat es auch schon vor Corona gegeben.

4 Mit Makler oder ohne?

Wer sich für den Verkauf entschieden hat, muss sich zunächst fragen, ob er die Immobilie privat oder über einen Makler verkaufen will. Ein Makler bewirbt die Immobilie, wickelt den Verkauf ab und kennt sich mit den Fallstricken aus. Im Gegenzug verlangt er eine Provision.

Wie hoch diese ausfällt, ist gesetzlich nicht festgelegt und hängt bisher vom Bundesland ab. In Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen teilen sich Verkäufer und Käufer eine Courtage von 7,14 Prozent des Kaufpreises. In Berlin, Hamburg und Hessen müssen Käufer allein für die Provision aufkommen. Im Mai hat der Bundestag beschlossen, dass sich ab Ende 2020 in ganz Deutschland Verkäufer und Käufer die Provision teilen müssen.

Da die Dienstleistungen eines Maklers teuer sind, dürften sie sich gerade für klamme Immobilienbesitzer oft nicht rechnen. Es lohnt sich nur, wenn der Makler es schafft, die Immobilie teurer zu verkaufen als man selbst. »Das ist aber nur in Ausnahmen der Fall«, sagt Werner Siepe, der für die Stiftung Warentest das Buch »Meine Immobilie richtig verkaufen« geschrie-

ben hat. Privatverkäufer müssten dann aber bereit sein, eine Menge Zeit zu investieren. »Mit 20 Stunden verteilt auf drei Monate sollte man mindestens rechnen«, sagt Siepe.

Wer seine Immobilie ohne professionelle Hilfe verkaufen will, sollte sich darauf einstellen, dass sich viele Makler melden werden, die einem ihre Dienste anbieten. Siepe rät Selbstentscheidern dazu, sie erst einmal zu vertrösten, statt die Angebote grundsätzlich abzulehnen. »Man weiß ja am Anfang nicht, ob man auf eigene Faust erfolgreich ist.«

5

Richtig kalkulieren

Den Preis zu ermitteln, den man beim Verkauf fordern will, gehört zu den schwierigsten Aufgaben auf dem Immobilienmarkt. Denn Häuser und Wohnungen werden nun mal viel seltener als Autos oder andere Gegenstände gehandelt, zudem gibt es keine öffentliche Datenbank, die alle tatsächlichen Verkäufe von Immobilien auflistet. Und: Zumindest in den Ballungsgebieten sind in den vergangenen Jahren die Preise so stark gestiegen, dass man schnell den Überblick verliert.

Verkäufer kommen deshalb nicht drum herum, selbst zu recherchieren. Immobilienexperte Siepe schlägt vor, mit der Übersicht »Wo Kaufen immer noch attraktiv ist« anzufangen, die sich für wenige Euro als PDF auf der Website der Stiftung Warentest herunterladen lässt. Das Ranking listet für 115 Städte und Landkreise Preise für Häuser und Eigentumswohnungen in Abhängigkeit von Lage und Ausstattung auf. Oft seien die Schätzungen der Übersicht sehr exakt, sagt Siepe.

Als Alternative bieten sich die kostenlosen großen Immobilienportale wie Immobilienscout24, Immowelt und Immonet an. Hier können Verkäufer einfach die Anschrift ihrer eigenen Immobilie eingeben und dann eine Suchanfrage für ein vergleichbares Objekt im Umkreis von maximal fünf Kilometern starten. So lässt sich mit wenigen Klicks feststellen, zu welchem Preis ähnliche Immobilien in der Umgebung angeboten werden. Aber Achtung: Schon wenige Kilometer können große Unterschiede machen, zum Beispiel wenn sie über die direkte Anbindung

an den öffentlichen Nahverkehr entscheiden.

Ein professionelles Gutachten lohnt sich in den meisten Fällen nicht. Sie sind sehr teuer und werden von vielen Käufern nicht ernst genommen, schließlich hat ein vom Verkäufer beauftragter Gutachter das Interesse, einen hohen Preis anzusetzen.

Auch viele Privatverkäufer machen den Fehler, den Preis zu hoch anzusetzen. Laut einer Erhebung von McMakler liegen die inserierten Preise von Privatleuten vier Prozent über denen, die Makler ansetzen. Das ist nachvollziehbar, schließlich neigen Selbstnutzer dazu, ihr Haus oder ihre Wohnung für besonders wertvoll zu erachten. Außerdem hat derjenige, der einen hohen Preis verlangt, genügend Puffer für Verhandlungen. Und er kann darauf verweisen, dass der Käufer die – meist fünfstellige – Maklerprovision spart.

Experte Siepe rät aber davon ab, solch eine Strategie zu verfolgen. »Unter Umständen kann die Immobilie so zum Ladenhüter werden. Und stehen Häuser auf Portalen wochenlang zum Verkauf, hinterlässt das keinen guten Eindruck«, sagt er. Besser sei es, eine realistische Preisspanne festzusetzen.

6

Exposé erstellen

Haben Verkäufer einen Preis festgesetzt, gilt es, alle für den Verkauf notwendigen Unterlagen zusammenzustellen. Dazu gehören Grundriss, Beschreibung des technischen Zustands und Fotos der Immobilie. Die Lagebeschreibung ist in einem solchen Exposé viel wichtiger als die Ausstattung. Schließlich kann nur Letzteres vom Käufer verändert werden.

7

Die Vermarktungsstrategie

Wer aus seinem selbst bewohnten Haus oder seiner Wohnung ausziehen muss, kann seinen Verkaufswunsch als Erstes seinen Nachbarn mitteilen. Früher oder später bekommen sie es ja sowieso mit, und vielleicht ergeben sich schon dadurch Kontakte zu möglichen Interessenten. »Menschen, die wegen Corona in einen finanziellen Engpass geraten

sind, sollten aber auf keinen Fall den Eindruck erwecken, dass sie unter Termindruck stehen und ihr Eigenheim so schnell wie möglich verkaufen müssen«, sagt Siepe. Denn das könne Schnäppchenjäger anlocken.

Sinnvoll kann es sein, in der Nachbarschaft Handzettel zu verteilen. »Das ist viel persönlicher als ein Verkaufsschild, das wie ein abschreckender Galgen im Garten steht«, sagt Siepe. Den Preis können Verkäufer in ihrem Flyer nennen, müssen es aber nicht. Wichtig ist, dass Verkäufer am besten gleich in der Überschrift auf das Privatangebot »provisionsfrei direkt vom Eigentümer« hinweisen. »Das zieht so gut wie immer.«

Die größte Reichweite lässt sich aber mit Internetanzeigen bei den großen Immobilienportalen erzielen. Für rund 200 Euro lässt sich zum Beispiel eine Anzeige beim Marktführer Immobilienscout mit einer Anzeige bei Immowelt oder Immonet über acht Wochen kombinieren. Meldet sich auch nur ein einziger Käufer, haben Verkäufer die Kosten schon wieder heraus.

Bei der Beschreibung sollten Verkäufer sich möglichst kurz halten. Bei »naturnahem Grundstück« vermuten erfahrene Kaufinteressenten gleich eine verwilderte Parzelle, und »verkehrsünstige Lage« hört sich ziemlich nach Verkehrslärm und Abgasen an.

8

Cool bleiben

In Großstädten dauert es meist nur wenige Minuten, bis die ersten Anfragen eingehen. Verkäufer sollten sich deshalb gut vorbereiten, meistens werden nämlich immer die gleichen drei Fragen gestellt:

Wie lautet die genaue Adresse?

Wann kann ich mir das Haus ansehen?

Geht noch was beim Preis?

»Man sollte besser nicht sofort auf diese Fragen antworten und auch nicht direkt einen Termin vereinbaren«, rät Siepe. Besser sei es herauszufinden, wie ernst die Kaufinteressenten es meinen. Viele Leute wollten einfach nur »mal schauen«. »Das hat dann oft ergebnislose Besichtigungen zur Folge, die nur unnötig Zeit kosten.« Um die Kaufabsicht des Gegenübers besser einschät-

zen zu können, eignen sich Gegenfragen. Verkäufer können sich danach erkundigen, für wen der Interessent eine Immobilie erwerben möchte oder wie lange er schon auf der Suche ist. Auch die Frage nach der Finanzierung kann helfen, um Blender auszuschließen. Erst dann sollte man Besichtigungstermine vereinbaren.

9 Tür auf für Interessenten

Während der Corona-Pandemie sind nun Einzelbesichtigungen grundsätzlich wieder erlaubt. Dabei ist auf die Einhaltung geltender Hygienestandards und des Mindestabstands zu achten. Virtuelle Videorundgänge, wie sie während des Lockdowns viele Makler angeboten haben, eignen sich für die meisten Privatverkäufer nicht.

10 Richtig feilschen

In einer Stadt oder einem Ballungsgebiet werden Verkäufer nicht viel verhandeln müssen. Es wird genügend Interessenten geben, die bereit sind, den angesetzten Preis zu zahlen. Und gibt es mehrere Interessenten, können Verkäufer den Preis sogar weiter erhöhen oder sich den Käufer aussuchen.

Doch nicht in allen Regionen boomen die Immobilienmärkte. Wer in einer weniger attraktiven Region wohnt, sollte mit deutlich weniger Interessenten und harten Preisverhandlungen rechnen. Daher ist es zunächst sinnvoll, eine Schmerzgrenze festzulegen, bei der man die Immobilie gerade noch verkaufen würde, statt auf andere Interessenten zu warten. Bei einem Preis, der mehr als zehn Prozent vom Angebotspreis abweicht, sollte man jedoch grundsätzlich ein klares Nein aussprechen. »Liegt das Gegenangebot jedoch bei höchstens zehn Prozent weniger, lohnt es sich weiterzuverhandeln«, rät

Siepe (siehe Kasten). Wenn mehrere Kaufinteressenten konkurrieren, kann es sogar dazu kommen, dass manche Interessenten mehr bieten als den Angebotspreis, etwa zusätzlich ein Handgeld in bar von mehreren Tausend Euro. Bei der sogenannten Bat-Methode (bar auf die Tatze) sollte man aber vorsichtig sein. Ein später notariell abgeschlossener Kaufvertrag ist ungültig, wenn diesem ein Schwarzgeschäft zugrunde lag. Sollte es auffliegen, wird im schlimmsten Fall der Vertrag rückabgewickelt.

11 Kundig beim Notar agieren

Der Verkauf einer Immobilie ist erst dann unter Dach und Fach, wenn ein Notar das Geschäft protokolliert hat. Er schreibt den Kaufvertrag und fungiert als neutraler Mittler zwischen Verkäufer und Käufer. Beide Parteien müssen sich auf einen Notar einigen, eine feste Regelung gibt es hierfür nicht. Es ist aber allgemein üblich, dass der Käufer

den Notar vorschlägt und auch bezahlt. Den Kaufvertragsentwurf des Notars sollten Verkäufer sorgfältig prüfen und ihn mit Musterformularen vergleichen, die sich im Internet kostenlos herunterladen lassen. Grundsätzlich gilt in solchen Verträgen »gekauft wie besichtigt«: Gewährleistungsansprüche wegen Mängeln werden ausgeschlossen, sodass Verkäufer mit keinen nachträglichen Forderungen rechnen müssen. Sie müssen aber Kaufinteressenten unaufgefordert auf mögliche bauliche Mängel hinweisen, etwa Feuchtigkeitsschäden. Denn wer solche arglistig verschweigt, haftet am Ende für Falschangaben. Anders ist es beim Verkauf eines Neubaus: Hier haben Käufer bis zu fünf Jahre das Recht auf Nachbesserung von Baumängeln.

Da in Zeiten von Corona ein Notartermin nicht von heute auf morgen zu bekommen ist, empfiehlt es sich, eine schriftliche Reservierungsvereinbarung aufzusetzen. Damit kann der Verkäufer ausschließen, dass der Käufer doch noch im letzten Moment abspringt. Der Käufer muss dann eine Gebühr in Höhe

von zum Beispiel 3000 Euro zahlen, die er zurückerhält, sobald der notarielle Kaufvertrag unterschrieben ist. Im Gegenzug erklärt sich der Verkäufer bereit, an niemand anders zu verkaufen. Die Gebühr sollte aber auf jeden Fall deutlich unterhalb einer üblichen Maklerprovision liegen, sonst dürften Interessenten Abzocke fürchten.

Wenn der Kaufvertrag unterschrieben und notariell beurkundet ist, gibt es kein Zurück mehr. Der Notar überwacht, wie Immobilie und Geld Zug um Zug den Eigentümer wechseln. Im Regelfall überweist der Käufer den Kaufpreis oder zahlt ihn an, auf Wunsch zunächst auf ein Treuhandkonto, über das nur der Notar verfügen darf. Dann erst erfolgt die Übergabe der Immobilie.

Henning Jauernig

Mehr zum Thema:

- **Stiftung Warentest: Meine Immobilie erfolgreich verkaufen.** 176 Seiten; 19,90 Euro.

Beispiel für eine Verhandlung mit und ohne Erfolg	
Angebotspreis 198 000 Euro	Angebotspreis 198 000 Euro
Gegenangebot des Käufers 190 000 Euro	Gegenangebot des Käufers 170 000 Euro
neues Angebot des Verkäufers 196 000	neues Angebot des Verkäufers 190 000
Mittelwert der beiden Angebote 193 000	Mittelwert der beiden Angebote 180 000
Einigung 193 000 Euro	Einigung -
Fazit Der Preis liegt 2,5 Prozent unterhalb des Angebotspreises. Das ist ein vertretbarer Abschlag.	Fazit Diese Verkaufsverhandlung sollte abgebrochen werden, da das letzte Angebot noch immer 12 Prozent unter dem Ausgangspreis liegt.

Gut getilgt ist halb gewonnen

Immobilienfinanzierung Bauzinsen sind spottbillig, doch man sollte sich von ihnen nicht verführen lassen. Angehende Hausbesitzer, die ihre Wunschimmobilie optimal finanzieren wollen, müssen auf viele Details achten.



48 Prozent mehr als 2008 zahlten Immobilienkäufer 2018 im Schnitt für ein eigenes Domizil – und die Preise sind weiter gestiegen.

■ Ein Häuschen am Stadtrand, helle Räume mit Blick auf den Garten, Tageslichtbad und ein Hobbyraum im Keller – davon träumen viele Deutsche. Doch der Weg zum Eigenheim ist mit viel Frust verbunden.

Das weiß jeder, der sich schon einmal durch die gängigen Immobilienportale im Internet gewühlt hat. Der bei Besichtigungen als einer von Dutzenden Interessenten den Makler umgarnt hat. Und der immer und immer wieder Absagen für Häuser kassiert hat, die nicht einmal die Hälfte seiner Wunschkriterien erfüllen.

Selbst Besserverdiener treibt mittlerweile das Gefühl um, zu spät dran zu sein. Hätte man sich nur früher auf die Suche begeben, hört man oft. Das Immobilienangebot wäre größer gewesen, die Preise niedriger. Man hätte sich viel mehr leisten können.

Das stimmt nur zum Teil. Richtig ist: Die Immobilienmärkte in Deutschland erleben seit rund zehn Jahren einen Boom. Die – bis zur Coronakrise – starke Konjunktur, steigende Einkommen und die Wohnungsknappheit in den Städten haben die Preise nach oben getrieben. Ein- und Zweifamilienhäuser sowie Eigentumswohnungen haben sich nach Angaben des Statistischen Bundesamts zwischen 2008 und 2018 um 48 Prozent verteuert.

Niedrige Zinsen gleichen höhere Preise oft aus

Der Blick auf die Preise allein genügt allerdings nicht, um zu beurteilen, ob der Hauskauf heute kostspieliger ist als vor einigen Jahren. Die wenigsten Menschen haben das Geld für ein Haus komplett auf der hohen Kante liegen, bei den meisten führt der Weg zum Eigenheim über die Bank. Mindestens genauso wichtig wie die Höhe des Kaufpreises sind daher die Finanzierungsbedingungen – genauer gesagt: die Höhe der Bauzinsen. Und dort zeigt sich ein völlig anderes Bild.

Die Kosten von Immobilienkrediten sind zuletzt mit fast ebenso beeindruckender Geschwindigkeit gefallen, wie die Immobilienpreise angezogen haben. Im Jahr 2010 mussten Hauskäufer für einen Baukredit mit zehn Jahren Zinsbindung im Schnitt noch 3,7 Prozent Zinsen pro Jahr an die Bank zahlen, wie Daten des Darlehensvermittlers

Interhyp zeigen. Heute ist es im Durchschnitt nicht einmal mehr ein Prozent (siehe Tabelle).

Bereits kleine Zinsunterschiede haben bei Baukrediten große Wirkung. Denn je tiefer der Zins liegt, desto mehr können Kreditnehmer jeden Monat bei gleichbleibender Rate tilgen und desto schneller haben sie das Darlehen abbezahlt, sodass sie insgesamt gesehen weniger Zinsen an die Bank zahlen. Bei einer Laufzeit von 15 Jahren und mehr summiert sich die Zinersparnis rasch auf mehrere Zehntausend Euro.

So schlecht ist die Zeit zum Hauskaufen jetzt also gar nicht. Im Gegenteil: Ökonomen des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) haben im Mai ausgerechnet, wann das Verhältnis von Zinsen und Immobilienpreisen in den vergangenen zehn Jahren am günstigsten war. Der beste Zeitpunkt für einen Hauskauf war demnach das Jahr 2016. Seitdem hat sich das Niveau nur leicht verschlechtert. »Der Hauskauf ist nach wie vor historisch günstig«, sagt IW-Immobilienökonom Michael Voigtländer.

Sondertilgungen lohnen sich fast immer

Wer nach einem Baudarlehen sucht, sollte allerdings nicht nur auf die Höhe der Zinsen schauen. Mindestens genauso wichtig sind flexible Vertragskonditionen. »Baudarlehen laufen meist viele Jahre, oft sogar Jahrzehnte. Deshalb sollten Kreditnehmer nicht nur ihre aktuelle finanzielle Situation ins Kalkül ziehen, sondern auch, welche Veränderungen in den kommenden Jahren auf sie zukommen könnten«, rät Michael

Neumann, Vorstand beim Darlehensvermittler Dr. Klein. Sind Kinder geplant? Steht ein Jobwechsel an? Ist der Arbeitsplatz sicher? Auch eine Scheidung, eine schwere Erkrankung oder der Tod des Partners können dazu führen, dass Hausbesitzer ihren Kredit nicht mehr bedienen können und ihr Eigenheim an die Bank verlieren. »Wenn absehbar ist, dass das Einkommen zumindest zeitweise niedriger ausfallen könnte, ist es hilfreich, wenn der Vertrag temporär auch eine geringere Rate zulässt«, sagt Neumann.

Gleiches gilt für den Fall, dass plötzlich mehr Geld zur Verfügung steht. Mit der Option auf Sondertilgungen können Hausbesitzer unerwartete Geldflüsse, etwa nach einer Erbschaft, in die Darlehenstilgung einfließen lassen. Das kann sich lohnen, zeigen Vergleichsrechnungen von Dr. Klein. Zahlen Hausbesitzer bei einer Darlehenssumme von 250 000 Euro und einem Effektivzins von 0,61 Prozent zusätzlich zu einer regulären Tilgung (das Modell geht von 3 Prozent aus) jedes Jahr 12 500 Euro an die Bank zurück, sind sie 18 Jahre und drei Monate früher schuldenfrei als ohne die jährlichen Sonderzahlungen.

Weil der Kredit nicht so lange läuft wie ursprünglich gedacht, zahlen sie auch weniger Zinsen und können bei gleicher Rate mehr tilgen. Die Restschuld sinkt so erheblich schneller als bei einem Darlehen ohne Sondertilgung. Nach zehn Jahren beträgt die Differenz zwischen der Restschuld ohne Sondertilgung und der Restschuld mit Sondertilgung stattliche 128 446 Euro – wobei davon natürlich 125 000 Euro auf die zusätzlich geleisteten Zahlungen

zurückzuführen sind. Dennoch: Die reine Ersparnis beträgt immer noch 3446 Euro.

In ihrer Rechnung gehen die Dr.-Klein-Experten davon aus, dass der Effektivzins mit und ohne Sondertilgungsrecht der gleiche ist. Das ist in der Praxis nicht immer der Fall. Das Recht auf außerplanmäßige Zahlungen gehört zwar bei den meisten Baugeldanbietern zum Standard, viele Banken bieten diese Leistung kostenfrei an. Einige Institute verlangen dafür aber einen Aufschlag – etwa wenn die jährliche Sondertilgung einen gewissen Prozentwert übersteigt.

Kreditnehmer sollten Baugeldangebote ohne und mit Sondertilgungsrecht daher sorgfältig vergleichen. Für Letzteres rechnet sich ein Aufschlag nur, wenn Bankkunden tatsächlich größere Einmalzahlungen leisten können. Sonst zahlen sie vergebens höhere Zinsen. »Die Option auf Sondertilgung ist vielen unserer Kunden sehr wichtig. Der Anteil derjenigen, die wirklich außerplanmäßig tilgen, ist jedoch eher gering«, berichtet Neumann.

Der Bereitstellungs-zins kann teuer werden

Neben Sondertilgungsrechten gehören auch die sogenannten Bereitstellungs-zinsen zu den Nebenbedingungen, auf die Verbraucher achten sollten. Vor allem Kreditnehmer, die keine Bestandsimmobilie kaufen, sondern selbst unter die Bauherren gehen wollen, sollten darauf achten, dass diese Zinsvariante möglichst tief angesetzt ist. Bauherren rufen ihr Immobiliendarlehen nämlich in der Regel nicht auf einen Schlag ab,

Vorsicht beim Kombikredit mit Bausparvertrag

► Viele Bausparkassen zahlen kaum noch Zinsen für Bausparverträge. Häufig können Kunden mit den Zinszahlungen nicht mal Abschlussgebühren und Jahresentgelte decken. Zudem sind die Produkte oft teurer als klassische Baukredite. Trotzdem melden Anbieter Jahr um Jahr Rekorde bei den Neubaupflichtschlüssen. Der Grund: Viele Banken bieten Immobilien-

kredite als Kombiprodukt mit einem Bausparvertrag an. Damit sollen sich Kunden das niedrige Zinsniveau für die Zukunft sichern können. In der Theorie funktioniert das so: Statt den Kredit zu tilgen, begleichen Darlehensnehmer lediglich die Zinsen. Der Betrag für die Tilgung fließt in den Bausparvertrag. Sobald dieser zuteilungsfähig ist, die Bausparer also das

Baudarlehen in Anspruch nehmen können, lösen sie den Immobilienkredit ab und tilgen den Bausparvertrag zum vereinbarten Zins weiter. Das Kombimodell rechnet sich aber nur, wenn die Zinsen zum Zeitpunkt der Zuteilung deutlich höher liegen. Die Krux: Bausparkassen müssen und dürfen für die Zuteilung von Bauspardarlehen keinen festen Termin

nennen und operieren deshalb mit Hochrechnungen, ohne Garantie. Kombiverträge sind zudem vergleichsweise starr. Flexibilität gibt es oft nur, wenn Kunden den Kredit schneller tilgen wollen. Möchten sie die Tilgungsrate senken, stellen sich viele Bausparkassen quer. Dann bleibt nur, den Vertrag vorzeitig aufzulösen – meist gegen saftige Vorfälligkeitsgebühren.

sondern nach und nach, weil sie auch die Bauunternehmen in Etappen bezahlen.

Für jenen Teil des Darlehens, den der Kunde noch nicht abgerufen hat, stellt die Bank nach einer gewissen Zeit Bereitstellungszinsen in Rechnung. Je nachdem wie hoch sie ausfallen, kann das Darlehen trotz eines niedrigen effektiven Jahreszinses teuer werden. Hausbauer sollten sich die Höhe der Bereitstellungszinsen anschauen und darüber hinaus mit ihrem Kreditinstitut eine möglichst lange bereitstellungszinsfreie Zeit vereinbaren, rät Niels Nauhauser, Finanzexperte bei der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg. Sechs Monate sind bei vielen Instituten üblich, oft können Kreditnehmer aber bis zu zwölf Monate aushandeln. Banken könnten die Konditionen ihrer Standardverträge im Regelfall individuell anpassen, sagt Nauhauser. Es lohne sich daher immer, zu verhandeln und Angebote auch von anderen Banken einzuholen.

Grundsätzlich gilt: Liegen die Zinsen tief, sollten Kreditnehmer möglichst rasch und möglichst viel tilgen. Denn je kürzer ein Kredit läuft, desto weniger Zinsen fließen an die Bank und desto schneller ist der Kredit abbezahlt. Viele Kunden entscheiden sich zurzeit für einen anfänglichen Tilgungssatz von drei Prozent, sagt Dr.-Klein-Experte Neumann. In Einzelfällen könne aber eine höhere oder niedrige Tilgung sinnvoll sein.

Insbesondere junge Menschen sollten jedoch davon absehen, direkt in die Vollen zu gehen, warnt Max Herbst, Chef der FMH-Finanzberatung in Frankfurt. »Schneller schuldenfrei sein ist das eine. Doch das Leben, auf das man verzichtet, wenn man jeden Euro ins Haus steckt, kann man nicht nachholen«, sagt er.

Ältere Hauskäufer sollten darauf achten, dass ihr Kredit nicht ausgerechnet dann ausläuft, wenn sie bereits im Ruhestand sind. Viele Banken tun sich schwer damit, Kunden fortgeschrittenen Alters neue Immobiliendarlehen auszustellen. Sie befürchten, ihr Geld zu Lebzeiten des Kunden nicht mehr komplett zurückzubekommen. Einige Banken vergeben deshalb überhaupt

Die günstigsten Baukredite

Vorgaben: Kaufpreis 500 000 Euro, Darlehen 400 000 Euro (80% Beleihung), 3% Tilgung	10 Jahre fest*	15 Jahre fest*
HypoVereinsbank	0,56	0,79
PSD Bank West	0,81	0,86
PSD Bank Nürnberg	0,62	0,87
Degussa Bank	0,76	0,91
ING	0,64	0,92

* Der Effektivzins beinhaltet: Kosten der Grundschuld eintragung.
Quelle: FMH-Finanzberatung (fmh.de); Stand: 9. September 2020

keine Kredite an Senioren, andere verlangen als Ausgleich für ihr Risiko höhere Zinsen.

Forward-Darlehen: eine Wette auf steigende Zinsen

Auch ohne Altersaufschlag kann es passieren, dass das Zinsniveau später deutlich höher liegt als bei Abschluss des ersten Darlehensvertrags und man die Kreditraten nicht mehr bewältigen kann. Wer auf Nummer sicher gehen will, sollte sich daher frühzeitig Gedanken über eine Anschlussfinanzierung machen.

Hausbesitzer mit einem Baukredit, der älter ist als zehn Jahre, sind in einer bequemen Position. Ihnen steht laut Gesetz bei der Baufinanzierung ein Sonderkündigungsrecht zu. Heißt: Sie dürfen ihr Darlehen kostenlos kündigen, selbst wenn sie eine längere Laufzeit mit der Bank vereinbart haben. Verbraucher, deren Darlehen jünger ist, können zwar ebenfalls vor Ablauf der Frist kündigen. Die meisten Banken verlangen dann aber eine Vorfälligkeitsentschädigung.

Eine Alternative bietet der Abschluss eines sogenannten Forward-Darlehens – zumindest auf den ersten Blick. Mit dieser Variante der Anschlussfinanzierung können sich Hausbesitzer das aktuelle Zinsniveau für bis zu fünf Jahre sichern. Banken erheben im Gegenzug einen Aufschlag auf den Zins. Dabei gilt: Je länger Verbraucher das aktuelle Zinsniveau festschreiben,

desto höher ist der Forward-Aufschlag.

Forward-Darlehen versprechen Sicherheit, sind aber eigentlich eine Wette auf steigende Zinsen. Stagniert das Zinsniveau oder fällt es sogar, muss der Kreditnehmer das Forward-Darlehen dennoch wie vereinbart abnehmen.

Verbraucherschützer Niels Nauhauser rät deshalb zu einer sorgfältigen Planung. »Mit dem Forward-Darlehen legt man die künftige Rate und die Kreditsumme früh fest. Das bietet ein Stück Sicherheit, aber ob sich das finanziell rechnet, ist ungewiss«, sagt er. Auch FMH-Experte Max Herbst sieht die Forward-Dar-

lehen kritisch: »In der Vergangenheit haben Kreditnehmer damit meist draufgezahlt. Und das nicht etwa, weil die Produkte schlecht sind, sondern weil die Zinsen in den vergangenen 20 Jahren schlicht fast immer gefallen sind.«

Vieles deutet darauf hin, dass das Zinsniveau niedrig bleibe oder sogar weiter sinke, sagt IW-Ökonom Voigtländer. Die EZB habe bereits angekündigt, wegen der Coronakrise bis Ende des Jahres noch mehr Anleihen von Staaten aus der Eurozone aufzukaufen als ursprünglich geplant. »Vergangene Staatsschulden- und Finanzkrisen haben gezeigt, dass derartige Interventionen sowohl die kurz- als auch die längerfristigen Zinsen drücken«, sagt der Volkswirt.

Die Chancen stehen also gut, dass die Zinsen niedrig bleiben oder sogar noch sinken. Auch wenn die Immobilienpreise weiter steigen, könnte das also heißen: Die günstigste Zeit zum Hauskauf kommt erst noch.

Alexandra Jegers

► Häuser des Jahres 2020.

Callway; 320 Seiten; 59,95 Euro. Erscheint am 9. Oktober.



Die Bilder der Foto-strecke zeigen Projekte aus dem Architektur-wettbewerb »Häuser des Jahres 2020«.

Tierisch teuer

Alltagskosten Wer Hund oder Katze anschafft, kann sehr schnell sehr viel Geld ausgeben. SPIEGEL GELD zeigt, wo Herrchen und Frauchen sparen können – und wo sie lieber mehr investieren sollten

■ Stramme 129 Euro kostet die Katzenhängematte Swing, doch der Preis dürfte so manchem Tierfreund durchaus angemessen erscheinen. Zumindest wenn er die Beschreibung des schicken Möbels auf der Website von Lucybalu Design for Cats liest: »Entspanntes Liegen« dank »idealen Wärmespeichers« verspricht der Hersteller des minimalistischen Metallgestells, zwischen das »natürlicher Wollfilz« vom Merinoschaf gespannt ist.

Wie ein Regalbrett wird es an die Wand montiert, so bietet es dem Stubentiger »Aus- und Überblick« im Raum.

Für ein Kratzbrett, an dem sich die eigenwilligen Tiere zusätzlich »angekommen fühlen« sollen, wie Firmengründer Sebastian Frank sagt, muss man noch einmal zehn Euro drauflegen.

Die kostspieligen Accessoires finden reißenden Absatz. »Katzen sind Familienmitglieder, die Leute gehen oft damit um wie mit einem Kind«, sagt Frank. Entsprechende Summen geben manche aus. Dabei tut es ein ordinärer Kratzbaum – im Fachhandel für wenig Geld erhältlich – durchaus. »Eine Katze will hoch liegen, regelmäßig kratzen, spielen und in Ruhe pennen, sonst nicht viel«, sagt selbst Frank.

Trotzdem sind Haustiere ein Kostenfaktor, den angehende Herrchen und Frauchen gern unterschätzen. Deshalb ist es wichtig zu wissen, wo man sparen kann.

Die Anschaffung: Beim Züchter wird es teuer

Besonders günstig ist das Tierheim, mal abgesehen von der Tatsache, dass man auf diesem Wege einem heimatlosen

Tier ein neues Zuhause gibt. Für eine Katze verlangen die meisten Heime zwischen 100 und 250 Euro »Schutzgebühr«, unwesentlich teurer ist ein Hund. Diese Preise sind eher symbolisch gemeint, sie sollen dem Lebewesen einen Wert geben, ohne dass es wie eine Ware verkauft wird.

»Natürlich achten wir trotzdem darauf, dass unsere Katzen und Hunde in Haushalte kommen, die sich das langfristig leisten können«, sagt Susanne David, Tierheimleiterin beim Hamburger Tierschutzverein von 1841. Zukünftige Halter werden in einer Selbstauskunft auf die »finanzielle Belastung, die durch die Haltung eines Tieres auf sie zukommt«, hingewiesen.

Wer einen Hund oder eine Katze vom Züchter wünscht, muss dafür gut und gerne zehnmal so viel berappen wie in einem Heim: Mehr als 2000 Euro können bei einer Katze fällig werden, mehr als 3000 Euro bei einem Hund. Naturgemäß günstiger kommt man bei Fischen, Schildkröten, Meerschweinchen, Hamstern und anderen Kleintieren weg. Für ein paar Dutzend Euro erhält man sie im Zoofachhandel, kleine Fische gibt es im Baumarkt sogar schon für unter fünf Euro. Umgekehrt verhält es sich mit den Folgekosten: Ein Aquarium kann auch mal ein paar Hundert Euro kosten. Plus Strom. Gehege und Käfige für Kleintiere sind dagegen schon ab 20 Euro zu haben.

Die laufenden Kosten lassen wenig Spielraum

Es müssen nicht immer Designermöbel sein. Katzen brauchen zu Beginn erst mal Katzenklo und Napf (circa 30 Euro), Streu und Futter können je nach Qualität pro Monat bis zu 50 Euro kosten. Der Deutsche Tierschutzbund rechnet mit monatlichen Ausgaben von rund 40 Euro. Außerdem rät der Verband dazu, die Katze einmal im Jahr zum Tierarzt zu bringen, Impfungen und Wurmkur können je nach Tier zwischen 40 und 60 Euro kosten.

Bei Hunden kann sich neben der Grundausrüstung aus Napf und Leine die Kennzeichnung mit einem Mikro-

chip lohnen. Gefährliche Rassen müssen ohnehin in vielen Bundesländern gechipt werden, zum Beispiel in Hamburg oder Berlin ist sie für jeden Hund Pflicht. Der Preis liegt je nach Hersteller zwischen 30 und 60 Euro.

Auch Hunde müssen regelmäßig entwurmt und geimpft werden, jährlich können hier mehrere Hundert Euro anfallen. Das gilt ebenso für das Futter, die Kosten können je nach Größe und den Bedürfnissen des Tieres stark schwanken. Hat der vierbeinige Freund eine Allergie, wird es besonders kostspielig.

Braucht mein Tier eine Haftpflichtversicherung?

Wenn Katzen und Kleintiere fremdes Eigentum beschädigen, kann man als Besitzer meistens aufatmen. Sie sind in der Privathaftpflichtversicherung in der Regel eingeschlossen. Anders ist es bei Hunden. Weil sie deutlich größere Sach-, Vermögens- und Personenschäden anrichten können – etwa durch einen Biss in die teure Hose oder gleich ins Bein –, wird für sie eine eigene Versicherung dringend empfohlen. »Die Schäden, die da entstehen, können einen ruinieren«, sagt Versicherungsexperte Peter Griebel von der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg.

Mit 50 bis 100 Euro pro Jahr seien die Vorteile einer Hundehaftpflicht groß und die Kosten überschaubar. In Berlin, Hamburg, Brandenburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Thüringen ist die Versicherung ab einem Alter von drei bis sechs Monaten ohnehin grundsätzlich Pflicht, in anderen Bundesländern wird nach Hunderasse oder beschleunigter Auffälligkeit entschieden. Oder es ist, wie in Mecklenburg-Vorpommern, jedem Herrchen und Frauchen völlig freigestellt, ob der Vierbeiner abgesichert werden soll.

Ähnlich bunt ist der Flickenteppich bei den Versicherern. Manche decken einige Rassen nicht oder nur gegen höhere Beiträge ab – vor allem Kampfhunde haben es oft schwer. Und Verletzungen, die der Tierbesitzer selbst erleidet, bezahlen die Versicherer natürlich ebenso wenig wie Schäden, die bei missachteter Maulkorb- oder Leinenpflicht entstehen.

Verbraucherschützer raten, die Bedingungen genau zu studieren: Deckt

10,35



Millionen Haushalte in Deutschland haben laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2019 Hunde zu Hause gehalten. In rund 1,5 Millionen Fällen waren es sogar mehrere Tiere.

die Versicherung Mietsachschäden ab? Ferienwohnungen im Ausland? Zahlt sie auch bei sogenannten Deckschäden, wenn der eigene unkastrierte Rüde eine Rassehündin schwängert? Gilt sie weltweit? Wenn ja, lässt sich womöglich sparen – mit einer weniger umfassenden Police.

Kostenfalle Krankenversicherung

Für viele scheint die Antwort logisch: Wenn Haustiere wie Familienmitglieder behandelt werden, verdienen sie auch eine ordentliche Gesundheitsversorgung – und brauchen eine entsprechende Absicherung. Die Operation eines Kindes bezahlt man schließlich auch nicht bar auf die Hand. »Das ist das emotionale Argument«, sagt Verbraucherschützer Griebel, »rechnerisch sieht es etwas anders aus.«

Während Tierärzte sich über jedes versicherte Tier freuen, raten Griebel und viele Kollegen von speziellen Krankenversicherungen eher ab. Obwohl Tier-OPs mit Kosten in Höhe von mehr als tausend Euro in Ausnahmefällen durchaus teuer sein können, rechnen sie sich in der Regel nicht. Der Aufwand

von mehreren Hundert Euro pro Jahr steht meist in keinem Verhältnis zu den möglichen Kosten, die man ohne Versicherung zu tragen hat. Schließlich gibt es eine feste Gebührenordnung der Tierärzte (GOT), an die diese sich bei Behandlungen halten müssen. Der Tierarzt kann allerdings bei einer besonders komplizierten Behandlung den doppelten oder – in schwereren Fällen – den dreifachen Satz verlangen.

Das kann etwa im Alter der Fall sein, wenn viele Tiere mit Knochen- oder Nierenleiden zu kämpfen haben. Bis zu 750 Euro können so für eine Voruntersuchung fällig werden, wenn ein Hund im MRT liegt oder narkotisiert werden muss. Weil Kosten für einen Vollschutz aber jährlich schon mal über 500 Euro ausmachen können, zahlt sich eine Versicherung dennoch kaum aus.

Neutraler blicken Verbraucherschützer auf sogenannte Operationskostenversicherungen. Die springen nur bei vergleichsweise teuren Operationen ein. Bei krankheitsanfälligen Katzen und Hunden könne sich das unter Umständen lohnen. Einen reinen OP-Kostenschutz mit unbegrenzter Höchstentschädigung gibt es schon ab rund 140 Euro im Jahr.

Für Hunde zahlt man Steuern – für Katzen nicht

Besitzer von Hunden empfinden es oft als unfair, dass sie Steuern zahlen müssen, aber Katzenhalter normalerweise nicht. Eingeführt wurde die Hundesteuer vielerorts im 19. Jahrhundert, unter anderem als Luxusabgabe, wenn die Tiere zum Vergnügen gehalten wurden. Der preußische Fiskus besteuerte aus diesem Grund eine Zeit lang auch Katzen, Pferde und Enten, die nicht als Nutztiere dienten.

Überlebt hat aber vor allem die Hundesteuer, unter anderem um die Haltung gefährlicher Tiere zu kontrollieren. Ein Hauptargument gegen eine Katzensteuer, die vielerorts immer wieder mal diskutiert wird, ist der Kontrollaufwand.

Wie vieles in Deutschland hängt aber auch die Höhe der Hundesteuer vom Wohnort ab. Nicht die Bundesländer, sondern jede Kommune selbst entscheidet, ob und wie viel sie jährlich einnehmen will. Mit 65 Euro pro Jahr liegt das bayerische Ingolstadt unter den

günstigeren Städten, Mainz ist mit 186 Euro mehr als doppelt so teuer.

Absoluter Spitzenreiter aber ist die 4300 Einwohner starke Gemeinde Görwihl in Baden-Württemberg. Dort führt man für seinen Hund 200 Euro pro Jahr an Steuern ab, für jedes weitere Tier werden erneut 200 Euro fällig. Klingt drakonisch, gilt aber nicht in allen Fällen: So sind Hunde aus Tierheimen häufig von der Steuer befreit. Auch für Hüte- oder Assistenzhunde gibt es steuerliche Ausnahmen.

Und was kann von der Steuer abgesetzt werden?

Zuerst die schlechte Nachricht: Hundesteuer, Tierarztrechnungen, Krankenversicherungen, Futtereinkäufe und ähnliche Kosten sind steuerlich nicht begünstigt. Sie gelten als private Ausgaben, die man als Besitzer des Tieres voll zu zahlen hat. Bei anderen Kosten ist der Staat gnädiger. So lässt sich zum Beispiel die Hundehaftpflichtversicherung steuerlich absetzen, vorausgesetzt man hat den zulässigen Höchstbetrag für Sonderausgaben noch nicht ausgeschöpft.

Gute Nachrichten für all jene, die es sich leisten können: Wer sich Profis ins Haus holt, um die lieben Tiere umfassend zu versorgen, kann das genau wie andere haushaltsnahe Dienstleistungen steuerlich geltend machen. Das gilt für gewerbliche Tiersitter (auch zum Beispiel während der Urlaubszeit) ebenso wie für professionelle Aquariumreiniger oder teure Hundefriseure.

Susanne David vom Hamburger Tierheim warnt trotzdem davor, allzu viel Geld für solchen Kokolores auszugeben. Besser sei es, man schaffe sich ein kleines Finanzpolster für später. »Tiere werden älter, dann ändern sich oft die Ansprüche«, sagt David. Aus einer kleinen Babyschildkröte wird ein tellergroßes Reptil. Und aus einem frischen Dackel ein müder Rentner, der zum Überleben Prothesen und Spezialfutter braucht. »Ein Tier kann im Alter Allergien entwickeln oder besondere Vorlieben«, sagt David.

Wenn dafür dann kein Geld mehr übrig ist, endet der Weg des Tiers unter Umständen wieder dort, wo er begonnen hat – im Tierheim.

Anton Rainer



Millionen Haushalte in Deutschland erfreuen sich an einer Katze als schnurrendem Familienmitglied.

Sterneküche für Juri

Haustiere Als Anja Rützel ihren Windhund-Mix bekam, dachte sie, ihm würden Leine, Napf, Futter und zwei Spielzeuge zum Leben genügen. Doch Hundeliebe hat ihren Preis. Eine Beichte.



SPIEGEL-Autorin Rützel mit Juri: Die wenigsten Hundemenschchen schaffen es, sich beim Haustiershopping auf die Basics zu beschränken.

■ Es gibt diverse Indizien, dass ich in Gelddingen nur bedingt besonnen bin. Vor allem wenn es um Ausgaben geht, die meinen Hund Juri betreffen. Ich sage es, wie es ist: Ich habe 60 Euro für ein gephotoshopptes Porträt von ihm ausgegeben, bei dem sein Kopf passgenau auf einen Julius-Cäsar-Körper montiert wurde.

200 Euro kostete die Tätowierung auf meinem Unterarm, natürlich ein Porträt von Juri im Stil eines klassisch gezeichneten Kolumnistenkopfs. Und ich habe, weil jetzt ja der Herbst kommt

und es kälter wird, wieder angefangen, in diversen Onlineshops nach einem flauschigen Hundebett zu suchen. Schön, aber auch bequem soll es sein, derzeit liebäugle ich mit dem Hundepouf Yeti, einer runden Matratze mit speziellem Kammersystem, überzogen mit extraweichem Flokati, der in der Mitte eine Vertiefung hat. Also quasi ein Schlafdonut, in das der Hund einsinken kann.

299 Euro kostet der Yeti in der großen Variante, die mein Hund dringend benötigt, denn Juri hat ja erst drei Betten.

Ich weiß, dass ich wahrscheinlich übertreibe. Allerdings kenne ich kaum einen Hundemenschchen, der es schafft, sich beim Haustiershopping wirklich nur auf die empfohlenen Basics zu beschränken: Futter, Körbchen, Halsband und Leine, Fress- und Trinknapf, ein oder zwei Spielzeuge (eines zum Apportieren, eines zum Benagen) und eine Bürste.

Dabei ist die Grundausrüstung teuer genug, zumal noch Impfungen, Entwurmungen, ab und an Behandlungskosten für Verletzungen, Krankheiten oder Altersbeschwerden hinzukommen sowie eine Haftpflichtversicherung und Hundesteuer. Und Kotbeutel, natürlich, ich kaufe sie im Großgebilde zu 1000 Stück für 12,50 Euro.

Allein diese Kosten, schätzte neulich mal eine Verbraucherseite im Internet, summieren sich im Lauf eines Hundelebens auf etwa 14 000 Euro (die Beerdigung eingeschlossen). Tatsächlich lässt sich das natürlich kaum verallgemeinern – schließlich differieren die Ausgaben empfindlich, je nachdem ob man einen Chihuahua oder eine dänische Dogge versorgen muss.

Schon die Frage, ob man einen Hund vom Züchter kaufen oder aus dem Tierschutz aufnehmen möchte, ist nicht nur moralische Ansichtssache, sondern auch eine finanzielle Frage: Ein Hund mit Papieren kostet ab 1000 bis zu mehr als 3000 Euro. Ich habe für Juri, der als heimatloser Welpe von einer Tierschützerin auf den Straßen Ibizas aufgesammelt wurde, knapp 300 Euro Schutzgebühr bezahlt, für die Impfungen, die er vor seiner Ausreise nach Deutschland bekam, und als Spende für das Futter, das er bis dahin in der Tierschutzobhut verzehrt hatte.

Auch die Frage, wie viel man für den Posten Futter rechnen muss, lässt sich nicht so leicht beantworten. Denn zur Frage, welche Ernährungsweise nun die gesündeste und artgerechteste sei, toben Glaubenskriege in einschlägigen Onlinehundeforen. Ich habe Juri schon Futterdosen geöffnet, die so appetitlich rochen, dass ich den Inhalt meinen Fleisch essenden Freunden ohne allzu große Skrupel als kleinen Snack auf getoastete Baguettescheiben streichen würde.

Eine Zeit lang servierte ich meinem Hund etwa die »Italienreise«, komponiert von Spitzenköchin Cornelia

Poletto: mediterran gemeintes Hundefutter in wechselnden Variationen. Am liebsten fraß Juri die Variante »Südtirol«, zubereitet aus Rind, Apfel und Bergkäse. Allerdings kostete die 400-Gramm-Dose drei Euro, Juri fraß davon zwei am Tag, manchmal auch drei.

Günstiger – und urtümlicher – war seine Ernährung, als ich ihn etwa ein Jahr lang barfte, ihn also mit rohem Fleisch und püriertem Gemüse fütterte. Ich kaufte Pferdeschlund und Ziegenbeine, Putenhälse und Stinkepansen in einer speziellen Hundemetzgerei mit gut sortierter Theke. Und kam damit deutlich günstiger weg als bei den guten Dosen: Je nach Fleischauswahl fraß Juri ungefähr für zwei Drittel dessen, was die Poletto-Diät kostete, verdaute die Rohware allerdings mit zunehmend eratischen Outputkonsistenzen, sodass ich das Barfen wieder aufgab.

Momentan teste ich ein Futterabo, bei dem einem die benötigte Menge jeden Monat zugeschickt wird. Wobei Menge und Art des Futters auf Juri persönliche Präferenzen abgestimmt sind, die ich zum Abostart in einem umfangreichen Fragebogen festlegte: »bevorzugte Futterstrukturen« (Pâté), »gesundheitliche Probleme« (Verdauung), dazu geschmackliche Mäkeleien, Aktivitätsgrad, solche Dinge. Das Abo kostet rund 50 Euro im Monat, was günstig ist, aber es schmeckt Juri leider nicht sonderlich gut, die Suche nach dem perfekten Futter für ihn geht also weiter.

Das perfekte Geschirr dagegen habe ein doppelt gesichertes Modell speziell für ängstliche Hunde, Kostenpunkt: 60 Euro. Manchmal erschrickt Juri unterwegs vor ungewohnten Geräuschen und würde dann in Panik mit seinem schmalen Windhundhals mühelos aus einem normalen Halsband herauschlüpfen.

Das Geschirr zählt zu den entschieden vernünftigeren meiner Käufe. Denn, wie bereits angedeutet: Ich kaufe auch reichlich Dinge, die selbst engagierten Hundebesitzern komisch vorkommen könnten.

Leckerli mit CBD-Öl drin, um das nervöse Tier mit dem Wirkstoff aus der Cannabispflanze zu beruhigen (die Monatspackung zu 57 Euro), eine Kühlweste zum Umschnallen, um den schnell überhitzten Vierbeiner im Sommer zu temperieren (65 Euro), eine



Juri als Julius Cäsar

Die Fotomontage kostete 60 Euro.

Bernsteinhalskette gegen Zecken (Aberglauke zu 40 Euro), ein kleines Geräuschmachergerät gegen akute Gewitterangst, das beruhigende Hochfrequenzklangwellen sendet (70 Euro, aber dafür auch bekannt aus der »Höhle der Löwen«), eine Art Waffeleisen, mit dem ich Juri ab und zu gesunde Leckerchen in Knochenform backe (auf Hirse-Leberwurst-Basis, 29 Euro).

Gerade denke ich über die Anschaffung eines Dörrautomaten nach, in dem ich dann selbst Pferdelunge und Rinderherz dörren könnte, was meine Snackorderkosten deutlich senken, meine Wohnung allerdings vermutlich auch gewöhnungsbedürftig beduften würde.

Immerhin muss ich Juri in diesem Jahr keine neue Winterjacke kaufen, weil ich vor zwei Jahren in den qualitativ vorzüglichen »Extreme Warmer« investiert habe, dessen Innenseite aus einem Material gefertigt ist, das die Körperwärme des Hundes reflektiert (70 Euro).

10

Euro je 15 Minuten kostet persönliche Animation – etwa Ballspielen oder Agility – im Hundehotel.

Das Mäntelchen ist allerdings keine modische Narretei, als Windhund-Mix besitzt Juri kein Unterfell und zittert im Winter darum schnell vor Kälte. Das ist einerseits unpraktisch, andererseits braucht er dafür keinen Hundefriseur.

Wenn ich beruflich viel unterwegs bin und Juri nicht mitnehmen kann, bleibt er in einem Hundehotel (eine Übernachtung 46 Euro, pro Woche 300 Euro). Für 10 Euro je 15 Minuten könnte ich ihm persönliche Animation dazubuchen, zum Beispiel Ballspielen oder Agility, was zum Glück komplett überflüssig ist, weil er sehr gern mit den anderen Hunden spielt und nicht künstlich bespaßt werden muss.

Dafür werde ich demnächst wieder einmal eine Hundetrainerin engagieren, um an seinen Ängsten zu arbeiten. Das Erstgespräch wird dabei etwa 90 Minuten dauern und 100 Euro kosten, jede weitere Stunde etwa 70 Euro. Bevor ich die Trainerin buchte, hatte ich beim Tierarzt abklären lassen, ob sein Verhalten nicht doch eine organische Ursache hat: Mit Blutuntersuchung, Röntgen und Kotprobe zahlte ich dafür etwa 450 Euro.

Einen Befund gab es nicht, augenscheinlich ist mein Hund kerngesund. Und wäre es vermutlich auch, wenn ich mir einen Gutteil meiner Ausgaben für ihn sparen würde. Es gibt Phasen, in denen sich die Extraausgaben für ihn monatlich zu ein paar Hundert Euro läppern.

Einige dieser überflüssigen Käufe benutze ich mittlerweile selbst, weil Juri kein Interesse daran hat. Sein gelbes Dreieckshalstuch, auf dem »I am anxious« (also »Ich bin ängstlich«) steht und das eigentlich andere Hundehalter davon abhalten sollte, sich uns mit ihrem Tier zu nähern, wirkte leider nicht abschreckend genug, steht mir aber ausgezeichnet. Weil er Baden hasst, habe ich sein teures Duschgel selbst aufgebraucht.

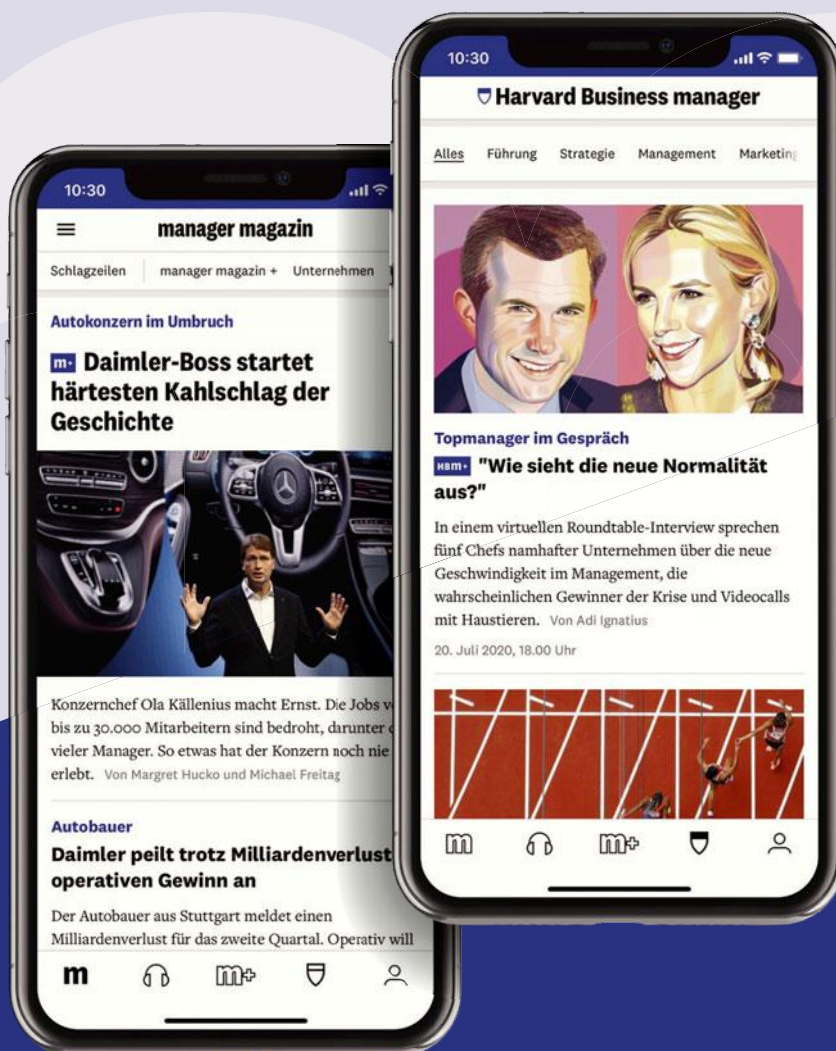
Und auf der Kühlmatte, die ihm wegen ihrer glibbrigen Füllung nicht geheuer ist, weshalb er sie auch bei der ärgsten Hitzewelle verweigerte, liege ich jetzt. 100 mal 70 Zentimeter zu 25 Euro – ausnahmsweise habe ich da mal ein echtes Schnäppchen gemacht.

► Einblicke in das Leben von Anja Rützel und Podenco-Mix Juri gibt es auch im Audible-Podcast »Schnauze« jeden Mittwoch.

Wirtschafts- und Managementexpertise, die Sie weiterbringt: die neue manager-App



Entdecken Sie das neue gemeinsame Angebot von **manager magazin** und **Harvard Business manager** in der neuen kostenlosen App: übersichtlich, tiefgründig und maßgeschneidert für Ihre Bedürfnisse.



Schneller navigieren

Startseite, Audio-Angebote, alle exklusiven Inhalte von manager magazin+ und Harvard Business manager – jederzeit nur einen Klick entfernt.

Besser informieren

Exklusive Unternehmens-Insights und aktuelle Trends. Dazu Know-how und Praxistipps für Ihr Weiterkommen als Führungskraft.

Individuell anpassen

Von Eilmeldungen oder Empfehlungen der Redaktionen bis hin zu Ihren persönlichen Schwerpunktthemen: Sie entscheiden, was Sie lesen.

Für Smartphones und Tablets: Jetzt die kostenlose **manager-Nachrichten**-App downloaden



Einfach nachhaltig

ETF-basiert. Kosteneffizient. Automatisiert.

Erweitern Sie Ihre Geldanlage um die Dimension Verantwortungsbewusstsein. Europas führende digitale Vermögensverwaltung erstellt und verwaltet Ihr persönliches ESG-Portfolio. Global diversifiziert und laufend überwacht - jetzt mit nachhaltigen ETFs.